

Veröffentlichungen
des Forschungsinstitutes für Genossenschaftswesen
an der Universität Erlangen-Nürnberg

8

JOSEF DECHANT

Untersuchungen
zur Theorie der Gesamtorganisation
des Genossenschaftswesens

ERLANGEN

1970

Druck HOGL Erlangen

1970 № 423

Veröffentlichungen
des Forschungsinstitutes für Genossenschaftswesen
an der Universität Erlangen-Nürnberg

8

Untersuchungen zur Theorie der Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens

von

JOSEF DECHANT

ERLANGEN

1970



D 29

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Forschungsinstituts für
Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen-Nürnberg
und des Autors ist es nicht gestattet, das Buch oder Teile
daraus zu vervielfältigen.

Offsetdruck-Fotodruck

J. Hög, 8520 Erlangen Hauptstr. 109, (Nähe Martin-Luther-Platz) Tel. 22990

V O R W O R T

Wie alle Sozialgebilde verändern sich auch Genossenschaften fortwährend. Ursächlich dafür ist nicht nur ein zu Anpassungsverhalten zwingender marktwirtschaftlicher Wettbewerb mit nichtgenossenschaftlichen Unternehmungen. Diese Aussagen sind im Grunde Selbstverständlichkeiten. Weniger trivial jedoch ist die Ansicht, das Genossenschaftswesen befinde sich derzeit in einer Entwicklungsphase tiefgreifenden Gestaltwandels. Für die Wahrheit dieser These sprechen viele Erfahrungen, Entwicklungen und Pläne. Nicht zufällig werden in allen Genossenschaftssparten seit Jahren wichtige strukturelle Reformen geplant und verwirklicht. Über die Entwicklungsrichtung der Genossenschaftsorganisation gibt es einige Anzeichen. Im ganzen jedoch handelt es sich um ein notwendiges existentielles Wagnis.

In Zeiten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruchs erfahren geisteswissenschaftliche Erkenntnisse eine ernsthafte Bewährungsprobe. Grenzen und Möglichkeiten theoretischer Einsichten werden klarer und aus manchen Gewißeiten werden Zweifel oder gar Ideologien. Im geschichtlichen Geschehenszusammenhang offenbaren sich Unterschiede zwischen geisteswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Erkenntnissen. Die Genossenschaftslehre gibt dafür ein anschauliches Beispiel. Der unvoreingenommenen Prüfung und Klärung ihrer wichtigsten neueren Aussageelemente und -systeme dient diese erkenntniskritische, methodologische und empirische Studie zum Entwicklungsverlauf des Genossenschaftswesens und der Genossenschaftsforschung. Es werden vor allem Grundsatzfragen diskutiert, um zu einem gesicherten neuen Standpunkt zu finden.

Die vorliegende Veröffentlichung entstand als Forschungsarbeit und Dissertation am Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen-Nürnberg. Sie wurde durch finanzielle Zuschüsse aus dem Fonds der Deutschen Genossenschaftskasse zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung und Lehre auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens unterstützt. Das Manuskript konnte im April 1970 abgeschlossen werden.

Es ist mir ein Bedürfnis, an dieser Stelle allen Mitgliedern des Vorstandes des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen-Nürnberg für ihr stets förderndes Entgegenkommen und die Aufnahme dieser Arbeit in die Schriftenreihe des Instituts herzlich zu danken. Mein besonderer Dank aber gebührt meinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Josef M. Back, für sein großzügiges Vertrauen und für entscheidende Anregungen zu dieser Arbeit, die ich aus seinen Veröffentlichungen, Universitätsveranstaltungen und aus vielen persönlichen Gesprächen erfahren habe.

Josef Dechant

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort	III
Inhaltsverzeichnis	V
Abkürzungsverzeichnis	XII

1. Kapitel

EINLEITUNG

I. Die Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens als Problem	1
II. Die Genossenschaftswissenschaft als Problem	9
III. Objekt und Stand der Organisationstheorie	13

2. Kapitel

ZUR ONTOLOGIE (GRUNDSTRUKTUR) DES GENOSSENSCHAFTSWESENS

I. Vorüberlegungen zur Rolle der genossenschaftlichen Prinzipien	24
II. Logik und Methodik des Prinzipiellen	33
III. Die Lehren von der ontologischen Struktur des Genossenschaftswesens	40

3. Kapitel

DIE GESAMTORGANISATION DES GENOSSENSCHAFTSWESENS
(Realtypische Erscheinungsformen, Systeme
und Entwicklungen)

I. Der Aufbau- und Differenzierungsprozeß der Gesamtorganisation des modernen Genossenschaftswesens	74
1. Die Gründungsphase	74
2. Die Entwicklung eines ökonomischen Überbaus und der Prozeß der Differenzierung der klassischen Spartenstrukturen	78
3. Der Prozeß der zunehmenden funktionalen und morphologischen Verschiebung und Differenzierung innerhalb der Genossenschaftssparten	84
a. Die überkommenen Gebildestrukturen entwickeln sich auseinander, verzweigen und teilen sich .	85
b. Das Entstehen neuartiger Kerngebilde in der Spartenorganisation	94
ba. Gesamtpartliche Leitungsgebilde	96
bb. Gesamtpartliche Investment- und Finanzierungsbildete	100
bc. Sonstige gesamtpartliche Funktionsgebilde	107
4. Überspartliche Organisationsgebilde	113
a. Zwischen- und gesamtpartliche Gebilde innerhalb eines Staatsgebietes	115
b. Übernationale und internationale Genossenschaftsgebilde	127
c. Genossenschaftliche Randgebilde	131
5. Andere Gründungs- und Entfaltungswege sowie Systemstrukturen der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft	139
II. Der Prozeß der Koordination, Konzentration und Integration der Gesamtorganisation des modernen Genossenschaftswesens	148
1. Horizontale Koordination, Konzentration und Integration der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft	155

	Seite
a. Horizontale Beziehungen auf der Ebene der personalen Mitgliederwirtschaften	155
b. Horizontale Beziehungen auf der Ebene der primär-genossenschaftlichen Gemeinschaftsbetriebe	158
c. Horizontale Beziehungen auf der Ebene des zentral-genossenschaftlichen und verbandlichen Überbaus	161
2. Vertikale Koordination, Konzentration und Integration der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft	163
a. Vertikale funktionale Kooperation, Konzentration und Integration	165
b. Vertikale Willensbildung und -steuerung	168
c. Vertikale finanzielle Beteiligungen	182
d. Persönliche Beziehungen	194
e. Vertikale Rechtsbindungen durch Satzungen und Verträge	201
f. Sonstige Integrationsfaktoren	210
III. Die gesamtorganisatorischen Gebildeinheiten	213
IV. Bedeutung, Grenzen und Aufgabe der Sachverhaltsfeststellungen zur genossenschaftlichen Gesamtorganisation	220

4. Kapitel

THEORETISCHE ERKLÄRUNGSANSÄTZE FÜR DIE GENOSSENSCHAFTLICHE GESAMTORGANISATION

I. Vorbemerkungen	224
II. Die Einzelgenossenschaft als Erkenntnisobjekt der genossenschaftlichen Organ- und Unternehmungstheorie .	230
1. Die Gemeinsamkeiten	230
a. Der einzelgenossenschaftliche Ansatz	230
b. Die genossenschaftliche Hilfwirtschaft - eine fördernde Betriebswirtschaft	234

c. Zentrales Erkenntnisinteresse: Die Eigenart des primär genossenschaftlichen Gemeinschaftsbetriebs und der internen einzelgenossenschaftlichen Beziehungen zu den Mitgliederwirtschaften	236
2. Die unterschiedlichen Auffassungen	239
a. Die Gestalt der Einzelgenossenschaft	239
b. Das einzelgenossenschaftliche Gleichgewicht ..	246
III. Aspekte und Versuche zur Überwindung des monistischen einzelgenossenschaftlichen Theorieansatzes ...	252
IV. Die genossenschaftliche Spartenorganisation als Erkenntnisobjekt der System- und der Verbundtheorie ..	258
1. Vorbemerkungen	258
2. Ansatzpunkte für eine spartenorientierte, gesamtorganisatorische Genossenschaftstheoriekonzeption in der älteren Genossenschaftsliteratur	264
a. Sozialistische Vergenossenschaftlichung der Gesamtwirtschaft	264
b. Erste genossenschaftsimmanente system- und verbundtheoretische Erklärungsansätze	266
3. Die Hauptaussagen der Theorie des Genossenschaftsverbundes	276
a. Das spartenorientierte Erkenntnisobjekt Genossenschaftsverbund	276
b. Die Beziehungen, Zusammenhänge und Wirkkräfte im Genossenschaftsverbund	280
4. Der kooperative (Wirtschafts- bzw. Betriebs-)Verbund als kybernetisches System bei Dülfer	288
a. Die Ansatzpunkte der Dülferschen Genossenschaftstheorie	288
b. Die organisatorischen und personalen Aspekte der kybernetischen Genossenschaftstheorie	293
c. Kritische Würdigung der kybernetischen Genossenschaftssystemtheorie	297
5. Zusammenfassende Überlegungen zum Entwicklungsprozeß und Entwicklungsstand der Genossenschaftstheorie	307

5. Kapitel

DER WISSENSCHAFTLICHE ERKENNTNISPROZESS
AUS PHILOSOPHISCHER SICHT

I. Zur Bedeutung und Wirklichkeit des Denkens	311
II. Die Rolle des faktisch Realen für die Erkenntnis ...	313
III. Wissenschaftliches Denken	315
IV. Die Grundstruktur geisteswissenschaftlicher Erkenntnis- methoden	315
V. Der Wahrheitsgehalt wissenschaftlicher Erkenntnis ..	326

6. Kapitel

ANSÄTZE ZU EINER GENOSSENSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHEN
METHODENLEHRE UND DIE ZUR ERFORSCHUNG DES ERKENNT-
NISOBJEKTES GESAMTORGANISATION DES GENOSSENSCHAFTS-
WESENS ANZUWENDENDE BETRACHTUNGSWEISE

I. Zur Klassifikation der bisher angewandten genossen- schaftswissenschaftlichen Betrachtungsweisen	330
II. Zur Frage der Objektivität und Wertneutralität in der Genossenschaftswissenschaft	335
III. Die empiristische Betrachtungsweise	340
IV. Die modelltheoretische Betrachtungsweise	343
1. Kennzeichnung von Modellen als Hilfsinstrumente wissenschaftlicher Erkenntnis	343
2. Der »rein ökonomische Standpunkt«	345
3. Die modelltheoretische Betrachtungsweise in der Genossenschaftswissenschaft	351

	Seite
a. Wirklichkeitsnahe, differenzierte Modelle	353
b. »Rein ökonomische« Modelle	354
c. Formale, insbesondere kybernetische Modelle ..	356
V. Die geschichtliche Betrachtungsweise	359
1. Allgemeine Kennzeichnung	359
2. Die methodologische Struktur	364
3. Die geschichtliche Betrachtungsweise in der Ge- nossenschaftswissenschaft	376
VI. Die ontologische Betrachtungsweise	384
1. Terminologische Vorbemerkungen	384
2. Die Erfahrungswelt als Basis der Wesensforschung.	385
3. Der Wesensbegriff und das Erkenntnisziel der onto- logischen Betrachtungsweise	388
4. Die eidetische Reduktion (Wesensschau)	395
5. Die Wesenslehre und Wesenserfahrung bei Back	401
6. Würdigung und Kritik der eidetischen Reduktion und ihre Modifizierung nach Kriterien der neueren Wissenschaftstheorie	411
7. Die ontologische Betrachtungsweise in der Genos- senschaftswissenschaft	420
VII. Die morphologische Betrachtungsweise	439
1. Allgemeine Kennzeichnung und Kritik	439
2. Die morphologische Betrachtungsweise in der Ge- nossenschaftswissenschaft	451

7. Kapitel

GENETISCHE THEORIE DER GEBILDlichen ENTfALTUNG DES
WIRTSCHAFTSLEBENS ALS SOZIALWISSENSCHAFTLICHE
GRUNDLAGE EINER THEORIE DER GESAMTORGANISATION DES
GENOSSENSCHAFTSWESENS

8. Kapitel

RÜCKBLICK UND AUFGABE

480

Quellenverzeichnis	XIV
--------------------------	-----

A B K Ü R Z U N G S V E R Z E I C H N I S

Archiv f. öff. u. fr.gem. Unternehmen:	Archiv für öffentliche und freigemein- nützige Unternehmen
BayWa:	Bayerische Warenvermittlung landwirtschaft- licher Genossenschaften AG
BfG:	Bank für Gemeinwirtschaft
BGBL.:	Bundesgesetzblatt
Bl. f. Gen.wesen:	Blätter für Genossenschaftswesen
BSH:	Bausparkasse Schwäbisch Hall AG
CWS:	Cooperative Wholesale Society
ders.:	derselbe
DGHYP:	Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG
DGK:	Deutsche Genossenschaftskasse
DGL:	Deutsche Gewerbe- und Landkreditbank AG
Diss.:	Dissertation
d.V.:	der Verfasser
FAZ:	Frankfurter Allgemeine Zeitung
GEG:	Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsum- genossenschaften mbH
GenG:	Genossenschaftsgesetz
HdSW:	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
IGB (= I.C.A.):	Internationaler Genossenschaftsbund
IGR:	Internationale Genossenschaftliche Rund- schau
insbes.:	insbesondere
J.D.:	Josef Dechant
KF:	Kooperativa Förbundet
RdK:	Revisionsverband deutscher Konsumgenossen- schaften e.V.
Spara:	Spar- und Arbeitsgemeinschaft der Jung- kaufleute des Lebensmittel- und Feinkost- Einzelhandels e.V.
Verf.:	Verfasser
VSK:	Verband Schweizer Konsumgenossenschaften
V.V.a.G.:	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

WLZ:	Württembergische landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft - Raiffeisen - eGmbH
württ.:	württembergisch
ZfB:	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfbF:	Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung
ZfgG:	Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen
...	Hinweiszeichen bei Zitaten auf weiteren, im Zitat jedoch ausgelassenen Text des Originalwerkes
» «	Hervorhebungszeichen für Schlagworte, fest stehende Begriffe, zusammengehörende Wortfolgen und wichtige Worte, Namen oder Begriffe

Für die übrigen Abkürzungen gelten die Festlegungen des Großen Duden, Band 1: Rechtschreibung, 16. erw. Aufl., Mannheim 1967.

1. Kapitel

Einleitung

I. Die Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens als Problem

Die Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens ist das übergreifende und zentrierende Thema der folgenden Untersuchung. Die sie betreffenden Zusammenhänge und Gesetze sind in globaler Analyse noch unzureichend erfaßt. Der Begriff selbst wird in der Genossenschaftswissenschaft kaum erwähnt und in der Regel völlig unreflektiert verwendet.

Zur ersten Orientierung und zunächst mit allen Vorbehalten kennzeichnen wir an dieser Stelle das intendierte Erkenntnisobjekt: Wir fassen unter Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens diejenigen strukturellen Tatbestände zusammen, "die den Organismus (Gliederbau) der Genossenschaften von der untersten Gruppenbildung bis zur obersten Spitze bestimmen".¹ Gemeint sind damit alle Gruppierungen, Gebilde, Gefüge, Strukturen, Systeme und Organisationen, die wir im Genossenschaftswesen vorfinden, die ihm üblicherweise zugerechnet werden und die mit ihm in engstem institutionellen und funktionalen Zusammenhang stehen. Die Vielfalt ihrer Erscheinungsformen sowie die Gesetzmäßigkeiten ihres Zustandes und ihrer Entwicklung gilt es systematisch zu erforschen.

Mit dieser ersten, durchaus schemenhaften Kennzeichnung unseres Erkenntnisinteresses soll einer systematisch-theoretischen Analyse und Begriffsklärung nicht vorgegriffen sein. Wir gehen vielmehr völlig unvoreingenommen, gewissermaßen phänomenologisch, an die Sache heran. Dabei halten wir unser Auge und unser Denken offen für neue Einsichten.

¹ Back, Josef, Marktwirtschaftliche Probleme und Aufgaben der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft des Einzelhandels, in: Gegenwartsprobleme genossenschaftlicher Selbsthilfe (Festschrift Paul König), Hamburg 1960, S.145.

Keinesfalls wollen wir an dieser Stelle von überkommenen Begriffen und Ansichten der traditionellen Genossenschaftslehre ausgehen. Wir müssen die üblichen Ansatzpunkte, Klassifikationen und Betrachtungsweisen so weit wie nur irgend möglich vermeiden, um nicht der Gefahr, in vorgegebenen Bahnen mit determinierten Ergebnissen zu denken, zu erliegen. Erst nach eingehender Prüfung des bisherigen Erkenntnisstandes in unserer Sache können die wissenschaftlich haltbaren und fruchtbaren Theorien, Begriffe und Methoden einbezogen werden. Dieser radikale Zweifel ist Ausgangspunkt und Prinzip unserer Analyse, deren Erkenntnisziel die Theorie der Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens ist.

Die Analyse der geschichtlichen Entwicklung und des gegenwärtigen Standes der Organisationsstruktur des Genossenschaftswesens ergibt für den naiven und unvoreingenommenen Betrachter eine verwirrende Vielfalt von gebildlichen Erscheinungsformen, zugleich aber auch wieder eine vielschichtige Einheitlichkeit und nicht zu übersehende Gliederung in Organisationssysteme.

Die dem Genossenschaftswesen »üblicherweise« zugerechneten Unternehmen, Institutionen und Verbände weisen erhebliche Unterschiede in ihren wirtschaftlichen Aufgaben, ihrer Größe, ihrer Trägerschaft, in der Rechtsform sowie in vielen sonstigen äußeren Merkmalen auf. Sie gehören der verschiedensten Wirtschaftsstufen und -sektoren an. Die sich abzeichnenden Organisationssysteme differieren in der Art ihrer Entfaltung und im Ausmaß ihrer Einheitlichkeit. Einzelne Gebilde sind mehreren Organisationssystemen gleichzeitig zuzuordnen. Zwischen den Systemen finden wir Frontstellungen (Wettbewerbsstellungen) und oft gleichzeitig wieder Zusammenarbeit (Kooperation) auf anderen Gebieten. In verschiedener Hinsicht ist auch ein einheitliches Operieren aller Genossenschaftsorganisationen erkennbar.

Aus diesen zunächst nur in wenigen Strichen angedeuteten organisatorischen Entwicklungen und Gegebenheiten ergibt sich die generelle Problemfrage unserer Untersuchung: Was kann von der Genossenschaftswissenschaft zur organisatorischen Entfaltung und Entwick-

lung des Genossenschaftswesens ausgesagt werden? Welches sind die prinzipiellen Möglichkeiten und Bedingungen der Gestaltung der genossenschaftlichen Gesamtorganisation?

Diese generelle Fragestellung gliedert sich in eine Reihe von Einzelfragen: Wenn wir einmal davon ausgehen, daß im gesamten Genossenschaftswesen einzelne mehr oder minder einheitliche und abgrenzbare Organisations s y s t e m e vorhanden sind¹, so können wir - zunächst aus didaktischen Gründen - unterscheiden zwischen Problemen, die sich bei der Gestaltung und Erklärung je eines Organisationssystems ergeben und solchen, die mehr als ein Organisationssystem oder alle solchen betreffen.

Zum ersteren ist zu fragen: Wie kommt es zur Bildung von Organisationssystemen? Sind sie und wenn ja, wie sind sie als G e n o s s e n s c h a f t s s y s t e m e besonders gekennzeichnet? Welche p r i n z i p i e l l e n Entfaltungsm ö g l i c h k e i t e n für die Genossenschaftsorganisation sind erkennbar? Welche besonderen strukturellen Erscheinungsformen, Probleme und Lösungen ergeben sich im Rahmen der genossenschaftlichen Organisationssysteme? Sind die Gliedgebilde eines solchen Systems in sich strukturgleich?

Die sich aus dem Neben-, Gegen- und Miteinander von Genossenschaftssystemen ergebenden Fragen lassen sich so stellen: Wie ist das Verhältnis der verschiedenen Organisationssysteme zueinander zu kennzeichnen? Ist die gegenseitige Trennung absolut, beschränken sich die Berührungspunkte auf die gegenseitigen Kontakte der marktwirtschaftlichen Konkurrenz oder greift die genossenschaftli-

1 Die Annahme wird im Verlaufe unserer Untersuchung noch zu rechtfertigen sein. Dieser Ausgangspunkt ist durchaus nicht selbstverständlich. Wir werden noch sehen, daß der Systemgedanke in der bisherigen Genossenschaftslehre nur selten vertreten wird. Ihr primäres Anliegen ist vielfach die Klärung der e i n - z e l genossenschaftlichen, meist nur p r i m ä r genossenschaftlichen, Strukturmerkmale, mit der weitergehenden Folgerung, daß sich die Gesamtheit der Genossenschaften als Nebeneinander in sich strukturgleicher Gebilde begreifen und erklären lasse.

che Kooperation auch über die einzelnen Organisationssysteme hinaus? Was verbindet die genossenschaftliche Gesamtbewegung eines Landes und darüber hinaus der gesamten Welt außer der Gemeinsamkeit des Namens? Worin findet eine solche Gemeinsamkeit ihren organisatorischen Ausdruck? Inwieweit kann von einer Einheit des Genossenschaftswesens gesprochen werden?

Für viele Kenner der neueren Entwicklung im Genossenschaftswesen mag unsere Fragestellung auf den ersten Blick in vieler Hinsicht verfehlt und wirklichkeitsfremd erscheinen. Für sie ist bei der Analyse der Strukturentwicklung, insbesondere der hier auch interessierenden Integrations- und Konzentrationsprozesse, die Veränderung der diese Entwicklung und Prozesse bedingenden allgemeinen Daten (z.B. Veränderungen der Technik, der Verhaltensweisen, der Marktgrößen und -konstellationen, der wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Staates, der Bevölkerungsentwicklung usw.) Ausgangspunkt. Die sich in einzelnen Wirtschaftsbereichen (z.B. im Genossenschaftswesen) vollziehenden Strukturveränderungen werden sodann kausal oder funktional als (defensive) Anpassungserscheinungen an solche Datenveränderungen erklärt.¹

Dem stehen die Auffassungen z.B. Seraphims² und Draheims³, wonach "Zweck und Struktur der Genossenschaft sich wechselseitig bedingen", diametral entgegen. "Die Wesenserfassung des Phänomens 'Genossenschaft' muß neben der Analyse möglicher Ziele auch die Methoden der Zielerreichung untersuchen. ... denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es einen charakteristischen, allein die Genossenschaft kennzeichnenden Weg gibt, auf dem sie zum erstreb-

1 Ein Beispiel für eine derartige Erklärung genossenschaftlicher Entwicklung bietet Werner Engelhardt mit seiner Untersuchung über "Die Stellung der Genossenschaften im Angleichungsprozeß gesellschaftswirtschaftlicher und einzelwirtschaftlicher Strukturen" in: Archiv f.öff.u.fr.gemw.Unternehmen Bd.8, S.70-80.

2 Seraphim, Hans-Jürgen, Wie muß eine wirklichkeitsnahe Theorie das Wesen der Genossenschaft erfassen?, in: ZfgG Bd.8 (1958), S.56.

3 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, in: ZfgG Bd.9 (1959), S.223.

ten Ziel glaubt gelangen zu können."¹ Offenbar sind also nicht alle Anpassungen genossenschaftskonform.

Wir möchten deshalb bei unserem Vorgehen insofern einen Schritt weiter gehen, als wir auch nach den aus dem Wesen der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft sich ergebenden prinzipiellen organisatorischen Gestaltungs- und Entfaltungsmöglichkeiten fragen. Dies öffnet den (geistigen) Raum für eigenständige und konsequente genossenschaftliche Gestaltungsinitiativen. Uns ist dabei durchaus bewußt, daß die Realisierung dieser Möglichkeiten einmal davon abhängt, inwieweit sie als solche erkannt sind und zum anderen, inwieweit die gegebenen Daten und ökonomischen Bedingungen es gestatten. Ist doch das Genossenschaftswesen interdependenter Teil des gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftslebens.

Aus dieser Sicht brauchen genossenschaftliche Strukturentwicklungen nicht mehr nur formal und passiv als ökonomische Anpassungen an außer-genossenschaftliche Veränderungen gesehen werden, sondern können sich als immanente Entfaltung des Genossenschaftsprinzips zu erkennen geben. Aus dieser Sicht lassen sich auch Urteile fällen über wesensmäßige und -unmögliche Entwicklungen, und darüber, ob faktisch realisierte bzw. zu realisierende Organisationsphänomene Entartungserscheinungen darstellen oder sich als strukturelle Entfaltung der zugrunde liegenden Idee erweisen.

Unser Untersuchungsgegenstand ist also einerseits ein Strukturproblem, andererseits ein Systemproblem. In bezug auf beide Teilaspekte wird es unser Anliegen sein, das allem modernen Genossenschaftswesen (den verschiedenen Organisationssystemen eines bestimmten Zeitabschnittes sowie dem Genossenschaftswesen in den verschiedenen Zeitepochen) Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen.

1 Seraphim, Hans-Jürgen, Wie muß eine wirklichkeitsnahe Theorie das Wesen der Genossenschaft erfassen?, a.a.O., S.58.

Wir verkennen nicht die Vielzahl der in der Genossenschaftswirklichkeit gegebenen Unterschiede in bezug auf Zielsetzungen und Organisationsstruktur. Es ist wichtig, auch diese aufzuzeigen und zu erklären. Dessen ungeachtet aber vermeinen wir, daß es nützlich und notwendig ist, auch das allen Genossenschaften Gemeinsame mehr in den Vordergrund zu rücken. Vielleicht ergibt sich daraus erst ein vertiefteres Verständnis für die trennenden Teilaspekte des Genossenschaftswesens der verschiedenen Länder und Zeiten.

Ähnliche Fragestellungen können wir auch in der älteren Genossenschaftslehre vereinzelt schon finden. Wir verweisen vor allem auf Arbeiten von Grünfeld, Totomianz, Fauquet u.a.¹ Im Verlaufe dieser Untersuchung werden wir mehrere von ihnen noch besonders hervorheben.

Auf ein mögliches Mißverständnis unserer Problemstellung sei an dieser Stelle schon aufmerksam gemacht: Es geht uns nicht darum, die sog. "Systemstreitigkeiten"² in den Vordergrund unserer Untersuchung zu stellen, ein Anliegen, das z.B. für Seelmann-Eggebert³ noch ganz im Mittelpunkt seiner Untersuchungen stand und ihn fast völlig gefangen nahm.⁴ Unsere Problemstellung vermag zwar vermutlich auch Antworten zu den damals üblichen Streitfragen zu geben, jedoch werden diese nicht genossenschaftsideologisch motiviert sein, sondern sich aus der objektiv-wissenschaftlichen Klärung dessen ergeben, was man unter einem genossenschaftlichen Organisationssystem bzw. der genossenschaftlichen Gesamtorganisation zu verstehen hat.

1 Grünfeld, Ernst, Die Einheit des Genossenschaftswesens, in: Bl.f.Gen.wesen, v. 22. Oktober 1926, S.585; Fauquet, Georges, Der genossenschaftliche Sektor, Basel 1937.

2 Vgl. Pfüller, Reiner, Der Genossenschaftsverbund, Göttingen 1964, S.14 u. 33.

3 Seelmann-Eggebert, Erich Lothar, Die Systeme im neuzeitlichen deutschen Genossenschaftswesen, 2.Aufl., Stuttgart 1927.

4 Vgl. die Rezension des Buches von Seelmann-Eggebert durch Grünfeld, Ernst, in: Genossenschafts-Korrespondenz, 5.Jg. (1927), Nr.2, S.115.

Wenn wir die genannte Problematik zum Gegenstand einer Untersuchung machen, so vor allem aus zwei Gründen:

- a) Die sich gerade in neuerer Zeit vollziehenden organisatorischen Veränderungen im Genossenschaftswesen sind besonders tiefgreifend. Die Wissenschaft ist daher aufgerufen, die Möglichkeiten, Grenzen und Notwendigkeiten dieser Entwicklung aufzuzeigen und zu erklären.
- b) In der vorhandenen Literatur zum Genossenschaftswesen ist die Frage nach der Gesamtorganisation bisher noch nicht befriedigend beantwortet. Vielfach ist sie überhaupt nicht als solche erkannt.

Erst in den letzten Jahren, etwa ab 1958, gewinnt mit den tiefgreifenden Strukturwandlungen im Genossenschaftswesen auch die Frage nach dessen Gesamtorganisation zunehmende wissenschaftliche, vor allem aber praktische Bedeutung. Im Hinblick auf die Diskussion grundsätzlicher Strukturprobleme ergab sich seit dieser Zeit ein allgemeiner Wandel im genossenschaftlichen Denken. 1960 schon hat Back dezidiert auf diese Entwicklung aufmerksam gemacht.¹ Als ein wichtiger Auslösefaktor und Meilenstein in diesem allgemeinen Prozeß des Umdenkens kann ohne Vorbehalt die in echtem Pioniergeist aus der englischen Konsumgenossenschaftsbewegung hervorgegangene und 1958 fertiggestellte Untersuchung der Cooperative Independent Commission zur Reform der englischen Konsumgenossenschaftsorganisation angesehen werden².

"Das Thema 'Marktwirtschaftliche Leistungsfähigkeit und genossenschaftliche Struktur', um das es im englischen Sachverständigenbericht hauptsächlich ging, wurde in kürzester Frist zu einem allgemeinen Diskussionsgegenstand. Es wurde von der Genossenschaftswissenschaft rasch als ein zentrales Problem aller Genossenschaftssparten, die auf dem Gebiet des Handels tätig sind, erkannt und betrachtet. Georg Draheim, der sich in der Zeitschrift für das ge-

1 Back, Josef, Marktwirtschaftliche Probleme und Aufgaben ..., a.a.O., S.153 f.

2 Co-operative Independent Commission Report, Manchester 1958.

samte Genossenschaftswesen mit dem englischen Sachverständigenbericht befaßte, gab der Meinung Ausdruck, daß nicht zu viel gesagt sei, wenn in dem Thema: 'Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und genossenschaftliche Struktur' d a s Problem des heutigen, modern entwickelten Genossenschaftswesens gesehen wird. 'Die Auseinandersetzung mit diesem Problem', so fügte er hinzu, 'wird keinem Genossenschaftszweig erspart bleiben, mit welchen Aufgaben er betraut ist und innerhalb welcher nationalen Grenzen er wirken mag.'¹²

Inzwischen ist diese Auseinandersetzung auf breitester Front tatsächlich in Gang gekommen. Strukturreformen sind in fast allen Sparten und Ländern durchgeführt oder geplant. Die Reformbestrebungen der Konsumgenossenschaften Schwedens, Dänemarks, der Niederlande, der Schweiz und der Bundesrepublik sowie einer Reihe weiterer Länder sind allgemein bekannt geworden. Aber auch in den anderen genossenschaftlichen Sparten und Sektoren vollziehen sich heute die mit organisatorischen Maßnahmen verbundenen Wachstums-, Konzentrations- und Integrationsprozesse nicht mehr vorwiegend zufällig und punktuell, sondern in gesamtorganisatorischer Sicht geplant und gesteuert. Eine Reihe von Genossenschaftsorganisationen befinden sich mitten in einer dynamischen strukturellen Umgestaltung. Dieser Vorgang ist einerseits eine Dokumentation des Willens und der Kraft, sich im Wandel des wirtschaftlichen, technischen und sozialen Daseins zu behaupten. Er ist andererseits aber auch ein Indiz für einen fundamentalen genossenschaftlichen Umbruch, dessen Bewältigung und Verstehen ein radikales Umdenken und eine enorme Vertiefung des genossenschaftlichen Gedankenguts verlangt. Nicht umsonst und nicht zufällig ist zumindest in zeitlichem Zusammenhang mit den genannten Entwicklungen die Diskussion um die Genossenschaftsprinzipien auf breitester Ebene wieder in Gang ge-

1 Draheim, Georg, Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und genossenschaftliche Struktur, in: ZfgG Bd.9 (1959), S.24.

2 Back, Josef, Marktwirtschaftliche Probleme und Aufgaben ..., a.a.O., S.134.

kommen¹ und ist zunehmend von Deformierung oder sogar von Entartung des Genossenschaftswesens die Rede. Und wir meinen, daß es auch keineswegs zufällig ist, wenn nunmehr die Genossenschaftsrechtsreform in der Bundesrepublik Deutschland immer drängender wird, auch wenn zunächst nur von einer »Novellierung« des bestehenden Gesetzes in Teilbereichen die Rede ist.

Das verlangte Umdenken geschieht im Genossenschaftswesen unter nicht unbeachtlichen Schwierigkeiten, Reibungen und Konflikten. Die Auseinandersetzungen z.B. um die Stellung und Bedeutung des genossenschaftlichen Managements um den Problemkomplex »Autonomie und Bindung« oder auch um die »Mitgliederselektion« sind dafür symptomatisch. Auch die Profilierung des Mitgliederbewußtseins und die dringend erforderliche Neugestaltung des Mitgliedschaftsverhältnisses kann davon nicht unberührt bleiben, wenn die auf weiten Bereichen mit großer Besorgnis beobachtbare »Mitgliederapathie« überwunden werden soll.

Wenn wir das Thema unserer Untersuchung, so wie es skizzenhaft geschehen ist, auf den Hintergrund der aktuellen Daseinslage des Genossenschaftswesens projizieren, kann es über deren Notwendigkeit und Dringlichkeit keinen Zweifel geben.

II. Die Genossenschaftswissenschaft als Problem

Wo es um Denken geht, ist nicht zuletzt die Wissenschaft berufen und betroffen. Dies ist ja ihr eigentliches Geschäft. Die Wissenschaft ist nicht die Wirklichkeit, die sie erforscht. Als Erfahrungswissenschaft bezieht sie sich vielmehr in einer ganz bestimm-

1 Vgl. Henzler, Reinhold, Sind die genossenschaftlichen Prinzipien noch zeitgemäß?, in: ZfB, 37.Jg. (1967), Nr.4, S.229-243; ders., Genossenschaftsplanung und Genossenschaftsprinzipien, in: ZfG Bd.17 (1967), Sonderheft: Planung im Genossenschaftswesen, S.136-145. -

Die Prinzipiendiskussion ist in internationalem Rahmen vor allem durch den Internationalen Genossenschaftsbund (IGB) und seine Gremien geführt worden. Vgl. S.49-57 dieser Arbeit.

ten Weise auf die vorgegebene Wirklichkeit und analysiert sie im Denken.

Die Genossenschaftslehre wird in ihrer **E i g e n a r t** im Bereich der Wirtschaftswissenschaften als Lehre von der Ordnung und Organisation des Wirtschaftslebens zu bezeichnen sein. So jedenfalls kennzeichnet Höfken¹ sie. Ganz im Sinne dieser Vorstellung bestimmt auch Seraphim das Wesen der Genossenschaften aus den gesamtwirtschaftlichen Organisationslagen² und auch die Sympathien Weissers und Draheims zur genossenschaftsmorphologischen Betrachtungsweise, die ja im Kern darauf abzielt, die organisatorische Struktur eines Gegenstandes in den Griff zu bekommen³, deuten auf die Richtigkeit dieser Aussage.

Zwar hat die Genossenschaftslehre auch andere als Ordnungs- und Organisationsaussagen zum Inhalt, z.B. die Lehre von den Genossenschaftspreisen, die Lehre von der Rechnungslegung und vom Geschäftsergebnis einschließlich seiner Verteilung sowie die Lehre von der Prüfung der Genossenschaften. Aber diese Lehren haben im Gesamt der Genossenschaftslehre bisher kein so großes Gewicht erlangt, daß sie ihre Eigenart prägen konnten.

Eine Begründung für diesen Tatbestand kann genannt werden. "Wenn wir uns vom erreichten Entwicklungsstand aus die Geschichte der modernen Genossenschaftsbewegung unter dem Gesichtspunkt der in ihr sich **o b j e k t i v i e r e n d e n O r d n u n g s - i d e e**⁴ vergegenwärtigen, dann kommen wir zu dem Ergebnis, daß es im wesentlichen die konsequente Anwendung eines einfachen grundlegenden Prinzips war, die die Genossenschaften als **e i g e n -**

1 Höfken, Karl-Heinz, Die begriffliche Bestimmung der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft, Erlangen 1969, S.152.

2 Vgl. Seraphim, Hans-Jürgen, Das ökonomische und soziale Wesen der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, in: Vom Wesen der Genossenschaften und ihre steuerliche Behandlung, Neuwied a.Rh. 1951, S.51 ff.

3 Vgl. S.439 ff. dieser Arbeit.

4 Im Originaltext ohne Sperrungen.

a r t i g e ¹ Wirtschaftsgebilde entstehen ließ, sie zu ihrem Erfolg führte und ihnen eine Sonderstellung in unserem modernen gesellschaftswirtschaftlichen Dasein verschaffte, nämlich die Anwendung einer besonderen Form des Kooperationsprinzips: des Prinzips der personellen Zusammenarbeit."² Dieses gesellschaftswirtschaftliche Ordnungsprinzip "bezieht sich grundsätzlich auf die Organisation selbständiger Unternehmungseinheiten, nicht auf die Zusammenfassung von Personen in den Betrieben, bei der Arbeit"³; es findet also " s e i n e G r e n z e ¹ grundsätzlich dort, wo die Organisation der Unternehmungsgebilde aufhört und die Betriebs- und Arbeitsorganisation beginnt."³ Diese Hinweise sind zunächst hinreichend geeignet, die Struktur der Genossenschaftslehre, so wie sie sich bis heute in ihrer Eigenart darstellt, zu erklären.

Unsere Fragen nach der Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens und die faktisch sich vollziehenden strukturellen Wandlungen des Erfahrungsobjektes müssen auch die Genossenschaftslehre zutiefst berühren. Dies gilt zumindest für ihre inhaltlichen Aussagen, ihre Theorien, Prinzipien und Schlußfolgerungen. Diese sind in der Tat auch einer offensichtlichen, ständigen Veränderung unterworfen. Wir werden diesen Prozeß skizzieren. Sofort müssen wir aber daran die notwendige Frage anschließen, wie dieser Erkenntniswandel als w i s s e n s c h a f t l i c h e r zu verstehen ist. Wie steht es mit der Geltung genossenschaftswissenschaftlicher Theorien und Aussagesysteme? Auf welche Weise kommen genossenschaftswissenschaftliche Erkenntnisse zustande und wie sind sie als solche zu beurteilen?

Damit ist klar die wissenschaftstheoretische Frage nach dem erkenntnistheoretischen und methodologischen Stand der Genossen-

1 Im Originaltext ohne Sperrungen.

2 Back, Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens, seine soziale, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung, in: Aktuelle Genossenschaftsprobleme, Bern 1953, S.24.

3 Back, Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens ..., a.a.O., S.72.

schaftslehre und der objektadäquaten Struktur der Genossenschaftswissenschaft überhaupt gestellt. Erfahrungsobjekt, Erkenntnisobjekt, Erkenntnismethode und Erkenntnisziel der Genossenschaftswissenschaft, in Sonderheit der Genossenschaftstheorie, müssen in ihrer f o r m a l e n Eigenart geklärt werden. Dies ist die unbedingte Voraussetzung für eine fundierte Lösung unserer materialen Analyse. Anders können wir zu einer zureichenden Theorie der Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens nicht kommen, als daß wir diese formale wissenschaftstheoretische Aufgabe vorweg gelöst haben oder - etwas bescheidener gesagt - uns über die damit verbundenen Probleme wenigstens eine klare persönliche Auffassung gebildet haben.

Diese Problematik könnte von uns dann übergangen oder an den Rand geschoben werden, wenn die überkommene Genossenschaftslehre wissenschaftstheoretisch zureichend gesichert und strukturiert wäre. Sie ist es aber nicht. Weder kennt sie ihren wissenschaftsdisziplinären Ort genau¹, noch gibt es gesicherte Auffassungen über ihre Aufgabe, ihre Aussagen und ihre Methoden. Auch die oben gegebene Aussage über die Eigenart der Genossenschaftswissenschaft als Lehre von der Ordnung und Organisation des Wirtschaftslebens ist alles andere als eine gesicherte und allgemein anerkannte Lehrauffassung. Wir werden unsere Behauptungen im Verlaufe dieser Arbeit noch eingehend belegen und begründen.

Wenn aber die Frage nach der Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens die Genossenschaftslehre in ihrer Eigenart an zentraler

1 Erst auf der VI. Internationalen Genossenschaftswissenschaftlichen Tagung 1969 in Gießen hat Prof. Weisser einen auf den ersten Blick vom Tagungsthema ("Genossenschaften im wirtschaftlichen Wachstum") völlig abwegigen, dennoch erregenden Appell an das Tagungsforum gerichtet, wobei es ihm als Vertreter des »logischen Kritizismus«, wie er sich selbst bezeichnet, darum ging, den Standort der Genossenschaftslehre als Wissenschaft zu prüfen und zu finden. Diese Aufgabe kann nicht ernst genug genommen werden. Weissers Ergebnis, die Genossenschaftswissenschaftler müßten ihre wissenschaftsdisziplinäre Rolle als "Quadratzenimeterspezialisten" endlich überwinden, liegt ganz im Sinne unserer eigenen Vermutungen. Diese Übereinstimmung darf uns aber nicht hindern, auch die Auffassungen Weissers einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Stelle berührt und ferner unsere Behauptung, ihre Struktur als Wissenschaft sei unklar und strittig, zutrifft, so ist dies Anlaß genug, auch über die Formalstruktur dieser Lehre selbst nachzudenken. Wir kommen damit keineswegs von unserer zuerst genannten Untersuchungsaufgabe ab. Wohl aber hat sich unser Thema überraschend erweitert. Es hat sich als eminentes genossenschaftswissenschaftliches Grundsatzthema erwiesen.

III. Objekt und Stand der Organisationstheorie

Bevor wir die Überlegungen zu unserem speziellen genossenschaftswissenschaftlichen Thema fortführen, bedarf es - ohne hierbei auf Einzelheiten eingehen zu können - einer Klärung, was in der Wissenschaft mit dem Begriff "Organisation" bezeichnet wird.

Die verschiedenen wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen haben sich schon sehr früh mit der Organisation des wirtschaftlichen Geschehens befaßt. Die Nationalökonomie erfaßt in der Organisationslehre vor allem diejenigen Sachverhalte und Zusammenhänge, die mit dem Auf-, Aus- und Umbau wirtschaftlicher Gebilde¹, als selbständigen Trägern von Produktions- und Leistungsaufgaben, zusammenhängen. Diese Lehre wurde vor allem von Gottl-Ottlilienfeld² auf einen hohen wissenschaftlichen Stand gebracht.

Seit einiger Zeit ist in der Nationalökonomie diese Lehre gegenüber anderen (z.B. Lehre vom wirtschaftlichen Kreislauf; Lehre von der Bildung und Verteilung des Volkseinkommens; Lehre von der Wirtschaftsordnung) nicht mehr so sehr in den Vordergrund gerückt worden. Vielmehr hat sich mit Organisationsproblemen zunehmend die Betriebswirtschaftslehre befaßt, dies jedoch vornehmlich unter dem Aspekt innerbetrieblicher funktionaler

1 Zur Lehre von den Sozialgebilden und im besonderen den Wirtschaftsgebilden, vgl. S.459 ff. dieser Arbeit.

2 Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich v., Wirtschaft und Wissenschaft, Jena 1931, 2 Bände, insbes. S.743-834.

Arbeitsteilung und Arbeitsverbindung zur optimalen Leistungsbewirkung. Die Hauptleistung der betriebswirtschaftlichen Organisationstheorie besteht in der Entwicklung und im Ausbau einer Lehre von der arbeitsteiligen, hierarchisch gefügten Formalorganisation des Betriebes bzw. der Unternehmung. Auch die moderne Soziologie hat zur Erhellung der Organisationsphänomene einen erheblichen Beitrag geleistet, indem sie den zwischenmenschlichen Beziehungen in den verschiedenen Organisationsgebilden Beachtung geschenkt hat. Zum Teil in Reaktion auf die Lehre von der Formalorganisation wurde so eine ergänzende Lehre von der informellen Organisation entwickelt, die dem wirklichen Leben in den Organisationen durch Erfassung der menschlichen Bindungen und Konflikte, der persönlichen Zufriedenheit der Mitarbeiter und sozialen Gruppen und deren Identifikation mit den Organisationszielen näher zu kommen versucht. Des weiteren sind organisatorische Probleme und Organisationsgebilde seit jeher schon Gegenstand der Rechtswissenschaft und verschiedener technischer Disziplinen. Als spezielles Rechtsproblem erweist sich die Entwicklung eines zweckentsprechenden und funktionsfähigen Organisationsrechts. Die Beziehungen zwischen Organisation und (Real-)Technik werden am ehesten durch einen Hinweis auf die Bedeutung von Maschinen, im besonderen von Automaten, für die Lösung organisatorischer Probleme angedeutet. Mit der stürmischen Entwicklung elektronischer Datenverarbeitungsanlagen wird dieser gegenseitige Zusammenhang erneut besonders deutlich: einerseits stellen die organisatorischen Anforderungen für den Techniker zusätzliche Bedingungen und neuartige Probleme bei der Gestaltung der technischen Anlagen dar, andererseits haben diese wiederum entscheidende Veränderungen in der innerbetrieblichen Organisation, darüber hinaus auch in der wirtschaftsgebildlichen Gesamtstruktur zur Folge.

Nachdem die komplexe und vieldimensionale Struktur der Organisationsprobleme - wenn auch unvollständig und nur andeutungsweise - aufgewiesen ist, nimmt es nicht wunder, wenn die wirtschaftswissenschaftliche Organisationslehre, die sich in weitgehender wissenschaftsdisziplinärer Trennung entwickelt hat, ihr Erkenntnisobjekt heute jeweils zunehmend als zu eng, zu einseitig erkennt. Dies

gilt jedenfalls für die Organisationssoziologie¹ und auch für die betriebswirtschaftliche Organisationslehre². Die nationalökonomische Organisationslehre war an dieser Entwicklung nur vereinzelt, eigentlich mehr am Rande beteiligt.³ Die Nationalökonomie hat sich

1 Etzioni, Amitai, Soziologie der Organisationen, München 1967, S.82:

"Ganz allgemein hat die Organisationsanalyse ihre Interessen ausgeweitet und umfaßt folgende Bereiche:

1. sowohl formelle als auch informelle Elemente der Organisation und deren Verbindung;
2. den Umfang informeller Gruppen und die Beziehungen zwischen solchen Gruppen in und außerhalb der Organisation;
3. sowohl untere als auch höhere Ränge;
4. sowohl soziale als auch materielle Anreize und deren gegenseitige Beeinflussung;
5. die Wechselwirkung zwischen Organisation und Umwelt;
6. sowohl Arbeitsorganisationen als auch andere Organisationstypen."

2 Grochla, Erwin, Erkenntnisstand und Entwicklungstendenzen der Organisationstheorie, in: ZfB, 39.Jg. (1969), S.1/2:

"Der gegenwärtige Erkenntnisstand der Organisationstheorie wird von Wissenschaft und Praxis als weitgehend unbefriedigend angesehen. Die ungenügende Erklärung und Prognose realer Organisationsphänomene - und damit auch das Fehlen einer instrumentalen Basis zur Lösung organisatorischer Gestaltungsprobleme - kann zu einem beträchtlichen Teil auf Beschränkungen des organisationstheoretischen Ansatzes zurückgeführt werden, die sich schon in der Formulierung des für organisatorische Systeme zentralen Aufgabenträgerkonzepts zeigen. Eine entscheidende Einengung muß in der ausschließlichen Berücksichtigung menschlicher Aufgabenträger gesehen werden. Beim heutigen technischen Entwicklungsstand ist neben dem Menschen das maschinelle Sachmittel Aufgabenträger. Die zweite problematische Einengung liegt in der Annahme der 'traditionellen' Organisationstheorie, daß der Mensch lediglich als abstrakter Aufgabenträger in organisatorische Fragestellungen einzubeziehen sei. Mit dieser Unterstellung werden Determinanten menschlichen Verhaltens eliminiert, die zu einem wesentlichen Teil reale Organisationsphänomene bestimmen und daher in organisationstheoretischen Aussagen berücksichtigt werden müßten. Die als Anweisungen für die praktische organisatorische Gestaltung konzipierten Organisationsgrundsätze stellen zudem allenfalls logisch mögliche Strukturformen dar, deren Anwendungsbedingungen nicht näher aufgezeigt werden; ihrer praktischen Funktion können sie somit nicht gerecht werden."

3 Wir verweisen auf die mehr wissenschaftstheoretischen Grundlagenforschungen Georg Weipperts, z.B. in: Sozialwissenschaft und Wirklichkeit, Göttingen 1966, insbes. S.117-163, und auf die Pflege einer gebildetheoretischen Denkhaltung durch Gerhard Weiser und seine Schüler. Darauf werden wir in einem späteren Kapitel dieser Arbeit noch eingehen.

in neuerer Zeit nicht mehr so sehr mit dem Wesen und dem Aufbau von Organisationen beschäftigt; ihr organisationstheoretisch relevantes Forschungsinteresse hat sich, angeregt durch die faktisch beobachtbaren Konzentrations- und Integrationstendenzen, zunehmend auf das marktwirtschaftliche Wettbewerbsverhalten von Wirtschaftsorganisationen (Unternehmen, Konzerne, Kartelle, Verbände, Genossenschaften usw.) verlagert. Dies hat in der Marktformenlehre, in der Lehre von der gegengewichtigen Marktmacht und ganz allgemein in der Wettbewerbs- und Wirtschaftsordnungstheorie seinen Niederschlag gefunden.

"In den neueren Beiträgen der Organisationsliteratur lassen sich zwei miteinander verbundene Tendenzen erkennen, die eine Erweiterung der Forschungsperspektiven andeuten:

1. Es werden Untersuchungen über organisatorische Teilprobleme auf der Basis von Ansätzen durchgeführt, die ihren Ursprung in verschiedenen Disziplinen haben.
2. In zunehmendem Maße findet eine Auseinandersetzung mit den methodologischen Grundfragen einer durch Integration von Einzeltheorien zu gewinnenden universellen Organisationstheorie statt."¹

Ziel dieser Entwicklung ist eine geschlossene interdisziplinäre Organisationstheorie mit einheitlichem Begriffssystem und gültigen Hypothesen.

Die Kennzeichnung des Objektes einer so verstandenen erweiterten Organisationstheorie läßt grundlegende Zusammenhänge und eine eigenartige Aufschichtung der Kategorien »Struktur« → »System« → »Organisation« offenbar werden. Die Kenntnis und Beachtung dieser Zusammenhänge wird sich als ein wichtiger Schlüssel für die Bestimmung und Erforschung des Untersuchungsobjektes »Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens« erweisen.

Um strukturelle Tatbestände in den Griff zu bekommen, ist es notwendig, sie jeweils nach zwei Seiten hin abzugrenzen: Einerseits

1 Grochla, Erwin, Erkenntnisstand und ..., a.a.O., S.2.

gegenüber der »Ganzheit«, der »Gestaltseinheit« des Objektes und zum anderen gegenüber den dazugehörenden »Ablauf-« bzw. »Prozeß-« Phänomenen. So gesehen bezeichnen wir mit **S t r u k t u r** denjenigen inneren Aufbau eines Ganzen, der sich durch eine relative Festigkeit und gefügehafte¹ Ordnung auszeichnet.

Strukturen des Kultur-, insbesondere des Sozialbereichs sind im Gegensatz zu solchen des Naturbereichs Ergebnis menschlicher Gestaltungshandlungen. Diese Grundauffassung macht es verständlich, warum z.B. Weisser die "Struktur des Wirtschaftslebens" bildlich definiert als die "Gesamtheit der äußeren Bedingungen, Gebilde, Sinnfestlegungen und sonstigen Konstanten, die ein geschichtliches oder in der Phantasie als begehrenswert oder verwerflich vorgestelltes Wirtschaftsleben kennzeichnen."²

Zwischen Gestaltseinheit und Struktur existiert nicht immer ein klares und eindeutiges Komplementaritätsverhältnis. So kennen wir strukturarme oder gar strukturlose Ganzheiten, z.B. amorphe Körper. Daneben gibt es Gestalten, die dem Denken nur aus ihren Wirkungen erschließbar sind und nicht anders denn als Inbegriff innerer Strukturmerkmale anschaulich gemacht werden können. Derartige »Ganzheiten« sind in wissenschaftlichen, insbesondere auch in sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchungen immer wieder Gegenstand heftiger philosophischer und wissenschaftstheoretischer Auseinandersetzungen.³ Am einfachsten und klarsten sind die Verhältnisse in der Regel dort erkennbar, wo sowohl von der Gestaltseinheit als auch von dessen innerem Aufbau ein anschaulicher Sinneseindruck möglich ist.

1 Gefüge = Ineinandergreifen der Teile eines Ganzen. - Vgl. Der große Brockhaus, 4.Bd., 1954, S.435.

2 Weisser, Gerhard, Wirtschaft, in: Handbuch der Soziologie, Stuttgart 1956, S.990.

3 Vgl. Schlick, Moritz, Über den Begriff der Ganzheit, in: Logik der Sozialwissenschaften, Köln-Berlin 1967, S.213-224; Gierke, Otto von, Das Wesen der menschlichen Verbände, Darmstadt o.J., (Reine "Libelli" der Wissenschaftlichen Buchgemeinschaft e.V. Darmstadt, Bd.XVII).

Wie es eine Abgrenzung der Strukturtatbestände gegen die Gestaltungseinheit gibt, so auch gegenüber oft damit einhergehenden Prozeßphänomenen. Die Struktur eines Ganzen - und dies gilt im besonderen Maße für den Sozialbereich - wirkt dabei formgebend, ordnend, bestimmend für den Ablauf des sich darin vollziehenden Handlungsgeschehens. Die diesbezüglichen Zusammenhänge und Übergänge sind fließend, keineswegs einseitig bestimmt. Auch prozessuales Geschehen kann strukturbestimmend sein, bisweilen sogar selbst Strukturbestandteil werden. Auf Einzelheiten brauchen wir hier nicht einzugehen.

Von einem System wird im allgemeinen wissenschaftlichen Sprachgebrauch stets dann gesprochen, wenn ein Komplex von Dingen, Vorgängen, Teilen, Elementen, Handlungen derart miteinander in Beziehung stehen, daß sie ein auf erkennbare Grundsätze oder Ziele hin integriertes Ganzes bilden und Veränderungen einzelner Komplexteile Auswirkungen auf die übrigen Teile zur Folge haben.¹ Systeme zeichnen sich also durch die einheitliche, integrative Ausrichtung ihrer Elemente auf bestimmte Grundsätze oder Ziele aus. Letztere sind damit zur vollen Kennzeichnung des Systems anzugeben bzw. mitzuerfassen.

Uns interessieren im folgenden nicht alle Systeme; wir wollen nurmehr die strukturellen Systeme des gesellschaftlichen Daseins² ins Auge fassen. Diese sind Ergebnis menschlicher Gestaltungshandlungen und sind ihrerseits gleichzeitig formgebend für menschliches Handlungsgeschehen. Wir können sie generell als strukturelle Sozialsysteme bezeichnen. Davon scheiden wir noch diejenigen Systeme aus, die auf kurzfristige, einmalige Ziele hin geordnet sind.

1 Vgl. hierzu: Stichwort "System", in: Der große Brockhaus, 11.Bd., 1957, S.377; ferner Grochla, Erwin, Automation und Organisation, Wiesbaden 1966, S.73; ders., Erkenntnisstand und ..., a.a.O., S.18.

2 Dieser Daseinsbereich ist durch das menschliche Zusammenleben und Zusammenwirken gekennzeichnet - und ist so zu unterscheiden vom personalen Dasein und vom Naturdasein. Den durch ökonomische Tatbestände bestimmten Bereich gesellschaftlichen Daseins nennen wir Gesellschaftswirtschaft.

Mit Hilfe dieser Abgrenzungen ist es nun möglich, dem gegenwärtigen Stand der Forschung entsprechend, in allgemeiner Weise das Objekt der Organisationslehre zu beschreiben: Wir kennzeichnen **O r g a n i s a t i o n e n**¹ als »strukturelle Sozialsysteme zur Erfüllung von Daueraufgaben«. Menschliches Gestaltungshandeln, das die Errichtung derartiger Systeme zum Gegenstand hat, nennen wir »organisieren«.

Wenn wir - im Vorgriff auf spätere Ausführungen dieser Arbeit - darauf verweisen, daß Organisationen ihrer Gestalt nach eine besondere Art »Sozialer Gebilde« darstellen, wird auf diesem terminologischen Umweg sogleich auch wieder der Zusammenhang sichtbar zu der oben schon angedeuteten nationalökonomischen Sicht organisatorischer Phänomene.

Das Ergebnis unserer Analyse zum Erkenntnisobjekt Organisation bedarf in mehrerer Hinsicht zur unmißverständlichen Weiterführung unserer Untersuchung einiger Erläuterungen.

1. Unsere Ausführungen über die wissenschaftsdisziplinären Dimensionen der Organisationsproblematik fordern notwendig eine Überwindung traditioneller Begrenzungen. Eine »Aufteilung« in die Nationalökonomie, Betriebswirtschaftslehre, Soziologie usw. entspricht nicht der Struktur des Erkenntnisobjektes. Gleichzeitig ist durch unsere Ausführungen - wenigstens in sehr abstrakter Weise - angedeutet worden, daß dieses Objekt Organisation - ungeachtet divergierender Begriffssysteme, so wie sie sich in den einzelnen Disziplinen herausgebildet haben -, eine allgemeine, einer einheitlichen begrifflichen Erfassung zugängliche Basis besitzt.

1 Vgl. Grochla, Erwin, Erkenntnisstand und ..., a.a.O., S.2: "Bei allen Unterschieden in der Wahl der sprachlichen Ausdrücke und der Abgrenzung des abgebildeten Gegenstandsbereiches kennzeichnet der überwiegende Teil der Autoren die Organisation durch das Merkmal des Systems oder der Struktur; d.h. durch Einheiten oder Elemente, die auf eine übergeordnete Zielsetzung hin in Form spezifischer Verknüpfungsbeziehungen miteinander verbunden sind." - Sprachlich einfacher, dem heutigen Stand der Organisationsforschung entsprechend aber ebenfalls sehr weit, bestimmt Etzioni "Organisationen" als "geplante, sorgsam aufgebaute und auf spezifische Ziele gerichtete soziale Gebilde". (Soziologie der Organisationen, a.a.O., S.13)

Eine derartige p r o b l e m orientierte Gesamtschau stellt an den jeweiligen Bearbeiter im Interesse wirklichkeitsnaher, wissenschaftlich haltbarer Erkenntnisse erhöhte Anforderungen. Wir werden uns in dieser Untersuchung unter Beachtung der erforderlichen überdisziplinären Schauweise allerdings zu beschränken haben. Wir befassen uns mit Organisationsproblemen in der Regel nur insoweit, als sie aus dem ausdrücklichen genossenschaftlichen Anliegen erwachsen. Wir treffen damit eine doppelt problemorientierte Auswahl: nur diejenigen Phänomene interessieren uns, die bestimmt sind durch die Merkmale »Organisation« u n d »Genossenschaft«. Andere Organisations- und Genossenschaftsfragen werden nur am Rande mitberücksichtigt, wenn dies zum besseren Verständnis jeweils erforderlich erscheint.¹

2. Durch die Merkmale S o z i a l system, S o z i a l gebilde, m e n s c h l i c h e Gestaltungshandlungen, i n f o r m e l l e Organisation usw. haben wir unser Thema von Anfang an in einen allgemeinen g e s e l l s c h a f t s wissenschaftlichen Zusammenhang gestellt. Durch diesen Rückbezug gewinnen wir eine wichtige Basis für eine zureichende Lösung unserer Aufgabe. Wir werden darauf noch einzugehen haben. Diese Feststellung gilt auch für Wirtschaftsgebilde und ganz besonders für Genossenschaftsorganisationen: Wird es sich doch als ein bedeutsames Merkmal des Genossenschaftswesens erweisen, seine wirtschaftlichen Aufgaben in einer dem Menschen konformen und ihn fördernden Weise zu erfüllen.

3. Für ein sinnorientiertes Verständnis und zur Beurteilung organisatorischer Tatbestände ist die Kenntnis und Erfassung des zugrunde liegenden ideellen Gehaltes (Ziele, Zwecke, Sinntatbestände) notwendig. Organisationen werden in Hinblick darauf aufgebaut, beurteilt und umgestaltet. Die prinzipiellen Möglichkeiten und Grenzen organisatorischer Gestaltung sind bestimmt durch den jeweiligen geistigen Grundgehalt. Organisationen können in Hinblick

1 Unser Untersuchungsanliegen ist damit begrenzt auf die Klärung des Aufbaus und der Entfaltung genossenschaftlicher Wirtschaftsgebiete in Hinblick auf ihre prinzipielle Träger-, Funktional-, Eigentums- und Willensbildungsstruktur. Probleme der internen Betriebs- und Arbeitsorganisation bleiben ebenso außer Betracht wie genossenschaftsspezifische Fragen des Funktionsvollzugs. - Vgl. dazu auch S.10 f. dieser Arbeit.

auf ihre Zielsetzungen und Ordnungsideen mehr oder minder zweckmäßig bzw. optimal gestaltet sein, nicht aber beliebige Formen annehmen. In einem späteren Zusammenhang werden wir auf diese Feststellungen zurückkommen können. Es ist wichtig, sich darüber klar zu sein, daß Organisationstheorie - und damit im besonderen auch die Theorie der Genossenschaftsorganisation - nicht nur formale Theorie sein kann: Sie kann sich nicht in der Feststellung und Analyse äußerlicher Formen erschöpfen.

4. Die erarbeitete Auffassung vom Erkenntnisobjekt »Organisation« steckt einen weiten, allgemeinen Rahmen als Untersuchungsfeld ab. Der auf der Grundlage umfassender wissenschaftsdisziplinärer Forschungserfahrungen synthetisierte Grundbegriff ist ausladend genug, so daß er uns das Gesichtsfeld für neue genossenschaftswissenschaftliche Einsichten nicht begrenzen dürfte.

a) In diesem Rahmen werden die jeweiligen k o n k r e t e n Organisationssysteme durch z u s ä t z l i c h e s p e z i f i s c h e Merkmale gekennzeichnet und so von anderen Organisationen unterschieden. Abgrenzungskriterien können sein die konkreten Zwecke, die Trägerschaft, Größe und Rechtsform, die Art der Willensbildung, der Integrationsgrad - um nur einige Beispiele zu nennen.

Als W i r t s c h a f t s organisationen wollen wir alle diejenigen der praktischen wirtschaftlichen Vernunft entspringenden strukturellen Sozialsysteme bezeichnen, deren Urgrund die Lebensnot ist und deren Leistung auf Lebensreichtum abzielt.¹

Die Aufgabe dieser Untersuchung wird es sein, die g e n o s s e n s c h a f t l i c h e Gesamtorganisation in ihren Bestimmungen und Bedingungen zu kennzeichnen.

b) Es dürfte ohne weiteres klar geworden sein, daß der von uns gezeichnete Rahmen des Erkenntnisobjektes Organisation nicht identifiziert werden darf mit dem engeren betriebswirtschaftlichen Anliegen, nämlich theoretische Sätze über einzelwirtschaftliche Aufgabenerfüllung und Kompetenzverteilung zu formulieren. Unser Erkenntnisobjekt Organisation umfaßt zwar auch diese Probleme, geht

¹ Vgl. hierzu Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie zur nationalökonomischen Wesenswissenschaft, Jena 1929, S.226-233.

jedoch über den einzelwirtschaftlichen Bereich ganz ohne Zweifel hinaus. Es umschließt auf wirtschaftlichem Bereich alle organisatorischen Gestaltungen. Im besonderen erscheint es möglich, damit auch Systeme von Einzelwirtschaften zu erfassen. Die Erforschung der Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens werden wir vor allem unter diesem Aspekt vornehmen.

2. Kapitel

Zur Ontologie (Grundstruktur) des Genossenschaftswesens

Aufgabe unserer erkenntniskritischen Studie ist es nicht, die materiale Analyse des Themas bereits systematisch zu Ende zu führen. Zunächst wollen wir vielmehr die bestehenden Lehren einer weitgehenden Kritik unterziehen. Wir wollen sie im Lichte der Wissenschafts- und Erkenntnistheorie sowie der Erfahrungen wenden und abtasten. Davon kann grundsätzlich die Lehre von der Grundstruktur des Genossenschaftswesens (auch: Wesenslehre oder Ontologie genannt) nicht ausgenommen werden. Dennoch wollen wir hier aus gutem Grund noch zurückhaltend sein. Es ist nämlich aufgrund unserer, in einem späteren Kapitel begründeten Auffassung von der theoretischen Aufgabe der Genossenschaftswissenschaft und der Methode ihres Vorgehens nicht unser primäres Erkenntnisziel, eine überzeitliche Theorie zu formulieren. Ungleich drängender und existentieller ist die Erforschung und die theoretische Durchdringung der aktuellen genossenschaftlichen Daseinssituation hinsichtlich seiner strukturellen Probleme, Entwicklungen und Möglichkeiten. Erst wenn diese Aufgabe gelöst ist, kann die Überprüfung der vorhandenen ontologischen Lehren auf ihren Wahrheitsgehalt sinnvollerweise möglich sein. Hand in Hand damit kann dann auch die Neuformulierung einer derartigen Lehre erfolgen, soweit sich dies als erforderlich erweist. Dies ist eben das erfahrungswissenschaftliche Vorgehen, daß es von der Erforschung der zeitlich-räumlich und individuell-konkret vorgegebenen Daseinswirklichkeit ausgeht und fortschreitet zu einer zunehmend abstrakten und generellen Erkenntnis des Seins. Dennoch müssen und können wir uns auch zu ontologischen Lehren bereits an dieser Stelle äußern. Wir können es, indem wir die Lage der Wissenschaft und der Praxis zu diesen Fragen beschreiben, wenigstens skizzieren, und daran anknüpfend Fragen stellen, Anregungen geben und mögliche Klärungen, soweit diese von der Tatsachenerfahrung unabhängig sind, nachholen. Zudem zeigt uns die bestehende Lehre über die ontologische Struktur des Genossenschaftswesens die Richtung, in der wir das Objekt »Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens« in der Vielfalt der

objektivierten Organisationsgegebenheiten des Daseins überhaupt zu suchen haben. Dies ist eine wichtige, objektive Orientierungshilfe. Das Prinzip des Zweifels freilich bleibt auch hier in Geltung. Noch wissen wir ja nicht, ob es sich bei den Wesensaussagen um wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse oder um Ideologien, Spekulationen und Träumereien handelt.

I. Vorüberlegungen zur Rolle der genossenschaftlichen Prinzipien

Es ist eine alte Erfahrung: An Prinzipien und doktrinären Auffassungen scheiden sich die Menschen. Der Geist wird durch sie zur Stellungnahme aufgerufen. Jedoch der vornehmste Wesenszug des Menschen, seine Fähigkeit zur freien Entscheidung, ist in der Regel mit Geburtswehen verbunden: Es kommt zu Konflikten, zu Reibungen, zu Zweifeln und anderen Verunsicherungen.

Es gibt eine Vielzahl von Handlungen und Reaktionen des Menschen, die nicht oder scheinbar nicht aus einer derart »heroischen« Entscheidungssituation geboren sind. Die Situationen des Befehls, des Zwangs, der naiven Gläubigkeit, der Unwissenheit um alternative Möglichkeiten, der willenslosen Gefolgschaft sind beispielhaft dafür.¹

Wo immer aber eine Situation der wahrhaft freien Entscheidung, d.h. einer Auswahl unter alternativen realen Möglichkeiten existiert, gehört der (Entscheidungs-)Konflikt notwendig dazu. Die Auswahl erfolgt in Hinblick auf selbstgesetzte bzw. selbstzusetzende Ziele aus den unterschiedlichsten Motiven (Beweggründen) heraus. Dies ist im personalen Dasein nicht anders als in gesellschaftlichen Gebilden und Systemen, wenn auch die jeweiligen Problem- und Zielsituationen, die Entscheidungsprozesse und die Folgen der »Wahl« im Grunde höchst unterschiedlich sind oder sein können.

¹ Diese Aussage müßte selbstverständlich differenziert werden. Nicht selten gibt es auch in den bezeichneten Situationen Konflikte. Dann aber sind entweder die geschilderten Situationen nicht rein vorhanden oder man muß aus der vorgegebenen Handlungssituation ausbrechen (z.B. Befehlsverweigerung oder Revolutionen).

Das menschliche Leben und Dasein ist gestaltbar in Hinblick auf Ziele. Wer die Ziele setzt und wer die notwendigen Entscheidungen trifft, ist hier zunächst eine sekundäre Frage. Die Ziele jedenfalls erklären das menschliche Handeln, sie sind sein P r i n z i p . Nicht die Umstände, die eine Entscheidungssituation hervorgerufen haben, erklären das faktische Handeln letztlich, wenn der Mensch frei und selbstverantwortlich ist. Dies ist die Situation wahrer Freiheit. Nicht immer aber ist Freiheit. Für determiniertes Handeln sind die jeweiligen Situationsumstände Erklärungsprinzip genug.

Dies ist die e i n e Seite unserer Vorüberlegungen zu genossenschaftlichen Prinzipienfragen. Wir stellten die Frage nach der Verursachung menschlichen Handelns und Gestaltens. Dessen Ursache bezeichnen wir als sein P r i n z i p . Es bestimmt und erklärt das Handeln. Diese Überlegungen sind analog der Frage nach dem Prinzip des Funktionierens z.B. einer Dampfmaschine oder eines Autos; nur haben wir uns bereits konsequent auf die Gestaltung des menschlichen Daseins bezogen. Die Wirtschaft und das Genossenschaftswesen sind derartige, durch menschliches Handeln gestaltbare Daseinsbereiche. Und es gibt heute kaum einen Zweifel, daß Wirtschaft in ganz unterschiedlicher Weise frei gestaltbar ist. Wenn dies auch nicht zu jedem Zeitpunkt und auch nicht für jedes der beteiligten Wirtschaftssubjekte in gleicher Weise möglich ist und wenn dies auch nicht ohne Rücksicht auf die geschichtlich gewordene und jeweils gegebene Ausgangslage möglich ist, - aber es ist »prinzipiell« möglich: Man kann die Richtungen und die Modalitäten ändern und freie Möglichkeiten ergreifen. Hier ist das Aktionsfeld der Wirtschaftspolitiker und Unternehmer. Die Wirtschaft ist kein automatisch ablaufendes, unabänderlichen Gesetzen folgendes und damit determiniertes Naturgeschehen.

Eine a n d e r e Seite unserer Vorüberlegungen zur genossenschaftlichen Prinzipienfrage zeigt sich, wenn wir, obgleich innerlich frei in unseren Entscheidungen, v o n P r i n z i p i e n b e h a u p t e n , d a ß w i r s i e h a b e n . In diesen Fällen besteht in akuten Entscheidungssituationen keine Wahl-

freiheit mehr, sobald Prinzipienfragen berührt werden. Es sind alle möglichen relevanten Entscheidungen bereits aufgrund früherer, z.B. erfahrungsbedingter Festlegungen in Form von Prinzipien, die man dann hat, bestimmt. Das Prinzip determiniert dann die Entscheidung. Der Entscheidungskonflikt freier Wahl wird vermieden und ist ein für allemal ausgeräumt, solange man das Prinzip für richtig hält und es sich im Daseinsstrom realisieren läßt.

In Situationen der Unmöglichkeit und des Zweifels allerdings können Prinzipien zum Scheitern führen. Der Entscheidungskonflikt zwischen Wollen und Können entsteht. Diese Lage kann für das personale Sein tragisch werden (Lügen, Selbsttäuschung, seelische Störungen, Selbstmord usw.). Im gesellschaftlichen Bereich liegt in solchen Situationen der Ursprung für Ideologieprobleme: Selbstverständnis und Sein (Wahrheit) liegen in Widerstreit. Wenngleich die Überprüfung, die Anpassung und das Fallenlassen von Prinzipien schwierig, auch in gesellschaftlichen Angelegenheiten oft hoffnungslos gefährlich und risikobehaftet ist, kann und darf eine solche Reaktion dann nicht ausbleiben. Hier liegt eine wichtige Aufgabe der Wissenschaft.

Es soll von uns völlig unerörtert bleiben, ob es angesichts derartiger möglicher Situationen des Versagens von oder an Prinzipien vernünftig, vielleicht sogar notwendig ist, solche zu haben oder nicht zu haben. Entscheidend ist für uns im Augenblick allein, daß es Prinzipien als Entscheidungsdeterminanten gegeben hat, gibt und wahrscheinlich immer geben wird. Auch wollen wir uns nicht befassen mit der Taktik des Wechsels, der Neuinterpretation und des Abgehens von Prinzipien (Pragmatismus).

Noch auf eine d r i t t e Seite von Vorüberlegungen zu Prinzipienfragen des Genossenschaftswesens wollen wir aufmerksam machen. Es geht um das Z u s t a n d e k o m m e n und die Formulierung v o n P r i n z i p i e n . Dies ist eine ganz außerordentlich interessante Frage, deren Beantwortung zur Lösung einer Reihe genossenschaftlicher Probleme von großer Bedeutung ist. Unsere weitere Untersuchung wird zeigen, daß die Genossenschaftswis-

senschaft selbst in diesem A u f b a u prozeß eine Rolle gespielt hat und spielt.

Nun ist es auch an der Zeit, auf eine bislang recht wenig beachtete, wichtige Unterscheidung aufmerksam zu machen. Wir müssen und können nämlich zwei Aspekte des genossenschaftlichen Prinzipienproblems auseinanderhalten:

- a) Prinzipielle Handlungsmaximen der Genossenschaftswirtschaft. Darunter wollen wir Sinn- und Zielfestlegungen der Genossenschaftspraxis verstehen, die von ihr in irgendeiner Form als »unabänderliches« Prinzip erklärt sind oder anerkannt werden und die deshalb in ihrem organisatorischen und marktwirtschaftlichen Verhalten und Gestalten wirksam sind oder wirksam sein müßten. Derartige mehr oder minder dauerhafte Festlegungen finden wir im Genossenschaftsgesetz, in Satzungen, Gesellschaftsverträgen oder sie ergeben sich aus dem Willen der Träger und programmatischen Erklärungen leitender Angestellter der Genossenschaftsgebilde. Weisser bezeichnet diese Festlegungen als "institutionellen Sinn"¹ des Genossenschaftswesens. Zugleich betont er das mögliche Abweichen des von den verantwortlichen Gestaltern des Genossenschaftswesens jeweils s u b j e k t i v g e m e i n t e n vom institutionellen Sinn.
- b) Theoretische Erklärungsprinzipien der Genossenschaftswissenschaft. Wir verstehen darunter »G r u n d s ä t z e« der Genossenschaftstheorie. Diese sind als ontologische Erklärungsthesen des Erfahrungsobjektes formuliert und ihre Aufgabe ist es, die genossenschaftliche Wirklichkeit in ihrem generellen Sein zu beschreiben. Derartige prinzipielle bzw. axiomatische Sätze müssen nicht nur Handlungsmaximen der Genossenschaftler beschreiben. Sie können auch die funktionalen, strukturellen und genetischen Zusammenhänge des Objektes Genossenschaftswesen zum Gegenstand haben. Die Gesamtheit dieser Grundsätze bezeichnen wir als »Genossenschafts i d e e«.²

1 Weisser, Gerhard, Genossenschaften, Hannover 1968, S.19.

2 Vgl. Back, Josef, Der Streit um die nationalökonomische Wertlehre, Jena 1926, S.187/188: "Für uns gestaltet sich die Gliederung der Sozialwissenschaften folgendermaßen: die menschlichen Hand-

Zwischen den prinzipiellen Handlungsmaximen der Genossenschaftswirtschaft und den theoretischen Erklärungsideen der Genossenschaftswissenschaft sind erhebliche Abweichungen festzustellen. Es sind dies Abweichungen der Formeln (als schlagwortartige Kurzfassungen von Bedeutungen), aber auch der damit gemeinten Aussagegehalte. Diese Abweichungen müßten systematisch aufgezeigt und erklärt werden.

Derartige Abweichungen erwachsen aus der wesenseigenen, durchaus unterschiedlichen Aufgabe von Wissenschaft und Praxis fast notwendig. Die Aufgabe der Genossenschaftswirtschaft (besser gesagt: der verantwortlichen und an jeweils zuständiger Stelle handelnden Wirtschaftler) ist es, die Wirklichkeit tatsächlich zu gestalten und die zu lösenden Aufgaben tatsächlich zu erfüllen. Ihre Aufgabe ist es, die konkreten Zielsetzungen der jeweiligen Genossenschaft bzw. des Genossenschaftswesens durch faktische Aktionen im Rahmen der staatlich gesetzten Ordnung und im Wettbewerbskampf des Wirtschaftslebens zu verwirklichen.

Die Aufgabe der Wissenschaft ist eine andere. Sie hat die Wahrheit zu sagen über das Sein. Im besonderen ist es die Aufgabe der Theo-

lungen stehen nicht in einem einzigen objektiven Sinnzusammenhang, also können sie auch nicht in einer einzigen Sozialwissenschaft erfaßt werden. Es sind verschiedene Sozialwissenschaften zu unterscheiden, weil es verschiedene objektive Sinnzusammenhänge menschlicher Handlungen gibt. Wirtschaft ist einer dieser Zusammenhänge, in die die Handlungen objektiv eingeordnet sind; daneben gibt es noch andere, z.B. Wissenschaft, Kunst, Politik, Religion usw. Es fragt sich nun, was einem objektiven Sinnzusammenhang Einheit und Geschlossenheit gibt, d.h. gleichzeitig, was den einzelnen objektiven Sinnzusammenhang von den anderen objektiven Sinnzusammenhängen unterscheidet. Wie schon gesagt, stehen menschliche Handlungen unter letzten Ideen. Was heißt das? Idee ist nicht identisch mit Zweck und nicht identisch mit Wert. Von Zwecken kann man nur im subjektiven Zusammenhang der Handlungen sprechen; Wert wiederum ist ein viel engerer Tatbestand. Alle Handlungen stehen unter einer Idee, das heißt nichts anderes als: alle Handlungen haben einen bestimmten Sinncharakter, nicht aber: alle Handlungen sind wertvoll. Sinnvolle Handlungen können auch wertwidrige Handlungen sein. Idee ist das zu nennen, was den verschiedenen Handlungen den ihnen eigenen Sinncharakter gibt; ...". So gesehen steht Wissenschaft unter der Idee der Wahrheit, Kunst unter der Idee der Schönheit, Politik unter der Idee der Macht, Wirtschaft unter der Idee der Lebensnot und des Lebensreichtums.

rie, die Wirklichkeit in Hinsicht auf ihre generellen Bestimmungsgründe und Zusammenhänge zu erklären. Die Wissenschaft ist nicht die Wirklichkeit. Sie bezieht sich auf die Wirklichkeit und erklärt sie. Vor allem ist es nicht die Aufgabe der Wissenschaft, die Wirklichkeit selbst faktisch zu gestalten. Ihre Ideen und Theorien freilich sind Teil der Wirklichkeit. Schon daraus ergeben sich eine Reihe von möglichen Abweichungen in genossenschaftsprinzipiellen Fragen. Die Wissenschaft kann den Wirtschaftsgestaltern durchaus auf der Grundlage der von ihr erkannten theoretischen Zusammenhänge reale Wirkungsmöglichkeiten zeigen. Das faktische Handeln der Praxis aber hat sie rezeptiv zur Kenntnis zu nehmen, ohne Rücksicht darauf, ob es dem theoretischen Konzept entspricht oder nicht. Im letzteren Falle ist die Theorie zu überprüfen.

Aufgrund dieser Vorüberlegungen mag es möglich sein, der genossenschaftlichen Prinzipien Diskussion einige neue Seiten abzugewinnen. Denn eines ist klar: Prinzipien haben für die Entwicklung und Funktionsweise des modernen Genossenschaftswesens der verschiedenen Sparten und Länder eine nicht zu übersehende Rolle gespielt. Prinzipielle Sätze haben auch der Genossenschaftswissenschaft, so unausgereift sie war und ist, Form und Richtung gegeben.

Ebenso klar ist für uns aber auch ein anderes. Die Frage nach der formalen Bedeutung und dem Zustande kommen von Prinzipien bzw. Grundsätzen hat im Genossenschaftswesen bisher kaum eine Rolle gespielt. Sie ist seltsamerweise einfach übergegangen worden. Prinzipien waren - obgleich sie inhaltlich immer wieder gedreht und gewendet, interpretiert und untersucht wurden - »heilige Kühe« und als solche einfach da. Dies ist im Grunde auch heute die Lage der »Prinzipien Diskussion«, die im Zuge der Entideologisierung, Ökonomisierung und der großen strukturellen Reformen des Genossenschaftswesens seit einigen Jahren wieder in Gang gekommen ist.

Ein Ansatz zur Erörterung auch der formalen Bedeutung von Prinzipien wurde bisher, wenn wir recht sehen, nur von Henzler ge-

macht.¹ Seine Unterscheidung in W e s e n s - und V e r - f a h r e n s prinzipien werden wir zu prüfen haben, und wir werden auch zu untersuchen haben, ob seine Klärungen in erkenntnis-theoretisch-formaler und inhaltlicher Hinsicht genügen.

Solange nämlich in dieser Hinsicht keine Klarheit herrscht, kann eine Prinzipiendiskussion nur zwei Ausgangspunkte und zugleich Konsequenzen haben:

- (1) Den dogmatischen Standpunkt, der keine Diskussion zuläßt, und
- (2) den pragmatischen Standpunkt, der keine Prinzipien kennt, außer das Prinzip des Pragmatismus.

Beide Einstellungen (Standpunkte) verkennen jedoch das Wesen gesellschaftswirtschaftlicher und wissenschaftlicher Prinzipien (Grundsätze) vollkommen.

Und ganz den geschilderten Möglichkeiten entsprechend verläuft die heutige genossenschaftliche Prinzipiendiskussion: Auf der einen Seite klammert man sich an die früher einmal gefundenen und eingeübten Schlagworte und erkennt zugleich, daß ihr traditioneller Bedeutungsgehalt zur Ideologie geworden ist. Auf der anderen Seite werden alle traditionellen Grundsätze, z.T. schon mit Einschluß der Förderungsmaxime, einfach hinweggewischt und mit Hinweis auf den rein ökonomischen Charakter des Genossenschaftswesens, auf stagnierende Umsatzzuwachsraten, auf Notwendigkeiten des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs und der technischen Entwicklung eine pragmatische A n p a s s u n g in jeder Hinsicht gefordert und praktiziert.

So ist heute die Sachlage in genossenschaftlichen Prinzipienfragen verwirrender denn je. Die Schlagworte der verschiedenen Prinzipiensysteme existieren weiter. Große Publizität erlangten vor allem die Rochdale-Prinzipien, die Raiffeisen-Prinzipien und die Schulze-Delitzsch-Prinzipien. Sie alle haben eine tragische Entwicklungsgeschichte. Es ist eine Geschichte der Streitigkeiten um sie

¹ Henzler, Reinhold, Sind die genossenschaftlichen Prinzipien noch zeitgemäß?, a.a.O.; ders., Genossenschaftsplanung und Genossenschaftsprinzipien, a.a.O.

innerhalb und außerhalb der Organisationssysteme und es ist eine Geschichte der ideologischen Verkümmernng des ursprünglichen Sinngehaltes. "In Deutschland wurden weder die Prinzipien von Schulze-Delitzsch für die Gewerbetreibenden noch die Prinzipien von Raiffeisen für die ländliche Bevölkerung einheitlich anerkannt; es kam zur Gründung von genossenschaftlichen 'Konkurrenzorganisationen' und zu den in die deutsche Genossenschaftsgeschichte eingegangenen 'Prinzipienstreitigkeiten'. Auch in anderen Ländern haben Meinungsverschiedenheiten über Prinzipien genossenschaftliche Spaltungen zur Folge gehabt.

Überblicken wir die Entwicklung der genossenschaftlichen Prinzipien bis zur Gegenwart in den verschiedenen Ländern, so ist festzustellen, daß sich mit der Entwicklung und der Änderung der Genossenschaften und mit der Veränderung der Staatsverfassung auch verschiedene ihrer Prinzipien vorübergehend oder dauernd verändert haben, so z.B. das Barzahlungsprinzip, das demokratische Prinzip, das Prinzip der Selbsthilfe, die beschränkte Kapitalverzinsung. Unter dem Einfluß des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts haben sich vielerorts die Verhältnisse im Umkreis von Genossenschaften, für die ehemals Prinzipien oder Normen aufgestellt worden sind, wesentlich verändert. Der Zeitbedingtheit der Umweltverhältnisse entspricht die Zeitbedingtheit mancher Prinzipien; das ist eine Folgerung, die aus der Entwicklung gezogen werden kann."¹

Neben die praxisbezogenen Prinzipiensysteme treten die unterschiedlichsten Wesensaussagen und Definitionen von Genossenschaftswissenschaftlern. Auch die Geschichte der Genossenschaftsdefinitionen ist im Grunde eine tragische Geschichte.² Fast jeder hat eine und doch hat sie keiner.

Angesichts der Krise, in die das Genossenschaftswesen seit dem

1 Henzler, Reinhold, Genossenschaftsplanung und Genossenschaftsprinzipien, a.a.O., S.137/138.

2 Vgl. Höfken, Karl-Heinz, Die begriffliche Bestimmung der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft, a.a.O., S.1-140.

2. Weltkrieg etwa geraten ist¹, sind dessen geistige Führer zur Selbstbesinnung aufgerufen. Die großen strukturellen Reformen der Genossenschaftsorganisationen der verschiedensten Länder sind, so wie sie sich seit etwa 10 Jahren vollziehen, ein Ausdruck und eine Folge dieser Krise. Diese strukturellen Veränderungen bestimmen in ihrem Kern das zukünftige Schicksal des Genossenschaftswesens - oder besser gesagt: derjenigen Personen und Personengruppen, für die die Organisationen tätig sind - schon heute. Unter welchen Auspizien verlaufen die Reformen? Ist es noch »das Gesetz, mit dem man antrat«? "In dem Maße, in dem das Verständnis der Erfordernisse der neuen Ära, in die die Bewegung eintritt, unter den Genossenschaftern an Boden gewonnen hat, haben sie auf allen Ebenen - lokal, national und international - reagiert. In einer Anzahl von Genossenschaftsbewegungen sind bereits weitgehende strukturelle Veränderungen, die eine weitreichende Konsolidierung, Konzentration und Integration bedingen, eingeführt worden und viele mehr sind ins Auge gefaßt. ... Aber bei der Durchführung ihrer Reorganisationsmaßnahmen empfinden viele führende Genossenschafter ein größeres Bedürfnis nach Richtlinien in Prinzipienfragen - der Notwendigkeit zu unterscheiden, was unerläßlich ist und auf jeden Fall aufrecht erhalten werden muß, von dem, das abgeändert, aufgegeben oder erweitert werden kann, je nach den Umständen. Sie empfinden ferner die Notwendigkeit einer Festigung der gemeinsamen, geistigen und sittlichen Grundlage, auf der Genossenschafter aller

1 Die Krise, von der wir sprechen, ist nicht so sehr, jedenfalls nicht allein, ein Stagnieren der Umsatzzahlen, eine Apathie der Mitglieder usw., obgleich auch diese Probleme natürlich existieren. Was wir vor allem meinen, ist die Krise des Selbstverständnisses. Man weiß nicht oder nicht mehr, was Genossenschaftswesen ist bzw. ob es noch ist. Die Eigenart verschwindet. Manche verweisen in dieser Lage auf die *Organisation*, die im Anschluß an frühere Bildungen weiter existiert, heute entfaltet denn je. Aber welches ist ihr Ziel, welches ihr Sinn? - Interessante Überlegungen hierzu hat beispielsweise Charles-Henri Barbier in einem Referat vor dem 7. Kongreß der Internationalen Forschungs- und Informationsstelle für Gemeinwirtschaft (IFIG) in Berlin 1965 zum Thema "Die genossenschaftlichen Unternehmen in einer wachsenden Wirtschaft" vorgetragen. Sie sind veröffentlicht in den Annalen der Gemeinwirtschaft, 34.Jg. (1965), S.331-350.

Vgl. auch Groll, Karl, Die Genossenschaften in der Wohlstandsgesellschaft, in: Bayer. Raiffeisenblatt 74.Jg., Nr.6 v. 15. März 1970, S.164-170.

Nationen, aller Schulen, aller Zweige der Bewegung sich einigen können."¹

Und auch die Wissenschaft ist zu großer Anstrengung in der Grundlagenforschung aufgerufen. Es ist ihr vor allem nicht erlaubt zu resignieren, auch wenn die Vielfalt der Erscheinungsformen in Vergangenheit und Gegenwart noch so differiert, auch wenn der Begriff der Förderung und manches andere, so wie es bisher geklärt worden ist, noch nicht exakt bestimmt, ja manchmal schillernd ist. Wenn es so etwas wie ein Genossenschaftswesen gibt, dann muß es möglich sein und ist es notwendig, seine Eigenart zu beschreiben. Es ist also weiter eine dringliche Aufgabe der Genossenschaftsforschung, die ontologische Struktur des Genossenschaftswesens, so wie es sich bisher entfaltet hat, zu bestimmen.² Daß dabei die Prinzipienfrage eine Rolle spielt, ja daß sie eigentlich d a s Problem ist, kann keinem Zweifel unterliegen. Ein Interessenten- oder Opportunitätsstandpunkt kann für diese Untersuchungen unter keinen Umständen eine Forschungsbasis sein. Die Wissenschaft wird ihre Aufgabe nur erfüllen können, wenn sie sich ihrerseits ihres Wesens, ihrer Methoden und ihrer Grenzen bewußt ist und bleibt.

II. Logik und Methodik des Prinzipiellen

Bevor es einen Sinn haben kann, die inhaltliche Seite der Genossenschaftsprinzipien zu erörtern, müssen wir die formale klären.

1 Aus: Bericht der IGB-Kommission für Genossenschaftsprinzipien, in: Internationaler Genossenschaftsbund, Agenda und Referate zum XXIII. Kongreß, Wien, vom 5.-8.9.1966, S.56 (deutsche Übersetzung).

2 In demselben Sinn verstehen wir die Äußerung Draheims am 10.10. 1968 anlässlich seiner Ehrenpromotion durch die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster: "Nicht nur der Fortschritt der Wissenschaft fördert neue Erkenntnisse zutage, die auf die Genossenschaften anzuwenden sind. Auch die Genossenschaften selbst befinden sich in einem sehr schnellen Wandel. Es ist schwierig, das Individuelle und Zufällige von den neuen allgemeinen und dauerhaften Entwicklungsrichtungen mit Sicherheit zu unterscheiden. Grundlagen-Forschung ist darum neben der Zweck-Forschung nötig; ich möchte sagen, nötiger denn je." - Veröffentlicht in: Gedanken zur Genossenschaftstheorie und Genossenschaftspraxis, a.a.O., S.21.

Wir müssen wissen, was ein Prinzip ist, bevor wir sagen können, was ein Genossenschaftsprinzip ist. Wir wollen zumindest sagen, was wir darunter verstehen werden.

Es entspricht der Sachlage, wenn wir feststellten, daß die formale Eigenart des Prinzipiellen im Genossenschaftswesen und in der Genossenschaftstheorie bisher kaum eine Rolle gespielt hat. Dies ist ein entscheidender Faktor in der augenblicklichen Unklarheit und Unsicherheit.

Die Prinzipienfrage ist das Kernproblem der Philosophie seit je. Aristoteles und Platon und alle, die folgten, haben darin ihr Erkenntnisziel gesehen. "Auf immer gleiche Weise (- ob wir sie als 'letzte' oder 'erste' bezeichnen - d.V.) sehen wir die Prinzipien in größter Entfernung. Sie erscheinen notwendig wie das Atemholen. Alle anderen Erkenntnisse halten sich in einer mittleren Zone auf, die sich von der Stelle erstreckt, wo wir spontan und primär stehen und die aus vage verallgemeinerten Tatsachen besteht, bis zu jener letzten Linie am Horizont, wo sich die radikalen Prinzipien verborgen halten.

Die Philosophie, die ein intellektueller Radikalismus oder Extremismus ist, setzt sich zum Ziel, auf dem kürzesten Weg zu dieser äußersten Linie zu gelangen, wo die letzten Prinzipien sind. Deshalb ist sie nicht nur Erkenntnis, die von Prinzipien ausgeht wie die anderen Erkenntnisse, sondern sie ist eigentlich Weg zur Aufdeckung der Prinzipien."¹

Die hinlänglich bekannte Vielfalt und Gegensätzlichkeit der philosophischen Systeme (Schulen) mag uns ein Indiz sein für die Schwierigkeit und zugleich aber auch für das Wesen der Bestimmung prinzipieller Aussagen über das Sein. Darin finden wir schon ein beachtliches Analogon zur Lage in der Genossenschaftswissenschaft.

Bei aller Unterschiedlichkeit und Vielfalt der materiellen Aussa-

1 Ortega y Gasset, José, Der Prinzipienbegriff bei Leibniz und die Entwicklung der Deduktionstheorie, München 1966, S.13/14.

gen existiert aber eine im Grunde einheitliche Auffassung über das formal-logische Wesen eines Prinzips. Wir orientieren uns bei dessen Darstellung der Einfachheit halber an der meisterhaft präzisen Bestimmung durch Ortega y Gasset.¹

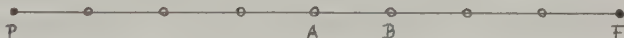
Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist eine linear geordnete Menge von Elementen. Die Ordnung sei in der Weise gegeben, daß von zwei nebeneinander liegenden Elementen eines (A) dem anderen (B) zeitlich und örtlich unmittelbar vorausgeht. In dieser Ordnung der Elemente ist jedes A Prinzip von B und allen diesem folgenden Elementen. Dies ist die eine Bedeutung von Prinzip (A):

(1) A geht einem Element B voraus, oder auch:

(2) A folgt mindestens ein Element B nach.

Solange nur die genannte Bedingung erfüllt ist, kann in der vorgegebenen Ordnung jedes Element die Eigenschaft »Prinzip« haben. Jedes Element kann die Eigenschaft tatsächlich haben in Mengen mit kreisförmiger Anordnung oder mit geradliniger Anordnung bei unendlicher Anzahl von Elementen.

In geradlinig geordneten endlichen Elementmengen gibt es zwei beachtliche Sonderfälle:



- (a) Es gibt ein Element (F), dem kein anderes Element mehr folgt.
- (b) Es gibt ein Element (P), dem kein anderes Element vorausgeht, dem vielmehr alle übrigen Elemente folgen.

Gemessen an der oben genannten Prinzipiendefinition wird klar: F kann nicht Prinzip sein. Das Element P kann Prinzip sein. Unter allen Prinzipielementen hat P dennoch eine Sonderstellung. Es ist das erste Prinzip.

¹ Vgl. für das Folgende Ortega y Gasset, José, Der Prinzipienbegriff ..., a.a.O., S.17 ff.

Wir fassen das Ergebnis zusammen:

"Das, was das Prinzip ausmacht, ist also, daß ihm etwas folgt, und nicht, daß ihm etwas vorangeht."¹ Unter Beachtung dieser Wesensbestimmung können wir unter den Prinzipien dennoch eine Unterscheidung treffen: Prinzipien, denen etwas v o r a n g e h t , bezeichnen wir als r e l a t i v e (Prinzipien im weiteren Sinne). Prinzipien, denen n i c h t s (Bekanntes) vorangeht, nennen wir a b s o l u t e (Prinzipien im engeren Sinne).

Diese sehr abstrakte Erkenntnis und Definition kann ohne weiteres auf die Wissenschaft übertragen werden, deren Elemente die wahren Sätze (Urteile) sind. Diese Sätze stehen in der Wissenschaft nicht einfach ungeordnet nebeneinander, sondern nehmen systematisch und methodisch aufeinander Bezug, so daß sie in einem logischen Zusammenhang von Grund (Ursache) und Folge stehen. Wie dieser Zusammenhang im einzelnen aussieht, werden wir in späteren Kapiteln dieser Arbeit bestimmen. Wir können es hier übergehen.²

Sätze, die jeweils den Grund für die Wahrheit anderer Sätze nennen, können wir analog der oben gegebenen Definition als deren Prinzip bezeichnen. Es sind in aller Regel relative Prinzipien. Unter diesen Prinzip-Sätzen gibt es aller Erfahrung nach immer wieder auch solche, deren Aussagegehalt Begründung (Ursache, Beweis) für die Wahrheit sehr vieler anderer Sätze, oft ganzer Wissenssysteme, ist oder sein soll.³ Für sie selbst ist eine (logische) Be-

1 Ortega y Gasset, José, Der Prinzipienbegriff ..., a.a.O., S.17.

2 Nur soviel sei hier bereits betont: Es gibt genetische Zusammenhänge. Sie beschreiben das zeitliche Nacheinander von Ursache und Wirkung. Auf ihre Analyse zielen die Geschichtswissenschaften. Es gibt ferner Abstraktionszusammenhänge. Auf ihre Analyse zielen die theoretischen Wissenschaften. Beide Dimensionen von Wissenschaft schließen sich nicht aus; sie können sich vielmehr fruchtbar ergänzen, z.B. in Entwicklungstheorien. Es ist zum formalen Verständnis sozialwissenschaftlicher Theorien wichtig, diese Zweidimensionalität im Auge zu behalten.

3 Wir bleiben hier bewußt etwas unklar und berufen uns auch einfach auf die Alltagserfahrung. Der exakte logische Beweis für die notwendige Existenz derartiger G r u n d s ä t z e würde hier zu weit führen. Er kann aber erbracht werden. Vgl. z.B. Ortega y Gasset, José, Der Prinzipienbegriff ..., a.a.O., S.17 ff.

gründung nicht gegeben oder nicht bekannt. Sie sind bezüglich ihrer eigenen Wahrheit entweder unbegründet oder evident. Derartige Anfangssätze nennen wir in der Wissenschaft **a b s o l u t e P r i n z i p i e n**.

Die Bestimmung absoluter Prinzipien ist ein bedeutungsvolles intellektuelles Erkenntnisziel aller Wissenschaft und Philosophie. Die Eigenart dieser Prinzipien und die Methode ihrer Bestimmung sind fundamentale Kriterien für die Kennzeichnung und die Entwicklung von Wissenssystemen, von philosophischen Schulen, von Wissenschaftsrichtungen und -disziplinen.

Die absoluten Prinzipien haben in den entwickelten Wissenssystemen und Lehren die unterschiedlichsten Bezeichnungen erhalten. Diese, wenngleich wir ihnen hier nicht im einzelnen nachgehen können, werfen Schlaglichter auf das Wesen prinzipieller Erkenntnis. Immer wenn in der Wissenschaft von Grundsätzen, letzten Ideen, Ontologie, Wesensaussagen, Urgründen, Apriori oder Axiomen die Rede ist, sind im Grunde prinzipielle Aussagen für das darauf aufgebaute Wissenssystem gemeint. Es gibt Unterscheidungsmerkmale für diese Begriffe, z.B. je nach Methode ihrer Aufdeckung oder nach ihrem Aussageinhalt. Es ist also nicht möglich, die verschiedenen für den Begriff Prinzip genannten Kategorien alle über einen Kamm zu scheren. Der abstrakte Kern, das Prinzipielle, aber ist identisch.

Die allgemeine Lehre von den Prinzipien brauchen wir hier nicht weiter bis ins einzelne darlegen. Wir haben das Wesen eines Prinzips bestimmt und in diesem Zusammenhang in absolute und relative Prinzipien unterschieden. Daneben wollen wir noch die sehr bedeutungsvolle Differenzierung von Formalprinzipien und Seinsprinzipien betonen.

F o r m a l prinzipien tragen den Charakter von axiomatischen Setzungen des (reinen) Denkens auf der Grundlage freier Entscheidung, interpersonaler Übereinkunft und/oder von Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten. Derartige Formalprinzipien haben eine große Bedeutung z.B. für die Logik, die Mathematik und die Wissenschaftstheorie. **S e i n s** prinzipien tragen den Charakter letzter sachhaltiger

Substrate« (Husserl)¹ des Daseins. Auf ihre Analyse zielen die theoretischen Erfahrungswissenschaften - die Naturwissenschaften ebenso wie die Kulturwissenschaften.

Im Zuge unserer Analyse der formalen Bedeutung von Prinzipien muß notwendigerweise auch die Frage Erörterung finden, wie es zum Aufbau, zur Aufdeckung und zur Formulierung von Prinzipien kommt. Welche Denkprozesse, Untersuchungs- und Betrachtungsweisen sind durchzuführen, um zur Erkenntnis von Prinzipien zu kommen? Die Methodik des Prinzipiellen wird heute in den Wissenschaften, vor allem in den Sozialwissenschaften, kaum beachtet und gelehrt. Dies impliziert, daß vielfach die »letzten Erkenntnisse« als die obersten Bezugspunkte nicht klar bestimmt sind und nicht intersubjektiv erkennbar werden. So bleiben die Grenzen der Wissenschaft und ihrer Erkenntnisse vage und mehrdeutig.

Wir werden die wissenschaftliche Methodenlehre allgemein und in der Genossenschaftswissenschaft im besonderen aus erkenntnistheoretischer Sicht in den Kapiteln 5 und 6 unserer Untersuchung noch ausdrücklich und ausführlich behandeln und wollen uns daher hier nur auf einen kurzen Hinweis beschränken.

Aufgrund unserer Überlegungen gibt es grundsätzlich zwei Modi des Zustandekommens von Prinzipien:

- a) Die a-priorische Setzung aus der reinen Vernunft des erkennenden Subjekts (rationalistisches Verfahren)
- b) Die synthetische Klärung des vorgegebenen Objekts mit Hilfe reduktiver Erkenntnismethoden (erfahrungswissenschaftliches Verfahren).²

In Hinsicht auf die Genossenschaftsprinzipiendiskussion fehlt bis heute eine systematische Erörterung der Frage, auf welchem Weg die diskutierten Prinzipien jeweils zustande gekommen sind und welche Grundsätze sinnvollerweise oder notwendig durch das rationalisti-

¹ Vgl. S.394 f. u. S.397 ff. dieser Arbeit.

² Vgl. hierzu z.B. S.316 ff. dieser Arbeit.

sche und welche durch das erfahrungswissenschaftliche Verfahren in das jeweilige Wissenssystem gelangt sind oder gelangen sollen. Wie und auf welcher Grundlage haben Schulze-Delitzsch, Raiffeisen und die Pioniere von Rochdale ihre genossenschaftlichen Grundsätze gefunden und formuliert? Wie kommen heute der Internationale Genossenschaftsbund (IGB) und seine Gremien dazu, die bisher anerkannten Genossenschaftsprinzipien zu überprüfen, neue Prinzipien vorzuschlagen und zu bestimmen? Wie kommt die Genossenschaftswissenschaft oder vielleicht besser gesagt: wie kommt der einzelne Forscher zu den wahren Genossenschaftsprinzipien?

In einigen neueren genossenschaftstheoretischen Ansätzen werden die traditionellen Genossenschaftsprinzipien als ideologisches, überkommenes und irrationales Beiwerk bewußt außer Ansatz gelassen. Statt dessen wird erklärt, man müsse sich auf den werturteilsfreien »rein ökonomischen Standpunkt« stellen und die Genossenschaftslehre als ökonomische Theorie erkennen und entwickeln. Was heißt das, warum wird ein derartiger Wandel für notwendig erachtet und was bedeutet es, wenn »das ökonomische Prinzip« zum ausschließlichen Bezugspunkt der genossenschaftstheoretischen Erkenntnis gemacht wird?

Daneben gibt es einen sehr ausgeprägten anderen Standpunkt in genossenschaftlichen Prinzipienfragen. Hiernach werden genossenschaftliche Grundsätze, als notwendige und unwandelbare Ideen zur Kennzeichnung des Profils, der Politik und des Verhaltens der Genossenschaften, ganz konsequent gefordert und auch bewußt in die wissenschaftliche Lehre vom Genossenschaftswesen aufgenommen. Ein Vertreter dieser Auffassung ist z.B. Watkins, und er bringt dies klar zum Ausdruck: "Das Bestreben ..., die allgemeinen Ideen hervorzuheben, die stets und überall die Grundlage der Praxis des Genossenschaftswesens bilden sollten und die Normen festzulegen, nach denen sein Erfolg beurteilt werden sollte, ist auch ein Versuch, nach den Grundlagen einer logisch folgerichtigen Theorie des Genossenschaftswesens zu forschen."¹ Und auch über die dabei

1 Watkins, William Pascoe, Das Wesen der Genossenschaftsprinzipien, in: IGR Bd.60 (1967), S.272/273.

anzuwendende Erkenntnismethode äußert sich Watkins: "In der technischen Sprache des Logikers sind die Grundsätze des Genossenschaftswesens Verallgemeinerungen, die durch induktives Denken, gestützt auf häufig beobachtete und durch Erfahrung bestätigte Tatsachen, erzielt worden sind."¹

Die weitere Analyse der genannten Auffassungen wird zeigen, wie sehr beide divergieren, sich zumindest in verschiedener Hinsicht diametral entgegenstehen. Und so sehr wir auch geneigt sind, den zweiten Standpunkt für zutreffend zu halten, werden wir dennoch nicht davon absehen können, auch ihn eingehend zu prüfen und zu klären.

Es ist zu hoffen, daß die Notwendigkeit unserer Fragestellungen und die Berechtigung der darin enthaltenen Zweifel für den Kenner des Genossenschaftswesens und der wissenschaftlichen Theorie darüber ohne weitere Begründung evident sind. Wir werden diese Fragen in unseren Überlegungen zur genossenschaftswissenschaftlichen Methodik noch eingehend erörtern.

III. Die Lehren von der ontologischen Struktur des Genossenschaftswesens

Auf der Basis unserer bisherigen Klärung der erkenntnistheoretisch-formalen Bedeutung von prinzipiellen Erkenntnissen und Aussagen können wir nunmehr konkreten Bezug nehmen auf die aktuelle genossenschaftliche Prinzipien Diskussion. Wir müssen es uns jedoch versagen, die Vielzahl der Versuche zur Wesensbestimmung des Genossenschaftswesens² und die verschiedenen Prinzipiensysteme der

1 Watkins, William Pascoe, Das Wesen der Genossenschaftsprinzipien, a.a.O., S.272/273.

2 Zu berücksichtigen wären z.B.:

Albrecht, Gerhard, Der sozial-politische Grundauftrag der Genossenschaft, in: Bl.f.Gen.wesen 108.Jg. (1962), S.180-188.

Back, Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens ..., a.a.O.; ders., Der Standort der Genossenschaften im heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsleben, Wien 1955; ders., Das Genossenschaftswesen im Strukturwandel des Gesellschafts- und Wirtschaftslebens, in: ZfgG Bd.7 (1957), S.263-291.

Genossenschaftspraxis¹ hier ausführlicher darzustellen. Diese umfassende Aufgabe ist uns hier nicht gestellt. Die Darlegung und vergleichende Analyse dieser Versuche dürfte höchst interessante Einsichten zeigen.

Wir nehmen der Einfachheit halber auf die eingehenden Untersuchungen Henzlers zur Prinzipienfrage Bezug. Er hat einen Teil der von uns für notwendig erachteten vergleichenden Analyse durchgeführt. Dabei konnte er einige bemerkenswerte Entdeckungen machen.

Zunächst einmal beschreibt Henzler klar die formale Bedeutung genossenschaftlicher Grundsätze: "Mit Hilfe der genossenschaftlichen

Clausing, Gustav, Vergangenheit, Gegenwart und zukünftige Bedeutung des Genossenschaftswesens, in: ZfG Bd.1 (1950/51), S.30-40.

Draheim, Georg, Das Förderungsunternehmen - Ein Beitrag zu den Versuchen, das Wesen der Genossenschaft zu bestimmen, in: Zur Ökonomisierung der Genossenschaften. Göttingen 1967, S.103-121.

Grünfeld, Ernst, Das Genossenschaftswesen, volkswirtschaftlich und soziologisch betrachtet, Halberstadt 1928.

Schachtschabel, Hans Georg, Genossenschaften - ihre Geschichte und ihr Wesen, Wolfenbüttel o.J.

Seraphim, Hans-Jürgen, Das ökonomische und soziale Wesen der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, in: Vom Wesen der Genossenschaften ..., a.a.O., S.45-61.

Vershofen, Wilhelm, Die sittlichen Grundlagen der Konsumgenossenschaft, Hamburg (1949).

Weippert, Georg, Das Jahrhundert zwischen Individualismus und Kollektivismus, Erlangen 1949; ders., Die kulturellen Aspekte des Genossenschaftswesens, in: Aktuelle Genossenschaftsprobleme, Bern 1953, S.155-174.

Weisser, Gerhard, Genossenschaften, a.a.O., S.57-100.

Westermann, Harry, Genossenschaftliche Idee und Rechtsform in der modernen Konzentration, in: Rheinischer Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) e.V., Köln, Bericht über die Festversammlung anlässlich des 75 jährigen Bestehens am 3. Juli 1965 im Kölner Gürzenich, o.O., o.J., S.24 36.

1 Vgl. z.B.:

Henzler, Reinhold, Sind die genossenschaftlichen Prinzipien noch zeitgemäß?, a.a.O.

Hasselmann, Erwin, Die Rochdaler Grundsätze im Wandel der Zeit, Frankfurt a.M. 1969.

Richter, Heinrich, Friedrich Wilhelm Raiffeisen und die Entwicklung seiner Genossenschaftsidee, München 1966 (Diss. Erlangen 1965).

Seelmann-Eggebert, Die Systeme im neuzeitlichen deutschen Genossenschaftswesen, Stuttgart 1927.

Prinzipien sollten von Anfang an Ziele und Mittel der konzipierten, der schon errichteten und von noch zu gründenden 'Assoziationen' oder Genossenschaften so formuliert werden, daß der Rahmen für ihre Grundgestalt und die Richtung für ihr Wirken festgelegt waren. Sie sollten - und sie sollen zum Teil auch heute noch - die Wesenszüge der Genossenschaften umreißen und festhalten, Ziele und zielgerechte Mittel setzen. Genossenschaftliche Prinzipien waren immer dazu bestimmt, als Leitgedanken bei der Grundung und Verbreitung von Genossenschaften zu dienen und dabei Wahlentscheidungen zu beeinflussen und auszuschließen. Darüber hinaus oblag und obliegt ihnen, als Lenkungs- und Steuerungsmittel eine auf gleichen Prinzipien basierende dezentrale Organisation zentral zu beeinflussen, zusammenzuhalten und zu führen. Soweit die Prinzipien, wie z.B. das der Selbstverwaltung, eine zieladäquate Struktur der Genossenschaft sichern sollen, können sie als genossenschaftliche Strukturprinzipien angesprochen werden. Ihnen zur Seite stehen Prinzipien für den genossenschaftlichen Betriebsprozeß, die Preispolitik, die Kreditgewährung, die Überschußverwendung, Prinzipien also, die Normen für die Verfahren der Genossenschaft darstellen: Prozeß-, Funktions- oder Verfahrensprinzipien. Mit diesen Prinzipien sollte aber nicht nur die Praxis der Genossenschaften beeinflußt werden; eine nicht zu unterschätzende Aufgabe für sie bestand von Anfang an darin, die charakteristischen Züge der Genossenschaft den angesprochenen präsumtiven Mitgliedern empfänglich zu machen, die Mitglieder in die genossenschaftliche Richtung zu führen und aufklärend und werbend zu wirken."¹

1 Henzler, Reinhold, Sind die genossenschaftlichen Prinzipien noch zeitgemäß?, a.a.O., S.229/230. (Im Originaltext ohne Sperrungen.) - Vgl. hierzu auch Backs Ausführungen zum Begriff »Grundstruktur« in: Marktwirtschaftliche Probleme und Aufgaben ..., a.a.O., S.145: "Unter Grundstruktur der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft wollen wir diejenigen Wesensbestimmtheiten der Genossenschaften ... verstehen, die mit den Prinzipien der genossenschaftlichen Wirtschaftsweise, wie sie sich aufgrund der wirtschaftsgesellschaftlichen Lage der Personalwirtschaften (Haushalts- und Erwerbswirtschaften) im Rahmen der freien Markt-

An dieser Stelle dürfen wir erinnern an einige unserer eingangs dieses Kapitels formulierten Vorüberlegungen zur Frage der Genossenschaftsprinzipien. Wir finden sie nun konkretisiert und bestätigt.

Nachdem der formale Sinn genossenschaftlicher Prinzipien bestimmt und eine Differenzierung in Struktur- und Prozeßprinzipien vorgenommen ist, prüft Henzler die verschiedenen Prinzipiensysteme der Genossenschaftspraxis. Er kann eine übereinstimmende allgemeine Anerkennung irgendwelcher dort enthaltener Merkmale nicht feststellen. Vielmehr verweist er auf die bekannten Prinzipienstreitigkeiten und auf die unbestreitbare Tatsache der vorübergehenden oder dauernden Änderung der Genossenschaftsprinzipien aufgrund des Wandels der Umweltverhältnisse. "Der Zeitbedingtheit der Umweltverhältnisse entspricht die Zeitbedingtheit mancher Prinzipien."¹ Aber das "Prinzip der (optimalen) Förderung der Mitglieder", so stellt Henzler fest, nimmt unter allen Prinzipien eine Sonderstellung ein: "Bei dem Prinzip der Mitgliederförderung handelt es sich um das genossenschaftliche Wesensprinzip, um ein - verglichen mit den anderen Prinzipien - **z e i t u n a b h ä n g i g e s P r i n z i p**, um die genossenschaftliche Zielvorstellung, die in allen Ländern, in jeder Staats- und Wirtschaftsverfassung in allerdings unterschiedlichen Bedingungsrahmen zu finden ist. Würde eine Hierarchie genossenschaftlicher Prinzipien aufgestellt, so müßte das Prinzip der Förderung der Mitglieder an der Spitze stehen; **a l l e** anderen Prinzipien wären als Mittel zur Erzielung der Mitgliederförderung nachzuordnen. Ein Aufgeben dieses Wesens-

wirtschaft überhaupt entwickelt und im Genossenschaftsgesetz ihre rechtsverbindliche Form gefunden haben, gegeben sind. ... Aus dem Begriff 'Grundstruktur' ergibt sich, daß er sich auf die allgemeinsten Grundtatbestände des Genossenschaftswesens überhaupt bezieht, deren Änderung nur durch solche Umschichtungen der Wirtschaftsgesellschaft bewirkt werden kann, die eine Änderung des Wirtschafts- und Gesellschaftsrechts notwendig machen. Das ist stets nur in größeren Zeitabständen zu erwarten."

1 Henzler, Reinhold, Sind die genossenschaftlichen Prinzipien noch zeitgemäß?, a.a.O., S.232.

prinzips bedeutet begriffsnotwendig ein Aufgeben der Genossenschaft."¹

Nunmehr können wir die Ergebnisse der von uns behandelten Analyse Henzlers kurz nennen: Neben der zunächst getroffenen Unterscheidung in Struktur- und Verfahrens-(i.S.v. Prozeß-)prinzipien differenziert Henzler weiter in absolute Wesensprinzipien und variable Verfahrensprinzipien² (Normen³)⁴.

"Verfahrens-'Prinzipien' sind nicht mehr Prinzipien, sondern Wettbewerbsmittel. An die Stelle von Prinzipien sind für die Genossenschaft Alternativen getreten. Vom Standpunkt der Genossenschaft hat die Genossenschaftsleitung nicht mehr traditionelle Prinzipien zu befolgen, sondern in selbstverantwortlicher Entscheidung unter verschiedenen Mitteln das der Mitgliederförderung am ehesten entsprechende zu wählen und einzusetzen."⁵ Wesensprinzip ist nach Auffassung Henzlers *al l e i n* die Mitgliederförderung.

Und noch eine weitere bemerkenswerte Erkenntnis des Henzlerschen Diskussionsbeitrages zur genossenschaftlichen Prinzipienfrage gilt

1 Henzler, Reinhold, Sind die genossenschaftlichen Prinzipien noch zeitgemäß?, a.a.O., S.232. - In seinem Vortrag auf der V. Internationalen Genossenschaftswissenschaftlichen Tagung in Hamburg 1966 war Henzler noch etwas vorsichtiger und weniger eindeutig: "Zu diesen Prinzipien dürfte das der Mitgliederförderung zu zählen sein; in bestimmten Ländern gehört auch das der Selbsthilfe dazu, in vielen Ländern das der demokratischen Verwaltung. Man könnte von Wesensprinzipien sprechen." In: Genossenschaftsplanung und Genossenschaftsprinzipien, a.a.O., S.140.

2 Vgl. Henzler, Reinhold, Genossenschaftsplanung und Genossenschaftsprinzipien, a.a.O., S.140.

3 Vgl. Reinhardt, Rudolf, Diskussionsbeitrag zum Vortrag von Prof. Henzler, in: ZfgG Bd.17 (1967), Sonderheft: Planung im Genossenschaftswesen, S.149/150.

4 Wir erinnern uns an die nach logischen Gesichtspunkten erarbeitete Unterscheidung von absoluten und relativen Prinzipien! Vgl. S.36 dieser Arbeit.

5 Henzler, Reinhold, Sind die genossenschaftlichen Prinzipien noch zeitgemäß?, a.a.O., S.235/236.

es festzuhalten. In der genossenschaftlichen Praxis hatte sich seit einigen Jahren eine deutliche Tendenz zum Genossenschaftsverband¹ abgezeichnet. Henzler zieht hieraus, unseres Wissens als erster, klare Konsequenzen für alle Wesens- und Verfahrensprinzipien. "Die Anpassung an diese sich ändernden Situationen erfordert eine flexible Unternehmungspolitik der Genossenschaften und das Aufgeben traditionaler Verhaltensprinzipien, zumindest als Prinzipien. Je konsequenter dies geschieht, um so eher wird in dieser veränderten Situation die Genossenschaftspolitik dem genossenschaftlichen Wesensprinzip gerecht.

Bei einer Lösung dieses Prinzips von der einzelnen Genossenschaft und Übertragung auf die einzelnen Genossenschaftszweige erscheinen an Stelle von Einzelgenossenschaften immer mehr genossenschaftliche Verbünde als die Instrumente zur Mitgliederförderung, als Mittel zur Verwirklichung des genossenschaftlichen Wesensprinzips. So wie das Wesensprinzip der Einzelgenossenschaft nunmehr zum Wesensprinzip des Genossenschaftsverbandes ausgeweitet wird, müssen bei dieser Ausweitung die klassischen Genossenschaftsprinzipien zurückgedrängt und an ihre Stelle unternehmungspolitische Grundsätze und Normen den Verbund und seine Leistungsordnung gestalten, um seine Leistung für die Mitglieder zu erhöhen."²

Die erwähnte Analyse Henzlers hat in der Genossenschaftsliteratur hinsichtlich seiner Ergebnisse und Konsequenzen für Wissenschaft und Praxis unseres Wissens bisher kaum ausdrückliche Beachtung gefunden.³ Deren Diskussion kann aber zumindest in der Wissenschaft

1 Vgl. S.276 f. dieser Arbeit.

2 Henzler, Reinhold, Sind die genossenschaftlichen Prinzipien noch zeitgemäß?, a.a.O., S.240. - (Im Originaltext ohne Sperrungen.)

3 Ausnahmen: Watkins, William P., Das Wesen der Genossenschaftsprinzipien, a.a.O., S.262 ff.; Hasselmann, Erwin, Die Rochdaler Grundsätze im Wandel der Zeit, a.a.O., S.103, 130, 135 f. - Hasselmann verweist auch auf die Unterscheidung in Prinzipien der Praxis und solche der Wissenschaft, worauf wir auf S.27 f. dieser Arbeit bereits aufmerksam gemacht haben. S.133: "Es nimmt wunder, daß ein so zentrales Prinzip wie das Förderungsprinzip

nicht ausbleiben, denn die Konsequenzen der Henzlerschen Thesen sind ohne allen Zweifel zumindest von höchster genossenschaftstheoretischer Bedeutung. Dies zeigt z.B. schon die von Henzler selbst noch gegebene Beurteilung der Genossenschaften genannten Gebilde in Zentralverwaltungswirtschaften.¹ Das Genossenschaftswesen ist allein noch am seidenen Faden der Förderungsmaxime aufgehängt, - einer Maxime, die in ihrem Aussagegehalt bisher noch wenig präzise bestimmt ist.²

In diesem Zusammenhang haben wir sogleich noch zu vermerken, daß auch die Förderungsmaxime der neueren genossenschaftswissenschaftlichen Diskussion nicht entgangen ist. Vom Institut für Genossenschaftswesen in Münster sind seit 1968 mehrere Forschungsarbeiten veröffentlicht worden³, die dieses Prinzip und die Modalitäten seiner Verwirklichung einer Prüfung unterziehen. Diese Arbeiten haben alle einen einheitlichen Grundgedanken: Es wird, ausgehend von der behaupteten oder auch erwiesenen weitgehenden Entscheidungsunabhängigkeit des genossenschaftlichen Managements vom Wil-

niemals und nirgends in der Liste der Rochdaler Grundsätze oder Prinzipien erscheint. Auch in der älteren Genossenschaftsliteratur wird man vergebens nach einem solchen Prinzip suchen. In der ausländischen Genossenschaftsliteratur oder wenigstens der nicht deutschsprachigen Genossenschaftsliteratur wird man ebenfalls kaum ein Äquivalent für den Begriff Förderungsprinzip finden. ... Die Formulierung eines Förderungsprinzips ist vielmehr eine Schöpfung der neueren deutschen Genossenschaftstheorie."

1 Henzler, Reinhold, Sind die genossenschaftlichen Prinzipien noch zeitgemäß?, a.a.O., S.236 f.

2 Vgl. z.B. Henzler, Reinhold, Betriebswirtschaftliche Probleme des Genossenschaftswesens, Wiesbaden 1962, S.15 22; ferner: Westermann, Harry, Die Bedeutung des Förderungszwecks für die rechtliche Ausgestaltung der Genossenschaft, in: ZfgG Bd.13 (1963), S.273 296.

3 Veröffentlichungen des Instituts für Genossenschaftswesen der Universität Münster, Reihe C: Untersuchungen und Berichte:
Bd.2: Kranz, Werner, Das Management der Unternehmensgruppe Konsum im Konflikt zwischen Demokratie und Wettbewerbsfähigkeit. Karlsruhe 1968.
Bd.5: Preuss, Ulrich, Mitgliederinteressen und Wachstum der Genossenschaften, Karlsruhe 1969.
Bd.5: Klemann, Peter, Das Management in Genossenschaften des Lebensmittel Einzelhandels, Karlsruhe 1969.

len der Genossenschaftsmitglieder, danach gefragt, ob und inwieweit die genossenschaftliche Unternehmensorganisation in ihrem Wirtschaftsvollzug das Förderungsanliegen der Mitglieder verwirklicht oder in den Dienst anderer Zielsetzungen bzw. Interessen (z.B. persönliche Ziele des Managements selber) gestellt ist. Die letzten Konsequenzen sind in und aus den bisher veröffentlichten Forschungsarbeiten noch nicht gezogen; diese Untersuchungen sind auch noch nicht fundiert und umfassend genug, um sie schon ziehen zu können.

Aber gesetzt den Fall, es gelingt zu zeigen, daß in einzelnen oder allen genossenschaftlichen Unternehmen die Mitgliederförderung nur teilweise oder überhaupt nicht mehr verwirklicht ist. Ist damit schon das Genossenschaftswesen in seiner Eigenart vollständig gelöscht? Wenn wir uns an die These Henzlers erinnern, bliebe keine andere als diese Konsequenz übrig.

In einer solchen Lage könnte es dann auch eine Genossenschaftswissenschaft als eigenartige und selbständige Wissenschaft im bisherigen Sinne nicht mehr geben. Zwar wäre es weiterhin möglich, diejenigen Gebilde und Institutionen, die die Rechtsform der Genossenschaft haben oder die sich als Genossenschaften betrachten, unter den verschiedensten Gesichtspunkten wissenschaftlich zu erforschen, z.B. unter betriebswirtschaftlichen, soziologischen oder rechtlichen, - genau so wie es möglich ist, z.B. Aktiengesellschaften, Konzerne, Geselligkeitsvereine oder Bahnhöfe unter den verschiedensten Gesichtspunkten zu analysieren. Aber ebenso wie es kein Aktiengesellschaftswesen und keine selbständige Aktiengesellschaftswissenschaft gibt, könnte es weiterhin ein Genossenschaftswesen und eine selbständige Genossenschaftswissenschaft geben.

In einer derartigen »Totengräbersituation« haben wir einige Fragen zu stellen. Ist die Analyse Henzlers richtig, ist sie vollständig? War Henzler sich im klaren darüber, daß die Förderungsmaxime a l l e i n die Eigenart des Genossenschaftswesens gar nicht beschreiben kann, daß es vielmehr auch nichtgenossenschaftliche För-

derungsunternehmen gibt?¹ Gibt es nicht noch andere Wesensmerkmale, die von Henzler in seiner Untersuchung gar nicht beachtet wurden? Erweist sich die Aufgabe, die Organisation und der Leistungsvollzug des Genossenschaftswesens nicht doch noch in einer ganz anderen Richtung und Dimension als wesentlich (prinzipiell), als es von neueren Richtungen der Genossenschaftstheorie, insbesondere von ihrer rein ökonomischen Variante, behauptet wird? Diese Fragen gelten grundsätzlich auch für die Forschungen des Genossenschaftsinstituts in Münster, die auf eine "realistische" und "positive" Erweiterung des Ohmschen organtheoretischen Modellansatzes zielen.² In Hinblick gerade darauf haben wir noch eine ergänzende Frage zu stellen: Ergibt sich aus dem »wahren« Wesen der Genossenschaften tatsächlich eine solche Unvereinbarkeit und ein solcher Gegensatz von Förderungsauftrag, demokratischer Willensbildung und genossenschaftlichem Management, wie behauptet wird? Hat die genossenschaftliche Führung nicht ihren Platz und ihre Möglichkeiten auch in der Theorie seit je?³ Ergibt sich die »Problematik« vielleicht nur aus der Notwendigkeit einer Überwindung von theoretischen Konstruktionen, die von Anfang an nicht zureichend, d.h. nicht objektadäquat, waren und es vielleicht nie sein werden?

Wir wollen es bei diesen Fragen bewenden lassen. Sie bleiben zunächst in den Raum gestellt; eine eigene inhaltliche Analyse haben wir uns hier nicht zur Aufgabe gemacht. Am Ende der erkenntnistheoretischen und methodologischen Darlegungen unserer Arbeit werden einige dieser Fragen jedoch beantwortet sein.

Wir wollen hier lediglich zwei Alternativen in der genossenschaftlichen Prinzipiendiskussion aufzeigen. Diese haben zwei genossenschaftswissenschaftlich beachtliche Eigenschaften:

-
- 1 Zum Beweis vgl. Draheim, Georg, Das Förderungsunternehmen ..., in: Zur Ökonomisierung ..., a.a.O., S.106 ff.
 - 2 Vgl. dazu Draheim, Georg, Ansprache anlässlich seiner Ehrenpromotion, in: Gedanken zur Genossenschaftstheorie und Genossenschaftspraxis, a.a.O., S.21/22.
 - 3 Vgl. z.B. Back, Josef, Genossenschaftsgeist und Unternehmmergeist - Müssen sie Gegensätze sein?, in: ZfgG Bd.7 (1957), S.159-182.

- a) Sie haben einen Aussagegehalt über unabdingbare Merkmale, Eigenschaften und Ziele des Genossenschaftswesens, der geeignet ist, ein charakteristisches genossenschaftliches Profil zu beschreiben.
- b) Sie haben eine breite raum-zeitliche Erfahrungsbasis.

Unsere erste Alternative hat die vom Internationalen Genossenschaftsbund (IGB) erarbeiteten und heute für zutreffend erachteten genossenschaftlichen Grundsätze zum Inhalt.

Der IGB wurde als internationaler Zusammenschluß des Genossenschaftswesens im Jahre 1895 auf Initiative der damaligen britischen Konsumgenossenschaftsbewegung gegründet. Er "hat sich von Anfang an als Testamentsvollstrecker der Redlichen Pioniere von Rochdale verstanden."¹ Dies hat zur Folge gehabt, daß in der Mitgliedschaft des IGB bis in die neueste Zeit die Konsum- und Wohnungsbaugenossenschaften der Anzahl und der wirtschaftlichen Bedeutung nach deutlich überwogen haben. Im Jahre 1937 wurden auf dem Internationalen Genossenschaftskongreß in Paris die sieben sog. Rochdaler Prinzipien² zum Maßstab für die Beurteilung des Genossenschaftswesens und für die Interessen- und Mitgliedschaftspolitik des IGB erhoben. Dies hatte aber ein weitgehendes Abseitsstehen der gewerblichen und landwirtschaftlichen Genossenschaften vom IGB zur Folge.

Seit Ende des 2. Weltkrieges hat sich die Mitgliedschaftsstruktur des IGB erweitert und ausgeglichen. Außer den entwickelten Genossenschaftsorganisationen Europas und Amerikas haben sich auch mehr

1 Hasselmann, Erwin, Die Rochdaler Grundsätze im Wandel der Zeit, a.a.O., S.17.

- 2 1. Offene Mitgliedschaft
- 2. Demokratische Verwaltung (ein Mann - eine Stimme)
- 3. Verteilung des Überschusses an die Mitglieder im Verhältnis zu ihrem Anteil am Geschäftsverkehr
- 4. Beschränkte Kapitalverzinsung
- 5. Politische und konfessionelle Neutralität
- 6. Barzahlung
- 7. Förderung des Erziehungswesens

und mehr Genossenschaftsorganisationen aus Ländern Afrikas, Zentral- und Südamerikas und Asiens angeschlossen. Es sind damit neben den Genossenschaften aus marktwirtschaftlich orientierten Industrieländern auch diejenigen aus zentralverwaltungswirtschaftlich orientierten Ländern und Entwicklungsländern vertreten. Das Übergewicht der Konsumgenossenschaften und der Wohnungsbaugenossenschaften ist zurückgegangen.

Der IGB umfaßte 1967 143 direkt angeschlossene Organisationen in 60 Ländern mit ca. 238 Mio. Einzelmitgliedern, die in ca. 578 000 Genossenschaften organisiert waren.¹ Die Mitgliedschaft setzt sich zusammen aus landwirtschaftlichen Genossenschaften, Konsum-, Kredit-, Fischerei-, Bau- und Wohnungs-, Produktiv- und Handwerker-genossenschaften, Großeinkaufsgesellschaften, Versicherungsgenossenschaften und sonstigen Genossenschaften.²

Der IGB hat keine wirtschaftlichen Unternehmungsaufgaben zu erfüllen. Nach Meinung von W. P. Watkins, seinem langjährigen früheren Direktor, "liegt die eigentliche Aufgabe des IGB auf dem Gebiet der Information, der Forschung, der Erziehung, der Arbeit an der Idee und auf dem Gebiete der Vertretung der genossenschaftlichen Interessen."³ In diesem Sinne und auf diesen Gebieten ist der IGB in zunehmendem Maße zu einer Repräsentativorganisation der weltumfassenden Genossenschaftsbewegung geworden. Diese Bemerkungen beleuchten im Grunde, daß die eigentliche Bedeutung des IGB letztlich durch Hinweis auf seine Mitgliedzahl oder durch Umsatz- und Kapitalangaben nicht erfaßt werden kann; vielmehr liegt diese auf einem ganz anderen Gebiet: "Wir alle wissen, daß wir zur Bewältigung unserer Aufgaben nicht nur Kapital brauchen. Wir brauchen vor allem eine Konzentration und Koordination des Wissens, des

1 Zahlenangaben aus: Internationaler Genossenschaftsbund (Hrsg.), Agenda und Referate zum XXIV. Kongreß in Hamburg 1969, S.18. (Deutsche Fassung.)

2 Im Jahre 1969 hat sich auch der Deutsche Raiffeisenverband für alle seine angeschlossenen Genossenschaften (1968: ca. 17 500 Waren-, Betriebs- und Kreditgenossenschaften) um die Mitgliedschaft im IGB beworben.

3 Watkins, William P., Die Internationale Genossenschaftsbewegung, Frankfurt a.M. 1969, S.200.

technischen Könnens und der praktischen Erfahrung. Und dies ist auch ein charakteristisches Merkmal des IGB: daß er ein weltumspannender Pool genossenschaftlicher Kenntnisse und Erkenntnisse ist. Aus der ständigen lebendigen Verbindung von Genossenschaftlern aus aller Welt erwachsen starke Impulse für die Entwicklung, entstehen neue Ideen und Modelle im großen Experimentierfeld der genossenschaftlichen Wirtschaft."¹

Der skizzierte Wandel des IGB, bedingt durch die Erweiterung und Umstrukturierung seiner Mitgliedschaft, und die großen strukturellen Reformen der angeschlossenen Genossenschaftsorganisationen² waren Anlaß für eine Überprüfung der Rochdaler Prinzipien. So wurde aufgrund einer Entschließung des Internationalen Genossenschaftskongresses in Bournemouth 1963 vom Zentralvorstand des IGB im Jahre 1964 eine »Kommission für Genossenschaftsprinzipien«³ eingesetzt. Diese Kommission hat nach einer weltweiten Befragung von Genossenschaftsorganisationen und profilierten Kennern des Genossenschaftswesens beachtliche Vorschläge für eine Neuformulierung der für die Aufnahme in den IGB maßgeblichen Genossenschaftsprinzipien gemacht. Diese Vorschläge wurden auf dem IGB-Kongreß in Wien 1966 einstimmig, bei einigen Stimmenthaltungen, gebilligt.

1 Paulig, Oswald, Ansprache zum XXIV. Kongreß des Internationalen Genossenschaftsbundes in Hamburg 1969, (vervielfältigtes Manuskript).

2 Diese strukturellen Veränderungen der Genossenschaftsorganisationen werden von den Forschungsgremien des IGB im Anschluß an einen Auftrag des IGB-Kongresses in Lausanne 1960 in einer wissenschaftlich beachtenswerten Weise eingehend und aktuell registriert. Vgl. hierzu u.a. die laufenden Berichte darüber in der Internationalen Genossenschaftlichen Rundschau, dem offiziellen Organ des IGB.

3 Sie bestand aus folgenden fünf Mitgliedern:
Herrn A. Bonner, Hauptlehrer am Co-operative College, Genossenschaftsverband, Großbritannien und Irland,
Herrn Howard A. Cowden, Mitglied des Direktionsvorstandes der Genossenschaftsliga der USA,
Herrn Prof. Dr. R. Henzler, Direktor des Instituts für Genossenschaftswesen der Universität Hamburg,
Herrn Prof. D. G. Karve, Vorsitzender des beratenden Ausschusses des IGB für Südostasien,
Herrn Prof. I. Kistanov, Professor für Wirtschafts- und Genossenschaftslehre am Volkswirtschaftlichen Institut Moskau.

Die Kommission stellte zwar in verschiedener Hinsicht gegensätzliche und modifizierte Auffassungen zu einzelnen Prinzipienfragen fest. Ihre erste Aufgabe sah sie jedoch darin, "jene allgemeinen Prinzipien zu formulieren, die von Genossenschaftlern aller Art und in allen sozialen und Wirtschafts-Systemen angewandt werden können."¹ Eine vergleichende Analyse der repräsentativen und informativen Umfrageergebnisse² und eine Abwägung der differierenden Auffassungen³ führte zum Vorschlag eines aus sechs Punkten bestehenden Merkmale-Katalogs. Auf eine schlagwortartige Kurzfassung der Genossenschaftsgrundsätze ist verzichtet worden; vielmehr ist der jeweilige Bedeutungsinhalt, unter Berücksichtigung der sich aus den strukturellen Reformen und Veränderungen der neueren Zeit ergebenden Notwendigkeiten, anschaulich umschrieben.

Entsprechend diesen Vorschlägen betrachtet der IGB heute folgende Merkmale "für eine echte und leistungsfähige genossenschaftliche Tätigkeit sowohl in der Gegenwart wie in der Zukunft, soweit man voraussehen kann, weiterhin als wesentlich":

- "1. Die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft sollte freiwillig sein und ohne künstliche Beschränkung oder irgendwelche soziale, politische, rassische oder religiöse Diskrimination allen Personen offen stehen, die die Dienste der Genossenschaft benutzen können und die bereit sind, die Verantwortlichkeiten der Mitgliedschaft auf sich zu nehmen.
2. Genossenschaften sind demokratische Organisationen. Ihre Angelegenheiten werden von Personen verwaltet, die von den Mitgliedern in einer von ihnen bestimmten Art und Weise gewählt werden, und die den Mitgliedern verantwortlich sind. Die Mit-

1 IGB, Agenda u. Referate ... 1966, a.a.O., S.57.

2 Vgl. Institut für Genossenschaftswesen der Universität Hamburg, Die Gültigkeit der Rochdaler Prinzipien, Hamburg 1966, 165 S. (Ergebnisse einer Auswertung der vom IGB, London, in den Jahren 1965 und 1966 durchgeführten Umfrage.)

3 Vgl. Watkins, W. P., Das Wesen der Genossenschaftsprinzipien, a.a.O., S.265; Schumacher, Carl, Genossenschaftliche Prinzipien oder Genossenschaftsprinzip, in: IGR Bd.60 (1967), S.280.

glieder von Primär Genossenschaften sollten bei Abstimmungen und bei der Beteiligung an Beschlüssen, die ihre Genossenschaft betreffen, gleiche Rechte genießen (ein Mitglied, eine Stimme). In anderen als Primär Genossenschaften sollte die Verwaltung in geeigneter Form auf einer demokratischen Basis durchgeführt werden.

3. Das Anteilkapital sollte, wenn überhaupt, nur zu einem streng beschränkten Satz verzinst werden.
4. Der Überschuß oder die Ersparnisse, wenn sich solche aus der Tätigkeit einer Genossenschaft ergeben, sollte den Mitgliedern der betreffenden Genossenschaft gehören und sollte in einer solchen Art und Weise verteilt werden, die vermeidet, daß ein Mitglied gegenüber einem anderen einen Vorteil genießt. Dies kann durch Beschluß der Mitglieder wie folgt durchgeführt werden:
 - a. Vorsorge für die Entwicklung des Geschäfts der Genossenschaft.
 - b. Durch die Bereitstellung von gemeinsamen Diensten, oder
 - c. Durch Verteilung unter die Mitglieder im Verhältnis zu ihrem Anteil am Geschäftsverkehr der Genossenschaft.
5. Alle Genossenschaften sollten Vorkehrungen für die wirtschaftliche wie demokratische Erziehung ihrer Mitglieder, Beamten und Angestellten und des allgemeinen Publikums treffen.

Ferner haben wir es als wichtig erachtet, ein Prinzip des Wachstums durch gegenseitige Zusammenarbeit zwischen Genossenschaften beizufügen:

6. Alle Genossenschaftsorganisationen sollten, um den Interessen ihrer Mitglieder und ihrer Gemeinschaften am besten zu dienen, in jeder praktischen Art und Weise mit andern Genossenschaften auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene zusammenarbeiten."¹

In Ergänzung und zur Erläuterung dieser unabdingbaren Merkmale

1 IGB, Agenda u. Referate ... 1966, a.a.O., S.85; sowie: Der Dreiundzwanzigste Kongreß des IGB, Kongreß Kurzbericht, in: IGR Bd.60 (1967), S.41/42.

sind nach unserer Auffassung einige zusätzliche Bemerkungen des Berichtes der Prinzipienkommission noch besonders zu beachten.

1. Die vorgeschlagenen Grundsätze gelten nicht alternativ und enthalten in sich keine Rangordnung. "Diese Prinzipien (sind) nicht willkürlich oder zufällig zusammengestellt worden. Sie bilden ein System und sind nicht voneinander trennbar. Sie stützen und stärken sich gegenseitig."¹
2. Die Anwendung und Geltung der Prinzipien soll sich nicht auf die Primärgenossenschaften beschränken. "Sie sollten auch von den Organisationen der zweiten Stufe eingehalten werden, mit solchen Änderungen, die sich für Institutionen, die die Zusammenarbeit von Genossenschaften viel mehr als die von Einzelpersonen verkörpern, als notwendig oder wünschenswert erweisen."²
3. Beachtlich und neu in Prinzipiensystemen der Genossenschaftspraxis ist das "Prinzip des Wachstums". Man könnte es unseres Erachtens genauso gut als »Prinzip der Zusammenarbeit« bezeichnen. Hierdurch wird auf die notwendige Erweiterung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses über die erste Stufe der Primärgenossenschaften hinaus verwiesen, und damit auf die "Zusammenarbeit von Genossenschaften in Vereinigungen, die verschiedentlich (als) Verbände, Föderationen, Zentralorganisationen oder, weiter gefaßt, als Organisationen der zweiten Stufe oder zweiten Grades bezeichnet werden"³ sowie auch auf "Organisationen dritten Grades", womit internationale bzw. übernationale genossenschaftliche Unternehmungen und Institutionen gemeint sind. Die Zusammenarbeit der Einzelgenossenschaften mit diesen höheren Zusammenschlüssen und dieser untereinander spielt "in der heutigen Genossenschaftsbewegung eine viel wichtigere Rolle als bisher und (wird es) in der Zukunft noch mehr spielen."³ Und so soll das Prinzip des Wachstums den "Gedanken größerer Einheit und Kohäsion innerhalb der Genossenschaftsbewegung"³ zum Ausdruck bringen.

1 IGB, Agenda u. Referate ... 1966, a.a.O., S.85.

2 IGB, Agenda u. Referate ... 1966, a.a.O.; S.85.

3 IGB, Agenda u. Referate ... 1966, a.a.O., S.86.

4. Die "wichtigsten" und "letzten" Ziele der Genossenschaftsbewegung sind in den Prinzipienkatalog des IGB selbst nicht aufgenommen, wohl aber in dem Bericht dazu ausdrücklich bekanntgegeben: Es ist "das Ideal einer besseren, menschlicheren Welt".¹ "Die Welt wird den Erfolg des Genossenschaftswesens aufgrund ihres Beitrags beurteilen, den sie zur schnellen Hebung des Niveaus der menschlichen Wohlfahrt leisten wird. Allgemein sucht die Menschheit, wenn auch blind und tastend, eine grundlegende Umgestaltung eines vom Kapital beherrschten Systems zu einem, das sich auf menschliche Würde und Gleichheit stützt."¹ Und weiter: "Die Genossenschafter der ganzen Welt sollten klar erfassen, daß das wichtigste Ziel der Genossenschaftsbewegung die Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Rechte des Volkes ist."¹ In Hinblick auf die verschiedenen Stufen der historischen Entwicklung der Genossenschaftsbewegung wird festgestellt: "Das gemeinsame Element ist zu allen Zeiten das gewesen, daß die Genossenschaftsbewegung in ihrer besten Form auf etwas hinziele, das über die Förderung der Interessen der einzelnen Mitglieder, die irgendwann eine Genossenschaft konstituieren, hinausgeht. Dies ist das Ziel der Förderung des Fortschritts und der Wohlfahrt der Menschheit. Es ist dieses Ziel, das eine Genossenschaft von einer gewöhnlichen Wirtschaftsunternehmung unterscheidet und eine Prüfung nicht nur vom Standpunkt der geschäftlichen Leistungsfähigkeit, sondern auch vom Standpunkt ihres Beitrags an die sittlichen und sozialen Werte, die das menschliche Leben über das rein materielle und tierische hinausheben, rechtfertigt."²

Wir müssen es uns versagen, die »neuen« IGB-Prinzipien hier noch eingehender darzustellen. Die Überlegungen, Argumente und Abwägungen der Prinzipienkommission, die zum Vorschlag der genannten sechs prinzipiellen Genossenschaftsmerkmale geführt haben, bilden als Ganzes eine eindringliche und überzeugende Studie. Das »Bild«, das hier vom existierenden und von dem für wünschenswert und not-

1 IGB, Agenda u. Referate ... 1966, a.a.O., S.87.

2 IGB, Agenda u. Referate ... 1966, a.a.O., S.57.

wendig erachteten Genossenschaftswesen (seinen Aufgaben, seinen organisatorischen Gestaltungen, den Modalitäten seiner Leistungserfüllung und seinen immanenten Begrenzungen) gegeben wird, ist ohne Zweifel ein anderes, als es verschiedene Varianten der neueren Genossenschaftstheorie entwickelt haben. Es ist keinesfalls auf einen derart einfachen und einheitlichen Nenner zu bringen, wie es für eine unproblematische Zurechnung zu dem (für gesellschaftliche Probleme im Kern immer wieder blinden) Automatismus des »ökonomischen Prinzips« erforderlich ist. Auch von einer Anpassung an die Umweltverhältnisse, »koste es was es wolle«, kann keine Rede sein. Vielmehr ist das Bemühen um die Neuformulierung und Wiederbelebung der Genossenschaftsgrundsätze des IGB gerade aus dem Willen entsprungen, diese Umweltverhältnisse »unter Wahrung der Eigenart« zu bewältigen und sich dabei erneut auf die Ideen, Ziele und Merkmale zu besinnen, auf die es letztlich ankommt.

In Ergänzung zu den Prinzipien des IGB stellen wir in der genossenschaftlichen Grundsatzdiskussion als **w e i t e r e A l t e r n a t i v e** denjenigen wissenschaftlichen Erklärungsversuch zur Debatte, der die ontologische Struktur des Genossenschaftswesens schon seit je als prinzipielle (d.h. eigenständige) Ordnungs- und Organisationsidee der Gesellschaftswirtschaft interpretiert. Diese Alternative ist in neuerer Zeit vor allem geprägt und vertreten worden von Albrecht, Back, Clausing, Weippert und Ziegenfuß. Sie ist anschaulich skizziert bei Höfken.¹

Wissenschaftlich beachtlich ist von vornherein auch wieder jene umfassende raum-zeitliche Erfahrungsbasis, die der Konzipierung dieser Genossenschaftsidee zugrunde gelegt ist. Diese Idee bezieht sich nicht etwa nur auf bestimmte Arten, Sparten und Entwicklungsstufen des Genossenschaftswesens. So wird ganz ausdrücklich auch der Versuch unternommen, das Genossenschaftswesen nicht nur als »modernes« zu begreifen; dazu werden eine Reihe von gesellschafts-

¹ Höfken, Karl-Heinz, Die begriffliche Bestimmung der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft, a.a.O., S.189-216.

wirtschaftlichen Strukturen der vorindustriellen geschichtlichen Epochen, als »alte« Genossenschaften, in den wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß einbezogen. Daneben werden zugleich aber gerade auch die Erscheinungsformen, Entwicklungen und Zusammenhänge des modernen Genossenschaftswesens möglichst umfassend als »genossenschaftliche« akzeptiert und interpretiert. Die Struktur der (primären) Einzelgenossenschaft wird nicht zum Kristallisationskern der Forschung und Theorie gemacht; auch andere beobachtete und mögliche Strukturen (z.B. Zusammenschlüsse und Systeme von primären Gebilden) werden in den Ansatz der wissenschaftlichen Analyse »gleichberechtigt« aufgenommen. So wird also in mehreren Dimensionen der Versuch gemacht, die »letzten« Aussagen über das Genossenschaftswesen auf einer breiten Basis und in einem möglichst allgemeinen Zusammenhang zu sehen und zu entwickeln.

Als allgemeinste mögliche Bezugspunkte für eine Theorie des Genossenschaftswesens haben sich bei einer derartig ausladenden Betrachtungsweise diejenigen Wesensmerkmale und -notwendigkeiten erwiesen, von denen das "P e r s o n s e i n k ö n n e n d e s M e n s c h e n"¹ unter den verschiedenen Daseinsbedingungen abhängig ist. Die Lehre vom Wesen des Menschen ergibt sich aus den Grunderkenntnissen der Philosophie, Anthropologie, Biologie, Psychologie und der verschiedenen Sozialwissenschaften über die Struktur und Funktionsweise des menschlichen Lebens und seines Mit- und Gegeneinanders im sozialen Raum. Dieser Lehre brauchen wir hier im einzelnen nicht nachzugehen.² Festzuhalten gilt es jedoch, daß mit dem Wesen des Menschen, sofern eben damit "Personalität" (Weippert) gemeint ist, zugleich auch bestimmte Grunderfordernisse der menschlichen Gesellschaft gesetzt sind. Denn der Mensch ist seinem Wesen nach ganz offensichtlich nicht in seinem

1 Back, Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens ..., a.a.O., S.39.

2 Vgl. hierzu z.B. Back, Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens ..., a.a.O., S.37-48; Weippert, Georg, Das Jahrhundert zwischen Individualismus und Kollektivismus, Erlangen 1949, S.12 ff; Weippert, Georg, Bemerkungen zu einer neologischen Anthropologie, in: Sozialwissenschaft und Wirklichkeit, Göttingen 1966, S.164-179, mit weiteren Literaturangaben dort.

Selbstsein erschöpft; vielmehr ist er mit seiner ganzen Person zu jeder Zeit zugleich hineingestellt in größere Gruppen und Organisationen, ja in das Ganze des gesellschaftlichen Lebens. Seine sozialen Beziehungen prägen den Menschen mit und es kann für ihn nicht gleichgültig sein, in welchem Rahmen und unter welchen Bedingungen sich diese vollziehen.

Als "Bedingungen des Daseins, an die »Personseinkommen« unabdingbar gebunden ist", erweisen sich u.a.:

- "1. Ein sinnvoll-zweckmäßig begrenzter, der vollen Selbstverantwortlichkeit des Einzelmenschen unterstellter Wirkungsraum, in dem er in voller Unabhängigkeit wählen, entscheiden und seinem Gewissen folgen kann, innerhalb dessen er Erfolg und Mißerfolg seines Tuns zu tragen hat, innerhalb dessen er wirtschaftlich selbständig, sich selbst zu Arbeit und Leistung befehlen muß, weil ihn niemand zu einer Tätigkeit kommandiert oder in seinen Anstrengungen und seinem Fleiß überwacht, und der ihm gestattet, an einem Lebenswerk (nicht nur an einem Werkstück) seine persönlichen Fähigkeiten geistiger, seelischer und körperlicher Art zur Entfaltung zu bringen.
2. Persönliches Verbundensein des Einzelmenschen über die kleinen und großen Lebens- und Schicksalsgemeinschaften mit der menschlichen Gesellschaft im ganzen, so daß der einzelne in der aktiven Anteilnahme an dem gemeinsamen Geschick erfährt und erkennt, an welchen Prinzipien das gemeinsame Sein und Nichtsein der Gesellschaft hängt, daß er die Geltung überindividueller sozialer Gesetze und Werte unmittelbar verspürt und sich in das Ganze der Gesellschaft richtig einzuordnen verstehen lernt."¹

Für die Ordnung und Organisation des Wirtschaftslebens haben diese Feststellungen weitreichende Konsequenzen. Insbesondere wird davon

- a) die Notwendigkeit und Bedeutung der Existenz einer möglichst großen Zahl kleinerer Wirtschaftsgebilde abgeleitet, die in

¹ Back, Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens ..., a.a.O., S.40.

Hinsicht auf die Planung, die Durchführung und die Verantwortung der damit einhergehenden wirtschaftlichen Tätigkeiten weitgehend an die Person des Inhabers gebunden sind. Diese Wirtschaftsgebilde werden mit dem Begriff »Personalwirtschaft« bezeichnet.

Des weiteren werden davon

- b) auch ganz bestimmte Ordnungs- und Organisationserfordernisse für den Bereich der Gesellschaftswirtschaft abgeleitet. Es ist also keineswegs eine durchgehende personalwirtschaftliche Ordnung des Daseins verlangt, vielmehr kann und muß gerade auch in einer am Wesen des Menschen orientierten Gesamtwirtschaftsordnung dem Umfang der zu bewältigenden Aufgaben ebenso wie den marktwirtschaftlichen und technischen Erfordernissen Rechnung getragen werden.

Wenn nun so der Mensch zum zentralen Bezugspunkt und zum Maßstab des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens gemacht ist und verlangt wird, daß "unsere sozialen Ordnungsformen ... dem Wesen des Menschen und den damit gesetzten Erfordernissen menschlichen Zusammenlebens entsprechen (müssen)"¹, so ergeben sich daraus für den Wissenschaftler ebenso wie für den Gesellschaftsgestalter zwei Fundamentalfragen:

1. Wie muß, unter Berücksichtigung der jeweils vorgegebenen Ausgangslage und eventueller unbeeinflussbarer Daten, die Ordnung und Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft gestaltet werden, damit sie das Personseinkönnen des Menschen möglich macht?
2. Welche unter den bereits objektivierten Strukturen der Tatsachenwelt entsprechen dieser Ordnungsvorstellung oder erweisen sich wenigstens als mögliche und fruchtbare Ansatzpunkte auf dem Wege zur Verwirklichung einer solchen Ordnung?

Mit der systematischen Erörterung der ersten Frage brauchen wir uns hier nicht weiter aufzuhalten. Eine dahingehende Diskussion

¹ Weippert, Georg, Das Jahrhundert zwischen Individualismus und Kollektivismus, a.a.O., S.12.

ist im Zusammenhang mit den Überlegungen um einen sog. »Dritten Weg« einer Gesamtwirtschaftsordnung nach dem 2. Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland geführt worden.¹ Die Auffassungen über die Gestalt und über die zu ihrer Realisierung zu treffenden Maßnahmen waren im einzelnen unterschiedlich. In jedem Falle ist der Dritte Weg aber als, wie wir sagen möchten, **O r d n u n g** **d e r M i t t e** und damit auch **O r d n u n g d e r S y n t h e s e** bzw. **d e s K o m p r o m i s s e s** konzipiert worden, wobei zum Maßstab der Mitte jeweils die extremen (polaren) Möglichkeiten gesellschaftlicher Daseinsordnung und zum Gegenstand der Synthese jeweils die großen drängenden Probleme der Menschheit gemacht sind. Er ist eine Ordnung **z w i s c h e n** Individualismus und Kollektivismus, Kapitalismus und Sozialismus, schrankenloser Freiheit und staatlichem Zwang; und es ist eine Synthese verlangt von Freiheit und Bindung, von Freiheit und Sicherheit, von Einheit der Gesellschaft und Vielheit ihrer Glieder, von Idee und Materie.

In bezug auf die zweite Frage, nämlich welche der bereits objektivierten Strukturen des Daseins der erstrebten personalistischen Gesamtordnung entsprechen bzw. ihr entgegenkommen, konnte gezeigt werden, daß "die Form ..., die ihrer Struktur nach sowohl vom Individualismus sowie vom Kollektivismus sich abhebt und die Einseitigkeiten beider vermeidet, indem sie die Person zu voller Entfaltung aufruft und sie gleichwohl immer anhält, sich in Freiheit

¹ Vgl. für die ausdrückliche Berücksichtigung des Genossenschaftswesens in dieser Ordnungsdiskussion:

Back, Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens ..., a.a.O., S.27-35; ders., Wirtschaftliche Freiheit und Soziale Sicherheit, in: Ordnungsprobleme der Wirtschaft, Wien 1957, S.99-125.

Clausing, Gustav, Vergangenheit, Gegenwart und zukünftige Bedeutung des Genossenschaftswesens, a.a.O., S.37 ff.; ders., Wirtschaftsstil, Wirtschaftsordnung und Genossenschaftswesen, in: ZfgG Bd.7 (1957), S.96-111.

Weippert, Georg, Genossenschaftswesen und soziale Marktwirtschaft, in: ZfgG Bd.1 (1950), S.9-29.

einzufragen, die genossenschaftliche (ist)".¹

"Das Genossenschaftswesen verkörpert im gesellschaftswirtschaftlichen Bereich als einzige Institution eine Ordnung, die den personalistischen Daseinsgesetzen des Menschen entspricht, soweit es unter den gegebenen sozialrechtlichen Verhältnissen und ökonomischen Bedingungen möglich ist. Sie stellt zwar nicht das Ganze eines möglichen personalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems dar, wohl aber einen wichtigen personalistischen Sektor des Mittelbereiches unserer Wirtschaft, der als gesellschaftswirtschaftlicher Bereich bezeichnet werden kann."² "Die echten Genossenschaften tragen das personale Ordnungs- und Gestaltungsprinzip überhaupt in jenen Bereich der Wirtschaft hinein, in dem die Lösung der gestellten Aufgaben die Zusammenarbeit einer Mehrzahl oder Vielzahl von Menschen erfordert,"³ eben in den gesellschaftswirtschaftlichen Bereich.

Und: "Die genossenschaftlich organisierte Wirtschaft hat bereits unter Beweis gestellt, daß es möglich ist, auch in jenen Bereichen unserer Gesellschaftswirtschaft, in denen große und größte Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Betriebe gestellt werden, das Personalprinzip zur Geltung zu bringen. Am Ausbau einer personalistisch organisierten Wirtschaft fallen allen Genossenschaftssparten wesentliche Funktionen zu."⁴

Obwohl, wie wir es aufgezeigt haben, das Genossenschaftswesen in einen so engen, ja fast ausschließlichen Zusammenhang gebracht wird mit jener Ordnung des Daseins, die als personalistische zu bezeichnen ist, wird dennoch zweierlei ganz klar betont:

1 Weippert, Georg, Das Jahrhundert zwischen Individualismus und Kollektivismus, a.a.O., S.20.

2 Back, Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens ..., a.a.O., S.27.

3 Back, Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens ..., a.a.O., S.49.

4 Back, Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens ..., a.a.O., S.53.

a) Dieses Genossenschaftswesen, so wie es bisher realisiert und erkannt worden ist, macht (noch) nicht das Ganze dieser Ordnung aus; es ist vielmehr nach seiner bisherigen Struktur auf einen Sektor der Gesamtwirtschaft beschränkt. Wie die »richtige« personalistische Gesamtordnung des Daseins aussieht, wird nicht abschließend erörtert. Die Möglichkeiten des Genossenschaftswesens, eine derartige Gesamtordnung einheitlich oder auch nur überwiegend zu prägen, werden zurückhaltend und gelegentlich skeptisch beurteilt. Ob man andererseits die ordnungspolitische Bedeutung des Genossenschaftswesens voll in den Griff bekommt, wenn man dieses vorwiegend nur auf die "so genannten Bruchstellen"¹ bzw. "wettbewerbsbeschränkten Räume"² der Sozialen Marktwirtschaft projiziert, wäre einer weiteren Überlegung wert. Ungeachtet dessen gibt es heute auch im außer-genossenschaftlichen Bereich der Gesellschaftswirtschaft Tatsachen und Entwicklungen, die es angezeigt erscheinen lassen, die Bedeutung des Genossenschaftswesens und der von ihm geförderten Personalwirtschaften im Hinblick auf eine personalistische Gesamtordnung neu zu durchdenken. Wir verweisen in diesem Zusammenhang z.B. auf die von Galbraith entwickelte und vertretene Auffassung vom "Industriesystem" als einzig zukunfts-trächtigen und wachstumstragenden Teilbereich der Gesamtwirtschaft und von der Bedeutung und den Entfaltungsmöglichkeiten des an die Person gebundenen Wissens im Rahmen einer breiten "Technostruktur", die ja in letzter Konsequenz vom ersten Direktor bis zum untersten Angestellten eines Unternehmens oder Konzerns dieses Industriesystems reicht.³

1 Clausing, Gustav, Vergangenheit, Gegenwart und zukünftige Bedeutung des Genossenschaftswesens, a.a.O., S.39.

2 Clausing, Gustav, Wirtschaftsstil, Wirtschaftsordnung und Genossenschaftswesen, a.a.O., S.110.

3 Galbraith, John Kenneth, Die moderne Industriegesellschaft, München/Zürich 1968. Als »Industriesystem« wird jener Teil der Wirtschaft bezeichnet, der durch die großen Kapitalgesellschaften charakterisiert wird. "Wenn wir ihn begreifen, dann begreifen wir jenen Wirtschaftssektor, der den bedeutendsten Wandlungen unterworfen ist und der damit auch unser Leben am nachhaltigsten verändert. Geistige Anstrengung ist nie vergeudet; wenn wir uns je-

- b) Wenn dem Genossenschaftsprinzip für die Konzeption einer personalistischen Daseinsordnung eine so vorzügliche Stellung und Bedeutung beigemessen wird, "so nicht, um dieses Prinzips als solchem willen, vielmehr, weil wir uns von ihm eine Ethisierung der Wirtschaft im Sinne einer Stärkung des Personhaften im Wirtschaftsprozeß erwarten. Darauf kommt es in vermaßter Zeit vor allem an. Und jegliche Maßnahme und jeglicher Akt, der diesem Ziel zu dienen vermag, ist als ein Positivum zu werten."¹

Da so die Genossenschaftsidee zwar eng an die Anforderungen des Personseins des Menschen geknüpft, dennoch aber nicht in einen ausschließlichen Zusammenhang damit gebracht ist, verbleibt die Notwendigkeit, die Eigenart ihres Aussagegehaltes noch näher positiv zu bestimmen und abzugrenzen. Dies geschieht, indem der Bereich der Gesellschaftswirtschaft, soweit er sich der menschlichen Erfahrung bis jetzt darbietet, konsequent auf seine letzten ihm innewohnenden Ordnungsideen analysiert wird. Dabei zeigt sich zunächst einmal, daß a l l e gesellschaftswirtschaftliche Tätigkeit, gleich welche Form sie im einzelnen hat, auf dem »Prinzip der Kooperation« beruht. Wir haben darunter ganz allgemein eine Zusammenarbeit bzw. Zusammenlegung der Kräfte und Mittel m e h -

doch mit dem Rest der Wirtschaft befassen, dann bemühen wir uns lediglich um einen anteilmäßig dahinschwindenden, in sich statischen Faktor, dem keine große Bedeutung zukommt." (S.24) - Dr. Ernst Schneider, bis vor kurzem Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, erklärte in einem am 29.11.1969 in der FAZ, S.17, veröffentlichten Aufsatz zum Thema "Die neuen Akzente unserer Wirtschaftspolitik": "Wenn es heute soziale Mißstände gibt, wenn der Arbeiter um die Stabilität seines Arbeitsplatzes bangt, wenn er unter persönlicher Abhängigkeit leidet, dann trifft das am allerwenigsten in den Großunternehmen zu. Für Forderungen nach mehr sozialer Sicherheit, sozialer Gerechtigkeit und Nachprüfbarkeit sozialpolitischer Entscheidungen, nach mehr verantwortlicher Mitarbeit ist das Großunternehmen - für das die Mitbestimmung zuerst verlangt wird - also die falsche Adresse." - Diese Argumente wiegen schwer. Sie sind auch in der Genossenschaftswissenschaft zu prüfen.

1 Weippert, Georg, Das Jahrhundert zwischen Individualismus und Kollektivismus, a.a.O., S.21/22.

r e r e r Wirtschaftssubjekte zu verstehen.¹

Nach dem bisherigen Stand der Erfahrungen und Erkenntnisse gibt es nun drei eigenartige (letzte) Modi der Realisierung und Organisation gesellschaftswirtschaftlicher Kooperation:²

1. Das Prinzip der kapitalistischen Kooperation. Dieses beruht auf der Zusammenlegung von Kapitalanteilen. Der Produktionsfaktor Kapital ist oberster Orientierungspunkt der Kooperation.
2. Das Prinzip der kollektivistischen Kooperation. Die Ordnung und Organisation dieser Form der Gesellschaftswirtschaft beruht vorwiegend auf öffentlicher Macht oder Zwang.
3. Das Prinzip der personellen Kooperation oder auch das Genossenschaftsprinzip.

Das so gekennzeichnete Genossenschaftsprinzip der personellen Kooperation ist in seiner Interpretation an die Erfordernisse und Bedingungen des Personseinkommens geknüpft; andererseits ist es aber noch näher bezeichnet als "Kooperation", als "Gesellung von Gleichbeteiligten, Gleichberechtigten und Gleichverpflichteten" (Vershofen)³, als "einsichtigen und in d i e s e m Sinne freiwilligen Verzicht auf einen Teil jener Scheinfreiheit eines Individuums"⁴ sowie als "Weg von unten nach oben"⁵.

1 Vgl. Romig, Friedrich, Theorie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Berlin 1966.

2 Vgl. Back, Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens ..., a.a.O., S.24 ff.

3 Vershofen, Wilhelm, Die sittlichen Grundlagen der Konsumgenossenschaft, a.a.O., S.14; vgl. ferner Weippert, Georg, Das Jahrhundert zwischen Individualismus und Kollektivismus, a.a.O., S.20: "Was das aber bedeutet, kommt erst mit dem Hinweis zum Vorschein, daß die größere Leistung und der stärkere Einsatz für die gemeinsamen Interessen wohl eine Führungsstellung verleiht, nicht sogleich aber zur Ausbildung und zum Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen führt."

4 Clausen, Gustav, Vergangenheit, Gegenwart und zukünftige Bedeutung des Genossenschaftswesens, a.a.O., S.31.

5 Back, Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens ..., a.a.O., S.34.

Mit Blick vor allem auf das m o d e r n e Genossenschaftswesen hat das Prinzip der personellen Kooperation eine dezidierte Interpretation durch Back erhalten. P e r s o n e l l e K o o p e r a t i o n , so erklärt er, "ist nicht identisch mit persönlicher Zusammenarbeit, wenngleich sie unter anderem auch diese Form annehmen kann. Personelle Kooperation heißt grundsätzlich nichts anderes als fortlaufende wirtschaftliche Zusammenarbeit p e r s o n a l e r Wirtschaftsgebilde als solcher zwecks Ertragssteigerung der je eigenen und selbständig bleibenden Wirtschaft auf dem Wege einer gemeinsamen gesellschaftswirtschaftlichen Betätigung auf den vorgelagerten oder nachgeordneten Wirtschaftsstufen, die in engstem Zusammenhang mit der je eigenen Wirtschaftstätigkeit der Mitglieder steht. Wir verstehen also unter personeller Kooperation eine Zusammenarbeit personaler Wirtschaftseinheiten, die e r s t e n s über die ökonomischen Aufgaben und Leistungen der Mitgliederbetriebe selbst hinausgeht, aber mit ihnen integral verbunden ist, z w e i t e n s auf einer tätigen Teilnahme der Mitgliederwirtschaften sowohl am Aufbau und der Leitung als auch am Verkehr der genossenschaftlichen Geschäftsbetriebe und ihrer Zentralen beruht, und d r i t t e n s den Mitgliederwirtschaften jenen Einfluß auf die vorgelagerte oder nachgeordnete gesellschaftswirtschaftliche Markt- und Produktions-sphäre gewährt, der allein ihre Independenz gegenüber den marktbeherrschenden Großunternehmen auf kapitalistischer Grundlage sichert."¹

Damit wollen wir die Darlegung der zweiten Alternative in der genossenschaftlichen Prinzipiendiskussion beenden. Durch die Bezugnahme auf den Gedanken und den Tatbestand des »Personseins« ist die umfassendste und die am tiefsten gehende Fundierung der Genossenschaftstheorie erfolgt, die uns heute bekannt ist. "Die genossenschaftlich organisierte Wirtschaft steht im ganzen, ob es sich nun um kleine Personalvereinigungen oder große Einkaufsgesellschaften handelt, aufgrund ihrer Entstehung und Tätigkeitsweise

1 Back, Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens
..., a.a.O., S.21.

im Dienst von Personalwirtschaften im weitesten Sinne des Wortes. ... Dabei darf der Tatbestand der 'Dienstleistung' nicht willkürlich auf einige wenige Formen von Dienstleistung oder eine engere Art, etwa der unmittelbaren Dienstleistung eingeengt werden. Die Genossenschaftsbewegung hat die Förderung ihrer personalen Mitgliedswirtschaften in jeder Hinsicht, unmittelbar oder mittelbar, stets aber im Sinne der Erhaltung eines gesunden personalistischen Fundamentes unserer Gesellschaftswirtschaft durchzuführen. Unter diesem Aspekt tritt uns die Eigenart, der Sinn und die große soziale Aufgabe der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft in ihrer Ganzheit entgegen. Unter diesem Aspekt gibt es keine prinzipiellen Gegensätze zwischen genossenschaftlichem Unterbau und Überbau. Unter diesem Aspekt läßt sich eine einheitliche Genossenschaftstheorie, die die Kleinstgenossenschaften ebenso wie die Großgenossenschaften, die Zentralen ebenso wie die hilfswirtschaftlichen Genossenschaftsbetriebe, die jüngsten Genossenschaftssparten nicht weniger als die ältesten umfaßt, aufstellen, eine Theorie zudem, von der auch die hohe wirtschafts- und gesellschaftspolitische Bedeutung des heutigen Genossenschaftswesens abgeleitet und begründet werden kann."¹

Diese auf den ersten Blick so optimistische Feststellung zur Lage und zu den Möglichkeiten der so fundierten Genossenschaftstheorie ist in verschiedener Hinsicht in Zweifel gezogen worden. Einzelheiten dieser Kritik werden wir in einem späteren Zusammenhange noch besprechen.²

Mit unserer Darstellung mehrerer, nicht aller der existierenden Auffassungen zur Prinzipienlehre des Genossenschaftswesens haben wir zunächst einmal anschaulich beleuchten wollen, in welchen »typischen« Richtungen und Dimensionen die Grundsatzdiskussion geführt wird. Wir erkannten drei typische Lehren zur ontologischen Struktur des Genossenschaftswesens.

1 Back, Josef, Der Standort der Genossenschaften im heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsleben, Wien 1955, S.22/23.

2 Vgl. S.427 ff. dieser Arbeit.

Die erste Lehre ist durch eine zunehmende Merkmalsarmut gekennzeichnet. Sie hat ein Verschwinden der genossenschaftlichen Eigenart im Zuge der »Anpassung« und »Ökonomisierung« zum Inhalt und zur Folge. Als einen der profiliertesten Vertreter dieser Lehre haben wir Henzler kennengelernt.

Die zweite Lehre ist an den pragmatischen Notwendigkeiten der genossenschaftlichen Wirtschaftspraxis der verschiedensten Länder und Systeme orientiert. Es werden punktuell diejenigen unabdingbaren Gestaltungs- und Verfahrensmerkmale genannt, die dem gegenwärtigen und zukünftigen Genossenschaftswesen Profil geben. Die letzten und obersten Merkmale und Ziele des Genossenschaftswesens bleiben außer Ansatz. Als Motor dieser Lehre wurde der IGB dargestellt. Es gibt darüber hinaus eine Reihe von Repräsentanten der Wissenschaft, vor allem in Frankreich, Belgien, Großbritannien, den USA und in den meisten Entwicklungsländern, die dieser Kennzeichnung des Genossenschaftswesens zuneigen.

Die dritte Lehre kann als idealistische und ganzheitliche Konzeption bezeichnet werden, die geeignet ist, dem Genossenschaftswesen und der Genossenschaftstheorie eine Fundierung zu geben, wie sie bis heute umfassender und in sich geschlossener nicht bekannt ist. Sie ist in Einzelheiten der Konkretisierung in verschiedener Hinsicht noch unscharf, vielleicht auch nur von uns noch nicht genügend ausgeleuchtet. Diese letztlich erst nach dem 2. Weltkrieg entwickelte Lehre wird vertreten von einigen Wissenschaftlern vor allem in der Bundesrepublik Deutschland. Bei genauem Hinsehen freilich sind mannigfache Ansätze dazu auch bei früheren Genossenschaftstheoretikern (z.B. Otto von Guericke, Ernst Grünfeld, Georges Fauquet) zu finden.

Diese Lage in der Grundsatzdiskussion um das Genossenschaftswesen wird man nun nicht so einfach auf sich beruhen lassen können. So ist vor allem die Wissenschaft weiter zu großer Initiative aufgerufen: Wie sind die unterschiedlichen Lehren und Auffassungen zur Ontologie des Genossenschaftswesens von ihrem Standpunkt aus zu erklären und zu beurteilen? Wo liegen die Maßstäbe? Wo ist die

Wahrheit? Zur Lösung dieser Aufgaben und Probleme wird es notwendig sein, die verschiedenen Auffassungen noch eingehender, als es bisher je geschehen ist, auf ihre Gemeinsamkeiten, Gegensätzlichkeiten, inneren Widersprüche und Konsequenzen hin zu untersuchen. Darüber hinaus aber wird es letztlich nicht zu umgehen sein, sich auf die wissenschafts- und erkenntnistheoretischen sowie methodologischen Grundlagen einer ontologischen Theorie des Genossenschaftswesens als solcher zu besinnen oder wieder zu besinnen.

Eine ontologische Theorie des Genossenschaftswesens wird vor allem durch zwei Argumente, die als wissenschaftliche gemeint sind, immer wieder in Frage gestellt oder gar beiseite geschoben: Es wird der Werturteilsverdacht ausgesprochen und es wird auf den geringen oder auch mehrdeutigen Aussagegehalt einer derartigen Lehre verwiesen.

Das Werturteilsargument werden wir später¹ noch etwas eingehender, nämlich im Rahmen unserer Untersuchungen zur Aufgabe und Erkenntnismethode der Wissenschaft und der Genossenschaftstheorie im besonderen, behandeln. Die Frage nach den wissenschaftlichen und den nichtwissenschaftlichen Urteilen ist, wie so vieles, das heftig umstritten ist, nicht einfach global und mit wenigen Sätzen am Rande zu erledigen. Im Vorgriff auf unsere späteren Überlegungen wollen wir hier zum Werturteilsargument nur kurz Stellung nehmen. Die Werturteilsfrage kann nicht in eine ausschließliche Verbindung mit ontologischen bzw. prinzipiellen Aussagen gebracht werden. Sie ist für die Wissenschaft generell zu klären. Deren Aufgabe ist es nun ganz offensichtlich nicht, über Gut und Böse des Seins zu urteilen oder Ideologien und andere Unwahrheiten über die Wirklichkeit zu erzeugen und zu verbreiten. Das Werturteilspostulat schließt jedoch normative wissenschaftliche Urteile nicht aus. Es schließt sie zumindest insoweit nicht aus, als Sachverhaltsurteile im Sinne von Aussagen über Möglichkeiten der Gestaltung und Entwicklung des Daseins auf der Grundlage bisher erkannter theoretischer Zusammen-

¹ Vgl. S.335 ff. dieser Arbeit.

hänge gemeint sind. Wenn ein Wissenschaftler derartige »normative« Aussagen trifft, bedeutet dies ja noch keineswegs, daß er selbst die Wirklichkeit zu gestalten hätte und daß er selbst die Auswahl unter verschiedenen Möglichkeiten zu treffen hätte, wenn diese sich alternativ (d.h. in gleicher Weise möglich und risikohaft) anbieten. Wird die Werturteilsfrage so gesehen, kann der Theoretiker durchaus auch Urteile über Zukünftiges fällen, ohne damit den Boden der Wissenschaft zu verlassen. Bei einer späteren eingehenderen Prüfung des Werturteilspostulates wird vor allem auch zu beachten und zu fragen sein, ob diejenigen, die von sich annehmen, werturteilsfrei und nicht-normativ zu forschen, tatsächlich die Wahrheit sagen und sich über sich selbst im klaren sind. Nicht zuletzt ist die gesamte Werturteilsproblematik in engstem Zusammenhang mit den Aufgaben zu sehen und zu prüfen, die der Wissenschaft gestellt sind.

Das sogenannte **Leerformelargument** wurde zuletzt erst wieder von Weisser in einem Diskussionsbeitrag auf der Internationalen Genossenschaftswissenschaftlichen Tagung in Gießen 1969 vorgetragen. Wie er diese Kritik letztlich verstanden wissen will, ist offengeblieben, zumal er selbst mit Hilfe sogenannter »praktischer Axiome«¹ darum bemüht ist, einen »Ersatz« der Leerformeln auf vergleichbarer Ebene zu liefern. Wenn das vorgebrachte Argument einen Sinn haben soll, so kann es nur bedeuten, daß die als Leerformeln bezeichneten Begriffe und Aussagen **keinen** Aussagegehalt haben, also leer sind. Aber kann dies sein? Kann man über Nichts tatsächlich etwas anderes als nichts sagen? Wenn aber etwas anderes gesagt wird als nichts, ist vielleicht nicht doch etwas von Nichts Verschiedenes bezeichnet? Wir erinnern an die von uns bereits einmal genannte Umschreibung Husserls für ontologische Aussagen als »letzte sachhaltige Substrate«.

Daß die sogenannten Leerformeln durchaus einen Aussagegehalt haben, kann ohne weiteres auch positiv klargemacht werden. Wenn wir

1 Vgl. S.446 dieser Arbeit.

beispielsweise von Gerechtigkeit, Macht, Kooperation, Förderung, Personsein u.a. sprechen, so können wir in Zusammenhang damit nicht einfach an Beliebiges denken: Wir können z.B. nicht an ein Fußballspiel oder eine Reise nach dem Mond denken. Mit den genannten Begriffen sind vielmehr jeweils ganz bestimmte, keineswegs alle Richtungen und Dimensionen unserer gedanklichen Vorstellungen fixiert. Es ist ein Anliegen und eine Aufgabe, das mit ontologischen Aussagen intendierte Sein zu bestimmen, um die Eigenart der ihm entsprechenden Begriffe und Urteile verstehen zu können. Dieses Sein kann nicht die volle Tatsachenwelt mit seiner individuell-konkreten Struktur sein. Zu seiner Beschreibung und Bezeichnung sind die verwendeten »Formeln« nicht genau und nicht eindeutig genug. Daß ontologische Begriffe und Urteile aber letztlich auch auf die Erkenntnis der vollen Wirklichkeit, in der wir stehen, hinziele, kann damit ebensowenig schon ausgeschlossen werden wie, daß sie selbst aus dieser vollen Wirklichkeit geschöpft sind.

3. Kapitel

Die Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens (Realtypische Erscheinungsformen, Systeme und Entwicklungen)

Aufgabe dieses Kapitels unserer Untersuchung ist es, die Aufmerksamkeit auf diejenigen strukturellen Gegebenheiten und Entwicklungen des Erfahrungsgegenstandes Genossenschaftswesen zu richten, die mit dem Begriff »Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens« zu erfassen, zu erklären, zumindest aber zu diskutieren sind. Wir werden dabei diejenigen typischen und neuartigen Tatbestände beschreiben, die der Erfahrung des Menschen unmittelbar und evident vorgegeben sind. Es sind dies solche, über deren Existenz zu streiten gar keinen Sinn hat.

Mit dieser Sachverhalts- und Tatbestandsaufnahme wird nicht ein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Es soll nicht schon auf eine systematische Klarlegung aller jeweils wichtigen Einzelheiten ankommen. Wir können uns damit nicht abgeben und aufhalten lassen. Uns kommt es darauf an, in großen Strichen einen Überblick zu geben. Die behandelten Beispiele und Feststellungen sind aus dem geschichtlichen und aktuellen Erfahrungsgegenstand geschöpft. Sie beschränken sich nicht nur auf die Bundesrepublik, sondern greifen auch auf Erfahrungen aus anderen Ländern zurück. Das Schwergewicht unserer Feststellungen wird auf die Entwicklungen der unmittelbar zurückliegenden Jahre der industriell und marktwirtschaftlich hochentwickelten Länder gelegt sein.

Die Kriterien für die Auswahl und Charakterisierung unserer Beispiele sind noch weitgehend zufällig und punktuell. Wir werden unser Augenmerk jedoch schon legen auf die allgemeinsten Sachverhalte, die wir bei der bisherigen Klärung der Begriffe »Organisation« und »Genossenschaftswesen« als beachtlich gefunden haben. Wir werden danach strukturelle Gebilde und Systeme der Tatsachenwelt herausgreifen, die im Hinblick auf ihre Träger-, Eigentums-, Willensbildungs- und Funktionalstruktur auf Personalwirtschaften aufbauen oder auf sie ausgerichtet sind und die in ihren Zielsetzungen

und ihrer Aufgabenerfüllung in einem weitgefaßten Förderungssinne im Dienste von Personalwirtschaften stehen oder wenigstens erklären, in diesem Sinne tätig sein zu wollen.

Die so zu findenden Strukturtatbestände sollen erste Orientierungspunkte (zentrierende Denkkerne) für eine Theorie der genossenschaftlichen Gesamtorganisation abgeben und Anregungen sein dafür, in welcher Richtung eine derartige Theorie zu denken ist und mit welchen Problemen sie es zu tun hat.

Mit unseren der ersten Klärung dienenden Feststellungen wird ganz ausdrücklich noch kein Urteil über Adäquatheit, Entartung, Deformierung u.a.m. des Genossenschaftswesens verbunden. Von welchem Standpunkt aus und mit welchem Maßstab sollte dies auch jetzt schon möglich sein? Es wird bei diesen Feststellungen von einer Einordnung in einen vorgegebenen oder irgendeinen anderen, vielleicht übergreifenden, theoretischen Erklärungszusammenhang noch ganz abgesehen.

Was wir beabsichtigen, ist eine m ö g l i c h s t u n v o r -
e i n g e n o m m e n e u n d b r e i t e Feststellung von Erfahrungstatsachen, so wie sie sich entwickelt haben und wie sie heute dem aufmerksamen Auge eines wissenschaftlichen Betrachters vorgegeben sind. Es geht uns, um dies noch einmal zu betonen, noch gar nicht darum, irgendeine bestimmte Organisationstheorie zu verifizieren oder zu verdeutlichen. Vielmehr sollen unsere Feststellungen gerade durch ihre Unvoreingenommenheit einem z e r s t ö r e n d e n und damit vielleicht zugleich auch s c h ö p f e r i s c h e n Denken über genossenschaftliche Organisationstatbestände den Boden bereiten. In welcher Weise diese Aussage gemeint ist, werden wir im vierten Kapitel unserer Untersuchung verdeutlichen, wenn wir den Aussagegehalt und die Erkenntnisgrenzen der überkommenen genossenschaftswissenschaftlichen Organisationstheorien abtasten.

Unbezweifelbar ist ja die wissenschaftliche Erklärung und Einordnung mancher Organisationsgegebenheiten auf dem Boden dieser über-

kommenen Genossenschaftstheorien nur mit Schwierigkeiten oder gar nicht möglich. Beispiele dafür werden wir noch benennen. Die Frage ist nun, ob diese Schwierigkeiten in der Sache selbst begründet liegen oder ob sie sich vielleicht nur aus den Vorurteilen, Vorstellungen und Theorien darüber ergeben. Um diese Frage überhaupt erörtern zu können, ist eine Erweiterung des Denkens und Wissens über genossenschaftliche Organisationstatbestände erforderlich. Es müssen die vorgegebenen theoretischen Konstruktionen hinsichtlich ihrer Eigenart und Erklärungsgrenzen gekennzeichnet und gegebenenfalls überwunden werden. Dazu muß das Gesichtsfeld ausgeweitet, und müssen neue mögliche Denkdimensionen aufgezeigt werden. Man kann dieses Anliegen auch so formulieren: Ist es möglich, die objektiv vorgegebenen genossenschaftlichen Organisationstatbestände und Strukturwandlungen auch **a n d e r s z u d e n k e n**, zu beurteilen und zu erklären, als es bisher geschehen ist? Diese Fragestellung eröffnet auch den Raum, nach den eigentlichen Ursachen und Bedingungen für die organisatorische Gestalt und die mögliche Entwicklung des Genossenschaftswesens zu forschen.

Die Zerstörung und die Überwindung der bisherigen Theorien ist nicht Selbstzweck. Damit ist noch wenig geleistet. Aber wir wollen die Frage nach der Wahrheit zunächst noch nicht stellen. Es bleibt also bewußt offen, ob die bisherigen oder andere Denkweisen dem wissenschaftlichen Wahrheitskriterium entsprechen. Wir wollen uns andererseits allerdings davor hüten, im Zuge des Zweifels und der Betonung auch der in die vorhandenen »Denkschemata« nicht so sehr passenden Organisationstatbestände, die sog. »problemlosen« Strukturen und Gebilde zurückzudrängen oder gar außer Ansatz zu lassen. Unsere Feststellungen und unser Denken sollen nur nicht ausschließlich einfach im Rahmen der bisherigen Theorien erfolgen. Daran schließt sich dann die Frage nach der Möglichkeit, die bisherigen Konstruktionen zu überwinden, von selbst an.

Weil sich unsere Feststellungen nicht an vorgegebene Theorien und Denkweisen anlehnen oder gar binden, werden sie vielleicht unsystematisch erscheinen. Unsere Absicht ist es, zwei Aspekte der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft deutlich werden zu las-

sen: einerseits deren Vielfalt, Differenzierung und Unterschiedlichkeit und andererseits deren Einheitlichkeit und Integration.

Mit dieser zweifachen, scheinbar gegensätzlichen Optik machen wir unsere Feststellungen an dem e i n e n Erfahrungsobjekt. Später werden wir diesen methodischen Kniff wieder zu überbrücken und auszugleichen haben. Wir sind uns ja bewußt, daß beide Sehweisen zusammengehören, gemeinsam das e i n e Gesamtobjekt beleuchten und so erst einen plastischen Eindruck vermitteln.¹ Wenn wir diesen Gesichtspunkt im Auge behalten, wird es auch verständlich sein, warum gelegentlich ein und derselbe Sachverhalt zur Verdeutlichung des einen und des anderen Aspektes zugleich erscheint.

I. Der Aufbau- und Differenzierungsprozeß der Gesamtorganisation des modernen Genossenschaftswesens

1. Die Gründungsphase

Ogleich es möglich und vielleicht sogar notwendig ist, in einer Theorie der Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens auch die »historischen« Genossenschaften der Frühzeit zu berücksichtigen, wollen wir hier gänzlich davon absehen. Dies um so mehr, als es zumindest darüber keinen Zweifel gibt, »daß das moderne Genossenschaftswesen in der Mitte des 19. Jahrhunderts in einem nahezu genossenschaftsleeren Daseins- und Lebensraum aus völlig neuen und kleinsten Anfängen heraus entstand, nachdem die in früheren Jahrhunderten hochentwickelten genossenschaftlichen Daseins- und Wirt-

1 Das hier gebrauchte physikalische Analogon ist nicht wörtlich zu nehmen. Es ist keinesfalls im Sinne einer positivistischen, auf rein sinnlich-mechanizistischen Wahrnehmungen beruhenden »Abbild«-Vorstellung zu verstehen. In Wahrheit handelt es sich bei allen Feststellungen der Wissenschaft im Grunde um D e n k vorgänge über ein Objekt und bei ihren »Abbildern« um Repräsentationen durch Zeichen (Schrift, Sprache, Formeln), wie es eben dem Menschen möglich ist, sein Denken festzuhalten und mitzuteilen. - Vgl. auch S.361 dieser Arbeit.

schaftsformen sich teils von innen heraus aufgelöst hatten, teils von außen her im Zuge der wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Absolutismus und des Liberalismus bis auf wenige Reste zerstört und beseitigt worden waren"¹.

Nach einer "Zeit des Suchens und Experimentierens, deren Höhepunkte in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts liegen"² entwickelten sich etwa zwischen 1844 (Gründung der Rochdaler Society) und 1889 (Erlaß des Genossenschaftsgesetzes, "das dem deutschen Genossenschaftswesen neben anderen Möglichkeiten die Entwicklung auf höherer Ebene eröffnete"²) "auf den verschiedensten Gebieten, die **G r u n d f o r m e n** moderner genossenschaftlicher Wirtschaftsorganisation"², die alsbald "auf breiter Basis zur erfolgreichen Anwendung gelangten"². Diese Grundform ist ausnahmslos gekennzeichnet als Zusammenschluß von Personalwirtschaften zur gemeinsamen Wahrnehmung ihrer Interessen auf den diesen Wirtschaften unmittelbar vor- oder nachgelagerten Wirtschaftsstufen. Diese Personalwirtschaften - Bauern-, Handwerks-, Haushalts- und z.T. auch schon Handelswirtschaften - waren damals in der staatlichen und gesellschaftlichen Atmosphäre eines extremen Liberalismus und Individualismus durch die sich mächtig entwickelnden, kapitalistisch organisierten Industrieunternehmen in starke Abhängigkeit und Existenznot geraten. Aus dieser Lage heraus entstanden die genossenschaftlichen Grundformen der damaligen Zeit als »Kinder der Not«. In ihrem Rahmen nahmen die Personalwirtschaften ihre jeweils an die eigene Wirtschaftstätigkeit gebundenen funktionalen Wirtschaftsinteressen auf den unmittelbar vor- oder nachgelagerten Wirtschaftsstufen zunächst mit bescheidensten Mitteln und Maßnahmen wahr (einfache Sammelbestellungen; Preisabsprachen; einfachste, auf hilfswirtschaftlicher und nebenamtlicher Basis mit minimaler Kapitalaufbringung errichtete Gemeinschaftseinrichtungen). Die Mitglieder legten im Gemeinschaftswerk unmittelbar mit Hand

1 Back, Josef, Genossenschaftsgeschichte, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3.Aufl., Stuttgart 1956, Sp.2193.

2 Back, Josef, Genossenschaftsgeschichte, a.a.O., Sp.2197. - (Im Originaltext ohne Sperrung.)

an und trafen auf gemeinschaftlich-demokratischer Basis die notwendigen Dispositionen. In der Regel erst allmählich, manchmal aber auch erstaunlich schnell, nimmt das Gemeinschaftswerk an Umfang und Mitteln ein solches Gewicht an, daß es zur Gründung und zum Aufbau eines eigenen, rechtlich institutionalisierten Gemeinschaftsgebildes mit zunehmender Selbständigkeit kommt; die personalen Mitgliederwirtschaften bleiben neben dem Gemeinschaftsbetrieb in ihrer Existenz und Selbständigkeit unberührt. Und dies ist die genossenschaftliche Grundgestalt, die wir heute in der Regel mit dem Begriff »Primärgenossenschaft« erfassen wollen: ein ökonomisch-funktionaler Zusammenschluß von Mitgliederpersonalwirtschaften u n d einem Gemeinschaftsbetrieb auf unmittelbar vor- oder nachgelagerter Wirtschaftsstufe, ergänzt durch direkte Kapitalbeteiligungen und unmittelbar wirksame Anteilnahme am Willensbildungs- und Wirtschaftsvollzugsprozeß des Gemeinschaftsbetriebes. Je größer und differenzierter dieser Gemeinschaftsbetrieb sich entfaltet, um so mehr gewinnt er an Selbständigkeit und Eigengewicht. (Diese Tendenz dürfte einer der wichtigsten Gründe dafür sein, warum in einem späteren Entwicklungsstadium mit dem Begriff »Genossenschaft« oder auch »Primärgenossenschaft« fälschlicherweise oft nur mehr der ausgegliederte und gemeinschaftlich gegründete Genossenschaftsbetrieb erfaßt wird.) Die Anzahl der Genossenschaften hatte sich damals sehr schnell entwickelt; die Größe der Gemeinschaftsbetriebe und auch der Personalwirtschaften war durchwegs noch gering.

Die Grundform des modernen Genossenschaftswesens ist in den vielfältigsten Formen, Arten und Modalitäten entstanden. Eine einheitliche genossenschaftliche Rechtsform gab es noch nicht. Am besten und ehesten haben sich in Deutschland die verschiedenen »Assoziationen« und »Vereine« der Landwirte (Raiffeisen-Genossenschaften) sowie der Handwerker und der Arbeiter (Schulze-Delitzsch-Genossenschaften) entwickelt. Sie waren vorwiegend als Consum-, Bezugs-, Absatz- und/oder Vorschußvereine tätig. Die funktionalen Differenzierungen der Tätigkeitsmerkmale, so wie sie sich in der Folgezeit aufgrund der s p a r t e n orientierten Entwicklung ergaben, waren noch nicht deutlich ausgeprägt. Auch die Form der Uni-

versalgenossenschaft war, besonders im ländlichen Raum, nicht selten.

Festgehalten darf werden, daß die Gründung, Leitung und der Wirtschaftsvollzug der Genossenschaft dieses Primärstadiums einerseits zwar auf einer unmittelbaren und fortdauernden Gemeinschaftsaktion beruhte (einer für alle, alle für einen; Selbsthilfe; Solidarität; gemeinschaftliche Demokratie), daß andererseits aber selbst in diesem einfachen Stadium schon den Anregungen, Initiativen, dem Rat und oft auch den Entscheidungen führender Persönlichkeiten a u ß e r h a l b des Mitgliederkreises ein hohes Gewicht zukam. Wir verweisen hierzu auf die heute viel zu wenig beachtete »Rolle« der »Väter« und »Pioniere« des modernen Genossenschaftswesens, aber auch auf die der Pfarrer, Lehrer und sonstigen »Amts«personen im Tätigkeitsbereich der jeweiligen Primärgenossenschaften.¹

Mit dem genannten Ablauf der Gründungsphase des modernen Genossenschaftswesens haben die Gründungen von genossenschaftlichen Grund-

1 Vgl. Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, 2.Aufl., Göttingen 1955, S.31 f., der den "Einfluß von Förderern" in seiner Bedeutung sehr klar herausstellt: "Die Schichten von Menschen, die genossenschaftliche Gruppen bilden, sind nur relativ selten in der Lage, den im einzelnen Fall vielleicht nur geahnten oder unklar verstandenen Sinn der Genossenschaftsbildung allein und ohne Hilfe in die Wirklichkeit zu übertragen. Sie bedürfen vielmehr in der Regel einer dauernden Aufklärung und eines ständigen Rückhaltes, insbesondere, wenn die genossenschaftliche Gruppe noch schwach ist und der genossenschaftliche Gemeinschaftsbetrieb noch im Anfangsstadium steht. Damit soll nicht gesagt werden, daß die Kooperativneigung vorwiegend einen abgeleiteten Charakter hat, denn eine ursprüngliche Grunddisposition zur Kooperativneigung kann wohl als latent vorhanden unterstellt werden, wenn Dritte mit Erfolg als Förderer tätig sind." - Vgl. auch Back, Josef, Genossenschaftsgeist und Unternehmergeist ..., a.a.O., S.169 ff.; ferner Weippert, Georg, Zur Soziologie des Genossenschaftswesens, in: ZfG Bd.7 (1957), S.122: "Welche große Bedeutung bei diesem Typus von Genossenschaften bestimmten um das Wohl und Wehe von Nachbarschaften und Ortsgemeinschaften besorgten Einzelpersonen zukommt, die ihren Status außerhalb der sich genossenschaftlich zusammenschließenden (Berufs-)Gruppen haben - etwa Pfarrer und Lehrer -, davon ist die Geschichte unseres ländlichen und gewerblichen Genossenschaftswesens voll. Sehr oft sind gerade sie auch die Gründer solcher Genossenschaften, nicht nur die ehrenamtlichen Geschäftsführer."

formen noch keineswegs ihr Ende gefunden. Dies zu behaupten, ist auch nicht der Sinn geschichtlicher Periodeneinteilungen, die lediglich charakteristische (typische) Merkmale einer bestimmten Epoche erfassen wollen. Und so wurden auch in der Folgezeit weitere Primärgenossenschaften gegründet; es geschieht dies in den entwickelten Genossenschaftsorganisationen der westlichen Industrielländer auch heute noch. Ohne Zweifel ist aber die Bedeutung der **N e u g r ü n d u n g** von Primärgenossenschaften im Vergleich zu jeweils anderen strukturellen Entwicklungen des Genossenschaftswesens, die wir nachfolgend noch beschreiben werden, zunehmend geringer geworden. In manchen Sparten und Zweigen des Genossenschaftswesens sind Neugründungen überhaupt nicht mehr zu beobachten, z.B. bei den Konsumgenossenschaften. Um Mißverständnissen vorzubeugen, darf betont werden, daß diese Feststellung über die Bedeutung **d e r b e r e i t s e x i s t i e r e n d e n** Primärgenossenschaften im Rahmen der bestehenden Gesamtorganisation und für ihre angeschlossenen Mitgliederwirtschaften keine Aussage enthält.

Auf die Darstellung weiterer Einzelheiten der Gründungsphase des modernen Genossenschaftswesens müssen wir hier verzichten. Wir verweisen auf die instruktiven genossenschaftsgeschichtlichen Forschungen, z.B. von Back, Faust¹ und Ziegenfuß².

2. Die Entwicklung eines ökonomischen Überbaus und der Prozeß der Differenzierung der k l a s s i s c h e n Spartenstrukturen

Die Besonderheiten ihrer Entstehung und ihrer Konstruktion, soweit sie in der Genossenschaftstheorie mit den Begriffen »immanente Be-

1 Faust, Helmut, Geschichte der Genossenschaftsbewegung, Frankfurt/M. 1965.

2 Ziegenfuß, Werner, Die Genossenschaften, Berlin 1948.

grenzung« bzw. »strukturelle Inelastizität« (Draheim)¹ erfaßt werden, setzen der ökonomischen Entwicklung von Primär-genossenschaften relativ enge, im Einzelfall freilich doch recht unterschiedliche Grenzen. Diese Faktoren und die anders gearteten, großen Aufgaben und Probleme, mit denen es die Primär-genossenschaften auf der ihnen wiederum jeweils vorgelagerten Wirtschaftsstufe zu tun haben, waren die Ursache für die Notwendigkeit, sich ihrerseits wiederum zu Gemeinschaftsgebilden zusammenzuschließen, wenn sie der ihnen gestellten Förderungsaufgabe auf die Dauer gerecht werden wollten. "Die Einzelgenossenschaften sind (den Personalwirtschaften) gegenüber auf einer höheren, jedoch auf einer den Mitgliederwirtschaften unmittelbar vorgeordneten oder nachgeschalteten Wirtschaftsstufe tätig. Sie stellen zwar Gesellschaftsunternehmungen dar, bleiben aber, da sie stets auf die tätige geschäftliche Mitwirkung ihrer personalen Mitglieder angewiesen sind, auf die Wahrnehmung von Funktionen und Aufgaben beschränkt, die sich unmittelbar aus der Wirtschaft ihrer Mitglieder ergeben. Sie können sich im allgemeinen nicht von der untersten Handels- und Produktionsstufe unserer Gesellschaftsunternehmungswirtschaft lösen. Weiterreichende markt- und produktionswirtschaftliche Aufgaben bleiben, auch wenn ihre Durchführung für die Mitgliederwirtschaften von lebenswichtiger Bedeutung ist, außerhalb ihres natürlichen Tätigkeitsbereiches. Sie bleiben **ergänzungsbefähigt** und, sofern sie sich diese Ergänzung nicht schaffen, von fremden Großunternehmungen abhängig, deren Interessen oft denen der angeschlossenen Personalwirtschaften entgegenlaufen. Aus dieser Situation heraus kam es zur Bildung der Genossenschaften höherer Ordnung."²

Derartige genossenschaftliche Zusammenschlüsse höherer Ordnung entwickelten sich in zwei typischen Ausprägungen: als Gebilde mit

1 Vgl. Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, a.a.O., S.170 f.; ders., Zentrale Entwicklungsgesellschaften der Genossenschaften, in: Zur Ökonomisierung der Genossenschaften, a.a.O., S.225 f.

2 Back, Josef, Struktur und Aufbau des Genossenschaftswesens, in: Genossenschaften in der Bewährung, Beilage zu Der Volkswirt (Wirtschafts- und Finanzzeitung), Heft 27 v. 2. Juli 1960, S.15.

eigenen ökonomischen Unternehmungsaufgaben und als Zusammenschlüsse mit wirtschaftsregulierenden Aufgaben (z.B. Prüfung, Interessenvertretung, Beratung). Die ersteren werden in der Regel als Wirtschafts z e n t r a l e n , Zentralgenossenschaften, Hauptgenossenschaften o.ä., letztere als Genossenschafts v e r b ä n d e bezeichnet. Nicht immer kommt es zum getrennten Aufbau beider Gebildetypen; gelegentlich sind die wirtschaftlichen und die wirtschaftsregulierenden Aufgaben in e i n e m Zusammenschluß auf höherer Ebene vereint. Es läßt sich auch keine allgemeine Regel für die Reihenfolge, in der die Zusammenschlüsse von Primärgenossenschaften entstanden, angeben.

Zu beachten ist, daß die genossenschaftlichen Zusammenschlüsse ihrer morphologischen Struktur nach sowohl von den Personalwirtschaften als auch von den Primärgenossenschaften zu unterscheiden sind. Sie sind in verschiedener Hinsicht andersartige, neuartige Gebilde. Ihre konkreten Aufgaben sind ganz anderer Art. Ihre Wahrnehmung erfordert einen vergleichsweise erheblich höheren Geschäftsumfang und Kapitalaufwand. Sie sind auf anderer Wirtschaftsstufe tätig. Ihre Träger sind nicht Personalwirtschaften, sondern Gesellschaftswirtschaften mit eigener R e c h t s p e r s ö n l i c h k e i t. Die Trägerrechte und -pflichten werden von gewählten O r g a n e n der Primärgenossenschaften wahrgenommen. Sehr häufig haben die Zusammenschlüsse höherer Ordnung eine andere Rechtsform (z.B. AG, GmbH, e.V.) als die Primärgenossenschaften. Diese und andere Unterschiede¹ sind beachtlich und gewinnen mit zunehmender Entwicklung der Gesamtorganisation ein immer größeres Gewicht. Dies wird von uns noch verdeutlicht werden.

"Von seinen ersten Anfängen an zeigte das moderne Genossenschaftswesen die Tendenz, sich zu Verbänden zusammenzuschließen, die in der Lage waren, diejenigen Aufgaben zu übernehmen, für die die Einzelgenossenschaften zu schwach waren. Als das Gesetz von 1889 den Einzelgenossenschaften das Recht gab, sich auch wirtschaftlich zu-

¹ Vgl. z.B. Henzler, Reinhold, Betriebswirtschaftliche Probleme des Genossenschaftswesens, a.a.O., S.36 ff.

sammenzuschließen und gemeinsam Unternehmungen zu bilden, be-
standen bereits zahlreiche Genos-
senschaftsverbände auf regionaler und nationa-
ler Grundlage, die auf eine längere Zeit des Bestehens zurück-
blicken konnten. Aber noch stellten sie entweder losere Vereini-
gungen ohne eigenes Profil und ohne viel Substanz dar oder bilde-
ten einen provisorischen Überbau über dem noch nicht voll entwickel-
ten oder zersplitterten Unterbau."¹

Es ist vor allem auch für die aktuelle Genossenschaftsorganisa-
tionsdiskussion nicht uninteressant, wenn wir festhalten, daß das
Bedürfnis nach Zusammenschlüssen von Genossenschaften völlig unab-
hängig von genossenschaftsrechtlichen Regelungen existiert und
auch praktisch verwirklicht wurde. Die eigentlichen Ursachen für
diese Entwicklung haben wir aufgezeigt. Das Genossenschaftsrecht
hat diesem Bedürfnis im nachhinein Rechnung getragen, womit die
große Bedeutung der diesbezüglichen rechtlichen Regelungen² in
keiner Weise in Zweifel gezogen ist. Heute werden gelegentlich je-
doch im Zuge der genossenschaftlichen Strukturveränderungen und
auch der Genossenschaftsrechtsreform Ursachen und Folgen überse-
hen oder gar verwechselt. Dies gilt vor allem für die Funktionen
und Wirkungsmöglichkeiten von Prüfungsverbänden in der Bundesrepu-
blik Deutschland.³

1 Back, Josef, Genossenschaftsgeschichte, a.a.O., Sp.2206. - (Im
Originaltext ohne Sperrung.)

2 § 1, II und §§ 53 bis 64 c GenG.

3 Darauf hat sehr nachdrücklich auch der Direktor des Bayer.
Raiffeisenverbandes, Dr. Karl Groll, in einem Referat zum The-
ma "Aufgaben und Stellung des Verbandes", abgedruckt in: Bayer.
Raiffeisenblatt, 72.Jg. (1968), Nr.6, S.150 aufmerksam gemacht:
"Die heutige Praxis (des Umfangs der Verbandsaufgaben und der
Art ihrer Erfüllung - J.D.) ist nämlich keineswegs ein Ergebnis
historischer Entwicklung, die etwa erst in jüngster Zeit über
die Absichten des Gesetzgebers hinausgegangen ist. Tatsächlich
ist nämlich umgekehrt die Entwicklung von Anfang an ganz anders
verlaufen als es nach dem, wie ich meine, so gründlich mißver-
standenen Gesetz aus heutiger Sicht scheint. Die viel umfassen-
dere Auffassung über die Aufgabe des Verbandes reicht nämlich
bereits in die Zeit vor der Gründung von Verbänden und vor dem
Erlaß des Genossenschaftsgesetzes zurück. Bevor es Verbände und
das Genossenschaftsgesetz gab, gab es überall schon Genossen-

Der anfängliche Verbands- und Zentralenaufbau in Deutschland¹ war nicht nur ökonomisch schwach, profillos und provisorisch. Er war auch recht unübersichtlich und uneinheitlich. Der räumliche Wirkungsbereich der Zusammenschlüsse war beschränkt. Innerhalb der einzelnen Verbände waren die verschiedensten Genossenschaftsarten mit z.T. gegensätzlichen wirtschaftlichen Interessen vereinigt. Auch waren die Auffassungen über den Grad der Funktionszentralisation und Autonomiebeschränkung sehr unterschiedlich.

"Bis es zu einer sinnvollen Gruppierung der verschiedenen Genossenschaftsarten (nach Sparten), zu einem sachgerechten geschlossenen Aufbau der Spartenspitzenverbände und zu einem den verschiedenen ökonomischen Verhältnissen bei den einzelnen Sparten entsprechenden Ausbau des ökonomischen Überbaus kam, vergingen Jahrzehnte, die mit heftigen Organisationskämpfen, Spaltungen, Umgruppierungen und Wiedervereinigungen ausgefüllt waren. Zeitweise schien das deutsche Genossenschaftswesen sich heillos zersplittern und

schaften, die sich regional zu verschiedenen Zeitpunkten und vereinzelt erst mehr oder weniger spät zu Verbänden zusammenschlossen. Wie schon die ursprüngliche Namensgebung in der Regel erkennen läßt, z.B. Landesverband, Anwaltschaftsverband, stand dabei zunächst die Prüfung oder Revision keineswegs im Vordergrund. Dies ergibt sich ganz eindeutig daraus, daß Raiffeisen selbst seinem im Jahre 1877 gegründeten Anwaltschaftsverband ländlicher Genossenschaften wörtlich die Aufgabe wie folgt gestellt und umschrieben hat: 'die Darlehenskassenvereine zu verbreiten und zu stützen, denselben mit Rat und Tat beizustehen, ihre Interessen in jeder Beziehung zu fördern und sie nach außen zu vertreten.' Erst später wurde auch die Prüfungspflicht der angeschlossenen Mitgliedschafts-genossenschaften durch den Anwaltschaftsverband in die Satzung aufgenommen. Und noch später wurde diese dann im Genossenschaftsgesetz verankert."

¹ Als erste Verbandsbildung in Deutschland gilt das von Schulze-Delitzsch initiierte und geleitete "Centralkorrespondenzbüro der Deutschen Vorschuß- und Kreditvereine" (1859) und der "Allgemeine Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften" (1864), beide mit Sitz in Berlin. Raiffeisen gründete und leitete 1876 als Kreditzentrale die "Landwirtschaftliche Centraldarlehnskasse (Deutsche Raiffeisenbank)" und 1877 den "Anwaltschaftsverband ländlicher Genossenschaften", beide mit Sitz in Neuwied. Für weitere Einzelheiten dazu vgl. Back, Josef, Genossenschaftsgeschichte, a.a.O., Sp.2206 ff.

in zahlreiche Systeme auseinanderfallen zu wollen."¹ Dieser Prozeß der Zersplitterung und Bereinigung der Spartenorganisation des deutschen Genossenschaftswesens war noch vor der ab 1933 durch die Staatsmacht erzwungenen Vereinheitlichung weitgehend abgeschlossen.²

Der Neuaufbau des deutschen Genossenschaftswesens nach dem 2. Weltkrieg zeigt in Hinsicht auf seine verbandliche Spartenorganisation sodann in groben Zügen das gleiche Profil, das es auch heute noch trägt, obgleich sich wichtige Veränderungen vollzogen haben, die wir sogleich noch besprechen werden. Die genossenschaftlich organisierte Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland ist in vier Sparten organisiert und gegliedert:

Die Konsumgenossenschaften (bis 1967: Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V., Hamburg)

Die Wohnungsbaugenossenschaften (Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen e.V., Köln)

Die gewerblichen Waren- und Kreditgenossenschaften (Deutscher Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) e.V., Bonn, mit Edeka Verband, Hamburg und Rewe-Verband, Köln, sowie einigen weiteren Fachverbänden)

Die ländlichen Waren- und Kreditgenossenschaften (Deutscher Raiffeisenverband e.V., Bonn)

"Der Aufbau des vielseitigen und vielgestaltigen deutschen Genossenschaftswesens, dessen Säulen die genannten vier Spitzenverbände heute bilden, kann als sachgerecht, in verschiedener Hinsicht geradezu als klassisch bezeichnet werden. Sein Vollzug hat sich für die einzelnen Genossenschaftsarten, aber auch für das Verhält-

1 Back, Josef, Genossenschaftsgeschichte, a.a.O., Sp.2207.

2 Im Jahre 1920 wurde der "Deutsche Genossenschaftsverband" gegründet, dem sich 1922 der Edeka Verband anschloß. 1930 wurde durch Zusammenschluß mehrerer landwirtschaftlicher Genossenschaftsorganisationen (Raiffeisen, Haas, Heim) der "Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften - Raiffeisen e.V." gebildet.

nis der Sparten zueinander, günstig ausgewirkt."¹

Der skizzierte Entwicklungsprozeß der genossenschaftlichen Spartenorganisation ist zwar immer wieder auch mit Tendenzen der Vereinheitlichung und Bereinigung verbunden gewesen, im Vergleich zum Ausgangszustand im Anschluß an die Gründungsphase überwogen jedoch die Tendenzen der Entfaltung und Differenzierung. In grober Vereinfachung, die wir sogleich noch erheblich modifizieren werden, ergibt sich das Gesamtstrukturbild der genossenschaftlichen Wirtschaftsorganisation: Die vier Genossenschaftssparten und innerhalb jeder Sparte mindestens vier verschiedene Gebildetypen (Personalwirtschaften, Primärgenossenschaften bzw. primärgenossenschaftliche Gemeinschaftsbetriebe, Wirtschaftszentralen und Genossenschaftsverband). Die einzelnen Sparten sind »von unten nach oben« nach einem föderalistischen Strukturkonzept entstanden. Dieses beruht auf den zwei Thesen:²

1. Selbstbestimmung, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der Primärgenossenschaften als tragenden Säulen des genossenschaftlichen Unterbaus und
2. Delegation von Befugnissen und Funktionen an föderative Einrichtungen höherer Ebene nur so lange und insoweit, als dies den Primärgenossenschaften zum Vorteil gereicht.

3. Der Prozeß der zunehmenden funktionalen und morphologischen Verschiebung und Differenzierung innerhalb der Genossenschaftssparten

Das Bild, das wir bisher von der Entwicklung und dem Stand der genossenschaftlichen Gesamtorganisation gezeichnet haben, ist in

¹ Back, Josef, Genossenschaftsgeschichte, a.a.O., Sp.2209. - Es wird zu prüfen sein, ob diese Aussage heute noch voll zutrifft oder ob sich Veränderungen vollzogen haben oder andeuten, die das klassische Strukturbild des deutschen Genossenschaftswesens umgestalten.

² Vgl. Korp, Andreas, Strukturreform im Genossenschaftswesen, in: Annalen der Gemeinwirtschaft, 36.Jg. (1967), S.7.

verschiedener Hinsicht noch unvollständig, geradezu modellartig. So haben wir e i n m a l , vorwiegend aus didaktischen Gründen - um nämlich den K e r n der Entwicklung, auf dessen Erkenntnis es vor allem ankommt, klarlegen zu können -, verschiedene spartliche und überspartliche Strukturentwicklungen, die sich schon in der früheren Entfaltungsperiode vollzogen haben, nicht in unsere Feststellungen aufgenommen. Zum a n d e r e n hat sich die ursprüngliche Spartenorganisation gerade erst in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg noch in einer derart markanten Weise weiter differenziert, daß es uns angebracht erscheint, diese Tendenzen nun als Gesamtentwicklung zusammenfassend zu skizzieren. Auch hier können wir auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben.

a. Die überkommenen Gebildestrukturen entwickeln sich auseinander, verzweigen und teilen sich

Als erstes Beispiel der von uns hier gemeinten Entwicklung verweisen wir auf die s e h r u n t e r s c h i e d l i c h e G r o ß e n s t r u k t u r der einzelnen Genossenschaftsgebilde. So existieren neben kleinsten Betrieben und betriebsartigen Gemeinschaftsaktionen zugleich kapitalkräftige und nach modernsten Gesichtspunkten organisierte leistungsfähige Großunternehmen. Die »Produktion« Hamburg hatte als größte Konsumgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland in 1964 bei ca. 182 000 Mitgliedern einen Jahresumsatz von 358 Mio. DM. Daneben gab es im gleichen Jahr 71 Zwerggenossenschaften mit Jahresumsätzen unter 1 Mio. DM, einige davon mit weniger als 200 000 DM, bei etwa 100 bis 200 Mitgliederhaushalten.¹ Ähnliche Beispiele lassen sich auch aus den anderen genossenschaftlichen Sparten leicht aufzeigen.

Allein aus diesen Größenunterschieden erwachsen völlig n e u - a r t i g e Probleme und Aufgaben (z.B. Finanzierungs-, Willens-

¹ Zahlen aus: Die Konsumgenossenschaften in Zahlen 1964, hrsg. v. Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften, Hamburg.

bildungs- und Führungsprobleme), so daß die Frage schon gestellt werden darf, ob in wirtschaftswissenschaftlicher und genossenschaftstheoretischer Hinsicht hier tatsächlich noch »Primärgenossenschaft = Primärgenossenschaft« gilt, selbst wenn auf den ersten Blick die Rechtsform und manche der traditionellen Strukturmerkmale (z.B. Personalwirtschaften als Mitglieder und Kunden) identisch sind.¹ Die ökonomische, ideologische, soziologische und rechtliche Problematik der **G r o ß g e n o s s e n s c h a f t e n** war im Zusammenhang mit dem Novellierungsversuch des deutschen Genossenschaftsgesetzes (von 1956 bis etwa 1962) Gegenstand heftiger wissenschaftlicher Diskussion.² Der Begriff Großgenossenschaft umfaßte dabei neben Primärgenossenschaften in genossenschaftstheoretisch wenig modifizierter Weise auch die Zentralgenossenschaften auf höherer Ebene.

In engem, aber nicht ausschließlichem Zusammenhang mit dieser genossenschaftlichen Größendifferenzierung beobachten wir eine **A b s t a n d s v e r g r ö ß e r u n g** in den Beziehungen zwischen Primärgenossenschaftsbetrieben und Personalwirtschaften. Diese Entwicklung wird mit den Begriffen »Entideologisierung« und »Versachlichung« erklärt, aber gelegentlich auch einfach als »Mitgliederapathie« bezeichnet. Die daraus resultierenden ökonomisch-funktionalen und Willensbildungs-Probleme sind hinlänglich bekannt.

Des weiteren beobachten wir in der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft eine auffällige **R e c h t s f o r m d i f f e -**

1 Seraphim, Hans-Jürgen, Über einige wirtschaftliche und soziologische Probleme der Großgenossenschaft, in: Aktuelle Probleme des Genossenschaftswesens, Göttingen 1957, S.63: "So merkwürdig es erscheinen mag: Das uns interessierende Größenproblem kann nicht allein vom Quantitativen her beantwortet werden. Wesentlich sind auch die mit bestimmten Größenordnungen aufgeworfenen strukturellen Gegebenheiten wirtschaftlicher und soziologischer Art. Sobald und sofern Quantität in Qualität umschlägt, entsteht ebenfalls ein Typ, der gegenüber dem quantitativ kleineren Besonderheiten aufweist."

2 Vgl. z.B. Bundesjustizministerium (Hrsg.), Zur Reform des Genossenschaftsgesetzes, Referate und Materialien, 1.Bd., Bonn 1956.

r e n z i e r u n g . Wir meinen damit weniger die Aufspaltung der genossenschaftlichen Rechtsform selbst je nach den Haftungsverhältnissen in die eingetragene Genossenschaft mit u n b e - s c h r ä n k t e r und mit b e s c h r ä n k t e r Haftung¹, obgleich auch dies beachtlich ist. Vielmehr verweisen wir auf die Tatsache, daß der genossenschaftliche Wirtschaftsvollzug heute in fast allen vom Gesellschaftsrecht gebotenen Rechtsformen erfolgt. Der Fächer reicht von der genossenschaftlichen Betätigung ohne feste Rechtsform² über die relativ lockere Form des wirtschaftlichen Vereins³, die Form der eingetragenen Genossenschaft und des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit⁴ bis zu den kapitalgesellschaftlichen Formen der KG, GmbH, GmbH & Co. KG und der AG. Vor allem die leistungsfähigen Wirtschaftszentralen auf höherer Wirtschaftsstufe und ihre Produktionsbetriebe haben zunehmend das kapitalgesellschaftliche Rechtskleid gewählt.⁵ Diese Entwicklung ist zunächst aus genossenschaftstheoretischer Sicht mit Skepsis verfolgt worden. Man hat abwartend von »atypischen« bzw. »latenten« Genossenschaften gesprochen.

Ohne Zweifel arbeitet die weit überwiegende Zahl der Genossenschaften in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft. Dies

1 Neuestens wird mit gutem Grund auch die eingetragene Genossenschaft o h n e Haftpflicht diskutiert.

2 Vgl. Weisser, Gerhard, Erkenntnis- und Bewertungsgegenstände der Genossenschaftslehre sind alle Genossenschaften im wirtschaftlichen Sinne, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für Georg Draheim), a.a.O., S.11.

3 Vgl. Schroif, Bert, Genossenschaftliche Gebilde in der Form des rechtsfähigen Vereins, Göttingen 1965.

4 Versicherungsunternehmen ist es gesetzlich verboten, die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft anzunehmen. Desgleichen ist der Betrieb einer Hypothekenbank in genossenschaftlicher Rechtsform nicht erlaubt. - Vgl. Meyer-Meulenbergh, Genossenschaftsgesetz, 10.Aufl., München u. Berlin 1965, S.15.

5 Vgl. Brixner, Jörg, Zweckmäßigkeit und Möglichkeiten genossenschaftlicher Betätigung in der Rechtsform der Aktiengesellschaft, Diss. Münster 1961; ders., Marktintegration durch bäuerlich-genossenschaftliche Aktiengesellschaften, Karlsruhe 1966; Scherer, Adolf, Erfahrungen mit genossenschaftlichen Unternehmen in nichtgenossenschaftlicher Rechtsform, in: ZfG Bd.17 (1967), S.102 ff.

gilt für fast alle Primärgenossenschaften.¹ Aber auch hier beobachten wir Ansätze einer Veränderung. So gibt es auf der Stufe der Primärgenossenschaften bereits zahlreiche Sondergebilde (z.B. Großraumläden, Gemeinschaftsläden, Gemeinschaftslager), auf die wir noch zu sprechen kommen werden, die die Rechtsform der KG bzw. GmbH & Co. KG tragen. Die Rewe-Genossenschaftsorganisation hat allen ihren Einzelhandelsgenossenschaften empfohlen, aus den bisher bestehenden Genossenschaften das gesamte Umlaufvermögen rechtlich auszugliedern und einer GmbH & Co. KG zu übertragen. Die eingetragene Genossenschaft bleibt als Trägerin des (bisherigen) Anlagevermögens und der (bisherigen) langfristigen Verbindlichkeiten weiter bestehen. Die personalwirtschaftlichen Mitgliederwirtschaften können sich über Kommanditisteneinlagen an der GmbH & Co. KG beteiligen. Der Erwerb von solchen Beteiligungen ist jedoch nicht an die Mitgliedschaft bei der eingetragenen Genossenschaft gebunden. Deren Mitgliederkreis ist vielmehr über den Kreis der Altmitglieder zum Zeitpunkt der Ausgliederung der GmbH & Co. KG nicht mehr erweiterungsfähig, da die Genossenschaft nur mehr den beschränkten Geschäftszweck, Verwaltung des bisherigen Vermögens, besitzt, jedenfalls keine unmittelbaren Wirtschaftsaufgaben mehr wahrzunehmen hat. Wir finden also hier nicht nur eine neuartige Rechtsform auf primärgenossenschaftlicher Ebene vor, sondern es ist zugleich eine gebildliche Aufgliederung eingeleitet. Auf weitere Einzelheiten hierzu müssen wir hier verzichten.²

1 5 Volksbanken sowie 2 genossenschaftliche Teilzahlungsbanken werden in der Rechtsform der Aktiengesellschaft geführt. - Vgl. Faust, Helmut, Genossenschaftswesen, Stuttgart-Düsseldorf 1969, S.100 u. 107; ferner Mitteilungen der DGK v. Januar 1970, S.31.

2 Vgl. Der Bann ist gebrochen. Erste Rewe Handelsgesellschaft mbH & Co. Waren-Vertriebs-KG in München gegründet, in: Rewe-Echo 1967, Nr.10, S.11 f. - Dazu der neue Verbandsdirektor des Rewe-Prüfungsverbandes, Alfred Torbeck, auf den Jahreshauptversammlungen der Rewe-Zentralorganisationen: "Es gehört der jüngeren Vergangenheit an, daß wir unseren Genossenschaften anläßlich des Münchener Verbandstages die GmbH & Co. KG vorgestellt haben mit der Empfehlung, dieser Gesellschaft die bisher von der Genossenschaft ausgeübte Großhandelsfunktion zu übertragen. Hierbei kam es uns nicht darauf an, den mit dem Genossenschaftswesen unlösbar verbundenen Selbsthilfegedanken zu verwässern oder gar aufzugeben, sondern lediglich den Gedanken der Selbsthilfe in ei-

Ähnliche Tendenzen zeichnen sich auch in anderen genossenschaftlichen Wirtschaftsbereichen ab; sie werden zumindest intern diskutiert.¹ Man muß sie zur Kenntnis nehmen. Daß sich aus der unterschiedlichen Größen- und Rechtsstruktur für die Kooperation innerhalb der einzelnen Gebilde, aber auch im weiteren Rahmen der Gesamtorganisation völlig neuartige Fragen und Probleme ergeben, die auch einer entsprechenden genossenschaftstheoretischen Würdigung bedürfen, steht außer Zweifel. Und mit den bisherigen Denkweisen und Begriffen wird man derartigen Entwicklungen nicht gerecht werden können.

nem modernen Rechtskleid vorzustellen. Wer unseren Vorschlag ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Steuerersparnis betrachtet, hat uns hierbei total mißverstanden." (Veröffentlicht in: Rewe-Echo 1969, Nr.14, S.26. - Im Originaltext ohne Sperrung.)

- 1 Vgl. Schneider, Peter, Die GmbH & Co. KG im landwirtschaftlichen Genossenschaftsbereich, in: ZfG Bd.19 (1969), S.69-72. - Broichhausen, Klaus, Aktiengesellschaften für Verbraucher? - Reformwille bei Konsumgenossenschaften, in: FAZ v. 20. Juni 1969, S.17; o.Verf., Der Bundeskongreß der Konsumgenossenschaften in Hamburg, in: Mitteilungen der DGK v. August 1969, S.223: "Im übrigen kündigt Präsident Paulig an, daß die Konsumgenossenschaftsbewegung in der nächsten Legislaturperiode des Bundestages alles daran setzen werde, um diese (Rückvergütungsbeschränkung!) und andere gesetzliche Hemmnisse der konsumgenossenschaftlichen Entwicklung zu beseitigen. Das Genossenschaftsrecht sei jetzt 80 Jahre alt und in vieler Hinsicht veraltet. Der Bund deutscher Konsumgenossenschaften strebe ein flexibles Genossenschaftsrecht an. Aber wenn es sich herausstellen sollte, daß seine Bemühungen nicht das angestrebte Ergebnis gehabt haben, würde die Frage der Rechtsform für die Konsumgenossenschaften der Coop Unternehmungsgruppe einer ernsten Prüfung unterzogen werden müssen. Bis zu diesem Zeitpunkt jedoch solle die Umwandlung der Konsumgenossenschaften etwa in Klein-Aktien-Gesellschaften nicht in Erwägung gezogen werden. Man wird sich erinnern, daß diese Frage im letzten Jahre in der Öffentlichkeit mehrere Male wenn nicht erörtert, so zum mindesten angeschnitten worden ist. Sie ist also nun vorläufig ad acta gelegt worden - oder besser 'auf Wiedervorlage'." - Aus dem Bereich der Handwerker-genossenschaften ist uns bekannt geworden, daß die "Salewa Stoffe - Tapeten - Teppiche eGmbH", mit Sitz in München, - eine Genossenschaft des Polsterer-, Sattler-, Tapezierer- und Dekorateurhandwerks - ihren gesamten Geschäftsbetrieb auf eine Sondergesellschaft, die Tapetex GmbH, ausgegliedert hat. Die eGmbH hat nur noch Bau- und Vermögensverwaltungsaufgaben zu erfüllen.

Die Erkenntnis, daß die genossenschaftliche Wirtschaftsform nicht an die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft gebunden ist, ist erst in neuerer Zeit gereift. Die vielfältigen und tragischen Versuche, das Genossenschaftswesen durch den Rechtsbegriff des Genossenschaftsgesetzes zu definieren und zu charakterisieren, geben Zeugnis davon¹, wie lange diese Tatsache nicht bekannt war. Auch heute ist sie noch nicht Gemeinwissen geworden.

Man muß diese Erkenntnis bei der geplanten Reform des Genossenschaftsgesetzes beachten. Entweder ist die genossenschaftliche Gesellschaftsrechtsform juristisch so auszugestalten, daß sich alle genossenschaftswirtschaftlichen Gebilde und Institutionen ihrer bedienen können und müssen, oder es ist eine klare andere Konsequenz zu ziehen: beispielsweise, daß die unterschiedlichen Genossenschaftsgebilde eines jeweils unterschiedlichen Rechtskleides bedürfen², wobei die Gesamtorganisation durch ein übergeordnetes und übergreifendes Ordnungsrecht (z.B. in objektadäquater Analogie zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) zu regeln wäre.

Als nächsten Gesichtspunkt zur Veranschaulichung der von uns betonten Differenzierung der genossenschaftlichen Gesamtorganisationsstruktur haben wir auf diejenigen gebildlichen Erscheinungsfor-

1 Vgl. Höfken, Karl-Heinz, Die begriffliche Bestimmung der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft, a.a.O., S.29-66.

2 Vgl. Ebert, Kurt Hanns, Genossenschaftsrecht auf internationaler Ebene, Bd.1, Rechtsvergleichende Analyse des Genossenschaftsrechts, Marburg 1967, S.585: "Will der Gesetzgeber das Genossenschaftswesen in seiner Eigenschaft als wichtigen gesamtwirtschaftlichen Ausgleichsfaktor unverfälscht bewahren, dann darf er es nicht bei der bisherigen ausschließlich auf die Primärgenossenschaft - also auf die unterste Stufe des rechtlichen Genossenschaftssystems - zugeschnittenen Rechtsform bewenden lassen. Vielmehr ist ihm aufgegeben, rechtsschöpferisch die neuen mehrdimensionalen Erscheinungsformen genossenschaftlichen Wirtschaftens rechtlich so zu ordnen, daß deren optimale Entfaltung an keiner Stelle in Frage gestellt wird. Er darf es nicht zulassen, daß dem ökonomischen genossenschaftlichen Betriebskomplex im weitesten Sinne keine eigenständigen Rechtsgestaltungsformen zur Verfügung stehen und dieser deshalb auf kapitalgesellschaftliche Rechtsinstitute auszuweichen genötigt ist."

men zu verweisen, die Draheim mit dem Begriff **A n h a n g w i r t s c h a f t e n** noch ganz am Rande seiner genossenschaftstheoretischen Grundkonzeption miterfaßt hat. Die von uns gekennzeichneten Grundgestalten der Spartenorganisation haben in der Regel heute nicht mehr eine einheitliche, geschlossene Gebildegestalt. Sie sind vielmehr ihrerseits oft Kerngebilde für eine aufgefächerte und verästelte Organisationsstruktur geworden. Sie haben die verschiedensten Gebilde und Institutionen mit zum Teil eigener Rechtspersönlichkeit ausgegliedert oder angegliedert. Diese Erscheinung beobachten wir vor allem bei den Wirtschaftszentralen, aber nicht nur bei diesen. "Die Zentralgenossenschaften und Groß-Einkaufs-Gesellschaften, insbesondere aber die wirtschaftlichen Zentralen der Verbrauchergenossenschaften verfügen darum in der Regel über Tochter-, Beteiligungs- oder Hilfgesellschaften, die, sofern sie nicht als Regiebetriebe arbeiten, juristisch selbständige Gesellschaften sind, deren Kapital sich zum großen Teil in den Händen der genossenschaftlichen Zentraleinrichtungen befindet (genossenschaftliche Anhangwirtschaft)".¹ Mit diesem Begriff sind Gebilde und Institutionen mit den verschiedensten Sonderaufgaben zu erfassen, in erster Linie Eigenproduktionsbetriebe², die gelegentlich auch auf primärgenossenschaftlicher Ebene, oft in relativer Verselbständigung, neben einem Genossenschaftskern tätig sind. Daneben aber ist zu denken an Verlagsgesellschaften, Pensionskassen, Geldinstitute, Buchungsstellen, Bürgschaftseinrichtungen, Treuhandstellen usw.³

1 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, a.a.O., S.137.

2 Vgl. z.B. Schneider, Peter, Die Eigenproduktion der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Bayern, Erlangen 1967.

3 Als Beispiel sei die Edeka Zentralorganisation benannt. Neben dem Edeka Verband kaufmännischer Genossenschaften e.V. und der traditionellen Einkaufszentrale (Edeka Zentrale eGmbH) gab es im Jahre 1968 folgende Institutionen: Edeka Import eGmbH; Edeka Bank eGmbH; Edeka Datenverarbeitungsgesellschaft mbH; Edeka Treuhand Verwaltungsgesellschaft mbH; Edeka Betriebsberatungsgesellschaft mbH; Edeka Ausstattungs- und Baudienst GmbH; Edeka Verlag GmbH; Pensionskasse der Edeka Organisation V.V.a.G. und die Spar- und Arbeitsgemeinschaft der Jungkaufleute des Lebensmittel- und Feinkost-Einzelhandels e.V. - Bei der Gesamtwürdigung dieser Zentralgesellschaften ist nun noch zu beachten, daß ihr Zusammen-

Das Gesamtbild der Tochter , Beteiligungs- und Hilfsgesellschaften mancher genossenschaftlicher Wirtschaftszentralen kann mit entwickelten Konzernstrukturen des nichtgenossenschaftlichen Wirtschaftsbereichs durchaus verglichen werden. Bekannt ist eine derartige Konzernvorstellung von den Unternehmungen und Beteiligungen um die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumgenossenschaften (GEG) geworden.¹ Ein anderes Beispiel dafür bietet die Bayer. Warenvermittlung landwirtschaftlicher Genossenschaften (BayWa)².

Man kann mit dem Begriff Anhangwirtschaft auch die gelegentlich zu beobachtende **R ü c k w ä r t s f i l i a l i s i e r u n g** von Wirtschaftszentralen auf jeweils niederere Organisationsebenen abdecken. Als Beispiel dafür verweisen wir auf die bereits genannte BayWa, München, die in fast allen größeren Gemeinden Bayerns leistungsfähige Lagerhäuser und Landmaschinenwerkstätten errichtet

halt nicht nur durch finanzielle Beteiligungen, sondern auch durch eine weitgehende Personalunion im Vorstand und Aufsichtsrat der jeweiligen Gesellschaften gewährleistet ist. (Vgl. Jahresbericht 1968 der Edeka Handelsgruppe.) - Ende 1969 ist aus kaufmännischen Gründen die Edeka Import eGmbH mit der Edeka Zentrale eGmbH fusioniert worden. Das neue Unternehmen firmiert unter dem Namen Edeka Zentrale eGmbH. (Vgl. Handelsblatt v. 1.10.1969, S.8.)

1 Vgl. Hesselbach, Walter, Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, Frankfurt/M. 1966, S.37/38 u. 121/122. - Friedl, Gerhard A., Die Gewerkschaften als Unternehmer, Stuttgart 1964, S.61-82.

2 Vgl. Geschäftsbericht 1968, S.23/24 u. S.36 40 (Konzern-Geschäftsbericht). Die BayWa weist in ihrer Bilanz 1968 Finanzanlagen (Beteiligungen und Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens 4 Jahren) in Höhe von 9,3 Mio. DM aus. Die wichtigsten Beteiligungsgesellschaften sind: (zu 100 %) Raiffeisen-Kraftfutterwerk GmbH, München; Landwirtschaftliche Kartoffelstärke- und Trocknungsfabrik Sünching GmbH, Sünching; Wolfra Kelterei GmbH, München; Elektro-Beratung Bayern GmbH, Regensburg; (zu mehr als 50 %) Bayerische Futtersaatbau-Vereinigung GmbH, München; Genossenschaftliche Hopfenverwertungs-Zentrale GmbH, Nürnberg; Nordostbayerischer Saatbauverband GmbH, Marktredwitz; Unterstützungseinrichtung der BayWa AG in München GmbH, München. Weitere Beteiligungen sind erwähnt zur Bayerischen Raiffeisenzentalkasse und zur Eier- und Geflügelverwertung GmbH, Ganghofen. Dies sind nicht alle wesentlichen Beteiligungen. Insbesondere sind jene nicht genannt, zu denen keine warengeschäftlichen Beziehungen bestehen.

hat. Diese Betriebe sind auf gleicher Ebene wie die örtlichen Genossenschaften in Ergänzung zu diesen tätig; nicht selten stehen sie aber auch in einem ausgesprochenen Konkurrenzverhältnis zueinander. - Ein anderes Beispiel für eine genossenschaftliche Rückwärtsfilialisierung stellt die Edeka Bank eGmbH mit Sitz in Hamburg dar. Sie hat bisher 10 Niederlassungen an anderen Orten eingerichtet, um so in engerem Kontakt zu den Edeka-Großhandelsgenossenschaften deren Geldgeschäfte betreuen zu können. - Auch die GEG, Hamburg, geht mit dem schon fortgeschrittenen Aufbau ihrer Möbelhauskette und ihrer Hinwendung in das Einzelhandelsgeschäft über die Errichtung von Kaufhäusern und Supermärkten mit und ohne¹ die örtlichen Konsumgenossenschaften diesen Weg. - Auch die sog. »Gemeinschaftsläden« in der Edeka-Organisation sind hier zu erwähnen. Hierbei handelt es sich um die Errichtung von Edeka-Geschäften durch Edeka-Großhandelsgenossenschaften in der Rechtsform der GmbH & Co. KG. Die Genossenschaft übernimmt als GmbH die Rolle der Geschäftsführung in der GmbH & Co. KG. Mitglieder der Genossenschaft können sich als Kommanditisten an der KG beteiligen. Die betriebenen Gemeinschaftsläden arbeiten im Konkurrenzbereich der Mitgliederwirtschaften. Die Genossenschaft wird auf diese Weise ergänzend zu den Mitgliederwirtschaften auf deren Geschäftsgebieten tätig, um den Marktanteil der Edeka-Organisation als Ganzes zu erhalten und auszubauen. Neuerdings werden diese genannten Gemeinschaftsläden auf dem Einzelhandelssektor als reine Tochterbetriebe der örtlichen Edeka-Genossenschaften in der Rechtsform der GmbH betrieben, wobei die Mitgliederbetriebe der Genossenschaft sich als Stille Gesellschafter daran beteiligen können.²

Damit beenden wir unsere Skizze der gesamtorganisatorischen Diffe-

1 Die GEG betreibt den co op Supermarkt im Main-Taunus-Einkaufszentrum unter der Firma "co op Supermarkt GmbH, Frankfurt/M." in eigener Regie. Vgl. GEG-Geschäftsbericht 1967, S.30.

2 Vgl. Diederichs, Erich, Autonomie und Bindung in der Genossenschaft, in: Autonomie und Bindung in der Genossenschaft, Marburg 1966, S.36; Dülfer, Eberhard, Strukturprobleme der Genossenschaft in der Gegenwart, in: Neuere Tendenzen im Genossenschaftswesen, Göttingen 1966, S.33; Jahresbericht 1968 der Edeka Handelsgruppe, S.25.

renzierung, soweit diese in Anlehnung an die überkommenen Sparten- gebilde Primärgenossenschaft, Wirtschaftszentrale und Zentralver- band erfolgte. Vielleicht mag es möglich sein, verschiedene der auf diesem Wege entstandenen neuen Betriebe und Unternehmungen noch mit Bezugnahme auf überkommene genossenschaftstheoretische Begriffe und Denkweisen zu beschreiben und zu erklären. Es bedarf aber sicher keines sehr großen Untersuchungs- und Gedankenaufwan- des, um zu erkennen, daß eine in ihrer vollen Realität gesehene und verstandene Gesamtorganisation ganz neue Probleme aufwirft (z.B. hinsichtlich der Finanzierung, der Genossenschaftsdemokra- tie, des Förderungsprinzips und der Vermögensbeteiligung). Deren sachgerechte Beurteilung und Lösung setzt eine noch eindringliche re Erforschung der genossenschaftlichen und marktwirtschaftlichen Sachlage voraus.

b. Das Entstehen neuartiger Kerngebilde in der Spartenorganisa- tion

Wir haben bisher als spartenbezogene Kerngebilde des Genossen- schaftswesens die personalen Mitgliederwirtschaften, die Primär- genossenschaftsbetriebe, deren Wirtschaftszentralen und die Ver- bände festgestellt. Um diese herum haben wir einen weiten Fächer von Anhangwirtschaften beschrieben.

Seit einigen Jahren ist nun im Zusammenhang mit den Strukturre- formen des Genossenschaftswesens das Entstehen weiterer genossen- schaftlicher Kerngebilde zu beobachten. Wir wollen sie als (von einem einzelgenossenschaftlichen Standpunkt aus gesehen) ü b e r g e n o s s e n s c h a f t l i c h e oder g e s a m t - s p a r t l i c h e F u n k t i o n s g e b i l d e bezeich- nen. Sie nehmen in diesem gesamtorganisatorischen Sinn Leitungs- (Führungs-), Finanzierungs-, Verwaltungs- und auch Wirtschaftspro- zeßfunktionen wahr. Derartige Institutionen sind bisher im Genos- senschaftswesen der Bundesrepublik, aber auch in anderen Ländern, nur in Ansätzen zu beobachten.

Man könnte auf den ersten Blick zunächst versucht sein, die von uns hier gemeinten Entwicklungen mit den überkommenen Begriffen zu beschreiben oder sie von ihnen abzuleiten. Dies insbesondere dann, wenn man sich bewußt ist, daß alle gesellschaftswirtschaftlichen Genossenschaftsgebilde kooperative Funktionen ausüben. Die Primärgenossenschaften nehmen ihre Funktionen für die in ihnen zu zusammengeschlossenen Mitgliederwirtschaften wahr, die Zentraleinrichtungen für die in ihnen zusammengeschlossenen Primärgenossenschaften. Und auch die nun zu beschreibenden Gebilde nehmen Funktionen für eine Vielzahl oder sogar für die Gesamtheit der Gebilde einer Sparte wahr. Dennoch können wir aus zwei Gründen die neuen gesamtorganisatorischen Institutionen nicht mit den bisherigen Kerngebilden vergleichen.

Sie sind e r s t e n s keine selbständigen, in sich abgeschlossenen Unternehmensgebilde gemäß den traditionellen Auffassungen der einzelwirtschaftlichen Unternehmenstheorie. Diese verlangt für eine vollständige Einzelwirtschaft einen von einer selbständigen Unternehmungsleitung gesteuerten v o l l e n marktwirtschaftlichen Umsatzprozeß. Dieser besteht aus einem Leistungsstrom (Bezugs-, Produktions- und Absatzfunktion) und einen Geldstrom (Erlöse → Ausgaben)¹. In diesem Sinne üben die neuen Institutionen in der genossenschaftlichen Gesamtorganisation jeweils nur einzelwirtschaftliche T e i l funktionen aus. Sie ergeben erst z u s a m m e n m i t a n d e r e n , institutionell getrennten Teilgebilden einen einzelwirtschaftlichen Sinn. Sie dokumentieren je für sich eine h ö h e r e Gebildeeinheit. Die traditionellen genossenschaftlichen Kerngebilde konnten, wenn sie auch als kooperative Gebilde in ihrer Zielsetzung und Existenzfähigkeit notwendig funktional, finanziell und leistungsmäßig jeweils auf eine Mehrzahl anderer Betriebe bezogen waren, nach den Lehren der betriebswirtschaftlichen Theorie noch mit guten Gründen als vollwertige Einzelwirtschaften (Betrieb oder Unternehmung) er-

¹ Vgl. Seischab, Hans, Betriebswirtschaftliche Grundbegriffe, Stuttgart 1961, S.15 ff.; Henzler, Reinhold, Betriebswirtschaftliche Probleme des Genossenschaftswesens, a.a.O., S.13/14.

klärt oder zumindest diskutiert werden.

Sie passen **z w e i t e n s** nicht mehr in das überkommene föderative Konzept¹ des genossenschaftlichen Spartenaufbaus. Ihre Existenz und ihre Wirkungsweise läßt sich in diesem Sinn nicht mehr zureichend erklären. Zwar beruht ihr Zustandekommen und ihre Wirkungsweise auf freiwilligen Bindungen und fortlaufenden demokratischen Entscheidungen. Die Wirk r i c h t u n g gesamtorganisatorischer Gebilde geht jedoch zunehmend »von oben nach unten«, wenn wir das föderalistische Spartenbild vor Augen haben und unser Urteil vom primär genossenschaftlichen oder auch personalwirtschaftlichen Standpunkt aus fällen. So werden die jeweiligen Probleme und Fragen in einer anderen Weise gestellt und gelöst als dies bisher üblich war. Der Blick ist auf das Ganze gerichtet.

Ein abgerundetes Bild von den Funktionen und der Bedeutung dieser neuen Genossenschaftskerngebilde ergibt sich erst, wenn wir sie auch unter dem Aspekt ihrer koordinierenden und integrativen Wirkung betrachtet haben. Dies wird in einem späteren Abschnitt geschehen. Hier kommt es zunächst nur darauf an, die gesamtorganisatorische Vielfalt und Differenzierung des Genossenschaftswesens zu verdeutlichen.

ba. Gesamtpartliche Leitungsgebilde

Als Beispiel für ein reines gesamtpartliches Leitungsgebilde ist der 1967 gegründete »Bund deutscher Konsumgenossenschaften GmbH, Hamburg« zu nennen. Gesellschafter des »Bundes« können sein (Primär-)Konsumgenossenschaften der Bundesrepublik, soweit sie sich freiwillig anschließen², die GEG, der Revisionsverband deutscher

¹ Vgl. S.84 dieser Arbeit.

² Bis Ende 1969 hatte sich dem Bund bereits die weit überwiegende Zahl der bestehenden Konsumgenossenschaften angeschlossen. Sie repräsentiert mehr als 95 % des konsumgenossenschaftlichen Einzelhandelsumsatzes. Von den großen Genossenschaften steht keine mehr außerhalb des Bundes. "Da der 2. Ordentliche Bundeskongreß den Konsumgenossenschaften, die noch nicht Gesellschafter des Bundes sind, eine Beitrittsfrist bis zum Sommer 1970 gesetzt hat,

Konsumgenossenschaften und sonstige genossenschaftliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen. Der Bund hat keine unmittelbaren Produktions- oder Handelsaufgaben zu erfüllen. Sein Zweck "ist die Zusammenfassung der Konsumgenossenschaften und verwandter Unternehmen, insbesondere Unternehmen mit genossenschaftlicher und/oder gemeinwirtschaftlicher Zielsetzung, zur Wahrnehmung und Durchsetzung des Gesamtinteresses sowohl gegenüber den Gesellschaftern als auch nach außen".¹ Dieser Zweck soll vor allem erreicht werden durch:

- "1. den Ausbau des Genossenschaftswesens zur Förderung der Mitglieder der Gesellschafter innerhalb der modernen Wettbewerbswirtschaft;
2. die Förderung der Gesellschafter und ihrer Einrichtungen;
3. die Planung und Koordinierung der Geschäftsbetriebe, insbesondere auf den Gebieten der Warenbeschaffung und -herstellung, Lagerung und Vertrieb, Ladennetz- und Sortimentsgestaltung, Werbung, Rechnungswesen, Finanzierung und Investition, Personalwirtschaft und Schulung;
4. die Mitwirkung bei den im übergeordneten Interesse der Gesellschafter liegenden führungspolitischen Maßnahmen und deren Koordinierung."²

In diesem Sinn und zur Erreichung des genannten Zweckes steht den Organen des Bundes eine weiter Auslegung zugängliche **R a h - m e n e n t s c h e i d u n g s k o m p e t e n z** zu. Die Einhaltung der getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen kann durch finanzielle Ordnungsstrafen, durch Ausschluß aus der Gesellschaft,

ist zu erwarten, daß der vom Bund betreute Umsatz nahe an die 100-Prozent-Grenze herankommen wird." - Vgl. Mitteilungen der DGK v. Januar 1970, S.34 und der Verbraucher, c o o p Rundschau, Nr.14 v. 15.7.1969, S.13.

1 § 2 (1) und § 5 des Gesellschaftsvertrages des Bundes deutscher Konsumgenossenschaften GmbH. - Vgl. Schlußbericht über Auftrag, Tätigkeit und Vorschläge der vom Generalrat am 3. April 1964 eingesetzten Reformkommission, hrsg. v. Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V., Hamburg (1967), S.37. (Im folgenden zitiert: Schlußbericht der Reformkommission.)

2 § 5 des Gesellschaftsvertrages des Bundes deutscher Konsumgenossenschaften.

insbesondere aber durch eine weitreichende Mitwirkungsbefugnis bei der Bestellung und Arbeit der Organe der Gesellschafter gewährleistet werden. So können künftig Vorstandsmitglieder der örtlichen Konsumgenossenschaften ohne Zustimmung des Bundes nicht mehr gewählt werden; ferner können bereits gewählte Vorstandsmitglieder unter Angabe der dafür maßgeblichen Gründe vorläufig ihres Amtes enthoben werden. Auf die Darstellung weiterer Einzelheiten der Aufgaben und der Struktur des Bundes wollen wir hier verzichten.¹

Der Bund deutscher Konsumgenossenschaften ist das markanteste Beispiel eines gesamtorganisatorischen Leitungsgebildes, das wir bisher realisiert sehen. Ähnliche Institutionen und Entwicklungen sind auch in anderen Ländern und Sparten des Genossenschaftswesens vorhanden oder im Entstehen. Dabei ist zu beachten, daß die gesamtorganisatorischen Leitungsgebilden gestellten Koordinations-, Planungs- und Entwicklungsfunktionen nicht notwendig an die Gründung zusätzlicher (neuer) Institutionen gebunden sind. Vielmehr können derartige Leitungsaufgaben auch bereits bestehenden Zentralen oder Verbänden zunehmend übertragen werden. In dem Ausmaß, in dem dies geschieht, verändern sich der ursprüngliche Sinn und die Bedeutung der betreffenden Einrichtungen. Sie gestalten sich um. Dieser Umgestaltungsprozeß geht in der Regel heute mit der Planung und Durchführung gesamtorganisatorischer Strukturreformen einher. Am weitesten fortgeschritten ist dieser Prozeß in den verschiedenen organisatorisch hochentwickelten Genossenschaftsländern bisher bei den Konsumgenossenschaften, - neben der Bundesrepublik Deutschland, z.B. in Dänemark, den Niederlanden, in Schweden und in der Schweiz.² Man soll-

¹ Vgl. dazu Hasselmann, Erwin, Die Polarität von Autonomie und Einheit in der konsumgenossenschaftlichen Praxis, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), a.a.O., S.367-381; Schumacher, Carl, Ein »Bund deutscher Konsumgenossenschaften« - eine neue Phase konsumgenossenschaftlicher Kooperation, in: Mitteilungen der DGK, Juli 1967, S.177 ff.

² Vgl. hierzu L.S., Strukturveränderungen in den Genossenschaften, in: IGR Bd.60 (1967), Nr.5, S.217 ff., insbesondere S.221 f., sowie Bd.61 (1968), Nr.2, S.80 ff. und Nr.6, S.265 ff.

te es aber nicht versäumen, unter diesem Aspekt z.B. auch die Satzungsreformen der Rewe- und der Edeka-Zentralorganisationen zu untersuchen.¹ Desgleichen ist in diesem Sinne die freilich teilweise gescheiterte Satzungsinitiative des Bayer. Raiffeisenverbandes e.V., München, im Jahre 1968 beachtlich.²

In engem Zusammenhang mit der von uns aufgezeigten Strukturentwicklung sind das Entstehen und der Ausbau von (zentralen) Schulen, Ausbildungsstätten sowie Beratungs- und Informationseinrichtungen im Rahmen der bestehenden Spartenorganisationen zu sehen. Diese erbringen ohne Zweifel notwendige Förderungsleistungen für die in der jeweiligen Sparte zusammengefaßten Personen und Gebilde. Sie erbringen Ausbildungsleistungen für Angestellte und Mitglieder der Genossenschaften, beraten bei der Erstellung größerer Anlagen und Maschinen, z.B. beim Bau und der Errichtung von Verkaufsstellen, informieren in Zeitungen, Zeitschriften und Mitteilungen über laufende genossenschaftsinterne und konkurrenzwirtschaftliche Vorgänge.

Alle diese Förderungsleistungen können aber auch in Ergänzung und als Abrundung gesamtorganisatorischer Führungsaufgaben gesehen werden. Und von den genossenschaftlichen Wirtschaftszentralen und Verbänden werden sie auch so gesehen.

Als markantes Beispiel dafür sei auf das Trainee-Programm der früheren »Schule der Konsumgenossenschaften«, seit 1968 in »Seminar für Führungskräfte« umbenannt, verwiesen. Ihr Ziel ist die zentrale Ausbildung und Förderung des konsumgenossenschaftlichen Führungsnachwuchses. Wenn der Bund deutscher Konsumgenossenschaften

¹ Vgl. Rewe-Echo 1968, Nr.14: "Satzungs-Reform - Antwort und Aufgabe" (S.6-12) und "Die Gemeinschaft fordert ihr Recht" (S.14-18); - Bericht über den 58. Edeka Verbandstag in Berlin 1965, Hamburg o.J., S.25 f. und Bericht über den 59. Edeka Verbandstag in Garmisch-Partenkirchen 1966, Hamburg o.J., S.29. - Vgl. S.176 (Fußnote 1) dieser Arbeit.

² Vgl. Groll, Karl, Die Satzungsdiskussion im Außerordentlichen Verbandstag, in: Bayer. Raiffeisenblatt, 72.Jg. (1968), Nr.10, S.305-314.

und die sonstigen Zentraleinrichtungen einerseits den maßgeblichen Einfluß auf den finanziellen Unterhalt, die Auswahl der Lehrer und das Lehrprogramm haben und ihnen andererseits die Möglichkeit, ja das Recht zur Mitentscheidung bei der Besetzung konsumgenossenschaftlicher Führungspositionen gegeben ist, so kann es nicht abwegig sein, hier Zusammenhänge zu sehen und zu fordern.¹

bb. Gesamtspartliche Investment- und Finanzierungsgebilde

Die vielfältigen technischen und marktwirtschaftlichen Entwicklungen im ökonomisch funktionellen Leistungsbereich der Genossenschaften haben einen enormen Kapitalbedarf entstehen lassen. Zu dessen Deckung mußten neue Wege gegangen werden, die mit der tra-

¹ Vgl. Schumacher, Carl, Geplante Ausbildung genossenschaftlicher Leiter, in: ZfG Bd.17 (1967), Sonderheft: Planung im Genossenschaftswesen, S.114-130. - Auf den Seiten 131-135 der soeben genannten Quelle wird auch ein kurzer Überblick über die Schulung und Ausbildung im Bereich der Genossenschaften des Gewerbes, der Landwirtschaft und des Wohnungsbaus gegeben. - Trescher, Karl, Das personalwirtschaftliche Konzept des Bundes, in: der verbraucher, co op Rundschau, Nr.10 v. 15.5.1969, S.8/9; - o.Verf., Neuordnung des konsumgenossenschaftlichen Bildungswesens, in: Mitteilungen der DGK v. Mai 1969, S.144: "Die 'Schule der Konsumgenossenschaften' hat im Jahre 1968 einen neuen Namen bekommen. Sie heißt jetzt 'Seminar für Führungskräfte'. Mit dieser Namensänderung ist mehr beabsichtigt als eine stärkere Betonung der Hauptaufgabe der Schule. Im Vorwort zu dem Programm 1969 des Seminars, das den Konsumgenossenschaften zugeleitet wurde, heißt es: 'Das Jahr 1969 wird für die Bildungsarbeit in unserer Unternehmungsgruppe ein Jahr des Neubeginns und zugleich des Übergangs sein. Der Bund deutscher Konsumgenossenschaften hat mit seinen »Allgemeinen Empfehlungen für die Aus- und Fortbildungspolitik« ein neues Bildungskonzept vorgelegt, das mit dem Grundsatz des permanenten Lernens für alle Zielgruppen von Mitarbeitern Ernst macht.' Die erwähnten »Allgemeinen Empfehlungen«, die vom Beirat des Bundes deutscher Konsumgenossenschaften am 29.2.1968 beschlossen worden sind, sind ein Beitrag zu dem sich verstärkenden Bemühen des Bundes, das gesamte Niveau des konsumgenossenschaftlichen Managements und der Arbeit in der Unternehmensgruppe von der kleinsten Konsumgenossenschaft bis zu den zentralen konsumgenossenschaftlichen Unternehmen und Einrichtungen hinaufzuschrauben. Dazu bedarf es einer wirksamen Koordinierung von Bildungs- und Personalpolitik."

ditionalen Genossenschaftsfinanzierung über Geschäftsanteile, Haftsumme und Rücklagenbildung (Selbstfinanzierung) nicht mehr in Einklang zu bringen sind. Diese neuen Wege berühren das Grundverhältnis des Genossenschaftswesens zum Kapital und zum Kapitalmarkt tiefgreifend. Daraus resultiert auch die Neuartigkeit der morphologischen Struktur mancher Genossenschaftsgebilde, die nachfolgend an einigen Beispielen aufgezeigt wird.

Wir meinen damit nicht die von Anfang an mit aufgebaute und bestehende genossenschaftliche Geld- und Kreditorganisation. Praktisch alle Genossenschaftssparten betreiben ja Banken oder sind gar von ihrer primär genossenschaftlichen Stufe an bis in höhere Organisationsebenen hinein als reine Geld- und Kreditorganisation angelegt (z.B. Volksbanken, Raiffeisenkassen). Wir meinen auch (noch) nicht Geldinstitute, die, wie beispielsweise die Deutsche Genossenschaftskasse (DGK), eine über spartliche Finanzierungs- und Klammerfunktion haben. Unsere Aufmerksamkeit richtet sich auf sparteninterne Sonderinstitute.

Zu erwähnen ist zunächst jene größere Anzahl von Kreditgarantie- und Bürgschaftsgemeinschaften des zentralgenossenschaftlichen Überbaus. Diese Einrichtungen erleichtern und ermöglichen in Zusammenarbeit mit irgendwelchen, meist sparteninternen Banken die Finanzierung größerer Investitionsvorhaben durch gemeinschaftliche Absicherung des Kreditrisikos. "Zur Ergänzung und Absicherung der Eigenkapitalausstattung im Falle finanzieller Schwierigkeiten spielt heutzutage weniger die Institution der Mitgliederhaftpflicht als die auf freiwilliger Basis beruhende Hilfeleistung der verschiedenen Kollektivfonds und der zentralen Geschäftsanstalten des genossenschaftlichen Verbunds eine bedeutsame Rolle. Solche im Notfall wirksam werdenden Absicherungen, über welche die Erwerbsunternehmen nicht verfügen, können die im Wesen der Genossenschaft begründete Labilität der Anteilsfinanzierung z.T. entscheidend ausgleichen."¹

1 Birck, Heinrich, Probleme der Eigenkapitalausstattung deutscher Genossenschaften, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), S.139/140, ferner S.127-136.

Von vergleichsweise erheblich höherer zukünftiger Finanzierungsbedeutung und vor allem von ganz anderer Organisationsstruktur sind für die genossenschaftlich organisierte Wirtschaft jene Gebilde, die in den letzten Jahren als Investitionsfonds oder Immobilienfonds gegründet wurden oder geplant sind. Deren Stellung und Bedeutung in der klassischen Spartenorganisation ist wissenschaftlich noch wenig geklärt. Mit bisherigen Denkweisen und Begriffen kann man sie nicht erfassen. Insbesondere wird mit diesen Einrichtungen ganz entschieden eine neue Klarstellung und Abgrenzung des Verhältnisses von genossenschaftlich und kapitalistisch organisierter Wirtschaft erforderlich sein.

Als Beispiel für ein in ihrer genossenschaftlichen Zielsetzung und Organisation durchaus neuartiges Gebilde skizzieren wir später das 1965/1966 gegründete co op Immobilienfonds-Projekt, mit dem versucht wird, in möglichst enger Anlehnung an die konsumgenossenschaftliche Gesamtorganisation den Investmentspargedanken mit dem Finanzierungsbedarf der Konsumgenossenschaften zu verbinden.

Es gibt in Deutschland und in verschiedenen anderen Ländern ähnliche Gebilde, die in unterschiedlicher Weise (noch) in die Genossenschaftsorganisation eingebaut sind. Je nach der Bezeichnung, z.B. als Immobilien-, Investment- oder Kapitalbeteiligungsgesellschaften, sind auch die rechtliche Konstruktion und die Zwecksetzung der Gebilde verschieden¹. Mit einer direkten genossenschaftsinternen Finanzierungsaufgabe haben sie zumeist nichts zu tun; es überwiegt das Ziel der Kapitalwerterhaltung und -vermehrung für dem Genossenschaftswesen als Mitglieder oder Kunden verbundene Sparkapitalbesitzer.

1 Einen Überblick vermitteln: Cox, Helmut, Morphologie der Investmentgesellschaft. Bemerkungen zur Strukturtheorie und -politik des Kapitalwertsicherungsbetriebs, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift Draheim), a.a.O., S.571-595; Piller, Ernst, Kapitalbeteiligungsgesellschaften als Finanzierungsalternative für nichtkapitalmarktfähige Unternehmen, in: Die gewerbliche Genossenschaft, 13. (80.) Jg. (1968), S.441-444 und 14. (81.) Jg. (1969), S.462 465; o.Verf., Neuer genossenschaftlicher Immobilienfonds, in: Mitteilungen der DGK v. Juni 1969, S.153-155.

Der G r u n d g e d a n k e derartiger Gesellschaften ist sehr einfach, obgleich ihre Gesamtkonstruktion aus rechtlichen, steuerlichen und sonstigen Gründen in der Regel meist weniger übersichtlich ist. Es geht immer darum, Sparkapital (meist breiterer Bevölkerungskreise) zu sammeln und, unter Wahrung von allgemeinen Gesichtspunkten der Sicherheit, Rentabilität und Liquidität, in anlage- und risikobereites Unternehmenskapital umzuwandeln. Für die Zurverfügungstellung von Sparkapital werden Anteilscheine (z.B. Investmentzertifikate) über einen Bruchteil eines Fondsvermögens ausgegeben. Diese sind gelegentlich sogar mit Miteigentumsrechten an Realvermögensobjekten verbunden. Auf die Anteilscheine werden Gelddividenden auf den Nominalwert gewährt und sie nehmen an etwa eingetretenen Realwertsteigerungen unmittelbar durch eine Kurswertsteigerung teil.

Das aufgebrachte Sparkapital wird, je nach dem, ob die Rechtskonstruktion dem Gesellschaftstyp¹ oder dem Vertragstyp¹ entspricht, als Gesellschaftskapital oder Fondsvermögen einer Investment- bzw. Immobiliengesellschaft gesammelt.

Die Anlage des gesammelten Geldkapitals kann erfolgen in Wertpapieren des Kapitalmarktes (Investmentgesellschaft), in direkten Beteiligungen an Unternehmen (Kapitalbeteiligungsgesellschaft) oder im Erwerb von Anlageobjekten, meist Grundstücken und Gebäuden (Immobiliengesellschaft).

Gebilde, die in der beschriebenen Weise Sparkapital in Unternehmenskapital transformieren, haben grundsätzlich eine zweiseitige Bedeutung. Sie ermöglichen dem Sparkapitalbesitzer eine relativ gesicherte, ertragsorientierte Vermögensanlage. Und sie verbreitern die Eigenkapitalbasis oder eigenkapitalähnliche Basis

¹ Vgl. Cox, Helmut, Morphologie der Investmentgesellschaft, a.a.O., S.580-582. Beim Vertragstypus wird das Verhältnis zwischen Zertifikatsinhaber und Kapitalanlagegesellschaft "als ein Aus-senverhältnis auf Vertragsbasis" charakterisiert. Beim Gesellschaftstypus erwirbt der Investmentsparer Gesellschafterrechte in der Anlagegesellschaft.

von Unternehmungen; so ermöglichen sie vorwiegend die Finanzierung unternehmerischen Anlagevermögens. Diese Finanzierungsfunktion von Investment-, Kapitalbeteiligungs- und Immobiliengesellschaften ist grundsätzlich auch für nichtkapitalmarktfähige Unternehmen relevant, also auch für Genossenschaften und ihre Mitgliederwirtschaften.

Im Hinblick auf ihre genossenschaftswissenschaftliche, insbesondere gesamtorganisatorische Beurteilung erscheinen uns ungeachtet gesellschafts- und steuerrechtlicher Sonderkonstruktionen folgende drei Gesichtspunkte von besonderem Interesse:

1. Wer bringt das Fondsvermögen auf? Wer also kauft die Anteilscheine? Warum werden sie gekauft? Welche Rechte sind mit den Anteilscheinen verbunden (z.B. Eigentumsrechte, Mitbestimmungsrechte)?
2. Wer ist Initiator und Träger der Investment- und Finanzierungsgesellschaft? Wer bestimmt über die Verwendung der im Fonds gesammelten Mittel?
3. Wohin fließt das anlagebereite Geldkapital? In welchen Objekten wird es angelegt?

Unter diesen Aspekten betrachten wir nachfolgend das » c o o p I m m o b i l i e n f o n d s - P r o j e k t « . Es besteht aus den drei Teilgebilden: c o o p Immobilien-AG, c o o p Immobilienfonds-Verwaltungs-AG und c o o p Immobilienfonds. Sie ergeben erst in ihrer Gesamtheit den erstrebten Gebildesinn.

Die c o o p Immobilienfonds-Verwaltungs AG^{1,2} wurde gegründet und wird getragen von der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), dem früheren Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften und der GEG.

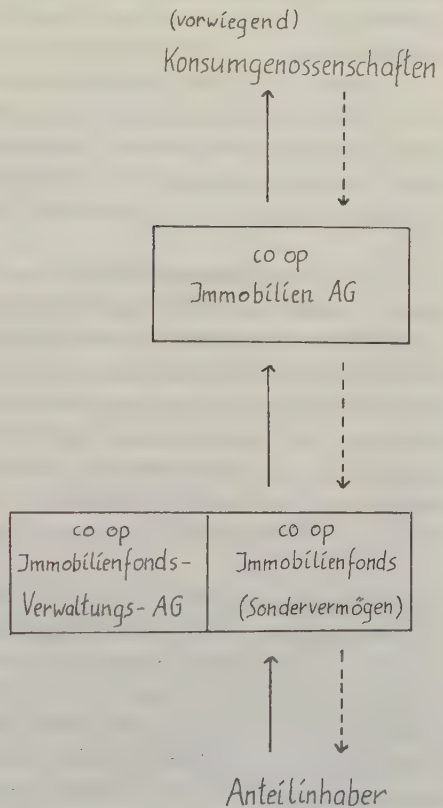
1 Für das Folgende vgl. "co op Immobiliengesellschaft und Immobilienfonds gegründet", in: Mitteilungen der DGK v. Februar 1966, S.70.

2 Zahlen aus: co op Immobilienfonds im Geschäftsjahr 1968/1969, in: Mitteilungen der DGK v. Oktober 1969, S.264; ferner Mitteilungen der DGK v. Juli 1969, S.197.

Schaubild: Das coop Immobilienfonds-Projekt

Ihr Aktienkapital wird heute getragen zu je 30 % von der BfG und der DGK, zu je 20 % von der GEG und vom Revisionsverband deutscher Konsumgenossenschaften (RdK). Der Unternehmenszweck der Verwaltungsgesellschaft besteht in der Auflage des co op Immobilienfonds, der rechtlich als Sondervermögen gestaltet ist, und in der treuhänderischen Verwaltung desselben. Über dieses Sondervermögen werden Anteilscheine (vorwiegend in Stücken zu 100,- DM) ausgegeben, die über die Lebensmittelläden der Konsumgenossenschaften sowie über etwa 100 Banken und Sparkassen vertrieben werden. Aus dem Fondsvermögen gewährt die Verwaltungs-AG hypothekarisch gesicherte Darlehen an die Immobilien-AG; ansonsten kann das Fondsvermögen auch in Wertpapieren angelegt werden.

Bis zum 31.3.1969 wurden 379 908 co op Fondsanteile verkauft und damit ein Fondsvermögen von 14,7 Mio. DM angesammelt.



Träger der co op Immobilien-AG sind die GEG und der RdK. Hauptzweck der Gesellschaft ist der Erwerb von Grundstücken und Erbbau-rechten sowie die Bebauung und Verpachtung oder Veräußerung der-

selben. Die Finanzierung für diese Investitionen erfolgt vorwiegend durch Darlehen aus dem Fondsvermögen der Verwaltungs-AG. "Ende 1968 verwaltete (die Immobilien-AG) 35 Grundstücks- und Gebäudekomplexe, 11 davon waren noch im Bau. In den ersten Monaten des Jahres 1969 hat sie 5 weitere Objekte hinzugekauft. In der Regel handelt es sich bei diesen Objekten um große Geschäftshäuser mit Läden, oft sind es Supermärkte, vielfach auch Wohnungen, sowie um Großraum-Ladenpavillons."¹ Die Ladenprojekte werden an Konsumgenossenschaften vermietet oder verpachtet.

Die Erträge der Immobilien-AG, hauptsächlich Miet- und Pachterträge, werden über den Fonds an die Anteilinhaber ausgeschüttet. Der Realwert der Anteilscheine ist, unabhängig von den Dividendenerträgen, aufgrund der Werterhöhungen der Anlageobjekte bis September 1969 auf 118 DM (Ausgabekurs) je 100,- DM Nominalanteil gestiegen. "Die Stellung des Zertifikatsinhabers ist die eines Miteigentümers am Fondsvermögen im Rahmen einer Bruchteilsgemeinschaft. Die Miteigentümerrechte gegenüber der Fondsverwaltung nimmt ein Treuhänder, z.Z. die Bank für Gemeinwirtschaft, wahr."²

Damit ist die Struktur des co op Immobilienfonds-Projekts in groben Zügen klar. "Der Hauptzweck der Gründungen ist die Aufbringung von Mitteln zur Finanzierung der umfangreichen Investitionen, die zur Rationalisierung und Modernisierung und zum Ausbau der konsumgenossenschaftlichen Unternehmen benötigt werden. Doch erhofft man sich als mittelbare Wirkung auch eine Verstärkung der Bindung zwischen Mitglied und Konsumgenossenschaft durch das finanzielle Engagement der Mitglieder. Durch die Ausgabe von Zertifikaten will die co op Immobilienfonds-Verwaltungs-Aktiengesellschaft den Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich - wenn auch indirekt - an der Finanzierung ihrer eigenen Unternehmen über den Erwerb des Geschäftsanteils hinaus zu beteiligen."³

1 Mitteilungen der DGK v. Oktober 1969, S.264.

2 Cox, Helmut, Morphologie der Investmentgesellschaft, a.a.O., S.588.

3 Mitteilungen der DGK v. Februar 1966, S.70.

Ein der Grundidee des co op Fonds durchaus vergleichbares übergenossenschaftliches, spartenbezogenes Finanzierungsgebilde ist die Württ. Raiffeisen - Anlagen A G.¹ An dieser Gesellschaft können sich Landwirte durch Erwerb von Stammaktien beteiligen. Sie müssen dies tun, wenn sie sich als Erzeuger von z.B. Obst, Speisekartoffeln, Hopfen, Eiern und Geflügel gewisse vertraglich gesicherte Absatzwege über die Württembergische landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft - Raiffeisen - eGmbH (WLZ) erschließen wollen.

Die Württ. Raiffeisen Anlagen AG erwirbt ihrerseits auf der Grundlage des angesammelten Aktienkapitals "Grundstücke, Gebäude und sonstige Anlagen" und vermietet sie "an die WLZ oder andere Vermarktungsunternehmen der ländlichen Genossenschaftsorganisation". Damit erfüllt diese Gesellschaft eine wichtige genossenschaftliche Finanzierungs- und Wachstumsaufgabe.

bc. Sonstige gesamtspartliche Funktionsgebilde

Neben den bisher beschriebenen Finanzierungs- und Leitungsgebilden sind im Rahmen der Genossenschaftssparten noch weitere gesamtorganisatorische Institutionen errichtet worden und geplant, die sich von den traditionellen Spartenkerngebilden deutlich abheben. Obgleich ihnen eine zunehmende Bedeutung für eine nachhaltige Erfüllung der genossenschaftlichen Wirtschaftsaufgaben zukommt, wollen wir hier nicht viel mehr als ihre Existenz registrieren.

Als markanteste Beispiele verweisen wir auf die »Regionalläger« der Konsumgenossenschaftsorganisation und die zentralen Buchungs- und Datenverarbeitungseinrichtungen der verschiedenen Genossenschaftssparten. Diese Gebilde nehmen in institutionalisierter und rechtlich verselbständigter Form im Rahmen der Gesamtorganisation Teilfunktionen mehrerer oder aller angeschlossenen einzelgenossenschaftlichen Unternehmen wahr. Man könnte wiederum zunächst ver

¹ Vgl. Brixner, Jörg, Marktintegration durch bäuerlich-genossenschaftliche Aktiengesellschaften, Karlsruhe 1966, S.29/30.

sucht sein, diese Einrichtungen mit den überkommenen zentralgenossenschaftlichen Begriffsvorstellungen zu erfassen und zu erklären. Wie jedoch leicht zu zeigen ist, kann damit dem Sinn und der Struktur dieser gesamtorganisatorischen Gebilde nicht zureichend entsprochen werden.

So werden die heute z.B. in der Edeka-Organisation bestehenden zentralen Buchführungs- und Datenverarbeitungsanlagen als Ergänzungseinrichtungen der Edeka-Gruppe zur »ganzheitlichen Betreuung« der Genossenschaften und ihrer Mitglieder gesehen. Die Edeka Datenverarbeitungs-GmbH betreut in diesem Sinn als Tochtergesellschaft des Edeka Verbandes mit ihren regionalen Niederlassungen in Hamburg, Stuttgart, Nürnberg und Dortmund 40 Edeka Genossenschaften und ihre Mitglieder.¹ Darüber hinaus wird auf eine Vereinheitlichung der Buchführung in der gesamten Edeka Organisation Wert gelegt. "Die Buchhaltungen der Edeka Genossenschaften sind in der Kontengliederung nach einheitlichen Gesichtspunkten ausgerichtet. Im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer wurden der Kontenrahmen und die Kontierungsrichtlinien überarbeitet. Die vom Edeka Verband angestrebte Systematisierung des Rechnungswesens erstreckt sich auch auf das Gebiet der technischen Ausstattung der Buchhaltungen mit dem Ziel der Einführung eines einheitlichen Maschinentyps. Die Beratungen des Edeka Verbandes auf dem Buchhaltungssektor wurden in zunehmendem Maße auf die Anwendung eines für alle Edeka Genossenschaften übereinstimmenden Organisationsprinzips abgestellt."² Die dafür notwendigen einheitlichen Formulare, Vordrucke und Kontenblätter werden n u r vom Edeka Verlag-GmbH, ebenfalls einer Tochtergesellschaft des Edeka Verbandes, zur Verfügung gestellt.³

Die Konsequenzen der Vereinheitlichung des Rechnungswesens und der zentralen Wahrnehmung der wichtigsten Buchführungs-, Zahlenaufbereitungs- und Informationsaufgaben im Rahmen eines umfassenden Er-

1 Vgl. Jahresbericht 1968 der Edeka Handelsgruppe, S.87/88.

2 Vgl. Jahresbericht 1968 der Edeka Handelsgruppe, S.23/24.

3 Vgl. Jahresbericht 1968 der Edeka Handelsgruppe, S.75/76.

fassungs- und Ergänzungssysteme zwischen Zentralen, Verband, Primär-genossenschaften und Mitgliederwirtschaften beschreibt der Verbandsdirektor des Edeka Verbandes, Diederichs, treffend: "Die aufgezeigten Beispiele (betriebswirtschaftliche Ausrichtung und Fortbildung der Mitglieder und ihres Führungspersonals; Verkaufsberater; Betriebsberater) sind einzelne Maßnahmen, ich möchte sagen, gezielte Schritte in Richtung auf eine ganzheitliche Betreuung des Mitglieds, durch die es seitens der Genossenschaft mit seinem eigenen Unternehmen in einem ihm bisher betriebswirtschaftlich unbekannten Umfang konfrontiert und je nach seiner Einsicht, aber zugleich auch seinem Willen zu einer verbundwirtschaftlichen Verhaltensweise gegenüber der Genossenschaft veranlaßt wird. Die Entscheidungsfreiheit der Mitglieder darf und soll auch in diesem System eines Ergänzungsverhältnisses nicht aufgehoben werden. Sie muß aber durch Organisation, Ausbildung und Erkenntnisförderung seitens der Genossenschaft aus der bisherigen Unverbindlichkeit und Willkürhaftigkeit des Mitglieds in eine begründete Entscheidung aus Kenntnis und Beherrschung der Sachverhalte gewandelt werden, so daß in einer modernen, auf Leistungsergänzung beruhenden Genossenschaft das Beisitestehen eines Mitgliedes praktisch auf fehlerhaften Maßnahmen oder Unterlassungen der Geschäftsführung beruht - oder das Mitglied effektiv ungeeignet ist.

Eine unentbehrliche Stütze in diesem Ergänzungsprozeß ist der immer noch an Bedeutung gewinnende Einsatz moderner Einrichtungen (z.B. Lochkarten und Datenverarbeitungsanlagen) bei der Genossenschaft - analog dem Großwettbewerber, aber auch dem Kettengroßhändler. Durch eine entsprechende Programmierung und Neuerung der modernen Technik ist die Überbrückung zwischen dem Groß- und Einzelhandelsbetrieb und die Herstellung einer reibungslosen Betriebskoordination möglich. Sinnfälliges Beispiel ist die moderne Fakturierungsmethode, durch die dem Mitglied nicht nur sein Einkaufspreis bekannt gegeben wird, sondern zugleich pro Artikel ein empfohlener Richtpreis für den Verkauf, die dabei sich ergebende prozentuale Bruttohandelsspanne sowie pro Rechnung (zumeist identisch mit dem Wochenbezug) die absolute und prozentuale Bruttospanne in

Vorschlag gebracht wird."¹

Ähnliche gesamtorganisatorische Initiativen zur Vereinheitlichung und zur Zentralisierung des Rechnungswesens existieren bereits in vielen Bereichen des Genossenschaftswesens. Das erreichte Ausmaß der Durchsetzung dieser Rationalisierungsmaßnahme, die erklärtermaßen mit einer gezielten Steuerung der Erkenntnis und des Verhaltens der Beteiligten einhergeht, ist jedoch noch sehr unterschiedlich.

Im Bereich der Konsumgenossenschaften der Bundesrepublik Deutschland ist analog zu der soeben beschriebenen Vereinheitlichung und zugleich gebildlichen Differenzierung des Rechnungswesens eine gesamtorganisatorische Rationalisierung und institutionelle Verselbständigung der Warenlagerfunktion geplant. Interessanterweise ist dieser Plan zentraler oder regionaler konsumgenossenschaftlicher Warenlager mit Buchführungs- und Datenverarbeitungsaufgaben für die angeschlossenen Einzelgenossenschaften gekoppelt. In einigen ausländischen Konsumgenossenschaftsorganisationen, z.B. in Schweden, in der Schweiz, in Dänemark, in den Niederlanden und in den USA, existiert bereits ein gut entwickeltes System regionaler Lagerhäuser.²

In der Bundesrepublik gab es Ende 1968 110 genossenschaftliche Lagerhäuser für 167 Ortsgenossenschaften. Jede der größeren Genossenschaften besitzt ihr eigenes Lagerhaus. Daneben existieren eine Reihe von örtlichen Zweigniederlassungen der GEG mit Lagerfunktionen. Die Planungen und Beratungen zur Rationalisierung der konsumgenossenschaftlichen Lagerhausstruktur, und zwar von Anfang an im Sinne einer institutionalisierten Integration von Ortsgenossenschaften und GEG, reichen in das Jahr 1963 zurück. Zuletzt empfahl dann 1967 die damalige Reformkommission eine "Einstufigkeit des Lagerwesens", so daß "die Ware auf dem Weg von der Quelle (Produktion, Import) bis zum Laden nur ein Lager berührt", und eine gegen-

1 Diederichs, Erich, Autonomie und Bindung in der Genossenschaft, a.a.O., S.33/34.

2 Vgl. L.S., Strukturänderungen in den Genossenschaften, in: IGR Bd.60 (1967), Nr.5, S.227/228.

seitige Abstimmung und Verschmelzung von Ortsgenossenschaften mit der Lagerplanung, "um einen optimalen Ablauf in der Verbesserung der Gesamtstruktur zu erreichen."¹ Inzwischen haben 1968 die Organe des Bundes deutscher Konsumgenossenschaften beschlossen, das bestehende Lagernetz unter Einbeziehung der GEG-Zweigniederlassungen innerhalb von sieben Jahren durch 29 Regionallagerhäuser zu ersetzen. Im Zusammenhang mit ihrer Errichtung wird eine Reihe zusätzlicher Funktionen aus den Einzelgenossenschaften ausgegliedert und in den »Regionallagergesellschaften« wahrgenommen. "Mit jedem Regionallagerhaus werden eine Anzahl von zentralen Produktionsunternehmen und ein Computerzentrum in Verbindung stehen. Jedes Regionallagerhaus wird von einer besonderen genossenschaftlichen Lagerhaus- und Produktionsgesellschaft mit zwei Betriebsleitern verwaltet werden, von denen einer von der GEG und der andere von den einzelnen Genossenschaften gestellt wird."²

Damit beenden wir die Bestandsaufnahme der morphologischen Vielfalt und Differenzierung der bestehenden genossenschaftlichen S p a r t e n organisationen. Mit der aufgezeigten weiteren Entfaltung des ursprünglich föderalistischen Spartenaufbaus sind die früheren genossenschaftlichen Kerngebilde nicht etwa aufgelöst oder in kollektivistischer Weise einfach in die neuen Gebilde integriert worden. Sie gehören vielmehr auch weiterhin zum Grundgerüst der gesamten Spartenorganisation. Im Jahre 1968 waren in der Bundesrepublik Deutschland etwa 11,6 Mio. Mitglieder in 21 094 Ortsgenossenschaften organisiert. Die Anzahl der genossenschaftlichen Warenzentralen ist mit 125 angegeben. 20 363 Genossenschaften hatten die Rechtsform der eGmbH und 655 die der eGmH. Andere Rechtsformen hatten 201 Genossenschaften. Dabei ist freilich zu beachten, daß eine Reihe von Gebilden, die gerade für die ökonomische Leistungsfähigkeit und die Entwicklung der Genossenschaftsorganisation eine zunehmende Bedeutung erlangt haben, die nichtgenossenschaftliche Rechtsform gewählt hat. Einige der Spitzeninsti-

1 Schlußbericht der Reformkommission, a.a.O., S.16.

2 L.S., Strukturänderungen in den Genossenschaften, in: IGR Bd.61 (1968), Nr.6, S.269.

tute, die wir in unsere Feststellungen mit einbezogen haben und die wir nachfolgend noch weiter mit einbeziehen werden, sind in der vorgenannten Statistik¹ vermutlich nicht erfaßt oder über »konsolidierte« Angaben in den genannten Zahlen zusammengefaßt.

Die morphologische Entfaltung und Differenzierung der genossenschaftlichen Spartenstruktur ist nicht im luftleeren Raum erfolgt. Vielmehr ist jedes Gebilde ständig mit konkreten ökonomischen Funktionen verbunden. So bedeutet die festgestellte Entfaltung und Verzweigung der Spartenorganisation nicht zuletzt auch eine ständige Ausdehnung, Differenzierung und Verlagerung der genossenschaftlichen Wirtschaftsaufgaben.

Der Aufbau der heutigen genossenschaftlichen Spartenorganisation kann dabei nicht etwa nur als Ergebnis einer fortdauernden Funktionsauslagerung bzw. -entleerung der Mitgliederwirtschaften verstanden werden, etwa in dem Sinn, daß die ausgelagerten, jedoch primär in den Mitgliederwirtschaften - als den Keimstellen des gesamten Genossenschaftswesens - wahrgenommenen Funktionen sodann auf höherer gesellschaftswirtschaftlicher Ebene, entsprechend der Lehre von der volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung und Arbeitszusammenfassung, rationeller durchgeführt werden. Daneben sind vielmehr eine zunehmende Anzahl von Wirtschaftsaufgaben primärer und zentraler genossenschaftlicher Zusammenschlüsse originär geschöpft worden, ohne vorher den Mitgliederwirtschaften je immanent gewesen zu sein. Nur so ist die funktionale Gesamtstruktur des heutigen Genossenschaftswesens noch verständlich, - eine Struktur, die sich über mehrere Wirtschaftsstufen und Organisationsschichten erstreckt und innerhalb dieser Stufen und Schichten weit gefächert ist. In dieser Gesamtstruktur ist bei aller Differenzierung und im Grunde von Anfang an eine Tendenz zur Funktionsverlagerung »nach oben« zu erkennen. Diese Funktionszentralisierung hat sich

¹ Deutsche Genossenschaftskasse, Die Genossenschaften der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1968, Frankfurt/M., S.65.

in neuerer Zeit verstärkt.¹ Dies gilt insbesondere für Einkaufsfunktionen, für Sortiments- und Preispolitik sowie Verkaufsförderung einschließlich Werbung, für Lagerhaltung, für Buchführung und Datenverarbeitung, für Aus- und Fortbildung genossenschaftlicher Angestellter sowie für Informations- und Forschungsaufgaben. Ohne Zweifel sind aber auch so wichtige Unternehmensaufgaben wie Führung, Planung und Finanzierung heute bis zu einem gewissen Grade zentralisiert.

4. Überspartliche Organisationsgebilde

Die bisherigen Organisationsbefunde beziehen sich auf gebildliche Erscheinungen in je einer der vier »klassischen« Genossenschaftssparten. Die Genossenschaftsspartenorganisation weist deutliche Grenzen auf.

Derartige Grenzlinien sind zu beobachten

- (1) gegenüber den je anderen Spartenzusammenschlüssen
- (2) gegenüber den Genossenschaftsorganisationen je anderer Staaten
- (3) gegenüber nichtgenossenschaftlichen Bereichen der Gesellschaftswirtschaft.

Die bisher festgestellten Spartenorganisationen und die damit einhergehenden Grenzen der Verbandszugehörigkeit könnten auf den ersten Blick als Folge besonderer gesellschaftsrechtlicher Regelungen behauptet werden (z.B. Anschlußzwang der Einzelgenossenschaften an einen genossenschaftlichen Prüfungsverband in der Bundesrepublik Deutschland). Die wahren Gründe für den zu beobachtenden Spartenorganisationsaufbau müssen jedoch andere sein. Dies folgt allein schon aus dem Vergleich mit den organisatorischen Verhält-

¹ Vgl. dazu Draheim, Georg, Autonomie und Bindung in der Genossenschaft, in: Autonomie und Bindung in der Genossenschaft, Marburg 1966, S.47 ff. ("Die Funktionenausgliederung"); Henzler, Reinhold, Betriebswirtschaftliche Probleme des Genossenschaftswesens, a.a.O., S.108; L.S., Strukturänderungen in Genossenschaften, IGR (1967), S.225-231; Boettcher, Erik, Wirtschaftliche Integrationsprozesse der Gegenwart und genossenschaftliche Agrarpolitik, in: Marktintegration und agrarpolitisch relevante Tätigkeit der Genossenschaften, Hamburg/Berlin 1967, S.11 ff. und "Korreferat und Berichterstattung" dazu von G. Draheim, ebenda, S.22 f.

nissen des Genossenschaftswesens in anderen Staaten. Die gesamtorganisatorischen Verhältnisse in anderen Ländern mit einem in vergleichbarer Weise entwickelten Genossenschaftswesen sind ebenfalls spartenweise gestuft und differenziert. Die Sparten müssen sich dabei durchaus nicht immer im Sinne der »klassischen« Spartenaufteilung entwickelt haben und darstellen. Darauf werden wir an anderer Stelle noch zurückzukommen haben.

Die genossenschaftliche Organisation hat in ihrer Entfaltung an den Spartengrenzen nicht haltgemacht. Vielmehr existieren vielfältige *i n s t i t u t i o n e l l e* Wege und Formen, die über sie hinausreichen. In ähnlicher Weise, wie wir innerhalb der Sparten Gebilde mit einer ausgesprochenen »Klammerfunktion« feststellen konnten, existieren auch institutionelle, nicht nur marktwirtschaftlich-funktionale Brücken über die bestehenden Spartengrenzen hinweg. Die bestehenden Spartengrenzen werden auf organisatorischem Wege überwunden durch

- a) zwischenspartliche und gesamtspartliche Gebilde innerhalb eines Staatsgebietes
- b) übernationale und internationale genossenschaftliche Gebilde
- c) genossenschaftliche Randgebilde.

Nicht immer treten die überspartlichen Gebildeformen in den aufgezeigten reinen Formen in Erscheinung. Fast immer werden mehrere Wege zugleich begangen.

Die überspartlichen Gebilde machen, obgleich wir diesen Gesichtspunkt heute auch schon innerhalb der einzelnen Sparten finden können, zum ersten Mal ganz ohne allen Zweifel klar, daß mit den überkommenen genossenschaftstheoretischen Begriffen und Vorstellungen von der Genossenschaftsorganisation nicht mehr auszukommen ist. Gemessen an diesen erweisen sich fast alle dieser organisatorischen Erscheinungsformen als deformiert, wenn nicht gar genossenschaftsfremd. Wir wollen unser Urteil bewußt zurückstellen. Der Grund für diese etwas merkwürdige wissenschaftliche Auffassung kann ja auch in unzureichenden Begriffen und Theorien liegen. Tatsache ist, daß diese überspartlichen Gebilde der genossenschaftswissenschaftlichen Diskussion bisher weitgehend entgangen sind.

Sie wurden zwar gelegentlich immer wieder einmal am Rande erwähnt und mitbehandelt; in den theoretischen Ansatz sind sie jedoch so gut wie nie aufgenommen worden.

Eine Theorie der Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens hat die Existenz überspartlicher Gebilde, so wie sie geworden sind, zunächst einmal zur Kenntnis zu nehmen. Sie sind da. Und die Art und Weise, wie sie entstanden sind und wie sie sich bis heute entwickelt haben, muß in irgendeiner Weise in den jeweils existierenden Genossenschaftsorganisationen als Entfaltungsmöglichkeit enthalten gewesen sein. Denn wie sonst hätten sie Wirklichkeit werden können? Diese Überlegung soll uns Grund genug sein, die überspartlichen Gebilde in die Sachverhaltsfeststellungen aufzunehmen. Sie stellen sich uns zunächst einmal als mögliche und wirkliche Weiterentwicklung der genossenschaftlichen Spartenorganisation dar.

a. Zwischen- und gesamtspartliche Gebilde innerhalb eines Staatsgebietes

Wir verweisen hier auf einzelne Beispiele einer mehr oder minder dauerhaften, in der Regel institutionell gesicherten Zusammenarbeit mehrerer oder aller Genossenschaftssparten in der Bundesrepublik Deutschland. Auf Vollständigkeit und Vertiefung der Beispiele müssen wir verzichten.¹

¹ Einen fundierenden und informativen Überblick vermitteln: Boettcher, Erik, Vertikale Integration und Wachstumschancen der Genossenschaften, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift Draheim), a.a.O., S.141-154; Glöy, Gerhard, Unternehmensexansion und wirtschaftliches Wachstum im Ernährungsgütersektor. Ein Beitrag zur Theorie der Vertikalkonzentration und Kooperation, Karlsruhe 1969; Penning, Hans-Karl, Die Zusammenarbeit der ländlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften mit gemeinsam getragenen Spitzeninstituten, Erlangen 1969; ders., Die Zusammenarbeit zweier Genossenschaftssparten, in: ZfgG Bd.16 (1966), S.163-168; Back, Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens, a.a.O., S.64-68; ders., Wo stehen die Genossenschaften heute?, in: ZfgG Bd.4 (1954), S.59-65.

Die Überbrückung der bestehenden Sparten- und Verbandsgrenzen ist nicht erst eine Erscheinung neuesten Datums.¹

Als loser Zusammenschluß der vier genossenschaftlichen Spartenverbände existiert in der Bundesrepublik Deutschland der Freie Ausschuß deutscher Genossenschaftsverbände. Mitglieder sind der Deutsche Raiffeisenverband, der Deutsche Genossenschaftsverband, der Revisionsverband deutscher Konsumgenossenschaften und der Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen. Die Zusammenarbeit erfolgt auf vollkommen freiwilliger Basis. Die Geschäftsführung wechselt turnusgemäß unter den vier Mitgliedern. Die Aufgabe des Freien Ausschusses ist die "gemeinsame Behandlung der gemeinsam interessierenden Fragen des Genossenschaftswesens." In diesem Sinne soll der Freie Ausschuß ein Forum der Aussprache, Information und Meinungsbildung sein. Diskussionsgegenstände waren in neuerer Zeit vor allem die Modernisierung des Genossenschaftsrechts, allgemeine steuer- und wirtschaftspolitische Probleme der Genossenschaften sowie Fragen der genossenschaftlichen Entwicklungshilfe.²

Eine größere Wirksamkeit nach außen hin hat der Freie Ausschuß bisher nicht entfaltet. In diesem Sinn sind ihm unmittelbare wirtschaftliche oder genossenschaftspolitische Ziele auch nicht gesetzt worden. Er ist trotz allem eine Dokumentation gemeinsamer Interessen und Probleme des gesamten Genossenschaftswesens.

Diejenige Organisation, die heute in der Bundesrepublik Deutschland am nachhaltigsten eine Zusammenarbeit aller Sparten des Genossenschaftswesens repräsentiert, ist die Deutsche Genossenschaftskasse (DGK), Frankfurt. Sie hat unmittelbar wirtschaftliche, nämlich geld- und kreditwirtschaftliche Unternehmensaufgaben im Dienste der gesamten genossen-

1 Vgl. Seelmann-Eggebert, Erich Lothar, Die Systeme im neuzeitlichen deutschen Genossenschaftswesen, Stuttgart 1927, S.144-148 ("Überverbandliche Vereinigungen").

2 Vgl. die diesbezüglichen Angaben im Jahrbuch des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V., Bonn, der letzten Jahre.

schaftlich organisierten Wirtschaft zu erfüllen. Ihre bankwirtschaftliche Tätigkeit wird ergänzt durch die Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Berlin-Hamburg, einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft der DGK.

Die DGK ist als Anstalt des öffentlichen Rechts nach dem 2. Weltkrieg (1949) unter maßgeblicher Mitwirkung von Vertretern des Genossenschaftswesens gegründet worden.¹ Ihre Unternehmensverfassung ist durch das "Gesetz über die Deutsche Genossenschaftskasse", in der gegenwärtig gültigen Fassung vom 5. Mai 1964, geregelt. Danach besteht die Aufgabe der DGK in der "Förderung des Genossenschaftswesens, insbesondere des genossenschaftlichen Personalkredits" (§ 1 (1) des genannten Gesetzes). Diese Formulierung läßt bewußt einen über die kreditwirtschaftliche Tätigkeit hinausgreifenden Spielraum offen. Und in der Tat besitzt die DGK gerade aufgrund ihrer geld- und kreditwirtschaftlichen Schlüsselstellung und ihrer gesamtspartlichen Organisation einen nicht geringen Einfluß auch auf andere Funktionsbereiche des Genossenschaftswesens² und, nicht zuletzt auch durch ihre genossenschaftswissenschaftlichen Initiativen³, auf die Förderung der genossenschaftlichen Gesinnung und Idee überhaupt.

Das Grundkapital der DGK betrug 1965 60 Mio. DM. Daran war die öffentliche Hand (Bund und Länder) mit rund 3 Mio. DM beteiligt. Der weit überwiegende restliche Anteil wurde von den ländlichen

1 Vgl. Faust, Helmut, Die Zentralbank der deutschen Genossenschaften, Frankfurt/M. 1967, S.49 ff.

2 Davon gibt auch die Liste der finanziellen Beteiligungen der DGK Zeugnis. Vgl. Deutsche Genossenschaftskasse, Bericht über das Geschäftsjahr 1968, S.39/40. - 1969 ist die DGK auch Gesellschafter des Bundes deutscher Konsumgenossenschaften und des co op Immobilienfonds-Projekts geworden.

3 Zu erwähnen ist beispielsweise die Tätigkeit der »Genossenschaftswissenschaftlichen Abteilung« im Hause der DGK, die Herausgabe einer eigenen »Schriftenreihe« sowie die nachhaltigen Kontakte zu den genossenschaftswissenschaftlichen Instituten des deutschen Sprachraums.

Zentralkassen (24,7 Mio. DM), den gewerblichen Zentralkassen (10,6 Mio. DM), sonstigen Genossenschaften (4,6 Mio. DM) und sonstigen juristischen Personen, deren Mitgliederkreis Genossenschaften umfaßt (17,1 Mio. DM), aufgebracht.¹ In Analogie zu dieser Kapitalträgerschaft ist der Stimmrechtseinfluß der Vertreter der Genossenschaftswirtschaft in der Hauptversammlung und im Verwaltungsrat der DGK geregelt.

Die DGK gewährt ihre "kurz- und mittelfristigen Kredite zur Förderung

- a) der Erzeugung und des Absatzes landwirtschaftlicher und gewerblicher Güter,
- b) der genossenschaftlichen Einrichtungen zur Versorgung landwirtschaftlicher und gewerblicher Betriebe, vor allem mittleren und kleineren Umfangs, mit Bedarfsgütern,
- c) der genossenschaftlichen Einrichtungen zur Versorgung der Verbraucher mit Gegenständen des täglichen Bedarfs,
- d) der genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungswirtschaft,
- e) der genossenschaftlichen Verkehrswirtschaft." (§ 2 (1) des Gesetzes über die DGK.)

Sie finanziert ihre Kreditleistungen vorwiegend aus Einlagen der Zentralkassen und aus Wertpapieremissionen am Kapitalmarkt. Die geld- und kreditwirtschaftliche Stellung der DGK ist die einer genossenschaftlichen Zentralbank.

Zu einer direkten und organisatorisch gesicherten Zusammenarbeit der gewerblichen und der ländlichen Genossenschaften ist es auf dem Gebiete des Bausparens und der Versicherungswirtschaft in der **B a u s p a r k a s s e S c h w ä b i s c h H a l l . A G** und in den **R a i f f e i s e n - u n d V o l k s b a n - k e n - V e r s i c h e r u n g s g e s e l l s c h a f t e n** gekommen. Am Grundkapital dieser Unternehmen ist die DGK zu je-

¹ Vgl. Faust, Helmut, Die Zentralbank der deutschen Genossenschaften, a.a.O., S.73. - Das Grundkapital ist inzwischen auf 100 Mio. DM erhöht worden; die Anteilsverhältnisse der Träger dürften sich nicht wesentlich verändert haben.

weils 25 % beteiligt, so daß auf diese Weise auch die anderen Genossenschaftssparten an den beiden genannten Unternehmensgruppen mitarbeiten. Über die förderungswirtschaftlichen gegenseitigen Vorteile einer Zusammenarbeit der genannten überspartlichen Institute mit den Kreditgenossenschaften und Zentralkassen kann es keinen Zweifel geben.¹ Diese Institute erfüllen vorwiegend Aufgaben, die über die Kräfte und Möglichkeiten einer einzelnen Sparte hinausgehen oder die, bei aller Bedeutung z.B. des Bausparens und der Versicherungswirtschaft, nicht die zentrale Wirtschaftsbetätigung der klassischen Genossenschaftssparten ausmachen.

Institutionell weniger entwickelt ist in der Bundesrepublik Deutschland die überspartliche Zusammenarbeit in den eigentlichen und unmittelbaren Wirtschaftsaufgaben der jeweiligen Genossenschaftssparten, obgleich auf verschiedenen Gebieten ein ausgeprägtes ökonomisch-funktionales Komplementärverhältnis besteht, wie beispielsweise zwischen landwirtschaftlichen und ernährungswirtschaftlich orientierten Genossenschaften. Aber auch hier existieren Ansätze²,

1 Vgl. Penning, Hans-Karl, Die Zusammenarbeit der ländlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften, a.a.O., S.82-154.

2 Vgl. Glöy, Gerhard, Unternehmensexpansion und wirtschaftliches Wachstum im Ernährungsgütersektor, a.a.O., S.140 f.; Penning, Hans-Karl, Möglichkeiten der Zusammenarbeit zweier Genossenschaftssparten. Dargestellt am Beispiel der Viehverwertungsgenossenschaften und der Einkaufsgenossenschaften des Fleischerhandwerks, in: ZfgG Bd.17 (1967), S.194 ff.; o.Verf., Gemeinsames Unternehmen der Konsumgenossenschaften und landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Schweiz - Raflag, in: Mitteilungen der DGK v. Juni 1969, S.166: Hinter der "Rationelle Fleischproduktions-AG" (Raflag) "stehen landwirtschaftliche Genossenschaftsverbände und die co op-Unternehmensgruppe der Konsumgenossenschaftsbewegung. Das Kapital - über dessen Höhe noch nichts mitgeteilt wurde, aber offensichtlich denkt man, nach dem Produktionsprogramm zu schließen, in großen Dimensionen - wurde aufgebracht: zur Hälfte von der Lander-Holding A.G., Sursee, die im Besitz einer Anzahl von Schweizer landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbänden ist, zur anderen Hälfte vom Verband Schweiz. Konsumvereine (VSK), der Bell-AG, einer Tochter des VSK, die die größte Schlachtereier und Fleischwarenfabrik der Schweiz besitzt, und dem Allgemeinen Consum-Verein beider Basel (A.C.V.), der größten Schweizer Konsumgenossenschaft, die ebenfalls eine Großschlachtereier besitzt, alle der co op-Unternehmensgruppe zugehörig."

die neben finanziellen Beteiligungen an gemeinsamen Unternehmen vor allem durch vertragliche Abmachungen (Liefer- und Abnahmeverträge) abgestützt sind. Ohne die oft bestehenden, aus gegensätzlichen wirtschaftlichen Interessenlagen resultierenden Schwierigkeiten übersehen oder unterschätzen zu wollen, kann daraus allein aber noch kein abschließendes Urteil über die institutionellen Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer überspartlichen genossenschaftswirtschaftlichen Kooperation abgeleitet werden. Unter veränderten gesamtwirtschaftlichen, gesellschaftlichen und/oder politischen Bedingungen kann auch das Genossenschaftswesen in dieser Hinsicht andere, vielleicht sogar ganz neue institutionelle Wege gehen. Um klar zu machen, was wir mit diesem Hinweis andeuten wollen und was es in anderen Ländern in Hinsicht einer Fortentwicklung der genossenschaftlichen Gesamtorganisation bereits gibt, verweisen wir auf diesbezügliche Verhältnisse und Pläne in den USA. Die Ausgangslage ist ohne Zweifel dort eine andere als in der Bundesrepublik Deutschland. Aber nicht darum geht es uns; es geht uns darum, *a n d e r e*, neue gesamtorganisatorische Möglichkeiten und gegebenenfalls Notwendigkeiten des Genossenschaftswesens aufzuzeigen. In diesem Sinne sind die Entwicklungsansätze in den USA tatsächlich so visionär und neuartig, daß sie uns fast als illusionär erscheinen könnten. Dieser Gesichtspunkt mag die etwas ausführlichere, nachfolgende Darstellung rechtfertigen.

Ein an führender zentralgenossenschaftlicher Stelle tätiger Unternehmer der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft der USA, J. W. Koski, bis 1966 auch Mitglied des Zentralvorstandes des IGB, erläuterte auf einer Sitzung des Zentralvorstandes des IGB im Jahre 1965 zum Diskussionsgegenstand "Strukturveränderungen in den Genossenschaften"¹ die gesamtwirtschaftliche und genossenschaftli-

¹ International Co-operative Alliance, Structural Changes in Co-operatives, Verbatim Report of Discussion at I.C.A. Central Committee Helsinki 1965, S.14-19; - der zitierte Bericht entstammt dieser Veröffentlichung in englischer Sprache. Er wurde ins Deutsche übersetzt. - Vgl. dazu auch Roy, Ewell Paul, Stand und Aufgaben des Genossenschaftswesens in den USA, in: ZfG Bd.17 (1967), S.293 f.

che Lage seines Landes. Er beginnt seinen Bericht mit der Schilderung der großen gesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Veränderungen in den USA. "In den vergangenen 50 Jahren haben wir in Amerika mehr Veränderungen erlebt als im ganzen Rest der Geschichte unserer Nation; und man sagt voraus, daß in den nächsten 25 Jahren größere Wandlungen eintreten werden als in unserer gesamten Geschichte, einschließlich der vergangenen 50 Jahre. Wir werden uns unbekannten Situationen und vielen neuen, unbekannten Wettbewerbern gegenüberstehen." In diesem Sinne verweist Herr Koski auf den Rückgang desjenigen Personenkreises innerhalb der Gesamtgesellschaft, der mit der Anfertigung von Nahrung und Kleidung beschäftigt ist, von 97 % im Anfangsstadium der Nation auf etwa 9 % heute. Im Verlauf dieses Wandels "hat insbesondere in der Landwirtschaft eine Revolution der Betriebsweise stattgefunden, und unsere Nation ist nun vollständig industrialisiert." Neben dem Prozeß der Konzentration der Bevölkerung in immer weniger, und zwar städtischen Gemeinwesen, einer fortlaufenden Konzentration in Industrie und Genossenschaftswesen sowie einer immer mehr differenzierten und Modeschwankungen unterworfenen Verbrauchernachfrage betont Koski vor allem auch die weitgehende Gruppenwettbewerbssituation in der Ernährungsgüterindustrie für seine genossenschaftsorganisatorischen Folgerungen. Es gibt in den USA zwei Arten erfolgreicher, in sich weitgehend integrierter und filialisierter Systeme der Warenverteilung: Die nationalen Ketten der Aktionäre und die freiwilligen Ketten der Händler. "Aber beider Antrieb ist der Profit." Im Anschluß an diese Feststellungen erörtert Koski die künftige Stellung und die organisatorischen Konsequenzen des Genossenschaftswesens, insbesondere der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Konsumgenossenschaften. Diese sollen die bestehenden zwei Warenverteilungssäulen um ein weiteres einheitliches Glied ergänzen und zum gegengewichtigen Wettbewerb zwingen. Diese Folgerung ist für ihn zugleich aber eine Notwendigkeit und ein teilweise bereits verwirklichtes Projekt.

"Es gibt die Ketten der Aktionäre und die freiwilligen Ketten der privaten Unternehmer, der Händler. Die durch weitere Zusammenschlüsse, durch technische Verbesserungen und sonstigen Fortschritt

erzielten Ersparnisse werden nicht insgesamt dem Verbraucher in der Weise weitergegeben, wie es sein sollte, wenn nicht ein weiteres Glied geschaffen wird, welches das Dreieck vollständig macht. Dann erst werden wir die Art von Wettbewerb haben, die automatisch den richtigen Wert der Produkte bestimmt, den die Konsumenten bezahlen sollten. Nur dann wird der Verbraucher die Segnungen technischer Verbesserungen usw. erhalten.

Wie viele von uns in den Vereinigten Staaten zweifle ich deshalb nicht daran, daß die Genossenschaft der Organisationstypus ist, der gebraucht wird, um dieses Dreieck vollständig zu machen und um für die Vereinigten Staaten und für die Bevölkerung in der Zukunft ein wirksames System zu garantieren. Wie gesagt, die Landwirtschaft ist zu klein, und deshalb müssen wir uns zusammen schließen und in die Städte gehen, um Erfolg zu haben.

Die Gründe, aus denen ich behaupte, daß die Genossenschaften richtig geführt werden, sind folgende: Die Genossenschaften bieten jedermann ihre Dienste an; sie ermöglichen es Menschen mit niedrigem Einkommen, durch ihren Beitrag Eigentümer von Wirtschaftsunternehmen zu werden und gleichzeitig - infolge des Prinzips: 'ein Mitglied, eine Stimme' - ihre Stimme gleichwertig mit der anderer, großer Verbraucher zur Geltung zu bringen.

Wir finden, daß es für die Genossenschaften wichtig ist, diese ungeheure Verantwortung auf sich zu nehmen, die darin besteht, ihre Struktur so zu verändern, daß wir damit beginnen können, der ganzen Bevölkerung zu dienen und hierfür groß genug zu werden. Wenn es keine Genossenschaften gibt, in denen die Lohnempfänger durch das Eigentum an Wirtschaftsunternehmen ihr wirtschaftliches Geschick selbst in die Hand nehmen können, so könnten schwerwiegende Probleme daraus entstehen, daß diesen Lohnempfängern nichts gehört. Alles ist groß, und diese Tatsache würde einen ungünstigen Einfluß auf die ganze Haltung der Bevölkerung nehmen können, so daß auch in dieser Beziehung die Genossenschaften segensreich wirken könnten.

Wir hätten sicher vernünftig sein und sagen können: 'Die anderen machen ihre Sache doch ausgezeichnet. Warum sollen wir versuchen zu kämpfen und unsere Genossenschaften stark machen, um ein drittes Glied in einem vollständig wirksamen Wettbewerbssystem zu werden?' Aber wir können der Herausforderung mit gutem Gewissen nicht ausweichen. Wir müssen diese Verantwortung annehmen und sie ist sehr ungeheuer.

Ich freue mich sagen zu können, daß der erste Schritt getan ist, indem wir eingesehen haben, daß wir schneller wachsen müssen. Aus eigener Kraft können wir gar nicht schnell genug wachsen. Doch das konnten unsere Konkurrenten auch nicht. Sie fusionierten, arbeiteten zusammen und kauften sich gegenseitig auf. Wir müssen das Gleiche tun und als Führer willens sein, über uns selbst hinauszuwachsen, so daß wir größer werden können, um unser Volk in der Zukunft zu beschützen und ein demokratisches wirtschaftliches System in unserem Lande aufrechtzuerhalten.

Ein Fortschritt wird schon gemacht. Drei große regionale Genossenschaften haben sich zusammengeschlossen. Ihr Umsatz beläuft sich heute auf 300 Millionen Dollar im Jahr, und weitere Verhandlungen sind im Gang. Die regionalen Genossenschaften der Staaten Illinois und Iowa haben sich zusammengeschlossen, und es ist die Rede davon, daß sich andere anschließen werden. Der gleiche Prozeß geht mit den Genossenschaften der Midlands und Zentralamerikas vor sich, und im Mittleren Westen gehen wieder andere ähnliche Wege. Die Genossenschaften in den Midlands befaßten sich in erster Linie mit der Verteilung landwirtschaftlicher Produkte, und diejenigen Zentralamerikas hauptsächlich mit Nahrung, Kleidung, Druckerzeugnissen und anderen Waren. Angesichts der Tatsache, daß größere Gemeinwesen das Charakteristikum der Zukunft sein werden, meinten wir, man müsse die beiden zusammenschließen, um die Bedürfnisse der ganzen Bevölkerung in allen Lebensbereichen befriedigen zu können; damit sie die große Aufgabe erfüllen können, das dritte starke Glied in dem Dreieck zu sein. Wir haben uns also zusammengeschlossen und sind auf diese Weise zur vollkommensten Verteilerorganisation der Vereinigten Staaten geworden. Keine andere Orga-

nisation hat ein solches vielfältiges Angebot an Waren. Wir handeln heute in über 21 000 Einzelposten. Wir können den Bedarf der Vorstädter, der freien Berufe, der ländlichen wie der städtischen Bevölkerung befriedigen. Wir begannen vor einem Jahr mit einem Umsatz von 75 Millionen Dollar. Dieses Jahr¹ haben wir uns 85 Millionen Dollar als Ziel gesetzt, doch sind wir überzeugt, bis Ende dieses Kalenderjahres sogar die 90 Millionengrenze zu erreichen.

Wir sind jetzt in der Lage, elektronische Datenverarbeitungsanlagen aufstellen zu können und mit ihnen zu arbeiten. Wir können damit unsere gesamte Inventur, den Einkauf, den Verkauf und die Lagerhaltung erfassen und überwachen. Wir können es so einrichten, daß etwa 80 % der von uns geführten Artikel automatisch vom Lieferanten bestellt werden. Wir können es so einrichten, daß die Erfüllung der Aufträge wirksam kontrolliert wird. In den großen örtlichen Genossenschaften können wir Anlagen unterhalten, die nach weniger als einer Minute, nachdem die Zahlen eingegeben wurden, bereits die Aufträge im Lagerhaus ausführen.

Wenn ich wissen will, was eine einzelne Abteilung in dieser Woche geleistet hat, so habe ich die Antwort im Bruchteil einer Sekunde parat.

Dies ist die technische Ausrüstung, die wir haben müssen, um mit den Riesenkonzernen konkurrieren zu können. Sie ist sehr teuer, so daß wir aus diesem Grunde große Summen aufzubringen haben.

Wir planen, an den Stadträndern örtliche Einkaufszentren mit reichlich Parkplätzen zu errichten, wo wir in der Lage sein werden, jedermann zu bedienen. Wir werden eine Studie beginnen und einen Plan für die Midland Genossenschaften vorbereiten, auf Grund deren wir feststellen können, welche Gemeinden in unserem Gebiet wachstumsstark sein werden, welchen von ihnen die Zukunft gehört, in welcher Art und in welcher Vollständigkeit wir Einkaufszentren für solche Gemeinden einrichten müssen, welches die wirtschaftlichen Bedürfnisse sein werden und welche Größe die einzelnen Ab-

¹ Gemeint ist: 1965.

teilungen haben müssen, um ertragsfähig zu sein, usw. Wir können auch bestimmen, welche Beziehungen wir zwischen der örtlichen und der regionalen Organisation haben sollten.

Prinzipiell sind wir der Meinung, daß wir örtliche Interessen und örtliches Eigentum beibehalten müssen. Doch, was die Betriebsführung angeht, werden wir durch das elektronische System ein vollständiges Rechnungswesen für die örtlichen Genossenschaften liefern, mit schnellen, zuverlässigen Auskünften über den Geschäftsgang; auch können wir ihnen behilflich sein, die Gewinnmargen und die Kosten zu überwachen. Dies wird automatisch zu einem engeren betriebsmäßigen Beziehungsverhältnis führen, doch möchten wir das Gefühl des Eigentums an den Wirtschaftsbetrieben aufrecht erhalten, die unsere Genossenschaften in der Zukunft aufbauen werden. Dies bedeutet automatisch, daß wir offene Mitgliedschaft haben müssen, ehe wir jedermann dienen können, und auch solche wichtigen Dinge wie das Prinzip einer Stimme für jedes Mitglied und die Überschußverteilung nach Maßgabe des Umsatzes jedes Mitglieds mit der Genossenschaft. Es wird also nicht zwei Arten von Genossenschaften geben, die eine für Landwirte und die andere für Verbraucher. So etwas wird es nicht geben. Es muß eine Genossenschaft geben, die allen Leuten dient, jedem in anderer Weise.

Was wir in Midlands getan haben, genügt nicht. Als wir an unsere Leute herantraten und ihnen die Gründe erklärten, die für den Zusammenschluß der Genossenschaften in den Midlands und in Zentralamerika sprachen, sagten wir ihnen, daß dies nur der erste bescheidene Schritt sein solle. Viele andere müssen folgen. Nehmen wir zum Beispiel den Mittleren Westen. Wir haben Herrn Cowden bei uns, der in Kansas City eine ungeheuer große genossenschaftliche Institution aufbaute und leitete - die Consumer Co-operative Association, die in neun Staaten tätig ist. Wir haben noch eine sehr erfolgreiche Institution in St. Paul - einen Zusammenschluß der Landwirte. Wir haben viele kleinere. Es ist mein aufrichtiger Wunsch und meine Hoffnung, daß ich es erleben möge, wie sie sich alle zusammenschließen. Das ist dringend notwendig. Dann erst werden wir eine Organisation besitzen, die einen Jahresumsatz von einer hal-

ben Billion Dollar erzielt, und dann werden wir Menschen quer durch das Herz der USA, von der kanadischen Grenze bis hinunter nach Mexiko, dienen. Stellen Sie sich vor, welch ungeheuer wirk-same genossenschaftliche Wirtschaftsorganisation wir dann für un-ser Volk haben werden! Das ist es, was wir brauchen, und dies nicht nur, weil das Tempo der allgemeinen Integration sich in der Zukunft beschleunigen wird, sondern auch weil wir eine Revolution im Verteilungssektor erleben. Sie hat sich seit sechzig Jahren langsam vollzogen, nimmt aber jetzt ein angsterregendes Tempo an infolge der vertikalen Integration. Früher teilten sich zwei Grup-pen in die Versorgung unseres Volkes: die Hersteller, welche die Rohstoffe beherrschten, und die Groß- und Kleinhändler. Nun sind die Hersteller völlig in die Verteilung eingedrungen, so daß es nur ein Schritt vom Rohstoff bis zum Kleinhandel ist, und aus die-sem Grunde auf jeder Stufe Ersparnisse (Überschüsse!) gemacht wer-den. Das haben die Fabrikanten getan; nun tun es ihnen die frei-willigen Ketten auf nationaler Ebene gleich. Sie sind ihrerseits in die Rohstoffe und die Fabrikation eingedrungen, so daß sie auch alle Ersparnisse erreicht haben. Wir müssen, wenn wir überleben wollen, ein Gleiches tun, aber wir wollen die Ersparnisse an unser Volk weitergeben."

Die gesamtwirtschaftlichen und -gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und in den meisten Ländern Euro-pas sind anders als in den USA. Oder sollte man vielleicht sagen, j e t z t n o c h ¹ anders? Man wird jedenfalls nicht umhin können, die zukünftige gesamtorganisatorische Situation des Genos-senschaftswesens unter den Aspekten der »Neuen Welt« neu zu über-denken.

1 Auch die nicht-genossenschaftliche Wettbewerbsstruktur im Le-bensmittelhandel der Bundesrepublik Deutschland scheint sich noch enger zusammenzufügen als bisher schon. - Vgl. dazu die interessante Nachricht in FAZ v. 16.12.1969, S.13, über: "Su-perkette" im Lebensmitteleinzelhandel? - Zusammenschluß von 15 000 Händlern im Gespräch.

b. Übernationale und internationale Genossenschaftsgebilde

Die spartenorientierte genossenschaftliche Gesamtorganisation hat an den Staatsgrenzen in ihrer Entfaltung nicht haltgemacht. Durch zahlreiche verbandliche und wirtschaftende Institutionen hat sie diese überbrückt.

Auf den bedeutendsten internationalen ideellen Verbandszusammenschluß der Genossenschaftsorganisationen, den I n t e r n a t i o n a l e n G e n o s s e n s c h a f t s b u n d (IGB), London, haben wir bereits in einem anderen Zusammenhang dieser Arbeit aufmerksam gemacht.¹ Die festgestellte ideelle Aufgabe und Wirkung des IGB wird ergänzt durch eine in den letzten Jahren zunehmende Tätigkeit auf den Gebieten des genossenschaftlichen Bildungswesens und der Entwicklungshilfe.² Außerdem gibt es in den verschiedenen Hilfsausschüssen³ des IGB Ansätze für eine warenwirtschaftliche internationale Kooperation der angeschlossenen Genossenschaftsorganisationen.

Im IGB sind heute faktisch alle genossenschaftlichen Spartenorganisationen vertreten. Als Beispiel für einen internationalen ideellen Zusammenschluß nur e i n e r Sparte verweisen wir auf die 1968 anläßlich der 150. Wiederkehr des Geburtstages von F. W. Raiffeisen beim sog. Welt-Raiffeisentag in Frankfurt/Main gegründete I n t e r n a t i o n a l e R a i f f e i s e n - U n i o n. Deren Zweck ist es, "das Gedankengut von F. W. Raiffeisen zu pflegen, in der Öffentlichkeit zu vertreten und seine Verwirklichung mit zeitgemäßen Mitteln weltweit zu fördern, einen stän-

1 Vgl. S.49 ff. dieser Arbeit.

2 Vgl. Dr. H., Der 24. Internationale Genossenschaftskongreß in Hamburg, in: Mitteilungen der DGK v. Oktober 1969, S.262.

3 Es gibt den "Ausschuß für landwirtschaftliches Genossenschaftswesen", den "Banken Ausschuß", den "Internationalen Genossenschaftlichen Wohnungsausschuß", den "Versicherungsausschuß", den "Hilfsausschuß für den Einzelhandelsvertrieb", den "Großhandelsausschuß" und den "Hilfsausschuß für Arbeiterproduktiv- und Handwerker-genossenschaften".

digen Austausch von Meinungen und Erfahrungen zwischen ihren Mitgliedern herbeizuführen und hierzu insbesondere ein Dokumentationszentrum zu schaffen."¹ Die Internationale Raiffeisen-Union hat eine völlig freiwillige und lockere institutionelle Basis. Sie verfügt über keine nennenswerten finanziellen Mittel und über ihr Wirken seit ihrer Gründung ist nichts mehr bekannt geworden. Immerhin war sie aber einem Delegierten auf dem IGB-Kongreß 1969 in Hamburg Anlaß, vor der Errichtung einer Konkurrenzorganisation zum IGB zu warnen. Sei es wie es sei. Uns kommt es hier nur darauf an, auf die Existenz eines nur für ländliche Genossenschaften vorgesehenen internationalen Verbandszusammenschlusses hinzuweisen. Ähnlich, aber zunächst nur auf Konsumgenossenschaften zugeschnitten, hat auch die Entwicklung des IGB vor etwa 90 Jahren begonnen.

Mit dem Aufbau der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und sonstigen übernationalen staatlichen Integrationsbestrebungen ist es auch zu einer verstärkten internationalen waren- und geldwirtschaftlichen Zusammenarbeit der Genossenschaftsorganisationen gekommen², die in den letzten Jahren sich immer mehr auch in institutionellen Formen dokumentiert. Beispiele dafür bieten die übernationalen Zusammenschlüsse jeweils mehrerer Genossenschaftsorganisationen der Lebensmitteleinzelhändler (Euco-GmbH³, Eurogroup⁴), der Konsumgenossenschaften (Euro co op⁵), der Volksbanken (CICP-

1 Vgl. ZfgG Bd.18 (1968), S.327.

2 Vgl. z.B. Sonnemann, Theodor, Die Genossenschaften im grenzüberschreitenden Warenverkehr, in: ZfgG Bd.15 (1965), S.181-189; Diederichs, Erich, Probleme und Zielsetzungen der internationalen Zusammenarbeit der Einkaufsgenossenschaften des Lebensmitteleinzelhandels, in: ZfgG Bd.15 (1965), S.204-224; Kirsch, W.-M. und Richter, Oswald, Die Europa-Arbeit der Warengenossenschaften, in: ZfgG Bd.15 (1965), S.225-235; Weinwurm-Wenkhoff, Edwin Hans, Die internationale Zusammenarbeit der Textileinkaufsv Verbände, in: ZfgG Bd.16 (1966), S.135-142; Lembke, Hanno, Entwicklung und Stand der übernationalen Zusammenarbeit europäischer Bäcker-genossenschaften, in: ZfgG Bd.18 (1968), S.74-77.

3 Vgl. ZfgG Bd.17 (1967), S.203 u. 307.

4 Vgl. ZfgG Bd.17 (1967), S.202.

5 Vgl. ZfgG Bd.17 (1967), S.107.

Internationale Volksbankenvereinigung¹). Daneben gibt es noch weitere ähnliche übernationale, unmittelbar geschäftsorientierte Einrichtungen. Ihr Aufgabenkatalog reicht vom einfachen Erfahrungsaustausch über die Vermittlung und die gemeinsame Durchführung von z.B. warenwirtschaftlichen Bezugs- und Absatzgeschäften bis zur Errichtung gemeinsamer Produktionsunternehmen. So wird im Rahmen der Euro co op seit 1966 eine gemeinsame Backwarenfabrik in Rotterdam betrieben. Und zu Beginn des Jahres 1969 wurde mit dem Bau einer Euro co op Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik in Dortmund begonnen². Diese Fabriken werden über die Euro co op gemeinsam von den konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftszentralen Frankreichs, Hollands, Belgiens, Italiens und der Bundesrepublik Deutschland betrieben.

Sehr weit entwickelt ist die übernationale warenwirtschaftliche Zusammenarbeit der Konsumgenossenschaften in den skandinavischen Ländern. "Nordisk Andelsforbund (NAF), die skandinavische Großeinkaufsgesellschaft, wirkt in erster Linie als gemeinsame Einkaufsorganisation für ihre Mitgliederorganisationen, die Großeinkaufsgesellschaften von Finnland, Norwegen, Schweden, Dänemark und Island, wie auch als ein Forum für die Diskussion von Problemen von gemeinsamem Interesse. Sie besitzt Zweigstellen in London, Valencia, Santos, Buenos Aires und San Francisco. Die skandinavischen Großeinkaufsgesellschaften haben ferner eine Ausfuhrorganisation, Nordisk Andels-Eksport (NAE) geschaffen, mit offener Mitgliedschaft (VSK* und SCWS* sind dieser nunmehr ebenfalls angeschlossen), um Märkte für Produktionsüberschüsse der genossenschaftlichen Eigenproduktion zu finden. Sie tätigt Geschäfte für eine weite Reihe von Waren in rund 40 Ländern.

In den letzten Jahren hat sich eine wachsende Zahl von Beispielen

1 Vgl. Jahrbuch des Deutschen Genossenschaftsverbandes für 1968, Bonn 1969, S.27.

2 Vgl. ZfgG Bd.19 (1969), S.166.

* VSK = Verband schweiz. Konsumvereine, Basel. - SCWS = Scottish Cooperative Wholesale Society Ltd., Glasgow.

für zwischengenossenschaftlichen Handel und Spezialisierung in der Produktion gezeigt. Zum Beispiel konzentriert sich KF* auf die Produktion und die Belieferung des skandinavischen Marktes mit synthetischen Waschmitteln, Schokoladen und Süßwaren, Hartbrot, Tischen, gewissen Arten von Betten und Kinderzimmermöbeln, Hemden, Fernseh- und Radioapparaten, elektrischen Heizapparaten und anderen Geräten, Waschmitteln, Benzin und Öl; NKL* konzentriert sich auf Toilettenseife, gewisse Arten von Dessert- und Haushaltsschokolade, gewisse Backwaren, vorverpackte Fleisch und Backwaren und elektrische Geräte; FDB* auf Kakaopulver, Sessel, Unterwäsche für Männer und Knaben; SOK* auf Mehlsäcke. In vielen Fällen werden gemeinsame Markennamen verwendet, z.B. GO-MAN, TEND und CIRKEL."¹

Als äußerst bemerkenswerte und entwicklungsfähige internationale genossenschaftliche Unternehmen sind des weiteren zu erwähnen die Internationale Genossenschaftsbank AG, Basel, (Ingeba) und die Internationale genossenschaftliche Erdölgesellschaft (ICTA). An der Ingeba waren 1968 35 genossenschaftliche Organisationen und Banken aus 16 verschiedenen Ländern beteiligt. Das Grundkapital betrug 20 Mio. sfrs; es wurde zu 41 % von der Bank für Gemeinwirtschaft aufgebracht.² Die Bilanzsumme 1968 war 367,9 Mio. sfrs.³ Inzwischen ist das Grundkapital um weitere 10 Mio sfrs. erhöht worden. Der Kreis der Aktionäre dürfte sich beachtlich ausgeweitet haben und auch künftig noch ausweiten, "da eine Reihe von namhaften Unternehmen ihr Interesse bekundet haben, sich an der Ingeba zu beteiligen." ... "Die Ingeba ist bemüht, die Voraussetzungen für das Heranwachsen zu einem Zentralinstitut zu schaffen, für das ein echtes Bedürfnis besteht, da

* KF = Kooperativa Förbundet, Stockholm. - NKL = Norges Kooperative Landsforening, Oslo. - FDB = Faellesforeningen for Danmarks Bruksforeninger, Albertslund. - SOK = Suomen Osuuskappojen Keskuskunta, Helsinki.

1 IGB, Agenda und Referate ... 1966, a.a.O., S.151.

2 Vgl. Bank für Gemeinwirtschaft, Jahresbericht 1968, S.14.

3 Vgl. IGB, Agenda und Referate ... 1969, a.a.O., S.89/90.

die angestrebte Zusammenarbeit mit allen genossenschaftlichen Organisationen und Banken auf der internationalen Ebene sowie mit den supranationalen Institutionen nur durch ein gemeinsames Wirken erreicht werden kann."¹

Die Internationale genossenschaftliche Erdölgesellschaft hat sich aus einem vor etwa 20 Jahren gegründeten Hilfsausschuß des IGB entwickelt. Ihr Gesellschaftskapital betrug 1967 1,38 Mio. \$; ihr Umsatz im gleichen Jahr 7,9 Mio. \$. "Während ihrer einundzwanzigjährigen genossenschaftlichen und geschäftlichen Tätigkeit war die ICPA bestrebt, die Zusammenarbeit zwischen den Genossenschaften zu fördern. Dies ist auch weiterhin ihr Ziel. An erster Stelle zielt diese Zusammenarbeit natürlich auf die Belieferung mit Petroleum-Erzeugnissen und die Entwicklung der Erdölproduktion und die Verteilung unter den Genossenschaften ab. Durch die Vermittlung der ICTA können jedoch viele andere Projekte und Tätigkeiten auch in den kommenden Jahren entwickelt werden."² Sehr eng arbeitet die ICTA mit der genossenschaftlichen Erdölverbraucherorganisation Schwedens zusammen; darauf werden wir an späterer Stelle dieses Kapitels noch einzugehen haben.³

c. Genossenschaftliche Randgebilde

Der Zweck unserer weitgreifenden bisherigen Darstellungen ist es, in einer Skizze und aufgrund von Beispielen aufzuzeigen, wie sich die Gesamtorganisation der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft entwickelt hat und heute darstellt. Zunächst geht es hier noch nicht darum, ein Urteil darüber zu fällen, ob dieser oder jener organisatorischen Erscheinungsform in ihrer Zielsetzung, Organisationsform und Arbeitsweise das wissenschaftliche Prädikat »genossenschaftlich« zuerkannt werden kann oder nicht, ob sie es getragen hat oder ob sie es erhalten wird. Es geht uns vielmehr

1 IGB, Agenda und Referate ... 1969, a.a.O., S.90.

2 IGB, Agenda und Referate ... 1969, a.a.O., S.91.

3 Vgl. S.141 ff. dieser Arbeit.

darum, im großen Rahmen der bisherigen Begriffsklärung von »Organisation« und »Genossenschaftswesen« einen Aufriß derjenigen organisatorischen Gebilde, Gefüge und Strukturen zu geben, die unter dem Erkenntnisobjekt »Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens« zumindest zu diskutieren sind. Gleichzeitig wollen wir damit ein Bild der Wirklichkeit vermitteln und dieses dann später vergleichen mit demjenigen Bild, das die Genossenschaftstheorie von den Organisationstatbeständen des Genossenschaftswesens behauptet oder noch enthält. Allein schon dieser Vergleich hat beachtlichen Erkenntniswert: er öffnet »die Augen«.

Man muß davon ausgehen können, daß das Genossenschaftswesen objektiv gegenüber nichtgenossenschaftlichen Erfahrungsbereichen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens abgegrenzt ist und daher begrifflich abgrenzbar ist. Als solche nichtgenossenschaftliche Bereiche des Gesellschafts- und Wirtschaftslebens kommen nach überkommener Lehre vor allem der privatkapitalistische Bereich und der staatlich-gemeinnützige Bereich in Frage.¹ Von diesen Wirtschaftsbereichen ist das Genossenschaftswesen nicht isoliert; es ist vielmehr in das Ganze der Gesellschaft und Wirtschaft integriert. Die genossenschaftlichen Unternehmen stehen mit den nichtgenossenschaftlichen Wirtschaftsbereichen in marktwirtschaftlich-funktionalen Wettbewerbsbeziehungen. Darüber hinaus gibt es aber auch hier institutionalisierte Formen der Kooperation in Form vertraglicher Abmachungen, finanzieller Beteiligungen und gemeinsamer Unternehmen. Auch von der Genossenschaftsorganisation getragene oder mitgetragene Unternehmungsgebilde zur erwerbswirtschaftlichen oder zur gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsbetätigung existieren. Derartige Gebilde wollen wir mit dem Terminus »genossenschaftliche Randgebilde« an einigen Beispielen erfassen.

Die Zusammenarbeit der Konsumenten mit gewerkschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Organisationen ist seit je sehr eng. Das liegt in der Natur der Sache begründet. "Unter-

¹ Vgl. S.64 dieser Arbeit.

stellen wir ..., daß ein großer Teil der gesamten Konsumentennachfrage von den Beziehern kleiner und kleinster Einkommen ausgeht, was ja heißt, daß sie den größten Teil desselben für lebensnotwendige Güter, für Güter des dringlichen Bedarfs auszugeben haben, so ist damit auch schon gesagt, daß die Stellung des Konsumenten, verglichen mit der des Anbieters, relativ schwach ist. Eben diese Situation ist etwa für die Arbeiter bis weit über die Mitte des vorigen Jahrhunderts hinaus gegeben gewesen. Sie hatten sowohl in der Produktionssphäre - als Anbieter von Arbeitskraft - wie in der Konsumsphäre, als Nachfrager von Gütern des täglichen Bedarfs, eine extrem schwache Stellung.

Aber eben diese doppelseitige schwache Stellung - kleine Einkommen und dringlicher Bedarf bei relativ hohen Konsumgüterpreisen - trieb den Konsumgenossenschaftsgedanken hervor, wie sie andererseits den Gewerkschaftsgedanken, den Gedanken der Arbeitergilden und Gewerkvereine hervortrieb. Es mußten Mittel und Wege gefunden werden, die Stellung des Industriearbeiters sowohl auf der Seite der Produktionssphäre wie auf der Seite der Verbrauchersphäre zu verbessern: Konsumgenossenschaften hier, Gewerkschaften dort."¹

Die Verbindung von gemeinwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Ordnungsideen ist vor allem in den französisch sprechenden Ländern heute noch sehr ausgeprägt. Sie geht zurück auf die diesbezüglichen Lehren von Bernard Lavergne zur »öffentlichen Genossenschaft«². So wurden von ihm gemeinwirtschaftliche Unternehmen ohne weiters als Genossenschaften aufgefaßt. Bei seiner Beurteilung gemeinwirtschaftlicher Wirtschaftsbetriebe stellt er in den Vordergrund, daß es ja aus demokratischen Wahlen hervorgegangene öffentliche Instanzen (z.B. Gemeinden, Regierungen) sind, die allein oder kooperativ Unternehmungen (z.B.

1 Weippert, Georg, Produzieren, Konsumieren und die Rolle der Konsumgenossenschaften, in: Jenseits von Individualismus und Kollektivismus, Studien zum gegenwärtigen Zeitalter, Düsseldorf 1964, S.213/214.

2 Vgl. Lambert, Paul, Wesen und Merkmale der öffentlichen Genossenschaft (régie coopérative) im Lichte der belgischen Erfahrungen, in: Annalen der Gemeinwirtschaft, 31.Jg. (1962), S.3-13.

zur Produktion und Verteilung von Gas, Elektrizität) gründen, die dann aufgrund bedarfswirtschaftlicher, nicht erwerbswirtschaftlicher, Zielsetzung ihre Leistungen den Staatsbürgern oder den Trägern der Unternehmung auf freiwilliger Basis zur Verfügung stellen. Ein bekanntes und in diesem Zusammenhang immer wieder genanntes Beispiel ist der "Crédit Communal de Belgique"¹. Es ist dies ein bankwirtschaftliches Unternehmen, das Gemeinden und deren Wirtschaftsunternehmen Kredite zur Verfügung stellt. Die Mitgliedschaft der Gemeinden und Provinzen in diesen Unternehmen ist freiwillig; ebenso die Geschäftsbeziehungen, insbesondere die Kreditnahme. Der Crédit Communal wird von gewählten Vertretern der ihm angehörenden öffentlichen Körperschaften in seiner Geschäftspolitik bestimmt und kontrolliert. Etwaige Überschüsse werden nach dem Rückvergütungsprinzip an die Mitglieder ausgeschüttet. Was also, meint Lavergne, hindert, bei diesen öffentlichen Unternehmen von »Genossenschaften« zu sprechen?

Aus den genannten Grundüberlegungen, die in vielen Einzelheiten noch zu vertiefen oder überhaupt zu entfalten wären, resultieren die oft engen Beziehungen der Konsumgenossenschaften zu gemeinwirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Unternehmen. Als Beispiele in der Bundesrepublik Deutschland dafür sind zu nennen die gegenseitigen finanziellen Beteiligungen und die enge Zusammenarbeit der Konsumgenossenschaftsorganisation, insbesondere der GEG, mit der Bank für Gemeinwirtschaft AG, der Gemeinwirtschaftlichen Hochseefischerei GmbH, der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsgruppe Volksfürsorge und der Unternehmensgruppe Neue Heimat.²

1 Vgl. Lambert, Paul, Die Entschlüsseungen der Kommission für Genossenschaftsprinzipien des IGB, in: Annalen der Gemeinwirtschaft, 35.Jg. (1966), S.182.

2 Für nähere Einzelheiten zu diesen Unternehmen vgl. z.B. Friedl, Gerhard A., Die Gewerkschaften als Unternehmer, Stuttgart 1964.- Hesselbach, Walter, Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, Frankfurt/M. 1966.

Die Bank für Gemeinwirtschaft hatte Ende 1968 ein Grundkapital von 165 Mio. DM. Es wurde zu etwa 25,1 % vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), zu 49,8 % von den Einzelgewerkschaften und zu 25,05 % von der GEG eingebracht.¹ Die Bank verfügte 1968 über 200 Geschäftsstellen in allen größeren Städten der Bundesrepublik mit etwa 4 500 Mitarbeitern. Sie besitzt die Kapitalmehrheit bei der Volksfürsorge-Lebensversicherung (51 %) und bei der Volksfürsorge-Sachversicherung (100 %). An der GEG ist die Bank für Gemeinwirtschaft mit 8,5 Mio. DM (= 25,4 %) beteiligt. Die Bank für Gemeinwirtschaft kennzeichnet das Verhältnis zu den Konsumgenossenschaften aus ihrer Sicht: "Unsere Kooperation mit anderen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen des In- und Auslandes haben wir intensiviert. Hierzu zählen nicht nur die Unternehmensgruppe 'Neue Heimat', die Volksfürsorge-Versicherungen, die konsumgenossenschaftlichen Einrichtungen in der Bundesrepublik und in anderen Ländern, sondern ebenso auch gewerkschaftlich-genossenschaftliche Kreditinstitute und Unternehmen im Ausland, an denen wir z.T. beteiligt sind."² Dabei wird ein Wandel der Konsumgenossenschaften "von einer wirtschaftlichen Personengemeinschaft zu gemeinwirtschaftlichen Unternehmen"³ als gegeben angenommen.

Beispiele für genossenschaftliche Randgebilde finden sich auch bei anderen Genossenschaftssparten. Wir greifen die sog. "bankwirtschaftlichen genossenschaftlichen Ergänzungsinstitute"⁴ der ländlichen und der gewerblichen Genossenschaftsorganisationen heraus. Als solche sind zu nennen⁵ die Deutsche Gewerbe- und Landkredit-

1 Vgl. Friedl, Gerhard A., Die Gewerkschaften als Unternehmer, a.a.O., S.118.

2 Bank für Gemeinwirtschaft AG, Jahresbericht 1968, S.14.

3 Hesselbach, Walter, Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, a.a.O., S.35.

4 Wichtermann, Gustav, Die bankwirtschaftlichen genossenschaftlichen Ergänzungsinstitute. Ihre Struktur und Funktion, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), a.a.O., S.596-619.

5 Vgl. Wichtermann, Gustav, Die bankwirtschaftlichen genossenschaftlichen Ergänzungsinstitute, a.a.O., S.596.

bank AG, Frankfurt/Main¹, die Hannoversche Landwirtschaftsbank AG, Hannover, die Landkreditbank Schleswig-Holstein AG, Kiel, die Südwestbank GmbH, Stuttgart, die Bank für Landwirtschaft und Gewerbe eGmbH, München, die Mittelstandskreditbank AG, Hamburg, die Mittelständische Kreditbank eGmbH, Stuttgart. Die Bilanzsummen der genannten Institute lagen Ende 1966 zwischen 33 Mio. DM und 664 Mio. DM. Der Geschäftsumfang dieser Unternehmen liegt also erheblich unter dem der vorgenannten gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unternehmen (Bilanzsumme 1966 der BfG: 5,8 Mrd. DM).

Die Entstehungsgeschichte der bankwirtschaftlichen genossenschaftlichen Ergänzungsinstitute reicht zurück in die erste Hälfte der 20er Jahre dieses Jahrhunderts. Sie wurden vorwiegend von den Zentralkassen der ländlichen Kreditgenossenschaften allein, aber auch gemeinschaftlich mit gewerblichen Zentralkassen, errichtet. Sie sollten von Anfang an "die institutionelle Brücke bilden nicht nur zur nichtgenossenschaftlichen Wirtschaft, sondern überhaupt zu allen genossenschaftswirtschaftlich bisher nicht erfaßten, aber für die genossenschaftliche Wirtschaft wichtigen Aufgabenbereichen".² "Für die Geschäftsbeziehungen mit den mittleren und größeren landwirtschaftlichen und ernährungswirtschaftlichen Betrieben, auch denjenigen, die aus sachlichen oder persönlichen Gründen ... zur Zusammenarbeit mit der örtlichen Genossenschaft nicht bereit waren, überhaupt als institutionelles Sammelbecken für alle irgendwie atypischen, über den Tätigkeitsrahmen oder die Leistungskraft der vorhandenen genossenschaftlichen Einrichtungen hinausgehenden Bankgeschäfte sollten Banken dienen in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft, eng attachiert an die regionalen Zentralkassen und Verbände."³

Die Geschäftsentwicklung der genannten Banken war bis nach dem

¹ Penning, Hans-Karl, Die Zusammenarbeit der ländlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften ..., a.a.O., S.62-77.

² Wichtermann, Gustav, Die bankwirtschaftlichen genossenschaftlichen Ergänzungsinstitute, a.a.O., S.601.

³ Wichtermann, Gustav, Die bankwirtschaftlichen genossenschaftlichen Ergänzungsinstitute, a.a.O., S.600.

2. Weltkrieg wenig befriedigend. Erst in den 50er Jahren begannen sie einen beachtlicheren Geschäftsumfang zu erlangen. Heute sind an ihnen nicht nur die ländlichen und gewerblichen Zentralkassen personell und finanziell beteiligt, sondern in erheblichem, manchmal sogar beherrschendem Ausmaß auch die DGK und nichtgenossenschaftliche Kunden- und Interessentenkreise (Staat, Bauernverbände, Großgrundbesitzer sowie gewerbliche und landwirtschaftliche Industriebetriebe). So sind die genannten Banken durch diese Veränderung des Kreises der Kapitalträger und auch durch die Ausdehnung ihres Kundenkreises "auf Wirtschaftsgruppen und Branchen, die üblicherweise nicht in geschäftlicher Verbindung mit der Genossenschaftsorganisation, wenigstens ihres ländlichen Teiles, standen, ... im äußeren Habitus, im Geschäftsumfang, (in) der Höhe des Gesellschaftskapitals und (der) Art der Geschäftsabwicklung"¹, gelegentlich schon einer "erwerbswirtschaftlichen Regionalbank"¹ ähnlich geworden.

Die zentralen Aufgaben der bankwirtschaftlichen Ergänzungsinstitute der ländlichen und gewerblichen Genossenschaftsorganisation heute und für die nächste Zukunft werden sein: "als institutionelle Brücke zu dienen zur genossenschaftlich nicht organisierten Wirtschaft und als Auffangbecken und Konzentrationseinrichtung für die Durchführung aller Bankgeschäfte, die für die Genossenschaftsorganisation zwar von hohem wirtschaftlichem Interesse, aber mit der genossenschaftlichen Aufgabenstellung nicht zuverlässig vereinbar oder der genossenschaftlichen Struktur nicht gemäß sind."²

Als weitere überspartliche Randgebilde des Genossenschaftswesens der Bundesrepublik Deutschland können wir die Union-Investment GmbH, Frankfurt, an deren Stammkapital die deutschen Kreditgenossenschaften 1967 mit 13,3 % (= 427 000 DM)

1 Wichtermann, Gustav, Die bankwirtschaftlichen genossenschaftlichen Ergänzungsinstitute, a.a.O., S.609.

2 Wichtermann, Gustav, Die bankwirtschaftlichen genossenschaftlichen Ergänzungsinstitute, a.a.O., S.616.

beteiligt waren¹ und die Anfang 1969 gegründete I m m o b i -
l i e n - A n l a g e g e s e l l s c h a f t , Fonds Nr.1, Dr.
Baumann - Dr. Sonnemann KG², Frankfurt/M., nennen. Bei beiden Ge-
sellschaften kommt die bereits früher erwähnte Grundidee der In-
vestment bzw. Immobilienfonds zur Geltung.³ Die für die Fondszer-
tifikate bzw. Kommanditistenanteile aufzubringenden Gelder stammen,
soweit die Papiere eben über die Kreditgenossenschaften verkauft
werden, aus dem Kreis der Mitglieder und Kunden der Raiffeisenkas-
sen und Volksbanken. Die Kreditgenossenschaften können ihren Kunden
damit zusätzliche ertragbringende Geldanlagemöglichkeiten bieten.
Die Erweiterung des bankwirtschaftlichen Angebots ist das eigent-
liche Motiv für die kreditgenossenschaftlichen Initiativen zur Be-
teiligung an bzw. zur Gründung von Kapitalanlagegesellschaften.
Die durch dieses kreditgenossenschaftliche Investmentsparen aufge-
brachten Kapitalien werden in n i c h t genossenschaftlichen
Wirtschaftsbereichen e r t r a g bringend angelegt: Union-In-
vestment kauft Kapitalmarktpapiere; die genossenschaftliche Immo-
bilien-Anlagegesellschaft baut in Buderich bei Düsseldorf mit dem
bisherigen Fondsvermögen in Höhe von 8,7 Mio. DM 10 Wohnblocks mit
einem Gesamtinvestitionswert von 22 Mio. DM und vermietet sie.⁴ Der
aufgezeigte Sparkapitalstrom ist für die warenwirtschaftliche Un-
ternehmungstätigkeit der ländlichen und gewerblichen Genossenschaf-
ten mit keinem Finanzierungseffekt verbunden. Aus der Sicht der
kreditgenossenschaftlichen Spargeldbesitzer ist das Geldanlagemo-
tiv ein durchaus erwerbswirtschaftlich-kapitalistisches, jedoch
ohne Mitbestimmungsrechte.

1 Vgl. Penning, Hans-Karl, Die Zusammenarbeit der ländlichen und
gewerblichen Kreditgenossenschaften ..., a.a.O., S.173.

2 Vgl. Neuer genossenschaftlicher Immobilienfonds, in: Mittei-
lungen der DGK v. Juni 1969, S.153 ff.

3 Vgl. S.103 f. dieser Arbeit.

4 Vgl. Mitteilungen der DGK v. Juni 1969, S.155.

5. Andere Gründungs- und Entfaltungswege sowie andere Systemstrukturen der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft

Die bisherige Darstellung der Organisationsstruktur des modernen Genossenschaftswesens hat einen langen Entfaltungsweg und eine breite Differenzierung erkennen lassen. Letztlich aus den personalwirtschaftlichen Mitglieder- und Kundenbetrieben der Primär-genossenschaften hat sich über zentralgenossenschaftliche und verbandliche Zusammenschlüsse im Rahmen von Spartenorganisationen und auch darüber hinaus eine reich gegliederte Gebildestruktur ausgestülpt. Dies ist der typische Aufbau- und Entfaltungsprozeß des modernen Genossenschaftswesens.

Daneben gab und gibt es andere genossenschaftsorganisatorische Entfaltungswege und Systemstrukturen. Insbesondere sind die vier klassischen Genossenschaftssparten keineswegs auch in anderen Staaten in Relation zueinander und je für sich in gleicher Weise entwickelt als in der Bundesrepublik Deutschland. Das genossenschaftswissenschaftliche Denken in den deutschsprachigen Ländern ist aber oft so ausschließlich auf die vier klassischen Sparten-säulen hin orientiert, daß andere Strukturen und Entfaltungswege oft gar nicht mehr gesehen oder für möglich gehalten werden. Es gibt sie aber und man muß sie in das Denken einbeziehen. Zumindest hat dies in der vortheoretischen Phase der empirischen Bestandsaufnahme zu geschehen.

Vielfältige Beispiele für ganz anders geartete Gründungs- und Entfaltungswege des Genossenschaftswesens geben die weniger entwickelten Staaten, auch Entwicklungsländer genannt, z.B. in Süd und Mittelamerika, in Afrika und Asien. Neben den in Europa erfolgreichen Genossenschaftsarten arbeiten dort Gebilde mit oft ganz anderen Aufgaben und Korporationsverfassungen. So haben nicht selten in Entwicklungsländern sog. Mehrzweck- bzw. Universalgenossenschaften und auch die Produktivgenossenschaften eine erfolgreichere Arbeitsbasis gefunden, als dies in Europa im Zuge des Aufbaus seines Genossenschaftswesens der Fall

war. Auffallend ist in Entwicklungsländern auch das Überwiegen von Genossenschaftsarten und Spartenorganisationen, die mit ihren Wirtschaftsfunktionen an wenig differenzierten agrarwirtschaftlichen Grundgebilden anknüpfen.

Von entscheidender Bedeutung für den Weg und die Formen des Aufbauprozesses von Genossenschaftsorganisationen in Entwicklungsländern ist die Einflußnahme des Staates dabei. Während in westeuropäischen Ländern das Genossenschaftswesen als autonome Selbsthilfeorganisation aufgebaut wurde, dessen Verhältnis zum Staat auf wenige, unumgängliche Berührungspunkte distanziert war, kommt den staatlichen Behörden und Beamten in Entwicklungsländern eine ausschlaggebende Initiativ-, Förderer- und Schutzfunktion zu. Nicht selten erfolgt der Aufbau von für die Entwicklung des Landes unabdingbaren Genossenschaftsorganisationen durch staatlichen Zwang und »von oben nach unten«. Es werden staatliche oder halbstaatliche Zentralbehörden errichtet, die die Gründung und Verwaltung von Genossenschaften in die Hand nehmen. Typische Beispiele dafür geben die Verhältnisse in Süd- und Mittelamerika. "Das Problem, das nicht allein die Organisation der Genossenschaften Amerikas (OCA), sondern sehr viele andere Integrationsinstitutionen trifft, liegt in einem in Lateinamerika häufig zu beobachtenden Phänomen: Man baut mit fremder Hilfe oder auf fremde Veranlassung einen gut funktionierenden Verwaltungsapparat auf, der sich dann zu einer Zentralorganisation entwickelt und sich seine Mitgliederbasis schaffen soll. Um den Fortschritt zu beschleunigen, ist es naheliegend, mit 'von oben' oder 'von außen' ins Leben gerufenen genossenschaftlichen Integrationsorganismen zu beginnen. Das ist sicher - wie im Fall der OCA - auch der bessere Weg, wenn diese Integrationsorganisationen mit ihrer Tätigkeit überzeugen können und sich durch ihre Aktivität zu natürlichen Anziehungspunkten der Genossenschaften entwickeln. Auf die Weise kann der harmonische Integrationsweg 'von unten nach oben' quasi nachgeholt und eine eigene Finanzbasis geschaffen werden."¹

¹ Benecke, Dieter W., Zur bisherigen Tätigkeit der Organisation der Genossenschaften Amerikas (OCA), in: ZfgG Bd.18 (1968), S.79.

Es erscheint, als ob der gesamtgesellschaftliche und -wirtschaftliche Entwicklungsstand, in dem sich ein Volk oder eine Nation jeweils befindet, für die Formen und Strukturen seines Genossenschaftswesens von bestimmender Bedeutung ist.¹

Auf die Verhältnisse in kollektivistischen und zentralgeleiteten, aber industriell durchaus entwickelten Staaten wollen wir hier nicht eingehen.

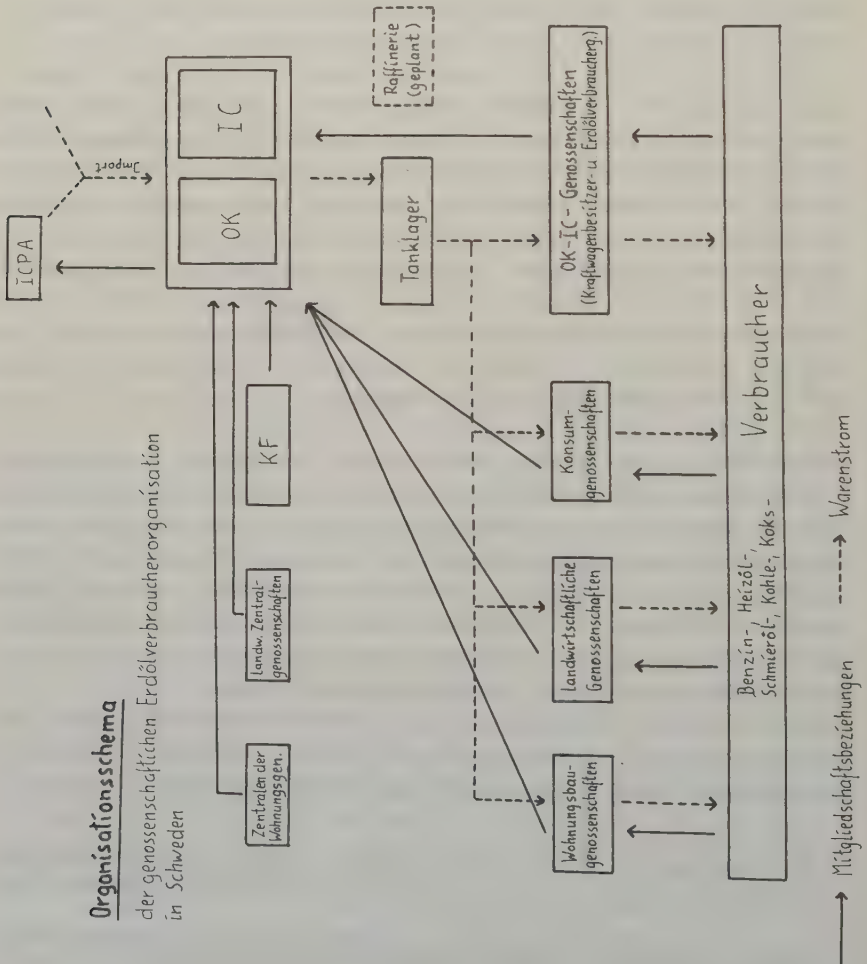
Aber auch in den genossenschaftlich hochentwickelten Ländern Westeuropas sind Organisationssysteme existent oder im Entstehen, die in ihrer Aufgabenstellung und Organisationsstruktur von der klassischen Vier-Spartenvorstellung abweichen. Sie stehen freilich damit in engem funktionalen und institutionellen Zusammenhang. Als Beispiele nennen wir die **g e n o s s e n s c h a f t l i c h e E r d ö l - V e r b r a u c h e r o r g a n i s a t i o n** Schwedens und das bisher nur teilweise verwirklichte **g e n o s s e n s c h a f t l i c h e G e l d - u n d K r e d i t s y - s t e m** der Bundesrepublik Deutschland.

"Schweden ist das einzige Land der Welt, in dem die Verbraucher von Erdölprodukten, vor allem Benzin, große, leistungsfähige genossenschaftliche Organisationen aufgebaut haben. Die Unternehmen der Erdölverbraucher Schwedens arbeiten so erfolgreich, daß sie sogar den Erdölgiganten wie Standard Oil und Shell das Feld streitig machen konnten."² Die genossenschaftliche Erdöl-Beschaffungs- und Verteilungsorganisation Schwedens darf nicht mit dessen Konsumgenossenschaftsorganisation verwechselt werden. Sie ist in ihren ökonomischen Aufgaben und in ihrer Organisationsstruktur etwas ganz anderes. Ungeachtet dessen arbeitet sie mit den Konsumgenossenschaften ebenso wie mit anderen Genossenschaften, z.B.

1 Vgl. dazu Back, Josef, Die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Europa, in: Genossenschaftsprobleme in Deutschland und Entwicklungsländern, Mainz 1969, S.17-25.

2 O.Verf., Vereinheitlichung der genossenschaftlichen Erdöl-Verbraucherorganisation Schwedens, in: Mitteilungen der DGK v. Oktober 1969, S.267.

den landwirtschaftlichen, eng zusammen. Gerade in bezug auf diese Zusammenarbeit der genossenschaftlichen Erdöl- und Brennstofforganisation mit den anderen bestehenden Genossenschaftsorganisationen liegt hier eine weitere Dokumentationsvariante für eine überspartliche Kooperation des Genossenschaftswesens vor.



Die heutige Organisationsstruktur der genossenschaftlichen Erdöl-Beschaffungs- und Verteilungsorganisation in Schweden haben wir durch ein Organisationsschema verdeutlicht¹. Die organisatorische Entwicklung dieser bisher wohl einmaligen Genossenschaftssparte begann schon im Jahre 1915. Die primäre Basis bildeten IC-Genossenschaften² und ihr verbandlicher Zusammenschluß auf nationaler Ebene. Erst später entwickelte sich daneben die zunächst getrennte OK-Verteilungsorganisation³. 1963 wurden beide Organisationen fusioniert. Seit März 1969 führen sie den einheitlichen Firmennamen OK.

Die OK-Organisation importiert ihre Erdölprodukte zu 50 % mit eigenen Tankschiffen. Sie arbeitet dabei eng mit der internationalen Erdölgesellschaft (ICTA) zusammen, die in einem früheren Zusammenhang dieses Kapitels bereits erwähnt wurde.⁴ Das importierte Erdöl wird über eigene Tanklager von eigenen Tankwagen zu den Tankstellen der OK-Genossenschaften, der Konsumgenossenschaften und der sonstigen Genossenschaften sowie zu den Ölbehältern der Letztverbraucher gebracht. Der Anteil der OK-Organisation am schwedischen Erdöl- und Benzinmarkt betrug 1968 etwa 15 %. Er war in den Jahren davor überdurchschnittlich gestiegen.

Das genossenschaftliche Geld - und Kreditsystem der Bundesrepublik Deutschland ist trotz einer sich in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg immer mehr vereinheitlichenden Aufgaben- und Mitgliederstruktur heute (noch) zweigleisig organisiert. Es ist im örtlichen und regionalen Bereich aus entstehungs-

1 Das Schema ist aus den wenigen uns zugänglichen Informationen erarbeitet. - Vgl. Bonow, Mauritz, Bedeutung und Aufgaben des Genossenschaftswesens in einer wachsenden Wirtschaft, in: ZfgG Bd.16 (1966), S.220/221; o.Verf., Vereinheitlichung der genossenschaftlichen Erdölverbraucherorganisation Schwedens, a.a.O., S.267/268.

2 IC = Bilägarnas Inköpcentralen = Einkaufszentrale der Kraftwagenbesitzer.

3 OK = Oljekonsumenterna = Die Erdölverbraucher.

4 Vgl. S.131 dieser Arbeit.

geschichtlichen Gründen getrennt in die der ländlichen Genossenschaftssparte zugehörigen Raiffeisenbanken und in die der gewerblichen Genossenschaftssparte zugehörigen Kreditgenossenschaften, insbesondere Volksbanken. Diese stehen aus den verschiedensten Gründen heute erheblich mehr als früher in einem unmittelbaren Wettbewerbsverhältnis um Mitglieder, Kunden, Einlagen und Kredite. Zur Leistung größerer bankwirtschaftlicher Aufgaben arbeiten die beiden kreditgenossenschaftlichen Teilorganisationen über mehrere gemeinsame Unternehmen institutionell und funktional bereits eng zusammen:¹ als gemeinsames bankwirtschaftliches Spitzeninstitut ist die DGK zu nennen, außerdem sind in diesem Zusammenhang die Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, die Deutsche Gewerbe- und Landkreditbank AG und die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, aber auch die Raiffeisen- und Volksbanken-Versicherungsgesellschaften zu erwähnen. Der gegenwärtige Organisationsstand des genossenschaftlichen Geld- und Kreditsystems der Bundesrepublik Deutschland wird aus nachfolgendem Schaubild ersichtlich.

Seit 1967 gibt es innerhalb der beiden Verbandszusammenschlüsse der Raiffeisenbanken und der gewerblichen Kreditgenossenschaften ernsthafte Bestrebungen, um zu einer geld- und kreditwirtschaftlichen Vereinheitlichung auch im Bereich der Primärgenossenschaften und der regionalen Zentralkassen unter einem einheitlichen Fachverband eines übergeordneten gemeinsamen Dachverbandes zu kommen.² Von diesem Dachverband sollen auch die Warengenossenschaften der Raiffeisen- und der Schulze-Delitzsch-Organisation in zwei getrennten Fachverbänden umschlossen werden. Wenn diese Zusammen-

1 Vgl. Penning, Hans-Karl, Die Zusammenarbeit der ländlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften ..., a.a.O.

2 Vgl. Schubert, Rolf, Genossenschaften in der Gegenwart, in: Mitteilungsblatt des Raiffeisenverbandes Baden e.V., Karlsruhe v. Juni 1969, S.16/17; ders., Ausführungen über den Stand der Fusionsverhandlungen zwischen dem Deutschen Raiffeisenverband und dem Deutschen Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch), in: 16. Kreditwirtschaftliche Fachtagung für Leiter von Kreditgenossenschaften, Bad Ems 1969, hrsg. von Deutscher Raiffeisenverband e.V., Neuwied/Rh. 1969, S.13-16.

Organisationsschema

des genossenschaftlichen Geld- und Kreditsystems
der Bundesrepublik Deutschland

Stand: 31.12.1967

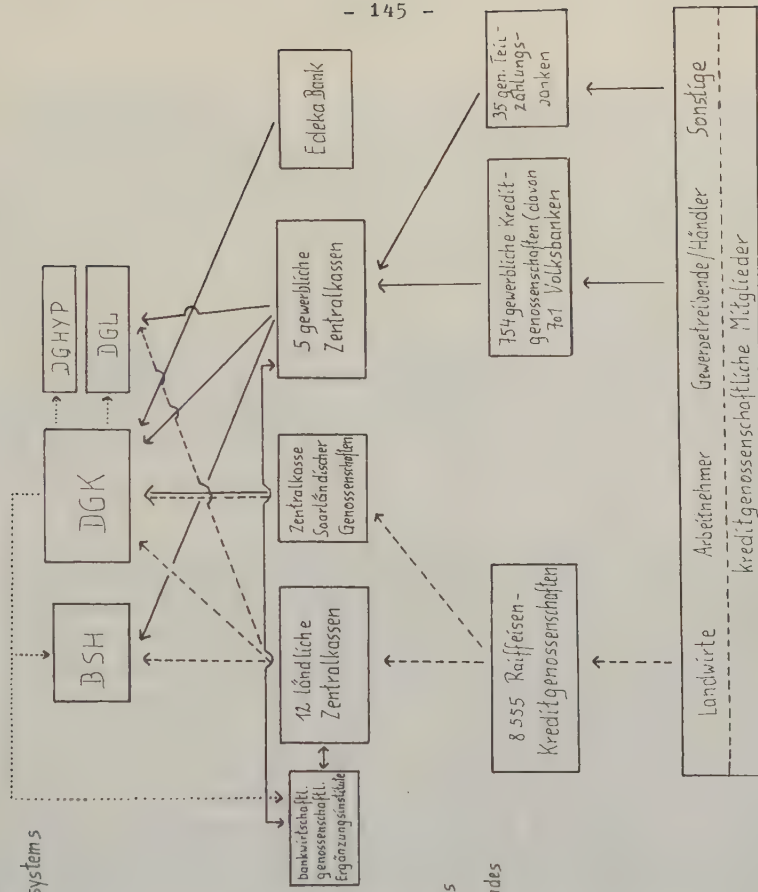
Zeichenerklärung:

Mitgliedschaftsbeziehungen bzw. Beteiligungen

- > von Gebilden des Dt. Raiffeisenverbandes
- > von Gebilden des Dt. Genossenschaftsverbandes
-> von der DGK

Quellenangabe:

Penning, Hans Karl, Die Zusammenarbeit der ländlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften mit gemeinsam getragenen Spitzeninstituten, a.a.O., S.24 - Das dort gegebene Schaubild ist noch mehr gegliedert und enthält zahlreiche weitere Erläuterungen.



schlußpläne, mit deren Realisierung in absehbarer Zeit durchaus zu rechnen ist¹, verwirklicht sind, wird nicht nur der Weg frei sein für eine durchgreifende Rationalisierung und Vereinheitlichung des genossenschaftlichen Geld- und Kreditsystems², sondern die organisatorische Gesamtstruktur des deutschen Genossenschaftswesens wird sich damit überhaupt grundlegend verändern. Zu beachten und festzuhalten ist dabei, daß zwar der Anlaß für diese organisatorischen Veränderungen in der primärgenossenschaftlichen Konkurrenzlage untereinander und gegenüber nichtgenossenschaftlichen Banken zu sehen ist, daß aber die Initiativen dazu von den zentralen Verbandszusammenschlüssen und Geschäftsanstalten ausgehen. Auch der institutionelle Zusammenschlußweg wird »von oben nach unten« gehen.

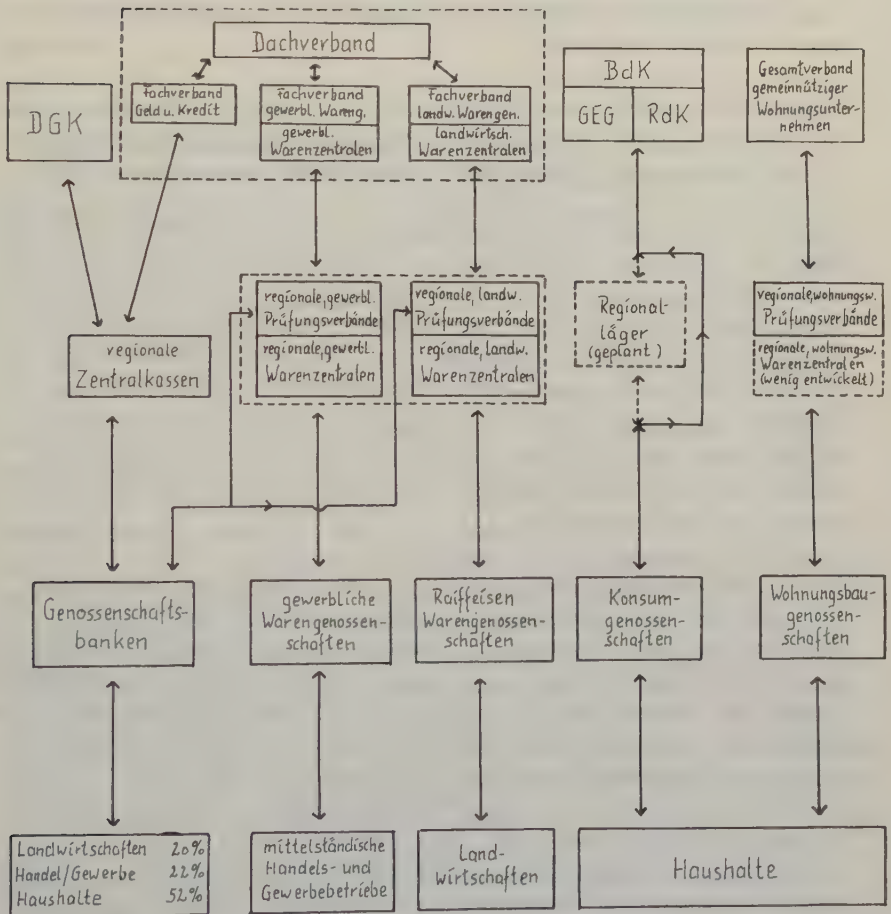
Die künftige Spartenorganisation des Genossenschaftswesens der Bundesrepublik Deutschland ist aus der folgenden Skizze in groben Zügen erkennbar. Nur um dem ersten Eindruck vorzubeugen, als ob die großen spartenorganisatorischen Entwicklungen damit schon beendet wären, erinnern wir an das wettbewerbswirtschaftliche Nebeneinanderbestehen der Edeka- und der Rewe-Handelsgruppe im Rahmen der gewerblichen Warengenossenschaften; aber auch an jene für die Verhältnisse dieses Landes noch utopischen, in den USA schon sehr realen Ansätze zu einer einheitlichen Genossenschaftsorganisation von landwirtschaftlichen Erzeugern und Verbrauchern von Ernährungsgütern.

1 Vgl. Schubert, Rolf, Genossenschaften in der Gegenwart, a.a.O., S.17. - O.Verf., Zusammenarbeit im Genossenschaftssektor, in: Handelsblatt v. 13./14. März 1970, S.23: "Die württembergische Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft (WLZ) erwartet möglicherweise noch im ersten Halbjahr 1970 einen Zusammenschluß des württ. Raiffeisen-Verbandes und des württ. Genossenschaftsverbandes sowie der beiden Zentralkassen württ. landwirtschaftliche Genossenschaftsbank und Zentralkasse württ. Volksbanken. Dieser Zusammenschluß, dem möglicherweise auch bald ein Zusammenschluß der Spitzenverbände landwirtschaftlicher und gewerblicher Genossenschaften auf Bundesebene folgen soll, wäre dann auch ein Startzeichen für eine engere Zusammenarbeit auf der unteren Ebene, so zwischen Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie den lokalen landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften."

2 Einige Zweige sind davon zunächst noch ausgenommen, z.B. Edeka-bank.

Organisationsskizze

der künftigen Spartenorganisation des Genossenschaftswesens
der Bundesrepublik Deutschland



Anlaß dieses kleinen Exkurses in die Zukunft war es, die realen Ansätze zur Entwicklung einer, von den vier klassischen Genossenschaftssparten verschiedenen, freilich eng mit diesen zusammenarbeitenden, geld- und kreditwirtschaftlichen Genossenschaftssparte aufzuzeigen. Diese ist in obiger Skizze angedeutet. Der gegenwärtige, noch getrennte Stand dieses Systems ist ausführlicher an anderer Stelle dargelegt.

II. Der Prozeß der Koordination, Konzentration und Integration der Gesamtorganisation des modernen Genossenschaftswesens

Die Entfaltung und Differenzierung des modernen Genossenschaftswesens hat bei aller Vielfalt der Erscheinungsformen und der Strukturen nicht zu einer völligen Zersplitterung und Uneinheitlichkeit geführt. Trotz aller bestehenden Verschiedenheiten, Trennungslinien und Dezentralisation bestehen Tatbestände und Kräfte, die auf jeweils unterschiedlicher Ebene und in sehr komplexen Zusammenhängen eine Einheit und einen Zusammenhalt des Ganzen erkennen lassen und sichern. Die zentrierenden Kräfte und die je eine Einheit dokumentierenden Kreise sind nicht so leicht zu erkennen und zu fixieren.

Wir setzen den Fall, daß es möglich wäre, von einem Standpunkt außerhalb der Erde die gesamten genossenschaftlichen Zusammenschlüsse und Institutionen zu beobachten und zu analysieren. Dem Geist des Menschen ist es möglich, einen derartigen »überirdischen« Standpunkt einzunehmen. Wir werden von da aus erkennen, daß genossenschaftliche Zusammenschlüsse hier mehr und dort weniger in allen Staaten vorhanden und über alle Lande verteilt sind. Wir werden aber gleichzeitig zu der Einsicht kommen, daß diese Organisationen in ihrer Existenz und in ihrer Tätigkeit sich nicht in einem punktuellen Neben- oder gar Gegeneinander erschöpfen. Vielmehr bietet sich uns die Gesamtheit der bestehenden Gebildekerne als Organisationsnetz dar mit vielfältigen ideellen, funktionalen, personellen, finanziellen und institutionellen Bindungen und Verbindungen untereinander. Die-

ses Netzwerk von Bindungen und zentrierenden Kräften ist nicht überall gleichmäßig entwickelt und verteilt. Es gibt vielmehr bestimmte Kerne, Systeme und Bereiche, um die herum bzw. in deren Rahmen das Netzwerk der Bindungen und Beziehungen ausgeprägt, d i c h t e r ist als anderswo. So lassen sich zentrierende, einheitliche Kerne, Gebilde und Systeme erkennen und abgrenzen.

Die Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens ist erfahrungswissenschaftlich zunächst einmal einfach so zu nehmen wie sie ist. Wir haben sie im vorausgegangenen Abschnitt I dieses Kapitels in Hinblick auf ihre Entstehung, Differenzierung und Vielfalt skizziert. Auf Vollständigkeit wollten und konnten wir keinen Wert legen. Es ging uns auch nicht darum, diesen Prozeß im Sinne einer geschichtlichen Chronik darzulegen. Vielmehr waren wir auch darauf aus, diesen Prozeß unter genossenschaftstheoretischen relevanten Gruppierungs- und Abstraktionsaspekten festzustellen.

Hand in Hand mit dem Aufbau- und Differenzierungsprozeß der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft ging schon seit je ein Prozeß der Koordination, Konzentration und Integration einher. Er stellt sich uns dar als n o t w e n d i g e r und g l e i c h z e i t i g e r Bestandteil des Prozesses der Entfaltung der genossenschaftlichen Gesamtstruktur. Dieser Gesamtprozeß der Entfaltung ist in unterschiedlichen Schüben vor sich gegangen. Es gab und gibt Perioden, in denen die Tatbestände der Differenzierung und Spaltung überwiegen; und es gab und gibt Perioden, in denen die Tatbestände der Koordination und Integration überwiegen. Auf Einzelheiten der Feststellung und des Vergleichs wollen wir uns hier nicht einlassen. Wir wollen wiederum (nur) eine Skizze der Kräfte und Faktoren geben, die je zur Einheit drängen und die in der aktuellen Situation, in der das Genossenschaftswesen sich befindet, besonders im Vordergrund stehen.

Um diese Aufgabe leisten zu können, müssen wir uns, wie schon früher, weitgehend lösen von vorgefertigten Begriffsschablonen und Ansichten. Wir wollen unter dem Prozeß der Koordination, Konzen-

tration und Integration ganz einfach alle jene Faktoren, Kräfte, Gegebenheiten und Entwicklungen verstehen und erfassen, die in der Vielfalt der Gebilde in jedem Augenblick und im Laufe der Zeit zu Einheit und Einheiten führen und diese sichern. Um eine strengere Begriffsabgrenzung wollen wir uns hier ganz ausdrücklich nicht bemühen.

Die erwähnte Zurückhaltung in der Verwendung bekannter Begriffe und in der Bezugnahme auf damit einhergehende Erkenntnisse gilt im besonderen für die Kategorien »Konzentration« und »Integration«. Der Gebrauch dieser Worte und deren Abgrenzung ist höchst uneinheitlich und unbefriedigend. Nicht selten werden sie synonym verwendet.

Der vorherrschende Gebrauch des Begriffes **K o n z e n t r a - t i o n** zielt darauf hin, damit Tatbestände und Prozesse der **B a l l u n g v o n K r ä f t e n u n d M i t t e l n** festzustellen. Im Rahmen dieser weiten Definition hat es sich eingebürgert, zwischen **a b s o l u t e r u n d r e l a t i v e r** Konzentration zu unterscheiden, womit einerseits einfach eine "Zunahme von Größen" und andererseits eine "ungleichmäßige Verteilung" innerhalb jeweils festzulegender, gegliederter Ganzheiten oder Klassen von Einheiten gemeint wird. In diesen zwei Dimensionen des Konzentrationsbegriffes unterscheidet man je nach den konkreten Tatbeständen, auf die Bezug genommen wird, z.B. die Wirtschaft oder das Genossenschaftswesen, verschiedene **A r t e n** (z.B. Unternehmungs-, Betriebs-, Einkommens-, Kapitalkonzentration), **F o r m e n** (z.B. Größenwachstum, Absprachen, vertragliche Regelungen, Beteiligungen, Fusionen) und **R i c h t u n - g e n** (vertikale, horizontale und diagonale Konzentration).¹

¹ Vgl. hierzu Arndt, Helmut u. Ollenburg, Günter, Begriff und Arten der Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, erster Band: Stand der Konzentration, Berlin 1960, S.3-39; Gunzert, Rudolf, Was ist Konzentration?, Frankfurt/M. 1960, S.87-97.

Wenn der Begriff *Integration* nicht einfach synonym mit Konzentration verwendet wird, was insbesondere in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur nicht selten geschieht, dann werden damit vor allem Tatbestände und Prozesse des *Aufbaus größerer oder übergeordneter Ganzheiten* gemeint. In diesem Sinne gelten dann, mit besonderer Bezugnahme wiederum auf Wirtschaft und Genossenschaftswesen, z.B. einigende Zusammenschlüsse, das Vordringen in vor- oder nachgelagerte Wirtschaftsstufen, der Aufbau übergeordneter Ganzheiten und die Einordnung bestehender Einheiten in übergeordnete Ganzheiten als Integrationsstatbestände. Dabei wird meist in Analogie zum Konzentrationsbegriff zwischen Arten, Formen und Richtungen der Integration unterschieden. In neuerer Zeit scheint der Begriff Integration in wirtschafts- und genossenschaftswissenschaftlichen Veröffentlichungen überwiegend zur Beschreibung von Formen und Prozessen des organisatorischen Eindringens von Unternehmen in vor- oder nachgelagerte Märkte bzw. Marktstufen verwendet zu werden; man spricht dann auch gerne von vertikaler Integration.¹ Man muß sich aber darüber im klaren sein, daß hiermit schon eine erhebliche Einschränkung und Begrenzung der möglichen vollen Bedeutung des Begriffs Integration erfolgt ist.

Selbst wenn es nun geleistet wäre, die Begriffe Konzentration und Integration eindeutig zu definieren und gegeneinander abzugrenzen, so wurde auch dann, wenigstens nach dem überkommenen Gebrauch der Worte, noch zutreffen, daß weitgehend die gleichen empirischen

¹ Vgl. Schnachtschabel, Hans Georg, Die Genossenschaft als Integrator in den modernen agrarischen Vermarktungsformen, in: ZfgG Bd.15 (1965), S.315: "Allgemein wird (unter vertikaler Integration) die gemeinsam organisierte Ausrichtung verschiedener Marktstufen auf die Erstellung des in der letzten Produktionsstufe erzeugten Produktes verstanden. Dies bedeutet, 'die organisatorische Verkettung der verschiedenen Wirtschaftsvorgänge, wie sie von der Erzeugung über die Be- und Verarbeitung bis hin zum Verkauf gegeben sind'." (* Zitat aus: W. Jäger, Neue Formen genossenschaftlicher Selbsthilfe in der Landwirtschaft. - In: Aktuelle Probleme und zukünftige Aspekte genossenschaftswissenschaftlicher Forschung, Karlsruhe 1962, S.94.)

Sachverhalte, allerdings je unter einem etwas modifizierten Erkenntnisaspekt, zu erfassen wären. Wir können hier um eine derartige Begriffsklärung nicht bemüht sein. Unser Anliegen ist es, die wichtigsten Kräfte und Prozesse aufzuzeigen, die ein Auseinanderfallen der Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens verhindern, vielmehr deren Zusammenhalt und Einheit bewirken und sichern. Zu diesen Tatbeständen rechnen auch jene, die üblicherweise als Konzentrations- und Integrationsprozesse bezeichnet werden.

Wir wollen unsere Feststellungen unter drei Aspekten vornehmen.

- (1) Wir wollen diejenigen Kräfte und Prozesse skizzieren, die auf horizontaler, gleichgeordneter Organisationsebene eine Koordination und Konzentration darstellen, wobei für die Bestimmung der horizontalen Gleichordnung die Vorstellung gleicher Wirtschaftskreislaufstufen (i.S.v. Verbrauchsstufe, Handelsstufen, Produktionsstufen) den geistigen Hintergrund abgibt.
- (2) Wir wollen sodann diejenigen Kräfte und Prozesse skizzieren, die in vertikaler und diagonalen Richtung einen Zusammenhalt der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft gewährleisten.
- (3) Als letztes werden diejenigen Bereiche betont, die wegen der Dichte der festgestellten Bindungen als gebildliche oder sonstige Einheiten verschiedener Ordnung erscheinen.

Schon ein erster und zunächst noch ganz oberflächlicher Blick auf einige genossenschaftsstatistische Grundzahlen dokumentiert nicht nur die Existenz von Integrations- und Konzentrationsvorgängen innerhalb der genossenschaftlichen Gesamtorganisation überhaupt, sondern auch deren in der Nachkriegszeit zunehmendes Gewicht in Relation zu dem beschriebenen gesamtorganisatorischen Differenzierungsprozeß, zumindest in der Bundesrepublik Deutschland. (Vgl. Tabelle auf S.153.)

Die Anzahl der Genossenschaften in der Bundesrepublik Deutschland hat seit 1950 stetig abgenommen. Dieser Rückgang vollzieht sich im Bereich der Ortsgenossenschaften. Die Zentralgeschäftsanstalten

	1938	1950	1955	1960	1965	1968
1. Zahl der Genossenschaften insgesamt davon Zentralen Ortsgenossenschaften	31 175 109 31 066	28 255 112 28 143	27 472 111 27 361	27 189 110 27 079	24 195 126 24 067	21 219 125 21 094
2. Mitglieder der Ortsgenossenschaften in 1000	6 096	6 612	8 365	9 922	11 108	11 685
3. Durchschnittsgesamtguthaben je Mitglied in DM bei allen Ortsgenos- senschaften	110	61	134	201	292	340
4. Durchschnittsmittgliederbestand je Ortsgenossenschaft	197	236	307	368	462	554
5. Bilanzsumme aller Genossenschaften in Mio. DM davon Zentralen Ortsgenossenschaften	8 706 2 093 6 613	8 558 1 722 6 836	23 260 4 911 18 349	46 503 10 953 35 550	90 464 23 318 67 146	132 299 37 828 94 471
6. Durchschnittsbilanzsumme in Mio. DM je Zentrale je Ortsgenossenschaft	19,2 0,2	15,3 0,2	44,2 0,6	99,5 1,3	185,0 2,7	302,6 4,4
7. Bilanzsummenrelation Ortsgenossen- schaften : Zentralen	3,1 : 1	4,0 : 1	3,7 : 1	3,2 : 1	2,9 : 1	2,5 : 1
8. Eigenmittel aller Genossenschaften in Mio. DM davon Zentralen Ortsgenossenschaften	1 236 290 946	1 560 210 1 350	2 401 432 1 969	4 264 733 3 531	7 473 1 365 6 108	9 779 1 914 7 865
9. Eigenmittelrelation Ortsgenossen- schaften : Zentralen	5,3 : 1	6,5 : 1	4,5 : 1	4,8 : 1	4,5 : 1	4,1 : 1

Quelle: DGK, Die Genossenschaften im Jahre 1968, a.a.O., S.65 ff.

Die Angaben des Jahres 1958 sind zwar mit aufgeführt; wegen der zwischen 1958 und 1950 liegenden Kriegszeit, der staatlich erzwungenen Organisationsmaßnahmen, der Inflation und Währungsumstellung 1949 wollen wir die Zahlen des Jahres 1958 jedoch nicht in unsere Überlegungen einbeziehen.

haben ihrer Zahl nach von 112 auf 125 zugenommen.¹

Trotz Abnahme der Zahl der Genossenschaften ist die Zahl der Mitglieder bei Ortsgenossenschaften von 6,6 Mio. auf 11,6 Mio. gestiegen. Damit hat sich auch der durchschnittliche Mitgliederbestand je Ortsgenossenschaft von 256 auf 554 erhöht. Dies läßt vermuten, daß das fortlaufende Ausscheiden von Ortsgenossenschaften aus der Zahlenstatistik nicht mit einem gleichzeitigen Ausscheiden der davon betroffenen Mitglieder einhergeht, daß letztere vielmehr der Genossenschaftsorganisation integriert bleiben. Die Größenzunahme der Einzelgenossenschaften wird außer durch die Zunahme des durchschnittlichen Mitgliederbestandes auch dokumentiert durch eine Erhöhung des Durchschnittsgeschäftsguthabens der Mitglieder bei ihren Ortsgenossenschaften sowie der Durchschnittsbilanzsumme je Zentrale und je Ortsgenossenschaft.

Zu beachten bleibt in diesem Prozeß der einzelgenossenschaftlichen Größenzunahme eine fortlaufende Gewichtsverlagerung einiger, ökonomische Aktivitäten repräsentierender Zahlenangaben von der Ebene der Ortsgenossenschaften hin zu den Zentralen. So hat sich das Verhältnis von Ortsgenossenschaften zu Zentralanstalten hinsichtlich der Bilanzsummen und der Eigenmittel fortlaufend zugunsten der Zentralen verschoben; das erstere von 4,0 auf 2,5, das letztere von 6,5 auf 4,1. Dies deutet an, daß die Einzelgenossenschaften nicht nur im Zeitablauf je für sich größer geworden sind, sondern daß die genossenschaftliche Wachstumsaktivität sich zunehmend von der Ebene der Ortsgenossenschaften auf die Ebene der Zentralgenossenschaften verlagert hat. Dieser Schluß wird auch gestützt durch die Zunahme der Anzahl der statistisch erfaßten Zentralorganisationen.

Diese etwas voreiligen, Sonderentwicklungen völlig ignorierenden Globalzahlenschlüsse sind auch auf dem Hintergrund unserer bishe-

¹ Dabei ist zu beachten, daß in der genannten Statistik nur diejenigen Geschäftsanstalten erfaßt sind, deren Rechtsträger die Ortsgenossenschaften sind. All jene Gebilde, deren Rechtsträger die Zentralen und/oder die Verbände sind, wurden nicht erfaßt.

rigen Feststellungen zur Entfaltung der Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens zu sehen. Die behaupteten Konzentrations- und Integrationstatbestände werden nun verdeutlicht. Sie können hier jedoch wiederum nur unvollständig skizziert werden.

1. Horizontale Koordination, Konzentration und Integration der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft

Wir beschreiben einige der auffälligsten lockeren und institutionalisierten Direktbeziehungen zwischen Personen und zwischen Gebilden auf jeweils gleicher Wirtschaftskreislaufstufe und Organisationsebene des Genossenschaftswesens. Dabei unterscheiden wir (a) zwischen der Ebene der Mitgliederwirtschaften, (b) der Ebene der primären Gemeinschaftsbetriebe und (c) der Ebene der zentralen Gebilde (Geschäftszentralen und Verbände), die nicht mehr weiter in regionale und nationale Zentralen unterteilt werden.

a. Horizontale Beziehungen auf der Ebene der personalen Mitgliederwirtschaften

Die Mitgliederwirtschaften der primären genossenschaftlichen Zusammenschlüsse sind durchgehend Personalwirtschaften¹, d.h. Wirtschaftsgebilde, deren Wirtschaftstätigkeit hinsichtlich der Art und des Ausmaßes weitgehend von der Person des Inhabers oder von natürlichen Lebensgemeinschaften abhängt. Je nach der Wirtschaftsstufe, auf der sie tätig sind, sind sie noch genauer als landwirtschaftliche Erzeugerbetriebe, als gewerbliche Verarbeitungs- und Handelsbetriebe oder als Haushalte zu bezeichnen.

Eine direkte funktionelle Zusammenarbeit der in einer Primärgenossenschaft zusammengeschlossenen Mitgliederwirtschaften

¹ Vgl. S. 29 dieser Arbeit; ferner Back, Josef, Die aktuelle Situation ..., a.a.O., S.20; Wernet, Wilhelm, Die heutige Situation des personalen und dezentralen Wirtschaftens, in: Bl.f.Gen.wesen Jg.108 (1962), S.174 ff.; Fauquet, Georges, Der genossenschaftliche Sektor, a.a.O., S.12.

auf ihrer eigenen Wirtschaftsstufe besteht in der Regel nicht. In ihrer eigenen Wirtschaftstätigkeit reicht die Skala der Beziehungen vom konkurrenzwirtschaftlichen Gegeneinander über ein z.B. durch Geschäftsbereichsklauseln geregeltes Nebeneinander bis zur völligen Beziehungslosigkeit, z.B. bei größerer räumlicher Entfernung des Sitzes. Eine Ausnahme von der regelmäßig fehlenden Direktkooperation auf der Wirtschaftsebene der Genossenschaftsmitglieder bilden die sog. Produktivgenossenschaften, die mit einer "Aufsaugung von Mitgliederwirtschaften bis zu dem Grade einer völligen Lebens- und Existenzgemeinschaft"¹ einhergehen.

In neuerer Zeit finden wir auf der landwirtschaftlichen Mitgliederstufe, teils unabhängig von der primärgenossenschaftlichen Organisation, teils aber auch innerhalb dieses Rahmens, direkte kooperative Betriebsverbindungen verschiedenen Intensitätsgrades. Sie sind im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unter dem Namen »Erzeugergemeinschaften«² bekannt geworden. Derartige Zusammenschlüsse werden aber beispielsweise auch in England registriert.³ Die Hauptbedeutung von Erzeugergemeinschaften, die nicht mit der Gründung von Gemeinschaftsbetrieben (auf gleicher oder übergeordneter Stufe) einhergehen müssen, besteht in der Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion und/oder der kooperativen Vermarktung der Erzeugnisse. Im Sinne dieser Zielsetzungen

1 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, a.a.O., S.17.

2 Vgl. Thimm, Heinz-Ulrich, und Fragner, Hermann, Genossenschaften und Erzeugergemeinschaften, in: ZfG Bd.18 (1968), S.135-149; Brixner, Jörg, Marktintegration durch bäuerlich-genossenschaftliche Aktiengesellschaften, a.a.O., S.24-28 ("Die Erzeugergemeinschaft als Form der horizontalen Integration"); Dr. v.H., Horizontale Kooperation - ein Beitrag zur Lösung der Probleme in der Landwirtschaft, in: Mitteilungen der DGK v. Dezember 1969, S.301-305.

3 Rolfes, Max, Neue Formen der Kooperation landwirtschaftlicher Betriebe in England, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), a.a.O., S.445-457.

können Erzeugergemeinschaften neben, aber auch innerhalb bestehender Förderungsgenossenschaften (auch: Ergänzungsgenossenschaften)¹ tätig werden.

Wenn auch, wie betont, eine direkte Funktionskooperation der genossenschaftlichen Mitgliederbetriebe nicht die Regel ist, so schließt dies die Existenz und auch genossenschaftsrelevante Wirksamkeit anderer integrierender Faktoren nicht aus. Solche waren für die Entstehungszeit des modernen Genossenschaftswesens geradezu typisch. Sie haben den jeweiligen »Geist« der genossenschaftlichen Kooperation entscheidend mit geprägt; die Wirksamkeit dieser Faktoren war teils "unbewußt, nebenher", gewissermaßen "natürlich", teils "bewußt, zielstrebig" und "organisiert"². Als Beispiele für derartige Integrationsfaktoren auf der Stufe der Mitgliederwirtschaften nennen wir für die landwirtschaftlichen Genossenschaften die dörflichen Lebensgemeinschaft und für die Konsumgenossenschaften das Arbeiter-Klassenbewußtsein. Es gab und gibt "noch heute so etwas wie den vielzitierten 'Genossenschaftsgeist'; und zwar nicht nur als schmückendes Beiwerk bei Jubiläen, sondern auch im Alltag. Der Verfasser steht seit 36 Jahren ehrenamtlich in der Praxis der Genossenschaften und auch der Verbände. Er kann nur sagen, daß es demjenigen an Erfahrung und Beobachtungsgabe fehlt, der die Existenz des mit jenem Worte Gemeinten als in vielen Genossenschaften wirksame Kraft bestreitet. Mindestens in der älteren Generation der heutigen Genossenschaftler überwindet die hier gemeinte Bindung von Menschen aneinander nicht selten auch die Spannungen, die konfessionelle und politische Gegensätze zwischen ihnen erzeugen. Man fühlt sich dem anderen verbunden, einfach weil auch er Genossenschaftler ist."³

1 Vgl. Draheim, Georg, Genossenschaften (I), in: HdSW Bd.4 (1965), S.353.

2 Vgl. Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, a.a.O., S.46: ("Natürliche und organisierte Integration").

3 Weisser, Gerhard, Kommerzielles Unternehmen oder Gemeinschaft?, in: Genossenschaften in der Bewährung, Beilage zu Der Volkswirt (Wirtschafts- und Finanzzeitung), Heft 27 v. 2. Juli 1960, S.19.

Direkte persönliche und geistige Beziehungen der Mitgliederwirtschaften untereinander haben ihre Bedeutung für den Erfolg und die Wirkungsweise der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft in der neueren Zeit immer mehr verloren, wenngleich sie weiter, vor allem in ländlichen Genossenschaften, wirksam sind. Diese Verminderung von persönlichen Direktbeziehungen ist vor allem gemeint, wenn in der neueren genossenschaftstheoretischen Diskussion von Versachlichung, Entpersönlichung und Ökonomisierung der genossenschaftlichen Beziehungen die Rede ist. Die Genossenschaftsmitglieder schätzen den kooperativen Zusammenschluß nicht mehr um dieser unmittelbaren Beziehungen selbst willen.¹

b. Horizontale Beziehungen auf der Ebene der primär-genossenschaftlichen Gemeinschaftsbetriebe

Auch auf der Ebene der primär-genossenschaftlichen Gemeinschaftsbetriebe sind horizontale Direktbeziehungen zwischen Genossenschaften gleicher Art in der Regel nicht vorhanden. Schon allein die räumlichen Entfernungen der Standorte und das Auseinanderfallen der Geschäftsbereiche stehen solchen Beziehungen entgegen. Die Zeit, in der noch zwei oder gar mehrere Genossenschaften mit gleichen Wirtschaftsaufgaben am gleichen Ort tätig waren, ist heute weitgehend vorbei. Dort wo dies früher der Fall war und wo dies gelegentlich auch heute noch gegeben ist², entwickelten sich konkurrenzwirtschaftliche Kampfsituationen um Mitglieder und Geschäftsumsätze.

Eine, gelegentlich auch institutionalisierte, wirtschaftliche Kooperation von räumlich unmittelbar benachbarten Primär-genossenschaftsbetrieben ist in Ansätzen vorhanden, sei es, daß gemeinsame Bezugs- oder Absatzgeschäfte durchgeführt werden oder daß so-

¹ Weisser, Gerhard, Kommerzielles Unternehmen oder Gemeinschaft?, a.a.O., S.18/19; ders., Genossenschaften, a.a.O., S.67 f.

² Z.B. Edeka- und Rewe-Genossenschaften; Raiffeisenbanken und Volksbanken.

gar über gemeinsame Geschäftseinrichtungen (Lagerhäuser, Eigenproduktionsbetriebe) Verbindungen hergestellt sind.

Der Zahl nach sehr häufig und von großer genossenschaftsstruktureller und -wirtschaftlicher Bedeutung ist seit je die **V e r - s c h m e l z u n g** v o n z w e i o d e r m e h r e r e n **N a c h b a r - g e n o s s e n s c h a f t e n**. Die Bedeutung dieser Konzentrationsform lag in der Frühzeit des modernen Genossenschaftswesens in der Verhinderung oder Überdeckung von Genossenschaftsliquidationen (Sanierungsfusion). Nach dem 2. Weltkrieg haben sich Genossenschaftsfusionen immer mehr zu einem Mittel gesamtorganisatorischer, von zentralgenossenschaftlicher Stelle mitgeplanter und geförderter Strukturrationalisierung entwickelt, wobei es darum geht, die ökonomischen Vorteile »optimaler Betriebsgrößen« zu erreichen. Die verstärkte Durchführung primärgenossenschaftlicher Fusionen ist neben dem internen Wachstum von Einzelgenossenschaften einer der Hauptgründe für das Entstehen von sog. Großgenossenschaften auf dieser Organisationsebene.

Mit zunehmender Häufigkeit ist in neuerer Zeit auf primärgenossenschaftlicher Wirtschaftsstufe eine auch mit finanziellen und persönlichen Direktbeziehungen verbundene Horizontalkooperation von Primärgenossenschaften mit zentralgenossenschaftlich initiierten und mitgetragenen Wirtschaftsgebilden zu verzeichnen. Beispiele dafür sind vor allem im Bereich des Lebensmitteleinzelhandels vorhanden. Wir erinnern an die bereits früher erörterte Rechtskonstruktion zum Betrieb konsumgenossenschaftlicher Supermärkte und Warenhäuser,¹ sowie, z.B. im Rahmen der Edeka, der Rewe und auch der Konsumgenossenschaften, an den Erwerb und die Angliederung bestehender Lebensmittelfilialbetriebe². Eine ähnliche Dreiecksko-

¹ Vgl. S.93 dieser Arbeit.

² Vgl. Bericht über den 59. Edeka Verbandstag des Edeka Verbandes kaufmännischer Genossenschaften e.V., Berlin-Hamburg, in Gar-misch-Partenkirchen 1966, Hamburg o.J., S.39 f.: "Des weiteren wurden in letzter Zeit an unsere Genossenschaften bzw. den Verband Angebote auf käufliche Übernahme von kleineren bzw. mittleren Filialbetrieben, die sich in der Hand von Familien befinden,

operation, allerdings auf einer tieferen Stufe der Gesamtorganisation, stellen die Edeka-Gemeinschaftsläden¹ dar.

Die bisherigen Ausführungen zur primärgenossenschaftlichen Direktkooperation und -konzentration gelten für Gebilde g l e i - c h e r Art und Sparte. Eine über rein marktwirtschaftliche Beziehungen hinausgehende ü b e r s p a r t l i c h e Kooperationsform von Primärgenossenschaften ist nicht bekannt. Relativ häufig sind mit dem üblichen Geschäftsanteil verbundene Mitgliedschaftsbeziehungen von Waren- oder Wohnungsbaugenossenschaften zu Kreditgenossenschaften. Diese Verflechtungsform ist jedoch nicht im eigentlichen Sinne eine gleichgeordnete Horizontalkooperation. "Wenn sich eine Einzelgenossenschaft (A) bei einer anderen Einzelgenossenschaft (B) beteiligt, so geschieht dies in der Absicht, als Mitglied der Einzelgenossenschaft (B) gefördert zu werden. Die Einzelgenossenschaft (A) kann, dadurch gestärkt, ihren eigenen Mitgliedern größere und bessere Förderungsleistungen erbringen als vorher."² Von eigener Art und von besonderem Interesse ist diese Form primärgenossenschaftlicher Beteiligung jedoch dann, wenn der Kreis der Mitglieder und vielleicht sogar auch noch der Kreis der primärgenossenschaftlichen Leiter (Vorstand, Aufsichtsrat usw.) der beiden Genossenschaften (A) und (B) weitgehend oder völlig identisch ist. Diese früher häufigere Konstruktion ist auch heute, vor allem in ländlichen Gegenden, gelegentlich noch anzutreffen.

gerichtet, da sie unter den fortschreitenden Wettbewerbszuspietungen mit den Erfordernissen einer modernen Betriebsführung und -rationalisierung nicht mehr Schritt halten konnten. Erst vor wenigen Tagen haben 8 süddeutsche Genossenschaften unter Mitwirkung des Edeka Verbandes ein bekannteres Filialunternehmen gemeinsam erwerben können. Sie werden es zunächst als geschlossene Filialunternehmungseinheit fortführen und die Möglichkeiten der Privatisierung nach streng betriebswirtschaftlichen Kriterien prüfen."

1 Vgl. S.93 dieser Arbeit.

2 Draheim, Georg, Genossenschaftliche Zusammenschlüsse, in: Zur Okonomisierung ..., a.a.O., S.124.

c. Horizontale Beziehungen auf der Ebene des zentralgenossenschaftlichen und verbandlichen Überbaus

Die Horizontalverflechtung und -integration auf der Ebene der zentralgenossenschaftlichen Zusammenschlüsse ist im Rahmen der Spar-tenorganisation ganz im Gegensatz zu den beiden bisher erörterten Ebenen von ausgeprägter Intensität und Bedeutung. Dies gilt nicht nur für die Beziehungen zwischen den warenwirtschaftlichen und den geldwirtschaftlichen Zentralinstitutionen sowie deren Anhanggebilden, sondern genauso für die Prüfungsverbände. Die Zusammenarbeit wird bei getrennter Rechtskonstruktion in aller Regel durch finanzielle Beteiligungen und Personalunionen institutionell abgesichert. "Personalunionen können die durch eine Führungsspitze normalerweise gewährleistete Führungseinheit ... unter besonders günstigen Bedingungen ersetzen."¹ Die betreffenden zentralgenossenschaftlichen Horizontalbeziehungen sind gelegentlich so intensiv, daß man den Vergleich mit einem festen »Dach« über den jeweils angeschlossenen Primär-genossenschaften und Mitgliederwirtschaften durchaus vertreten kann. "Die organisatorische Trennung (von Verbandsfunktionen und zentralgenossenschaftlichen Warenfunktionen) ist ... eine Zweckmäßigkeitsfrage. Wenn in manchen Fällen die Teilung der Funktionen auf höchster Ebene durch Personalunionen überbrückt wird, so zeigt das, wie viele Gründe für eine einheitliche Spitze sprechen können."²

Als besonders markante Beispiele einer zentralgenossenschaftlichen Verflechtung sind die Zentralorganisationen der Edeka, der Rewe, der Konsumgenossenschaften und auch der Raiffeisengenossenschaften hervorzuheben. So ist, abgesehen von sonstigen an führender Stelle der jeweils genannten Gesellschaften tätigen Personen, allein der

¹ Potthoff, Erich, Funktionsmodell und Funktionswirklichkeit im genossenschaftlichen Unternennungsverband, in: ZfgG Bd.11 (1961), S.314; vgl. ferner Pfulier, Reiner, Der Genossenschaftsverband, a.a.O., S.23/24 u. S.123.

² Weippert, Georg, Zur Soziologie des Genossenschaftswesens, a.a.O., S.137.

Verbandsdirektor des Edeka Verbandes (E. H. Diederichs) im Jahre 1968 z u g l e i c h an maßgeblicher Stelle im Vorstand der Edeka Zentrale eGmbH, der Edeka Import eGmbH, der Spara e.V., des Edeka Verlages GmbH, der Edeka Ausstattungs- und Baudienst GmbH sowie der Edeka Datenverarbeitungsgesellschaft mbH tätig gewesen.¹ Ähnlich eng sind die personellen Zusammenhänge bei der Rewe Zentralorganisation und den regionalen Rarifeisenzusammenschlüssen (Verband, Zentralkasse, Warenzentralen und sonstige Zentralgesellschaften). Bei der Konsumgenossenschaftsgruppe wurden 1967 dem Bund deutscher Konsumgenossenschaften die Rahmensteuerung der Geschäftspolitik übertragen. Zu diesem Zweck unterhält er nicht nur enge Verbindungen zu den angeschlossenen Primärgenossenschaften. Auch die finanzielle und personelle Verzahnung zur Warenzentrale (GEG), zum Revisionsverband und den sonstigen zentralgenossenschaftlichen Einrichtungen ist sehr eng, gelegentlich sogar gesellschaftsrechtlich² fixiert. Inwieweit der Vorschlag der damaligen Reformkommission, "daß alle Gesellschafter des Bundes die Ausübung ihrer ihnen als Gesellschafter der GEG zustehenden Stimmrechte unwiderruflich im Wege der Vollmacht dem 'Bund' übertragen"³, realisiert wurde oder realisiert wird, ist bisher noch nicht bekannt geworden.

Soweit es schon zu einer organisierten ü b e r s p a r t l i - c h e n Zusammenarbeit der Genossenschaftswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland gekommen ist, sind die jeweiligen Mitgliedschafts-, Beteiligungs-, Vertrags- und Personalbeziehungen auf der Ebene der zentralen Waren-, Geld- und Verbandszusammenschlüsse hergestellt worden, wobei wir, wie nochmals betont werden darf, auf der Ebene der Zusammenschlüsse von Primärgenossenschaften, von

1 Vgl. Jahresbericht 1968 der Edeka Handelsgruppe, a.a.O.; - ferner: Engere Koordinierung in der Führungsspitze der Edeka-Gruppe, in: Edeka Rundschau Nr.12a v. 23./30.12.1966, S.1281.

2 Vgl. Gesellschaftsvertrag des Bundes deutscher Konsumgenossenschaften GmbH, Hamburg, in: Schlußbericht der Reformkommission, a.a.O., S.37 ff.

3 Vgl. Schlußbericht der Reformkommission, a.a.O., S.32.

einer Differenzierung in regionale und nationale Tätigkeitsgebiete abgesehen haben. Wir erinnern an die Zusammenarbeit der vier Genossenschaftssparten in der Deutschen Genossenschaftskasse und im Freien Ausschuß deutscher Genossenschaftsverbände, ferner an die finanziellen und personellen Beziehungen der ländlichen und gewerblichen Zentralkassen über die Bausparkasse Schwäbisch Hall und die Raiffeisenversicherungsgesellschaften sowie über die bankwirtschaftlichen Ergänzungsinstitute.¹

Unsere skizzenhaften Feststellungen zur horizontalen Koordination, Konzentration und Integration auf den einzelnen genossenschaftlichen Organisationsebenen bedürften in verschiedener Hinsicht einer Modifizierung und Absicherung durch weitere Tatsachenbelege. Aber auf Vollständigkeit und Verfeinerung konnten wir hier nicht Wert legen. Unsere bisherigen Überlegungen haben ergeben, daß diese Verflechtungen auf der Ebene der Mitgliederbetriebe und auch auf derjenigen der primärgenossenschaftlichen Zusammenschlüsse zwar in Ansätzen immer wieder vorhanden, in der Regel aber nicht sehr ausgeprägt sind. Anders ist die Sachlage auf der Ebene der zentralgenossenschaftlichen Zusammenschlüsse. Dort bestehen enge horizontale Verzahnungen.

2. Vertikale Koordination, Konzentration und Integration der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft

Aufgrund des festgestellten eigenartigen, weit gefächerten organisatorischen Stufenaufbaus des modernen Genossenschaftswesens dürfen, gemessen an der horizontalen Zusammenarbeit, vergleichsweise engere vertikale Verflechtungen und Beziehungen erwartet werden. Und unsere Feststellungen und die daran geknüpften Vermutungen werden von allen Organisationstheorien des Genossenschaftswesens bestätigt: Die moderne genossenschaftliche Kooperation erfolgt nicht so sehr auf direktem als vielmehr auf *i n d i r e k t e m* Wege über Gemeinschaftsbetriebe auf vorgelagerter oder

¹ Vgl. S.115 ff. u. S.135 f. dieser Arbeit.

nachgeordneter Wirtschaftsstufe. Diese Form der indirekten Zusammenarbeit kann sich über mehrere Stufen fortsetzen. So kommt es zum Vertikalaufbau der Spartenorganisation.

Die Verzahnung zwischen den verschiedenen Organisationsstufen ist bei den verschiedenen Sparten, auf den verschiedenen Ebenen und auch im Zeitablauf von unterschiedlicher Intensität. Sie beschränkt sich in keinem Falle auf rein markt-wirtschaftliche Funktionalbeziehungen. Ausgeprägte vertikale Funktionalbeziehungen sind gleichwohl immer vorhanden und durch das Genossenschaftsgesetz auch zwingend vorgeschrieben. Die gemeinsame Durchführung von Wirtschaftsaufgaben ist geradezu die zentrale und zentrierende Organisationssäule, um die herum sich alle anderen Verflechtungen ranken. Der Funktionalaufbau ist aber - bis auf Sonderfälle (z.B. Nichtmitgliedergeschäft) und Sonderkonstruktionen - immer durch zusätzliche mehr oder minder enge Verflechtungen ergänzt und abgestützt. Als solche sind bekannt und zu nennen die in aller Regel mit finanziellen Beteiligungen verbundene mitgliederschaftliche Trägerschaft der Gemeinschaftsinstitutionen. Die Mitgliedschaftsstellung und auch die direkte funktionale Zusammenarbeit mit dem Gemeinschaftsbetrieb ist mit persönlichen Beziehungen verbunden. Diese Verzahnungen finden gelegentlich ihre Ergänzung durch rechtliche Regelungen und durch sonstige integrierende Faktoren.

Alle diese verschiedenen Beziehungsformen und -wege verlaufen vorwiegend in der Richtung »von unten nach oben«. Wir werden aber zeigen können, daß die Integrationsimpulse und -wege in der heutigen Situation des Genossenschaftswesens, in Einzelfällen aber auch früher schon, auch »von oben nach unten« gehen.

Auch werden wir bei der nachfolgenden Darstellung der verschiedenen Arten vertikaler Koordination, Kohzentration und Integration gelegentlich unser Augenmerk darauf legen und an verschiedenen Beispielen zeigen, daß diese Beziehungen, sei es »von unten nach oben«, sei es »von oben nach unten«, sowohl

- a) zwischen der Ebene der Mitgliederwirtschaften und der Ebene der primären Zusammenschlüsse und
- b) zwischen der Ebene der primären Zusammenschlüsse und der Zentralinstitutionen als auch
- c) direkt zwischen der Ebene der Mitgliederwirtschaften und der Ebene der Zentralen und Verbände¹ existieren, wobei zu beachten bleibt, daß die Zentralen sich gelegentlich ihrerseits organisatorisch rückwärts entfaltet haben über die Ebene der primären Zusammenschlüsse bis hin zu den Mitgliederwirtschaften.

Auf eine, über unsere früheren Hinweise hinausgehende gesonderte Darstellung internationaler Beziehungen und überspartlicher Komplementärbeziehungen wollen wir verzichten. Beide Tatbestände bedeuten aber in einem theoretisch und praktischen sehr interessanten Sinne eine direkte Fortsetzung der spartenbezogenen Vertikalbeziehungen.

a. Vertikale funktionale Kooperation, Konzentration und Integration

Ausgangspunkt der Überlegungen zur Bedeutung und Wirksamkeit der vertikalen Funktionsbeziehungen muß sein, die festgestellte Gebildevielfalt der Genossenschaftssparten jeweils auf ihre konkreten Aufgaben und Leistungen hin zu untersuchen und diese dabei einfach so zu nehmen wie sie sind. Die in solchem Zusammenhang oft an den Anfang gestellte Frage nach der Entstehung der gegebenen Funktionsstruktur bleibt zunächst unerortert. Ob die funktionalen Zusammenhänge sich ergeben haben und erklären lassen als Funktionsausgliederungen aus den Mitgliederbetrieben, ob es sich »nur« um eine Bündelung ansonsten zersplitterter Funktionsbeziehungen handelt und/oder ob die wirtschaftlichen Aufgaben der Genossenschaftsgebilde originär ge-

¹ Vgl. Pfüller, Reiner, Die Direktbeziehungen zwischen Genossenschaftsmitgliedern und Genossenschaften höherer Ordnung, in: ZfgG Bd.15 (1965), S.31 ff.

s c h ö p f t sind, ist für die Tatbestandsaufnahme von sekundärem, wenngleich genossenschaftstheoretisch nicht geringem Interesse.

Entsprechend dem am Stufenaufbau der Gesamtwirtschaft orientierten Organisationsaufbau des Genossenschaftswesens, entsprechend der verschiedenen Spartenorganisationen und der Vielfalt der Gebilde im Rahmen der einzelnen Sparten, ist auch die Funktionalstruktur des Genossenschaftswesens in Aufbau und Gliederung sehr differenziert.¹ Der Stufenaufbau der Funktionalstruktur geht von der landwirtschaftlichen Urproduktion über die verschiedenen gewerblichen und industriellen Produktionsstufen sowie die Stufen des Handels (Großhandel, Einzelhandel) bis zur Stufe des Verbrauchs des Waren- und Leistungsstroms der Gesamtwirtschaft. Auch der den genossenschaftlich organisierten Waren- und Leistungsstrom ergänzende und bewirkende Geld- und Kreditstrom ist weitgehend und über mehrere Stufen genossenschaftlich organisiert. Anfang, Ende und Länge des in den verschiedenen Gebilden und Spartensystemen erfaßten genossenschaftlichen Waren-, Leistungs- und Geldstromes sind sehr verschieden.

Der unbefangene Blick auf den so gegebenen Vertikalaufbau und die gleichzeitig auch sehr ausgeprägte Horizontalgliederung der genossenschaftlichen Funktionalstruktur ergibt sehr bald den Eindruck, daß deren **Z u s a m m e n f a s s u n g** in den verschiedenen Gebilden, Institutionen und Spartensystemen keineswegs willkürlich und zufällig ist. Die in den zusammengehörenden Gebilden eines Spartensystems jeweils wahrgenommenen Aufgaben sind vielmehr stets unmittelbar oder mittelbar funktional **b e z o - g e n** auf die den einzelnen Gebilden bzw. dem Spartensystem als Ganzes angeschlossenen oder eingeschlossenen **G l i e d** gebilde. Gliedgebilde der in traditionaler Weise strukturierten Primär-genossenschaft sind die personalen Mitgliederwirtschaften und der auf anderer Stufe stehende Gemeinschaftsbetrieb. Gliedgebilde im

¹ Vgl. S.112 f. dieser Arbeit.

Rahmen einer Spartenorganisation sind alle jeweils dazugehörenden Unternehmungs-, Betriebs- und Verbandsgebilde, also die Personalwirtschaften ebenso wie die Primärgenossenschaften mit ihren Gemeinschaftsbetrieben, ferner die Warenzentralen mit ihren Anhangswirtschaften, die Verbände und die sonstigen gesamtparteilichen Leitungs-, Finanzierungs- und Funktionsgebilde. Die in derartigen Gebildekomplexen enthaltenen Gliedgebilde unterschiedlicher Art und unterschiedlicher Wirtschaftsstufe stehen miteinander in direkten und indirekten Funktionsbeziehungen. Für die Intensität dieser Beziehungen ist das jeweilige Ausmaß von Kooperativnexus¹ und Frequenz² entscheidend.

Wenn wir nun noch einmal jenes Bild vom genossenschaftlich organisierten Waren- und Geldstrom aufnehmen und diesen Strom im Rahmen der jeweiligen Gebildekomplexe (z.B. der Primärgenossenschaft oder der Spartenorganisation) betrachten, so können wir feststellen, daß er in jedem Fall zur personalwirtschaftlichen Mitgliederbasis führt: Entweder nimmt er von dort seinen Ausgang (z.B. Absatzgenossenschaften) oder er findet dort sein Ziel (z.B. Bezugsgenossenschaften). Das jeweils polare Ende dieses Waren- und Geldstromes führt in der Regel, aber nicht notwendig³, zu Märkten, über die das Genossenschaftswesen mit nichtgenossenschaftlich or-

1 Vgl. Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, a.a.O., S.66 f.: Kooperativnexus = Ausmaß der funktionalen Verbindung zwischen Gemeinschaftsbetrieb und Mitgliederwirtschaften.

2 Vgl. Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, a.a.O., S.153 f.: Frequenz = tatsächliche Inanspruchnahme des Gemeinschaftsbetriebes durch die Mitgliederwirtschaften.

3 Als Beispiel für genossenschaftsinterne Waren- und Geldströme sind zu nennen

a) das genossenschaftlich organisierte Geld- und Kreditsystem, je mehr Geldeinleger und Kreditnehmer Gliedgebilde desselben sind und

b) die auf S.120-126 dieser Arbeit beschriebene durchgehende ernährungswirtschaftliche Genossenschaftsorganisation von der landwirtschaftlichen Erzeugung bis zum Verbraucher, wobei Landwirte, Gewerbetreibende, Händler und Verbraucher Mitglieder dieser Organisation sein können.

ganisierten Wirtschaftsgebilden in rein marktwirtschaftliche Wettbewerbsbeziehung tritt.

Da die Gliedgebilde der jeweils organisatorisch eng verbundenen, einheitlichen Gebildekomplexe auch funktional miteinander verbunden sind, wird klar, daß über diese vertikalen Funktionsbeziehungen und -ströme eine nachhaltige *gegenseitige Steuerung* der Gliedgebilde erfolgt. Insbesondere verschaffen die personalwirtschaftlichen Mitgliederwirtschaften, soweit und so lange die geschäftliche Inanspruchnahme der genossenschaftlichen Handels-, Produktions- und Bankbetriebe auf *Freiwilligkeit* beruht, durch das Ausmaß ihrer genossenschaftsinternen Umsätze ihrem Willen nachhaltig Geltung. Diese Art der *funktionalen Mitbestimmung* ist als wirkungsvolles Pendant zum juristischen Stimmrechtseinfluß auf die Genossenschaftsbetriebe zu sehen. Aber auch jedes andere genossenschaftliche Gliedgebilde hat seinerseits durch Art, Umfang und Qualität seiner Leistung eine mitbestimmende Einflußmöglichkeit auf seine Mitglieder- und Kundenbetriebe. Diese Möglichkeit bietet sich über die Deckung bekannter Bedarfe ebenso wie über die Weckung von neuen oder latent vorhandenen.

b. Vertikale Willensbildung und -steuerung

Die weitaus überwiegende Anzahl der genossenschaftlichen Gesellschaftsgebilde ist in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft organisiert. Diese ermöglicht es, den ihr mitgliedschaftlich angeschlossenen Personen entweder direkt oder indirekt, nämlich über Vertreter, in den Generalversammlungen der Genossenschaften auf die dort zu treffenden Entscheidungen einen Stimmrechtseinfluß auszuüben.

Nach dem heute geltenden Genossenschaftsgesetz ist die Generalversammlung der Genossenschaft deren wichtigstes Entscheidungsorgan. "Ohne ausdrückliche Satzungsbestimmung ist die Generalversammlung zur Beschlußfassung über alle Gegenstände berufen, die nicht nach

Gesetz oder Statut zur Zuständigkeit eines anderen Organs gehören."¹ Der Vorstand und der Aufsichtsrat haben nach dem Genossenschaftsgesetz letztlich den Weisungen der Generalversammlung zu folgen und stellen insoweit kein aktives und eigenständiges Willenszentrum dar. "Der Vorstand ist der Genossenschaft gegenüber verpflichtet, die Beschränkungen einzuhalten, welche für den Umfang seiner Befugnis, die Genossenschaft zu vertreten, durch das Statut oder durch Beschlüsse der Generalversammlung festgesetzt sind."²

Faktisch ist die Entscheidungsrolle der Generalversammlung heute aber weitgehend ausgenöhlt. Die meisten Genossenschaftssatzungen veränderten, soweit dies nur irgendwie rechtlich zulässig war, das Entscheidungsgewicht zugunsten des Aufsichtsrates und des Vorstandes der Genossenschaft. Hinzu kommt, daß Beschlüsse über die Geschäftspolitik und die laufende Geschäftsführung der Genossenschaft in den Generalversammlungen ohnehin kaum mehr getroffen werden und aus den verschiedensten Gründen dort auch nicht mehr getroffen werden können. Das Primat der Generalversammlung besteht heute darin, "über das Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres zu befinden und dem Vorstand bzw. Aufsichtsrat Entlastung zu gewähren oder zu verweigern. Nicht hingegen gehört es zur Aufgabenstellung der Generalversammlung, daß sie selbst Geschäftspolitik betreibt. Dazu ist der Vorstand von ihr berufen, der jederzeit Rechenschaft abzulegen hat und abberufen werden kann."³ Dementsprechend kommt dem Genossenschaftsvorstand bzw. dem Geschäftsführer über die bezeichnete funktionale Verbindung mit den angeschlossenen Mitglieder- und Kundenbetrieben und über sonstige, noch zu besprechende Regelungen heute vielfach eine "führende aktive Rolle" zu, "deren Auswirkungen bis weit in den Mitgliedsbetrieb hinein-

1 Meyer-Meulenbergn, Genossenschaftsgesetz, 10.Aufl., München u. Berlin 1965, S.279.

2 § 27 I GenG.

3 Diederichs, Erich H., Autonomie und Bindung in der Genossenschaft, a.a.O., S.25.

reichen."¹

Als Ursache oder Folge dieser Tatbestände ist auch das faktische Interesse der Genossenschaftsmitglieder an den Generalversammlungen zurückgegangen. "Ein besonderes Problem ist darin gegeben, daß die Mitglieder von ihrem Stimmrecht und ihren sonstigen Möglichkeiten, sich an der Willensbildung der Gruppe zu beteiligen, keinen ausreichenden Gebrauch machen. Die 'Mitglieder-Apathie' ist eine internationale Erscheinung. Sie ist in der Regel bei großen städtischen Gruppen deutlicher erkennbar als z.B. bei kleinen ländlichen."² Die Stellung der primär-genossenschaftlichen Mitglieder im unmittelbaren genossenschaftlichen Entscheidungsprozeß spiegelt sich am ehesten auch in deren zahlenmäßiger Teilnahme an den Genossenschaftsversammlungen wider. Sie ist bei den verschiedenen Genossenschaftssparten ausgesprochen schwach.³ Bei denjeni-

1 Draheim, Georg, Autonomie und Bindung in der Genossenschaft, a.a.O., S.55. - Vgl. auch Blümie, Ernst-Bernd, Wachstum und Willensbildung der Primär-genossenschaften, in: ZfG Bd.14 (1964), S.457.

2 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, a.a.O., S.38.

3 Statistische Angaben hierzu sind selten. Für Konsumgenossenschaften in Großbritannien vgl. Ostergaard-Ralsey, Power in Co-operatives, Oxford 1965, S.78 ff.; für Konsum-, gewerbliche und ländliche Genossenschaften in den Jahren 1951-1955 vgl. Institut für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, Das Verhältnis der Mitglieder zu ihrer Genossenschaft, (Gutachten) Münster 1956. - Ferner: Seraphim, Hans-Jürgen, Wie muß eine wirklichkeitsnahe Theorie das Wesen der Genossenschaft erfassen?, in: ZfG Bd.8 (1958), S.66; Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, in: ZfG Bd.9 (1959), S.230. - Für Hinweise über die Verhältnisse in neuerer Zeit vgl. Genossenschaftsdemokratie in der Gegenwart (vorgelegt von: I. Sekretariat des IGB, II. A. P. Klimow, Centrosoyus UdSSR, III. R. Kériniec, Fédération Nationale des Coopératives de Consommation, Frankreich, und N. Thedin, Kooperativa Förbundet, Schweden), in: IGB, Agenda und Referate ... 1969, a.a.O., S.109-186. - "3.2 Die in den vorhergehenden Abschnitten diskutierten Maßnahmen beziehen sich auf die o r g a n i s a t o r i s c h e Demokratie in den Genossenschaften. Sie betreffen den Vertretungsmechanismus oder die Apparatur für Mitgliederbeteiligung. 3.3 Es wird jedoch allgemein anerkannt, daß die Lebensfähigkeit der gegenwärtigen Genossenschaftsdemokratie mehr von der Bereitschaft zur Beteiligung abhängt als von dem Apparat dafür. Wenn

gen Einzelgenossenschaften, die das Rechtsinstitut der Vertreterversammlung eingeführt haben (§ 43 a GenG), hat ohnehin nur noch ein zahlenmäßig kleiner Teil der Mitglieder das Recht, bei den zu treffenden Beschlüssen direkt mitzuwirken.

Auf den primärgenossenschaftlichen Wirtschaftsstufen gibt es heute neben den Betrieben in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft eine Reihe von Gebilden in anderer Rechtsform und mit anderer Trägerstruktur. Deren stimmrechtliche Beteiligungsverhältnisse sind anders geregelt, z.B. mit Kapitalbeteiligungen gekoppelt. Der Stimmrechtseinfluß von personalwirtschaftlichen Mitgliederbetrieben ist oft weitgehend ausgeschaltet worden, gelegentlich

die Mitglieder sich nicht beteiligen, das heißt, wenn sie nicht wirklich um ihre Genossenschaft besorgt sind und sich darum kümmern, wie diese arbeitet, werden sie sich nicht die Mühe geben, die demokratischen Möglichkeiten wahrzunehmen, die sich ihnen bieten.

3.4 Das Problem der weit verbreiteten Apathie der Mitgliedschaft ist zum Teil eine Folge der strukturellen Änderungen in den Genossenschaften, die zu größeren Verwaltungseinheiten geführt haben und den Ort der Beschlußfassung sowohl geographisch als auch im Sinne der Einsichtnahme außerhalb der Reichweite der Mitglieder gelegt haben. Überdies geschieht dies im Einklang mit der bestehenden Entwicklung in der modernen Umwelt mit ihrer erschreckenden Vielfalt der um die Aufmerksamkeit und Energie der Einzelpersonen kämpfenden Interessen. Daher bleibt als einzige Hoffnung, eine wirkliche Beteiligung der Mitglieder zu erzielen, der Appell an ihre lebenswichtigsten Interessen.

3.5 Das Interesse, das ein Mitglied für seine Genossenschaft aufbringt, unterscheidet sich je nach der Art der Genossenschaft und in diesem Maße unterscheidet sich offensichtlich auch die Intensität seines Interesses. In einer Arbeiterproduktivgenossenschaft, deren Mitglieder vorwiegend Arbeiter sind, sind diese lebhaft an der Leistung der Genossenschaft interessiert, weil ihre Beschäftigung und ihr Verdienst (Lohn plus Bonus) von deren Erfolg direkt abhängig sind. Bezeichnenderweise ist die Mitgliederbeteiligung in den Arbeiterproduktivgenossenschaften in den meisten Ländern größer als in anderen Genossenschaftsarten.

3.6 In landwirtschaftlichen Verarbeitungs- und Absatzgenossenschaften besteht ein hohes Maß an Mitgliederinteresse, da das Einkommen unmittelbar von der Leistungsfähigkeit der Genossenschaft abhängt und die Mitgliederbeteiligung ist daher, zumindest in den entwickelten Ländern, verhältnismäßig gut.

3.7 Vor allem in den Konsumgenossenschaften gibt das Problem der Mitgliederapathie Anlaß zur Besorgnis. ... (IGB, Genossenschaftsdemokratie in der Gegenwart, a.a.O., S.117/118.)

sogar überhaupt nicht mehr vorhanden. Als Beispiele nennen wir die verschiedentlich, nicht nur aus Gründen der Stimmrechtsbeschränkung, gehandhabte Rechtskonstruktion der GmbH & Co. KG. Bei den früher beschriebenen Rückwärtsfilialisierungen¹ der zentralen Geschäftsanstalten sind direkte Stimmrechtseinflüsse durch Mitgliederkunden völlig ausgeschlossen.

Wir haben bisher die vertikalen Willensbildungs- und -steuerungsbeziehungen vorwiegend im Verhältnis zwischen personalwirtschaftlicher Mitglie derebene und primär genossenschaftlicher Organisations-ebene untersucht. Der gesamtorganisatorische, insbesondere spartenbezogene Aufbau geht aber vor allem in Form von Zentralen und Verbänden über die Primär genossenschaften hinaus. Dies ist auch für die genossenschaftliche Willensbildung nicht ohne Bedeutung. Im Hinblick darauf stellt der organisatorische Überbau des Genossenschaftswesens nicht etwa nur eine Verschiebung und Wiederholung der im Prinzip gleichen Zusammenhänge auf einer höheren Stufe dar. Dies ist selbst dort, wo Zentraleinrichtungen in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft tätig sind, nicht der Fall, da Mitglieder dieser Genossenschaften eben nicht Einzelpersonen sind, sondern wiederum Genossenschaften, die durch ihre Organe vertreten werden. Dies ist auf die Stimmrechtsausübung in den Zentralen nicht ohne modifizierenden Einfluß. So mußte in diesem Bereich auch die Stimmrechtsregelung des § 43 GenG "Jeder Genosse hat eine Stimme" am ehesten, durch Rechtsformwechsel und Bemessung des Stimmrechtseinflusses nach anderen Maßstäben (Umsatzanteil, Kapitalbeteiligung, Gesamtzahl der vertretenen personalen Mitglieder-wirtschaften), modifiziert und geregelt werden. Ungeachtet dessen haben aber auch die Führungspersonen und Kollegialorgane der Zentralgenossenschaften gegenüber den Primär genossenschaften ein hohes Maß an Entscheidungsautonomie erlangt.

Des weiteren haben sich in den Zentralen, Verbänden und Anhang-wirtschaften im Hinblick auf die G e s a m t n e i t d e r

1 Vgl. S.92 f. dieser Arbeit.

angeschlossenen Genossenschaften und Mitgliederwirtschaften völlig neuartige Problemstellungen, Aufgaben und Verantwortlichkeiten entwickelt. Im Vordergrund stehen Planungs-, Finanzierungs-, Prüfungs-, Beratungs- und Ausbildungsaufgaben sowie Preis- und Sortimentspolitik und Werbung. Diese Sachlage hat teilweise sogar schon in neuen gesamtorganisatorischen Gliedgebilden eigener Art ihren institutionellen Ausdruck gefunden. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf den Bund deutscher Konsumgenossenschaften, der sich uns als gesamtpartliches Leitungsgebilde mit Rahmenkompetenzen für alle angeschlossenen Genossenschaften dargestellt hat.¹

"Im Rahmen der neuen Strukturen der Genossenschaftsbewegung ist es die Bewegung selbst, die souverän ist und ihrem Willen durch den Kongreß Ausdruck verleiht, eine Versammlung, in der alle Genossenschaften nach demokratischen Regeln vertreten sind, und dieser Kongreß ist es, der die Ziele der Bewegung festlegt.

Dieses Organ hat u.a. die Entwicklungspläne der Bewegung zu billigen, d.h. Pläne, in denen die Bevölkerungsverlagerung, Änderungen des Einkommensniveaus und Verkehrsnetzes, Informationen über den Wettbewerb usw. berücksichtigt werden und die, für die Masse der Genossenschaften die Ziele der zukünftigen Entwicklung, entsprechend der finanziellen Mittel der Bewegung und ihrer Verfügbarkeit an Arbeitskräften sowie gemäß dem unterschiedlichen Dringlichkeitsgrad der einzelnen Entwicklungsphasen, festlegen.

Es entscheidet außerdem, welche Aufgaben den nationalen Organisationen zu übertragen sind und welche bei den Genossenschaften selbst verbleiben sollen."²

Durch den steuernden Einfluß der Zentralen und Verbände erhält die (relative) Autonomie des Vorstandes der Primärgenossenschaft ein entscheidendes Gegengewicht. Auch auf diesen Sachverhalt ist

1 Vgl. S.96 f. dieser Arbeit.

2 Kérinec, Roger und Thedin, Nils, Zeitgenössische Genossenschaftsdemokratie, in: IGB, Agenda und Referate ... 1969, a.a.O., S.165/166.

in der Genossenschaftsliteratur, insbesondere in der Diskussion um die Genossenschaftsrechtsreform, bisher wenig geachtet worden. Lapidare Feststellungen, die darauf hinauslaufen, daß im gesamten Genossenschaftsverbund die Willensbildung »demokratisch von unten nach oben verlaufe«, grenzen, gemessen an den wirklichen, nicht bloß formalen Verhältnissen, genauso an Ideologien wie dies schon im Verhältnis Mitgliederwirtschaften zum Genossenschaftsbetrieb heute vielfach der Fall ist.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Henzler hat den wahren Sachverhalt sehr klar gesehen und das damit verbundene Problem sehr scharf herausgestellt: "Das Neue, das - gemessen an der Entwicklung der genossenschaftlichen Verbundbildung - in den registrierten gegenwärtigen Tendenzen zutage tritt, sind e i n m a l die Planmäßigkeit, die Konsequenz und die Geschlossenheit im Auf- und Ausbau genossenschaftlicher Verbünde, z u m a n d e r e n aber die klare und nunmehr auch deutlich ausgesprochene Erkenntnis, daß, wenn der genossenschaftliche Verbund erreicht und der Verbundeffekt erzielt werden soll, diese regionale und nationale genossenschaftliche Gesamtorganisation einer obersten Entscheidungs- und Leitungsinstanz unterstellt werden muß. In dieser Erkenntnis von der Notwendigkeit der planmäßigen Unterordnung aller Glieder eines regionalen, nationalen oder internationalen Verbunds unter einer Verbundspitze, die ohne Verzicht der Verbundglieder auf Selbstverwaltungsrechte nicht errichtet werden kann, kommt - zumindest auf den ersten Blick - das genossenschaftlich Umwälzende zum Ausbruch. (Bei genauerem Eindringen in die Geschichte des Genossenschaftswesens erweist sich allerdings, daß dieser Prozeß der Verlagerung von Mitentscheidungsbefugnissen 'nach oben', auf eine in der Regel regionale Spitze, in mehreren Genossenschaftsbereichen früh begonnen hat.)"¹ "Die Delegation der Führungsfunktion an die Spitze eines genossenschaftlichen Verbunds weicht von der Vorstellung der Leitung einer traditionellen Genossenschaft erheblich ab. Würde der Verbundspitze diese Autonomie nicht zuer-

¹ Henzler, Reinhold, Der Genossenschaftsverbund und die Verbundführung, in: ZfG Bd.14 (1964), S.442.

kannt, so müßte sich ein Leistungsgefälle zwischen genossenschaftlichem und nichtgenossenschaftlichem Verbund ergeben. Der ökonomische Effekt verbundwirtschaftlicher Kooperation kann nur mit einer Einschränkung der Entscheidungsfreiheit und der Selbständigkeit der Einzelgenossenschaften erkaufte werden. Diese Feststellung gilt für nahezu alle Formen der Kooperation in allen Wirtschaftsbereichen und in vielen Ländern."¹

Es wäre verfehlt, diese, die faktischen Kompetenzverhältnisse in vielen Genossenschaftssparten oder wenigstens Spartenteilbereichen treffenden Feststellungen Henzlers, einseitig zu interpretieren. Die empirisch gegebene Wahrheit sieht so aus, daß in den genossenschaftlichen Spartenorganisationen

1. eine Willensbildung und -steuerung »von unten nach oben« weiterhin rechtlich möglich und, wenn auch in geringerem Ausmaß als früher, faktisch wirksam ist.

2. eine Entscheidungssteuerung »von oben nach unten«, sei es in der Primärgenossenschaft, sei es in der gesamten Sparte, wenn auch weitgehend ohne ausdrückliche gesellschaftsrechtliche Mitentscheidungsbefugnisse immer schon gegeben war. Unter diesem Aspekt sind die fortlaufenden nach unten gerichteten Prüfungs-, Beratungs-, Schulungs-, Informations- und Rationalisierungsimpulse der Verbände, der Zentralen und der Primärgenossenschaften zu sehen.²

3. den Vorstands- und Geschäftsführungspersonen im unmittelbaren Unternehmungs- und Betriebsbereich der von ihnen jeweils geleiteten Gliedgebilde weitgehende und selbständige Entscheidungskompetenz zugefallen ist. Man kann von einer "Verlagerung von der Mitglieder- zur Verwaltungsentscheidung"³ und von "funktioneller Leistungsausübung"³ durch die Manager und die Angestellten der genos-

1 Henzler, Reinhold, Der Genossenschaftsverbund und die Verbundführung, a.a.O., S.444.

2 Vgl. hierzu Back, Josef, Genossenschaftsgeist und Unternehmergeist, in: ZfgG Bd.7 (1957), S.169 ff.; Pfüller, Reiner, Der Genossenschaftsverbund, a.a.O., S.23/24; Henzler, Reinhold, Genossenschaftsverbund und Verbundführung, a.a.O., S.442.

3 Vgl. Pfüller, Reiner, Der Genossenschaftsverbund, a.a.O., S.121/122; Draheim, Georg, Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und genossenschaftliche Struktur, in: ZfgG Bd.9 (1959), S.22.

senschaftlichen Einzelgebilde sprechen.

4. eine Rahmensteuerung von oben nach unten auch gesellschaftsrechtlich schon institutionalisiert ist und praktiziert wird. Derartige Kompetenzübertragungen sind Teilregelungen von in der Regel auch andere Gegenstände betreffenden Gesellschaftsverträgen, Genossenschaftssatzungen und einzelvertraglichen Abmachungen¹. Des weiteren sind in nichtgenossenschaftsrechtlich organi-

¹ Vgl. hierzu für Konsumgenossenschaften: Gesellschaftsvertrag des Bundes deutscher Konsumgenossenschaften, a.a.O., S.37 ff.; Hasselmann, Erwin, Einheit und Autonomie - Wichtige Reform der VSK-Satzung, in: der verbraucher v.23.1.1965, S.63 ff. (Artikel 52 der neuen VSK-Satzung v. 28.11.1964: "Neben der eigentlichen Geschäftsführung hat die Verbandsdirektion die Aufgabe, alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die Leistungsfähigkeit des Verbandes und dessen Mitglieder zu steigern. Darunter fallen beispielsweise Durchführung gesamtschweizerischer Verkaufsaktionen, Vereinheitlichung der Sortimente, Rückvergütung und Rückvergütungsmarken, Festsetzung von Detailpreisen in besonderen Fällen. Sofern ein Mitglied sich offensichtlich als seinen Aufgaben nicht gewachsen erweist und die Vorschläge der Direktion zur Behebung der Mißstände, worunter auch Maßnahmen wie Eröffnung und Schließung von Filialen, Kaufhäusern, Supermärkten und Spezialgeschäften, Änderungen im leitenden Personal, Verwaltungsgemeinschaften und Fusionen fallen, beharrlich ablehnt, kann der Ausschuß gemäß Artikel 15 erfolgen. In einem solchen Falle hat die Verbandsdirektion verbandseigenen Ersatz zu schaffen ...") - Für Rewe-Genossenschaften: "Wir haben es erlebt: Ohne auf wohlgemeinten und qualifizierten Rat zu hören und uneigennützig angebotene Hilfe zu akzeptieren, verursachten selbstherrliche Genossenschaften beträchtliche Verluste und hielten es dann für die selbstverständliche Solidaritäts-Pflicht der Gemeinschaft, diese Verluste abzudecken. Niemand kann aber auf die Dauer Risiko tragen, ohne zugleich ein Mindestmaß an demokratischer Mitgestaltung realisieren zu können. Es geht darum, die Interessen der Gemeinschaft gleichberechtigt neben die des Einzelmitgliedes zu stellen. Es muß das Recht geschaffen werden, die Gemeinschaft vor vermeidbaren Schäden zu bewahren. ... Neue Satzungen für die Rewe Zentrale und den Rewe-Prüfungsverband sollen dieses Recht begründen. Ohne die Autonomie der Genossenschaften und ihrer Gremien im Kern anzutasten, soll für die Gemeinschaft, d.h. die Zentrale, ein demokratisches Mitspracherecht geschaffen werden, das den Gremien der Genossenschaft ihre Entscheidungsfreiheit in keiner Weise nimmt, ihre Entscheidung jedoch im Falle unterschiedlicher Auffassungen zwischen Zentrale und Genossenschaft von Einstimmigkeit bzw. Dreiviertel-Mehrheit abhängig macht. Fällt eine solche Entscheidung gegen den Rat der Zentrale bzw. des Prüfungsverbandes, übernehmen diese Gremien die volle Verantwortung und Haftung; die Zentrale, d.h. die Gemeinschaft, wird aus ihrer Solidaritäts-Pflicht entlassen." (Wer stellt die Weichen?, in: Re-

we Echo Nr.14 v. 15. Juli 1968, S.6.) - "Bei Betrachtung der Voraussetzungen, die zur Vorlage einer Satzungsreform führten, müssen schließlich die geplante Änderung des Genossenschaftsgesetzes, die schon viel zu lange auf sich warten läßt, und die neue Mustersatzung des Deutschen Genossenschaftsverbandes berücksichtigt werden. Das ist bei Aufarbeitung des heute zur Diskussion stehenden Satzungs-Entwurfs geschehen. Im übrigen sind nicht nur die Satzungen der zentralen Institutionen reformbedürftig, sondern auch die der Einzelgenossenschaften. Alle Satzungen, die der Genossenschaften und die der Rewe Zentrale bzw. des Rewe-Prüfungsverbandes, bilden ein organisches Ganzes und ergänzen sich gegenseitig. Folgerichtig soll eine neue Mustersatzung für die Rewe-Genossenschaften noch in diesem Jahr einer außerordentlichen Generalversammlung zur Verabschiedung vorgelegt werden." (Dubberke, Hans Achim, Die Gemeinschaft fordert ihr Recht, in: Rewe Echo Nr.14 v. 15. Juli 1968, S.15) - "Für unsere Satzungen ergeben sich daraus die Folgerungen:

1. Verstärkung des Managements auf allen Stufen der Gruppe.
2. Schärfere Fassung der Pflichten der Mitglieder." (Ebenda, S.16) - Folgende Bestimmungen sind von besonderer Bedeutung:

"1. Es genügt nunmehr zu den Pflichten der Mitglieder (der Rewe Zentrale), die vom Vorstand in Abstimmung mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden aufgestellten Richtlinien für die Planung und Koordinierung aller der Rewe-Gruppe angeschlossenen Wirtschaftseinheiten im Rahmen der bei dem Mitgliede gegebenen wirtschaftlichen Verhältnisse und Möglichkeiten zu befolgen. Die Richtlinien können sich u.a. beziehen auf Sortimentgestaltung, Werbung und Vertrieb, Personalwesen und Schulung, Finanzierung, Investitionen, Gestaltung und einheitliche Kennzeichnung der Mitgliedbetriebe des Einzelhandels.

2. Der Rewe-Prüfungsverband erhielt die Möglichkeit, jede beabsichtigte Bestellung eines hauptamtlichen Vorstandsmitgliedes bzw. hauptamtlichen Geschäftsführers entscheidend zu beeinflussen, d.h. im Falle eines Einspruchs die Einstellung vom Dreiviertel-Mehrheitsbeschluß der Generalversammlung der Mitgliedsgenossenschaft nach Anhörung des Prüfungsverbandes abhängig zu machen. Ebenfalls kann der Prüfungsverband im Falle eines grobachtungsgeboten oder vorsätzlichen Verstoßes gegen die Grundsätze einer geordneten Geschäfts- oder Betriebsführung die Abberufung von Vorstandsmitgliedern bzw. der hauptamtlichen Geschäftsführung innerhalb eines Monats verlangen.

3. Ein Mitspracherecht besitzt der Prüfungsverband ferner bei Abschluß von Grundstücksverträgen, bei Abschluß von Miet- und Pachtverträgen und anderen Verträgen, welche im Einzelfall wiederkehrende Verpflichtungen für das Mitglied begründen, die jährlich ein Viertel des Eigenkapitals überschreiten, ferner bei Anschaffung von Geschäfts- und Betriebseinrichtungen (Investitionen), die in jedem Einzelfall die Hälfte des Eigenkapitals überschreiten. Gegen das Votum des Prüfungsverbandes kann nur dann gehandelt werden, wenn sowohl Vorstand als auch Aufsichtsrat der betreffenden Genossenschaft die Maßnahmen einstimmig beschließen." (Überwältigende Mehrheit für neue Satzung, in: Rewe Echo, Nr.17 v. 1.9.

sierten Gebilden niederer Organisationsordnung zentralgenossenschaftliche Mitbestimmungsrechte über Kapitalbeteiligungen oder Kreditgewährung , von oben« gesichert.¹

Die rechtlichen und faktischen Verhältnisse der gesamtorganisatorischen vertikalen Willensbildung und Entscheidungssteuerung sind in den einzelnen Genossenschaftssparten und auf den verschiedenen Organisationsstufen unterschiedlich gestaltet. Sie müßten in eingehenden Einzeluntersuchungen erst noch geklärt werden, - soweit dies überhaupt möglich ist.

Ein d i r e k t e r Stimmrechtseinfluß von personalwirtschaftlichen Mitgliederbetrieben bei Zentralen, Verbänden und sonstigen zentralen Gebilden ist in der Bundesrepublik Deutschland heute weitgehend ausgeschlossen. Wenn primärgenossenschaftliche Mitglieder in Entscheidungsgremien auf zentralgenossenschaftlicher Ebene mitwirken, so ist dies in der Regel nur in organschaftlicher Vertretung von primärgenossenschaftlichen Aufsichtsräten möglich. Daß Vorstandsmitglieder von Primärgenossenschaften nach § 9 GenG den Mitgliedschaftsstatus der von ihnen geleiteten Genossenschaften haben müssen, erachten wir angesichts der fortgeschrittenen Tendenz zu hauptamtlicher Geschäftsführung als ausgesprochene Rechtsformalität. Teilweise wird man die Formalisierung der nach § 36 I,1 GenG geforderten Mitgliedschaft gelegentlich auch schon bei genossenschaftlichen Aufsichtsräten unterstellen dürfen, wobei die nach dem Betriebsverfassungsgesetz (vom 11.10.1952, BGBl. I 681) in den Aufsichtsrat entsandten Arbeitnehmervertreter ohnehin von dieser Bestimmung ausgenommen sind.

1968, S.4/5) - Für Edeka Genossenschaften vgl. Bericht über den 58. Edeka Verbandstag in Berlin 1965, Hamburg o.J., S.25 ff.; Bericht über den 59. Edeka Verbandstag in Garmisch-Partenkirchen 1966, Hamburg o.J., S.29.

1 Vgl. Boettcher, Erik, Planung in Genossenschaften und Genossenschaftsverbänden, in: ZfgG Bd.17 (1967), Sonderheft: Planung im Genossenschaftswesen, S.42; Brixner, Jörg, Marktintegration durch bäuerlich-genossenschaftliche Aktiengesellschaften, a.a.O., S.13/14.

Es ist an dieser Stelle von Interesse, auf das Beispiel der schwedischen Konsumgenossenschaften aufmerksam zu machen. In teilweiser Anlehnung an den bereits bestehenden Stufenaufbau der schwedischen Konsumgenossenschaften ist im Jahre 1968 eine Neuordnung der Statuten des Kooperativa Förbundet (KF), Zentralverband und Großeinkaufsgesellschaft der schwedischen Konsumgenossenschaften, beschlossen worden. Danach ist die gesamte demokratische Stufenorganisation der schwedischen Konsumgenossenschaften unter dem Aspekt der M i t g l i e d e r Beteiligung im Entscheidungsprozeß, auch im KF selbst, im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland anders geregelt.

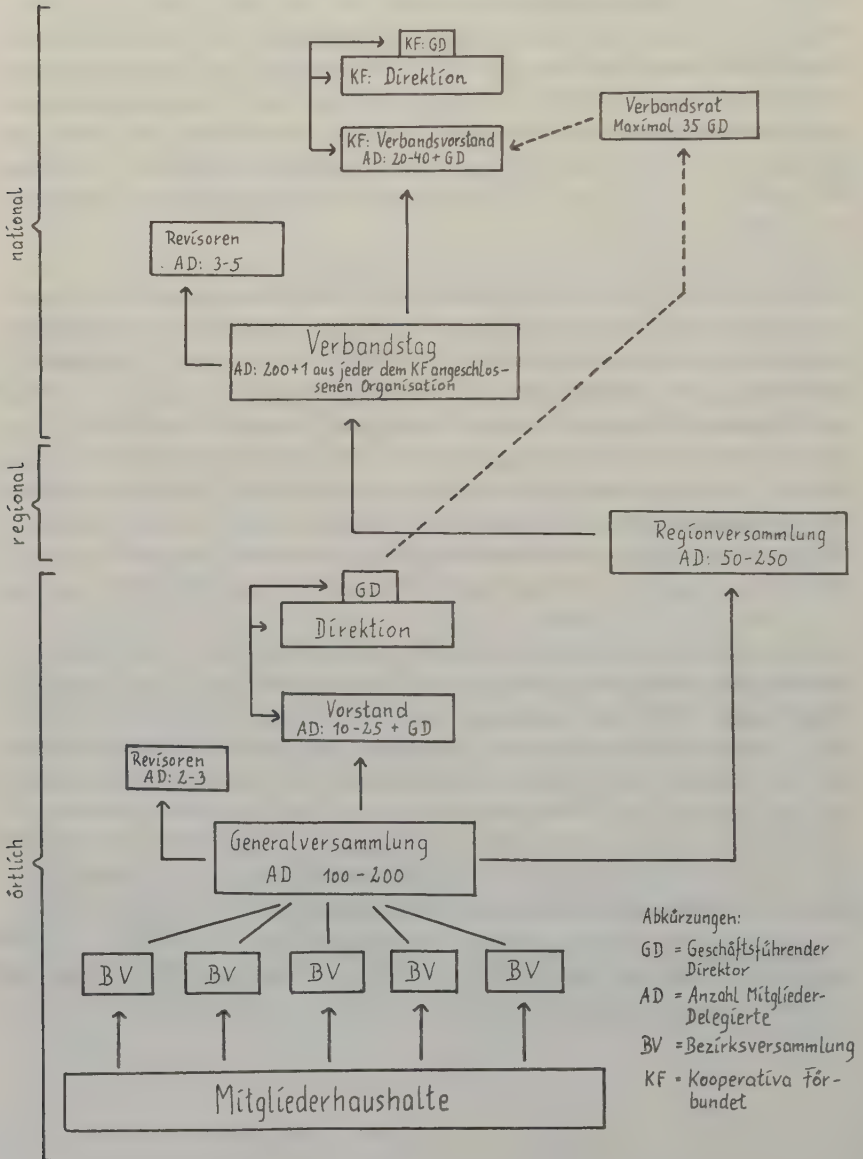
Die Entscheidungsorgane der örtlichen Konsumgenossenschaften in Schweden sind die Generalversammlung (bzw. Vertreterversammlung) der Mitglieder, der Vorstand und die Direktion. Der frühere Aufsichtsrat ist abgeschafft; dessen Funktionen sind auf den Vorstand übergegangen. Der Vorstand wird auf der Generalversammlung für 2 Jahre gewählt; er besteht je nach Größe der Genossenschaft aus 10 bis 25 Personen, die Mitglieder-Delegierte sein müssen und nicht in der Genossenschaft angestellt sein dürfen. Die Direktion besteht aus angestellten Managern. An ihrer Spitze steht der Generaldirektor; er ist zugleich auch Mitglied des Vorstandes.

Die Verbindung der örtlichen Genossenschaftsmitglieder und der Ortsgenossenschaften zum KF wird über die Regionversammlung hergestellt. In diese kann jede Ortsgenossenschaft je nach Mitgliederzahl einige von der Generalversammlung zu bestimmende Mitgliedervertreter entsenden, wobei vorgeschlagen ist, die Mitglieder des Vorstandes der örtlichen Konsumgenossenschaften dabei besonders zu berücksichtigen. Jede Regionversammlung besteht so aus 50 bis 250 Mitglieder-Delegierten. Aus ihrem Kreis werden je nach der Zahl der repräsentierten örtlichen Haushalte a) Delegierte zum zentralen Verbandstag, der Generalversammlung des KF ist, entsandt und b) Delegierte für den Vorstand des KF vorgeschlagen, die dann vom Verbandstag gewählt werden.

Organisationskizze

der demokratischen Organisation der Konsumgenossenschaften in Schweden

(Für nähere Einzelheiten vgl. Informationen vom Sekretariat des Kooperativa Förbundet v. 11. 7. 1969, S. 20/21.)



Die Entscheidungsorgane des KF sind die Generalversammlung (= Verbandstag der gesamten Bewegung), der Vorstand und die Direktion. Die von der Regionversammlung für den Verbandstag nominierten Vertreter dürfen höchstens zu ein Drittel aus Angestellten der örtlichen Konsumgenossenschaften bestehen. Von den vorgeschlagenen Delegierten zum KF-Vorstand darf k e i n e r in einer dem KF angegliederten Genossenschaft oder Organisation angestellt sein. Es ist jedoch empfohlen, daß die Mitglieder des KF-Vorstandes (20-40 Personen) unter den Mitgliedern der Vorstände der örtlichen Genossenschaften ausgewählt werden. Die Direktion des KF besteht in ihrerseits wieder aus angestellten Managern, mit einem Generaldirektor an der Spitze, der zugleich dem KF-Vorstand als Mitglied angehört.

Die Zusammenarbeit zwischen den Direktoren der örtlichen Konsumgenossenschaften und dem KF ist über den Verbandsrat hergestellt. Dieser besteht ausschließlich aus Genossenschaftsleitern und kann höchstens 30 Personen umfassen. Der Verbandsrat hat keine Entscheidungsgewalt, sondern nur Beratungs- und Vorschlagsfunktionen.

In der beschriebenen Weise sind in Schweden institutionelle Garantien dafür geschaffen, daß die Mitglieder der örtlichen Konsumgenossenschaften rechtlich gesichert und faktisch wirksam sowohl in den Organen der Ortsgenossenschaft (Generalversammlung, Vorstand) als auch in denen des KF (Verbandstag, Vorstand) ihren Willen, notfalls auch gegen die angestellten Manager der Bewegung, durchsetzen können. Dabei ist diesen hauptamtlichen Managern in großzügiger Weise die erforderliche Entscheidungsfreiheit in der laufenden Geschäftsführung der Unternehmen gewährleistet.¹

(Vgl. dazu auch die Organisationsskizze der demokratischen Organisation der Konsumgenossenschaften in Schweden.)

1 Für weitere Einzelheiten zur Willensbildungsorganisation der schwedischen Konsumgenossenschaften vgl. Informationen vom Sekretariat des KF:

- a) vom 25.11.1966, Memorandum über die Beziehungen zwischen Kooperativa Förbundet und den ihm angegliederten Genossenschaften, 11 S.
- b) o. Datum, Vorschlag betreffs der zukünftigen Organisation des schwedischen Konsumgenossenschaftswesens (Zusammenfassung des

c. Vertikale finanzielle Beteiligungen

Wenn wir nachfolgend einige Hinweise auf verschiedene Formen vertikaler finanzieller Verflechtungen im Genossenschaftswesen geben, so erfolgt dies nicht in der Erkenntnisabsicht, das Thema »genossenschaftliche Finanzierung« zu behandeln. Wir beabsichtigen hier – dies darf an dieser Stelle noch einmal wiederholt werden –, auf dem Hintergrund des gestuften und gegliederten Aufbaus der Spartenorganisation in einer Art Momentaufnahme einige charakteristische finanzielle Verbindungslinien zwischen den bestehenden Gliedgebilden aufzuzeigen, um damit zu verdeutlichen, auf welche Weise die Koordination und Integration der gesamtorganisatorischen Gebildevielfalt gewährleistet ist.

Die »klassischen« genossenschaftlichen Kapitalbeteiligungen verlaufen in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft »von unten nach oben«. Gemeint sind damit die Geschäftsanteile von Genossenschaftsmitgliedern bei Primärgenossenschaften, die durch eine, heute in der Regel beschränkte, Haftsumme (§ 2 GenG) ergänzt sind. Die Höhe des Geschäftsanteils und die darauf tatsächlich zu leistenden Einzahlungen (Geschäftsguthaben) müssen in der Genossenschaftssatzung (§ 7 Ziff. 3 GenG) bestimmt sein. Es handelt sich bei dieser Form finanzieller Beteiligung von Mitgliedern an einer Primärgenossenschaft im Durchschnitt um kleine Kapitalbeträ-

Vorschlaßes, den das Strukturkomitee vom Jahre 1964 dem Reichskongreß des Jahres 1967 unterbreitet hat), 24 S.

- c) vom 12.2.1969, Vorschlag zu Statuten für Kooperativa Förbundet, "wirtschaftlicher Verein", mit Arbeitsordnung für den Vorstand des KF und Wahlordnung, gutgeheißen von den außerordentlichen Kongressen des Jahres 1968, 40 S.
- d) vom 11.7.1969, Statuten für Kooperativa Förbundet, wirtschaftlicher Verein, mit Arbeitsordnung für den Vorstand des KF und Wahlordnung, laut Beschluß des außerordentlichen Reichskongresses mit dem Kooperativa Förbundet den 18. bis 19. November 1968 und dessen ordentlichen Kongresses den 2. bis 3. Juni 1969 sowie des Verbandstages den 30. November 1969, 40 S.

ge;¹ ein Stimmrecht in der Generalversammlung ist an den Geschäftsanteil nicht geknüpft.

Die Summe der Mitglieder-Geschäftsguthaben bei allen Ortsgenossenschaften betrug 1968 3 977 Mio. DM. Daraus ergibt sich bei 11,68 Mio. Genossenschaftsmitgliedern ein Durchschnittsgeschäftsguthaben von DM 340,-. Die Höhe der Eigenmittel (Geschäftsguthaben + offene Reserven) der Ortsgenossenschaften (1968: 7 865 Mio. DM) übersteigt die Geschäftsguthabensumme etwa um 100 %. An den Reserven sind die Mitglieder nicht beteiligt.

Die »klassischen« vertikalen Beteiligungen von unten setzen sich in der Spartenorganisation des Genossenschaftswesens über die Primärgenossenschaften hinaus zu den Warenzentralen hin fort. (Die Prüfungsverbände haben durchwegs die Rechtsform des eingetragenen Vereins. Finanzielle Beteiligungen bei ihnen können nicht entstehen. Die Finanzierung der Verbandsaufgaben und des Verbandsvermögens erfolgt über jährliche Verbandsbeiträge und Gebühren.) Eingetragene Genossenschaften können sich nach § 1 II GenG "an Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen einschließlich der Körperschaften des öffentlichen Rechts" beteiligen, wenn diese Beteiligung "1. der Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft

1	Geschäftsguthaben d. Mitglieder in Mio. DM (1968)	Haftsummen der beschr. haftenden Genossen in Mio. DM (1967)	Durchschnittsgeschäftsguthaben je Mitglied in DM (1968)
bei allen Ortsgenossenschaften	3 977	6 270	340
davon Kreditgen.	1 395	3 350	245
Waren- u. Betriebsgen.	1 340	1 640	591
Konsumgen.	70	115	30
Wohnungsbaugen.	1 150	1 165	818

Quelle: DGK, Die Genossenschaften in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1968, S.66.

der Mitglieder der Genossenschaft oder 2. ohne den alleinigen oder überwiegenden Zweck der Genossenschaft zu bilden, gemeinnützigen Bestrebungen der Genossenschaft zu dienen bestimmt (sind)".

Die zentralgenossenschaftlichen Unternehmen sind heute in der Mehrzahl in nichtgenossenschaftlicher Rechtsform organisiert, vorwiegend als Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Die Vertikalbeteiligungen der Primärgenossenschaften erfolgen daher neben der Form des Geschäftsanteils der eingetragenen Genossenschaft ihrer wirtschaftlichen Bedeutung nach vorwiegend in Form von GmbH-Anteilen und Aktien. Die durchschnittliche Höhe dieser Beteiligungen liegt erheblich über derjenigen von primärgenossenschaftlichen Mitgliedern an ihren primärgenossenschaftlichen Betrieben. Eine besondere Statistik darüber ist nicht bekannt.¹ Die Eigenmittel (Geschäftsguthaben bzw. Grundkapital + offene Rücklagen) der 1968 erfaßten 125 Genossenschaftszentralen betrugen 1 914 Mio. DM. Wenn wir ein Verhältnis von Eigenmittel zu Rücklagen = 2 : 1 annehmen, so bedeutet dies bei 21 219 registrierten² Ortsgenossenschaften eine durchschnittliche Beteiligung von DM 45 000,-. Bei dieser Zahlenangabe ist jedoch zu beachten, daß 1. die Kapitalgewichte der verschiedenen Zentralgenossenschaften höchst unterschiedlich sind, 2. daß eine Reihe von Primärgenossenschaften nur sehr schwach oder überhaupt nicht zentralgenossenschaftlich integriert ist und 3. daß in der genannten Statistik nicht alle Zentralgenossenschaften und Institutionen erfaßt sind, wenigstens insoweit nicht, als es sich um überwiegende Tochtergesellschaften von Warenzentralen und sonstige Zwischengestalt handelt.

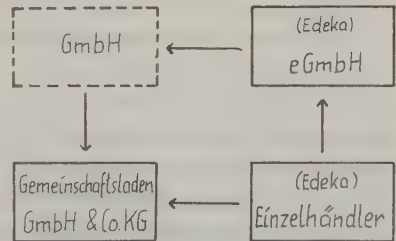
Die beschriebenen klassischen Vertikalbeteiligungen sind heute

1 Eine instruktive Erfassung und Berechnung wichtiger Beteiligungen von Primärgenossenschaften bei Zentralen ist, vorwiegend für das Jahr 1953, enthalten in: Draheim, Georg, Genossenschaftliche Zusammenschlüsse, in: Zur Ökonomisierung ..., a.a.O., S.125 u. S.131.

2 Zahlenangaben aus: DGK, Die Genossenschaften der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1968, a.a.O., S.65 ff.

durch eine Vielzahl anderer finanzieller Beteiligungsformen ergänzt, in einzelnen Genossenschaftsbereichen in ihrer Wachstumsbedeutung vielfach sogar in den Hintergrund gedrängt worden. Die genossenschaftlichen Beteiligungen sind in ihren Formen, Ebenen und Richtungen über die traditionellen Vorstellungen längst hinausgewachsen. Diese Entwicklung wollen wir durch einige auffallende, z.T. bereits an früherer Stelle erwähnte Beispiele dokumentieren. Teils handelt es sich bei diesen »neuen« Beteiligungsformen um solche »von unten«, immer mehr aber sind auch Finanzierungsströme »von oben« entstanden. Neue Wege der Beteiligung und Finanzierung sind vor allem in jenen Bereichen des Genossenschaftswesens, die in hohem Grade dem marktwirtschaftlichen Gruppenwettbewerb ausgesetzt sind, immer mehr im Vordringen.

Zunächst erinnern wir in diesem Zusammenhang noch einmal an jene Dreiecksgebilde, die Elemente horizontaler und vertikaler Kooperation zugleich enthalten. Ein Beispiel dafür im Verhältnis primär-genossenschaftlicher Mitglieder und Primär-genossenschaftsbetrieb bilden die sog. Edeka Gemeinschaftsläden in der Rechtsform der GmbH & Co. KG. An ihnen ist die örtliche Edeka-Genossenschaft über eine von ihr gegründete GmbH als Komplementär und sind die Edeka-Einzelhändler über Kommanditanteile als Kommanditisten beteiligt. In neuerer Zeit werden solche Gemeinschaftsläden zunehmend als reine Tochterbetriebe der Edeka Genossenschaft in der Rechtsform der GmbH betrieben, wobei interessierte Einzelhändler sich daran als Stille Gesellschafter unter Festsetzung einer Mindestverzinsung mit Kapitaleinlagen beteiligen können.¹

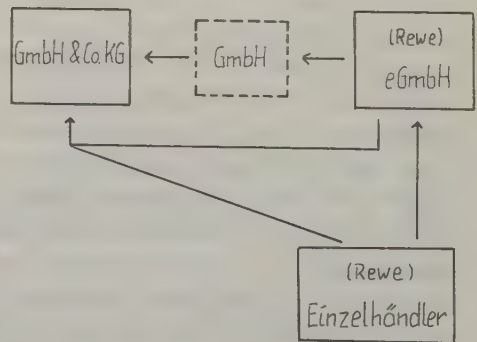


Auch die Rewe Organisation betreibt solche Gemeinschaftsläden. Aus ihrem Bereich sind konkrete Zahlen für ein Projekt in München,

¹ Vgl. Jahresbericht 1968 der Edeka Handelsgruppe, a.a.O., S.25.

der "Rewe Großraumläden GmbH & Co. KG", bekannt geworden. "Auch in diesem Falle bewährte sich die Rechtsform der GmbH & Co. KG vor allem auf dem Finanzierungssektor. Man wählte allerdings eine modifizierte Konstruktion. Und zwar gründete die Genossenschaft mit einer Stammeinlage von 20 000 DM die GmbH, die wiederum in der GmbH & Co. KG als Komplementärin auftritt. Gleichzeitig trat die Genossenschaft der KG als Kommanditistin bei und gab in dieser Rolle Kommanditanteile im Werte von jeweils 1 000 DM an interessierte Kaufleute weiter. Die Verwaltung der Kommanditisten-Rechte erfolgt also treuhänderisch durch die Genossenschaft. Das Start-Kapital von 100 000 DM ist inzwischen auf 1 150 000 DM angewachsen. Die Höchsteinlage beträgt 30 000 DM. Bei wachsendem Geschäftsvolumen erhöht jeweils die Genossenschaft das Kommandit-Kapital und fordert dann die Kunden zur Zeichnung von Anteilen auf."¹

Ähnliche Beteiligungskonstruktionen wie bei Gemeinschaftsläden ergeben sich bei den Rewe-Genossenschaften selbst, insoweit sie von der Empfehlung Gebrauch gemacht haben, ihren Geschäftsbetrieb rechtlich aus der eingetragenen Genossenschaft auszugliedern und in eine GmbH & Co. KG einzubringen. Auch dort ist die eGmbH über eine dazwischengeschaltete GmbH als Komplementär tätig, während die Einzelhändler Kommanditanteile mit einer garantierten Mindestverzinsung von 10 % zeichnen. Die Rewe München ist als erste Genossenschaft in dieser Form umstrukturiert worden. Seit dieser Umgründung ist die Rewe München praktisch aller Finanzierungssorgen ledig und "von 280 Mitgliedern beteiligten sich auf Anhieb rund



¹ Beckersjürgen, Bruno, Selbsthilfe in modernem Rechtskleid, in: Handelsblatt v. 10.3.1969, S.11.

150 an der neuen Konstruktion. Ende 1968 registrierte man 170 Kommanditisten mit Einlagen in Höhe von rund 1 060 000 DM. Die Mindesteinlage beträgt 3 000 DM, die Hochsteinlage 30 000 DM. Bislang zeichneten sieben Münchener Rewe-Kauileute die Höchststeinlage. Da der Kapitalbedarf des Unternehmens zur Zeit voll gedeckt ist, werden im Augenblick keine weiteren Kommanditanteile aufgenommen."¹

Als weitere neue Beteiligungsformen »von unten nach oben« sind jene zu nennen, die eine `direkte` Verbindung zwischen primären Mitgliederwirtschaften und zentralgenossenschaftlichen Wirtschaftsunternehmen oder Finanzierungsgebilden herstellen.

Wir erinnern an die Möglichkeit für Konsumgenossenschaftsmitglieder und andere interessierte Personen, sich über den Erwerb von `co op` Immobilien-Anteilscheinen am `co op` Immobilienfonds und damit indirekt am Ertrag und der Wertentwicklung der davon erworbenen Anlagen im Bereich der Konsumgenossenschaftsorganisation zu beteiligen.² Im Bereich der ländlichen Genossenschaftssparte nennen wir als Beispiel die Württ. Raiffeisen-Anlagen-AG, die 1965 in Stuttgart mit einem Grundkapital von 5 Mio. DM auf Initiative und unter Mitwirkung der Württ. landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft - Raiffeisen - eGmbH gegründet worden ist. Über sie können sich Landwirte durch Zeichnung von Aktien indirekt am Ertrag und der Wertentwicklung von (vor allem landwirtschaftlichen) Vermarktungsunternehmen beteiligen. Die gezeichneten Aktien sind normalerweise je mit einem Stimmrecht verbunden. In einer nicht näher bekanntgegebenen Weise ist jedoch institutionell verankert worden, daß die landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft als Muttergesellschaft entweder über die Stammaktienmehrheit oder in sonstiger Weise den bestimmenden Einfluß auf die Geschäftspolitik der Anlagengesellschaft behält.

¹ Beckersjürgen, Bruno, Selbsthilfe in modernem Rechtskleid, a.a.O.

² Vgl. S.104 f. dieser Arbeit.

In verschiedenen Verbandsbezirken der ländlichen Genossenschafts-sparte sind beachtliche Direktbeteiligungen von Landwirten an zentralgenossenschaftlichen Vermarktungsunternehmen verwirklicht. Diese Vermarktungsunternehmen haben vorwiegend die Rechtsform der AG. Die Aktienmehrheit, zumindest aber ein gewisser Stimmrechtseinfluß in der Aktionärsversammlung, befindet sich jeweils in den Händen einer zentralgenossenschaftlichen Muttergesellschaft. Von derartigen "bäuerlich-genossenschaftlichen Aktiengesellschaften" ist ausführlich aus dem Bereich der ländlichen Genossenschaftsorganisation Württembergs berichtet worden. Es handelt sich dabei um "die 1957 gegründete 'Unterland Konserven und Tiefkühlkost AG' in Bad Friedrichshall bei Heilbronn mit rund 750 bäuerlichen Aktionären und einem Grundkapital von 1,8 Mio. DM; die 1961 gegründete 'Naturella Südsaft AG' in Winnenden bei Stuttgart mit rund 4 000 bäuerlichen Aktionären und einem Grundkapital von 6,6 Mio. DM; und die 1963 gegründete 'Württ. Viehverwertung AG' in Stuttgart mit rund 7 500 bäuerlichen Aktionären und einem Grundkapital von 8,3 Mio. DM."¹ Die Kapitalanteile an den Vermarktungsunternehmen wurden als Namensaktien, deren Übertragung an die Zustimmung der Gesellschaft gebunden ist, ausgegeben. Sie sind mit (Stammaktien!) oder ohne (Vorzugsaktien!) Stimmrecht bei der Aktionärsversammlung ausgestattet und in der Regel mit vertraglich gesicherten Nebenleistungspflichten bzw. -rechten verbunden. Auf die zuletzt genannten Vertragsabmachungen werden wir in einem späteren Zusammenhang zurückkommen.

Alle bisher besprochenen finanziellen Beteiligungsformen könnten, auch wenn sie oft in ganz entscheidenden Punkten von der klassischen Geschäftsanteilsfinanzierung abweichen, in einer entsprechend weiten Interpretation durchaus als Kapitalströme bezeichnet werden, die von einer jeweils niederen Organisationsebene kommen und zu Gebilden auf höherer Organisationsebene führen. Das traditionelle Prinzip » von unten nach oben « ist gewahrt. Dort wo es aus betriebswirtschaftlichen und wettbewerblichen Gründen notwen-

1 Brixner, Jörg, Marktintegration durch bäuerlich-genossenschaftliche Aktiengesellschaften, a.a.O., S.1/2.

dig ist, einen größeren Kapitalbedarf zu decken und die unternehmerische Kapitalbasis vor Schwankungen durch Mitgliederfluktuation zu sichern, werden heute nicht selten nichtgenossenschaftliche Rechtsformen mit »kapitalistischen« Beteiligungsformen gewählt.

In zunehmendem Ausmaß ist es jedoch in fast allen Genossenschaftssparten heute nicht mehr möglich, durch Kapitalaufbringung »von unten nach oben« alle Kapitallücken für Großinvestitionen zu schließen und darüber hinaus die Kapitalströme schnell jeweils zu den für eine gesamtorganisatorische Entwicklungsplanung **d r i n g l i c h s t e n** Projekten zu lenken. Aus diesen Gründen und in diesem Sinne sind im Rahmen einer engen spartenorientierten Gruppenpolitik heute immer mehr finanzielle Beteiligungen »von oben nach unten« festzustellen. Dabei handelt es sich durchwegs um große, marktstrategisch wichtige Unternehmenobjekte, die von zentralen Geschäftsanstalten oder Banken - im Alleingang oder auch in Kooperation mit organisationsniedrigeren Gliedgebilden - realisiert werden.

Als erstes Beispiel für die Vielzahl der Kapitalströme »von oben« nennen wir die **K r e d i t g e w ä h r u n g e n** von Zentralgenossenschaften, organisationsinternen Banken oder bankähnlichen Finanzierungsgebilden an Primärgenossenschaften und an Genossenschaftsmitgliedern. Boettcher spricht in diesem Zusammenhang von **F i n a n z i e r u n g s m a c h t** zentralgenossenschaftlicher Institutionen. "Es ist geradezu eine Binsenwahrheit, daß Kreditgeber die Entscheidungen von Kredit benötigenden Wirtschaftssubjekten durch gezielte Gewährung bzw. Nichtgewährung der Kredite in eine von ihnen gewünschte Richtung hin beeinflussen können. Das gilt auch für Genossenschaften. Immer wenn Neuerungen eingeführt oder irgendwelche Projekte durchgeführt werden sollen, ist es vorteilhaft und daher auch für Genossenschaften zweckmäßig, wenn eigene Kreditinstitute zur Verfügung stehen."¹ Als bankähnliche zentralgenossenschaftliche Finanzierungsgebilde für Kredite an Pri-

1 Boettcher, Erik, Planung in Genossenschaften und Genossenschaftsverbänden, in: ZfgG Bd.17 (1967), Sonderheft, S.42.

märgenossenschaften haben wir auf die an verschiedenen Stellen bestehenden Bürgschaftsgemeinschaften und Kreditgarantiegemeinschaften hinzuweisen. Ein Beispiel dafür stellt die Aufbaugenossenschaft der deutschen Konsumgenossenschaften eGmbH, Hamburg, dar, deren Zweck es ist, "1. durch Übernahme von Bürgschaften den Konsumgenossenschaften und ihren Einrichtungen die Aufnahme von Krediten zur Rationalisierung und Verbesserung der Versorgung ihrer Mitglieder zu erleichtern, 2. durch Bereitstellung von Investitionskrediten an Konsumgenossenschaften und ihre Einrichtungen die Erweiterung und Rationalisierung der Betriebe zu fördern."¹ Der Geschäftsanteil der Aufbaugenossenschaft beträgt 400,- DM und die damit verbundene Haftsumme 10 000,- DM. Ein Mitglied kann bis zu 2 000 Geschäftsanteile übernehmen.

Ende 1967 waren der Aufbaugenossenschaft 157 Mitglieder angeschlossen, vor allem örtliche Konsumgenossenschaften und die GEG. Die GEG hatte 1967 allein mehr als 1 000 Geschäftsanteile gezeichnet. Von den zwei Vorstandsmitgliedern wird satzungsgemäß eines von der GEG und eines vom konsumgenossenschaftlichen Prüfungsverband² gestellt.

Die Aufbaugenossenschaft hatte Ende 1967 Bürgschaftskredite in Höhe von 31 Mio. DM vermittelt³, wovon allein die GEG für etwa 10 Mio. DM haftete⁴. "Die gewährten Kreditmittel wurden ausnahmslos für Investitionen verwendet, deren Wirtschaftlichkeit durch die zuständigen Fachabteilungen der konsumgenossenschaftlichen Zentralorgane eingehend geprüft und bestätigt wurde. Wie in den Vorjahren wurden zur Zwischenfinanzierung im Bedarfsfalle kurzfristige Darlehen aus Eigenmitteln der Aufbaugenossenschaft einge-

1 § 2 der Satzung der Aufbaugenossenschaft der deutschen Konsumgenossenschaften eGmbH.

2 Ob sich nach Gründung des Bundes deutscher Konsumgenossenschaften hier eine Änderung ergeben hat, ist uns nicht bekannt.

3 Vgl. Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V., Hamburg 1967, S.80.

4 Vgl. Geschäftsbericht 1967 der GEG, S.36: "Die Haftsummen aus den Beteiligungen an Genossenschaften, insbesondere an der Aufbaugenossenschaft der deutschen Konsumgenossenschaften eGmbH betrugen 10 157 750,- DM".

setzt, wobei jeweils eine Umschuldung in langfristige Darlehen gewährleistet war."¹ Die verbürgten Kredite selbst wurden überwiegend über Kreditkontingente bei den verschiedenen Niederlassungen der Bank für Gemeinwirtschaft und bei der DGK vermittelt.

Als nächste Form finanzieller Beteiligungen von oben ist der Ankauf von Anlagewerten (Grundstücke, Gebäude, Maschinen usw.) durch zentralgenossenschaftliche Organisationsgebilde und deren Vermietung (vornehmlich im Leasing-Verfahren²) oder Verpachtung an organisationsniedrigere Gebilde (z.B. Primärgenossenschaften) zu nennen. Wir erinnern an das Beispiel der co op Immobilien-AG³. Im Rahmen der Edeka Handelsgruppe hat "Edeka Immobilien- und Treuhand AG"⁴ in Zusammenarbeit mit der Ende 1967 als Tochtergesellschaft des Edeka Verbandes e.V. gegründeten "Edeka Treuhand Verwaltung GmbH"⁴ ähnliche Aufgaben übernommen.

Als auffälligste Beteiligung bzw. Finanzierung » von oben « darf das unmittelbare Vordringen von Zentralgeschäftsanstalten in den Geschäftsbereich von Primärgenossenschaften oder primärgenossenschaftlichen Mitgliedern bezeichnet werden. Dies erfolgt entweder über Gemeinschaftsgebilde in finanzieller Kooperation mit den jeweiligen Ortsgenossenschaften oder auch im Alleingang. Die bemerkenswertesten Beispiele dafür sind aus dem Bereich der Konsum-, Edeka- und Rewe-Genossenschaftsorganisation zu registrieren. Aber

1 Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V., Hamburg 1967, S.80.

2 Koch, Peter, und Haag, Joachim, Die Rechtsnatur des Leasing-Vertrages, in: Der Betriebsberater, 23.Jg. (1968), S.94: "Für den Leasingnehmer stellt sich das Leasing-Geschäft als Finanzierung dar; denn die Leasing-Gesellschaft 'besorgt' ihm den betreffenden Gegenstand. Es handelt sich im Gegensatz zur Miete nicht um den vorübergehenden Erwerb einer Gebrauchsmöglichkeit, sondern der Gegenstand wird in das Vermögen des Leasingnehmers eingegliedert, obwohl diesem nicht das Eigentum daran zusteht. Diese Unterscheidung zur Miete erklärt sich daher, daß dem Leasingnehmer die betreffende Sache regelmäßig für ihre gesamte wirtschaftliche Nutzungsdauer überlassen wird".

3 Vgl. S.104 f. dieser Arbeit.

4 Vgl. Jahresbericht 1968 der Edeka Handelsgruppe, a.a.O., S.85.

auch die Rückwärtsfilialisierung z.B. der BayWa in Bayern¹ kann durchaus auch in diesem Sinn gedeutet werden.

Die GEG, früher hauptsächlich Groß e i n k a u f s gesellschaft der Konsumgenossenschaften, ist in neuerer Zeit immer mehr selbst zum E i n z e l h ä n d l e r geworden. Dies gilt nicht nur für Gebrauchswaren und Möbel (eigene Warenhäuser, Versandgeschäft, Möbelhauskette), sondern auch auf dem unmittelbaren Lebensmittelverkaufsbereich der örtlichen Konsumgenossenschaften. Ende 1968 betrieb "die Unternehmensgruppe co op 15 co op-Centers, die in der Mehrzahl gemeinsam von den lokalen Konsumgenossenschaften und der GEG geführt werden."² A l l e i n betreibt die GEG über die "co op-Supermarkt GmbH, Frankfurt" den Supermarkt im Main-Taunus-Einkaufszentrum, Frankfurt. Bemerkenswert ist auch der Erwerb der gesamten, damals allerdings liquidationsreifen Konsumgenossenschaft Landshut im Jahre 1966 durch die GEG. Diese wird heute von ihr über die Tochtergesellschaft "GROWA, Gesellschaft für Warenvertrieb mbH"³ mit etwa 20 Ladeneinheiten weitergeführt.

Beispiele für ein unmittelbares geschäftliches und finanzielles Vordringen auf organisationsniederere Mitgliederebenen sind auch aus anderen Genossenschaftssparten bekannt. Die "Salewa Stoffe - Tapeten - Teppiche eGmbH" ist ursprünglich als E i n k a u f s - genossenschaft des Polsterer-, Sattler-, Tapezierer- und Dekorateurhandwerks gegründet worden und ausschließlich tätig gewesen. Mit zunehmender Größenentwicklung hat diese Genossenschaft sich heute soweit verselbständigt, daß sie in der Lage ist, über zwei moderne Warenhäuser in München und Augsburg in Konkurrenz mit ihren eigenen Mitgliedern den Direktverkauf an die Endverbraucher zu betreiben.⁴ Die laufende Sortimentsausweitung der Genossenschaf-

1 Vgl. S.92 dieser Arbeit.

2 Vgl. GEG, Geschäftsbericht 1968, S.32.

3 Vgl. GEG, Geschäftsbericht 1967, S.30.

4 Vgl. Kathrein, Oswald, Realitäten in der Geschäftspolitik der Handwerker-genossenschaften, in: Deutscher Genossenschaftstag Dortmund 1967, Wiesbaden o.J., S.133/134.

ten des Polsterer-, Sattler-, Tapezierer- und Dekorateurhandwerks "wurde ergänzt durch neue Wege der Förderungsleistungen der Genossenschaften, um zum wirtschaftlichen Vorteil der Mitglieder auch deren Kunden mit Hilfe der genossenschaftlichen Unternehmenseinrichtungen anzusprechen. So wurden in steigender Zahl genossenschaftseigene Einzelhandelsgeschäfte errichtet, die mit ihren Auslagen für die Leistungen der Mitglieder werben und zugleich den Verkauf von Stoffen usw. an die Kunden des einzelnen Handwerkers, der nur als Vermittler auftritt, vornehmen. Diese Gemeinschaftsläden unterhalten ein umfassendes und modernes Sortiment in fast allen Artikeln der Raumausstattung und entlasten so den einzelnen Polsterer- und Tapezierermeister von der Lagerhaltung einer grossen Stoffauswahl, für die er in der Regel ohnehin nicht die finanziellen Mittel hätte."¹ Die frühere Vermittlungstätigkeit der handwerklichen Genossenschaftsmitglieder ist inzwischen weitgehend entfallen. Die genannten Einzelhandelsgeschäfte verkaufen heute überwiegend auf eigene Rechnung und ohne Einschaltung von Mitgliedern direkt an Kunden.

Damit beenden wir unsere Darstellung der vertikalen Kapitalströme und -verbindungen im Stufenaufbau der Spartenorganisation. Sie ermöglicht keinen zureichenden Gesamtüberblick; vielmehr ist nur anhand einiger typischer und aktueller Beispiele punktuell gezeigt worden, wie diese finanziellen Verbindungslinien heute verlaufen. Wir haben bei unseren Feststellungen in der Regel weder nach den Gründen gefragt, die die Existenz der verschiedenen Beteiligungslinien hinsichtlich ihres Zustandekommens verständlich machen, noch haben wir damit ein rechtfertigendes Urteil über deren genossenschaftliche Zieladäquanz verbunden. Die neuen genossenschaftlichen Beteiligungsformen sind nicht selten mit anteilbezogenen Stimm- und Dividendenrechten verknüpft, wobei unmittelbare Mitgliedschaftsbeziehungen bei eingetragenen (Primär-)Genossenschaften zurücktreten können oder völlig außer acht bleiben.

¹ Brink, Hans-Jürgen, Die Einkaufsgenossenschaften des Handwerks in der Bundesrepublik Deutschland, Köln und Opladen 1967, S.50.

Mit Sicherheit bestehen in der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft von heute wechselseitige Kapitalverflechtungen - »von unten nach oben« und »von oben nach unten«. Das Entstehen neuer Beteiligungsformen hat nicht zur Verdrängung der traditionellen geführt. Es scheint, als ob für die organisatorische Fortentwicklung des Genossenschaftswesens die neuen Formen zunehmend an Bedeutung gewonnen haben. Die Kapitallinien »von oben« sind teils an den traditionellen, niedereren Organisationsgebilden überhaupt vorbei und in eine andere Richtung gegangen, teils haben sie eine außerordentliche Bedeutung zur gruppenorientierten Steuerung der organisationsniedereren, anlagebereiten Finanzkräfte und -ströme erlangt. In diesem Sinne könnte man dem zentralgenossenschaftlichen Finanzengagement geradezu eine gesamtorganisatorische »Feuerwehr«-Funktion an Stellen mit besonderer Investitionspriorität zusprechen.

d. Personliche Beziehungen

Bei den folgenden Erörterungen geht es darum, bestimmte Arten von zwischenmenschlichen Beziehungen der im genossenschaftlichen Organisationsgefüge erfaßten Personen aufzuzeigen, nämlich die vertikalen. Es geht um die Beziehungen, die geeignet und faktisch wirksam sind zur Überbrückung und Koordinierung der verschiedenen Organisationsebenen. In diesem Sinne betrachten wir an Beispielen die persönlichen Kontakte, die zwischen den Genossenschaftsmitgliedern und den Angestellten bzw. Funktionären der Gemeinschaftsbetriebe bestehen, ebenso diejenigen, die von dieser Ebene weiter zu den zentralen Zusammenschlüssen führen. Wir werden hier einige **F o r m e n** dieser Beziehungen aufzeigen; über deren faktische Intensität, Dauer und Integrationswirksamkeit können wir kaum Aussagen machen. Hierzu sind weitergehende empirische Untersuchungen notwendig. Zwischenmenschliche Beziehungen dieser mehr zweckorientierten Art sind jedoch so sehr von individuellen und unvorhersehbaren Einflüssen abhängig, daß auch umfassende soziologische Faktenanalysen über bloße momentane Bestandsaufnahmen nicht hinauskommen dürften. Über die grundsätzliche Bindungswirksamkeit jedoch

sollte es keinen Zweifel geben.

In der Genossenschaftswissenschaft sind die vertikalen Sozialkontakte gegenüber den horizontalen gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Gruppenphänomenen in der personalwirtschaftlichen Mitgliederbasis vielfach wenig beachtet worden. Sie werden auch heute in der Regel nur am Rande erwähnt. Dabei wird immer wieder übersehen, daß es nicht zu den primären Zielen des Genossenschaftswesens gehört, *z w i s c h e n* den Mitgliedern gemeinschaftliche oder gesellschaftliche, zweckfreie Freundschaftsbeziehungen im Sinne der Soziologie zu stiften, und daß bestehende horizontale Gruppenphänomene dieser Art früher und auch heute meist Ursachen zuzuschreiben sind, die mit den engeren genossenschaftlichen Anliegen nichts zu tun haben.¹ Mit diesen Bemerkungen ist die *m ö g l i c h e* und auch wirksame soziale Integrationskraft des Genossenschaftswesens nicht in Abrede gestellt. Ihre Existenz ist aber mit in einer anderen Richtung behauptet.

"Die neuzeitlichen Genossenschaften - sowohl die gesellschaftlichen wie die gemeinschaftlichen - sind Zweckvereinigungen, sind gewillkürte Vereinigungen, mit dem Ziele der Förderung der einzelnen hauswirtschaftlichen oder erwerbswirtschaftlichen Mitgliederwirtschaften. Es liegt im Wesen der neuzeitlichen Genossen-

1 Weisser, Gerhard, Genossenschaften, a.a.O., S.67/68: "Genossenschaften sind, soziologisch gesprochen, ihrem festgelegten Sinn zufolge nicht 'Gemeinschaften', sondern 'Gesellschaften'. Sind bestimmte Genossenschaften oder bestimmte Gruppen solcher Unternehmen Gemeinschaften, *s o h a t d i e s b e s o n d e r e U r s a c h e n*. Die Eigenschaft, Gemeinschaft zu sein, liegt weder in einem allgemein benützten Begriff der modernen Genossenschaft, wie sie im 19. Jahrhundert geschaffen und ihren Siegeszug angetreten hat, noch beobachten wir empirisch einen meist gemeinschaftlichen Charakter der Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Genossenschaft, so daß sich deswegen die Bildung eines solchen Begriffes empfehlen könnte, noch liegt eine durchgehende und selbstverständliche Absicht der Gestalter heutiger Genossenschaften vor, einen Genossenschaft genannten Typ sozialer Gebilde zu prägen, zu dessen Merkmalen Gemeinschaft gehört. Zu Genossenschaften können in durchaus sinngemäßer Weise auch Menschen zusammentreten, denen an Gemeinschaft nichts liegt."

schaft überhaupt (also nicht nur derjenigen des gesellschaftlichen Typus), daß das Primäre an ihr die Beziehung des Genossenschaftsmitgliedes zum genossenschaftlichen Geschäftsbetrieb darstellt. Auch die gemeinschaftlich strukturierte Genossenschaft würde ihrem Auftrag, der nun einmal bei den neuzeitlichen Genossenschaften ein spezifisch ökonomischer ist, nicht gerecht, bliebe die Geschäftsbeziehung zwischen Mitglied und Genossenschaftsbetrieb eine lässige, mag die Beziehung der Genossen untereinander noch so intensiv und innig sein. Auf die Genossenschaften des gesellschaftlichen Typus übertragen, heißt das, daß die höchst lockeren Beziehungen der Mitglieder untereinander sehr intensive Geschäftsbeziehungen der einzelnen Mitglieder zu ihrem Genossenschaftsbetrieb keineswegs ausschließen. ... Was nun die Weise der (Geschäfts-)Beziehungen der Mitglieder gesellschaftlich strukturierter Genossenschaften zum gemeinsamen Geschäftsbetrieb angeht, so unterscheidet sich diese grundlegend von derjenigen der Mitglieder gemeinschaftlicher Genossenschaften. Es liegt dies in der die Entwicklung der Gesellschaft wie der Wirtschaft schlechthin kennzeichnenden Tendenz. Ob man nun von Ökonomisierung, Kommerzialisierung, Rationalisierung, Intellektualisierung, Verwissenschaftlichung oder etwa mit Max Weber von 'Entzauberung' spricht, jeweils wird so auf einen zumal die Entwicklung der Sozialstruktur der letzten 150 Jahre bestimmenden, sich in vielfältiger Weise äußernden Wesenszug aufmerksam gemacht. Eine neue Haltung zur sozialen Umwelt und den Dingen setzt sich durch, die man ebenso als Distanzierung und Objektivierung bezeichnen kann wie als Versachlichung oder Ernüchterung. In der spezifisch ökonomischen Sphäre zeigt sie sich als kühle, alle Sentimentalitäten beiseite schiebende Rechenhaftigkeit. Im Blick auf die Genossenschaften, die ja als ökonomisch orientierte Sozialgebilde schon ihrer Natur nach durch diese Entwicklung zutiefst geprägt werden, bedeutet das, daß aus der Welt der gemeinschaftlichen Genossenschaften stammende Begriffe wie 'Genossenschaftstreue', 'Anhänglichkeit' usw. fragwürdig werden. Vorstellungen dieser Art gelten als veraltet, dahingehende Forderungen werden als Zumutungen empfunden."¹

¹ Weippert, Georg, Zur Soziologie des Genossenschaftswesens, in: ZfgG Bd.7 (1957), S.123/124.

Vertikale persönliche Beziehungen entstehen im Genossenschaftswesen

- a) im Zuge der institutionalisierten Willensbildung in Primärgenossenschaften und zentralgenossenschaftlichen Institutionen,
- b) im Zusammenhang mit der täglichen Geschäftsabwicklung,
- c) im Rahmen gezielter und organisierter Kontaktpflege.

Trotz angeblicher Versachlichung und Rationalität haben persönliche Beziehungen im Wirtschaftsleben ihre Bedeutung. Sie haben eine nicht zu unterschätzende stabilisierende und integrierende Kraft, von der die bestehenden reinen Funktionalbeziehungen nur selten völlig abstrahiert werden können. Das eine ist ohne das andere oft kaum zu denken. Vertikale Sozialbeziehungen werden im Genossenschaftswesen um ihrer Selbst willen nicht geknüpft und gepflegt; das zentrale Interesse ist ein ökonomisches. Des weiteren sind diese Beziehungen nicht nur einseitig, sondern beruhen nicht selten auf Gegenseitigkeit: auf beiderseitigem Entgegenkommen und Vertrauen; nicht nur die Mitglieder gehen zu den genossenschaftlichen Einrichtungen, auch umgekehrt kommen die Angestellten der Genossenschaftsgebilde (Geschäftsführer, Vorstände, Berater, Kontakter) zu den Mitgliedern.

Soweit zwischenmenschliche Beziehungen im Zuge der genossenschaftlichen Willensbildung geknüpft werden, dürften sie in der Regel eine nachhaltige koordinierende und integrierende Wirkung haben. Sie entstehen in den Zusammenkünften der Willensbildungs- und Entscheidungsorgane Generalversammlung und Aufsichtsrat zwischen Mitgliedern oder Mitgliederdelegierten und Genossenschaftsvorständen und Geschäftsführern. Jedoch sind diese Beziehungsformen, vor allem in größeren Genossenschaften, auf einen relativ engen Mitgliederkreis begrenzt,¹ und sie führen in den seltensten Fällen über die Pri-

1 In Großgenossenschaften mit Vertreterversammlungen können nicht alle Mitglieder, sondern nur die Vertreter in der Generalversammlung abstimmen; ob mit oder ohne Vertreterversammlung ist die Anwesenheit bei den Versammlungen meist gering. Im Aufsichtsrat kann wiederum nur ein sehr geringer Personenkreis tätig werden.

märigenossenschaft hinaus.¹ In den Beratungs- und Entscheidungsgremien der zentralgenossenschaftlichen Gebilde überwiegt die Repräsentanz primärigenossenschaftlicher, meist hauptamtlich angestellter Funktionäre (Vorstände, Geschäftsführer, Aufsichtsräte), die von der Klasse der Mitglieder sehr wohl zu unterscheiden sind. Obgleich auf diesen Ebenen die mehr sachbezogenen Entscheidungen und Handlungen, denen meist Kollegialbeschlüsse von primärigenossenschaftlichen Organen zugrunde liegen, überwiegen, dürfen auch hier die rein persönlichen, auf Sympathie und Antipathie beruhenden Beziehungen zwischen den angestellten Funktionären der verschiedenen Ebenen nicht völlig außer acht gelassen werden.

Interessant und von nachhaltiger integrierender Wirkungskraft können zwischenmenschliche Beziehungen sein, die im Zuge der täglichen Geschäftsabwicklung entstehen. Freilich rücken hier fast ausschließlich nur die beiden Ebenen der personalwirtschaftlichen Mitglieder und der primärigenossenschaftlichen Angestellten in den Mittelpunkt des Interesses, wenngleich es Einzelbeispiele auch darüber hinaus gibt.

Die Geschäftsbeziehungen der Genossenschaftsmitglieder sind zwangsläufig mit menschlichen Kontakten zu den Geschäftsführern, Rechnern, Ladenleitern, Lagerhausverwaltern und sonstigen Angestellten der Primärigenossenschaft verbunden. Und es wäre einfach wirklichkeitsfremd, wenn man annehmen wollte, daß die dabei bestehenden Sympathien und Antipathien sowie die Art und Weise, wie die über die reine Geschäftsabwicklung hinausgehenden persönlichen Anliegen

¹ Vgl. Institut für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, Das Verhältnis der Mitglieder zu ihrer Genossenschaft, (Gutachten), Münster 1956, S.60/61: "Ähnliches gilt für Genossenschaften mit teilweiser oder vollständiger korporativer Mitgliedschaft, ... Wohl bestehen wie in allen anderen Genossenschaften mehr oder weniger gute Kontakte zwischen Mitglied und Geschäftsführung in der örtlichen Genossenschaft, der Zellen-genossenschaft, wie man sie bezeichnen könnte, doch ist nahezu jede Verbindung zwischen Einzelmitglied und Kreisgenossenschaft unterbrochen, praktisch auch jede Einflußnahme auf die Verwaltung der Kreisgenossenschaft unmöglich."

Beachtung finden können, nicht in hohem Maße die Funktionsbeziehungen mitbeeinflußten. Diese durchaus einsichtige Überlegung ist empirisch immer wieder bestätigt worden. "Das Verhältnis zwischen Geschäftsführung und Mitgliedern ist eine der entscheidendsten zwischenmenschlichen Beziehungen für die Frage nach der Kontaktgestaltung in einer Genossenschaft. Die Qualität dieser wechselseitigen Beziehungen bestimmt maßgeblich das 'Klima', das in einer Genossenschaft herrscht. Von beiden einander beeinflussenden Partnern ist der Geschäftsführer der für die Art der herrschenden Beziehungen nahezu allein verantwortliche Teil. Er erreicht durch seine Persönlichkeit und seine Handlungen ein harmonisches Zusammenwirken oder unerfreuliche Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern und Geschäftsführung. Zahlreiche Äußerungen - festgehalten in den Erheberberichten - können angeführt werden, aus denen hervorgeht, welche maßgebliche Rolle der Person des Geschäftsführers, Rechners, Rendanten, Vorstandsmitgliedes für diese Frage zukommt."¹ ... "Nicht die Statuten oder die Ausgestaltung des Genossenschaftsgesetzes sind entscheidend für die Gestaltung der zwischenmenschlichen Beziehungen innerhalb einer Genossenschaft, sondern in erster Linie die Persönlichkeit des Geschäftsführers, wobei einzuräumen ist, daß mit zunehmender Größe einer Genossenschaft die Last der alleinigen Verantwortung des Geschäftsführers für eine zufriedenstellende Lösung dieser Aufgabe geringer wird."¹

Soweit mit dem Großerwerden der Genossenschaften es genossenschaftlichen Vorständen und Geschäftsführern nicht mehr möglich ist, Mitglieder selbst zu besuchen - obgleich dies in Einzelfällen noch vorkommen dürfte² -, gewinnt der Einsatz von genossenschaftlichen Außenangestellten, z.B. Berater, Kontakter, Vertreter, an Gewicht. "Die betriebswirtschaftliche Ausrichtung und Fortbildung der Mitglieder und ihres Führungspersonals gehört heu-

1 Institut für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, Das Verhältnis der Mitglieder zu ihrer Genossenschaft, a.a.O., S.51/52 und S.55.

2 Vgl. Institut für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, Das Verhältnis der Mitglieder zu ihrer Genossenschaft, a.a.O., S.95.

te zu den wichtigsten Dienst- und damit Forderungsleistungen der einzelnen Genossenschaft. ... Eine fortschreitende Intensivierung und einen praktischen Erfolgsniederschlag hat diese Fortbildungsarbeit aber erfahrungsgemäß nur dann, wenn seitens der einzelnen Genossenschaft sowohl Verkaufsberater und davon getrennt spezielle Betriebsberater bei den Mitgliedern in der Tagesarbeit eingesetzt werden. Der Verkaufsberater - auch vielfach Kontakter genannt - ist gewissermaßen der verlängerte Arm der Geschäftsführung in der persönlichen Beratung der Mitglieder in allen mit dem Warengeschäft und insbesondere Verkauf zusammenhängenden Fragen."¹

Die Kontakt- und Beratungsdienste sind auch im Verhältnis von Primär-Genossenschaften zu Zentralgenossenschaften vorhanden, wenn- gleich zwischenmenschliche, persönliche Aspekte dabei mehr in den Hintergrund treten dürften. Es ist angebracht, im Verhältnis von Primär-Genossenschaften zum Genossenschaftsverband auf die Tätigkeit der Verbandsprüfer hinzuweisen. Ungeachtet deren sachlicher Objektivität und Unbefangenheit bei der genossenschaftsgesetzlich vorgeschriebenen Revisionstätigkeit beruht ihre Gesamtfunktion in hohem Maße auf einem gegenseitigen persönlichen Vertrauenspotential. Die Genossenschaftsrevision besteht bekanntlich nicht nur in einer Feststellung der formalen Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens; vielmehr ist ihr gesetzlicher Auftrag erheblich weiter gefaßt und nicht selten mit einer allgemeinen genossenschaftlichen Beratungstätigkeit verbunden.²

Die mit dem genossenschaftlichen Geschäftsablauf einhergehenden personalen Vertikalkontakte werden von seiten der Primär-Genossenschaften und ihrer Zentralen nicht selten durch o r g a n i -

1 Diederichs, Erich H., Autonomie und Bindung in der Genossenschaft, a.a.O., S.31/32. - Vgl. auch Institut für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, Das Verhältnis der Mitglieder zu ihrer Genossenschaft, a.a.O., S.95/96.

2 Zu der damit einhergehenden Vereinbarkeitsproblematik vgl. Mann, Gerhard, Die Vereinbarkeit der Prüfungs- und Beratungstätigkeit der Genossenschaftsverbände, in: ZfG Bd.19 (1969), S.224 ff.

s i e r t e M a ß n a h m e n z u r P f l e g e d e r -
a r t i g e r B e z i e h u n g e n e r g ä n z t. Hierunter fällt
ein Teil jener Anstrengungen, die Draheim mit dem Begriff »orga-
nisierte Integration«¹ erfaßt hat, wobei er damit jedoch vor al-
lem auf die Stärkung des horizontalen Beziehungsgefüges innerhalb
der Mitgliedergruppe abzielte. Im Sinne des Ausbaus der Vertikal-
beziehungen verweisen wir vor allem auf die Durchführung von Ver-
treterversammlungen und sonstigen Informations-, Diskussions- und
Unterhaltungsveranstaltungen in Teilbereichen des gesamten primär-
genossenschaftlichen Ausbreitungsgebietes. Auch können z.B. orga-
nisierte Betriebsbesichtigungen mit anschließenden Diskussionen
zu derartigen persönlichen Kontakten mit Genossenschaftsangestell-
ten führen. Aber, "die Erkenntnis, daß eine reine Kontaktpflege
in unverbindlicher Form nur wenig soziale Bindekraft hat, führte
dazu, derartige Maßnahmen durch Verbindung mit Ausbildungs- und
Bildungsprogrammen zu intensivieren und möglichst noch durch die
Form von Internatskursen in eine prägende Form zu bringen. So er-
weitert sich die Kontaktpflege bis zur Förderung der Mitarbeiter-
bzw. Mitgliederpersönlichkeit unter dem Aspekt der Organisations-
bedürfnisse. Besonders für die Gewinnung des genossenschaftlichen
Nachwuchses ist dieser Weg von Bedeutung."²

e. Vertikale Rechtsbindungen durch Satzungen und Verträge

Als weiteres Element der vertikalen Verkettung der genossenschaft-
lich organisierten Wirtschaft können wir alle r e c h t l i c h
wirksamen Bindungen zwischen Gebilden verschiedener Wirtschafts-
stufen ansehen, die eine funktionelle Frequenzerhöhung, die "Er-
reichung einer Umsatzstetigkeit"³ und/oder die "Vermeidung der
Fremdablenkung"³ zum Gegenstand haben. Derartige Regelungen kön-

1 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmenstyp, a.a.O.,
S.46.

2 Furstenberg, Friedrich, Die Genossenschaft als sozialer Integra-
tionsfaktor, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft Bd.17 (1964),
S.248.

3 Vgl. Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp,
a.a.O., S.189 u. S.192.

nen in Satzungen enthalten, aber auch in Form von Einzel- oder Gesellschaftsverträgen getroffen sein. Dabei handelt es sich in der Regel nicht nur um reine Ausschließlichkeitsbindungen zur Inanspruchnahme der genossenschaftlichen Bezugs-, Absatz-, Produktions- und/oder Dienstleistungen. Es sind fast stets zusätzliche funktionelle Koordinationselemente enthalten, sei es, daß Vereinbarungen über Preise, Mengen, Qualitäten und Liefertermine getroffen sind, sei es, daß den Gebilden auf höherer Organisationsstufe direkte Einflußmöglichkeiten auf die Produktions- oder Handelt e c h n i k ihrer Vertragspartner eingeräumt werden oder auch, daß damit gewisse Schutz- und Hilfsabkommen (z.B. Geschäftsbe reichsklauseln) verbunden sind.

Derartige rechtliche Bindungen zur Stabilisierung und Intensivierung der genossenschaftlichen Funktionsbeziehungen sind in der Bundesrepublik Deutschland aus genossenschaftsideologischen und wettbewerbsrechtlichen Gründen nur mit besonderer Zurückhaltung und in relativ geringem Umfang getroffen worden. Solange die früher mehr als heute existente und im völlig rechtsfreien Raum geforderte »Genossenschaftstreue« wirksam ist, bestent für rechtliche Bindungen kein ausdrückliches Bedürfnis. Die laufenden Geschäftsbeziehungen sind dann auf völlige Freiheit mit allen ihren Möglichkeiten und Risiken begründet. In einzelnen Sparten und Spartenteilbereichen ist dies die Situation auch heute noch. "Nur ein Teil der vorhandenen Genossenschaften macht von den juristischen Möglichkeiten zur Sicherung der Frequenz Gebrauch."¹

Dennoch sind in neuerer Zeit unter Beachtung der bestehenden wettbewerbsrechtlichen Schranken und des primären Bemühens der Genossenschaftsmitglieder und gelegentlich auch der Genossenschaftsfunktionäre, die Freiwilligkeit der Geschäftsbeziehungen aufrecht zu erhalten, zunehmend Wege gesucht und gegangen worden, um die

¹ Vgl. Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, a.a.O., S.156.

gegenseitigen Rechte und Pflichten im genossenschaftlichen Funktionsvollzug aus einer Sphäre der Unverbindlichkeit, Freiwilligkeit und Planlosigkeit herauszuheben. "Es ist ... erforderlich, daß Gesetzgeber und Rechtsprechung der 'genossenschaftlichen Treuepflicht' als Ausdruck der Mitinhaberschaft und des Kundenverhältnisses einen weiter und konkreter gefaßten Inhalt geben als bisher. Genossenschaftliche Treuepflicht erfordert eine positive Einstellung und ein aktives Mitgehen des Mitgliedes im Verhältnis zur Genossenschaft. Verstoßt das Verhalten des Mitgliedes hiergegen, so wird der Mitgliedschaft die Grundlage entzogen, was zum Ausschluß aus der Genossenschaft führen sollte. Demzufolge müssen gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, die es ermöglichen, im Statut klarer und präziser als bisher die gegenseitigen Verpflichtungen zu konstituieren und zu interpretieren. Die Verankerung einer aktiven Zusammenarbeit durch Schaffung bestimmter Voraussetzungen sowohl für den Erwerb als auch für den Verlust der Mitgliedschaft in Gesetz und Statut entspricht dem 'Identitätsprinzip' als der Kehrseite des Forderungsprinzips. Die bisherige Situation, in der die genossenschaftliche Treuepflicht als eine 'unausgesprochene Hauptpflicht' deklariert wurde, ist wenig faßbar, sie muß zu einer ausgesprochenen Hauptpflicht werden. Die Aktivierung eines echten Partnerschaftsverhältnisses ist deshalb von der rechtskonstruktiven Seite her zu fundieren. Es bestehen z.Z. aber berechnigte Zweifel, ob die Bindungsformen des gegenwärtigen Genossenschaftsgesetzes noch zeitgemäß sind, d.h. ob sie nicht in entscheidenden Punkten den individuellen ökonomischen Einsichten zuwiderlaufen und somit das Gegenteil von dem bewirken, was vor etwa 80 bis 100 Jahren als Ziel gesetzt wurde."¹

Zunächst ganz unabhängig vom konkreten Inhalt eines derartigen,

1 Menzel, Bernnard, Zweifel an der Funktionserfüllung der genossenschaftlichen Unternehmung?, in: ZfG Bd.18 (1964), S.155.
- Vgl. auch Henzler, Reinhold, Die Rationalisierung im Genossenschaftswesen, in: ZfG Bd.4 (1954), S.97 ff.

von rechtskonstruktiver Seite fundierten aktiven Partnerschaftsverhältnisses zwischen Mitgliedern und Gemeinschaftsbetrieb, gilt es zu beachten, daß es sich dabei um eine Regelung g e g e n - s e i t i g e r R e c h t e u n d P f l i c h t e n handelt, die aufgrund f r e i e r Willensentscheidungen der Beteiligten zustande kommt und unter Beachtung der vereinbarten Kündigungsfristen lösbar ist, sei es, daß die Verträge gekündigt werden oder sei es, daß das Mitgliedschaftsverhältnis gelöst wird. Es ist also keineswegs der Sache angemessen, die jeweils getroffenen Abmachungen im Sinne einseitiger Vorschriften zur K n e b e - l u n g der primär genossenschaftlichen Mitglieder zu beurteilen. Vielmehr sind Rechte und Pflichten der beteiligten Parteien abzuwägen. Die Rechte der bindungsbereiten Mitglieder und die Vorzüge gegenüber den nicht gebundenen Mitgliedern und Kunden sind nicht unbeachtlich: Jeder Ausschließungsverpflichtung der Mitglieder steht ein Recht auf Inanspruchnahme der Leistungen des Gemeinschaftsbetriebs gegenüber. Dieses Recht ist nicht nur ein Scheinrecht. In Situationen akuter Knappheit oder in Sättigungslagen der betreffenden Märkte, die insbesondere im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion nicht selten sind, kann dieses Recht sehr nachhaltig wirksam und aktuell werden. Darüber hinaus sind als zusätzliche Rechte der rechtlich integrierten Mitglieder gegenüber anderen Mitgliedern nicht selten Preis- oder Konditionenvergünstigungen vereinbart und es ist zu beachten, daß in den langfristigen Vereinbarungen der genossenschaftliche Gemeinschaftsbetrieb in der Regel einen überwiegenden Teil des marktwirtschaftlichen Preis- und Absatzrisikos übernimmt.¹

Rechtlich relevante Funktionalbindungen sind in der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft nicht erst eine Erfindung der letzten Jahre² und sie sind nicht nur ein genossenschaftliches In-

1 Vgl. dazu Brixner, Jörg, Marktintegration durch bäuerlich-genossenschaftliche Aktiengesellschaften, a.a.O., S.16 ff.

2 Vgl. Seelmann-Eggebert, Erich Lothar, Die Systeme im neuzeitlichen deutschen Genossenschaftswesen, Stuttgart 1927, S.171 ff.

tegrationsfaktum in der Bundesrepublik Deutschland. "In allen Teilen der Welt ist ... die Bindung der Mitgliederwirtschaften an die Verwertungs-Genossenschaften durch Verträge und Statuten ein viel diskutiertes Problem."¹

In der Bundesrepublik Deutschland sind rechtliche Vertikalbindungen vor allem aus dem landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaftsbereich zunehmend bekannt und wirksam geworden, soweit das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen dies möglich machte. Dabei sind etwa mit Beginn dieses Jahrzehnts die satzungs- und vertragsrechtliche gesicherten Liefer- und Bezugsregelungen, im landwirtschaftlichen Bereich vor allem, so aktuell geworden, daß sie nicht selten mit dem in Wahrheit doch viel umfassenderen Begriff »vertikale Integration« geradezu identifiziert worden sind.²

Über das faktische Vorkommen solcher Liefer- und Bezugsregelungen in den verschiedensten Arten des ländlichen Genossenschaftswesens berichten Seuster³, Schubert⁴, Schachtschabel⁵, J. Brixner⁶ und Pfüller⁷. Der generelle

¹ Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, a.a.O., S.192. - Vgl.erner Seuster, Horst, Freiheit, Freiwilligkeit und vertragliche Bindungen im ländlichen Genossenschaftswesen, in: ZfG Bd.18 (1968), S.36 f.

² Vgl. hierzu vor allem die sehr eingehende Darstellung von Pabsch, Ekkehard, Die ländlichen Genossenschaften in der Verbundwirtschaft, in: Berichte über Landwirtschaft, Hamburg und Berlin 1963, S.44-88 u. S.283-315.

³ Seuster, Horst, Freiheit, Freiwilligkeit und vertragliche Bindungen im ländlichen Genossenschaftswesen, a.a.O., S.36 f.

⁴ Schubert, Rolf, Die rechtlichen Grenzen genossenschaftlicher Verbundwirtschaft, in: ZfG Bd.17 (1967), S.55 ff.

⁵ Schachtschabel, Hans Georg, Die Genossenschaft als Integrator in den modernen agrarischen Vermarktungsformen, in: ZfG Bd.15 (1965), S.311 ff.

⁶ Brixner, Jörg, Marktintegration durch bäuerlich-genossenschaftliche Aktiengesellschaften, a.a.O., S.16-24.

⁷ Pfüller, Reiner, Der Genossenschaftsverbund, a.a.O., S.134 f.

Inhalt von Liefervereinbarungen ist im Wortlaut am Beispiel eines genossenschaftlichen Obstverwertungsbetriebes erwähnt bei Brixner: "Um eine engere Verbindung der genossenschaftlichen Obstverwertungsbetriebe mit den Obsterzeugern zu erreichen, hat sich die Württ. landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft - Raiffeisen - eGmbH in Stuttgart (WLZ) mit Zustimmung der Generalversammlung entschlossen, die Obsterzeuger an den schon seit Jahren erfolgreich arbeitenden Obstverwertungsbetrieben unmittelbar zu beteiligen und so die Mitarbeit zu vertiefen. Der Obsterzeuger ist auf Grund des von ihm unterschriebenen Aktienzeichnungsscheines berechtigt, sein Obst bevorzugt an die Naturella abzuliefern. Er hat gleichzeitig die Verpflichtung übernommen, seinen Ernteanfall an Mostäpfeln und zur Verarbeitung bestimmten Beeren und Sauerkirschen der Naturella bzw. WLZ zur Verarbeitung anzubieten. Die Naturella hat sich verpflichtet, die einheimische Erzeugung von Obst und anderen Erzeugnissen zu fördern und bei der Sicherung des Anbaus nach Art, Menge und Qualität mitzuwirken."¹

Im Bereich der g e w e r b l i c h e n G e n o s s e n - s c h a f t e n sind Satzungsbestimmungen und einzelvertragliche Ausschließlichkeitsbindungen zur Sicherung und Intensivierung der Funktionsfrequenz aus wettbewerbsrechtlichen Gründen weniger bekannt.² Eine analoge, wenngleich nicht unproblematische Bedeutung besitzt dort aber das nicht seltene Instrument der »Geschäftsbereichsklausel«, worunter "alle Absprachen einer Einkaufsvereinigung mit ihren Mitgliedsfirmen verstanden werden, die diesen innerhalb ihres Geschäftsbereichs den alleinigen Anspruch auf die Leistungen der Genossenschaft sichern sollen; als Bestandteil der Satzung sind solche Klauseln nur innerhalb der Genossenschaft wirksam."³ Wo derartige Geschäftsbereichssicherungen praktische

1 Brixner, Jörg, Marktintegration durch bäuerlich-genossenschaftliche Aktiengesellschaften, a.a.O., S.17/18.

2 Vgl. Diederichs, Erich H., Autonomie und Bindung in der Genossenschaft, a.a.O., S.16 u. S.40.

3 Richter, Oswald, Zur Frage der Geschäftsbereichsklauseln bei gewerblichen Warengenossenschaften, in: ZfgG Bd.18 (1968), S.286.

Bedeutung erlangen, werden sie sich nicht auf einen einseitigen Gebietsschutz beschränken, sondern sich auf Gegenseitigkeit gründen: das geschützte Genossenschaftsmitglied wird zu weitgehender geschäftlicher Zusammenarbeit mit dem Genossenschaftsbetrieb gehalten sein, selbst wenn das Kartellgesetz den Wortlaut einer solchen Regelung heute noch nicht zuläßt. "Während diese Schutzklauseln bei den Lebensmittelgenossenschaften seit jeher von untergeordneter Bedeutung waren und nicht zuletzt wohl infolge des scharfen Wettbewerbs in dieser Branche an Aktualität verloren haben¹, sind sie bei den zahlreichen Genossenschaften anderer Branchen nach wie vor aktuell", ... "vornehmlich bei den Einkaufsgenossenschaften der modischen Branchen (Textilien, Schuhe, Hausrat und Eisenwaren, Spielwaren usw.) ... Wir dürfen davon ausgehen, daß, solange die Leistungen einer Genossenschaft für die Mitglieder gering blieben, auch das Interesse der Mitglieder, diese geringen Leistungen exklusiv am Platz zu haben, nicht sehr groß war. Je mehr aber die Genossenschaften ihre volle Leistungskraft entfalteten und neben der Einkaufstätigkeit zahlreiche Dienstleistungszweige einrichteten und ausbauten, desto weniger war der Einzelhändler bereit, der Aufnahme eines innerhalb 'seines Geschäftsbereichs' gelegenen Kollegen in die gleiche Genossenschaft zuzustimmen. Diese Tendenz verstärkte sich besonders dann, als die Genossenschaften aus ihrer jahrzehntelangen Anonymität heraustreten und durch Handelsmarken, einheitliche Kennzeichnung ihrer Mitgliedsfirmen, Gemeinschaftswerbung usw. zur aktiven Verkaufshilfe für die Mitgliedsbetriebe übergingen."²

Auch auf h ö h e r e r genossenschaftlicher O r g a n i -

1 Diederichs, Erich H., Selektion in der modernen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaft des gewerblichen Mittelstandes, in: Selektion im Genossenschaftswesen, Karlsruhe 1966, S.34/35: "Damit sind die Voraussetzungen gegeben, die bei vielen Genossenschaften noch wirksame Konkurrenzausschlußklausel (sog. Geschäftsbereichsklausel) auszuhöhlen und schrittweise zum Erliegen zu bringen." - (Dieser Hinweis von Diederichs ist im zitierten Text Richters nicht enthalten.)

2 Richter, Oswald, Zur Frage der Geschäftsbereichsklausel bei gewerblichen Warengenossenschaften, a.a.O., S.286 u. S.287.

s a t i o n s e b e n e sind vertragliche Abmachungen und Satzungsbestimmungen mit dem Ziel einer möglichst weitgehenden Funktionskonzentration bekannt. "Relativ häufig waren und sind Ausschließlichkeitsbeziehungen im ländlichen Genossenschaftswesen. Hier finden wir Ausschließlichkeitsbeziehungen in Ausnahmefällen bei Viehgenossenschaften, bei Winzergenossenschaften, und lange Zeit waren sie im kreditgenossenschaftlichen Bereich zwischen Darlehnskassen und Zentralkassen anzutreffen. Ausschließlichkeitsbeziehungen auf gesetzlicher Grundlage beruhend ... finden wir im Molkereiverbund. Üblich - und umstritten - waren Ausschließlichkeitsverträge der Preußenkasse mit Zentralkassen."¹

Auch in der Spartenorganisation der Konsumgenossenschaften und der gewerblichen Warengenossenschaften sind zumindest Bemühungen zur Überwindung der bestehenden Bindungslosigkeit im Geschäftsverkehr der Zentralen mit den ihnen angeschlossenen Primärgenossenschaften zu erkennen. Die Satzungsreformen der Edeka- und Rewe-Zentralorganisationen können durchaus auch in diesem Sinne interpretiert werden.² Die Konsumgenossenschaften in der Bundesrepublik Deutsch-

1 Pfüller, Reiner, Der Genossenschaftsverbund, a.a.O., S.134.

2 Rewe 1968 - Straffung der Gruppenarbeit, in: Mitteilungen der DGK v. Juli 1969, S.199: "Auf der Rewe-Jahreshauptversammlung 1969 in Berlin wurde als Leitlinie der Gruppenpolitik die Gegenseitigkeit in der Leistungsdarbietung und Leistungsnachfrage herausgestellt. Ziel der Rewe-Gruppe ist es, die geistigen und finanziellen Energien in besonderem Maße auf diejenigen Gruppen-Mitglieder zu konzentrieren, die durch unternehmerisches Können und Beachtung der Interessen der Gemeinschaft die angestrebten Erfolge sicherstellen. Dieser Ausrichtung der Kräfte sowie ihrer organisatorischen und rechtlichen Abstützung dienen die Neufassungen der Satzungen. Nachdem die Rewe-Zentralorganisationen 1968 eine neue Satzung erhielten, die der Straffung der gesamten Gruppenarbeit diene und der Zentrale die geschäftspolitische Richtlinienkompetenz für die gesamte Gruppe einräumte, ist analog dazu nun auch eine neue Mustersatzung für die Genossenschaften (auf der Großhandelsstufe) entwickelt worden. Diese Mustersatzung für die örtlichen Rewe-Genossenschaften ist in Berlin einstimmig verabschiedet worden. ... Neu an dieser Mustersatzung ist insbesondere die Formulierung konkreter Pflichten der Mitglieder. Diese haben künftig u.a. die Pflicht: 1. mit dem genossenschaftlichen Unternehmen zusammenzuarbeiten, 2. ihr Geschäft nach Maßgabe der Genossenschaft zu kennzeichnen, 3. sich an der genossenschaftlichen Gemeinschaftswerbung zu beteiligen und 4. der Genossenschaft alle zur Gestaltung ihrer Vertriebspolitik erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen."

land haben auf dem Weg zum Ausschließlichkeitsziel einen Organisationsschritt eigener Art getan: "Die Reformkommission ist der Überzeugung, daß der Dualismus GEG - Konsumgenossenschaften das eigentliche und zentrale - einer am übergeordneten Gesamtinteresse orientierten Lösung bedürftige - Problem der konsumgenossenschaftlichen Organisation ist. Der hier erkennbare Dualismus der gewichtigen Interessenblöcke ist von ungleich größerer Bedeutung als der Dualismus in der organisatorischen Spitze. Mit seiner sachlich befriedigenden Lösung, seinem optimalen Ausgleich steht und fällt die konsumgenossenschaftliche Organisation in ihrer weiteren Entwicklung. ... GEG und Konsumgenossenschaften stehen einander im Warengeschäft mit unterschiedlichen Interessen gegenüber. ... Keiner der unmittelbar beteiligten Interessenten kann die Aufgabe des Ausgleichs, der Koordinierung der Interessen - die Wahrnehmung des übergeordneten Gesamtinteresses - lösen. Hier liegt also keine Lösungsmöglichkeit, mit deren Annahme auf breiter Front der Beteiligten hätte gerechnet werden können. ... Die Frage, wem die Glieder der Gruppe, wem vor allem die Konsumgenossenschaften einen Teil ihrer autonomen Kompetenzen abzutreten bereit sein könnten, führte unmittelbar zu dem Ergebnis, daß das nur eine dritte Instanz sein könnte, die kein eigenes spezifisches Interesse zu wahren und dafür Verantwortung zu tragen hat. ... Nur eine solche Organisation (Instanz) ... bietet allen Beteiligten die Gewähr, daß hier die permanente Aufgabe des Interessenausgleichs im Sinne optimaler Annäherung an das Interesse der Gesamtorganisation zu jeder Zeit unvoreingenommen gelöst werden kann."¹

Ein beachtenswertes Ausmaß hat die rechtlich fixierte warenwirtschaftliche Bindung der örtlichen Konsumgenossenschaften an ihre Wirtschaftszentralen in einigen anderen Ländern Europas erreicht. Am straffsten ist diese Bindung in der Schweiz. Dort besteht "der VSK auf ein strenges System vertraglicher Beziehungen, unter dem

1 Schlußbericht der Reformkommission, a.a.O., S.27/28.

die Einzelhandelsgenossenschaften als Bedingung der Mitgliedschaft gezwungen sind, ausschließlich von der Großeinkaufsgesellschaft zu beziehen, doch mit der Einschränkung, daß die Großeinkaufsgesellschaft verpflichtet ist, dieselbe Qualität und zu denselben Bedingungen wie die Konkurrenz zu liefern."¹ In analoger Weise sind die Geschäftsbeziehungen der Konsumgenossenschaften mit ihren Zentralen heute auch in den Niederlanden und in Großbritannien² gebunden.

f. Sonstige Integrationsfaktoren

Außer den bisher ausführlicher erörterten Faktoren zur Koordination und Integration der genossenschaftlichen Gesamtorganisation gibt es noch andere, ergänzende Kräfte, die geeignet sind, eine im Ausmaß vielleicht geringere, im Ansatz aber gleichgerichtete Wirkung zu erzielen. Wir wollen einige davon hier nur kurz erwähnen. In der Regel werden die nachfolgend genannten Maßnahmen in der Genossenschaftswissenschaft unter anderen Hauptaspekten diskutiert; die ihnen immanente Klammerfunktion wird kaum oder nur am Rande erwähnt.

Nicht zuletzt auch in diesem Sinne wirken aber alle jene, heute weitgehend von den Genossenschaftszentralen durchgeführten Geschäftsmaßnahmen, die ein **u n i f o r m e s B i l d** und ein möglichst **e i n h e i t l i c h e s V e r h a l t e n** der angeschlossenen Mitglieder- und Kundenbetriebe voraussetzen oder stiften. Dabei ist an die auch im Genossenschaftswesen immer mehr gehandhabte **G e m e i n s c h a f t s w e r b u n g** ebenso zu denken wie an die ausgeprägte genossenschaftseigene **H a n - d e l s m a r k e n p o l i t i k** und die sich immer sehr vereinheitlichende äußere **G e s c h ä f t s k e n n z e i c h - n u n g** aller jeweils angeschlossenen Mitgliederbetriebe. Welche

1 L. S., Strukturänderungen in den Genossenschaften, in: IGR Bd.60 (1967), S.226.

2 Vgl. Die CWS im ersten Jahre der Integration der englischen Konsumgenossenschaftsbewegung, in: Mitteilungen der DGK v. Oktober 1969, S.267.

enorme Bedeutung gerade einer prägnanten und in weiten Bevolkerungskreisen bekannten Firmen- und Warenkennzeichnung zukommt, zeigt die moderne Werbelehre und -praxis. Im Bereich der Edeka, Rewe, der Konsumgenossenschaften und einer Reihe von sonstigen gewerblichen und landwirtschaftlichen Genossenschaftsgruppen ist gerade diese Frage in den letzten Jahren immer mehr in den Vordergrund der genossenschaftlichen Geschäftspolitik gerückt worden.¹ Anfang 1969 führte die bisherige Unternehmungsgruppe »Konsum« das neue Gruppensymbol »co op« ein. Diese genossenschaftliche Unternehmensgruppe "verfügt damit über ein optisches System, das alle Voraussetzungen für die planvolle, rationelle und koordinierte Kennzeichnung von Einrichtungen und Leistungen der Gruppe und ihrer einzelnen Glieder erfüllt. Mit ihrem neuen co op Firmenschild verfügt die Gruppe gleichzeitig über ein durchentwickeltes Organisationsmittel. Das co op design reicht von der Ladenkennzeichnung bis zur Gemüsetüte, von der Kundenzeitung bis zur Rückvergütungsmarke, von den Geschäftspapieren bis zum Notizblock, vom Lastkraftwagen bis zum Aschenbecher oder vom Eßbesteck bis zum Streichholzheft."²

Als weitere Beispiele von unter diesem Aspekt bisher wenig beachteten Integrationsfaktoren nennen wir die meist unter den Auspizien der Genossenschaftsverbände stehenden I n f o r m a t i o n s - m i t t e l (Kunden- und Mitgliederzeitschriften, Mitteilungen usw.), die mit ihren informierenden, belehrenden, werbenden und unterhaltenden Mitteilungen durchaus eine, wenn auch indirekte Steuerungs- und Bindungswirkung erzielen wollen und auch erzielen. In analoger und wirkungsvoller Weise kann dies auch für jenen institutionalisierten Teilbereich des genossenschaftlichen B i l - d u n g s - u n d E r z i e h u n g s w e s e n s gesagt werden, der sich über Kurse, Lehrgänge, Vorträge usw. an genossen-

1 Vgl. z.B. Diederichs, Erich H., Autonomie und Bindung in der Genossenschaft, a.a.O., S.51. - Wendt, Herbert, Aspekte der Öffentlichkeitsarbeit im Genossenschaftswesen, in: ZfGG Bd.15 (1965), S.103 ff.

2 Niss, Wolfram, co op: Neues Gruppensymbol der Konsumgenossenschaften, in: Presseinformationen des Bundes deutscher Konsumgenossenschaften GmbH v. 28.1.1969.

schaftliche Angestellte und Mitglieder wendet.¹

Im besonderen gilt dies heute für die »Ausbildung genossenschaftlicher Leiter«, bei der es nicht nur darum geht, einen bestimmten Fundus von Management-Wissen zu vermitteln, sondern den Menschen nach einem besonderen genossenschaftlichen Ausbildungsleitbild so zu formen, daß er bereit und in der Lage ist, in kooperativ-unternehmerischer Wirtschaftsgesinnung das Wesen der Genossenschaft zu erkennen und in diesem Sinne zur Förderung der Mitgliederwirtschaften unter Beachtung langfristiger Erfordernisse der Gesamtorganisation zu wirken.² Die Wirkungsweise des genossenschaftlichen Schulungs- und Bildungswesens beinhaltet in mehrerer Hinsicht eine vertikal koordinierende und integrierende Funktion. Dies gilt sowohl für die unmittelbare Durchführung der Ausbildungsprogramme, über die es möglich ist, die Angestellten und Mitglieder bis zu einem gewissen Grad auf das jeweils angestrebte Ausbildungsleitbild hin auszurichten, als auch für die zunehmende Dauerbetreuung der Ausgebildeten durch die Ausbildungsstelle nach Abschluß des unmittelbaren Ausbildungsprogramms. Diese Dauerbetreuung umfaßt neben der Pflege eines engen, weiterbildenden Kontaktverhältnisses manchmal auch schon die Mitentscheidung über die berufliche Entfaltung der genossenschaftlichen Angestellten und Führungskräfte.³

1 Zur Klärung der kulturellen und erzieherischen Wirksamkeit der Genossenschaften in einem weiten und engen Wortsinn vgl. Back, Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens ..., a.a.O., S.55 ff.; Weippert, Georg, Die kulturellen Aspekte des Genossenschaftswesens, a.a.O., S.155 ff.

2 Vgl. Schumacher, Carl, Geplante Ausbildung genossenschaftlicher Leiter, in: ZfgG Bd.17 (1967), Sonderheft: Planung im Genossenschaftswesen, S.120 ff. und 128; Draheim, Georg, Der Genossenschaftsleiter, in: Zur Okonomisierung ..., a.a.O., S.290-304.

3 Vgl. S.99 f. dieser Arbeit.

III. Die gesamtorganisatorischen Gebildeeinheiten

Die Fülle der festgestellten Gebilde und Formen der Genossenschaftsorganisation ist überwältigend. Es ist deshalb von großer Dringlichkeit, die Frage nach den Organisationstatbeständen zu stellen, die ihrer Gestalt nach jeweils eine Einheit dokumentieren. Eine Erforschung der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft unter diesem speziellen Denkaspekt zeigt mit grosser Deutlichkeit eine Vielzahl von nicht nur additiv vergleichbaren Organisationseinheiten, sondern auch Einheiten von recht unterschiedlichem, komplexem Organisationsrang. Unsere nachfolgenden Ausführungen dazu sind erste Hinweise, nicht abschließende Urteile. Sie lenken die Aufmerksamkeit auf diejenigen Organisationskerne und -kreise, die aufgrund der Dichte ihres Beziehungsgeflechtes auf den ersten Blick als Einheiten gedeutet werden können.

Am ehesten und völlig zwanglos erscheinen jene Gebilde als Einheiten, deren Gestalt organisationsrechtlich zusammengefaßt ist. Es ist dies die Vielzahl der Betriebe und Verbände, die ein eigenes handels- und/oder gesellschaftsrechtliches Rechtskleid aufweisen, z.B. Firma, Gesellschaftsrechtsform. Derartige, relativ einfache und gesicherte Organisationseinheiten finden wir additiv auf den verschiedenen Organisationsstufen als personale Mitgliederwirtschaften, als primär genossenschaftliche Gemeinschaftsbetriebe, als Wirtschaftszentralen, Prüfungsverbände und Anhangwirtschaften. Sie sind Elementargebilde mit eigener Rechtspersönlichkeit, die sukzessive im Entfaltungsprozeß der Genossenschaftsorganisation letztlich aus Haushalten und sonstigen Personalwirtschaften entstanden sind.

Daneben gibt es aber höhere Organisations-einheiten mit komplexer Gebildestruktur dergestalt, daß sie mindestens zwei, in der Regel aber sehr viel mehr Teilgebilde umfassen, die ihrerseits bereits ein Organisationskern mit relativer Einheit sind. Solche höheren Gebildeeinheiten befinden sich immer im Bereich der Gesellschaftswirtschaft, sie können aber Per-

sonalwirtschaften ohne weiteres einschließen. Jede elementare Gesellschafts wirtschaftsform mit eigener Rechtspersönlichkeit trägt zumindest die Ansätze zu einer gebildlichen Einheit höherer Ordnung notwendig in sich, da ihre Existenz in irgendeiner Weise immer auf Kooperation beruht.¹ Das Ausmaß der Kooperation, das sich in der jeweiligen Dichte und Festigkeit der wechselseitigen (funktionalen, finanziellen, personalen, rechtlichen usw.) Beziehungen und Bindungen äußert, ist entscheidend dafür, inwieweit die Einheit höherer Ordnung erkennbar und wirksam wird.

Um diese sehr abstrakten Hinweise auf Wirtschaftsgebilde höherer Ordnung an zwei Beispielen zu verdeutlichen, verweisen wir auf

- a) den Konzern, dessen Einheit mehrere Betriebswirtschaften umfaßt, sich aber keineswegs nach außen hin in einem übergreifenden (Firmen-)Namen mit eigener Rechtspersönlichkeit niederschlagen muß;
- b) die Volkswirtschaft, die eine Vielzahl der allerverschiedensten Gebilde elementarer und höherer Ordnung umgreift.

In der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft gibt es mehrere Typen von Gebilden höherer Ordnung. Die Größe und Grenzen ihrer Gestalt sind nicht immer klar erkennbar und verändern sich im Zeitablauf.

Den ersten Typus eines Genossenschaftsgebildes höherer Ordnung nennen wir die primäre Verbundgenossenschaft.² Sie umfaßt die jeweils eingeschlossenen Mitglieder-

1 Vgl. Back, Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens ..., a.a.O., S.24.

2 Vgl. Ohm, Hans, Die Genossenschaft und ihre Preispolitik, Karlsruhe 1955, S.36 f.; Dülfer, Eberhard, Zur Frage des Unternehmungscharakters der Genossenschaft, in: ZfgG Bd.6 (1956), S.267 f.; Dülfer, Eberhard, Zielsysteme, Entscheidungsprozeß und Organisationsstruktur im kooperativen Betriebsverbund, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), a.a.O., S.171.

wirtschaften, den Gemeinschaftsbetrieb und evtl. ausgegliederte Sondergebilde (z.B. Eigenproduktionsbetriebe, Lagerhäuser). Die Gestalt und Einheit dieses Gebildes ist nicht überall klar erkennbar. In den modernen Integral- oder auch Full-Service-Genossenschaften wird sie ohne Zweifel offenbar.¹

Der zweite Typus einer höheren genossenschaftlichen Gebildeinheit hat seinen organisatorischen Ort im primärgenossenschaftlichen Überbau. In erster begrifflicher Annäherung können wir ihn als Integral von Geschäftszentrale und/oder Genossenschaftsverband nebst Anhanggebilden und angeschlossenen funktionell gleichartigen primärgenossenschaftlichen Gemeinschaftsbetrieben erfassen. Wir nennen ihn **s e k u n d ä r e V e r b u n d g e n o s s e n s c h a f t**. Ihre Gestalt und Einheit wird heute am deutlichsten im Bereich der Konsumgenossenschaften erkennbar. Es handelt sich dabei um einen abgeleiteten, organisatorisch verselbständigten genossenschaftlichen Gebildekomplex, dessen primäre Verbundgenossenschaften zunehmend verkümmert sind. Es fehlt bisher eine zureichende wissenschaftliche Erkenntnis und Beurteilung dieses Faktums.

Die sekundäre Verbundgenossenschaft kann ihrerseits mehr oder minder selbständige und einheitliche Wirtschaftsgebilde höherer Ordnung enthalten. Meist sind es anhangwirtschaftliche, eng um Wirtschaftszentrale und Genossenschaftsverband gelagerte Gliedgebilde, die einen relativ einheitlichen Sonderkomplex darstellen. Wir nennen solche Gebildestrukturen **z e n t r a l g e n o s s e n s c h a f t l i c h e n B e t r i e b s v e r b u n d**. Zur Konkretisierung dieses Begriffes verweisen wir auf die GEG und ihre Tochter- und Filialbetriebe; ferner auf verschiedene landwirtschaftliche Zentralgenossenschaften mit ähnlichen Konzernstrukturen (z.B. BayWa).

Den dritten Typus höherer genossenschaftlicher Gebildeinheit be-

¹ Vgl. Diederichs, Erich H., Autonomie und Bindung in der Genossenschaft, a.a.O., S.27 ff; Draheim, Georg, Autonomie und Bindung in der Genossenschaft, a.a.O., S.50 ff.

zeichnen wir als **g e n o s s e n s c h a f t l i c h e n**
S p a r t e n v e r b u n d. Er umfaßt alle funktional relativ
gleichartigen und vergleichsweise eng kooperierenden Gliedgebilde,
so wie sie in den überkommenen Genossenschaftssparten zusammenge-
schlossen sind: personalwirtschaftliche Mitgliederwirtschaften,
primär-genossenschaftliche Gemeinschaftsbetriebe, Wirtschaftszen-
tralen, Genossenschaftsverband und Anhangwirtschaften. Der Spar-
tenverbund kann seinerseits wiederum Gebilde höherer Ordnung ein-
schließen, z.B. primäre und sekundäre Verbundgenossenschaften so-
wie zentralgenossenschaftliche Betriebsverbünde.

Die überkommenen (sog. klassischen) Genossenschaftssparten ließen
anfänglich eine Einheit der Gestalt und des Wirkens kaum, besten-
falls in partiellen, meist nur funktionalen Zusammenhängen erken-
nen. Auf anderen Gebieten dokumentierten sie eine Einheitlichkeit
jeweils nur mit föderalistischer Zurückhaltung. Im Zuge der gros-
sen Strukturreformen des Genossenschaftswesens nimmt aber auch
diese Gebildeeinheit zunehmend Gestalt an. Als Beispiele für schon
relativ eng integrierte genossenschaftliche Spartenverbünde sind
die Edeka- und die Rewe-Organisation zu nennen, deren Gliedbetrie-
be, einschließlich der angeschlossenen Einzelhändler, immer mehr
zusammengerückt sind, indem sie ihre wechselseitigen Beziehungen
intensiviert, gestrafft und im Sinne höchster Rationalität durch-
organisiert haben, so daß aus der Unverbindlichkeitsatmosphäre
einer losen Vereinigung eine alle Gliedbetriebe verpflichtende
Komplementarität erwachsen ist.¹

Eine über die Sparten- und Länder-
grenzen der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft
hinausreichende gesamtorganisato-
rische Gebildeeinheit ist bisher kaum, aber
immerhin auch schon in Ansätzen erkennbar. Wir haben einige Aspek-
te davon aufgezeigt²; ihre Zahl und ihre Bedeutung haben sich in

1 Vgl. Draheim, Georg, Autonomie und Bindung in der Genossen-
schaft, a.a.O., S.50.

2 Vgl. S.113-131 dieser Arbeit.

den letzten Jahren erhöht. Aber, "noch bildet das Genossenschaftswesen keine föderative Einheit. Das Prinzip der personellen Kooperation hat seine ökonomische Wirksamkeit erst innerhalb der einzelnen Sparten entfaltet."¹ Die weitere Entwicklung in dieser Richtung hängt ab von den gemeinsamen Problemen und Interessen der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft überhaupt. "Die historische Erfahrung lehrt uns, daß das Zustandekommen großer sozialer Bewegungen unter zwei Bedingungen sich zu vollziehen pflegte: 1. Wenn eine große Zahl von Menschen in eine gleichartige Notlage geriet und der Wille, aus der Notlage herauszukommen, noch vorhanden war bzw. von dazu befähigten und gewillten Menschen wieder geweckt werden konnte und 2. wenn eine größere, neu emporkommende Gesellschaftsschicht, die bisher aus irgendwelchen Gründen keinen Anteil am Besitz und an der Führung größerer Wirtschafts- und Unternehmungseinheiten hatte, den Willen zum Aufstieg besaß und durch eine geeignete Form ihres Zusammenschlusses und ihrer Zusammenarbeit sich ihren Aufstieg zu erschließen verstand."²

Für alle genossenschaftlichen Wirtschaftsgebilde höherer Ordnung, soweit sie ihre Gebildeeinheit bisher schon verdeutlichen konnten, gilt, daß sie immer mehr von dem überkommenen federalistischen Aufbau³ abgekommen und zu einer integrierten Systemstruktur übergegangen sind. Zwar zeigt die Vergangenheit, "daß sich (die) föderalistische Struktur in der Praxis sehr bewährt hat; mit ihr ist die Genossenschaftsbewegung groß und mächtig geworden und hat sich in schwierigen Zeiten beständig und anpassungsfähig erwiesen."⁴ Aber "in der Praxis ist das föderalistische System schon längst nicht mehr in Reinkultur vorhanden, sondern durch Einfügung mehr oder minder gut funktionierender Integrationselemente adaptiert wor-

1 Back, Josef, Das Genossenschaftswesen im Strukturwandel des Gesellschafts- und Wirtschaftslebens, a.a.O., S.278.

2 Back, Josef, Die genossenschaftlich organisierte Wirtschaft in der Bewährungsprobe, in: IGR Bd.52 (1959), S.175.

3 Vgl. S.84 dieser Arbeit.

4 Korp, Andreas, Strukturreform im Genossenschaftswesen, in: Annalen der Gemeinwirtschaft, 36.Jg. (1967), S.7.

den."¹ Und jetzt ist die Zeit gekommen, "da an die Stelle unbefriedigenden Flickwerkes eine neue, klare Konzeption treten soll."¹

Eine integrierte Strukturkonzeption umfaßt vor allem neben anderen Formen auch jenen Prozeß, durch welchen genossenschaftliche Gliedgebilde "Souveränitätsrechte zur Gänze oder teilweise", durch demokratische Willensbildung und Beschlußfassung, dennoch "unbedingt und unwiderruflich auf höhere Zusammenschlüsse regionalen oder nationalen Ausmaßes übertragen."² Eine integrierte Genossenschaftsorganisation ist dann als Gebildesystem zu bezeichnen, in dem jedes Gliedgebilde seine besonderen Aufgaben zu erfüllen hat, wo alle Glieder sich jedoch sinnvoll ergänzen und unter einheitlichem Willen zusammenwirken müssen.³ In diesem Sinne beginnt sich in der Tat eine neue Denkweise durchzuringen: der geistige Schritt von der föderalistischen Addition zur Integration. Deren zentraler Gesichtspunkt ist die g e s a m t o r g a n i s a t o r i s c h e A k t i o n s e i n h e i t. "Es ist offensichtlich, daß gerade die wichtigsten Entscheidungen nicht aus dem Blickwinkel der einzelnen Genossenschaft, sondern nur vom Interesse der Gesamtbewegung her getroffen werden können. Dies gilt im besonderen für die Strategie am Markte (Einkauf, Vertrieb, Sortiment, Preispolitik, Werbung) und für die Wachstumspolitik (Investitionen, Finanzen). Strategie setzt jedoch Planung voraus. Für diese muß der gesamte Wirkungsbereich einer Genossenschaftsbewegung als ein einheitliches Operationsgebiet betrachtet werden. Die Planung darf nicht nur mit gegebenen Daten rechnen, sondern muß versuchen, die künftige Entwicklung der Gesamtwirtschaft und damit auch die Möglichkeiten und Grenzen der eigenen Organisation vorausszusehen und sie muß ihre Prognose anhand der gewonnenen Erfahrung laufend kor-

1 Korp, Andreas, Strukturreform im Genossenschaftswesen, a.a.O., S.9.

2 Korp, Andreas, Strukturreform im Genossenschaftswesen, a.a.O., S.8.

3 Vgl. Korp, Andreas, Strukturreform im Genossenschaftswesen, a.a.O., S.6.

rigieren. Ein solches strategisches Konzept kann nur dann verwirklicht werden, wenn die unzähligen Energiequellen der Bewegung in ein einziges Flußbett zusammengefaßt werden."¹

Daß die organisatorische Entwicklung des Genossenschaftswesens auf mit der Übertragung von Souveränitätsrechten und sonstigen Konsequenzen verbundene integrale Genossenschaftseinheiten hindrängt, haben wir an vielen Beispielen im Rahmen der Sachverhaltsfeststellungen dieses Kapitels unserer Untersuchung deutlich gemacht. Dies gilt nicht nur für Konsumgenossenschaften. Bei fast allen Sparten der organisatorisch hoch entwickelten Genossenschaftsbewegungen der marktwirtschaftlichen Industrieländer ist die Tendenz zu beobachten, die sie bildenden Gliedgebilde zu einem körperschaftlichen Organismus mit wirklicher Aktionseinheit zusammenzufassen. Die »neuen« Einheiten haben sich bisher in der Regel noch nicht zu einer Einheitsorganisation mit einem eigenen Rechtsmantel verdient, obgleich auch Ansätze hierzu vorhanden sind.² In der Regel sind es sparteninterne neue (Bund deutscher Konsumgenossenschaften!) oder überkommene (Genossenschaftszentralen oder -verbände!) Gliedgebilde, die die höhere Einheit dokumentieren und sichern sollen. Diese Gebilde sind dann von organisationsniedereren und rechtlich selbständigen Gliedgebilden getragen. Ihr gesamtorganisatorisches Wirken ist vor allem durch möglichst durchgehende Satzungsbestimmungen (Co-op-Schweiz, Rewe, Edeka) oder Gesellschaftsverträge (Bund deutscher Konsumgenossenschaften) rechtlich abgesichert.

Der Internationale Genossenschaftsbund hat nach einer eingehenden Untersuchung des Standes und der Änderungen der Organisationsstrukturen der ihm mitgliedschaftlich angeschlossenen Genossenschaftsbewegungen durch Beschluß auf dem Internationalen Genossenschaftskongreß in Wien 1966 einstimmig folgende Resolution angenommen:

1 Korp, Andreas, Strukturreform im Genossenschaftswesen, a.a.O., S.7.

2 Beispiel: Coop-Dänemark! - Vgl. auch Schlußbericht der Reformkommission, a.a.O., S.26.

"Der 23. Kongreß des Internationalen Genossenschaftsbundes empfiehlt der Genossenschaftsbewegung eine Konzentration aller Kräfte, um auch unter den modernen Wettbewerbsbedingungen die Leistungsfähigkeit zu sichern und gleichzeitig darauf zu achten, daß

1. im Rahmen des föderativen Konzepts Sicherheiten dafür geschaffen werden, daß wichtige Beschlüsse kompetenter Organe einer nationalen Organisation von allen Betroffenen so wirksam ausgeführt werden, daß die Aktionseinheit auf strategisch wichtigen Gebieten wie Einkauf, Absatz, Preispolitik, Produktion, Strukturentwicklung, Investitionspolitik und Erziehungswesen gewährleistet ist; dies kann durch ein System von langfristigen Vereinbarungen zwischen den Primärgenossenschaften und ihren regionalen Organisationen oder durch institutionelle Formen einer Zusammenarbeit erreicht werden, welche eine dauernde, koordinierte Politik der Gesamtbewegung sichern.
2. dort, wo die Absicht besteht, innerhalb der einzelnen Genossenschaftszweige stufenweise die Aktionseinheit durch Integration aller Genossenschaften in eine einzige nationale Genossenschaft herzustellen, Maßnahmen zur Wahrung der Grundsätze einer echten genossenschaftlichen Demokratie ergriffen werden."¹

IV. Bedeutung, Grenzen und Aufgabe der Sachverhaltsfeststellungen zur Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens

In unseren diskursiven Feststellungen zur Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens haben wir einerseits die Differenzierung der Organisationsstruktur und die Mannigfaltigkeit der Gebilde betont und dann ein Bündel von Kräften und Tendenzen aufgezeigt, die das Auseinanderfallen der Gesamtorganisation verhindern, vielmehr eine sinnvolle institutionelle Koordination, Konzentration und Integration sichern. So unvollkommen und punktuell die Sachverhalte auch aufgenommen werden konnten, sie erlauben doch einige interessante und bemerkenswerte Aussagen, die, zumal wenn sie auf den

¹ L. S., Strukturänderungen in den Genossenschaften, in: IGR Bd.60 (1967), S.217/218.

Hintergrund der überkommenen Genossenschaftslehre projiziert werden, eine eingehende und kritische Würdigung verlangen.

Nun darf das Denken und Urteilen freilich nicht in den genannten Einzelbeispielen verhaftet bleiben. Deren Erörterung war uns ja »nur« ein exemplarisches und beweiskräftiges Mittel zur Dokumentation und »geistigen Ausleuchtung« des Gesamtfeldes der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft. Erst eine **Z u s a m m e n - s c h a u** der auf Mannigfaltigkeit und der auf Integration drängenden Faktoren und Prozesse **j e f ü r s i c h** und **i m V e r g l e i c h z u e i n a n d e r** ergibt jenes **m u l - t i d i m e n s i o n a l e** und **k o m p l e x e** **D e n - k e n**, das die Basis für bestimmte Entscheidungen und Handlungen der Genossenschaftspraxis und für fundierte Urteile der Genossenschaftswissenschaft darstellt oder wenigstens darstellen könnte.

Man muß die **V i e l f a l t** sehen: die Vielfalt der Gebilde, der Formen, der Ebenen und der Wirkungsrichtungen der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft.

Man muß aber auch die **F ü l l e** der **K l a m m e r n** und die **E i n h e i t e n** sehen: sie sind nicht alle überall gleichzeitig und mit gleicher Kraft vorhanden und wirksam; sie ergänzen und ersetzen einander. Sie haben aber überall bisher einen solchen Zusammenhalt der Kräfte und Mittel bewirken können, daß es nicht zu einer heillosen Zersplitterung, sondern vielmehr zu einer nicht zu übersehenden Einheitlichkeit und zu Einheiten mit immer höheren Kreisen¹ kam.

In vieler Hinsicht ist es erforderlich, von einem uniformen und reduzierten Denken über die genossenschaftlich organisierte Wirtschaft wegzukommen. Notwendig ist ein anderes, neues Denken, auch in der Genossenschaftswissenschaft. Nicht einfache und wirklichkeitseintelektuelle theoretische Formeln und Modelle sind gefordert, sondern die Erfassung und Erklärung der vollen Wirklichkeit, wie

¹ Vgl. Back, Josef, Das Genossenschaftswesen im Strukturwandel des Gesellschafts- und Wirtschaftslebens, a.a.O., S.279.

sie sich entwickelt hat, wie sie sich in ihrem Wirken und ihren Möglichkeiten der Entfaltung darstellt.

Wir haben im vorausgegangenen Kapitel das neue Denken in verschiedener Hinsicht übersteigert und überzeichnet, indem wir relativ viel Raum und Gewicht d e n Dimensionen und Fakten gegeben haben, die bisher im Rahmen der Genossenschaftswissenschaft überhaupt und der genossenschaftlichen Organisationstheorie im besonderen weniger beachtet und gesehen wurden. Dies könnte berechtigter Anlaß zu Gegenkritik sein, zumal wir es h i e r bewußt unterlassen haben, über die vorgegebenen Sachverhalte hinausgehend nach Gründen und Erklärungen zu forschen. Auch war es uns bisher, wie ausdrücklich festgestellt wurde¹, selbst noch nicht möglich, das Objekt »Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens« begrifflich sauber zu bestimmen. Wie sollte dies auch möglich gewesen sein, wenn man nicht einfach vorgegebene Konstruktionen übernehmen und man außerdem dem Vorwurf des V o r urteils oder modelltheoretischer Axiomatik entgegen will?

Eine a l l g e m e i n e Theorie der genossenschaftlichen Gesamtorganisation muß zumindest alle objektivierten Fakten in einer dem Gegenstand angemessenen, erkenntnistheoretisch und methodologisch zureichenden Weise erfassen und beachten, selbst wenn es sich zunächst um Einzel- oder Randerscheinungen handeln sollte. Deshalb auch haben die vielen, manchmal scheinbar wahllos verstreuten und aus oft ganz verschiedenen Sparten und Ländern punktuell herausgegriffenen Beispiele ihre theoretisch-wissenschaftliche Bedeutung.²

1 Vgl. S.71 ff. u. 131 f. dieser Arbeit.

2 Vgl. Draheim, Georg, Genossenschaft und Erwerbsunternehmung, in: ZfgG Bd.4 (1954), S.129: "Wie sieht es nun mit der geforderten Tatsachenforschung aus? Obwohl kein Mangel gerade an deskriptiven Darstellungen von Teilausschnitten des Genossenschaftswesens besteht, ist doch festzustellen, daß das vorhandene Material als Grundlage für eine anschauliche und wirklichkeitsnahe Theorie in vielen Fällen nicht benutzt werden kann, weil die Tatsachen, die wichtig sind, infolge des Mangels an systematischen Ordnungsgesichtspunkten nicht oder nicht ausreichend erörtert wurden. Die systematisch-vergleichende Beobach-

Unleugbar wird den neueren Organisationsgebilden und -entwicklungen des Genossenschaftswesens oft mit Skepsis, Zweifel und Unverständnis begegnet. Man spricht, ähnlich wie vor etwa einem Jahrzehnt, als die Frage der »Großgenossenschaften« und deren »Unternehmungscharakter« so aktuell war, nicht selten von Deformierung oder gar von Entartung. Das Ungenügen und Mißbehagen in der gegenwärtigen Entwicklung des Genossenschaftswesens kann nur zwei Ursachenkomponenten entspringen: Entweder das Genossenschaftswesen läuft im Zuge seiner strukturellen Reformen und seiner markt- und gesellschaftswirtschaftlichen Bewährung tatsächlich den genossenschaftlichen Ideen und Zielen zuwider oder die Fragwürdigkeit ist lediglich die Folge eines unzureichenden Erkenntnisstandes der Genossenschaftstheorie. Es gibt nicht wenige Anzeichen dafür, daß auch die zweite Komponente zur Gesamtsituation ihren Beitrag leistet.

tung der Genossenschaften in den verschiedenen Ländern steckt noch in den Kinderschuhen, obwohl gerade durch diese Methode ein hervorragendes Mittel gegeben wäre, weitreichende Erkenntnisse aus den Unterschieden und den Gemeinsamkeiten zu gewinnen. Aus den angegebenen Gründen ist anzunehmen, daß eine umfassende anschauliche Theorie der Genossenschaften erst dann möglich sein wird, wenn die skizzierten Lücken in der Tatsachenforschung und in der vergleichenden Untersuchung ausgefüllt sind."

4. Kapitel

Theoretische Erklärungsansätze für die genossenschaftliche Gesamtorganisation

I. Vorbemerkungen

Den Sachverhaltsfeststellungen zum Objekt »Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens« werden nun theoretisch-abstrakte Typisierungen, Interpretationen und Erklärungen des Erfahrungsobjektes durch die Wissenschaft gegenübergestellt. Wir nehmen dabei vorwiegend nur auf diejenigen Genossenschaftstheorien Bezug, die nach dem 2. Weltkrieg vor allem in der Bundesrepublik Deutschland und in den USA entwickelt und diskutiert wurden. Im Zentrum ihrer Erkenntnisbemühung stand jeweils die Gestalt, Struktur und Funktionsweise der Genossenschafts o r g a n i s a t i o n .

Diese Theorien kennzeichnen wir, zunächst noch ohne weiteren Kommentar, mit einigen Begriffen und Namen. Wir verweisen auf die zum Teil mit großem persönlichen Engagement geführte, mit dem Buch Draheims »Die Genossenschaft als Unternehmungstyp« 1952 eröffnete, wissenschaftliche Auseinandersetzung um die O r g a n t h e o r i e und die U n t e r n e h m u n g s t h e o r i e. An ihr nahmen f ü r die Organtheorie vor allem Ohm und Robotka und f ü r die Unternehmungstheorie vor allem Draheim, Dülfer, Hasenack und Henzler teil. Außerdem äußerten sich zu dieser Frage eine Reihe anderer profilierter Genossenschaftswissenschaftler, ohne ihr jedoch eine für das Genossenschaftswesen zentrale, d.h. wesensbestimmende Stellung zuzuerkennen; Beiträge in diesem Sinne haben Back und Seraphim geliefert. Beendet wurde die Diskussion etwa im Jahre 1959.¹

Bald danach beginnt ein anderer genossenschaftstheoretischer Ansatz mit einer gegenüber der bisherigen Lehre in verschiedener Hin-

¹ In diesem Jahr hat Draheim die wichtigsten Gesichtspunkte der Diskussion noch einmal zusammenfassend dargestellt in: Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, in: ZfgG Bd.9 (1959), S.234-242.

sicht ganz anderen und vergleichsweise erweiterten Problemstellung in den Mittelpunkt des Interesses zu rücken. Dieser Ansatz ist heute unter dem Begriff **V e r b u n d** theorie allgemein bekannt. Er ist anfänglich vor allem mit den Namen Draneim (1959), Pott-hoff (1961), Pfüller (1964) und Henzler (1964) verbunden. Die Ent-wicklung der Verbundtheorie bedeutet für die theoretische Erklä-rung des Erkenntnisobjektes Gesamtorganisation des Genossenschafts-wesens eine Zäsur. Dieser Sachverhalt wird von uns auch in der Gliederung dieses Kapitels zum Ausdruck gebracht.

In enger Verbindung mit der Verbundtheorie, mit seinen Wurzeln je-doch zeitlich viel weiter zurückreichend, existiert mit Blick auf die Organisationstatbestände des Genossenschaftswesens ein weite-rer Theorietyp, der als **S y s t e m** theorie zu bezeichnen ist. Zu seiner Entwicklung haben neben vielen anderen Wissenschaftlern in neuerer Zeit vor allem Fauquet, Ziegenfuß und Back bemerkens-werte Beiträge geliefert. Den vorläufig aktuellsten Versuch, in einem neuen Anlauf die genossenschaftlichen Organisationsprobleme wissenschaftlich in den Griff zu bekommen, stellt der Theoriean-satz Dülfers dar; er will »den kooperativen Betriebsverbund« als »kybernetisches System« begreifen. Ähnlich wie mehrere andere Theoretiker in der Bundesrepublik Deutschland der Vielfalt der Er-scheinungsformen durch Typenvariation Rechnung zu tragen bemüht sind, versucht auch Dülfer mit einem **ü b e r g r e i f e n d e n** Ansatz, der sich in mehrere Entwicklungstypen aufgliedert, eine **S y n t h e s e** von Organ-, Unternehmungs-, Verbund- und System-theorie.

Das Entstehen und der Diskussionsverlauf der verschiedenen Genos-senschaftstheorien stellen sich uns dar als genossenschaftswissen-schaftlicher **E r k e n n t n i s p r o z e ß**. Diese Entwick-lung ist zwar zu verschiedenen Zeiten mit bestimmten Thesen und einzelnen Wissenschaftlern besonders eng verbunden. Deshalb auch werden deren Namen und Werke jeweils dort eindringlicher genannt, wo sie einen besonders wichtigen Baustein zur Erkenntnis beigetra-gen haben. Dennoch handelt es sich unverkennbar um einen allgemei-nen, objektivierten Erkenntniswandel.

Dies schließt nicht aus, daß Forscher auch subjektiv an dieser Entwicklung Anteil nehmen. Bei einzelnen Wissenschaftlern ist dieser persönliche Prozeß des Wandels inrer Auffassungen über das Objekt Genossenschaftswesen anhand ihrer veröffentlichten Beiträge ganz offensichtlich aufweisbar¹ und es wäre ein sicher nicht unin-

1 Wir nennen als Beispiele Henzler und Draheim. -

In seinem Buch »Betriebswirtschaftliche Hauptfragen des Genossenschaftswesens«, Stuttgart-Berlin 1939, hat Henzler mit e i n e m (Ideal-)Typ Genossenschaft operiert, dessen Gestalt und Funktionsweise er in Analogie zur O r g a n t h e o r i e charakterisiert. "(Die) Eigenart des Genossenschaftsbetriebs zwingt zu dem Schluß, daß er eine Betriebswirtschaft eigener Art ist und daß die Genossenschaft etwas anderes ist als nur eine der verschiedenen Arten von Unternehmungsformen mit besonderem Rechtskleid." (Ebenda, S.15) Hasenacks Argumentation, daß Henzler mit dieser Aussage nur die R e c h t s f o r m p r o b l e m a t i k, nicht aber die betriebswirtschaftliche Eigenart der Unternehmungstypologie im Auge habe, (vgl. Hasenack, Wilhelm, Genossenschaften - 'Unternehmungen' oder nicht?, in: Archiv f. öff. u. fr.gem. Unternehmen Bd.2 (1955/56), S.222) ist wenig überzeugend, vielmehr begrifflich formaler Art, zumal Henzler an der zitierten Stelle ganz ausdrücklich auf die offenbar schon damals beginnende wissenschaftliche Auseinandersetzung um die Organ- und Unternehmungstheorie in einer Fußnote Bezug nimmt. Mit seiner Veröffentlichung »Grenztypen des Genossenschaftsbetriebs - Die Tendenz zur Genossenschaftsunternehmung« (in: ZfgG Bd.6 (1956), S.9 ff.) führt Henzler dann 1956 den Unternehmungsbegriff ganz ausdrücklich in seine Genossenschaftstheorie ein, indem er den Gesamtbereich der genossenschaftlichen Erscheinungsformen auffächert, so daß die Genossenschaft der Organtheorie den einen und die Genossenschaft der Unternehmungstheorie den anderen G r e n z t y p u s bilden. 1964 erweitert Henzler das Erkenntnisobjekt seiner Genossenschaftslehre dann in Richtung auf die zentralgenossenschaftlichen Kooperationsformen, indem er innerhalb der genossenschaftlichen G e s a m t k o m p l e x e aus Mitgliederbetrieben sowie einzelgenossenschaftlichen und zentralgenossenschaftlichen Betrieben eine Tendenz zum genossenschaftlichen Verbund feststellt und erklärt, daß dies dem Wesen der genossenschaftlichen Kooperation schon seit je entspreche. (Vgl. Henzler, Reinhold, Der Genossenschaftsverbund und die Verbundführung, in: ZfgG Bd.14 (1964), S.440.) -

In einiger Analogie zur persönlichen Erkenntnisentwicklung Henzlers können wir auch das Vorwort Draheims zu seiner Aufsatzsammlung »Zur Ökonomisierung der Genossenschaften«, a.a.O., deuten. Er sagt dort, daß sein Buch »Die Genossenschaft als Unternehmungstyp« in einer 3. Auflage "eine völlige Neubearbeitung (erfordert)" und daß "bis dahin der Sammelband als Ersatz dienen (soll)". Die Art aber, wie die nicht in vollkommener zeitlicher Reihenfolge geordneten Aufsätze des Sammelbandes das Objekt Genossenschaftswesen inhaltlich aufbereiten und behandeln, zeigt

interessantes und für die wissenschaftliche Beurteilung der Wissenschaft nicht unergiebiges Unterfangen, den Wandel und das Fortschreiten der Erkenntnisauffassungen einzelner Genossenschaftstheoretiker einmal monographisch zu dokumentieren. Wenn wir in unserer Untersuchung einzelne Veröffentlichungen an bestimmten Stellen der Analyse ausführlicher behandeln, so wollen und können wir die damit in Verbindung stehenden Personen nicht auf einen bestimmten Erkenntnisstand heute festlegen; man kann nur behaupten, daß die genannten Wissenschaftler zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der jeweiligen Werke die dort vertretene Auffassung hatten. Gleichzeitig kann dieser Hinweis aber nicht einschließen, daß alle Personen, die sich wissenschaftlich mit dem Genossenschaftswesen befaßt haben und befassen, im Laufe ihres Lebens aktiv am allgemeinen Erkenntnisprozeß teilnehmen oder ihn gar mitbewirken.

Sowohl der allgemeine als auch der persönliche genossenschaftswissenschaftliche Erkenntniswandel wirft aber ein interessantes und beachtenswertes Licht auf das Wesen der Sozialwissenschaft überhaupt, insbesondere aber auf den Wahrheitsgehalt und Gültigkeitsanspruch ihrer Theorien. Mit diesen Problemen werden wir uns eingehender noch an anderer Stelle zu befassen haben.

In diesem Kapitel sind zunächst die Ansatzpunkte und die Grundzüge der erwähnten Genossenschaftstheorien im Hinblick auf ihre genossenschaftsorganisatorischen Aussagen darzustellen und zu prüfen. Es kann hier nicht unser Anliegen sein, diese Theorien umfassend zu referieren, um so ein vollständiges, den jeweiligen Autoren gerecht werdendes Gesamtbild der einzelnen Konzeptionen zu geben. Deren Kenntnis muß vielmehr vorausgesetzt werden; sie ist aus dem Studium der jeweils angegebenen Literatur zu erlangen.

auch schon deutlich, warum und in welcher Hinsicht es von Draheim im Vergleich zu seinem Buch »Die Genossenschaft als Unternehmungstyp« anders zu konzipieren ist. Die Erkenntnisentwicklung Draheims ist von derjenigen Henzlers, bis auf die Ausgangspunkte, nicht grundsätzlich verschieden. Er hat sich von Anfang an einer idealtypischen Konzeption des Erkenntnisobjektes Genossenschaft im Sinne der Organtheorie unzugänglich gezeigt, vielmehr die Vielfalt der realtypischen Erscheinungsformen betont.

Da wir das Erkenntnisobjekt dieser Untersuchung bisher noch nicht befriedigend bestimmt, vielmehr nur in einem großen Rahmen mit Hilfe des generellen Arbeitsbegriffes »Organisation« und der umfassendsten Lehre von der »Grundstruktur des Genossenschaftswesens« abgegrenzt sowie durch eine Vielzahl von exemplarischen Sachverhaltsfeststellungen ausgeleuchtet haben, kann unsere Erkenntniskritik der bestehenden Genossenschaftstheorien keinesfalls abschließend sein. Sie kann aber trotz aller Vorläufigkeit schon jetzt in drei Richtungen ansetzen:

- a) Wir können erstens eine *i m m a n e n t e K r i t i k* üben, d.h. wir können prüfen, ob innerhalb der vorhandenen Erklärungsansätze unter Beachtung deren Voraussetzungen, Eigenart und Methode Widersprüche und Zweifel sich offenbaren.
- b) Unsere Kritik kann zweitens aus dem *V e r g l e i c h d e r v e r s c h i e d e n e n T h e o r i e n* erwachsen. Soweit diese sich nämlich auf das gleiche Objekt beziehen - nicht immer ist dies der Fall und nicht immer wird dies klar erkannt, so daß nicht selten inhaltlich aneinander vorbeidiskutiert wird -, kann nur eine der beiden »Wahrheiten« zutreffen, wenn die klassische Logik gilt.

Von Bedeutung sind uns dabei nur Sachverhaltsaussagen. Der Streit um Begriffe ist nur am Rande von Interesse, obgleich er in der Entwicklung der Genossenschaftstheorie eine große Rolle spielte und auch heute noch nicht überwunden ist. Was ist aber Großes geleistet, wenn z.B. bei einer Vielzahl verschiedener Unternehmungsbegriffe¹, je nach den besonderen Kriterien, die der einzelne Begriff gerade beinhaltet, eine bestimmte Erscheinungsform gerade auf den einen oder anderen Begriff paßt oder als nicht passend befunden wird? Oder was bedeutet es, wenn für bestimmte genossenschaftliche Erscheinungsformen ein genau passender Unternehmungsbegriff konstruiert wird, und man dann erklärt, die Genossenschaft sei eine "Unternehmung sui generis"²?

1 Vgl. z.B. Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.235 ff.

2 Vgl. unter diesem Aspekt Draheim, Georg, Genossenschaft und Erwerbsunternehmung - Versuch einer Abgrenzung, in: ZfG Bd.4 (1954), S.133 f.

Es ist nichts anderes als ein definitorisches Geschäft erledigt; es ist eine Kurznamensgebung für ein bestimmtes Objekt erfolgt. Man kann mit diesem Namen nur für dieses spezielle Objekt operieren; jeder Vergleich mit einem anderen, das irgendeinem wiederum besonderen Unternehmungsbegriff untergeordnet ist, ist unzulässig, hinkt zumindest. Wir brauchen den Streit um Worte für unsere Zwecke nicht zu beachten. Wir verwenden die Formeln nur, um bestimmte Probleme und Theorietypen zu kennzeichnen.

Bei den begrifflichen Auseinandersetzungen wird allerdings nicht selten zu sehr aus den Augen verloren, daß sie auch mit Sachverhaltsbehauptungen und -feststellungen, wenn auch meist abstrakter Art, einhergehen. Und speziell in Hinsicht darauf zeichnen die verschiedenen Genossenschaftstheorien ein recht unterschiedliches Bild vom Sein des Genossenschaftswesens. Die Organtheorie hatte ein anderes Sein »im Griff« als die Unternehmungstheorie; und das Bild, das die Genossenschaftstheorie uns heute vom Genossenschaftswesen vermittelt, ist ein anderes als das vor etwa 15 Jahren. Nur auf die jeweils dargestellten, festgestellten oder behaupteten *Phänomene* und nicht auf deren Namen wollen wir unser Augenmerk richten, wenn wir kritische Vergleiche verschiedener Genossenschaftstheorien durchführen.

- c) In unserer Kritik können wir aber noch einen Schritt weiter gehen. Wir können die verschiedenen Genossenschaftstheorien der Gesamtheit der von uns im vorangegangenen Kapitel erfaßten und für, zumindest nach den überkommenen Anschauungen, diskussionsrelevant befundenen Sachverhalte gegenüberstellen - und zwar unabhängig davon, ob wir das Erkenntnisobjekt selbst bisher schon zureichend bestimmen konnten. Wir können unter Maßgabe dieses Vorbehaltes nämlich fragen, ob die verschiedenen Sachverhalte überhaupt gesehen wurden oder gesehen werden konnten, soweit sie sich erst in neuerer Zeit entwickelt haben; ob sie zureichend beachtet und erklärt, oder ob sie bewußt und wenn ja, aus welchen Gründen, aus der Analyse ausgeklammert wurden. Nicht daß wir mit dieser Form der Kritik schon Antworten über Wesen und Entartung der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft vorwegnehmen wollen. Diese können vielmehr erst auf der

Grundlage einer eigenen Theorie gegeben werden. Aber Fragen an die überkommene Theorie können gestellt werden, zu denen eine Antwort, so oder so, von ihr oder von einer neuen Theorie zu erwarten sind. Und ganz offensichtlich liegt dort ein unerforschtes Problemfeld, wo keine oder keine zweifelsfreien wissenschaftlichen Antworten auf Sachfragen gegeben werden können.

II. Die Einzelgenossenschaft als Erkenntnisobjekt der genossenschaftlichen Organ- und Unternehmungstheorie

Die genossenschaftliche Organ- und Unternehmungstheorie erscheinen im Hinblick auf das Untersuchungsobjekt Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens nicht so sehr divergierend, daß sie eine völlig getrennte Darstellung erforderlich machen. Vor allem auch um auf diese Weise das wichtigste Unterscheidungsmerkmal zur genossenschaftlichen Verbund- und Systemtheorie, nämlich die Konzipierung des jeweiligen Erkenntnisobjektes, klarer aufzeigen zu können, behandeln wir die Organ- und Unternehmungstheorie in ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieuen unter einem einheitlichen Rubrum.

1. Die Gemeinsamkeiten

a. Der einzelgenossenschaftliche Ansatz

Aus den von den verschiedenen Autoren jeweils gegebenen zusammengefaßten Formulierungen eines Genossenschaftsbegriffes kann vor allem ersenen werden, daß sie sich übereinstimmend auf das Objekt **E i n z e l g e n o s s e n s c h a f t** beziehen.

Beispiele:

Henzler: "Die G e n o s s e n s c h a f t ist eine Personenvereinigung mit nicht geschlossener Mitgliederzahl, deren Zweck es ist, entsprechend dem ihr erteilten Grundauftrag die Wirtschaften der Mitglieder mittels gemeinsam getragener Betriebswirtschaft zu fördern."¹

¹ Henzler, Reinhold, Betriebswirtschaftliche Probleme des Genossenschaftswesens, a.a.O., S.31.

Draheim: "Genossenschaften sind Unternehmungen, deren Träger als zwischenmenschlich verbundene Individuen freiwillig eine Personenvereinigung = Gruppe in soziologischem Sinne bilden und gleichzeitig als Wirtschaftssubjekte einen Gemeinschaftsbetrieb unterhalten, dessen Anteilskapital und dessen Verwaltungsorgane nur auf den nach Köpfen abzustimmenden Mitgliedern beruhen und dessen maßgebende Aufgabe darin besteht, bestimmte, unmittelbar aus den Mitgliederwirtschaften erwachsende Bedürfnisse möglichst vorteilhaft für diese zu befriedigen."¹

Ohm: Grundlage seiner Genossenschaftstheorie ist eine idealtypische Konzeption der Genossenschaft, die er als »reine Form« bezeichnet: "Aus dem vielschichtigen und äußerst wandlungsfähigen Erfahrungsobjekt 'Genossenschaft' wird durch hervorhebend pointierende Abstraktion im Sinne von Max Weber ein Idealtypus der Genossenschaft gewonnen bei gleichzeitiger Außerachtlassung aller akzidentellen Merkmale, welche die genossenschaftliche Wirklichkeit in den unterschiedlichen historischen Situationen aufzuweisen vermag."² Das so gewonnene Erkenntnisobjekt Genossenschaft "ist ein Wirtschaftsgewilde höherer Ordnung, das in loser Form aus Genossenschaftsbetrieb und den Mitgliederwirtschaften zusammengefügt ist."³

Es geht uns mit der Benennung der obigen Beispiele nicht darum, diese Definitionen, deren Aufzählung in ihrer Art fast beliebig fortgesetzt werden könnte⁴, inhaltlich zu deuten und einer Kritik zu unterziehen. Die darin enthaltenen Abstraktionen könnten in ihrer vollen Bedeutung ohnehin erst bei Würdigung des jeweiligen Gesamtwerkes erkannt werden. Unser Anliegen hier ist es - und das

1 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, a.a.O., S.16; dabei ist jedoch zu erwähnen, daß Draheim sich von Anfang an gegenüber dieser seiner Objektdefinition sehr zurückhaltend und zweifelnd zeigt: "Es ist wohl verständlich, daß (der) Fülle der Erscheinungsformen und Betrachtungsweisen nicht mit Definitionen beizukommen ist. Es ist darum am zweckmäßigsten, überhaupt auf eine Definition zu verzichten und den Versuch zu machen, auf einem anderen Wege zu einer systematischen Deutung zu gelangen." (Ebenda, S.16) Dessen ungeachtet bleibt das Draheim'sche Erkenntnisziel zunächst durchgehend die Klärung der einzelnen genossenschaftlichen Struktur der verschiedenen realtypischen Erscheinungsformen.

2 Ohm, Hans, Die ökonomische Theorie der Genossenschaft als Ausgangsbasis für ihre Abgrenzung von den Kartellen, in: ZfG Bd.2 (1952), S.274.

3 Ohm, Hans, Die Genossenschaft - eine Unternehmung?, in: ZfG Bd.4 (1954), S.236; ferner ders., Die Genossenschaft und ihre Preispolitik, a.a.O., S.36.

4 Vgl. Höfken, Karl-Heinz, Die begriffliche Bestimmung der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft, a.a.O., S.8-140.

läßt sich sofort aus den Beispielen ersehen -, zu zeigen, daß sie sich jeweils auf die Einzelgenossenschaft, meistens sogar in erster Linie auf die Primärgenossenschaft beziehen.¹ "Beim Großteil der (bei Höfken - d.V.) angeführten Wesensbestimmungen stand die Einzelgenossenschaft als Primärgenossenschaft im Mittelpunkt des Erkenntnisstrebens."² Diesen Sachverhalt haben alle theoretischen Konzeptionen der Organ- und der Unternehmungstheorie gemeinsam.

Wie ist dieser Tatbestand aus der Sicht der jeweiligen Autoren zu verstehen? Es ist ja nicht etwa so, daß sich ihre Genossenschaftstheorie nur auf eine einzelne Genossenschaft oder auch nur auf die Primärgenossenschaften beziehen soll. Sie soll sehr wohl für alle Genossenschaften, für die Genossenschaften der verschiedenen Sparten und Stufen gelten. Aber die Mannigfaltigkeit der Genossenschaften, die Vielschichtigkeit ihrer Gruppierungen und Systembildung wird zunächst deshalb nicht als Problem angesehen, weil man, wie es Draheim einmal ausgedrückt hat, davon ausgeht, daß zutrifft: "Jede Genossenschaft ist wesensmäßig und kraft Gesetzes eine in sich geschlossene Einheit mit Autonomie. Da die Genossenschaft im Prinzip eine lokale Einrichtung ist, kann man von 'lokaler Autonomie' sprechen."³ Auch Henzler hat mit seiner Genossenschaftsdefinition das Erkenntnisobjekt seiner Genossenschaftstheorie, die für den Gesamtbereich der genossenschaftlichen Wirklichkeit Geltung beansprucht, in diesem Sinne einzelwirtschaftlich bestimmt.⁴

1 So sagt z.B. Ohm: "In die Untersuchung einbezogen sind nahezu ausschließlich die genossenschaftlichen Organisationsformen der untersten Stufe, d.h. organisatorische Zusammenschlüsse von Genossenschaften sind nicht behandelt, soweit ihre strukturanalytische Behandlung in Frage steht." (In: Die Genossenschaft und ihre Preispolitik, a.a.O., S.5.)

2 Höfken, Karl-Heinz, Die begriffliche Bestimmung der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft, a.a.O., S.137.

3 Draheim, Georg, Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und genossenschaftliche Struktur, in: ZfgG Bd.9 (1959), S.25. - (Sperrungen im Originaltext nicht enthalten.)

4 Wenn Henzler allerdings sagt, daß seine Begriffsbestimmung "eine Abgrenzung des Erfahrungsobjektes für die vorliegende Arbeit"

Wenn man also, so glaubt man annehmen zu dürfen, die Struktur und Funktionsweise der Einzelgenossenschaft erklärt, hat man zugleich schon - weil dies nämlich nur noch eine Frage der Addition und des Nebeneinanders sei - die Gesamtheit der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft erklärt. Insbesondere wird dies auch für die auf höherer Stufe stehenden Wirtschaftszentralen angenommen. "So wie der genossenschaftliche Gemeinschaftsbetrieb aus den wirtschaftlichen Bedürfnissen seiner Mitgliederwirtschaften herauswächst, so wird die Zentralgenossenschaft von den Bedürfnissen ihrer Mitgliederwirtschaften, nämlich der Einzelgenossenschaften, getragen. Aus dieser Parallelität ergibt sich, daß in der Grundlinie alle Überlegungen und begrifflichen Verdeutlichungen (wie z.B. hinsichtlich Eigenkapitalbeschaffung, Kooperativnexus, Kooperativ-effekt, Gleichgewichtsziel, Integration usw.) auch auf dieser höheren Ebene durchaus anwendbar sind. So spiegelt sich das Verhältnis, welches sich zwischen den Mitgliederwirtschaften und der Einzelgenossenschaft entwickelt hat, auch in der Einstellung dieser Genossenschaft zu der Zentralgenossenschaft wider."¹

darstelle (Henzler, Reinhold, Betriebswirtschaftliche Probleme des Genossenschaftswesens, a.a.O., S.31, Fußnote 23), dann ist dies zumindest undeutlich und irreführend. Das Erkenntnisobjekt hat das Erfahrungsobjekt nicht abzugrenzen, sondern zureichend zu repräsentieren. Das transzendente Erfahrungsobjekt ist, auch hinsichtlich seiner Grenzen, zunächst unabhängig von jeder wissenschaftlichen Erkenntnis v o r gegeben. Was "zum Objekte der wissenschaftlichen Betrachtung gemacht wird, ist nicht die Erfahrung in ihrer vollen empirischen Wirklichkeit, sondern ein Abstraktionsgebilde unserer Verstandestätigkeit. ... An Stelle des Erfahrungsobjektes tritt so das ... Denkbjekt, als ein übersehbarer Komplex einer begrenzten Anzahl von Merkmalen, die aus der unbegrenzten Mannigfaltigkeit der unmittelbaren Erfahrung herausgehoben und zu einem einheitlichen Gedankengebilde vereinigt werden." (Vgl. Amonn, Alfred, Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie, Leipzig und Wien 1911, S.16 ff.)

1 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, a.a.O., S.132; vgl. auch Henzler, Reinhold, Betriebswirtschaftliche Probleme des Genossenschaftswesens, a.a.O., S.36; Ohm, Hans, Die Genossenschaft und ihre Preispolitik, a.a.O., S.5: "Die funktional-kausaltheoretische Problematik" der organisatorischen Zusammen-schlüsse von Genossenschaften "erfordert deshalb keine spezielle Bearbeitung, weil in dieser Hinsicht die Problematik der genossenschaftlichen Gebilde höherer Ordnung nicht von derjenigen der niederen Stufe abweicht."

b. Die genossenschaftliche Hilfswirtschaft - eine fordernde Betriebswirtschaft

So sehr zwischen Organtheorie und Unternehmungstheorie Uneinigkeit über Gestalt und Kennzeichnung der Einzelgenossenschaft und des einzelgenossenschaftlichen Gemeinschaftsbetriebes herrscht, darin besteht Einigkeit, daß letzterer eine Organisation ist, die alle systemneutralen Merkmale einer **B e t r i e b s w i r t - s c h a f t** ¹ aufweist. Diesen technisch-organisatorischen Wirtschaftskern hat der Genossenschaftsbetrieb mit den erwerbs- und gemeinwirtschaftlichen Betrieben gemeinsam.

Der genossenschaftliche Gemeinschaftsbetrieb knüpft funktional an die Bedürfnisse der angeschlossenen Mitgliederwirtschaften an. Soweit die Mitgliederwirtschaften mit ihrem Gemeinschaftsbetrieb tatsächlich in Geschäftsbeziehungen treten, besteht eine Identität von Kunden und Mitgliedern. Was nun das für diese Geschäftsbeziehungen erforderliche Leistungsprogramm und die Leistungsdarbietung des Genossenschaftsbetriebs betrifft, so besteht Übereinstimmung über das stilbestimmende² Betriebsziel: **F ö r d e r u n g d e r M i t g l i e d e r w i r t s c h a f t e n**. Der zentrale Inhalt des Förderungsprinzips, gelegentlich auch Grundauftrag genannt, ergibt sich aus den konkreten Wirtschaftsbedürfnissen der Mitgliederwirtschaften und umfaßt nicht oder nur am Rande eine rein erwerbsorientierte Bewirtschaftung von Geldkapital. Dies schließt freilich nicht aus, daß die Förderungsleistungen in Geldwerteinheiten gemessen werden oder gar in finanziellen Zuschüssen (z.B. Rückvergütung) ihren Ausdruck finden können. "Der Sinn dieses dem Selbsthilfe- und Dienstgedanken eingeordneten 'Förderungsprinzips' liegt in der kontinuierlichen und optimalen Förderung aller derzei-

1 Vgl. Gutenberg, Erich, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1951, S.11; Draheim, Georg, Genossenschaft und Erwerbsunternehmung, a.a.O., S.135 (*Faktoreinsatz, Faktorkombination, Prinzip der Wirtschaftlichkeit, Prinzip des finanziellen Gleichgewichts*).

2 Vgl. Draheim, Georg, Genossenschaft und Erwerbsunternehmung, a.a.O., S.129 f.

tigen und zukünftigen Mitglieder, nicht jedoch in der augenblicksorientierten maximalen Förderung von **e i n z e l n e n** Genossen.¹ Nichts anderes als diese förderungswirtschaftliche Funktionsbeziehung zu den Mitgliederwirtschaften soll zum Ausdruck gebracht werden, wenn der genossenschaftliche Gemeinschaftsbetrieb mit dem Begriff **H i l f s w i r t s c h a f t** belegt wird. Mit den Größenordnungen und dem ökonomischen Entwicklungsstand der betreffenden Betriebswirtschaft ist diese Bezeichnung nicht in Zusammenhang zu bringen.^{2,3}

"Es besteht in Wissenschaft und Praxis keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die genossenschaftliche Hilfswirtschaft die Betriebseigenschaft besitzt. Ihre Aufgabe ist es, den Vollzug der Wirtschaftspläne der Mitgliederwirtschaften zu unterstützen und dafür Sorge zu tragen, daß diese ihre Wirtschaftsziele möglichst vollkommen realisieren."⁴ Mit diesen Feststellungen ist das Wesen der Einzelgenossenschaft aber noch nicht eindeutig bestimmt. Bei den weitergehenden Analysen beginnen die begrifflichen und sachlichen Divergenzen zwischen Organ- und Unternehmungstheorie.

1 Draheim, Georg, Genossenschaft und Erwerbsunternehmung, a.a.O., S.130.

2 Vgl. Draheim, Georg, Genossenschaft und Erwerbsunternehmung, a.a.O., S.136 f.; ders., Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.216.

3 Mehr über die Zweckmäßigkeit des Begriffs Hilfswirtschaft als über die damit gemeinte Sache gibt es jedoch abweichende Auffassungen. Gelegentlich wird der Begriff auch für eine andere Sache gebraucht oder er wird überhaupt abgelehnt. Vgl. Back, Josef, Wo stehen die Genossenschaften heute?, in: ZfgG Bd.4 (1954), S.65 f.; Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.215 f.; Dülfer, Eberhard, Zur Frage des Unternehmungscharakters der Genossenschaft, in: ZfgG Bd.6 (1956), S.266.

4 Ohm, Hans, Die Genossenschaft - eine Unternehmung?, a.a.O., S.235 und S.237/238; vgl. ferner Dülfer, Eberhard, Zur Frage des Unternehmungscharakters der Genossenschaft, a.a.O., S.265 und Draheim, Georg, Genossenschaft und Erwerbsunternehmung, a.a.O., S.135.

c. Zentrales Erkenntnisinteresse: die Eigenart des primärgenossenschaftlichen Gemeinschaftsbetriebes und der internen einzelgenossenschaftlichen Beziehungen zu den Mitgliederwirtschaften

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der Organtheorie und der Unternehmungstheorie ist vor allem ein Streit um die notwendige oder typische Eigenart des Genossenschaftsbetriebs. Wenn die Begriffe »Organschaft«, »Unternehmung« u.a. eingesetzt, diskutiert und die damit gemeinten Sachverhalte analysiert werden, beziehen sich diese Begriffe und Analysen fast ausschließlich auf den einzelgenossenschaftlichen Gemeinschaftsbetrieb. Dessen morphologische, betriebswirtschaftliche und marktwirtschaftliche Gestalt, Stellung und Funktionsweise sollen geklärt werden.

Die Gesamtgestalt der Einzelgenossenschaft wird im Vergleich zu diesem zentralen Erkenntnisinteresse nur am Rande behandelt. Und obgleich dazu auch die verschiedensten Auffassungen geäußert wurden, hat sich daran eine, gegebenenfalls erkenntnisfördernde Auseinandersetzung nicht entzündet. Die Einzelgenossenschaft der Genossenschaftstheorie ist mit dem genossenschaftlichen Gemeinschaftsbetrieb jedoch nicht zu identifizieren, sei es, daß neben dem Gemeinschaftsbetrieb eine Personenvereinigung dazugehört, wie Draheim behauptet, sei es, daß die Mitgliederbetriebe gebildlich umfaßt sind, wie Ohm u.a. erklären, oder sei es, daß die Einzelgenossenschaft überhaupt keinen Gemeinschaftsbetrieb aufweist, wofür im Grunde Emelianoff plädierte.¹

Auffallenderweise werden von den Organ- und Unternehmungstheoretikern auch die einzelgenossenschaftlichen Mitgliederwirtschaften in ihrer Eigenart nur relativ zurückhaltend gekennzeichnet. Es wird zwar immer wieder betont, daß der Gemeinschaftsbetrieb ohne die Mitgliederwirtschaften nicht zu denken sei und daß beide Komplexe funktional aufeinander

1 Näheres vgl. S.239 f. dieser Arbeit.

bezogen seien. Es wird auch an einzelnen Stellen erwähnt, daß diese Mitgliederwirtschaften in der Wirtschaftsrealität Landwirtschaften, Handwerks- und Handelsbetriebe sowie Haushalte seien; aber diese Hinweise werden kaum als **w e s e n t l i c h** beurteilt. Die Mitgliederwirtschaften werden in dieser ihrer notwendigen Individualität nicht besonders gekennzeichnet, vielmehr in der Regel neutral und farblos nur mit den Allgemeinbegriffen »Mitgliederwirtschaften« und/oder »Betriebswirtschaften« beschrieben. Gelegentlich wird betont, daß die Ausgestaltung der internen Wechselbeziehungen zwischen Genossenschaftsbetrieb und Mitgliederwirtschaften nach Ordnungsprinzipien erfolgt, die auf die **P e r s o n** und nicht auf das Kapital bezogen sind. Aber warum dieser Hinweis von Bedeutung ist, wird selten zureichend erklärt, wenn er nicht, wie bei der »rein ökonomischen Genossenschaftstheorie«, überhaupt verdrängt wird. Über den besonderen und notwendigen personalwirtschaftlichen Charakter der Mitgliederwirtschaften und den generellen Anspruch des Genossenschaftswesens, das gesamte personalwirtschaftliche Fundament der Gesellschaftswirtschaft zu erfassen, zu erhalten und zu fördern¹, wird von den Organ- und Unternehmungstheoretikern nichts ausgesagt. Gerade aus dieser notwendigen personalwirtschaftlichen Ausrichtung ergeben sich aber z.B. eine Reihe von Unterschiedlichkeiten in der Struktur, Aufgabe und Funktionsweise von primären und sekundären Einzelgenossenschaften. Und sobald diese Eigenart aus den Augen gelassen wird, entstehen auch die enormen Schwierigkeiten, die Genossenschaften von den übrigen Konzentrations- und Integrationsformen (insbesondere den Kartellen und Konzernen) in der Wirtschaft sinnvoll und zureichend abzugrenzen.

Der dargestellte einzelgenossenschaftliche Ansatz der Organ- und Unternehmungstheorie eröffnet zwei logische Möglichkeiten zur Analyse dieses Erkenntnisobjektes. Es können erstens die **i n t e r n e n** einzelgenossenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten erforscht werden, und es können zweitens die Beziehungen und Wirkungen dieses Objektes **n a c h a u ß e n**, also gegenüber Dritten, untersucht werden.

¹ Vgl. S.56 ff. u. 155 dieser Arbeit.

Das Schwergewicht aller genossenschaftstheoretischen Analysen ist bis heute eindeutig auf die Klärung der internen Strukturen und Wirkungen gerichtet. Soweit der einzelgenossenschaftliche Ansatz noch nicht überwunden ist, begrenzt sich die innere Ausleuchtung des Objektes eben auf dieses Einzelgebilde.

Die Beziehungen nach außen werden problemlos nur am Rande erwähnt und es wird übereinstimmend erklärt, daß sich das ökonomische Verhalten der Genossenschaften gegenüber Dritten n i c h t von demjenigen der erwerbswirtschaftlichen Konkurrenten unterscheide. "Es besteht allgemein Übereinstimmung darüber, daß die Genossenschaft in bezug auf alle anderen Beziehungen als die zu ihren Mitgliedern sich von anderen Wirtschaftsgebilden, die Unternehmungscharakter haben, nicht unterscheidet; d.h. die Genossenschaft erfüllt in bezug auf den Verkehr mit anderen Wirtschaftseinheiten die Voraussetzungen der Unternehmung. Das bedeutet, daß sie mit diesen in 'Marktbeziehungen' steht."¹

Diese Aussage erscheint auf den ersten Blick einleuchtend. Dennoch müssen wir sie in Frage stellen. Die Beurteilung des Verhaltens und der Wirkungen der Genossenschaften gegenüber Dritten muß zumindest modifiziert werden in Hinblick auf die s p a r t e n - i n t e r n e n B e z i e h u n g e n z u d e n e i g e n e n W i r t s c h a f t s z e n t r a l e n und die Geschäftsbeziehungen des Genossenschaftsbetriebs m i t N i c h t - m i t g l i e d e r - K u n d e n , die nicht selten in jeder Hinsicht identisch mit denjenigen zu Mitglieder-Kunden sind. Es ist aber auch darüber hinaus eine durchaus prüfenswerte Frage, ob das sonstige genossenschaftliche Marktverhalten i n j e d e r H i n s i c h t demjenigen nichtgenossenschaftlicher Wirtschaftseinheiten gleicht. Das Ergebnis dieser Prüfung ist von entschei-

¹ Dülfer, Eberhard, Zur Frage des Unternehmungscharakters der Genossenschaft, a.a.O., S.267; Draheim, Georg, Genossenschaft und Erwerbsunternehmung, a.a.O., S.142: "Die Genossenschaft unterscheidet sich bei Zugrundelegung einer Brutto-Aufwands- und -Ertragsrechnung hinsichtlich der Marktbeziehungen von der Erwerbsunternehmung nur dadurch, daß sich aus dem Verkehr mit den Mitgliedern jeweils unterschiedliche Einzelpositionen ergeben, die auf außermärklichen Verrechnungspreisen beruhen."

dender Bedeutung für die ordnungspolitische und wettbewerbsrechtliche Beurteilung des Genossenschaftswesens in der Gesamtwirtschaft.

Die überkommene Genossenschaftstheorie befaßt sich indes vorwiegend mit den in der Tat auch bedeutungsvollen internen Zusammenhängen zwischen den Mitgliederwirtschaften einerseits oder den Mitgliedern bzw. der Personenvereinigung andererseits zum genossenschaftlichen Gemeinschaftsbetrieb, wobei jeweils von einem ganz bestimmten Schema vor allem funktionaler und persönlicher Wechselbeziehungen ausgegangen wird. Finanzielle, rechtliche und sonstige Beziehungen finden kaum Erwähnung. Die Klärung und Ordnung dieser Beziehungen, die sich als harmonische Ergänzungen und/oder als spannungsgeladene Gegensätzlichkeiten darstellen können, im Sinne eines genossenschaftsadäquaten bzw. -typischen G l e i c h g e - w i c h t s z u s t a n d e s¹ erscheint übereinstimmend als zentrale Sachaufgabe der genossenschaftlichen Organ- und Unternehmungstheorie. Wie aber im einzelnen in diesem gleichgewichtigen Normalzustand die Gewichte zwischen den verschiedenen Gliedgebilden verteilt sind oder verteilt sein sollen, darüber gehen eben die Auffassungen so sehr auseinander, daß es zu den bereits mehrfach erwähnten unterschiedlichen Auffassungen kam.

2. Die unterschiedlichen Auffassungen

a. Die Gestalt der Einzelgenossenschaft

Bis heute besteht in der Genossenschaftstheorie keine klare und einhellige Auffassung über die Gestalt der Einzelgenossenschaft. Wir erkennen in der Literatur drei deutlich voneinander unterscheidbare Thesen; jede ist in sich wiederum nach Autoren variierbar.

¹ Vgl. Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, a.a.O., S.81-85; Ohm, Hans, Die Genossenschaft und ihre Preispolitik, a.a.O., S.8; ders., Die Genossenschaft - eine Unternehmung?, a.a.O., S.244/245.

Zum ersten, mehr an anfänglichen (primitiven) genossenschaftlichen Erscheinungsformen orientierten Theorietyp haben wir Philipps, Emelianoff und Robotka zu rechnen. Sie messen dem genossenschaftlichen Gemeinschaftsbetrieb, auch wenn er vorhanden ist, keine für die Einzelgenossenschaft wesensbestimmende Bedeutung bei. Deren morphologische Gestalt ist vielmehr durch die Gesamtheit der Mitglieder (wirtschaften) verkörpert, die "gleichsam als eine Unternehmung ... in Erscheinung trete."¹ Zwischen den Mitgliedern bzw. Mitgliederwirtschaften wird ein System multilateraler Abkommen und Beziehungen zur Verwirklichung des jeweiligen Genossenschaftszweckes als existent gedacht. Das Faktum einer betrieblichen Gemeinschaftsorganisation wird als unwesentlich angesehen und im Sinne einer gemeinsamen, unselbständigen Geschäftsabteilung, Filiale oder Agentur der Mitgliederwirtschaften erklärt.

Folgende Gedanken hat Robotka im Jahre 1946 als grundlegend für seine ökonomische Auffassung von der Genossenschaft angesehen:

- "1. Eine genossenschaftliche Vereinbarung (agreement) ist eine horizontale Kombination von selbständigen Wirtschaftseinheiten.
2. Weil die Mitgliedeinheiten ihre Autonomie behalten, so folgt, daß die Kombination eher eine föderative als eine autoritäre Organisationsform haben muß.
3. Jede echte Genossenschaft stellt das Bestreben zweier oder mehrerer autonomer Einheiten dar, gewisse, für die ökonomische Tätigkeit der Mitgliedeinheiten wesentliche Operationen gemeinschaftlich und einander gleichgeschaltet (coordinately) auszuüben. Es ist die erklärte Absicht der echten Genossenschafter, keine geschäftliche Unternehmung (firm) zwischen sich und den Markt zu setzen. Im technisch-ökonomischen Sinn kann dies nur bedeuten, daß es ihre Absicht ist, in ihrer Eigenschaft als souveräne Einheiten zu fungieren, d.h. bestimmte Funktionen oder Leistungen als einen integrierten Bestandteil ihrer individuellen wirtschaftlichen Berufe auszuüben.

1 Vgl. Dülfer, Eberhard, Zur Frage des Unternehmungscharakters der Genossenschaft, a.a.O., S.268.

4. Die genossenschaftliche Organisation besteht aus der Summe von Beziehungen und Übereinkünften zwischen den Mitgliedeinheiten zum Zwecke der Verwirklichung ihres Vorsatzes. Ökonomisch gesehen, bezwecken diese Abmachungen, die Mitgliedeinheiten zu befähigen, an der Ausübung ihrer unternehmerischen Funktionen hinsichtlich der bestimmten Tätigkeiten, die sie in gegenseitiger Koordination zu verrichten wünschen, gemeinschaftlich teilzunehmen. In rechtlicher Hinsicht besteht die genossenschaftliche Organisation aus einem Bündel multilateraler Verträge zwischen den Mitgliedern zu dem Zweck, ihrer ökonomischen Absicht Rechtsgültigkeit zu verleihen. Folglich ist die Genossenschaft das ökonomische und rechtliche Rüstzeug, vermittelt dessen die Mitgliedeinheiten ihre Absicht durchsetzen, eine gemeinschaftlich integrierte Tätigkeit auszuüben."¹

Mit der Grundauffassung Robotkas ist auch die Lehre Emelianoffs ohne weiteres vergleichbar. Er bestimmt die Genossenschaft als **A g g r e g a t d e r M i t g l i e d e r w i r t s c h a f t e n**. "Die aggregative Natur der Genossenschaft ist klar in ihrer embryonalen Form oder in informalen Genossenschaften festzustellen; dagegen wird sie in allen Genossenschaften mit eigener Rechtspersonlichkeit verdunkelt, insbesondere denen des Rochdale-Typs (capital-stock). Letzteres rührt daher, weil das juristische Kleid der Genossenschaften nicht mit ihrem ökonomischen Charakter korrespondiert. Die legale Individualität verdeckt ihre ökonomische (aggressive) Pluralität. Dies ist auch der Grund für die vielen Widersprüche und Verwirrungen in den anzutreffenden Deutungen der Genossenschaft sowie dafür, daß Gesetzgeber und Ökonomen das Aggregat als Einheit behandeln."^{2,3}

1 Robotka, Frank, Eine Theorie des Genossenschaftswesens, in: ZfgG Bd.5 (1955), S.161/162. - Zu dieser Auffassung hat sich Robotka im Jahre 1955 (ebenda, S.155) und auch 1958 (vgl. seinen Vortrag "Vom Nutzen der Genossenschaftstheorie" in: ZfgG Bd.8 (1958), S.70) noch bekannt.

2 Vgl. Ohm, Hans, Stand und Entwicklung der Genossenschaftstheorie in den USA, in: ZfgG Bd.5 (1955), S.109.

3 Es gibt neuerdings Versuche, bestimmte rechtliche und organisatorische Genossenschaftsprobleme, z.B. das Stimmrecht der Genos-

Von dem soeben dargestellten Theorietyp hebt sich eine zweite Gruppe von Autoren dadurch recht deutlich ab, daß sie bei der Bestimmung des morphologischen Charakters der Einzelgenossenschaft dem hilfswirtschaftlichen Genossenschaftsbetrieb ein höheres Gewicht beimessen. Wir haben zu ihnen vor allem Ohm und Dülfer zu rechnen. Obgleich diese beiden Autoren ansonsten nicht unerheblich in ihren genossenschaftstheoretischen Auffassungen divergieren, so stimmen sie doch in der Konzipierung der Einzelgenossenschaft als **k o o p e r a t i v e n G e s a m t k o m p l e x a u s M i t g l i e d e r w i r t s c h a f t e n u n d G e m e i n s c h a f t s b e t r i e b** überein. Dieser einzelgenossenschaftliche Gesamtkomplex stellt ein **W i r t s c h a f t s - g e b i l d e h ö h e r e r O r d n u n g** mit Unternehmungs- bzw. unternehmungsähnlichen Eigenschaften dar.

Ohm lehrt nur **e i n e n** Typus Einzelgenossenschaft. "In der Genossenschaft haben wir eine Organisationsfigur vor uns, in der **g l e i c h z e i t i g** die horizontale Konzentration und der gleiche Vorgang in vertikaler Richtung vollzogen ist (vertikale Integration)"¹. Der vertikale Zweig dieser Genossenschaft, die hilfswirtschaftliche Institution, wird nicht "nur als Betrieb", sondern als **" ö k o n o m i s c h e E i n h e i t**, wenn auch unselbständigen Charakters"² dargestellt. "Würde man der genossenschaftlichen Hilfswirtschaft den Charakter einer Wirtschaftseinheit absprechen und sie nur als Betrieb bezeichnen, so müßte dieser Betrieb bezüglich seiner ökonomischen Gebildezugehörigkeit gedanklich in so viele Teile zerlegt werden, wie Mitgliederwirtschaften als Eigentümer-'Kunden' vorhanden sind. Der gemeinsamen Wirtschaftsführung über den Betrieb widerspricht jedoch die Vorstellung eines dissoziierten ökonomischen Gebildes, das ökonomischer

senschaftsmitglieder, im Sinne der rein ökonomischen Theorie Robotkas, Emelianoffs u.a. zu lösen. Dabei sollte man sich jedoch zumindest bewußt sein, auf welche realen genossenschaftlichen Erscheinungsformen sich diese Theorien vorwiegend beziehen.

1 Ohm, Hans, Die Genossenschaft - eine Unternehmung?, a.a.O., S.234/235.

2 Ohm, Hans, Die Genossenschaft und ihre Preispolitik, a.a.O., S.37.

Träger der Betriebstätigkeit ist. Wir halten es für zweckmäßiger, mit der Vorstellung zu arbeiten, daß mit dem Gemeinschaftsbetrieb ein neues, korrespondierendes Gebilde in der ökonomischen Sphäre entstanden ist und erhalten damit auch die Möglichkeit, die Gliedwirtschaft auch in ökonomischer Sicht institutionell von der Gesamtheit der Mitglieder abgrenzen zu können. ... Diese Lösung hat daneben den Vorzug, den wirtschaftlichen Vorstellungen der Genossenschaftspraxis besser zu entsprechen, und da wir die Gliedwirtschaft als u n s e l b s t ä n d i g e Wirtschaftseinheit konzipiert haben, erhalten wir im Hinblick auf die uns später interessierenden Probleme der Geschäfts- und Preispolitik der Genossenschaftswirtschaft die gleichen Resultate wie mit der anderen Vorstellung, daß die Genossenschaft nichts weiter als ein Betrieb sei."¹ Die so gekennzeichnete "Glieder- oder O r g a n wirtschaft" kann, nach Meinung von Ohm, wegen seiner nur einseitigen Marktverbundenheit keine Unternehmung sein, wohl aber "(ist) die Genossenschaft analytisch nicht anders zu behandeln wie eine mehrstufig-mehrbetriebliche Unternehmung."²

Dülfer arbeitet von Anfang an in seiner Genossenschaftstheorie mit einer "strukturellen Variationsskala" von typischen einzelgenossenschaftlichen Erscheinungsformen. Bezüglich der Grundfrage nach der Gestalt und der Stellung der Genossenschaft und des genossenschaftlichen Gemeinschaftsbetriebes in der Gesamtwirtschaft sucht der Autor in seiner Veröffentlichung 1956 zwar eine realitätsnahe, übergreifende Lösung. Aufgrund seiner Begriffs- und Sachanalyse kommt er jedoch zu dem Ergebnis, daß zu diesem Problem "eine einheitliche Aussage nicht möglich ist"³: "Die Genossenschaft als Wirtschaftstyp kann sowohl selbst (das heißt ohne die Mitgliederwirtschaften) eine verkehrswirtschaftliche Unternehmung sein wie auch Teil einer solchen, nämlich des größeren, die Mitgliederwirt-

1 Ohm, Hans, Die Genossenschaft und ihre Preispolitik, a.a.O., S.37.

2 Ohm, Hans, Die Genossenschaft eine Unternehmung?, a.a.O., S.244.

3 Dülfer, Eberhard, Zur Frage des Unternehmungscharakters der Genossenschaft, a.a.O., S.272.

schaften einschließenden Gesamtkomplexes. Ob nun für eine bestimmte Genossenschaftsart das eine oder das andere zutrifft, bestimmt sich nach dem Intensitätsgrad der betrieblichen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Genossenschaft und den Mitgliederwirtschaften."¹ Wie aus seinen Formulierungen geschlossen werden kann, neigt Dülfer 1956 dazu, den Begriff Genossenschaft mit dem Gemeinschaftsbetrieb zu identifizieren; gleichzeitig arbeitet er daneben mit der Vorstellung von einem genossenschaftlichen Gesamtkomplex, bestehend aus Mitgliederwirtschaften und Gemeinschaftsbetrieb. In neueren Veröffentlichungen, die sich in ihrem Ansatz und in ihrer Sachaussage nicht unwesentlich von früheren unterscheiden, ist bei Dülfer wieder eine deutliche Trennung der den Begriffen »Genossenschaft« (= kooperativer Betriebs- oder Wirtschaftsverbund) und »Genossenschaftsbetrieb« (= Gemeinschaftsbetrieb der Mitglieder) zugehörenden Sachverhalte zu registrieren. "(Die) Mitgliederwirtschaften einerseits und (der) Genossenschaftsbetrieb andererseits (sind doch ganz eindeutig) Elemente eines größeren Funktionszusammenhanges, den die Mitgliederpersonen eben gerade durch die Schaffung der Genossenschaft herstellen wollten. Genau genommen kann nur dieser Gesamtkomplex als 'Genossenschaft' bezeichnet werden und es ergeben sich daher in der Literatur zahlreiche Fehlschlüsse und Mißverständnisse aus der in der Wirtschaftspraxis entwickelten Gewohnheit, den Genossenschaftsbetrieb für sich allein als 'Genossenschaft' zu bezeichnen."²

Die bei Dülfer früher mehr als heute erkennbare weit gehende Identifizierung der Genossenschaft mit dem Gemeinschaftsbetrieb der Mitglieder wird von Draheim und Henzler schon konsequenter, wenn auch noch nicht vollständig, wo-

1 Dülfer, Eberhard, Zur Frage des Unternehmungscharakters der Genossenschaft, a.a.O., S.274.

2 Dülfer, Eberhard, Organisation und Management im kooperativen Betriebsverbund, vervielfältigtes Manuskript eines Vortrages auf der VI. Internationalen Genossenschaftswissenschaftlichen Tagung in Gießen 1969, S.3.

zu beispielsweise Weisser¹ neigt, vollzogen. Zwar werden auch im Rahmen dieses dritten einzelgenossenschaftlichen Theorietyps die Mitglieder w i r t s c h a f t e n erwähnt und untersucht, für die Begriffsbestimmung der Genossenschaft haben sie jedoch nur noch eine residuale Randbedeutung. Im Zentrum steht der Gemeinschaftsbetrieb Genossenschaft als ein förderndes Wirtschaftsgebilde, das nach Auffassung Draheims in jedem Falle als selbständige verkehrswirtschaftliche Unternehmung sui generis, nach Auffassung Henzlers - je nach seinem Marktverhältnis zu den Mitgliederwirtschaften - zwischen den beiden Grenztypen "Genossenschaftsbetrieb (ohne Unternehmungscharakter)" und "Genossenschaftsunternehmung (der immer ein Betrieb angeschlossen ist)" einzuordnen ist.

Das Erkenntnisobjekt Genossenschaft besteht indes nicht nur aus der betrieblichen Gemeinschaftsinstitution der Mitglieder. Vielmehr wird darüber hinaus ein weiteres T e i l gebilde »Personenvereinigung« als existent und wesensbestimmend angenommen, so daß die Genossenschaft morphologisch eine »Doppelnatur« aufweist: "Jede Genossenschaft hat eine Doppelnatur. Sie ist grundsätzlich immer

eine Personenvereinigung, eine 'Gruppe' im Sinne der Soziologie und der Sozialpsychologie. Die Glieder dieser Gruppe sind Menschen, die die Träger der Genossenschaft darstellen;

ein Gemeinschaftsbetrieb der Mitgliederwirtschaften. Träger dieses Gemeinschaftsbetriebes sind dieselben Individuen, die die 'Gruppe' bilden."²

Ähnlich sagt auch Henzler, "daß jeder Genossenschaft z w e i T e i l g e b i l d e e i n g e s c h l o s s e n sind, und zwar eine Personenvereinigung (mit gemeinschaftsnahem oder mit zweckgesellschaftlichem Charakter) und ein Betrieb (mit oder ohne Unternehmungscharakter) und daß der Grundauftrag das Band zwischen

1 Vgl. Weisser, Gerhard, Logische Bemerkungen über den Begriff "Genossenschaft", in: Betriebswirtschaftliche Strukturfragen (Festschrift Henzler), Wiesbaden 1967, S.16/17 u. S.24.

2 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, a.a.O., S.16.

Personenvereinigung und Betrieb ist."¹

Die dargestellten verschiedenen Grundauffassungen zur Gestalt der Einzelgenossenschaft unterscheiden sich ganz offensichtlich nicht nur durch die zu ihrer Beschreibung verwendeten Begriffe. Ihnen liegen deutlich divergierende, manchmal auch nur nuancierte Sachverhalte zugrunde. Bis heute ist die Einzelgenossenschaft noch nicht abschließend geklärt. Die unterschiedlichen Auffassungen dazu könnten dem ersten Anschein nach mit der Diskussion um die Unternehmungseigenschaft des Gemeinschaftsbetriebs in Zusammenhang gebracht werden, da diejenigen Autoren, die sich für eine dahingehende Benennung des Genossenschaftsbetriebs einsetzten, zunehmend dem dritten Theorietypus zuzurechnen sind. Diese Zuordnung ist aber nicht logisch eindeutig, wie die Beispiele Dülfer und Henzler zeigen. Sie subsumieren unter ihren durchaus je verschiedenen Oberbegriff Genossenschaft sowohl Gemeinschaftsbetriebe mit als auch solche ohne Unternehmungseigenschaft.

b. Das einzelgenossenschaftliche Gleichgewicht

Das zentrale Erkenntnisinteresse in den Auseinandersetzungen um die Organ- und Unternehmungstheorie ist auf die Gestalt und Stellung des genossenschaftlichen Gemeinschaftsbetriebes und sein »normales« Beziehungsverhältnis zu den angeschlossenen Mitgliederwirtschaften gerichtet. Über diese beiden Problemkomplexe entstehen die bekannten sachlichen und begrifflichen Meinungsverschiedenheiten. Dabei geht jede der beiden Theorien von einem anderen einzelgenossenschaftlichen Gleichgewichtszustand aus, der als Maßstab für die normale, nicht entartete Genossenschaft ausgegeben wird. Diese Gleichgewichtsvorstellung umfaßt die Gewichtung und das Eigenleben der beteiligten Wirtschaftsgebilde (Mitgliederwirtschaften und Gemeinschaftsbetrieb) einerseits und die Regelung

¹ Henzler, Reinhold, Betriebswirtschaftliche Probleme des Genossenschaftswesens, a.a.O., S.29 f.

ihrer wechselseitigen Beziehungen andererseits. "Jede Genossenschaft, wie immer sie auch geartet sein mag, weist ein solches G r u n d s c h e m a von ökonomischen Beziehungen der vorerwähnten Art auf, das durch eine gewisse Dauerhaftigkeit des Bestandes ausgezeichnet sein muß, soll die Genossenschaft als W i r t s c h a f t s g e b i l d e abgrenzbar von einem einmaligen kooperativen W i r t s c h a f t s a k t sein. Das zentrale Problem in jeder Genossenschaft ist nun die wert- und größenmäßige Bestimmung der Gegenseitigkeitsverpflichtungen und Gegenseitigkeitsvorteile, die auf jedes einzelne Mitglied entfallen."¹ Die zureichende Lösung und organisatorische Regulierung des vorgestellten Gleichgewichtes wird keineswegs für alle e x i s t e n t e n Genossenschaften behauptet. Nach Ohm ist dies sogar nur "ein selten erreichbarer Zustand."² Draheim geht offenbar von der Vorstellung aus, daß die genossenschaftliche E n t w i c k l u n g um dieses Gleichgewicht pendelt: "Kurzfristige Störungen des Gleichgewichtszustandes sind nicht nur unbedenklich, sondern zeitweise sogar erforderlich, z.B. wenn das Übergewicht für die Genossenschaft notwendig ist, um diese für ihre Aufgaben zu stärken, oder wenn ein Übergewicht für die Mitgliederwirtschaften zeitweise notwendig wird, um die Mitglieder durch besonderes Entgegenkommen stärker an die Genossenschaft zu fesseln. Es gibt beim genossenschaftlichen Betriebskomplex keine Statik; das fortwährende Einpendeln des Gleichgewichts entspricht seiner Natur."³ Obgleich diese Hinweise u.U. als Ansätze zu einer Theorie der genossenschaftlichen Entwicklung interpretiert werden könnten, bleibt von den beiden Autoren letztlich unerörtert, inwieweit das von ihnen dargestellte Gleichgewicht selbst stationär oder evolutionär gedacht ist. Wir wollen deshalb einmal davon ausgehen, daß es sich bei der genossenschaftlichen Organ- und Unternehmungstheorie um die Analyse eines j e b e s t i m m t e n Z u s t a n d e s handelt. Dessen inhaltliche Darstellung wollen wir

1 Ohm, Hans, Die Genossenschaft und ihre Preispolitik, a.a.O., S.8.

2 Ohm, Hans, Die Genossenschaft und ihre Preispolitik, a.a.O., S.9.

3 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, a.a.O., S.84.

in zwei Grobskizzen geben.¹

Die Vertreter der *O r g a n t h e o r i e* (Liefmann, Emelianoff, Robotka, Ohm u.a.) kennzeichnen den einzelgenossenschaftlichen Normalzustand so, daß der Schwerpunkt nahe an die Gesamtheit der Mitgliederwirtschaften gelegt ist. Diese sind Träger des vollen finanziellen Risikos und aller genossenschaftlichen Entscheidungen. Über ihren je eigenen Betrieb verfügen die Genossenschaftsmitglieder in voller Autonomie. Die Entscheidungsbefugnisse des Einzelmitgliedes in genossenschaftlichen Angelegenheiten sind nur durch die Mitentscheidungsbefugnisse der anderen Mitglieder eingeengt.

Der Gemeinschaftsbetrieb ist als ein unselbständiges Organ (Glieder, Agentur, Filiale) der Mitgliederwirtschaften ohne nennenswerte eigene Dispositions- und Planungsfreiheit gedacht. Die laufende geschäftspolitische Willensbildung geht ausschließlich von den Genossenschaftsmitgliedern aus. Die Vorstände und Geschäftsführer des Gemeinschaftsbetriebes sind lediglich vollziehende Figuren eines in allen Belangen geäußerten, kompetenten Mitgliederwillens. Sie verfolgen keine davon abweichenden Wirtschaftsziele; diesbezügliche Interessengegensätze werden offenbar nicht für möglich erachtet. Der hilfswirtschaftliche Genossenschaftsbetrieb führt den Mitgliederwirtschaften gemeinsame, jedoch ausgegliederte Funktionen aus. Er steht und fällt in seinem Wirtschaftsvollzug mit den Geschäftsbeziehungen zu den Mitgliedern. Nichtmitgliedergeschäfte werden als genossenschaftliche Entartung völlig ausgeschlossen.

Durch die Zusammenfassung der Leistungsaufgaben im Gemeinschaftsbetrieb ist eine produktions- und marktwirtschaftlich rationellere Durchführung derselben möglich, woraus die Förderung und das genos-

¹ Eingehende, zusammenfassende Darstellungen, denen wir jedoch nicht in jeder Hinsicht zustimmen können, geben: Höfken, Karl-Heinz, Die begriffliche Bestimmung der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft, a.a.O., S.100-122; Preuss, Ulrich, Mitgliederinteressen und Wachstum der Genossenschaften, Karlsruhe 1969, S.19-60.

senschaftliche Förderungsplus abgeleitet werden.¹ Die Abwicklung der Geschäfte erfolgt zu kostendeckenden Verrechnungspreisen. Ein finanzieller Überschuß oder Fehlbetrag im Organbetrieb ist nicht vorgesehen; soweit er auftritt, wird er durch Umsatzrückvergütungen oder -nachsüsse ausgeglichen. Eine Kapitaldividende wird als genossenschaftliche Entartung aufgefaßt. Soweit die Betriebsgröße der Organwirtschaft beschrieben wird oder aus den Darlegungen über die Art der Willensbildung, den Umfang der Finanzierung und der Funktionen zu erschließen ist, muß sie als nicht überragend, in der Regel als embryonal gedacht werden.

Neben der Herausstellung des bei den Mitgliederwirtschaften liegenden Schwergewichts ist für die Organtheorie weiter charakteristisch eine relativ hohe Geschlossenheit, Einheitlichkeit und Intensität des Beziehungsverhältnisses der Genossenschaftsmitglieder untereinander und zum Genossenschaftsbetrieb. Die Mitgliedergruppe ist gemeinschaftsorientiert. Die Geschäftsbeziehungen zum Organbetrieb tendieren aufgrund der (irrationalen) Genossenschaftstreue zu Ausschließlichkeit. In der integralen Einheit von Mitgliederwirtschaften und Organbetrieb werden die Gegenseitigkeitsbeziehungen als genossenschaftsinterne, zum Teil sogar als innerbetriebliche gekennzeichnet. Im besonderen wird ein konkurrenzwirtschaftliches Marktverhalten im Rahmen der Genossenschaft nicht angenommen.

Die inhaltliche Eigenart der U n t e r n e h m u n g s t h e o -
r i e erscheint auf dem Hintergrund der obigen Darlegungen sehr scharf und betont gegensätzlich. Beide Theorien sind bewußt etwas pointiert skizziert.

Ausgehend von den realen Gegebenheiten einer entwickelteren Genossenschaftsorganisation ist von der Unternehmungstheorie im einzelgenossenschaftlichen Gleichgewichtszustand der Schwerpunkt mehr in Richtung auf den Gemeinschaftsbetrieb verlegt. Diesem wird im Interesse einer dauerhaften Existenzfähigkeit der Genossenschaft ein gewisses Eigenleben zugestanden. "(Der) Komplex der systemindiffe-

1 Dieser Grundgedanke gilt auch für die Unternehmungstheorie.

renten (Betriebs-)Tatbestände ist der Boden, aus dem das Eigenleben der Genossenschaft erwächst, nicht ein selbstbezogenes Eigenleben, sondern nur in einem Rahmen wirkend, der für die Genossenschaft erforderlich ist, um konkurrenzfähig zu sein, d.h. mit anderen Worten, um dem Förderungsprinzip auf lange Sicht dienen zu können. Wird dieser Rahmen überschritten, setzen Reaktionen der Mitgliederwirtschaften ein mit dem Ziele, das Gleichgewichtsverhältnis zwischen dem Eigenleben der Genossenschaft und den Interessen der Mitgliederwirtschaften wieder herzustellen."¹

Der hilfswirtschaftliche Gemeinschaftsbetrieb der Unternehmungstheorie ist eine marktwirtschaftliche Unternehmung, jedoch nicht erwerbswirtschaftlicher, sondern besonderer Art. Er wird in einer im Vergleich zur Organtheorie relativ höheren Bedeutung, Größe und Unabhängigkeit gesehen. Er hat eigene Planungs- und Dispositionsfreiheiten. Der genossenschaftliche Willensbildungsprozeß wird unter Einbeziehung der Mitglieder und der genossenschaftlichen Angestellten wesentlich differenzierter gesehen. Der zunehmende Einfluß der hauptamtlichen Genossenschaftsleiter wird herausgestellt.

Das Leistungsangebot der Genossenschaftsunternehmung ist nicht mehr nur auf den Mitgliederwirtschaften ausgegliederte Funktionen beschränkt. Der inhaltlich relativ unbestimmte und erweiterungsfähige Förderungsauftrag wird vom genossenschaftlichen Management durch Eigeninitiativen ausgefüllt. Der Gemeinschaftsbetrieb ergreift im Interesse der Mitgliederwirtschaften ganz neuartige Aufgaben, deren Wahrnehmung völlig außerhalb der Kräfte und Mittel des ursprünglichen Mitgliederbereiches liegt. Das damit Hand in Hand gehende Kapitalbeschaffungs-, Risiko- und Führungsproblem wird im Vergleich zur Organtheorie in den Vordergrund gestellt.

Die Geschäftsabwicklung erfolgt zu Marktpreisen. Dazu zwingt das Marktverhalten der Mitglieder und das Nichtmitgliedergeschäft, dessen genossenschaftliche Bedeutung hervorgehoben und das bis zu einem, das Mitgliedergeschäft nicht überwiegenden Ausmaß als zu-

1 Draheim, Georg, Genossenschaft und Erwerbsunternehmung, a.a.O., S.135.

lässig, ja sogar als notwendig angesehen wird. Soweit Jahresüberschüsse, gelegentlich auch schon Gewinne genannt, im Gemeinschaftsbetrieb entstehen, werden sie zur Rückvergütung, zunehmend aber zur Selbstfinanzierung verwendet. Auch die Kapitaldividende wird bis in Höhe des Zinssatzes für Kapitalmarktmittel als zulässig erklärt. Jahresverluste der Genossenschaftsunternehmung werden aus den Reserven gedeckt. Die genossenschaftliche Haftpflicht ist beschränkt und faktisch ohne größere Bedeutung, weder für das Mitglied als Verpflichtung noch für das Unternehmen als Finanzierungshilfe.

Die relativ hohe Geschlossenheit und Einheitlichkeit des Kreises der Mitgliederwirtschaften und ihres Verhältnisses zum Genossenschaftsbetrieb, wie sie von den Organtheoretikern gesehen wird, ist weitgehend aufgehoben. Der Kreis der Mitglieder, sofern überhaupt noch persönliche Beziehungen bestehen, ist gesellschaftsorientiert. Der genossenschaftliche Einzugsbereich für Mitglieder und Geschäftsbeziehungen ist räumlich größer geworden. Das einigende Band zwischen Mitgliederwirtschaften und Genossenschaftsunternehmung ist relativ schmal auf gemeinsame ökonomische Interessen begrenzt; die zwischenmenschlichen und ideologischen Bindungen werden zum irrationalen und traditionellen Hemmschuh der Unternehmensentwicklung. Die Teilnahme und Einflußnahme der Mitglieder am Entscheidungsprozeß des Unternehmens verliert an Bedeutung.

Das genossenschaftliche Unternehmen knüpft zwar funktional am Bedarf der Kundenwirtschaften (Mitglieder- und Nichtmitglieder) an, und die Mitglieder sind mit einem relativ niederen Geschäftsanteil finanziell am gemeinsamen Unternehmen beteiligt, aber dessen Leistungen werden nur dann und so lange punktuell in Anspruch genommen, als sie im Vergleich zu nichtgenossenschaftlichen Wettbewerbern konkurrenzfähig sind. Die genossenschaftlichen Funktionsbeziehungen sind, bis auf eine recht konstruiert erscheinende Verrechnungsphase, "grundsätzlich und auf längere Sicht betrachtet (ohne) grundsätzliche Unterschiede zwischen Genossenschaft und Er-

werbsunternehmung."¹ Je mehr die Genossenschaftspreise Marktpreise und je weniger sie Verrechnungspreise sind, gilt diese Aussage.

Die Grundzüge der Organtheorie und der Unternehmungstheorie sind von uns hier bewußt in einem etwas vergrößernden Schwarz-Weiß-Schema gegenübergestellt worden. In dieser Form können die Aussagen nicht mit einem je bestimmten, typischen Autor identifiziert werden. Vielmehr stellen sie einen Querschnitt von oft literarisch weit verstreuten Aussagen dar. Im besonderen war für die genossenschaftliche Unternehmungstheorie das Buch Draheims (»Die Genossenschaft als Unternehmungstyp«) nur ein an realen Gegebenheiten orientiertes, auslösendes Signal für eine anschließende genossenschaftstheoretische Entwicklung. Diese wurde in die Darstellung einbezogen. Sie ist eng mit der Analyse des Faktums »Großgenossenschaft« verbunden.

III. Aspekte und Versuche zur Überwindung des monistischen einzelgenossenschaftlichen Theorieansatzes

Die Auseinandersetzungen um die genossenschaftliche Organ- und Unternehmungstheorie haben das bisherige Ungenügen des genossenschaftswissenschaftlichen Erkenntnisstandes offenbar werden lassen. Beide Lager haben einen dogmatischen, in verschiedener Hinsicht gegensätzlichen Standpunkt eingenommen und mit dem wissenschaftlichen Anspruch einer a l l g e m e i n g ü l t i g e n Genossenschaftstheorie vertreten. Dabei wurde u.E. viel zu wenig beachtet, daß sich

1 Draheim, Georg, Genossenschaft und Erwerbsunternehmung, a.a.O., S.140. - Henzler, Reinhold, Grenztypen des Genossenschaftsbetriebes, a.a.O., S.13: "Vom Standpunkt der Mitglieder aus gesehen repräsentiert sich der genossenschaftliche Betrieb als einer von mehreren präsumtiven Marktpartnern, n i c h t m e h r Damit aber, daß dieser Genossenschaftsbetrieb nicht mehr als Organbetrieb der Mitgliederwirtschaften, sondern als ihr Marktkontrahent erscheint, der i m E i n z e l f a l l gewählt oder nicht gewählt wird, wird die Leistungsbeziehung zwischen Genossenschaftsbetrieb und Mitglied zu einer Marktfunktion."

1. beide Theorien nur auf je bestimmte, v o n e i n a n d e r v e r s c h i e d e n e Erscheinungsformen und Entwicklungsstufen der Genossenschaftsorganisation bezogen und,
2. daß diejenigen genossenschaftlichen Aspekte und Begriffe, die so sehr in den Mittelpunkt der Erörterung gerückt wurden, das Wesen der Genossenschaften gar nicht eindeutig und umfassend zum Ausdruck bringen konnten.

Auf letzteres hat vor allem Back zunächst aufmerksam gemacht:

"Selbst wenn man die Unzulänglichkeit der traditionellen Auffassung anerkennt, so wäre es doch voreilig, ohne nähere Prüfung eine antithetische Auffassung zu vertreten. Das heutige Genossenschaftswesen weist, ..., einen solchen Reichtum an wirtschaftsgebildlichen Formen und Gestalten auf, daß jede schematisch-monistische Auffassungsweise unzulänglich bleiben muß. So wenig wir mit dem Begriff 'Hilfswirtschaft'¹ oder 'Nebenbetrieb' das Wesen der Großgenossenschaften und der Genossenschaften höherer Ordnung erfassen können, ebensowenig wäre der Begriff 'Unternehmung' geeignet, das wirtschaftsgebildliche Wesen der zahlreichen Klein- und Kleingenossenschaften in adäquater Weise auszudrücken.

Die Differenzierung des modernen Genossenschaftswesens, die sich mit seinem Wachstum vollzogen hat, verlangt eine Differenzierung der Begriffe, mit denen die verschiedenen Genossenschaftsgebilde in ihrem Wesen wissenschaftlich kenntlich zu machen sind. Zugleich ist damit die Aufgabe gestellt, den einheitlichen Wesensunterschied der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft gegenüber der nichtgenossenschaftlichen Gesellschaftswirtschaft herauszuarbeiten. Weder der Begriff 'Hilfswirtschaft', noch der Begriff 'Unternehmung' decken das Wesenseigentümliche der Genossenschaftswirtschaft als solcher."² Auch Draheim hat diesen Sachverhalt im Grunde schon sehr früh gesehen: "Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der Charakter der Genossenschaft als Wirtschaftsgebilde von vorn-

1 Es ist anzumerken, daß Back diesen Begriff ausschließlich im Sinne der einzelgenossenschaftlichen Sachaussage der Organtheorie über den Genossenschaftsbetrieb verwendet.

2 Back, Josef, Wo stehen die Genossenschaften heute?, in: ZfgG Bd.4 (1954), S.66/67.

herein weder durch den Begriff der Unternehmung noch den des Betriebes mit absoluter Eindeutigkeit bestimmt werden kann."¹ Draheim hat aber daraus die Konsequenz gezogen, einen für die Genossenschaft passenden, eigenen Unternehmungsbegriff zu konstruieren und dann zu erklären, die Genossenschaft sei eine Unternehmung sui generis. Die Vielfalt und Vielgestaltigkeit der genossenschaftlichen Erscheinungsformen in der Wirklichkeit ist Draheim bekannt.² Indem er aber seiner Unternehmungstheorie zunächst nur einen Genossenschaftstypus zugrunde legt, übersieht, überbrückt oder überspielt - im einzelnen wäre dies erst noch zu klären - er mit seiner im Kern monistischen Lehre die genossenschaftsorganisatorische Realität.

Wenn aber die genossenschaftlich organisierte Wirtschaft in ihrer geschichtlichen Entwicklung und in ihrem gegenwärtigen Zustand eine Fülle verschiedener gebildlicher Erscheinungstypen aufweist und wenn diese - offensichtlich in der bisher vorgeschlagenen Weise nicht oder nur schwer überbrückbare - Typenfülle nicht im Sinne eines dogmatischen Entweder-Oder als Wesensfrage zu stellen ist, dann ist nicht einzusehen, warum die Genossenschaftswissenschaft nicht den Versuch machen sollte, ihr Erkenntnisobjekt in anderer Weise und zwar so zu konzipieren, daß sie der wirtschaftsgebildlichen Vielfalt der Realität Rechnung tragen kann.

In der Tat ist dann sehr bald schon eine dahingehende wissenschaftliche Erkenntnisentwicklung zu beobachten. Zunächst versuchen mehrere Autoren - unter Aufrechterhaltung eines im Prinzip noch einzelgenossenschaftlich-primärgenossenschaftlich orientierten Ansatzes - im Rahmen eines in seiner inhaltlichen Bedeutung und Gültigkeit manchmal recht ungeklärten Oberbegriffes³ eine Typenskala der genossenschafts-

1 Draheim, Georg, Genossenschaft und Erwerbsunternehmung, a.a.O., S.135.

2 Vgl. z.B. Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, a.a.O., S.14.

3 Henzler beispielsweise gibt einen Allgemeinbegriff »Genossenschaft« (vgl. z.B. Betriebswirtschaftliche Probleme des Genossen-

gebildlichen Erscheinungsformen zu geben. Die verschiedenen Genossenschaftstypen werden in der Regel als (geschichtliche) Entwicklungsreihe, manchmal auch einfach als Zustandsreihe dargestellt, als deren (um)gestaltendes Erklärungsprinzip die Ökonomisierung, der Kooperativnexus, das Verhalten der Genossenschaftsmitglieder und/oder gesamtwirtschaftliche bzw. gesamtgesellschaftliche Umwelteinflüsse (Anpassung!) angegeben werden.

Die wichtigsten Typisierungsversuche der erwähnten Art wurden von Back, Henzler, Dülfer und Seraphim geleistet.

Back¹ spricht, ohne damit aber eine Wesensaussage über das Genossenschaftswesen geben zu wollen, im "Wachstums- und Wandlungsprozeß des Genossenschaftswesens" von hilfswirtschaftlichen, ergänzungswirtschaftlichen und unternehmungswirtschaftlichen Genossenschaftsgebilden. "Hilfswirtschaftlichen (nebenbetrieblichen) Charakter haben diejenigen Genossenschaften, deren Tätigkeitsbereich auf derselben Stufe wie derjenige der Mitgliederwirtschaften liegt und die einer echten Selbständigkeit ermangeln." "Genossenschaften ergänzungswirtschaftlichen Charakters liegen vor, wenn Personalwirtschaften sich zusammenschließen, um Funktionen auf der ihrer Eigenwirtschaft unmittelbar vorgelagerten oder nachgeordneten Wirtschaftsstufe mittelbar durch einen gemeinschaftlichen Betrieb unter eigener Kontrolle wahrzunehmen." "Von Genossenschaften unternehmungswirtschaftlichen Charakters wollen wir sprechen, wenn Personalwirtschaften unmittelbar oder mittelbar (über Genossenschaften 1. Ordnung) auf den höheren Markt- und Produktionsstufen, auf denen unternehmerische Aufgaben mit hohem Risiko zu erfüllen sind, in der Weise Fuß fassen, daß sie den ferneren Bezug oder Absatz ihrer Produkte bzw. die Produktion der benötigten oder zu verwertenden Produkte mit unter ihren Einfluß bringen und so ihre Ertrags- und Einkommensmöglichkeiten wesentlich erweitern."

Henzler² spricht von einem Umbildungsprozeß im Zuge der Entfaltung und des Wachstums der Genossenschaften, der eine "zunehmende Ökonomisierung" darstellt. Der "Gesamtbereich" der möglichen einzelgenossenschaftlichen Erscheinungsformen ist danach durch zwei "Grontypen", "zwischen denen sich eine Vielfalt von

schaftswesens, a.a.O., S.31); er erklärt aber in anderem Zusammenhang (vgl. S.43 dieser Arbeit), daß das Förderungsprinzip das einzige überzeitliche Wesensmerkmal der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft sei.

1 Back, Josef, Wo stehen die Genossenschaften heute?, a.a.O., S.65 f.

2 Henzler, Reinhold, Grenztypen des Genossenschaftsbetriebs, a.a.O., S.10 ff.

Übergängen und Mischungen findet", bestimmt. Der eine Grenztyp ist "die Genossenschaft, deren Betrieb eine Teilfunktion (der Umsatzfunktion) ausübt", der andere ist "die Genossenschaft, deren Betrieb die Umsatzfunktion ausübt".

Dülfer¹ lehrt, "daß der Okonomisierungsgrad nicht als Beurteilungskriterium für die Genossenschaft in bezug auf die Frage 'Unternehmung oder Teil einer Unternehmung?' benutzt werden kann" (S.272). Die Vielfalt der möglichen einzelgenossenschaftlichen Erscheinungsformen ist vielmehr in eine "strukturelle Variationsskala" einzuordnen, deren "allgemein gültiges Einstufungskriterium" und "einheitliche Begründung" der "Intensitätsgrad der Beziehungen zwischen Genossenschaftsbetrieb und Mitgliederbetrieben" ist, der seinerseits wieder davon abhängig ist, "welchen Anteil die Beschäftigung, die das Motiv zur Genossenschaftsgründung abgab, an der Gesamtbeschäftigung der Mitglieder ausmacht." Unter diesem Aspekt kann "die Genossenschaft als Wirtschaftstyp sowohl selbst (d.h. ohne die Mitgliederwirtschaften) eine verkehrswirtschaftliche Unternehmung sein wie auch der Teil einer solchen, nämlich des größeren, die Mitgliederwirtschaften einschließenden Gesamtkomplexes." In diese Typenskala "(können) nun alle Genossenschaftsarten bzw. Genossenschaften eingeordnet werden."

Seraphim² hat in seiner Typik der "genossenschaftlichen Gesamtsstrukturen" "die sinnvolle Zusammenordnung der Ziele genossenschaftlicher Organisation und der Verhaltensweisen der Mitglieder sowie der Genossenschaftsleitung" zu Ordnungs- und Einteilungskriterien erhoben. Danach gibt es für ihn zwei Haupttypen: "1. Die Genossenschaft, die ausschließlich ökonomischen Zielen dient; (und) 2. die Genossenschaft, deren ökonomische Zwecksetzung mit außerökonomischen Zielen verbunden ist." Der zweite Haupttypus wird wegen einer festgestellten "Tendenz abnehmender Gewichtigkeit außerökonomischer Zielsetzungen" aus der Betrachtung ausgeschaltet. Der verbleibende erste Haupttypus wird dann nach dem Kriterium »Verhaltensweisen« in vier Realtypen untergliedert:

1. Der Typ simultaner Leitungs- und Mitgliederaktivität,
2. der leitungsaktive Typ mit voll entfalteter Dienstgesinnung,
3. der leitungsaktive Typ mit nur beschränkter Dienstgesinnung,
4. der mitgliedaktive Typ."

Nach Auffassung Seraphims sind alle vier Realtypen kein »Unternehmen«, für das er die Begriffsmerkmale Autonomie des Gebildes, eigener Wirtschaftsplan und durch zweiseitige Marktbeziehungen zu realisierende Gewinnerzielungsabsicht annimmt.

Neben dem als für den ersten Haupttypus maßgeblichen Einteilungskriterium »ökonomische Zielsetzung« operiert Seraphim noch mit dem »Grundauftrag der Genossenschaft« als Maßstab seiner Urteile, ohne im einzelnen aber anzugeben, was er damit meint.

1 Dülfer, Eberhard, Zur Frage des Unternehmungscharakters der Genossenschaft, a.a.O., S.265 ff.

2 Seraphim, Hans-Jürgen, Wie muß eine wirklichkeitsnahe Theorie das Wesen der Genossenschaft erfassen?, in: ZfgG Bd.8 (1958), S.56 ff.

Mit den skizzierten Typisierungsversuchen ist die Konzeption des einzelgenossenschaftlichen Erkenntnisobjektes im Grunde nur aufge-
lockert. Der diesbezügliche Monismus ist aber nicht überwunden.

Aufgrund unserer Sachverhaltsfeststellungen vermeinten wir erkannt zu haben, daß die Einzelgenossenschaft keineswegs die einzige und eine solch ausschließliche, typische Gebildeeinheit ist, so daß sie mit gutem Grund zum alleinigen Erkenntnisobjekt gemacht werden könnte. Es ist daneben sogar zu prüfen, ob und inwieweit sie überhaupt eine sinnvolle Einheit genossenschaftswissenschaftlicher Erkenntnis ist. Draheim hat an verschiedenen Stellen seiner Veröffentlichungen betont und in einer sehr eingehenden und differenzierten Sachanalyse nachgewiesen, daß sich "bei der Genossenschaft das Bild eines Unternehmungstyps (ergibt), der o r g a - n i s c h und z w a n g s l ä u f i g infolge seiner imman-
nenten Begrenzungen e i n B e d ü r f n i s n a c h E r - g ä n z u n g zeigt."¹ Darüber hinaus haben er und auch andere (Henzler z.B.) sehr früh schon jene umfassendere Einheit betont, die auch wir aufgrund unserer Sachverhaltsfeststellungen bestätigt fanden: "Einzelgenossenschaften, die sich völlig oder weitgehend der Zentralgenossenschaften bedienen, bilden zusammen mit diesen trotz rechtlicher Selbständigkeit der einzelnen Teile i m w i r t s c h a f t l i c h e n S i n n e j e w e i l s e i n g e s c h l o s s e n e s G a n z e s (genossenschaftlicher Betriebskomplex). Es besteht e i n S y s t e m d e r w e c h s e l s e i t i g e n A b h ä n g i g k e i t e n , das die Mitgliederwirtschaften, Einzelgenossenschaften und Zentraleinrichtungen erfaßt."²

Wenn aus diesem Sachverhalt schließlich neuartige genossenschafts-
theoretische Konsequenzen gezogen wurden, so gab dazu nicht nur

1 Draheim, Georg, Genossenschaftliche Zusammenschlüsse, in: Zur Ökonomisierung der Genossenschaften, a.a.O., S.134. - (Im Originaltext ohne Sperrungen.)

2 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, a.a.O., S.135. - Vgl. auch Henzler, Reinhold, Betriebswirtschaftliche Probleme des Genossenschaftswesens, a.a.O., S.38; Weippert, Georg, Zur Soziologie des Genossenschaftswesens, a.a.O., S.141.

die neuere Entwicklung des Erfahrungsobjektes Genossenschaftswesen Anlaß, sondern ebenso das Unbehagen an den höchst unterschiedlichen und gegensätzlichen Aussagen der überkommenen Genossenschaftstheorie. Der Boden für die Wiederbelebung der genossenschaftlichen Systemtheorie und für die Entwicklung der Verbundtheorie war bereitet. Diese stellen auch für eine Theorie der Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens eine neue Grundlage dar, die an den vorhandenen Erkenntnisstand anknüpft und dennoch entscheidend über ihn hinausführt.

IV. Die genossenschaftliche Spartenorganisation als Erkenntnisobjekt der System- und der Verbundtheorie

1. Vorbemerkungen

Ein wichtiges gemeinsames Merkmal zur Charakterisierung der Eigenart der genossenschaftlichen Organ- und Unternehmungstheorie war uns deren einzelgenossenschaftlicher Ansatz. Dieser hat sich zunehmend als zu eng und verfehlt erwiesen:

- a) Beachtliche Gegebenheiten des Erfahrungsobjektes blieben völlig außer Ansatz oder konnten nicht in zureichender Weise erfaßt und gewürdigt werden.
- b) Verschiedene Probleme und Entwicklungen, die von eminenter Bedeutung für die marktwirtschaftliche Bewährung und Entwicklung des Genossenschaftswesens sind oder wenigstens zu sein scheinen, konnten auf der Grundlage der erwähnten theoretischen Konzeption nur unzureichend, wenn überhaupt, erkannt, diskutiert und erklärt werden. Wir brauchen hier nur auf die verschiedensten überbetrieblichen Rationalisierungs- und Gestaltungsmaßnahmen zu verweisen, die im Zuge der aktuellen Strukturreformen der einzelnen Genossenschaftssparten geplant und teilweise verwirklicht sind.
- c) Die Organ- und Unternehmungstheorie führte zu widersprüchlichen und gegensätzlichen Aussagen. Auch dies ließ das Bedürfnis und die Notwendigkeit wach werden, das Erkenntnisobjekt der Genossenschaftstheorie in einer anderen Weise in den Griff zu nehmen.

Wie so oft in den Sozialwissenschaften waren es vor allem die drängenden aktuellen Probleme und Entwicklungen des Erfahrungsubjektes Genossenschaftswesen, die eine neue Konzeption und Durchdringung des Gegenstandes der Genossenschaftstheorie induzierten. Als einer der ersten hat Back in diesem Sinne schon 1955 eine neue "Standortbestimmung des heutigen Genossenschaftswesens als wissenschaftliche Aufgabe" dargestellt: "Wenn wir vom wissenschaftlichen Standpunkt aus fragen: 'Wo stehen die Genossenschaften heute?' dann nicht zur ideologischen Rechtfertigung oder Ablehnung einzelner Erscheinungen des heutigen Genossenschaftswesens, sondern ausschließlich im Sinne objektiv-sachlicher, unideologischer Wesens- und Tatsachenfeststellung. Wir fragen also nicht: 'Was sollten die Genossenschaften sein?' sondern ausschließlich: 'Was sind sie?' und bestenfalls: 'Was können sie werden?' Im besonderen aber interessiert den Wissenschaftler im Hinblick auf die neuere genossenschaftliche Entwicklung (den genossenschaftlichen Wachstumsprozeß und Strukturwandel): Hat das moderne Genossenschaftswesen mit dieser seiner neueren Entwicklung sein Wesen deutlicher enthüllt, seine Kräfte sichtbarer an den Tag gebracht und sich als wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Gestaltungsfaktor deutlicher erwiesen als in der ersten Hälfte seiner Entwicklung? Müssen wir nicht etwa unsere bisherigen Anschauungen und Theorien vom Genossenschaftswesen als teilweise überholt und rückständig betrachten? Die wissenschaftlichen Bemühungen um die Antwort auf die Frage: 'Wo stehen die Genossenschaften heute?' sollen letztlich dazu dienen, eine zeitgemäße, der Realität entsprechende Theorie des Genossenschaftswesens zu entwickeln. Die Theorie vom 'hilfswirtschaftlichen Charakter' der Genossenschaften, die immer noch vorherrscht, dürfte, wie einzelne Wissenschaftler meinen - ich selbst zähle mich dazu - mit den Tatsachen und Größenordnungen unseres Genossenschaftswesens nicht mehr im Einklang stehen. Die neuere Entwicklung des Genossenschaftswesens verlangt unsere besondere Aufmerksamkeit als Wissenschaftler a) hinsichtlich der Bildung der Großgenossenschaften, b) hinsichtlich des Aufbaues der genossenschaftlichen Zentralen ... auf den verschiedenen genossenschaftlichen Sektoren und c) hinsichtlich der Entstehung und Durchorganisation von Genossenschaftsföderationen im Wege der Integration, wie

sie uns in den einzelnen Sparten entgegentreten."¹

Zunächst ist dieser Appell noch weitgehend überhört worden. Die Mehrzahl der Genossenschaftswissenschaftler versuchte noch auf dem anderen Weg, nämlich durch Intensivierung und Variation der auf dem einzelgenossenschaftlichen Ansatz beruhenden Erkenntnisse, die Wirklichkeit zu erklären. Erst etwa ab 1959/1960 ist - im Anschluß an den Bericht der »Co-operative Independent Commission« zur Reform der britischen Konsumgenossenschaftsorganisation und mehrere anregende Analysen durch Draheim² - ein gewisser Wandel in den genossenschaftstheoretischen Aussagen erkennbar. Darauf hat 1960 auch Back aufmerksam gemacht.³ Die Ansätze einer genossenschaftswissenschaftlichen Entwicklung wurden durch Veröffentlichungen von Potthoff (1961), Pfüller (1964) und Henzler (1964) sodann aufgegriffen und ausgebaut. Der sich anbahnende Erkenntniswandel ist auch heute in Forschung und Lehre in seiner vollen Eigenart und seinen Konsequenzen noch nicht überall so hinreichend zur Kenntnis genommen, daß man von Gemeinwissen sprechen kann. Dessen ungeachtet muß aber auch der gegenwärtige genossenschaftstheoretische Wissensstand in Hinblick auf verschiedene wichtige aktuelle Probleme und Entwicklungen noch einer strengen Prüfung unterzogen und einer Vertiefung zugeführt werden.

Ein wichtiger Aspekt zur Erklärung des betont langsamen und zurückhaltenden Verlaufs des seit einigen Jahren stattfindenden wissenschaftlichen Erkenntniswandels scheint es uns zu sein, daß die Akzente zur Dokumentation des wissenschaftstheoretischen und inhaltlichen Neuansatzes einer Genossenschaftstheorie nicht immer scharf genug gesetzt wurden. Die faktische Zäsur erfolgte fast bruch- und nahtlos, vielmehr nur unterschwellig Schritt für

1 Back, Josef, Der Standort der Genossenschaften im heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsleben, Wien 1955, S.14/15.

2 Draheim, Georg, Die Raiffeisengenossenschaften im Zeitalter der Automation (1957); Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und genossenschaftliche Struktur (1959); Zentrale Entwicklungsgesellschaften der Genossenschaften (1959).

3 Vgl. S.7 dieser Arbeit.

Schritt. Es wird an frühere Vorstellungen und auch Vorurteile durchaus angeknüpft, die dann aber nach und nach angepaßt und ersetzt werden.

Dieser Tatbestand ist auch aus persönlichen Gründen verständlich und als Leistung zu würdigen: der genossenschaftstheoretische Erkenntniswandel wird wieder von dem gleichen Personenkreis vollzogen und bewirkt, der auch der Unternehmungstheorie zum Durchbruch verholfen hat. Vor allem sind hier wieder Draheim, Henzler, Dülfer und Back zu nennen, die - im einzelnen durchaus verschiedene - schöpferische Initiativbeiträge geleistet haben.

Die „neue“ Genossenschaftstheorie hat eine erfahrungsobjektadäquate Erkenntnistiefe und ihre volle Wirkkraft keineswegs schon erreicht. Nicht selten werden auch heute immer wieder noch genossenschaftswissenschaftliche Analysen, Modelle und Forschungen auf der Basis einer ausschließlichen oder vorwiegenden einzelgenossenschaftlichen Theoriekonzeption durchgeführt und publiziert, gerade so als ob die gewandelten Erfahrungsgegebenheiten und Erkenntnisse nicht registriert worden wären oder werden wollten. Und noch stellt die Einzelgenossenschaft heute in der Bundesrepublik Deutschland und den vielen anderen genossenschaftsorganisatorisch hoch entwickelten Ländern **k r a f t G e n o s s e n - s c h a f t s g e s e t z e s** und Staatsverfassung eine Rechtseinheit mit vollen körperschaftlichen Persönlichkeitsrechten dar.¹ Dieser den faktisch-ökonomischen Gegebenheiten und den genossenschaftstheoretischen Einsichten nicht mehr entsprechende Rechtsaspekt wird sich als der entscheidende Ansatzpunkt für eine wirkliche Reform des Genossenschaftsrechts erweisen. "Ausgangspunkt (für eine Genossenschaftsrechtsreform) ist die empirische Einsicht, daß das moderne Genossenschaftswesen sich nur mit Hilfe einer vielfältigen horizontalen und vertikalen Integration durchzusetzen vermag. Will der Gesetzgeber das Genossenschaftswesen in

¹ Vgl. Paulick, Heinz, Das Recht der eingetragenen Genossenschaft, Karlsruhe 1956, S.64; Schnorr von Carolsfeld, Ludwig, Probleme und Rechtsstellung der Prüfungsverbände, in: ZfgG Bd.17 (1967), S.21.

seiner Eigenschaft als wichtigen gesamtwirtschaftlichen Ausgleichsfaktor unverfälscht bewahren, dann darf er es nicht bei der bisherigen ausschließlich auf die Primärgenossenschaft - also auf die unterste Stufe des rechtlichen Genossenschaftssystems - zugeschnittenen Rechtsform bewenden lassen. Vielmehr ist ihm aufgegeben, rechtsschöpferisch die neuen mehrdimensionalen Erscheinungsformen genossenschaftlichen Wirtschaftens rechtlich so zu ordnen, daß deren optimale Entfaltung an keiner Stelle in Frage gestellt wird. Er darf es nicht zulassen, daß dem ökonomischen genossenschaftlichen Betriebskomplex im weitesten Sinne keine eigenständigen Rechtsgestaltungsformen zur Verfügung stehen und dieser deshalb auf kapitalgesellschaftsrechtliche Rechtsinstitute auszuweichen genötigt ist."¹

Die Einzelgenossenschaft ist ökonomisch-funktionell und wissenschaftlich-theoretisch nicht notwendig eine und keineswegs die einzige genossenschaftsgebildliche Einheit des Wirkens und der Erkenntnis. Vielmehr ist sie im gesamtorganisatorischen Entfaltungsprozeß aufgrund ihrer eigenartigen Grundstruktur notwendig ergänzungsbedürftig und immer erweiterungsfähig zu einem diese als Gliedeinheit umgreifenden genossenschaftlichen Gebildesystem oder Gebildeverbund.

Die beiden Begriffe »System« und »Verbund« werden weitgehend synonym verwendet, obzwar sie, ähnlich wie die beiden Begriffe »Integration« und »Konzentration«, etwas unterschiedliche Aspekte weitgehend gleicher Sachverhalte betonen. Wir hatten als S y s t e m ein gegliedertes und auf erkennbare Grundsätze oder Ziele hin integriertes Ganzes bestimmt, dessen Teile in interdependenten Gleichgewichtsbeziehungsverhältnissen zueinander stehen.² Derartige Systeme können, ohne die mit der Sache notwendig einhergehenden Merkmale der System g r e n z e n und des System g l e i c h g e -

1 Ebert, Kurt Hanns, Genossenschaftsrecht auf internationaler Ebene, Bd.1, Rechtsvergleichende Analyse des Genossenschaftsrechts, Marburg/Lahn 1967, S.585.

2 Vgl. S.18 dieser Arbeit.

w i c h t s aufgeben zu müssen, durchaus auch als u m w e l t -
o f f e n e aufgefaßt werden, mit allen daraus folgenden Anpas-
sungs-, Störungs- und Eigeninitiativimpulsen von und nach außen.

Der V e r b u n d begriff ist in neuerer Zeit vor allem in eini-
gen wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen (Betriebswirtschafts-
lehre, Genossenschaftslehre) entwickelt und verwendet worden zur
Bezeichnung eines Sachverhalts, der mit dem Systembegriff durchaus
auch abgedeckt werden könnte. "Für den Verbundbegriff (ist) das
Merkmal einer engen Verbindung von mehreren Einheiten zu einer
neuen Einheit wesensbestimmend. 'Verbund' bringt also zum Aus-
druck, daß ein einheitliches Ganzes vorliegt, das sich seinerseits
aus Teilen zusammensetzt, die für sich wiederum eine gewisse Ge-
schlossenheit aufweisen und einer gesonderten Betrachtung unterzo-
gen werden können. Diese Teile können allerdings nicht mehr aus
sich selbst begriffen werden, sondern gewinnen nur Gestalt als
(unselbständige) Glieder der sie umschließenden Einheit Verbund."¹
Das so fixierte Wesen eines Verbundes wird sodann durch einige zu-
sätzliche Kriterien zur Verdeutlichung der engen Verbindung (Bin-
dung) der Verbundgliedgebilde inhaltlich noch näher bestimmt, so
daß der Verbund(betrieb) "als eine (mindestens aus zwei Gliedbe-
trieben bestehende) Betriebsverbindung, in der unter einheitlicher
Leitung eine koordinierte Erfüllung der Gesamtaufgaben der verbun-
denen Betriebe erfolgt", ² charakterisiert wird. Die Verbundein-
heit kann durch die allerverschiedensten, ökonomischen, rechtli-
chen, soziologischen und technischen (Ver)Bindungsformen bewirkt
und abgesichert sein, z.B. durch finanzielle Beteiligungen, ver-
tragliche oder statutarische Regelungen, Personalunionen und son-
stige Organisationsmittel.

1 Lehmann, Helmut, Wesen und Formen des Verbundbetriebes, Berlin
1965, S.29 f.; - vgl. ferner Grochla, Erwin, Betriebsverbin-
dungen, Berlin 1969, S.24.

2 Lehmann, Helmut, Wesen und Formen des Verbundbetriebes, a.a.O.,
S.35.

2. Ansatzpunkte für eine spartenorientierte, gesamtorganisatorische Genossenschaftstheoriekonzeption in der älteren Genossenschaftsliteratur

Die system- und verbundtheoretischen Grundvorstellungen über Wesen und Funktionsweise der Gesamtorganisationsstruktur des Genossenschaftswesens reichen weit in die Anfänge der wissenschaftlichen Genossenschaftsliteratur zurück. Diese früheren Erkenntnisse sind jedoch teils überhaupt nicht beachtet, teils einfach - anstatt sie kritisch weiterzuentwickeln - als vorwissenschaftlich und ideologisch verworfen worden.

a. Sozialistische Vergenossenschaftlichung der Gesamtwirtschaft

Sehr früh schon haben Genossenschaftstheoretiker und -praktiker in einer gewissen ideologischen Begeisterung und unkritischen Denkweise die im modernen Genossenschaftswesen liegenden oder erhofften weitreichenden Entwicklungsmöglichkeiten herausgestellt. Großenteils führte ihre »Genossenschaftstheorie« im Laufe der Zeit zu einer Vergenossenschaftlichung der Gesamtwirtschaft, wobei die Konsumgenossenschaften meistens den Ausgangspunkt dieser Überlegungen abgaben.¹

¹ Daraus ist jedoch nicht ohne weiteres zu folgern, daß die jeweils entwickelten Lehren nur auf die Konsumgenossenschaftsorganisation im engeren Sinn bezogen waren. Sie waren vielmehr in der Regel als a l l g e m e i n e Genossenschaftstheorie entworfen. - Vgl. z.B. Lavergne, Bernard, Charles Gide als Begründer der Konsumgenossenschaftstheorie, in: Vierteljahresschrift für Genossenschaftswesen 10.Jg. (1932), S.154-17): "Vor ungefähr 40 Jahren begründeten zwei zeitgenössische Schriftsteller, Charles Gide und Beatrice Potter-Webb, ganz selbständig die Konsumgenossenschaftstheorie, da sie aufgrund ihrer Studien mit Überraschung bemerkt hatten, wie erfolgreich, bedeutsam und originell diese Organisation war." (S.159) "Hierzu noch eine Bemerkung. Absichtlich gebrauchen wir nur mit Bedauern den üblichen Ausdruck Theorie der Konsumgenossenschaft, der ja nicht viel Sinn hat. Wenn schon die wirtschaftliche Produktion mit all ihren Komplikationen zu so viel Theorien geführt hat, so kann die Konsumtion, die ja nur im tatsächlichen Verzehr der Fertigprodukte gipfelte, nicht Gegenstand umfassender nationalökonomischer Theorien sein. Jedenfalls hat die Genossenschaftstheorie, die uns hier beschäftigt, eine allgemeine Organisation von Erzeugung und Verteilung

Beispielhaft sei hier nur hingewiesen auf das von Charles Gide, dem Begründer der »Schule von Nîmes«, 1898 auf dem 4. französischen Genossenschaftskongreß entwickelten "Programm der drei Etappen". Kurz gefaßt lautet es: "in einer ersten Etappe die kaufmännische Industrie, in einer zweiten die warenherstellende Industrie und in einer dritten endlich die landwirtschaftliche Industrie siegreich zu erobern."¹

Die anfängliche theoretische Interpretation des modernen Genossenschaftswesens war sehr nachhaltig von sozialistischen Geistesströmungen beeinflußt worden.² Man erträumte, "eines Tages die ganze Gesellschaft in eine große Korporativgenossenschaft mit gemeinsamer Produktion und Konsumption verwandelt zu sehen."³

Diese genossenschaftstheoretischen Vorstellungen sind heute im wesentlichen überwunden. Reste dieser unkritischen Ideologien dürften in manchen Entwicklungsländern und gelegentlich im Rahmen des Internationalen Genossenschaftsbundes unter dem Schlagwort »Cooperative Commonwealth« auch heute noch in Spuren nachwirken. Eine Einzelkritik der früheren Genossenschaftstheoretiker kann hier unterbleiben. Sie vermischten in unkritischer und unrealistischer Weise genossenschaftliche Ideen und Möglichkeiten mit z.B. sozialistischen, christlichen, humanistischen und sonstigen Geistesströmungen. Die stets gegebenen wesensmäßigen und faktisch-ökonomischen Grenzen des Genossenschaftswesens wurden nicht erkannt.

Für unsere gesamtorganisatorische Fragestellung der Genossenschaftstheorie bleibt zu vermerken, daß offensichtlich das Wesen

der Produktion zum Gegenstand. Man nennt sie, ohne dabei auf Genauigkeit Anspruch erheben zu wollen, die Theorie der Konsumgenossenschaft" (S.160).

1 Vgl. Fauquet, Georges, Charles Gide und das »Programm der drei Etappen«, in: Annalen für Gemeinwirtschaft 21.Jg. (1952), S.262.

2 Vgl. Schachtschabel, Hans Georg, Genossenschaften - Ihre Geschichte und ihr Wesen, Wolfenbüttel o.J., S.17 f.

3 Sassen, J. L., Die Entwicklung der Genossenschaftstheorie im Zeitalter des Kapitalismus, München 1914, S.143/144.

der genossenschaftlichen Organisation nicht als in den primär-genossenschaftlichen Erscheinungsformen erfüllt angesehen wurde, sondern daß vielmehr die genossenschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten als über diese Organisationsstufe hinausreichend erkannt wurden. Meistens ist dies als ein Vordringen von der Verbraucherseite über den Handel in die Produktion bis zu den Urproduktionsstufen dargestellt worden. In welcher Weise diese Aufgabe genossenschaftsorganisatorisch zu bewältigen und wie die genossenschaftliche Wirkungsweise der gemeinten Gesamtorganisation in ihrer Eigenart zu gewährleisten ist, wurde im einzelnen nicht näher erörtert. So bestand, entsprechend dem Stand der damaligen praktischen Entwicklung und theoretischen Forschung insbesondere auch noch kaum ein irgendwie ausgeprägtes Problembewußtsein darüber, daß die über die Primär-genossenschaften hinausreichenden genossenschaftlichen Organisationsphänomene mit ihrer Größe, ihren Zielen und ihrer Funktionsweise gegebenenfalls auch in Widerstreit zu den genossenschaftlichen Wesensmerkmalen und zu partikularen Zielsetzungen der Primär-genossenschaften treten können.

b. Erste genossenschaftsimmanente system- und verbundtheoretische Erklärungsansätze

Zuerst 1934¹, ausführlicher dann 1937², entwickelte Georges F a u q u e t dezidiert seine Vorstellungen über die organisatorische Gestaltung des genossenschaftlichen Sektors in der Gesamtwirtschaft. Sein für den Gesamtorganisationstatbestand des Genossenschaftswesens gewählter Oberbegriff "genossenschaftliche Integrationen"³ ist in vielem mit dem identisch, was heute der Terminus Genossenschaftsverbund zu erfassen trachtet. Der Fauquetsche Begriff Integrationen meint nicht allein den genossenschaftlichen

1 Vgl. Revue des Études Coopératives, Jg.1934, H.1.

2 Der genossenschaftliche Sektor, (Essay über die Stellung des Menschen in den genossenschaftlichen Institutionen und dieser selbst in der Gesamtwirtschaft), Basel 1937.

3 Fauquet, Georges, Der genossenschaftliche Sektor, a.a.O., S.23.

"Aufbau"¹, sondern auch die "Verbindung einer Vielheit zu einem in sich zusammenhängenden Ganzen, zu einer Ganzheit."¹

Und dies ist das Bild des Fauquetschen Genossenschaftssektors: "Die sich aus Einzelmitgliedern zusammensetzenden genossenschaftlichen Vereine bilden nur den ersten Grad der kooperativen Assoziationsmöglichkeiten. Desgleichen bedeuten die Bindungen, die sie zwischen sich und der wirtschaftlichen Tätigkeit ihrer Mitglieder herstellen, nur das erste Glied in der Kette der genossenschaftlichen Integration. Die Vereine ersten Grades schließen sich in Kreis- oder Bezirksverbänden zu genossenschaftlichen Assoziationen zweiten Grades zusammen, die sich ihrerseits in Landesverbänden zu Assoziationen dritten Grades verbinden. ... Die genannten genossenschaftlichen Assoziationen höheren Grades sind sowohl in ihrer Struktur wie auch ihren ethischen und wirtschaftlichen Aufgaben nach verschiedenartig."²

Die Gesamtwirtschaft eines Staatsgebildes ist nach Fauquets Lehre in vier Sektoren gegliedert, den "öffentlich-wirtschaftlichen Sektor", den "kapitalistischen Sektor", den "eigentlich privatwirtschaftlichen Sektor, der die unzähligen nicht-kapitalistischen Wirtschaftsatomare hauswirtschaftlicher, landwirtschaftlicher und gewerblicher Art umfaßt" und den "genossenschaftlichen Sektor".³ Der genossenschaftliche Sektor baut in einer ihm eigenen Art auf den "eigentlich privatwirtschaftlichen Sektor" auf. Die legitimen Grenzen der möglichen Genossenschaftsentwicklung werden ausdrücklich betont: "Wenn man sich ... an die Tatsachen, an die Wirklichkeit hält, dann zeigt es sich, daß es weder der auf den Konsum gerichteten, noch allen übrigen Formen der Kooperation gelingen kann, die Gesamtwirtschaft sich zu unterwerfen. Die Kooperation kann

1 Fauquet, Georges, Der genossenschaftliche Sektor, a.a.O., S.23.

2 Fauquet, Georges, Der genossenschaftliche Sektor, a.a.O., S.23.
- (Im Originaltext ohne Sperrungen.)

3 Fauquet, Georges, Der genossenschaftliche Sektor, a.a.O., S.12.

vielmehr nur darauf ausgehen, einen Sektor der Gesamtwirtschaft zu besetzen, dessen Größe übrigens abhängig sein wird von der Natur der wirtschaftlichen und politischen Kräfte, die ihr entgegenstehen, und von dem Willen und den Qualitäten der Genossenschafter selbst."¹

Auch über die Entwicklung des Genossenschaftswesens zu der durch die genossenschaftlichen Integrationen entstehenden "Ganzheit" macht Fauquet gewisse Andeutungen. Zunächst geht er von den gegebenen verschiedenen Zusammenschlüssen der Konsumenten, der bäuerlichen und gewerblichen Produzenten, der Einzelhändler und der Arbeiter aus. Das letzte immanente Entwicklungsziel, die wirtschaftliche Zusammenarbeit aller verschiedenen Genossenschaftsarten in harmonischer Einheit, wird klar formuliert. Die Wege und Formen, die zu diesem Ziel führen, werden freilich nur mit einigen Hinweisen aufgezeigt: "So verschieden der Zweckbestimmung nach die einzelnen Formen der Genossenschaftsbewegung untereinander aber auch sein mögen, so weisen sie dennoch Grundzüge auf, die allen gemeinsam sind. Denn die Genossenschaftsbewegung ist nicht nur der Theorie und der Benennung nach ein Ganzes: sie ist es auch praktisch durch die Tendenzen, die im Inneren der Bewegung wirksam und deren Tätigkeit bestimmend sind und die auf eine Zusammenarbeit der verschiedenen Genossenschaftsarten abzielen."² "Ausgehend von den Vereinen, die ... als solche ersten Grades bezeichnet wurden, verfolgen also die genossenschaftlichen Organisationen durch ihre Dachorganisationen, die Landesverbände, in der vom Konsumenten zum Rohprodukt aufsteigenden oder vom Rohprodukt zum Konsumenten absteigenden Linie den gleichen Weg der vertikalen Integration, den man auch in der kapitalistischen Wirtschaft beobachten kann. Es sind indessen bedeutende Unterschiede zu vermerken, die auf die Art, die Größe und Zahl der beteiligten Einheiten zurückzuführen sind."³

1 Fauquet, Georges, Der genossenschaftliche Sektor, a.a.O., S.13.

2 Fauquet, Georges, Der genossenschaftliche Sektor, a.a.O., S.14.

3 Fauquet, Georges, Der genossenschaftliche Sektor, a.a.O., S.25.

Fauquet kommt in seiner genossenschaftlichen Organisationstheorie "zu dem Ergebnis, daß - wenn man jede gesondert für sich betrachtet - weder die aufsteigende Integration der Konsum- und Versorgungsgenossenschaften noch die absteigende der landwirtschaftlichen Produktiv- und Verwertungsgenossenschaften im allgemeinen alle Phasen des Wirtschaftsprozesses einnehmen und ausfüllen kann. Immerhin gelingt die Erreichung dieses weitgesteckten Zieles in folgenden zwei Fällen:

- a) wenn der Wirtschaftsprozess kurz und gewissermaßen in sich selbst geschlossen ist, ...;
- b) wenn - welches auch immer die Distanz sein mag, welche die Produktion von dem endgültigen Verbrauch der von ihr erzeugten Produkte trennt - die beiden genossenschaftlichen Integrationen ... sich nähern, sich treffen und im Treffpunkt sich gegenseitig eingliedern."¹

Fauquet hat, an dem damaligen genossenschaftlichen Wissens- und Faktenstand gemessen, eine neuartige und moderne Genossenschaftstheorie entwickelt, die auch heute in ihrer Kernaussage noch Gültigkeit hat. Zumindest ist sie in Hinblick auf die Erfassung des Wesens und der Organisationsentwicklung des Genossenschaftswesens bisher nicht widerlegt. Fauquet verwendet übrigens für die genossenschaftlichen Gemeinschaftsbetriebe an verschiedenen Stellen immer wieder auch den Unternehmungsbegriff.

Die Probleme, die Fauquet zur Entwicklung seiner Theorie veranlaßt haben, und die Beispiele, die er zu ihrer Verifikation benennt, entsprechen dem Entwicklungsstand der Genossenschaftswirtschaft seiner Zeit. Viele Fragen, die sich heute als drängend und klärungsbedürftig erwiesen haben, sind von ihm nicht gesehen worden (z.B. Genossenschaftsrechtsreform, Autonomie der Einzelgenossenschaft, Mitgliederselektion) oder auch in pointierter anderer Weise beantwortet worden, als dies heute oft geschieht. (Kann daraus aber nicht auch gefolgert werden, daß diese erst einfach durch theoretische Fehlleistungen bzw. durch unsachgemäße Rechtsbestim-

1 Fauquet, Georges, Der genossenschaftliche Sektor, a.a.O., S.29/30.

mungen zu Problemen geworden sind? Zu Problemen, die bei klarer wissenschaftlicher Erkenntnis des Genossenschaftswesens vielleicht gar nicht entstanden wären?) In bezug auf die von Fauquet behauptete Tendenz zur Einheit der gesamten Genossenschaftsbewegung mag er zu seiner Zeit etwas zu optimistisch gewesen sein. Einige der von ihm dargelegten Integrationsentwicklungen sind jedoch inzwischen bereits verwirklicht bzw. geplant¹ und andere sind zumindest nicht als unmöglich auszuschließen.

Ähnlich wie Fauquet hat Z i e g e n f u ß 1948 den im Wesen der Genossenschaften liegenden eigenartigen systematischen Organisationsaufbau erkannt und beschrieben. Indem er zugleich die relativ engen Grenzen und Möglichkeiten der genossenschaftlichen Wirtschaftsweise betont, hindert ihn dies nicht in der Aussage, daß sich diese "zum Prinzip einer genossenschaftlichen (kooperativen) Wirtschaftsordnung"² ausweitet.

" I n (s e i n e n) G r e n z e n baut sich innerhalb der gesamten Wirtschaft d a s g e n o s s e n s c h a f t l i c h e W i r t s c h a f t s g e b i l d e p y r a m i d e n h a f t auf. Haushaltsbedarfe der Letztverbraucher, Waren- und Kreditbedarfe der Letztverteiler und der unmittelbar an den Verbraucher verkaufenden oder sonst auf unterster Stufe auf den Markt kommenden Produzenten stellen die breite, mannigfaltige und lebensvolle B a s i s dar. Auf ihr erheben sich die g e n o s s e n s c h a f t l i c h e n B e t r i e b e des Ein- und Verkaufs, der Nutzung und Verwertung, der Kreditbeschaffung usw. als n ä c h s t h ö h e r e ' S t u f e '. Diese Betriebe schließen sich wiederum zusammen und gründen zur besseren Erfüllung ihrer Aufgaben B e t r i e b e h ö h e r e r S t u f e , 'Zentralen' des Einkaufs und Verkaufs und der Beschaffung von Gütern, Zentralkassen und zentrale Erzeugungsbetriebe. Bis in volkswirtschaftliche und weltwirtschaftliche Wirkungsbereiche hin-

1 Vgl. z.B. S.113-148 dieser Arbeit.

2 Ziegenfuß, Werner, Die Genossenschaften, Berlin 1948, S.121.

ein entwickelt sich diese Konzentration und Aufstufung. Maßgebend aber und bestimmend auch für die Entwicklungsmöglichkeiten der Gebilde höherer Stufe bleiben die Bedarfe der untersten Schicht, der Haushalte und Kleinbetriebe usw. Für das wirtschaftliche, finanzielle und industrielle Gebaren selbst der zu bedeutenden wirtschaftlichen Mächten aufgewachsenen genossenschaftlichen Unternehmen bleibt der Wille und das Interesse der Genossenschaftsmitglieder die letzte entscheidende Instanz. Die Pyramide der genossenschaftlichen Wirtschaft muß alles das außerhalb ihres Wirkungsgebietes lassen, was an Produktion und Verteilung und an aktiver Pionierarbeit in Industrie und Finanzwelt das eigentliche Gesicht der modernen Wirtschaft ausmacht. Sie ist aber in sich ein geschlossenes Ganzes der Gestalt nach, auch wenn die hauptsächlichsten Richtungen der genossenschaftlichen Arbeit bisher nur zum kleineren Teil praktisch miteinander verbunden sind."¹

Die Entwicklungsmöglichkeiten dieses genossenschaftlichen Gesamtorganisationsgebildes werden betont eng gehalten. "In dem Maß, in dem der Kapitalismus abgelöst wird, können genossenschaftliche Formen in den strukturell und materiell festliegenden Grenzen ins Große wachsen, aber eine 'Stufenordnung der Wirtschaftsgenossenschaft von der Betriebsgenossenschaft über die Sach-, Fach- und Stamm-Wirtschafts-Genossenschaft zur Volks-Wirtschafts-Genossenschaft, von da zur Lebens-Raum- und endlich zur Welt-Wirtschafts-Genossenschaft', wie sie als Ideal entwickelt wird, bleibt eine Utopie. Als ein aus der Idee des Zusammenwirkens freier Persönlichkeiten entstehendes Werk ist die Genossenschaft ein Paradigma für die Macht des Geistes und des Willens auch innerhalb der 'materiellen' und von politischen Mächten umkämpften wirtschaftlichen Wirklichkeit. Sie selbst ist in ihren materiellen Möglichkeiten begrenzt."²

1 Ziegenfuß, Werner, Die Genossenschaften, a.a.O., S.124. - (Im Originaltext ohne Sperrungen.)

2 Ziegenfuß, Werner, Die Genossenschaften, a.a.O., S.140.

Ebenso wie Fauquet erkennt und beschreibt auch Ziegenfuß sehr klar nur den einiachen stufenweisen Aufbau der Genossenschaftsorganisation »von unten nach oben«. Die vielfachen funktionalen, personalen, finanziellen und rechtlichen Beziehungszusammenhänge »von oben nach unten« und »in die Quere«, so wie sie sich im Genossenschaftswesen heute entwickelt haben, bleiben offenbar außerhalb seiner Erfahrung und Erkenntnis. Ebenso wird über dem Endziel, der föderativen Einheitsorganisation aller Arten und Richtungen des Genossenschaftswesens, deren reale, mit nicht unerheblichen Interessengegensätzen verbundene Differenzierung in Teilsysteme (Sparten) nicht mit der den empirischen Gegebenheiten entsprechenden Klarheit dargestellt und erklärt. Die Erfahrungsgegebenheiten werden so bei Ziegenfuß in Richtung auf eine theoretische Zielvorstellung hin überzeichnet.

Sehr nachdrücklich hat nach dem 2. Weltkrieg, auch während der Auseinandersetzungen um die Organ- und Unternehmungstheorie und noch bevor die Genossenschaftsverbundtheorie im engeren Sinn mit ihrer Entwicklung einsetzte, vor allem B a c k auf den in der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft zu beobachtenden und ihrem Wesen entsprechenden Systemaufbau aufmerksam gemacht. "Ein Blick auf das Genossenschaftswesen in den nord-, mittel- und westeuropäischen Ländern belehrt uns, daß mit der Entwicklung der genossenschaftlichen Wirtschaft ein neues gesellschaftswirtschaftliches System im Entstehen begriffen ist, das auf einer anderen Grundlage als das kapitalistische System ruht. In der Literatur ist dem sich herausbildenden S y s t e m einer genossenschaftlich organisierten Wirtschaft noch viel zu wenig Beachtung geschenkt worden. Die in der deutschen Literatur üblichen Begriffsbestimmungen knüpfen vielfach noch immer an die Form und Gestalt der Einzelgenossenschaft, nicht selten an die juristische Definition an; sie übersehen, daß es im Wesen der Genossenschaft, ja in ihrer tatsächlichen Struktur schon liegt, daß die personelle Kooperation nicht auf eine begrenzte Zahl von Haushalts- oder Einzelwirtschaften beschränkt bleibt, sondern eine Ausweitung auf alle höheren Wirtschaftsbereiche und gesellschaftswirtschaftlichen Stufen verlangt. Das Personalprinzip findet bei den Genossenschaf-

ten in einer Form Anwendung, daß es sich zugleich als Prinzip einer, zwar nicht schematischen, aber einheitlichen und durchgängigen Ordnung und Gestaltung der Gesellschaftswirtschaft im ganzen erweist und bewährt. ... Die kooperativen Verbindungen und Beziehungen des modernen Genossenschaftswesens erstrecken sich in horizontaler und vertikaler Richtung und verknüpfen den einzelwirtschaftlich organisierten Daseinsbereich mit dessen vorgelagerten Produktions- und Distributionsstufen so, daß beide sich sinnvoll ergänzen und in dieser Ergänzung ein zwar einheitliches, aber nicht abgeschlossenes System bilden."¹ Große Bedeutung für den Ausbau des Systems der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft wird dem Prinzip der offenen Mitgliedschaft beigemessen.

Dieses genossenschaftliche System entfaltet sich zwar aus den Primärgenossenschaften und "die Genossenschaft ist ihrer Grundkonstruktion und rechtlichen Gestalt nach eine ökonomische Gesellschaftsform, die in sich wesensmäßig Keime zu einer echten Systembildung trägt"², - aber "der Sinn und die Funktion der genossenschaftlichen Wirtschaftsorganisation als solcher können nur aus dem Ganzen derselben abgeleitet und verständlich gemacht werden."³

Wird auch bei Back - ebenso wie bei Fauquet und Ziegenfuß - über das, "dem voll entfalteteten Grundprinzip der offenen Mitgliedschaft auf der Grundlage der personellen Kooperation entsprechende", genossenschaftsorganisatorische Entwicklungsziel eines gesamtwirtschaftlichen "Universalsystems" kein Zweifel gelassen, so werden von ihm die Sachverhalte zunächst einmal doch so gesehen, wie sie sich der Erfahrung unmittelbar darbieten:⁴ "Die Genossenschaften

d

- 1 Back, Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens ..., a.a.O., S. 59 ff.
- 2 Back, Josef, Wo stehen die Genossenschaften heute?, a.a.O., S. 59.
- 3 Back, Josef, Der Standort der Genossenschaften im heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsleben, a.a.O., S. 21.
- 4 Vgl. Back, Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens, a.a.O., S. 64 ff.; ders., Wo stehen die Genossenschaften heute?, a.a.O., S. 61 f.

sind dabei, innerhalb ihrer Sparten soziale Systeme zu bilden ..." und einen Interessenausgleich herbeizuführen.

Aber: "Die vorhandenen genossenschaftlichen Systeme sind Teilsysteme und fassen nur Genossenschaften gleicher Art zusammen. Immerhin ist die Entwicklung nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern, so weit fortgeschritten, daß die polaren und zugleich komplementären Genossenschaftsorganisationen sich auf ihrem Integrationswege bereits so nahe gekommen sind, daß die Frage einer organisierten Zusammenarbeit, etwa in der Form der Errichtung gemeinsamer Betriebe oder Bank- und Versicherungseinrichtungen, schon seit Jahren ernsthaft diskutiert wird.

Die organisatorische Weiterentwicklung unseres Genossenschaftswesens im Sinne der Herausbildung eines einheitlichen föderativen Systems, in dem alle Sparten ihre selbständige Funktion behalten, aber in einer höheren Organisation in Form eines Überbaues ihre Ergänzung finden, ist nur zu erwarten, sofern sich gemeinschaftliche Aufgaben mehrerer oder aller Sparten stellen und ihre praktische Lösung gelingt. Die weitere Systementwicklung unseres Genossenschaftswesens ist an einen echten Interessenausgleich mehrerer Sparten auf höherer Ebene gebunden. ... Der Interessenausgleich der verschiedenen Genossenschaftssparten und Arten verlangt nämlich, so wie die Dinge heute bereits liegen, nichts weniger als ihre Verständigung über eine gemeinsame Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Vielleicht stehen wir heute schon an einem kritischen Punkt der Weiterentwicklung der genossenschaftlichen Systembildung."¹

Das von Back in seiner Genossenschaftstheorie die Ffzierte Bild der Gesamtorganisation des Genossenschaftswesense jur hinsichtlich ihres Zustandes und ihrer Entwicklung, hinsichtlich ihres differenzierten Aufbaus und ihrer Integration bereits einen weitgehenden Abstraktions- und Erklärungszusammenhang mit den im vorange-

¹ Back, Josef, Wo stehen die Genossenschaften heute?, a.a.O., S.62/63.

gangenen Kapitel unserer eigenen Untersuchung getroffenen Sachverhaltsfeststellungen am Erfahrungsobjekt erkennen. In dieser Kernaussage ist die Backsche Theorie durch die Tatsachenwelt insoweit bisher nicht widerlegt. Eine noch eingehendere Darstellung seiner theoretischen Erklärungen zur Organisationsstruktur und Funktionsweise des Genossenschaftswesens würde freilich, gemessen an den Gegebenheiten, so wie sie heute erfahrbare sind, an verschiedenen Stellen Zweifel entstehen lassen; diese betreffen insbesondere die Darstellung der aus der Genossenschaftsdemokratie resultierenden Autonomiegegebenheiten (Selbstverwaltung, Selbstverantwortung und Selbsthilfe) der dem System angehörenden Personen und Gebilde sowie die geringe Betonung der institutionellen Impulse, Beziehungen und Wege »von oben nach unten«.

Insgesamt gesehen erscheinen uns die in ihren Ausgangspunkten und Aussagen eng verwandten Genossenschaftstheorien von Fauquet, Ziegenfuß und Back als beachtliche Vorleistungen und Vorläufer der Genossenschaftsverbundtheorie, die in einem engeren Sinne sich etwa ab 1959/1960 entwickelt hat. Entscheidend dafür ist in jedem Falle die Darstellung der Gesamtorganisation als gegliedertes Ganzes¹, in dem die eingegliederten Personen, Gebilde und Teilsysteme unvollständige Teile dieses Ganzen sind.

Aber die Genossenschaftsverbundtheorie, die mit der Systemtheorie zwar nicht vollständig, aber doch weitgehend zu identifizieren ist, hat die geleisteten Erkenntnisse - jedenfalls nicht bewußt - nicht aufgegriffen und weiterentwickelt. Sie hat vielmehr zunächst in ihren Überlegungen an die genossenschaftliche Organ- und Unternehmungstheorie und an die organisatorischen Erscheinungsformen des nichtgenossenschaftlichen, vorwiegend konzernmäßig aufgebauten Unternehmungsverbundes angeknüpft.

1 "eine Verbindung einer Vielheit zu einem in sich zusammenhängenden Ganzen" (Fauquet); "ein in sich geschlossenes Ganzes der Gestalt nach" (Ziegenfuß); "ein einheitliches, föderativ aufgebautes System" (Back).

3. Die Hauptaussagen der Theorie des Genossenschaftsverbundes

a. Das spartenorientierte Erkenntnisobjekt Genossenschaftsverbund

Mit der begriffstheoretischen Konzeption des Genossenschaftsverbundes tritt die Einzelgenossenschaft zunehmend als Teilgebilde einer »Gesamtorganisation« gegenüber dieser übergreifenden Ganzheit zurück. Es ist auffallend, daß mit dem Beginn der Verbunddiskussion das Wort Gesamtorganisation zunehmend verwendet wird¹, und zwar auch von jenen Autoren, für die - aufgrund ihres zunächst noch immer vertretenen einzelgenossenschaftlichen Ansatzes und so lange an ihm festgehalten wird - gewisse Erklärungsschwierigkeiten sich dann unvermeidlich einstellen, wenn die zu erörternden Probleme und Fragen² eben in Hinblick auf jene größere Einheit zu stellen und zu beantworten sind.

Noch 1959 hat Draheim dem "Prinzip der autonomen lokalen Genossenschaft", auf dem ja auch das Erkenntnisobjekt seiner Unternehmungstheorie beruht, für die Erörterung der Probleme der genossenschaftlichen Organisationsstruktur "außerordentliche Wichtigkeit"³ beigemessen. 1964 wird dann zum ersten Mal von ihm - in seinem "Beitrag zu den Versuchen, das Wesen der Genossenschaft zu bestimmen,"⁴ - das "Genossenschaftsspezifische" in betont anderer Weise konzipiert, - und zwar als eine "umfassende und zahlenmäßig starke 'Bewegung' von Einzelwirtschaften", die "zur Erhal-

1 Vgl. Draheim, Georg, Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und genossenschaftliche Struktur, a.a.O., S.33/34, ferner ebenda, S.21, 27, 31 f. u. 49; ders., Die Raiffeisengenossenschaften im Zeitalter der Automation, in: Zur Ökonomisierung ..., a.a.O., S.186, 188/189; ders., Zentrale Entwicklungsgesellschaften der Genossenschaften, in: Zur Ökonomisierung ..., a.a.O., S.228, 235, 237. - In seinem Werk »Die Genossenschaft als Unternehmungstyp« ist der Begriff Gesamtorganisation nach unserer Erinnerung nicht einmal verwendet.

2 Z.B. die optimale Funktions- und Kompetenzverteilung im Verbund als Hauptgegenstand der überbetrieblichen Strukturrationalisierung.

3 Draheim, Georg, Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und genossenschaftliche Struktur, a.a.O., S.22 u. 24 f.

4 Draheim, Georg, Das Förderungsunternehmen - Ein Beitrag zu den Versuchen, das Wesen der Genossenschaft zu bestimmen, in: Zur Ökonomisierung ..., a.a.O., S.103-121.

tung der 'Typenreinheit' (tendieren)", "soziale Leistungen (erbringen)" und "im Rahmen von Verbund-Institutionen (existieren)". "Die Vielzahl und die in der Regel gegebene geringe Betriebsgrösse haben neben der meist typisierten Aufgabenstellung bei den Genossenschaften dazu geführt, die mittels horizontaler Zusammenfassung erreichten Ergebnisse durch Fortsetzung in vertikaler Richtung (Zentralgenossenschaften, Verbände) zu sichern und zu steigern. Wenn diese Verbunderscheinungen auch nur einen relativ losen Charakter haben, so stellen sie doch eine Organisation her, innerhalb deren jeder Teil seinen ihm funktionell zukommenden Platz einnimmt. Diese meist vertikalen Verbundformen sind charakteristisch für die Förderungsunternehmen in Genossenschaftsform. Eine relativ große Zahl der Genossenschaften (vor allem mit kleineren Betriebsgrößen) würde ohne diese organisatorische Interdependenz, auslaufenden Wechselbeziehungen zwischen den Organisationsgliedern erwachsend, weder leistungs- noch existenzfähig sein. So sind die Zusammenschlüsse der Genossenschaften nach räumlichen und fachlichen Gesichtspunkten - zu Verbänden oder Zentralgenossenschaften als genossenschaftsspezifisch anzusehen."¹

Wenn in verbundtheoretischen Erörterungen der Gesamtorganisationsbegriff erscheint, ist damit in aller Regel die Sparteorganisation gemeint. "In der Genossenschaftsliteratur wurden die Primärgenossenschaften und die Wirtschaftszentralen lange Zeit gesondert behandelt und oft einander gegenübergestellt. Hier bahnt sich in neuerer Zeit ein Wandel an. An Stelle der Beurteilung von Einzelgebilden der jeweiligen Genossenschaftsstufen tritt die Untersuchung von Genossenschaftssparten in ihrer Zusammenarbeit, nämlich im 'Genossenschaftsverbund', immer mehr in den Vor-

¹ Draheim, Georg, Das Förderungsunternehmen, a.a.O., S.117. - (Im Originaltext ohne Sperrungen.)

dergrund."¹

Über die vertikale Tiefe und die gebildliche Differenzierung des begrifflich erfaßten Spartenverbundes gab und gibt es nicht unerhebliche Abweichungen zwischen den verschiedenen Autoren.

Anfänglich wird von der Verbundtheorie vor allem und fast ausschließlich das Beziehungsverhältnis zwischen primärgenossenschaftlichen Gemeinschaftsbetrieben und dem zentralgenossenschaftlichen Überbau untersucht,² wobei in der Regel die Genossenschaftsverbände aus Gründen, die noch zu erörtern sein werden, ausgeklammert werden. Erst später wird dann auch das vertikale Beziehungsverhältnis zwischen personalwirtschaftlichen Mitgliederbetrieben und primärgenossenschaftlichen Gemeinschaftsbetrieben in die Betrachtung einbezogen oder dieses gar, wie z.B. von Dülfer³, als originärer Verbundkomplex angesehen. Mehr und mehr erscheint somit die gesamte Spartenorganisation in ihrer vollen Tiefe und Gebildevielfalt als Genossenschaftsverbund. Es sind neben den Mitgliederwirtschaften, den primärgenossenschaftlichen Betrieben und den Wirtschaftszentralen,⁴ heute weitgehend auch die Ver-

1 Pfüller, Reiner, Der Genossenschaftsverbund, a.a.O., S.2; - vgl. ferner Henzler, Reinhold, Der Genossenschaftsverbund und die Verbundführung, a.a.O., S.440; Draheim, Georg, Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und genossenschaftliche Struktur, a.a.O., S.27.

2 Dies ist zunächst z.B. bei Pfüller, Draheim und Potthoff der Fall.

3 Vgl. Dülfer, Eberhard, Zielsysteme, Entscheidungsprozeß und Organisationsstruktur im kooperativen Betriebsverbund, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), a.a.O., S.171.

4 Vgl. Henzler, Reinhold, Der Genossenschaftsverbund und die Verbundführung, a.a.O., S.444 u. 449.

bände, Anhangwirtschaften und einige andere sparteninterne oder spartenverbundene Sondergebilde einbezogen. Der Genossenschaftsverbund wird dann einfach "als die Gesamtheit der in der Genossenschaftsorganisation zusammengefaßten Einheiten (definiert). Diese Einheiten wirtschaften, prüfen, beraten und fassen die Verbundeinheiten organisatorisch und ökonomisch zusammen."¹

Kaum beachtet und systematisch in den theoretischen Ansatz aufgenommen werden jene neuartigen gesamtspartlichen Kern- oder Sondergebilde, die sich vor allem als Leitungs- und Finanzierungsgebilde in der Genossenschaftswirklichkeit zu entwickeln beginnen.² Lediglich Draheim hatte ihnen mit seinem Vorschlag "zentraler Entwicklungsgesellschaften" im voraus schon weitgehend Rechnung getragen. Diese Gesellschaften waren je als "kaufmännische Ergänzungs- und Hilfseinrichtung (gedacht), die mit ihren Funktionen an den betriebswirtschaftlich schwachen Stellen der Genossenschaften und ihres Unternehmensverbundes anzusetzen hätte."³ Den zentralen Entwicklungsgesellschaften sind von Draheim gesamtorganisatorische Grundsatzaufgaben gestellt, insbesondere die überregionale Planung, Koordination und Finanzierung der angeschlossenen Genossenschaften. Diese ihre Aufgaben sollen sie aber nur auf freiwilliger Basis durch Anregung, überzeugende Hinweise oder Warnun-

1 Leffson, Ulrich, Genossenschaftliche Verbundbildung als Mittel zur Effizienzsteigerung der Mitgliedbetriebe, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift G. Draheim), a.a.O., S.156.

2 Vgl. S.94-113 dieser Arbeit.

3 Draheim, Georg, Zentrale Entwicklungsgesellschaften der Genossenschaften, in: Zur Ökonomisierung ..., a.a.O., S.234. - Vgl. ferner ders., Die Raiffeisengenossenschaften im Zeitalter der Automation, in: Zur Ökonomisierung ..., a.a.O., S.185 ff. - Es erscheint uns wichtig, daß gerade im Zusammenhang mit der Darlegung der Aufgaben, der Stellung und der Problematik dieser Entwicklungsgesellschaften von Draheim der Ausdruck »Gesamtorganisation« besonders häufig verwendet, ja benötigt wird.

gen, nicht jedoch durch faktisch-organisatorisch oder rechtlich gesicherte Anordnungsbefugnisse von oben nach unten durchführen können. "Wäre es anders, dann würde ein tragender Pfeiler der Genossenschaftsorganisation fallen."¹

b. Die Beziehungen, Zusammenhänge und Wirkkräfte im Genossenschaftsverbund

Bei einer Skizze der genossenschaftstheoretischen Erkenntnisse zur Beziehungsstruktur und Wirkungsweise des Genossenschaftsverbundes müssen wir uns hier, ebenso wie bei der Organ- und Unternehmungstheorie, in pointierten Hinweisen auf das Wichtigste beschränken. Unter diesem Aspekt dürfen als zentrale Fragestellungen der Verbundtheorie angesehen werden:

1. Der genossenschaftsgebildliche Organisations a u f b a u des Verbundes;
2. Die Formen, Richtungen und Intensitäten der vertikalen Verbindungen und Beziehungen zwischen den verschiedenen Organisationsstufen.

Den ersten Problemkreis haben wir auf den vorangegangenen Seiten bereits erörtert. Bezüglich der zweiten Problemgruppe ist vorweg zu bemerken, daß sie, ähnlich wie bereits bei der Organ- und Unternehmungstheorie, in einer, wie wir es nennen möchten, gespaltenen Erkenntnishaltung angegangen wurde: teils wurden originäre e m p i r i s c h e Analysen durchgeführt und daraus resultierende Aussagen erarbeitet; teils wurde aber einfach von Begriffen und Lehren der überkommenen Genossenschaftstheorie ausgegangen, die dann ohne nähere Prüfung als »Wahrheit« auch in die Verbundtheorie übernommen wurden. Sobald die Erfahrung dann jenen begrifflichen und theoretischen Vorurteilen widerspricht, ergibt sich die

¹ Draheim, Georg, Die Raiffeisengenossenschaften im Zeitalter der Automation, a.a.O., S.187. - Vgl. ferner ders., Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und genossenschaftliche Struktur, a.a.O., S.33; ders., Zentrale Entwicklungsgesellschaften der Genossenschaften, in: Zur Ökonomisierung ..., a.a.O., S.238.

Situation, »daß eben nicht sein kann, was nicht sein darf«: die Tatsachenerfahrung kann in der Verbundtheorie zunächst nicht voll eingeordnet werden, - sie wird entweder ignoriert, gelegentlich irgendwie am Rande erwähnt oder als Entartung ausgeklammert. Dies gilt insbesondere für die Problematik der »Verbundführung«, die bis heute nur unzureichend von der Theorie adaptiert ist.

Der »wahre« A u s g a n g s p u n k t in bezug auf die anfänglich behaupteten Verbundbeziehungen lautet: "Das Genossenschaftswesen hat eine 'dezentrale Grundstruktur'; der 'föderative Aufbau' geht von unten nach oben. Die Primärgenossenschaften tragen die Regionalzentralen und diese wiederum die genossenschaftlichen Spitzeninstitute."¹ "Im Genossenschaftsverbund hat die Wirtschaftszentrale keine Anordnungsbefugnis, der Genossenschaftsverband nur beschränkte Anweisungsbefugnis im Rahmen seiner Revisionsausübung. ... Im Genossenschaftsverbund bestehen auch kapitalmäßige Verflechtungen, jedoch tragen hier entsprechend der dezentralen Grundstruktur des Genossenschaftswesens die Primärgenossenschaften die Wirtschaftszentralen. Die Kapitalbeteiligungen laufen von unten nach oben."²

"Da es 'kapitalwirtschaftliche' Herrschaftsverhältnisse zwischen Einzelgenossenschaften und Zentralgenossenschaften nicht gibt, im übrigen die sich zu Zentralgenossenschaften zusammenschließenden Einzelgenossenschaften ihre volle rechtliche und wirtschaftliche Selbständigkeit bewahren, kann wohl von einem 'Unternehmensverbund' i.w.S. gesprochen werden, jedoch mit der Einschränkung, daß dessen relativ loser assoziativer Charakter schon im Ansatz ganz andere Probleme aufwirft als ein Unternehmensverbund konzernmäßiger Art. Wenn jedoch unter einem Unternehmensverbund 'die organisatorische Zusammenfassung mehrerer mehr oder weniger selbständiger betrieblicher Einheiten (z.B. Unternehmungen, Werke, Filialen)

1 Pfüller, Reiner, Der Genossenschaftsverbund, a.a.O., S.1.

2 Pfüller, Reiner, Der Genossenschaftsverbund, a.a.O., S.5.

unter einheitlicher Führung,¹ verstanden werden soll, dann kann dieser Begriff im Genossenschaftswesen keine Anwendung finden."² Dies ist also der (zunächst ungeprüfte) Ausgangspunkt.³

Das Wesen der Verbundkooperation wird demzufolge fast ausschließlich in der f u n k t i o n e l l e n V e r s c h m e l z u n g (Henzler) der Genossenschaftsbetriebe gesehen.⁴ Der Genossenschaftsverbund ist dann eben ein "auf überwiegend funktioneller Basis beruhender Verbund."⁵ Folgerichtig bilden so auch die Funktionsprobleme der Genossenschaftssparten das Schwerkgewicht der genossenschaftstheoretischen Sachverhaltsanalysen und -feststellungen: Es wird der rationelle (optimale) Funktionsaufbau und -ablauf erörtert; es werden Funktionsausgliederungen, -neuergründungen und -verschiebungen festgestellt und es werden Größe und Veränderungen der Genossenschaftsbetriebe und ihrer Geschäftsbeziehungen zahlenmäßig erfaßt.

Mehr und mehr werden h e u t e von einzelnen Autoren jedoch auch jene, zunächst einfach ausgeklammerten Probleme erörtert und sogar als w e s e n t l i c h für den Genossenschaftsverbund - seine faktische Ausgestaltung, seine ökonomische Leistungsfähigkeit und seine begriffliche Erfassung - angesehen.

1 So lautet der Unternehmungsverbundbegriff des Arbeitskreises Dr. Krähe der Schmalenbach-Gesellschaft. - Vgl. Krähe, Walter, Verbundwirtschaft, in: HdSW 11.Bd. (1961), S.1. - (Im Originaltext bei Draheim ist an dieser Stelle eine andere Fußnote angeführt.)

2 Draheim, Georg, Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und genossenschaftliche Struktur, a.a.O., S.26/27.

3 Vgl. dazu auch Potthoff, Erich, Funktionsmodell und Funktionswirklichkeit im genossenschaftlichen Unternehmungsverbund, in: ZfgG Bd.11 (1961), S.314; Lehmann, Helmut, Wesen und Formen des Verbundbetriebes, a.a.O., S.41.

4 Darin liegt auch wohl die wichtigste Begründung dafür, warum die Genossenschaftsverbände und andere Verbundsondergebilde in die Verbundtheorie zunächst nur unzureichend integriert sind.

5 Pfüller, Reiner, Der Genossenschaftsverbund, a.a.O., S.6. - Vgl. ferner Henzler, Reinhold, Der Genossenschaftsverbund und die Verbundführung, a.a.O., S.440; Potthoff, Erich, Funktionsmodell ..., a.a.O., S.310 ff.; Dülfer, Eberhard, Strukturprobleme der Genossenschaft in der Gegenwart, in: Neuere Tendenzen im Genossenschaftswesen, Göttingen 1966, S.10; Lehmann, Helmut, Formen und Wesen des Verbundbetriebes, a.a.O., S.42.

Dies gilt vor allem für die einheitliche und zentrale V e r - b u n d f ü h r u n g . Diese wird gefordert und (dann mit einem Male!) auch als existent festgestellt, selbst dort, wo rechtliche Regelungen noch fehlen: "In (der) Erkenntnis von der Notwendigkeit der planmäßigen Unterordnung aller Glieder eines regionalen, nationalen oder internationalen Verbunds unter eine Verbundspitze, die ohne Verzicht der Verbundglieder auf Selbstverwaltungsrechte nicht errichtet werden kann, kommt - zumindest auf den ersten Blick - das genossenschaftlich Umwälzende zum Ausdruck. (Bei genauerem Eindringen in die Geschichte des Genossenschaftswesens erweist sich allerdings, daß dieser Prozeß der Verlagerung von Mitentscheidungsbefugnissen 'nach oben', auf eine in der Regel regionale Spitze, in mehreren Genossenschaftsbereichen früh begonnen hat.)"¹

Die überkommene Genossenschaftstheorie hat bei ihren Feststellungen und Erkenntnissen den r e c h t l i c h e n B i n - d u n g s f o r m e n kein großes Gewicht beigemessen. Weder seien sie in nennenswertem Ausmaß faktisch wirksam, noch seien sie aus genossenschaftsprinzipiellen Gründen zulässig oder zu empfehlen.²

Auffallenderweise ist die genossenschaftliche Verbundwirtschaft nun vor allem von Juristen und Praktikern sehr bald auch schon unter rechtlichen Aspekten erörtert und für interessant befunden worden. Im Vordergrund standen dabei zunächst vertragliche und statutarische Gegenseitigkeitsbindungen zur Sicherung eines möglichst ausschließlichen Geschäftsverkehrs. Es wurden die möglichen Formen und Verfahrensweisen derartiger Regelungen sowie deren Vereinbarkeit mit dem Genossenschaftsgesetz, dem Grundgesetz,

1 Henzler, Reinhold, Der Genossenschaftsverbund und die Verbundführung, a.a.O., S.442. - Vgl. auch S.172 ff. dieser Arbeit.

2 Vgl. Draheim, Georg, Zentrale Entwicklungsgesellschaften der Genossenschaften, in: Zur Ökonomisierung ..., a.a.O., S.238; ders., Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und genossenschaftliche Struktur, a.a.O., S.27 u. 33; Pfüller, Reiner, Der Genossenschaftsverbund, a.a.O., S.6.

den Wettbewerbsordnungen in der Bundesrepublik und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft geprüft.¹

Erst in neuerer Zeit sind auch die rechtlichen Absicherungen von Anordnungsbefugnissen im Genossenschaftsverbund zur Diskussion gebracht worden. Darin wird nunmehr das zentrale Verbundproblem überhaupt gesehen. "Verbund bedeutet Zusammenwirken von verbundenen Unternehmen. Es wäre aber sicherlich verfehlt, jede Zusammenarbeit von Unternehmen schon als Verbund anzusehen; auch wenn diese auf eine gewisse Dauer abgestellt ist, würde ich darin noch keinen Verbund im rechtlichen Sinne sehen, vielmehr meine ich, daß Kriterien für einen rechtlichen Verbundbegriff folgende sein müssen: Zumindest zum Teil müssen die betriebswirtschaftlichen Entscheidungen innerhalb des einzelnen Verbundunternehmens beeinflußt oder gar bestimmt werden von Leitsätzen, die in einer Verbundspitze als verbindlich für alle am Verbund beteiligten Unternehmen entwickelt werden. Danach ist für den Verbund erforderlich, daß selbständige Unternehmen sich derart zusammenschließen, daß sie sich für die betriebswirtschaftlichen Entscheidungen innerhalb des einzelnen Unternehmens Leitsätzen unterwerfen, die einheitlich von der Verbundspitze entwickelt werden. Der gegenständliche Umfang dieser einheitlichen Leitsätze mag nach Gegenstand und Intensität der Wirkung sehr unterschiedlich sein. Das ergibt sich aus den einzelnen Verbundarten; wahrscheinlich werden auch je nach der Entwicklung des Verbundes selbst und nach der Umwelt, in der er steht, die Leitsätze nach Umfang und Entwicklungsgrad unterschiedlich sein. Das sind Modalitäten innerhalb des bewußt recht weit gefaßten Verbundbegriffs. Wohl aber, und das scheint mir nicht nur rechtswissenschaftlich, sondern auch für die sozio-

¹ Vgl. Schubert, Rolf, Die rechtlichen Grenzen genossenschaftlicher Verbundwirtschaft, in: ZfgG Bd.17 (1967), S.55-69; Westermann, Harry, Die Marktintegration als Rechtsproblem, in: Marktintegration und agrarpolitisch relevante Tätigkeit der Genossenschaften, Hamburg u. Berlin 1967, S.27-40 u. ebenda, "Korreferat und Berichterstattung" dazu von Gustav Klusak; Pabsch, Ekkehard, Die ländlichen Genossenschaften in der Verbundwirtschaft, in: Berichte über Landwirtschaft, Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft Bd.XLI (1963), Heft 1, S.44-48 sowie Heft 2, S.283-315.

logische und wirtschaftswissenschaftliche Betrachtung entscheidend zu sein, ist es notwendig, daß die Leitsätze rechtlich verbindlich sind. ... Aus diesem allgemeinen Verbundbegriff muß nun durch Spezialisierung der Merkmale ein genossenschaftlicher Verbundbegriff abgeleitet werden."¹

Das Kooperationsleitbild der Genossenschaftsverbundtheorie ist heute nicht mehr der "Torso eines Unternehmensverbundes"², sondern im Grunde das übliche Filial- bzw. Konzernmodell. Dieser Auffassungswandel ist mit den begrifflichen Auseinandersetzungen um die (volle) Unternehmungseigenschaft der Einzelgenossenschaft durchaus vergleichbar. Dieser keineswegs von allen Autoren mit allen Konsequenzen rezipierte oder für zulässig erachtete Auffassungswandel gibt uns Anlaß zu einigen Überlegungen zur bisherigen Entwicklung, zum Stand und zu den ungelösten Problemen der genossenschaftlichen Verbund- bzw. Systemtheorie:

a) Die moderne Genossenschaftsverbundtheorie ist zunächst in einem engeren Sinn von einem einzelgenossenschaftlichen Theorieansatz aus entwickelt worden. Dieser ist dabei nicht ausdrücklich und bewußt aufgegeben oder modifiziert worden. Vielmehr hat es gerade anfänglich Versuche gegeben, die Lage so darzustellen, als ob die Verbund- bzw. Systemtheorie gegenüber der Organ- bzw. Unternehmungstheorie nichts so prinzipiell anderes bedeute, daß eine Zäsur angebracht wäre. Dieser Standpunkt konnte aber nur bis zu einem Verbund führen, der nicht auf die höchste Gesamtleistungsfähigkeit der Organisation abstellte.³ Dieser Versuch mußte scheitern. Die Verbundtheorie beruht

1 Westermann, Harry, Zum Rechtsbegriff des Verbundes bei Genossenschaften, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung, (Festschrift für G. Draheim), a.a.O., S.197/198. - Vgl. auch Ebert, Hanns, Genossenschaftsrecht auf internationaler Ebene, 1. Bd., Rechtsvergleichende Analyse des Genossenschaftsrechts, a.a.O., S.587 ff.

2 Potthoff, Erich, Funktionsmodell und Funktionswirklichkeit im genossenschaftlichen Unternehmungsverbund, a.a.O., S.314; Lehmann, Helmut, Wesen und Formen des Verbundbetriebes, a.a.O., S.41.

3 Vgl. Draheim, Georg, Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und genossenschaftliche Struktur, a.a.O., S.27 u. 31 f.; Henzler, Rein-

schon in ihrem Ansatz auf einer völlig anderen genossenschaftswirtschaftlichen Aktionsbasis und theoretischen Erkenntnisebene.

- b) Die Verbundtheorie ist nicht im Sinne einer aktiven oder gar visionären theoretisch-wissenschaftlichen Gestaltungsidee entwickelt worden. Vielmehr ist sie reaktiv entstanden als Folge der faktischen Gegebenheiten der Genossenschaftswirtschaft einerseits und der offenbaren Unzulänglichkeiten der Organ- und Unternehmungstheorie andererseits. An frühere, bereits weit entwickelte Ansätze einer Genossenschaftssystemtheorie wurde dabei nicht ausdrücklich angeknüpft.

Die behauptete Reaktivität ist am deutlichsten zu erkennen an der schrittweisen Resorption der zunächst für unwichtig und unzulässig erachteten Möglichkeiten und Formen einer zentralen Führung und rechtlichen Ausgestaltung des Genossenschaftsverbundes.

- c) Der Genossenschaftsverbund ist bisher noch nicht mit der gebotenen und möglichen Konsequenz erforscht und verwirklicht. Erst nach und nach sind bei vereinzelt Autoren an bereits realisierten Sachgegebenheiten orientierte Auffassungen zum Durchbruch gekommen, ohne daß dies schon auf ganzer Linie und in genügender Tiefe erfolgt wäre. Für viele Formen und Wege der verbund i n t e r n e n Tatsachenentwicklung, um so mehr aber noch für die doch schon so real gewordenen Ansätze zu einer zwischenspartlichen und internationalen genossenschaftsorganisatorischen Zusammenarbeit können von der G e n o s s e n s c h a f t s theorie keine überzeugenden und zureichenden Problemlösungen angegeben werden.

Einzelne Fragen, die von einer konsequenten spartenorientierten Verbundtheorie gelöst werden müssen, sind bisher erst in Ansätzen gestellt und unvollständig beantwortet worden. So hatte allein Henzler bisher auf einige Unterschiede aufmerksam gemacht, die eine Übertragung z.B. des genossenschaftlichen För-

derungsauftrages von der Einzelgenossenschaft auf den Spartenverbund mit sich bringt.¹ Aber sind die möglichen Folgen und die notwendigen Grenzen von solchen Aussagen wie - "Im planmäßig aufgebauten Verbund vollzieht sich eine sukzessive Abgabe von Autonomie an die Spitze und die Ausbildung eines Förderungsprinzips für das Ganze."² - schon eingehend genug erörtert und zu Ende gedacht worden? Zweifelsohne muß eine Neubestimmung z.B. des genossenschaftlichen Mitgliedschaftsverhältnisses, der genossenschaftlichen Willensbildung, der Finanzierungsformen und -wege sowie der Funktional- und Rechtsverhältnisse auf der Grundlage einer Genossenschaftsverbundtheorie zu anderen Ergebnissen führen, als vom Standpunkt einer einzelgenossenschaftlichen orientierten Theorie aus, ist doch schon allein der inner-genossenschaftliche und der inner betriebliche Aktionsbereich jeweils ein ganz anderer. Diese Überlegung wirft auch ein neues Licht auf die Beurteilung und Lösung aktueller genossenschaftswirtschaftlicher Rationalisierungs- und Wettbewerbsprobleme.

Die Genossenschaftsverbundtheorie hat die darin enthaltene Forschungsarbeit bis heute noch nicht geleistet.

- d) Wie schon im Gefolge der wissenschaftlichen Auseinandersetzungen um die Organ- und Unternehmungstheorie, so sind auch jetzt wieder übergreifende Theorieansätze zu registrieren, die ohne ausdrückliche Distanzierung von überkommenen Lehren und Ansätzen, diese einfach in einen anderen, höheren Erklärungszusammenhang einordnen und zugleich in Form von Untertheorietypen mehr oder minder nebeneinander in Geltung erhalten wollen. Einen solchen Versuch hat in neuerer Zeit Dülfer gemacht, indem er den "kooperativen Betriebsverbund" als "ky-

1 Vgl. S.45 dieser Arbeit; ferner Henzler, Reinhold, Genossenschaftsplanung und Genossenschaftsprinzipien, a.a.O., S.144/145; ders., Genossenschaften im Konflikt mit der eigenen Tradition, in: Archiv f. öff. u. fr.gem. Unternehmen Bd.8 (1967/68), S.331.

2 Henzler, Reinhold, Genossenschaftsplanung und Genossenschaftsprinzipien, a.a.O., S.145.

bernetisches System" erklärt und in diesem Gesamtrahmen drei Entwicklungstypen behandelt, die im Nacheinander die Organtheorie, die Unternehmungstheorie und die Verbundtheorie abdecken. Wegen der Originalität und (technischen) Aktualität dieses Versuches werden wir uns mit dieser übergreifenden Theoriekonzeption, besonders auch hinsichtlich seiner kybernetischen Aussagen und Konsequenzen, eingehender befassen.

4. Der kooperative (Wirtschafts- bzw. Betriebs-)Verbund als kybernetisches System bei Dülfer

a. Die Ansatzpunkte der Dülferschen Genossenschaftstheorie

Auf einer Vortragsveranstaltung im Jahre 1965 hat Dülfer mit einem neuen Denkansatz, den er als "kybernetische Betrachtungsweise"¹ bezeichnet, einen weiteren Versuch gemacht, den offenbar als ungenügend erachteten Erkenntnisstand der Genossenschaftstheorie zu heben. Dieses neue Vorgehen hat seinen Namen nicht etwa nur deshalb, weil in die Genossenschaftsorganisation Datenverarbeitungsautomaten eingebaut sind und deren Bedeutung gekennzeichnet wird. Dülfers »Idee« ist es vielmehr, das gesamte Genossenschaftswesen (bzw. die gesamte Genossenschaftsorganisation, was für ihn identisch ist!) selber als kybernetisches System zu interpretieren und die gesamte Genossenschaftstheorie demzufolge in die Denk- und Sprechweise der Kybernetik zu gießen. Kybernetik wird als "Theorie des Zusammenhangs möglicher dynamischer selbstregulierender Systeme mit ihren Teilsystemen"² definiert. Die in Betracht gezogenen Systeme und Teilsysteme werden als nach außen hin offen und als

1 Dülfer, Eberhard, Strukturprobleme der Genossenschaft in der Gegenwart, a.a.O., S.27.

2 Dülfer, Eberhard, Organisation und Management im kooperativen Betriebsverbund, vervielfältigtes Manuskript eines gleichlautenden Vortrages auf der VI. Internationalen Genossenschaftswissenschaftlichen Tagung in Gießen 1969, S.9; ders., Strukturprobleme der Genossenschaft in der Gegenwart, a.a.O., S.11.

auf Störeinflüsse flexibel reagierend gedacht. Die erforderlichen automatischen (d.i. selbstregulierenden) Anpassungsreaktionen werden durch eingebaute "Steuerungs- und Regelungsmechanismen" bewirkt.

Derartige Versuche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenhänge unter Berufung auf neueste Erkenntnisse der Informationswissenschaft und Biologie als Steuerungssysteme zu begreifen, sind derzeit in geisteswissenschaftlichen Disziplinen sehr modern.¹ Die Argumente sind oft erdrückend, vor allem wenn an die großartigen Erfolge der modernen elektronischen Datenverarbeitungsanlagen appelliert wird. Ohne Zweifel setzen gerade diese Maschinen auch den nichttechnischen Wissenschaften neue Erkenntnismöglichkeiten, die zu erforschen Gebot und Leistung ist. Dennoch bedürfen das angewandte Vorgehen und die erzielten Ergebnisse einer kritischen Prüfung.

Nach Auffassung Dölfers besteht die Aufgabe der Genossenschaftswissenschaft darin, "die Genossenschaft als Wirtschaftstyp eindeutig zu definieren (und) den Zusammenhang zwischen Idealtyp und Erscheinungsform zu interpretieren."² Der dafür erforderliche Genossenschaftsbegriff kann - so Dölfer - aus erkenntnistheoretischen Gründen keine, "alle 'wesentlichen' Elemente einschließende (Wesens-)Definition"³, sondern lediglich ein "Abgrenzungsbegriff"³ des Erfahrungsobjektes "unter einem beschränkten, durch das Erkenntnisziel festgelegten Aspekt"⁴ sein. Dessen ungeachtet bezeichnet Dölfer seine eigene Genossenschaftsdefinition als "umfassenden Allgemeinbegriff"⁵, der "in a l l e n Fällen, in

1 Vgl. z.B. Herder-Dorneich, Philipp, Soziale Kybernetik, Köln 1965; ders., Zur Theorie der sozialen Steuerung, Köln 1965.

2 Dölfer, Eberhard, Strukturprobleme der Genossenschaft in der Gegenwart, a.a.O., S.7.

3 Dölfer, Eberhard, Organisation und Management im kooperativen Betriebsverbund, a.a.O., S.2.

4 Dölfer, Eberhard, Organisation und Management im kooperativen Betriebsverbund, a.a.O., S.1.

5 Dölfer, Eberhard, Strukturprobleme der Genossenschaft in der Gegenwart, a.a.O., S.8.

denen von 'Genossenschaft' gesprochen wird"¹, Geltung beansprucht und als geeignet angesehen wird, "die als 'Genossenschaft' bezeichneten Gebilde e i n d e u t i g von anderen sozialen Gruppen oder von anderen Arten von Hilfsbetrieben oder Gemeinschaftsbetrieben, also von anderen sozio-ökonomischen Erscheinungen (zu) trennen."¹

Dülfers neue Genossenschaftstheorie beruht auf zwei zentralen Thesen:

- a) Interpretation der realen organisatorischen Erscheinungsformen als kybernetische Systeme und
- b) Ausklammerung aller Ziel i n n a l t e aus der Analyse.

Zwar wird zugestanden, daß im Genossenschaftswesen eine Vielfalt von Zielsetzungen "ideologischer, religiöser, sozialpädagogischer, gesellschaftspolitischer und anderer"² Art, Ziele von "gesellschaftlich oder ethisch hohem Wert"² eine Rolle spielten und spielen. "Wollten wir diese Zielinhalte aber in den Begriff der Genossenschaft als konstitutives Merkmal einbeziehen, so erhielten wir ebenso viele Genossenschaftsbegriffe, wie es Ziele gibt. Deshalb müssen wir nüchtern erkennen, daß die Genossenschaft als solche ein O r g a n i s a t i o n s m i t t e l zur Zielverfolgung ist."² Dülfer vertritt also die These, "daß 'Genossenschaft' zunächst lediglich einen Organisationstyp bezeichnet und daß in der Besonderheit des ihr eigenen organisatorischen Steuerungssystems die Berechtigung liegt, sie als einen einzelwirtschaftlichen Typus anzusehen."³ An anderer Stelle bei Dülfer erweist sich diese genossenschaftliche Besonderheit freilich nicht als originär, sondern lediglich als graduell. Es wird nämlich erklärt, daß im Hinblick auf die rein f o r m a l e Funktions-, Informations- und Entscheidungsstruktur "sich der kooperative Betriebsverbund

1 Dülfer, Eberhard, Organisation und Management im kooperativen Betriebsverbund, a.a.O., S.2.

2 Dülfer, Eberhard, Strukturprobleme der Genossenschaft in der Gegenwart, a.a.O., S.8.

3 Dülfer, Eberhard, Strukturprobleme der Genossenschaft in der Gegenwart, a.a.O., S.8.

grundsätzlich in keiner Weise vom Einzelbetrieb (unterscheidet), nur werden in ihm die Lokalisierung der Entscheidungsprobleme, die Identifizierung der Zielkriterien und der Aufbau des erforderlichen Informationssystems durch die besondere Komplexität und die oft mangelnde Geschlossenheit des organisatorischen Gesamtsystems erschwert."¹

Dülfers "umfassender Allgemeinbegriff" Genossenschaft enthält vier Grundmerkmale:

- (1) den Zusammenschluß der Mitgliederwirtschaften (die Genossenschaftsgruppe),
- (2) dessen Zweck (die Selbsthilfe),
- (3) das Mittel zum Zweck (der Genossenschaftsbetrieb),
- (4) die Aufgabe des Genossenschaftsbetriebs (Förderung der Mitgliederwirtschaften).

Auf die Gesamtformulierung² dieser Merkmale kann hier verzichtet werden. Nur auf Einzelaussagen derselben werden wir an späterer Stelle eingehender Bezug zu nehmen haben. In komprimierter Fassung ist Dülfers Genossenschaft "ein Zusammenschluß von Individuen, die gleiche Interessen gemeinsam verfolgen und sich dabei der Leistungen eines gesondert errichteten Betriebes bedienen wollen."³ Aufgrund der erklärten Ausgangsposition dürften in dieser Genossenschaftsdefinition Ziel i n h a l t e nicht enthalten sein.

Der Dülfersche Ausgangspunkt läßt für die eigentliche kybernetische Analyse nur eine formale (d.h. auf äußerlich-instrumentale, sinneutrale Merkmale bezogene) Genossenschaftsorganisationstheorie zu. Aber auch diese muß für eine Theorie der genossenschaftlichen Gesamtorganisation von erheblichem Interesse sein. Es sei deshalb, aber auch aufgrund des neuartigen und noch weniger bekannten Vorgehens in der Genossenschaftswissenschaft gestattet, die

1 Dülfer, Eberhard, Organisation und Management im kooperativen Betriebsverbund, a.a.O., S.8.

2 Vgl. Dülfer, Eberhard, Strukturprobleme der Genossenschaft in der Gegenwart, a.a.O., S.8/9.

3 Dülfer, Eberhard, Organisation und Management im kooperativen Betriebsverbund, a.a.O., S.2.

kybernetischen Aussagen Dölfers zunächst einmal etwas ausführlicher zu referieren.¹

Wie kennzeichnet Dölfer die V e r b i n d u n g der beiden Komplexe »Genossenschaftsgruppe« und »Genossenschaftsbetrieb«², in der er die Besonderheit der Genossenschaft als Wirtschaftsgebilde sieht, und durch die sich der Genossenschaftsbetrieb typologisch von allen anderen Betriebstypen unterscheidet? (S.10)

Die Eigenart der Verbindung der beiden genannten Komplexe "bedingt die Leistungsbezogenheit des Genossenschaftsbetriebs". (S.10) Was bedeutet das? "Die Determination der Leistungserstellung im Genossenschaftsbetrieb durch die Mitgliederwirtschaften betrifft ... die L e i s t u n g s a r t ; ggf. aber auch die L e i s t u n g s m e n g e . Darin liegt die Leistungsbezogenheit des Genossenschaftsbetriebes." (S.10), wobei als weitere Besonderheit dieser Leistungsbezogenheit zu beachten ist, daß sie in Hinblick auf die Mitgliederbetriebe nicht nur e i n e n Betrieb, sondern mehrere Betriebe betrifft.³

Diese funktionale Leistungsverbindung wird nun weiter ausgefüllt, denn "sie verlangt bestimmte betriebliche Verhaltensweisen" (S.11), insbesondere müssen "betriebspolitische Entscheidungen unter Berücksichtigung a l l e r effektiven Störeinflüsse getroffen werden." (S.11) Damit ist in die funktionale Struktur ein entscheidungsgeladenes, handelndes Agens eingebaut.

1 Die folgenden Ausführungen sind sinngemäß, oft auch in gleichlautenden Formulierungen der Veröffentlichung Dölfers, Strukturprobleme der Genossenschaft in der Gegenwart, a.a.O., entnommen, ohne daß sie immer ausführlich zitiert werden. Bei besonders wichtigen Passagen werden Seitenzahlen innerhalb des Textes angegeben.

2 Zum Verhältnis Genossenschaftsgruppe und Genossenschaftsbetrieb bei Dölfer und generell vgl. S.245 u.473 f. dieser Arbeit.

3 Diese ökonomisch-funktionale Verknüpfung zwischen den Mitgliederbetrieben und dem Genossenschaftsbetrieb wird von Dölfer in Analogie zu anderen genossenschaftlichen Funktionaltheorien gesehen. Sie ist aber, wie unsere Feststellungen im zweiten und dritten Kapitel doch wohl ergeben haben, weder ausreichend zur genügenden Kennzeichnung des Genossenschaftswesens überhaupt noch der Organisationstatbestände im engeren Sinn.

Der jetzt in den Elementen vorgegebene, vor der gedanklichen Entfaltung stehende Organisationskomplex, zusammengesetzt "aus einer Vielzahl funktional verbundener Individuen oder Individuen und Maschinen", wird als kybernetisches System (auch: Regelungssystem oder Regelkreis) aufgefaßt (S.11/12).

Damit präzisiert sich unser weiteres Interesse an der kybernetischen Betrachtungsweise, die wir als modelltheoretisch-formal einordnen¹, vor allem auch auf den einen Aspekt: Welche Rolle kommt den »Individuen« in diesem System zu? Ist deren Kennzeichnung durch Dülfer vereinbar mit der Wirklichkeit der im Genossenschaftswesen handelnden Menschen? Wird sie den im Genossenschaftswesen zusammengefaßten und tätigen Mitgliedern (Bauern, Händlern, Hausfrauen usw.), Geschäftsführern, Vorständen, Verbandspräsidenten, Angestellten - mit ihren Zielen, Hoffnungen, Wünschen, ihrem konkreten Handeln - gerecht? Dieser Fragestellung werden wir im Zusammenhang unserer Darstellung der o r g a n i s a t o r i s c h e n Aussagen Dülfers aus bestimmten Gründen Beachtung geben.

b. Die organisatorischen und personalen Aspekte in Dülfers kybernetischer Genossenschaftstheorie

Dülfer differenziert die realen genossenschaftsorganisatorischen Erscheinungsformen in drei deutlich voneinander abgegrenzte Entwicklungstypen.

Der Entwicklungstyp I, die T r a d i t i o n e l l e G e n o s s e n s c h a f t , wird als einheitlicher Verbundkomplex, bestehend aus Mitgliederbetrieben und Genossenschaftsbetrieb, gekennzeichnet. Marktbeziehungen bestehen innerhalb dieses "Wirtschaftsgebildes höherer Ordnung" nicht. Der Typ der traditionellen Genossenschaft gliedert sich in zwei Unterformen: die "Primitivform" und die "entwickelte Form mit Organbetrieb".

¹ Vgl. S.356 ff. dieser Arbeit.

In der Primitivform ist die Genossenschaftsgruppe "Steuerungsorgan". "Sie ist so organisiert, daß der Wille einstimmig gebildet wird und sämtliche Mitglieder an der Ausführung beteiligt sind". Es werden Sammelbestellungen durchgeführt. Das von der Gruppe bestellte "Exekutivorgan" hat die Funktion eines "einfachen Wandlers": "Es transformiert die empfangenen Informationen in eine Gesamtinformation, die als Auftrag an den Lieferanten geht." (S.13) Leistungsart und Leistungsmenge sind für dieses Organ absolut determiniert. "Es liegt die einfachste Form einer Steuerungskette mit einem Zwischenglied vor." (S.13) Die durch Gesetz vorgesehene Kontrolle des Exekutivorgans durch die Gruppe oder den Aufsichtsrat "dient nur dazu, sicherzustellen, daß das Organ nicht aus menschlicher Unzulänglichkeit seine Wandlerfunktion verfehlt."

Vor allem aus Gründen der Lagerhaltung und zunehmender Wahrnehmung von Großhandelsfunktionen entwickelt sich, nach Dülfers Auffassung, aus der Primitivform die Traditionelle Genossenschaft mit Organbetrieb. Deren Exekutivorgan gewinnt den Charakter eines Leistungsorgans: "Es bildet sich innerhalb des Genossenschaftsbetriebs eine Steuerung durch Anweisungen, die an die objektbezogene Arbeitsleistung gerichtet sind und deren Vollzug sich in gespeicherten Daten (Rechnungswesen) niederschlägt." (S.16) "Infolge einer gewissen Eigenständigkeit in der Leistungserstellung unterliegt der Genossenschaftsbetrieb Störeinflüssen." Diese werden eliminiert, indem die Betriebsleitung die Funktion eines "Reglers" übernimmt und als solcher - nach Feststellung von Abweichungen der Leistungsabgaben der Genossenschaft von den Aufträgen der Mitglieder - berichtigende Dispositionen trifft. "Da aus den gleichen Gründen auch das Abrechnungswesen komplizierter geworden ist, können sich die Aufträge der Mitglieder nur auf Art und Menge der Leistungsabgaben, nicht auf den Preis beziehen. Weil aber für die Förderungswirkung die Preisstellung von erheblicher Bedeutung ist, bedarf es einer weiteren allgemeinen Zielgröße für den Regler, die ihn veranlaßt, die Förderungsleistung zu minimalen Kosten zu erstellen. Das Wirtschaftlichkeitsprinzip ist in diesem Fall ¹ Inhalt des Förderungsauftrages, der darüber hinaus die

1 Im Originaltext nicht gesperrt.

Anweisung enthält, nur von den Mitgliederbetrieben Aufträge anzunehmen." (S.16)

Der Entwicklungstyp II wird von Dülfer als Marktgenossenschaft bezeichnet, - nicht mehr wie in früheren Veröffentlichungen als Genossenschaftsunternehmung¹. Sie entwickelt sich aus der Traditionellen Genossenschaft unter dem Druck des Wettbewerbs in der Marktwirtschaft und ist durch zunehmende Vervollständigung des Genossenschaftsbetriebs gekennzeichnet. "Die Leistung des Genossenschaftsbetriebs (ist) nun nicht mehr ausschließlich durch die Aufträge der Mitgliederbetriebe determiniert." Außer den Störeinflüssen im traditionellen Genossenschaftsbetrieb machen sich zunehmend "Störeinflüsse des Wettbewerbs" geltend. Deshalb erfordert das Steuersystem ein zusätzliches Steuerzentrum in Gestalt der Unternehmungsleitung. Bei ihr handelt es sich um einen "Regler höherer Ordnung", dessen Aufgabe darin besteht, "die Vielfalt der Störgrößen durch vielfältige Anpassungsmaßnahmen zu kompensieren". (S.18) Dazu benötigt er "einen Speicher zur Datenspeicherung und die Fähigkeit, aus gespeicherten Daten neue Verhaltensweisen und Teilziele zu entwickeln, die die Grundlage für die geschäftspolitische Steuerung des Leistungsprozesses abgeben".

Zwischen Genossenschaftsbetrieb und Mitgliederbetrieben ist eine Lockerung des Verbundes in marktähnliche Beziehungen zu beobachten. "Hier würde nun die Grenze der typischen Erscheinung erreicht und eine Transformation in einen anderen Betriebstyp nicht ausgeschlossen sein, wenn nicht durch den Steuerungseinfluß der Gruppe insgesamt auf die Unternehmungsleitung des Genossenschaftsbetriebes der Verbund zusammengehalten würde."

Mit der Marktgenossenschaft sind die genossenschaftstypischen Organisationsformen nach Dülfer noch nicht erschöpft. "Inzwischen ist die Entwicklung noch weiter gegangen", gemeint ist damit die allgemeine Marktentwicklung. Sie wird gekennzeichnet vor allem

1 Vgl. S.256 dieser Arbeit.

durch Gruppenwettbewerb und Marketing. Die eigentliche Ursache für diese Entwicklung wird aber in dem Wandel der Menschen vom "innen-geleiteten" zum "außengeleiteten" Menschentyp gesehen: Nun wissen die Mitglieder der Genossenschaft und die Konsumenten, die Menschen überhaupt, nicht mehr was s i e s e l b s t wollen. Sie hören, sehen und lesen nur noch was m a n will, was m a n trägt und fährt, was m a n tut. Die Menschen sind außengeleitet durch Informationen.

Jetzt braucht das Genossenschaftsmitglied eine "intime Betreuung" in Form von Informationen, Anweisungen usw. durch die Genossenschaftsleitung. Der Grundauftrag der Marktgenossenschaft "muß durch einen Informationsauftrag seitens der Mitgliederbetriebe ergänzt werden". In Anlehnung an den Entwicklungstyp I entsteht wieder ein intensiver Verbundkomplex. Dieser Entwicklungstyp III wird von Dülfer I n t e g r i e r t e G e n o s s e n s c h a f t genannt. Sie wird koordiniert durch die Genossenschaftsleitung, als einem "Regler höherer Ordnung, und zwar bezogen auf den ganzen Verbundkomplex." (S.24) Die Steuerrichtung hat sich gegenüber Typ I umgekehrt. Doch auch die Unternehmungsleitung ist ihrerseits wieder außengeleitet (!): "Um aber zu wissen, was beim Konsumenten 'ankommt', welche allgemeine Informationen dieser bereits gespeichert hat, muß sie direkte Informationen am Absatzmarkt suchen. Sie benötigt zusätzliche Informationswege und muß durch Kombination von Informationen neue Ziele für die Zukunft entwickeln, als Interpretation des allgemeinen Förderungsauftrags". (S.24) Diese Aufgaben übersteigen die Kräfte der Einzelgenossenschaft. N u n - m e h r werden von Dülfer mit einem Male die Sekundär-genossenschaften, Prüfungsverbände und sonstigen Zentralinstitutionen ins Spiel gebracht.¹ Die Existenz dieser genannten Institutionen bedeutet aus kybernetischer Sicht, "daß in der Gesamtorganisation Regler entstehen und Regelkreise mit entsprechenden Informationswegen eingerichtet werden, die 'von oben' in den Genossenschaftsbetrieb hineinwirken. Das Steuerungs- und Regelungs-System beschränkt sich

1 Daß die Geschichte und Bedeutung dieser Organisationen viel weiter zurückreichen, wird nicht weiter beachtet und erklärt!

nicht mehr auf die einzelne Genossenschaft, sondern umfaßt eine organisierte Gruppe von Genossenschaftsbetrieben und deren Mitgliederbetrieben, ja im beschriebenen Sinn auch unter Einschluß von deren Kunden." (S.24)

c. Kritische Würdigung der kybernetischen Genossenschaftssystemtheorie

Nach Darstellung der wichtigsten Aussagen des Dülferschen Theorieentwurfs sind wir zu einer sachbezogenen, kritischen Würdigung des methodischen Ansatzes¹ und der Ergebnisse in der Lage. Dennoch wird damit nicht der Anspruch einer umfassenden Würdigung des Dülferschen genossenschaftstheoretischen Werkes verbunden. Vielmehr steht nur der neuere, kybernetische Denkansatz in Betracht.

Die erste Frage ist, ob Dülfer seine durch die Ausklammerung aller Sinnatbestände (Zielinhalte) selbst gesetzte Erklärungsgrenze konsequent beachten konnte. Hier zeigt eine genaue Untersuchung der einzelnen Merkmale seines Genossenschaftsbegriffes, daß in jedem Fall die »wirtschaftliche Zielsetzung«, wie sie auch die Vertreter der »rein ökonomischen Theorie« ausschließlich annehmen², in der Definition enthalten ist. So ist das Merkmal 2 formuliert: "Zweck des Zusammenschlusses ist die dauernde Verfolgung der aus gemeinsamen Interessen resultierenden Ziele durch Befriedigung gemeinsamer wirtschaftlicher Bedürfnisse."³ Und im Rahmen von Merkmal 4 wird gesagt: "Das übergeordnete unternehmerische Ziel des Genossenschaftsbetriebes kann" - als Grundauftrag - "in der 'Förderung der Mitgliederwirtschaften durch Zuführung geeigneter Leistungen' gesehen werden."³ Kann

1 Zur begrenzten Bedeutung modelltheoretischen Vorgehens in der Genossenschaftswissenschaft vgl. auch S.351 ff., insbesondere S.356 ff. dieser Arbeit.

2 Vgl. S.345 ff. u. 354 f. dieser Arbeit.

3 Dülfer, Eberhard, Strukturprobleme der Genossenschaft in der Gegenwart, a.a.O., S.9. - (Im Originaltext ohne Sperrung.)

schon insoweit vermutet werden, daß damit die wirtschaftliche Zielsetzung in reiner Form gemeint ist, so erklärt Dülfer darüber hinaus an späterer Stelle noch deutlicher, "daß der Förderungsauftrag i m m e r das ökonomische Prinzip in einem leistungsbezogenen Sinn darstellt."¹ Und weiter: "Wenn die Mitgliederbetriebe Erwerbswirtschaften sind, ... wäre theoretisch die Förderungsleistung mengenmäßig durch die Gewinn-Maxima der Mitgliederbetriebe determiniert. Praktisch wird das wegen der Unmöglichkeit ausreichender Datenbeschaffung auf das Ziel der Umsatzmaximierung bei 'befriedigendem' Gewinn der Mitgliederbetriebe hinauslaufen."¹

N a c h d e m Dülfer die drei genossenschaftlichen Organisationsstypen als kybernetische Systeme zu deuten versucht hat, und bei ihm die Beurteilung aktueller genossenschaftlicher Probleme (Fialisierung, Selektion, Gemeinschaftsläden) ansteht, braucht er Zielinhalte als Maßstab notwendig. Seine dabei gefällten Urteile betreffen aber nun nicht allein die formale Zieladäquanz in Hinsicht auf die gemeinsamen Interessen des Mitgliederzusammenschlusses. Diese muß ja so lange und in dem Ausmaß einfach als gegeben angenommen werden, wie die beteiligten Wirtschaftsgebilde und -subjekte nur f r e i w i l l i g sich an dem kooperativen Verbund beteiligen. Eine ganz andere Frage ist, ob bestimmte Leistungsprozesse nach dem Maßstab des »ökonomischen (Rational-)Prinzips« o p t i m a l bewirkt werden.²

Dülfer geht es aber ganz offensichtlich nicht nur um formale Zieladäquanz ("optimale Zielverfolgung"³), es geht ihm auch um G e n o s s e n s c h a f t s adäquanz (Entartungsfrage!), obwohl er doch in seinem Ansatz 'Genossenschaft' als Organisations m i t t e l zur b e l i e b i g e n , wenn nur g e m e i n s a -

1 Dülfer, Eberhard, Strukturprobleme der Genossenschaft in der Gegenwart, a.a.O., S.30.

2 Vgl. dazu Dülfer, Eberhard, Zielsysteme, Entscheidungsprozeß und Organisationsstruktur im kooperativen Betriebsverbund, a.a.O., S.170/171; ferner S.345 ff. dieser Arbeit.

3 Dülfer, Eberhard, Zielsysteme, Entscheidungsprozeß und Organisationsstruktur im kooperativen Betriebsverbund, a.a.O., S.171.

m e n Interessenverfolgung gesetzt hat. Und hier erweist sich nun e i n m a l die Systemnotwendigkeit des in den Genossenschaftsbegriff aufgenommenen ökonomischen Prinzips. Z u m a n d e r e n deutet Dülfer an den verschiedensten Stellen zusätzlich an, daß seinem Genossenschaftsbegriff offenbar auch noch andere, außerwirtschaftliche Zielsetzungen immanent sind. So ist mit einem Mal vom "Prinzip der gegenseitigen Hilfeleistung in der Gruppe", von "nötigen Hilfeleistungen der Genossenschaftsleitung" an entwicklungswillige Mitglieder zur Erreichung der betriebswirtschaftlichen Mindestgrenzen, von einer "Verpflichtung des Genossenschaftsbetriebs zur Ausbildung der Mitglieder", vom "Willen einer Mehrheit der Mitglieder" die Rede, und es wird erklärt, der Förderungsauftrag der Mitglieder enthalte auch die Anweisung, "die rechtliche und soziale Selbständigkeit der Mitglieder nicht anzutasten."¹

So dürfen wir feststellen, daß Dülfers Vorhaben, in den Begriff der Genossenschaft keine Zielinhalte als konstitutive Merkmale aufzunehmen, von ihm nicht konsequent durchgeführt und durchgehalten worden ist. Aufgrund des stets gegebenen weitreichenden und organischen Zusammenhangs von Organisationszielen und -gestaltung² kann eine nur auf deren äußerlich-formale Elemente reduzierte Organisationstheorie nur sehr begrenzten Erkenntniswert haben. Insbesondere kann »Verständnis« für jede Organisation nur von deren spezifischen Zielsetzungen her gewonnen werden.

Dieses i m m a n e n t e Sachurteil zur Dülferschen Genossenschaftstheorie ist in verschiedener Hinsicht zu ergänzen und zu präzisieren. Dabei wäre insbesondere auch auf die p o s i t i v e n Möglichkeiten der kybernetischen Betrachtungsweise hinzuweisen. Diese ergeben sich aus dem ausdrücklich geforderten Einbau von Datenverarbeitungsanlagen in die Genossenschaftsverbundor-

1 Vgl. Dülfer, Eberhard, Strukturprobleme der Genossenschaft in der Gegenwart, a.a.O., S.31, 32, 33.

2 Vgl. S.20 f. und S.459 ff. dieser Arbeit.

ganisation sowie aus der konsequenten Transformation bestimmter genossenschaftstheoretischer Erkenntnisse in die für die Sprech- und Denkweise dieser t e c h n i s c h e n Anlagen notwendige Begriffssymbolik. In dieser unserer erkenntniskritischen Studie geht es uns nun aber weniger darum, d i e s e M ö g l i c h - k e i t e n zu würdigen als vielmehr darum, die sachnotwendigen Erkenntnisgrenzen aufzuzeigen und so vielleicht ungerechtfertigten Hoffnungen vorzubeugen.

Dülfer hat im Sinne einer Verfahrensanalyse festzustellen versucht, wie i n e i n e m s c h o n b e s t e h e n d e n genossenschaftlichen Organisationssystem der wirtschaftliche Leistungsv o l l z u g (Wirtschaftsprozess) gesteuert wird, wobei zur Erklärung vor allem äußerlich-formale Kennzeichnungskriterien herangezogen werden - insbesondere der genossenschaftsorganisatorische O r t , die R i c h t u n g und der I n t e n s i t ä t s - und K o m p l e x i t ä t s g r a d der betrieblichen Leistungsvollzugssteuerung. Diese Tatbestände werden in dem vorwiegend analysierten primär-genossenschaftlichen Verbundkomplex so abgebildet, wie wir es auch in unserer Tatbestandsaufnahme feststellen konnten. Insbesondere ist Dülfer in hohem Maße zuzustimmen, wenn er die Besonderheit der Genossenschaft als Wirtschaftsgebilde in der funktionalen und leitungsmäßigen Verbindung der beiden Komplexe, Gesamtheit der Mitgliederbetriebe bzw. -haushalte einerseits und Genossenschaftsbetrieb andererseits, sieht, wobei der Gesamtkomplex eine besondere Art von Betriebsverbund darstellt.¹ Mit der inhaltlichen Deduzierung d i e s e s Ansatzes a l - l e i n kann aber die Eigenart des Genossenschaftswesens nicht zureichend erfaßt werden, - auch nicht dessen ausschließlich organisatorische Tatbestände. Insbesondere steht die mangelnde Einbeziehung der genossenschaftlichen S i n n tatbestände einem »Verstehen« der formalen Organisationstatbestände entgegen, unabhängig von der viel weitergehenden - durchaus berechtigten und noch weit-

¹ Vgl. Dülfer, Eberhard, Strukturprobleme der Genossenschaft in der Gegenwart, a.a.O., S.10.

gehend ungeklärten - Frage, ob nicht von diesen Sinnatbeständen selbst irgendwelche zusätzliche, andere Möglichkeiten und Grenzen g e n o s s e n s c h a f t s organisatorischer Gestaltung ableitbar sind.

Auch diejenigen Tatbestände und Zusammenhänge, die sich aus dem Aufbau (i.S.v. Gründung), der Vielfalt, Vielstufigkeit und der Veränderung von Größe und Zahl der genossenschaftlichen Organisationsgebilde ergeben, sowie die genossenschaftsadäquate Verknüpfung der jeweils gegebenen Gebildestruktur werden nicht oder nicht zureichend erklärt. Gelegentlich wird diese Problematik am Rande angedeutet.¹ Aufbau und Reform der Genossenschaftsstruktur sind aber nicht etwa selbstverständlich und von vornherein determiniert. Ein Hinweis auf Anpassungsprozesse an allgemeine Markt- und Wettbewerbsentwicklungen genügt nicht. Auch die Veränderung der Genossenschaftsstruktur ist Ergebnis gestaltenden, nur von den immanenten Zielsetzungen her voll verstehbaren Handelns der Genossenschafter, und zwar ist sie Ergebnis besonders bedeutsamer, schöpferischer Akte und Leistungen im Genossenschaftswesen.² Diese Leistungen können von den stets im Grunde passiv auf irgendwelche Impulse, Störeinflüsse und Informationen von außen re-agierenden Individuen des Dölferschen Steuerungssystems nicht erwartet werden.

1 Z.B. Dölfer, Eberhard, Strukturprobleme der Genossenschaft in der Gegenwart, a.a.O., S.26: "Darüber hinaus muß die Leitungsspitze in der Integrierten Genossenschaft oder dem integrierten mehrstufigen Genossenschaftsverbund die besondere Fähigkeit haben, das für diesen Typ notwendige Reglersystem überhaupt erst zu organisieren und seine Funktionsfähigkeit ständig zu erhalten."

2 Back, Josef, Genossenschaftsgeist und Unternehmergeist - Müssen sie Gegensätze sein?, in: ZfG Bd.7 (1957), S.158-182, insbes. S.176: "Um in moderner Form ein zeitgemäßes genossenschaftliches Leben in voller Breite zu erschließen, waren schöpferische Leistungen mannigfacher Art erforderlich, auf dem Verbrauchersektor andere als auf dem gewerblichen Sektor, auf dem landwirtschaftlichen Sektor andere als im Handel und Verkehrswesen. An der Entwicklung und Erprobung der verschiedenen modernen genossenschaftlichen Unternehmensformen haben zahlreiche Menschen lange, hart und zäh gearbeitet. ... Ohne diese schöpferische Leistungen der 'Väter' und 'Pioniere' des Genossenschaftswesens hätte die moderne Genossenschaftsbewegung überhaupt nicht entstehen können. Ohne weitere Leistungen ähnlicher Art hätte sie keine neuen Gebiete erschließen und keine höheren Formen finden können. Auch das weitere Schicksal der Genossenschaftsbewegung hängt von solchen Leistungen ab, zu denen nur Genossenschafter eines eigenen Typus befähigt sind."

Eine zureichende Genossenschaftstheorie wird die genossenschaftlich organisierte Wirtschaft nicht, zumindest nicht primär, als kybernetisches System interpretieren.

Zur Kennzeichnung der *t i e f e r e n* Gründe für die sehr begrenzte Brauchbarkeit der kybernetischen Betrachtungsweise - auch wenn sie ausgebaut und vertieft würde - für die angemessene sozialwissenschaftliche Durchdringung und Erfassung der genossenschaftlichen Organisationsphänomene, vermeinen wir auf zwei Fehlansätze dieses Vorgehens besonders hinweisen zu müssen. Der erste betrifft die Kennzeichnung und Stellung des »Individuums« in einem sozio-technischen Organisationssystem, der andere die Anwendung kybernetischer Begriffe und Denkweisen in den Sozialwissenschaften.

Wir hatten bei der Darstellung der organisationstheoretischen Aussagen Dülfers bewußt diejenigen Passagen, die Stellung und Funktion des Menschen betreffen, mit in den Vordergrund gerückt. Aus den hierbei gebrauchten Formulierungen und den genannten Tätigkeiten der an den verschiedenen Stellen des Systems als »Wandler« oder »Regler« einzusetzenden »Individuen« kann - ohne dies im einzelnen jetzt noch einmal darlegen zu wollen - unmittelbar geschlossen werden, daß diese im Grunde mit »Informationen verarbeitenden automatischen Maschinen« gleichgesetzt werden. Die von solchen Individuen oder auch von Automaten zu erwartenden »Entscheidungen« sind stets determiniert durch die in jeder Phase von irgendwelchen *a n d e r e n* Menschen *v o r* gedachte (programmierte!) Art und Weise der Kombination von gespeicherten Daten und Informationen. Der Mensch in der Denk- und Sprachweise der Kybernetik ist im Grunde stets passiv, re-agiert nur, ist außengeleitet in der Tat.

Dies kann auch nicht anders sein in einem kybernetischen System. Ein solches ist als Ganzes und auch in seinen Teilen dadurch gekennzeichnet, daß die darin behandelten Probleme in Analogie zu programmgesteuerten Rechenautomaten erfaßt und begriffen werden. Automaten wiederum sind in ihrem Wesen Maschinen oder Maschinensysteme zur Nachahmung und Ersetzung menschlicher Funktionen - ma-

nueller und auch geistiger Art. Nun können zwar in vieler Hinsicht ganz erstaunliche Fortschritte in der Konstruktion und Anwendung von Automaten im Wirtschaftsleben, auch im Verwaltungsbereich, festgestellt werden, und die zukünftige Bedeutung automatischer Mechanismen wird vielleicht nicht zu Unrecht oft mit dem Terminus »zweite industrielle Revolution« umschrieben. Dennoch "wird die Automation niemals die geistig-schöpferische Tätigkeit des Menschen ersetzen können; denn sie wird immer nur dort angewandt werden können, wo Arbeiten repetitiver Art anfallen, wo es sich also um routinemäßige Ausführungen auf der Grundlage mechanischer Denkvorgänge handelt."¹ Gerade der schöpferische Geist, die Freiheit des Willens, die Verantwortlichkeit vor dem eigenen Gewissen und die gesellschaftlichen Bindungen sind aber unabdingbare Merkmale zur Kennzeichnung der Personalität des Menschen.² Deshalb vor allem wird der Mensch als Element eines soziotechnischen Systems in seiner Eigenart als Geistwesen stets nur ungenügend erfaßt werden können oder verkümmern. Im übrigen ist bei allen denkbaren und konstruierbaren Automaten und automatischen Systemen in Erinnerung zu behalten, daß Art und Ablauf ihres Funktionierens mindestens einmal von Menschen schon vor gedacht und programmiert sein müssen. Und die für sozialwissenschaftliche Untersuchungen entscheidende Frage, wer programmiert und nach welchen Prinzipien (Regeln, Gesetzen, Zielsetzungen) dies geschieht, wird in formalen, realtechnischen Systemanalysen meist gar nicht gestellt oder übergangen.

Diese Überlegungen werden auch durch eine nüchterne und kritische Würdigung des technischen Standes der Kybernetik vollauf bestätigt. Die Heuristik als dasjenige Fach der kybernetischen Disziplinen, "das Methoden für die Modellierung der menschlichen Lösungsweise

1 Schachtschabel, Hans Georg, Automation und Genossenschaftswesen, in: Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung (Festschrift für G. Weisser), Berlin 1963, S.406.

2 Vgl. Back, Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens ..., a.a.O., S.38 f.

von Aufgaben ausarbeitet,"¹ unterscheidet mit Blick auf den heutigen Stand der Technik grundsätzlich zwei Klassen menschlicher Aufgaben: eine Klasse von Aufgaben mit bestimmtem Suchgebiet für die Lösung und eine Klasse mit unbestimmtem Suchgebiet. "Zur ersteren gehören Aufgaben, die mit der Planung und Projektierung zusammenhängen; damit werden Maschinen beauftragt. Aufgaben mit unbestimmtem Suchgebiet, bei denen nicht einmal bekannt ist, ob es für sie eine Lösung gibt oder wo eine doch existierende Lösung gesucht werden könnte, können vorläufig noch nicht den Maschinen anvertraut werden."²

Das in Philosophie, Anthropologie und Soziologie ermittelte Menschenbild, das im modernen Genossenschaftswesen als Leitbild (auch) für dessen ökonomische Betätigung so sehr betont wurde, ist von demjenigen Menschentyp, der den Anforderungen der Kybernetik genügen kann und der von vielen soziotechnisch orientierten Natur- und Geisteswissenschaftlern auch als existent behauptet wird³, in

1 Puschkin, Wenjamin, Die heuristische Tätigkeit in einem großen System, in: Ideen des exakten Wissens, Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart, Heft 11, 1968, S.5.

2 Puschkin, Wenjamin, Die heuristische Tätigkeit in einem großen System, a.a.O., S.9.

3 Die verfehlte Gleichsetzung des »Lebens« mit physikalisch-chemischen Prozessen hat insbesondere auch in der Biologie zu einer Verwirrung des Denkens geführt. Vgl. hierzu Flad-Schnorrenberg, Beatrice, Verwirrung im biologischen Denken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 29.1.1969, S.24 (Beilage: Natur und Wissenschaft): "Die biologische Wissenschaft leidet unter einer fortschreitenden und womöglich verhängnisvollen erkenntnistheoretischen Verwirrung, charakterisiert durch ein so großes Chaos im Bereich der Definitionen und der logischen Beziehungen zwischen Begriffen, daß diejenigen, die von ihr betroffen sind, den Erkenntniskontakt zur Wirklichkeit verloren haben. Einer der wesentlichen Gründe für diese Verwirrung ist ein philosophisches Prinzip; es besagt, daß alle Lebenserscheinungen letzten Endes auf die Gesetze der Physik und Chemie zurückzuführen seien ... Der Versuch, Lebenserscheinungen durch die Beseitigung der Grenzen zwischen Unbelebtem und Belebtem zu erklären, führt ebenso wie der Versuch, das Phänomen des Bewußtseins durch die Beseitigung der Grenzen zwischen Seinsformen ohne Bewußtsein und Lebewesen mit Bewußtsein erklären zu wollen, zu begrifflicher Verwirrung und verleitet dazu, zu vergessen, wie wenig wir vom eigentlichen Lebensgeschehen noch wissen. Zu vergessen, wieviel man nicht weiß, bedeutet aber immer Stagnation."

wesentlichen Elementen grundverschieden. Auch aus diesem Grunde muß einer durch formale, kybernetische Betrachtungsweise erarbeiteten Genossenschaftstheorie mit erheblichem Vorbehalt begegnet werden.

Dieser Vorbehalt wird erhöht durch die unangemessene Anwendung kybernetischer Denkweise und Begriffe in sozialwissenschaftlichen und damit auch in genossenschaftswissenschaftlichen Untersuchungen.

Zur vollen Klärung des hier vorgetragenen Argumentes sei verwiesen auf die in der Philosophie, insbesondere von Nicolai Hartmann, entwickelte Lehre von der Schichtung des Seins¹. Danach haben wir - in grober Darstellung - zumindest vier Seinsschichten zu unterscheiden: die Schicht des Unbelebten (Hylosphäre), die Schicht des Belebten (Biosphäre), die Schicht des Seelischen (Psychosphäre) und die Schicht des Geistigen (Noosphäre). Es "muß klar erkannt und ausgesprochen werden, daß jede Seinsschicht autonom ist und nur mit ihren eigenen Kategorien bewältigt werden kann. Zwar wird die Gültigkeit der Gesetze tieferer Seinsschichten in den höheren nicht ausgelöscht. Auf den tieferen Schichten ruhen die höheren auf, und jene spielen in mannigfacher Weise in diese hinein. Das legitimiert die chemischen und physikalischen Untersuchungen im lebendigen Körper als das Sonderfach der Physiologie; das legitimiert ... aus der Physik stammende methodische Ansätze in der Wissenschaft von der gesellschaftlichen Wirtschaft. Aber über das Besondere der betreffenden Gebiete können diese in ihrem Rahmen durchaus gültigen und damit auch sinnvollen Systeme nichts Entscheidendes aussagen."²

1 Zur ersten Orientierung vgl. Hennemann, Gerhard, Das Bild der Welt und des Menschen in ontologischer Sicht, München/Basel 1951. Ferner: Der große Brockhaus, 16. Aufl., Wiesbaden 1954, Bd.5, Stichwort: Hartmann, Nicolai.

2 Reigrotzki, Erich, Die Utopialität als wissenschaftliche Kategorie, in: Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung (Festschrift für G. Weisser), a.a.O., S.106/107. Zur Vertiefung dieser Zusammenhänge in Hinblick auf ihre Anwendung in den Sozialwissenschaften vgl. Weippert, Georg, Sombarts Verstehenslehre, in: Kyklos Vol.XV - 1962 - Fasc.1, S.183-203.

Die Kybernetik ist eine Disziplin der realtechnischen Wissenschaften. Zwar ist auch die Realtechnik des Menschen ein Teilbereich der Kultur und ist insoweit aus dem schöpferischen und gestaltenden Geist des Menschen erklärbar, aber sie ist in ihrer Eigenart Verfahren und Ergebnis der Gestaltung des unbelebten Seins, der Sachwelt.¹ Kybernetische Kategorien sind daher im besonderen und zureichend geeignet für die Beschreibung und Analyse realtechnischer Probleme und Systeme.

Genossenschaftslehre ist eine Disziplin der Sozialwissenschaften, in Sonderheit der Wirtschaftswissenschaften. Die Beschreibung und Analyse gesellschaftlicher Systeme und Probleme erfordert sozialwissenschaftliche Begriffe und eine sozialwissenschaftliche Denkweise, die insbesondere dem Geistwesen des Menschen gerecht zu werden haben und zu einem Verstehen führen.

Unbestritten besteht zwischen Wirtschaft und Realtechnik ein allgemeiner und tiefgehender Zusammenhang, der auch im Genossenschaftswesen zu beachten ist. Dies vor allem auch, wenn die organisatorische Gestaltung des Genossenschaftswesens als Problem ansteht. Doch umfaßt »Organisation« nicht ausschließlich, in vielen Zusammenhängen nicht einmal vorwiegend, realtechnische Gestaltung und Gestaltungsprobleme. Lange Zeit wurde die Organisationstheorie nahezu ausschließlich als soziologisches Problem aufgefaßt.² Wenn auch diese Auffassung als einseitig betrachtet werden darf, so rechtfertigt die Beachtung der realtechnischen **B e d i n - g u n g e n** für die Genossenschaftswirtschaft noch lange nicht, das Genossenschaftswesen überhaupt und die Genossenschaftsorganisation im besonderen als **a u s s c h l i e ß l i c h** realtechnisches Phänomen aufzufassen.

1 Zum Begriff Technik und insbesondere Realtechnik vgl. Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich v., Wirtschaft und Technik, 2. Aufl., Tübingen 1923, S.9; ferner Grochla, Erwin, Automation und Organisation, Wiesbaden 1966, S.14 ff.

2 Vgl. S.14 dieser Untersuchung sowie Grochla, Erwin, Der Einfluß der Automatisierung auf die Unternehmungsorganisation, in: Zfb 36. Jg. (1966), S.271 u. 274.

Der Anwendung kybernetischer Denkweise und Begriffe in der Genossenschaftswissenschaft sind aus sachlichen Gründen deutliche Erkenntnisgrenzen gesetzt. Der Entwurf Dülfers stellt in der Genossenschaftslehre eine überraschende, im Grunde aber nur begrenzten Erfolg versprechende Novität dar. Die Eigenart des Genossenschaftswesens und der genossenschaftlichen Gesamtorganisation kann durch formale, im besonderen durch kybernetische Betrachtungsweise nicht zureichend erfaßt werden.

5. Zusammenfassende Überlegungen zum Entwicklungsprozeß und Entwicklungsstand der Genossenschaftstheorie

Die Genossenschaftstheorie ist in diesem Kapitel unserer Untersuchungen nicht wohlwollend und in jeder Hinsicht abgewogen, sondern unter erkenntniskritischen und zweifelnden Aspekten dargestellt worden. Die damit einhergehende Einseitigkeit und Pointierung muß angesichts des üblichen Allgemeingültigkeitsanspruchs der Wissenschaft erlaubt sein. Unsere Ausführungen stellen also keine abschließende und vollständige Würdigung einzelner Autoren und Theorien dar.

Der gegebene Gesamtüberblick über den Entwicklungsprozeß und den Entwicklungsstand der Genossenschaftstheorie überhaupt und der Verbundtheorie im besonderen gibt bei aller Zurückhaltung jedoch zu einigen uns wichtigen Feststellungen und Fragen Anlaß.

a) Es gab und gibt eine Reihe verschiedener, z.T. äußerst konträrer wissenschaftlicher Theorien zum Genossenschaftswesen. Diese verschiedenen Lehren haben sich uns zwar in der großen Linie weitgehend als zeitlich geordnete Entwicklungsstufen eines objektbedingten und personalen Erkenntnisprozesses geöffnet. Aber diese Entwicklung hat sich keineswegs in so klaren Schritten vollzogen und sie hat bisher keineswegs zu so eindeutigen Ergebnissen geführt, daß man von einem gesicherten und für alle Autoren zutreffenden S t a n d der Genossenschaftstheorie, etwa im Sinne e i n e r herrschenden Lehre, sprechen kann. Die

Standpunkte, Grenzziehungen und Auffassungen sind nach wie vor weit gestreut. Und das Ausmaß, in dem ein stattgefundener Erkenntniswandel rezipiert worden ist und nach außen hin erkennbar wird, ist sehr unterschiedlich. Dazu sind die verschiedenen Genossenschaftstheorietypen von ihren Vertretern zumindest anfänglich keineswegs etwa mit den nötigen beschränkenden Gültigkeitsindizes versehen, vielmehr in der Regel als *d i e* (allgemeine) Genossenschaftstheorie entwickelt worden.

So gibt es heute erstens auch weiterhin nennenswerte Vertreter der Organ- und Unternehmungstheorie und solche, die sich aus einer Weiterentwicklung dieses Ansatzes den Durchbruch zu einer realistischen bzw. positiven Genossenschaftstheorie versprechen.¹ Gleichzeitig wird dem entgegengehalten, daß "es verfehlt (ist), das Wesen der Genossenschaft aus dem primitivsten Urtyp des Zusammenschlusses, dem sogenannten Organbetrieb, ableiten zu wollen, nachdem die Zusammenschlußidee zum Verbund heutiger Prägung geführt hat."²

Noch ist zweitens die genossenschaftliche System- und Verbundtheorie nicht hinsichtlich aller ihrer Konsequenzen, Fragestellungen und Erkenntnisse voll entwickelt. Ansätze dazu sind vielmehr erst punktuell und bei einzelnen Autoren verstreut zu registrieren. Und schon muß auch gegenüber der Verbund- und Systemtheorie die Frage gestellt werden, ob sie geeignet ist, die Eigenart (das Wesen) der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft in jeder Hinsicht zur Geltung zu bringen. Dieser Zweifel ist umso mehr erlaubt, nachdem die anfänglich betonte Distanzierung vom erwerbswirtschaftlichen

1 Vgl. Gedanken zur Genossenschaftstheorie und Genossenschaftspraxis, (Ansprachen und Reden zum 65. Geburtstag und zur Verleihung der Ehrendoktorwürde von G. Draheim), a.a.O., S.21; Dülfer, Eberhard, Zielsysteme, Entscheidungsprozeß und Organisationsstruktur im kooperativen Betriebsverbund, a.a.O., S.170.

2 Leffson, Ulrich, Genossenschaftliche Verbundbildung als Mittel der Effizienzsteigerung der Mitgliederbetriebe, in: Genossenschaften u. Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), a.a.O., S.157.

Konzern- oder Verbundbegriff heute weitgehend als überholt gelten kann, seit die ökonomische Notwendigkeit einer zentralen Verbundführung erkannt ist und verlangt wird.

Und drittens konnten auch durch den neueren übergreifenden Theorieversuch Dölfers, gemessen an einigen seiner selbstgesetzten Grenzen und Anforderungen (systemimmanente Kritik) und an einigen allgemeinen sozialwissenschaftlichen und technischen Maßstäben sowie einzelnen Erfahrungsgegebenheiten der Genossenschaftswirtschaft (systemneutrale Kritik), nicht alle Fragen beantwortet und Zweifel beseitigt werden.

b) Der Vergleich der von uns festgestellten Entwicklung des Erfahrungsgegenstandes Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens mit den diesbezüglichen Aussagen der Genossenschaftstheorie läßt erkennen, wie sehr letztere in der Regel nur zögernd den realen Gegebenheiten mit einem gewissen zeitlichen Rückstand Rechnung getragen hat. Dies gilt für die Konzipierung des Erkenntnisobjektes ebenso wie für ihre Sachaussagen über die Struktur und die Funktionsweise der Einzelgenossenschaft und des Spartenverbundes. Noch aber sind nicht einmal alle realisierten Sachverhalte zureichend erfaßt, erklärt und abgegrenzt.

Die zurückhaltende Rezeption der Erfahrungswirklichkeit hat die mit einem sehr weitreichenden, wenn nicht absoluten Gültigkeitsanspruch vorgetragene überkommene Genossenschaftstheorie, als Ganzes gesehen, in eine gewisse Verteidigungssituation gebracht. Die Rechtfertigung des eigenen Wissenschaftsanspruchs verlangte nicht selten erst einmal von einem theoretisch-prinzipiellen Standpunkt aus, die Frage nach der genossenschaftlichen Zulässigkeit bzw. Entartung einer faktischen oder möglichen Entwicklung.

Diese Gesamtsituation brachte es mit sich, daß, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Genossenschaftstheorie der Genossenschaftspraxis immer weniger ein sachbezogenes Aussage *l e i t* bild zur Formulierung ihrer Gestaltungsziele und zur Lösung ihrer aktuellen

Wettbewerbsprobleme abgeben konnte. Seit die traditionelle genossenschaftliche Idee (Grundstruktur) zunehmend in Zweifel gezogen werden mußte und ersatzlos blieb, ist auch die Wissenschaft in ihren genossenschaftlichen Grundaussagen zurückhaltender geworden. Ihre Urteile und Empfehlungen entspringen immer mehr einem generellen und formalen Rationalitäts- und Anpassungsstandpunkt. Neue, nur dem Genossenschaftswesen eigene Ideen und Möglichkeiten seiner organisatorischen Entwicklung sowie des markt- und betriebswirtschaftlichen Verhaltens der ihm angeschlossenen Personen und Gebilde konnten kaum aufgezeigt werden.

c) In dieser unbefriedigenden und ungenügenden Gesamtsituation der Genossenschaftstheorie kann die materielle Lösung von Einzelproblemen keinen Ausweg bieten. Es gibt heute weder in der Genossenschaftswissenschaft noch in der Genossenschaftswirtschaft so feste und unbestrittene Bezugspunkte, die - Anker gleich - in dieser Situation der Relativität, Vorläufigkeit und Stagnation wirkliche Hoffnung geben könnten. Wir sind der Überzeugung, daß es in einer solchen Lage vernünftig und erforderlich ist, gewissermaßen ganz an den Anfang zurückzukehren und zu einer Neubesinnung anzuregen.

Entspringt die Entwicklung und die Lage, in der die Genossenschaftslehre sich uns darstellt, ihrem Wesen als Wissenschaft? Wie sind insbesondere die Vielfalt, die Differenzierung und der Wandel der theoretischen Auffassungen zu erklären? Haben sie ihren Grund ausschließlich oder vorwiegend in der Sache Genossenschaftswesen selbst (z.B. Vielgestaltigkeit, Uneinheitlichkeit und Entartung des Objektes), oder sind die Ursachen dafür anderer, vielleicht wissenschaftstheoretischer und methodologischer Art? Wie vertragen sich die Unterschiede und der Wandel der genossenschaftstheoretischen Auffassungen mit dem üblichen Allgemeingültigkeitsanspruch theoretischer Wissenschaften? Was hat die Genossenschaftslehre als theoretische Wissenschaft überhaupt zu leisten? Welches sind die relevanten Aspekte und letzten Bezugspunkte für die Formulierung erfahrungswissenschaftlicher Urteile? Was ist überhaupt eine zureichende Genossenschaftstheorie und wie ist es möglich, sie zu leisten?

5. Kapitel

Der wissenschaftliche Erkenntnisprozeß aus philosophischer Sicht

Im Rahmen dieser genossenschaftswissenschaftlichen Untersuchung werden wir unsere wissenschaftstheoretischen Auffassungen nur andeuten können. Wenngleich dies unbefriedigend sein mag, müssen wir es uns versagen, hierzu ausführlicher zu werden. Soviel aber wird deutlich werden: Wir wollen uns ganz bewußt nicht auf ein bestimmtes der bekannten philosophischen Systeme festlegen. Unsere Auffassung ist weder identisch mit dem modernen Empirismus und Positivismus noch mit einem System, das sich radikal auf apriorische Transzendentalaussagen bezieht. Vielmehr »glauben« wir, daß es dem Menschwesen angemessen und vernünftig sei, wenn Wissenschaft einen Mittelweg sucht und geht, der die Ideen des Geistes auch mit den fünf Sinnen in Einklang hält - um damit die beiden Pole erfahrungswissenschaftlicher Erkenntnis gleich bildhaft vorzustellen. Diese notwendige und für alle Erfahrungswissenschaften relevante Bedingung reicht jedoch keineswegs hin, den Wissenschaftsbereich nur auf jene durch die physiologischen Anschauungsformen erfaßbaren Wirklichkeiten zu beschränken. Die Folge davon ist ein **w e i - t e r e r** Erfahrungs- und Wissenschaftsbegriff, als er nach der modernen, analytischen Philosophie zulässig ist. Dies hat gute Gründe. Die gesamte Geschichte der Philosophie, in der alle Wissenschaft eine eigenartige und notwendige Fundierung findet, stellt sich uns dar als ein unablässiges Bemühen, zwischen Empirismus und Metaphysik eine Verknüpfung herbeizuführen.

I. Zur Bedeutung und Wirklichkeit des Denkens

Es erscheint notwendig, zunächst der Frage nachzugehen, wie **g e - n e r e l l** zu einer wissenschaftlichen Erkenntnis über einen problematischen Untersuchungsgegenstand zu gelangen ist.

In allen Wissenschaften ist Erkenntnis (Wahrheit) nur durch Denken zu gewinnen. "Unter dem Worte Denken verstehe ich alles, was in uns vorgeht, sofern wir unmittelbar uns dieser Vorgänge bewußt sind. In diesem Sinne ist nicht bloß Erkennen, Wollen, Einbilden, sondern auch Empfinden dasselbe wie Denken."¹ Diese Formulierung läßt erahnen, daß Denken sich nicht in korrelativen Impulsen von Materie und menschlichen Sinnesorganen erschöpft. Das immaterielle Mehr-Sein des Denkens, - wenn man so will, dessen geistige Dimension - erweist sich deutlich in seiner Fähigkeit zur Reflexion, zur Abstraktion und zur Assoziation².

Denken vollzieht sich im Bereich der Ideenwelt. Das Sein der Ideenwelt darf nicht mit dem gegenständlichen (realisierten bzw. objektivierten) Sein - der Wirklichkeit in engerem Sinne - verwechselt werden. Desgleichen hat man sich des Unterschiedes zu der - von Ortega y Gasset so genannten - "radikalen Wirklichkeit", als jener, "kraft der ich frei aller Deutung und Theorie bin und auf der alle übrigen Wirklichkeiten oder bestehenden Wirklichkeiten aufbauen"³, bewußt zu sein. Letztere gewinnt für uns Gestalt nur insoweit, als wir uns ihrer bewußt sind, als wir uns »einen Begriff von ihr gemacht haben«, als wir darüber nachgedacht haben und zu »Gewißheit« gekommen sind. Zur Wirklichkeit des Menschen gehört auch seine Ideenwelt. Sie gehört zur absoluten Wirklichkeit des Menschen, insoweit sie aus "Glaubensgewißheiten" besteht, mit denen er rechnet.⁴

1 Descartes, René, Abhandlung über die Methode des richtigen Vernunftgebrauchs und der wissenschaftlichen Wahrheitsforschung, 1637. (Stuttgart 1961, Reclam Universal-Bibliothek Nr.3767, S.32).

2 Vgl. Nawroth, Edgar, Mensch und Denkmaschine, in: Moroni, Rolf, Kybernetische Automation morgen, Köln 1969, S.133 ff.

3 Marias, Julián, Ortega y Gasset, José, in: HdSW Bd.8 (1964), S.118.

4 Ortega y Gasset, José, Ideen und Glaubensgewißheiten, in: Signale unserer Zeit, Stuttgart-Zürich-Salzburg o.J., S.307-413. "Ich stelle also fest, daß das, was wir wirkliche oder 'äußere' Welt zu nennen pflegen, nicht die nackte, echte und ursprüngliche Wirklichkeit ist, in die der Mensch sich versetzt sieht, sondern eine Interpretation, die er dieser Wirklichkeit gegeben hat, also eine Idee. Diese Idee hat sich zu einer Glaubensgewißheit ver-

Dieser Ausgangspunkt führt zu einem wesentlich weiteren Wirklichkeitsbegriff als er in einigen neueren geisteswissenschaftlichen Strömungen anerkannt wird. Mit besonderer Schärfe zeigt sich der Unterschied an dem auf einer anderen philosophischen Basis ruhenden Empirismus und Positivismus.

Für diese Richtungen besteht - grob gesagt - die Wirklichkeit nur aus dem für die physiologischen Sinne wahrnehmbaren und allgemeinintersubjektiv überprüfbaren gegenständlichen Sein. Schon überindividuelle faktische Realitäten (z.B. soziale Gebilde) können auf diese Weise nicht mehr erfaßt werden. Jene durch bloße Akte des Denkens kraft Argumentation und innerer Einsicht erlangten Gewissheiten (ideelle Wirklichkeit) werden ohne Differenzierung der Metaphysik, Ideologie oder Phantasie zugeordnet.

II. Die Rolle des faktisch Realen für die Erkenntnis

Ein empirisches Vorgehen in den Geisteswissenschaften im Sinne der subjektivistischen Abbildtheorien, die das Denken auf die Sinnesempfindungen des Menschen, hervorgerufen durch die gegenständliche Wirklichkeit, zurückführen und so von einer grundsätzlichen Trennung von Denken und Sein ausgehen, kann aus verschiedenen Gründen nicht genügen: (1) Die zugrunde liegende Denkvorstellung ist verfehlt. (2) Es wird von einer unzutreffenden und zu engen Wirklichkeitsauffassung ausgegangen. (3) Der konsequente Empirismus führt zu beschreibenden, meist wenig systematischen Aussagen über den vom jeweiligen Forscher aufgrund seines subjektiven Interesses und persönlichen Erfahrungsbereiches gerade untersuchten Gegenstand.¹ Derartige Beschreibungen sind meist schwer in einen

festigt. An eine Idee glauben, heißt aber glauben, daß sie die Wirklichkeit ist, heißt sie nicht mehr als bloße Idee sehen." (S.333) - Vgl. auch Oppen, Dietrich von, Unser Verhältnis zur Wirklichkeit, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd.18 (1967), S.13-19.

- 1 Draheim, Georg, Die morphologische Betrachtung der Genossenschaften im Verhältnis zu anderen Betrachtungsweisen, in: Die Morphologie der einzelwirtschaftlichen Gebilde, Göttingen 1957, S.52:

größeren Betrachtungszusammenhang einzuordnen.

Das von Empiristen angewandte logische Schlußverfahren, um von beobachteten Aussagen zu anderen, nicht beobachteten, zu »allgemeinwissenschaftlichen« Aussagen zu kommen, ist die (unvollständige) Induktion. Der Schluß von einer endlichen Zahl beobachteter Fälle auf alle Fälle ist jedoch niemals zwingend und gilt als philosophisch widerlegt.¹ Dieses in den Geisteswissenschaften auch deshalb ganz unangemessene Verfahren, weil dort Allaussagen in der Regel weder möglich sind noch sinnvollerweise angestrebt werden, kann für unsere Untersuchung nicht in Frage kommen.

Derartige Feststellungen bedeuten keine Geringschätzung und Verachtung der empirischen Forschung und praktischen Erfahrung. Ihre wichtige Aufgabe besteht vielmehr darin,

- Vorbedingungen, Anregungen für das Denken zu schaffen,
- zu prüfen, inwieweit die "inneren Welten" des Denkers der "echten und ursprünglichen Wirklichkeit" angepaßt sind bzw. mit ihr übereinstimmen² (Verifikation).

Im obigen Sinne muß eine genossenschaftswissenschaftliche Untersuchung sich auch empirischer Beobachtungen, Aussagen und Verfahren

"Der große Vorteil des Empirismus besteht ohne Zweifel in der Wirklichkeitsnähe, sein Nachteil in einer gewissen Subjektivität, wenn man will, Willkür des Betrachters. Die Nachteile einer nur empiristischen Betrachtungsweise sind gerade in der Genossenschaftsliteratur deutlich erkennbar. Ein großer Teil der Schriften ist nur beschreibend. Nimmt man einige Dutzend dieser Bücher zur Hand, so ist es kaum möglich, sie in einen größeren Betrachtungszusammenhang zu bringen. Wesentliches steht neben Unwesentlichem, und die Deutungen und Ordnungen, die versucht werden, haben sich nur zu einem kleinen Teil als brauchbar erwiesen.

1 Vgl. Feyerabend, Paul K., Wissenschaftstheorie, in: HdSW Bd.12 (1965). S.331 f. - Ferner: Bocheński, I.M., Die zeitgenössischen Denkmethoden, 3. Aufl., Bern und München 1965, S.118 und Stegmüller, Wolfgang, Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie, Stuttgart 1965, S.400.

2 Vgl. Ortega y Gasset, José, Ideen und Glaubensgewißheiten, a.a.O., S.331 f.

bedienen und dabei im Hinblick auf ihre jeweilige Fragestellung realtypische Erscheinungen und Entwicklungen unserer Erfahrungswelt beschreiben.

III. Wissenschaftliches Denken

Die Art und Weise, auf die eine Erkenntnis über einen Untersuchungsgegenstand möglich ist, möchten wir als **w i s s e n s c h a f t l i c h e s D e n k e n**¹ bezeichnen.

Es gibt verschiedene Formen des Denkens (poetisches Denken, natives Denken usw.). Wissenschaftliches Denken ist gekennzeichnet

- a) durch eine Beziehung zur Wirklichkeit und ihren Problemen, die enger und ernsthafter ist, als bei anderen Denkformen. Es zeichnet sich insbesondere durch **l o g i s c h e** Vollkommenheit und **k r i t i s c h e** Grundhaltung des Denkenden aus.
- b) durch ein **m e t h o d i s c h e s** Vorgehen bei der Erforschung des Erkenntnisobjektes.

IV. Die Grundstruktur geisteswissenschaftlicher Erkenntnismethoden

Die wirtschaftswissenschaftliche Methodenlehre ist zwar heute weiterentwickelt und verfeinert, ihr allgemeiner Stand dennoch höchst unvollkommen. Ausgangspunkt einer Entwicklung überhaupt war der zwischen Schmoller (historische Schule; induktive Methode) und Menger (Grenznutzenschule; deduktive Methode) Ende des 19. Jahrhunderts ausgetragene Methodenstreit. In der heutigen Methodendiskussion² werden jedoch vielfach nur solche Gesichtspunkte zur Geltung gebracht, die gegenüber den beiden damaligen »Lagern« nichts

1 Vgl. Ortega y Gasset, José, Ideen und Glaubensgewißheiten, a.a.O., S.308, 315, 336, 339; Amonn, Alfred, Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie, Wien und Leipzig 1911, S.17 f.

2 Einen Überblick vermittelt der Artikel "Wirtschaftswissenschaft: Methodenlehre", in: HdSW Bd.12 (1965), S.288-328, von Erwin von Beckerath, Norbert Kloten und Helmut Kuhn.

Neues mehr erbringen, sondern »nur« Verfeinerungen, Ausgestaltungen, neue Techniken und Untersuchungsweisen der beiden antinomischen Positionen darstellen. Zwar haben sich in verschiedener Hinsicht die Linien verschoben. Man hat neuere wissenschaftstheoretische Lektionen gelernt. So gibt es nicht mehr nur die Front der »reinen« zur »historisch-empirischen« Theorie; daneben existiert vielmehr noch der »positivistisch-pragmatische« gegenüber dem »geisteswissenschaftlichen« Standpunkt. Auch diese philosophisch und methodologisch unterschiedliche Front ist weitgehend erstarrt.¹

Die Frage ist deshalb, ob es nicht eine den geisteswissenschaftlichen (und somit auch den sozialwissenschaftlichen) Erkenntnisobjekten angemessene Methodik ohne die prinzipiellen Schwächen der bisherigen Fronten gibt. Die neuere Wissenschaftstheorie zeigt hierzu einen Weg, der in seinen Einzelheiten freilich noch nicht geklärt und ausdiskutiert ist. Es handelt sich dabei nicht um ein »Entweder - Oder« der bisherigen Positionen, vielmehr um einen neuartigen Weg, der den gesicherten und bewährten Teilaspekten der bisherigen Auffassungen Rechnung trägt.

Zur Kennzeichnung dieses Weges orientieren wir uns an der **a l l g e m e i n e n M e t h o d o l o g i e** der Wissenschaften. Ihr Erkenntnisobjekt ergibt sich aus der Frage, **w i e** direktes und indirektes Erkennen möglich ist. Andere Möglichkeiten der Wahrheitserforschung gibt es nicht.

Unter den Methoden des **d i r e k t e n** Erkennens "nimmt die **p h ä n o m e n o l o g i s c h e** eine ausgezeichnete Stellung ein. Sie ist eine Methode des geistigen Schauens und Beschreibens des Geschauten. Dabei enthält sie aber viele Vorschriften, die ganz allgemein, für jedes Denken, gelten. Auch handelt es sich bei ihr um eine der neueren Methoden, die heute nicht nur ungefähr von

¹ Vgl. Neuhauser, Gertrud, Grundfragen wirtschaftswissenschaftlicher Methodik, in: Enzyklopädie der geisteswissenschaftlichen Arbeitsmethoden, 8. Lfg.: Methoden der Sozialwissenschaften, München u. Wien 1967, S.95.

der Hälfte der Philosophen gebraucht, sondern auch außerhalb der Philosophie in verschiedenen Geisteswissenschaften angewandt wird, und, wie es scheint, immer größere Anerkennung findet."¹

Als allgemeine Methoden i n d i r e k t e n Erkennens sind zu nennen die S e m i o n t i k (Sprachanalyse) sowie die beiden logischen Schlußverfahren: D e d u k t i o n und R e d u k t i o n . "Ist der Gegenstand des Erkennens nicht unmittelbar gegeben, dann muß er durch einen anderen Gegenstand - also mittelbar - erkannt werden. Da der Gegenstand ein Sachverhalt ist, dieser aber durch einen Satz erfaßt wird, handelt es sich bei jedem mittelbaren Erkennen um ein S c h l i e ß e n von einem Satz auf einen anderen oder um ein A b l e i t e n des zweiten Satzes aus dem ersten."² Bei der Sprachanalyse ist das Gegebene (Bekannte) die Sprache als ein "Gefüge von Zeichen". Gesucht ist das damit bezeichnete "Objekt". Bei den logischen Schlußverfahren sind als zweckmäßig oder wahr anerkannte Objektaussagen (Prämissen, Axiome) gegeben. Gesucht sind andere, damit in Zusammenhang stehende Aussagen.

"Wegen der hervorragenden Wichtigkeit der Sprache in vielen (vor allem historischen, aber auch mathematischen) Wissenschaften gehört die S p r a c h a n a l y s e zur allgemeinen Methodenlehre. Sie bildet gewissermaßen ein Gegenstück zur phänomenologischen Methode: Auch in ihr wird nämlich die Sache analysiert, nur in einer ganz anderen, indirekten Weise, durch ein Gefüge von Zeichen."^{3,4}

Für alles Schließen ist ein Zweifaches Voraussetzung: erstens eine als richtig oder wahr anerkannte Aussage (Prämisse) und zweitens eine Regel, die es erlaubt, »aufgrund« dieser Aussage eine andere Aussage als richtig anzuerkennen. Die abgeleitete Aussage wird ge-

1 Bocheński, I.M., Die zeitgenössischen Denkmethoden, a.a.O., S.21.

2 Bocheński, I.M., Die zeitgenössischen Denkmethoden, a.a.O., S.73.

3 Bocheński, I.M., Die zeitgenössischen Denkmethoden, a.a.O., S.22.

4 Semantische Fragen werden wir in unserer Untersuchung vernachlässigen.

wöhnlich als »Schluß« bezeichnet. Die Operation zur Begründung des Schlusses wird »Beweis« genannt.

Alle indirekten Schlußverfahren können in folgender allgemeiner Form dargestellt werden:¹

- | | | | |
|-----|----------------|-----|----------------|
| (1) | wenn A, dann B | (2) | wenn A, dann B |
| | nun aber A | | nun aber B |
| | also B | | also A |

Die erste Art des Schließens stellt eine Definition für D e d u k t i o n dar, die zweite eine solche für R e d u k t i o n .

Für geisteswissenschaftliche Untersuchungen interessiert vor allem die Reduktion, wobei die beiden folgenden Differenzierungen dieses Verfahrens beachtlich sind:

"a) Einmal kann man die Reduktion, genau wie die Deduktion, in eine progressive und eine regressive einteilen. Bei beiden ist der Nachsatz (»B« - J.D.) als richtig bekannt, nicht aber der Vordersatz; wenn man jedoch die Reduktion progressiv vornimmt, beginnt man mit dem, seinem Wahrheitswert nach, noch unbekannten Vordersatz und schreitet zum bekannten oder feststellbaren Nachsatz. Diese progressive Reduktion heißt »Verifikation«. - Hingegen beginnt die regressive Reduktion mit dem bekannten Nachsatz und schreitet zum unbekannten Vordersatz. Die regressive Reduktion heißt »Erklärung«. ...

b) Eine andere Einteilung ergibt sich aus der Art des Vordersatzes: handelt es sich in ihm um eine Verallgemeinerung des Nachsatzes, dann nennt man eine solche Reduktion »Induktion«; ist das nicht der Fall, dann sprechen wir von einer nicht-induktiven Reduktion."²

Eine weitere Explikation dieser Zusammenhänge müssen wir uns in dieser Arbeit versagen. Wir verweisen hierzu auf die mehrfach erwähnte Darstellung Bocheńskis. Wichtig sind uns aber einige damit einhergehende methodologische Folgerungen für die Geisteswissenschaften.

1 Vgl. Bocheński, I.M., Die zeitgenössischen Denkmethode, a.a.O., S.74.

2 Bocheński, I.M., Die zeitgenössischen Denkmethode, a.a.O., S.101.

Das deduktive Verfahren wird mit Erfolg vor allem angewandt in den axiomatischen Wissenschaften (Mathematik, Logik), während die reduktiven Verfahren vornehmlich in den empirischen Wissenschaften zur Anwendung kommen. Zu ihnen rechnen beispielsweise die empirischen Naturwissenschaften und die historischen¹ Wissenschaften.

In Hinsicht auf das in Naturwissenschaften und historischen Wissenschaften übliche methodische Vorgehen besteht zwischen beiden allerdings eine deutliche Trennung. Während für erstere das Induktionsverfahren sich bewährt hat, trifft dies bei den historischen Wissenschaften nicht zu. "Ohne den Begriff der Reduktion könnten (die historischen Wissenschaften) eigentlich nirgends eingeordnet werden: deduktiv sind sie sicher nicht, induktiv aber ebensowenig, da sie keine allgemeinen Hypothesen und Theorien aufstellen. Das Rätsel löst sich, wenn man bemerkt, daß sie die Reduktion der nicht-induktiven Art gebrauchen."²

Nicht-induktive Reduktion ist in Form der "Erklärung" und der "Verifikation" möglich.

Eine Erklärung besteht immer in der Ableitung einer

1 Der Begriff "historische Wissenschaften" ist nicht zu verwechseln mit Geschichtsschreibung (Historiographie). Die Kennzeichnung bestimmter Wissenschaften als "historisch" hat ihren Grund in der Raum-Zeit-Bedingtheit ihres Objektes! Geschichtswissenschaften sind theoretische Wissenschaften mit demselben Anspruch wie die empirischen Naturwissenschaften. Der Urgrund für die Raum-Zeit-Bedingtheit geschichtswissenschaftlicher Erkenntnisse wird durch die gewöhnlich synonym gebrauchte Bezeichnung der historischen Wissenschaften als *Geisteswissenschaften* implizite angegeben. Das Erfahrungsobjekt dieser Wissenschaften ist dem Forscher nicht ein für allemal absolut vorgegeben wie bei den Naturwissenschaften. Es ist zu jedem Zeitpunkt nur bis zu einem gewissen Grad objektiviert und insoweit vorgegeben. Darüber hinaus sind seine Tatbestände und Gesetzmäßigkeit durch das (relativ freie) Wollen und Handeln des Menschen veränderbar, gestaltbar.

2 Bocheński, I.M., Die zeitgenössischen Denkmethoden, a.a.O., S.104.

bekannten Aussage aus einer anderen. "Im allgemeinen heißt also »erklären« in diesem Sinne nichts anderes als ein axiomatisches System bilden, in welchem die zu erklärende Aussage abgeleitet ist. Indessen sind hier wiederum zwei Fälle möglich:

a) die erklärende(n) Aussage(n) ist (sind) schon als richtig bekannt.

b) sie ist (sind) ihrem Wahrheitswert nach noch nicht bekannt.

Im ersteren Fall besteht die Denkarbeit bloß im Auffinden der Aussagen, die zum Erklären gebraucht werden; im zweiten Fall werden diese Aussagen erst durch die Erklärung gebildet."¹

Eine erklärende Aussage wird in der Wissenschaft gewöhnlich als Theorie, Gesetz oder Hypothese bezeichnet. Sie kommt in der Regel auf intuitive Weise zustande, worunter ein Akt »innerer Erleuchtung« im menschlichen Denkprozeß zu verstehen ist. Man spricht deshalb gelegentlich auch von »Erfinden einer Theorie«.²

Hat man erst einmal eine Theorie gefunden, dann ist es unabdingbar notwendig, sie einer gewissen Bewährungsprobe zu unterziehen. Man schreitet zur *V e r i f i k a t i o n*, indem man versucht, die Erklärung mittels der progressiven Reduktion zu bestätigen oder zu verwerfen. "Dies geschieht folgendermaßen: aus der reduktiv aufgestellten Aussage leitet man, auf Grund eines axiomatischen Systems (welches gewöhnlich nicht rein logisch ist, sondern auch mehrere andere reduktiv gebildete Aussagen enthält) neue Aussagen ab, die im betreffenden Gebiet direkt verifizierbar sind, d.h. deren Wahrheitswert feststellbar ist. Danach werden die Operationen (etwa Experimente usw.) durchgeführt, die erforderlich sind, um diesen Wahrheitswert der abgeleiteten Aussagen festzustellen. Ergibt sich so, daß diese wahr sind, dann hat man damit eine Konfirmation

1 Bocheński, I.M., Die zeitgenössischen Denkmethoden, a.a.O., S.102.

2 Zur Bedeutung schöpferischer Ideen auch in den empirischen Wissenschaften verweisen wir auf Paul Feyerabend, Wissenschaftstheorie, a.a.O., S.333 f. Dort wird in zusammengefaßter, dennoch anschaulich-klarer Weise die Struktur indirekter erfahrungswissenschaftlicher Erkenntnis nach dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaftstheorie dargestellt.

der Aussage, aus welcher sie abgeleitet wurde, erhalten. Ergibt sich aber, daß sie falsch sind, dann spricht man von einer Falsifikation¹: Die Aussage wird in diesem Fall als falsch verworfen."²

Das hier in Anlehnung an Bocheński vertretene reduktive Verfahren erweist sich im Vergleich zu der von Popper vertretenen Reduktionsmethode als leicht modifiziert. Popper kennt als aufeinanderfolgende Strukturelemente der Reduktion: (1) Problemstellung → (2) Erklärung → (3) Verifikation bzw. Falsifikation.³ Und er vertritt diese Phasenfolge mit Nachdruck: "Aber mit Hilfe welcher Methode gelangen wir zu unseren Theorien und Hypothesen? Welche Rolle spielen induktive Verallgemeinerungen und der Übergang von der Beobachtung zur Theorie? ... Ich glaube nicht, daß wir je induktive Verallgemeinerungen in dem Sinne aufstellen, daß wir mit Beobachtungen beginnen und unsere Theorien aus ihnen abzuleiten versuchen. Meiner Ansicht nach ist das Vorurteil, daß wir so vorgehen, eine Art optischer Täuschung; in keinem Stadium der wissenschaftlichen Entwicklung beginnen wir unsere Forschungsarbeit, ohne daß wir so etwas wie eine Theorie haben, etwa eine Hypothese oder ein Vorurteil oder ein Problem - oft ein technologisches -, das auf irgendeine Weise unsere Beobachtungen leitet und uns dabei hilft, unter den unzähligen Objekten der Beobachtung die auszuwählen, die von Interesse sein können."⁴

Wir halten demgegenüber ein modifiziertes Verfahren für erfolgversprechender und der erfahrungswissenschaftlichen Forschungsweise angemessener. Dabei wird das Reduktionsverfahren, wie gezeigt, aufgespalten in eine regressive und eine progressive Dimension, d.h.

1 Sog. "Popper-Kriterium" für eine wissenschaftliche Aussage. - (Im Originaltext bei Bocheński ist diese Anmerkung nicht enthalten.)

2 Bocheński, I.M., Die zeitgenössischen Denkmethoden, a.a.O., S.102/103.

3 Popper, Karl, Das Elend des Historizismus, Tübingen 1965, S.94 ff.

4 Popper, Karl, Das Elend des Historizismus, a.a.O., S.105/106.

ein Teil der Verifikation des Popperschen Vorgehens wird im Grunde
v o r w e g genommen.

Die Gründe für unser Abweichen können wir hier nicht ausführlich darlegen. Sie wurzeln in unserer Überzeugung und Erfahrung, wonach eine Problemstellung a l l e i n noch nicht ausreicht zur Formulierung einer erfolversprechenden Erklärungsthese. Die hierzu erforderlichen intuitiven Akte des Denkens bedürfen vorher (in der Regel) einer Fundierung und Anregung durch empirische Sachverhaltsfeststellungen. Die erfahrungswissenschaftliche Erkenntnismethode - (1) bekannte, für wahr gehaltene Sätze (Problemstellung + Sachverhaltsfeststellungen) → (2) erklärende Hypothese (Theorie) → (3) daraus deduktiv abgeleitete neue Sätze (theoretische Möglichkeiten) → (4) Verifikation bzw. Falsifikation - erweist sich so als ein fortlaufendes Wechselspiel von Erfahrung und Kontemplation. Dieses in Hinblick auf eine einzelne wissenschaftliche Theorie gezeigte Verfahren zeigt Analogien zum fortdauernden Erkenntnisprozeß von Wissenschaft überhaupt, personell und institutionell.

Mit Blick auf das Untersuchungsobjekt »Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens« bedeutet die formal-logische Struktur der nicht-induktiven Reduktion folgendes: Ausgangspunkt unseres Denkens sind gegebene, irgendwie bekannte Protokollaussagen über diesen Gegenstand (erfahrene, faktische Probleme und Tatbestände), im Sinne der Aussage »nun aber B« der Reduktionsdefinition. Unsere nächste Frage ist dann: Gibt es dafür eine Erklärung (Theorie, Gesetz, Begründung o.ä.)? Ist dies der Fall und ist diese Erklärung bereits als wahr bekannt, so »ist der Wissenschaft genüge getan«, diese ("A") als Begründung zu nennen. Gibt es eine solche Erklärung, die jedoch noch nicht als wahr erkannt ist, (dies umschließt den Unterfall, daß diese Erklärung im Anschluß an die Protokollaussage erst - zunächst als Hypothese - erfunden worden ist), »so fordert Wissenschaft« eine irgendwie geartete Verifikation als Wahrheitsbeweis für die Erklärung. Vollständige und endgültige Verifikation kann in der Regel nicht erreicht werden. Die Verifikation muß nicht ein Experiment sein. Ihr ist z.B. auch dann

genüge getan, wenn die Hypothese sich widerspruchsfrei in ein System bekannter Aussagen einfügt und/oder Fruchtbarkeit erweist für die Erklärung nicht im Protokoll enthaltener, andersartiger Tatbestände.

Damit haben wir in großen Strichen versucht, die aus der allgemeinen Methodologie zwanglos ableitbare Grundstruktur geisteswissenschaftlicher Erkenntnismethoden zu kennzeichnen. Spezielle Methodologien der Sozialwissenschaften, damit auch der Genossenschaftswissenschaft, müssen diesen Grundanforderungen entsprechen, die jedoch Differenzierungen, Verfeinerungen und Modifizierungen je nach Erkenntnisobjekt und Erkenntnisziel nicht entgegenstehen. Für eine fruchtbare und praktikable Handhabung in den einzelnen Forschungsbereichen wird dies sogar unumgänglich notwendig sein. Mit der Frage nach der zur wissenschaftlichen Erforschung unseres Erkenntnisgegenstandes Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens »am besten geeigneten« Betrachtungsweise¹ und Untersuchungssystematik werden wir uns deshalb in dem nachfolgenden Kapitel noch ausführlich auseinandersetzen.

Fassen wir die geisteswissenschaftlich relevanten Aspekte der allgemeinen Methodenlehre kurz zusammen:

1 Mit dem Begriff »Betrachtungsweise« wollen wir nicht etwa auf subjektiv motivierte, interessengebundene o.ä., demnach standortbedingte und einseitige »Sichten« des Objektes anspielen, so wie dies mit dem gleichen Begriff Draheim in seinem Buch "Die Genossenschaft als Unternehmungstyp", S.15, ganz offenbar im Auge hat. Vielmehr verwenden wir den Ausdruck in streng methodologischem Sinn: als wissenschaftliches (Denk-)Verfahren zur Gewinnung von Erkenntnissen an vorgegebenen Objekten. Wenn wir uns dennoch nicht auf den engeren Begriff »Erkenntnismethode« beschränken, sondern von Betrachtungsweisen sprechen, so hat dies Gründe. Unsere Überlegungen sind nicht mehr nur formal-methodologisch. Die für die Bestimmung einer adäquaten Erkenntnismethode relevanten Aspekte des spezifischen Erkenntnisobjektes und Erkenntniszieles werden ganz entschieden in die formalen Untersuchungen mit einbezogen. Die Eigenart des Genossenschaftswesens, der Genossenschaftswissenschaft und unseres speziellen Untersuchungsgegenstandes »Gesamtorganisation« stehen dabei jeweils, ob ausgesprochen oder nicht, zum Vorwurf.

Die historischen Wissenschaften haben es meist nicht mit überzeitlich gültigen, automatisch wirkenden Gesetzen, Theorien usw. zu tun.¹ Ihnen haftet objektbedingt ein Index der Singularität (Zeit-Raum-Wert-Bedingtheit) an². Diese Frage ist streng zu trennen von dem Problem der Objektivität dieser Aussagen.

Soweit direkte Erkenntnis möglich ist, kommt die phänomenologische Methode in Anwendung. Deren genauere Darstellung wird später erfolgen. Wir dürfen jedoch an dieser Stelle schon vorwegnehmen, daß diese »Schauweise« nicht nur als Wahrnehmung äußerer Tatbestände durch die physiologischen Sinnesorgane des Menschen aufzufassen ist. Ihr Anspruch, mittels »eidetischer oder phänomenologischer Reduktion« das »Wesen« eines Objektes zu erfassen, geht wesentlich weiter. Die Struktur dieser direkten Erkenntnisweise ist unseres Wissens noch recht ungenau geklärt. Wir vermuten, daß auch hier eine Form indirekter Erkenntnis vorliegt, die mit den reduktiven Schlußverfahren erhebliche Berührungspunkte aufweist, - um es einmal vorsichtig zu formulieren. Selbst dort, wo mit dem Ruf "Zu den Sachen!" ernst gemacht wird, müssen wir es bezweifeln, ob es je für einen Menschen möglich ist, sich auf eine derart radi-

1 Zur Struktur wirtschaftswissenschaftlicher Gesetze vgl. Gertrud Neuhauser, Grundfragen wirtschaftswissenschaftlicher Methodik, a.a.O., S.107 f. - Ferner: Back, J.M., Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.213: "Die Gesetzmäßigkeit des Naturgeschehens ist eine substantielle. Sie geht darauf zurück, daß bei einer bestimmten Konstellation des substantiell Gegebenen **a u t o m a t i s c h** ein bestimmter Ablauf des Geschehens eintritt. Die Gesetzmäßigkeit des wirtschaftlichen Geschehens geht demgegenüber darauf zurück, daß die wirtschaftlich Tätigen bei ihrem wirtschaftlichen Handeln bewußt eine bestimmte sinnvolle Ordnung einhalten. Die Gesetzmäßigkeit des Wirtschaftslebens ist eine von den Menschen selbst gewollte und gesetzte Gesetzmäßigkeit; wir müssen sie als sinnvolle aus dem Dasein heraus verstehen."

2 Vgl. Bocheński, I.M., Die zeitgenössischen Denkmethoden, a.a.O., S.130, 133 u. 135. - Ferner: Seraphim, Hans-Jürgen, Theorie der Allgemeinen Volkswirtschaftspolitik, 2. Aufl., Göttingen 1963, S.223-237, insb. 231 ff.

kal-naive Stufe des Denkens zu versetzen, die notwendig ist, um einen Gegenstand frei von aller bisherigen Deutung »schauen« zu können. Außerdem wissen wir, daß diejenige Fähigkeit, die uns Wesenserkenntnisse verschafft, die wissenschaftliche Erfahrung, n o t w e n d i g sinnliche Anschauung und praktische Erfahrung v o r a u s s e t z t .¹ Wird nicht also auch hier von einem Bekannten, dem "nun aber B" der Reduktionsdefinition, ausgegangen und sodann eine »Erklärung« dafür gesucht? Wir brauchen hier dieser Frage noch nicht weiter nachzugehen.² Vielleicht aber könnte ihre Untersuchung einen klärenden Beitrag zur allgemeinen wissenschaftlichen Methodenlehre darstellen!

Als i n d i r e k t e Erkenntnisverfahren scheiden die Deduktion und die induktive Reduktion in den historischen Wissenschaften im allgemeinen aus. Anwendbar ist die nicht-induktive Reduktion. Zu der hiermit zusammenhängenden Problematik zitieren wir noch einmal Bocheński: "Viele Methodologen der sogenannten Geisteswissenschaften (die in gewissem Sinne alle Geschichtswissenschaften sind) pflegen ... zu behaupten, diese Wissenschaften seien gar nicht erklärend, sondern einfach beschreibend, also quasi phänomenologisch, obwohl ohne Ausschaltung der Existenz. Dies ist aber offenbar falsch. Die heutigen Geschichts- (Geistes-)Wissenschaften beschreiben nicht nur, sondern erklären auch. Es sieht so aus, als ob die genannten Methodologen, gezwungen, eine Wahl zwischen der Deduktion und der Induktion zu treffen, keinen anderen Ausweg sähen als die zitierte Behauptung. Wir wissen aber, daß nicht jedes Erklären induktiv sein muß. Vom methodologischen Gesichtspunkt aus wird die Geschichtswissenschaft am schärfsten als eine reduktive nicht-induktive Wissenschaft gekennzeichnet."³

Wir erinnern an die zu Beginn unserer Ausführungen zur allgemeinen

1 Vgl. Back, J.M., Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.176 f. u. 185.

2 Vgl. S.416 f. dieser Arbeit.

3 Bocheński, I.M., Die zeitgenössischen Denkmethoden, a.a.O., S.131.

geisteswissenschaftlichen Methodenlehre erwähnten starren Fronten in den Sozialwissenschaften. Der Streit zwischen Induktion und Deduktion scheint geklärt: Weder das eine noch das andere ist adäquat. Die »historisch-empirische« Struktur der Geisteswissenschaften ist erkannt. Auch zwischen »Positivisten« und »Geisteswissenschaftlern« müßte über die methodischen Grundfragen im Sinne der oben skizzierten allgemeinen Lehre Einigkeit erzielbar sein. Dennoch verbleibt eine fundamentale Divergenz, die jedoch nicht methodologisch begründet ist. Die Ursache dafür muß im Bereich des Erkenntnisobjekts selbst gesucht werden: Wir meinen damit das Problem eines mehr oder weniger weiten Wirklichkeits- und Erfahrungsbegriffes. Hier gibt es in der Tat ganz extrem abweichende Auffassungen.

V. Der Wahrheitsgehalt wissenschaftlicher Erkenntnis

Die Qualität der von uns durch wissenschaftliches Denken erhofften Erkenntnisse bedarf der Erörterung, ohne daß wir allerdings in dem gegebenen Zusammenhang dieser Arbeit auf die verschiedenen erkenntnistheoretischen Positionen ausführlicher einzugehen vermöchten. Wir meinen damit die Frage nach der Beurteilung des Wahrheitsgehaltes unserer Aussagen: "Wie unterscheiden wir zwischen einer guten und brauchbaren Theorie und wertlosen Annahmen, oder, allgemeiner, wie unterscheiden wir zwischen Wissen auf der einen Seite und Magie, Aberglauben, grundloser Spekulation, bloßem Träumen auf der anderen?"¹

Soviel haben wir in unseren bisherigen Ausführungen bereits angedeutet, daß unsere Position nicht mit der Max Webers - der von einer strikten Trennung der Sachwelt (Sein) und der Wertwelt (Sollen) ausgeht, und der, aufgrund eines recht eng gezogenen Erfahrungsbegriffes, nur Aussagen über den objektivierten Sachverhalt als wissenschaftlich bezeichnet, im übrigen jedoch in der Wissenschaft Freiheit von Werturteilen fordert - identisch sein kann. Wir sind

¹ Feyerabend, Paul, Wissenschaftstheorie, a.a.O., S.331.

der Auffassung, daß dem Wissenschaftler ein Urteilsrecht insoweit zukommt, als es sich, bei rechter Würdigung der erkenntnistheoretischen Sachverhalte, als objektiv erweist.¹ Eine derartige Erkenntnishaltung basiert auf der Einheit von Denken und Sein.²

Jede noch so konsequente Anwendung einer formalen wissenschaftlichen Methode kann - und dies vor allem in den Geisteswissenschaften - die Erörterung der Frage nicht überflüssig machen: Wann ist eine Erkenntnis wahr, und wie kann ein Wissenschaftler sich hierüber ein Urteil erlauben?

Hierzu Descartes: Diejenigen Erkenntnisse sind wahr, deren wir uns gewiß sind. Wann Gewißheit vorliegt, hat er in die allgemeine Regel gefaßt: "Daß die Dinge, welche wir sehr klar und sehr deutlich begreifen, alle wahr sind", wobei er aber durchaus zugeibt, "daß allein darin einige Schwierigkeit liege, wohl zu bemerken, welches die Dinge sind, die wir deutlich begreifen."³

Ortega y Gasset unterscheidet in Hinsicht auf das von uns angesprochene Erkenntnisproblem zwischen Glaubensgewißheiten einerseits und Denken (- das er als Entfaltung von Ideen umschreibt -) andererseits. Zu letzterem zählt das wissenschaftliche Denken als Sonderfall. "Die Lücken in unseren Glaubensgewißheiten ist (also)

1 Vgl. S.335 ff. dieser Arbeit; sowie Weippert, Georg, Sombarts Verstehenslehre, in: Kyklos Vol.XV - 1962 - Fasc.1, S.197-201.

2 Vgl. Spann, O., Ganzheitliche Logik, I., Grundlegung, Salzburg-Klosterneuburg 1957, S.I/53 ff. - Ferner Weippert, Georg, Sombarts Verstehenslehre, a.a.O., S.190. "Alles was in der Kultur ist, war einmal im Menschen" (Sombart).

3 Descartes, R., Abhandlungen über die Methode des richtigen Vernunftgebrauchs und der wissenschaftlichen Wahrheitsforschung, a.a.O., S.32: "Klar nenne ich die Vorstellung, welche dem aufmerksamen Geist gegenwärtig und offen ist, so wie wir sagen, wir sehen klar, wenn das Objekt dem anschauenden Augen gegenwärtig und der Gesichtseindruck stark und bestimmt genug ist. Deutlich aber nenne ich die Vorstellung, welche klar und zugleich von allem anderen so geschieden und abgeschnitten ist, daß sie nur Klares in sich enthält."

der Lebensraum, in dem die Ideen sich entfalten können." Dieser ist bestimmt als der Raum des Zweifels. Der Mensch nun sucht durch das Denken vom Zweifel wieder zur Gewißheit zu kommen. "Zu diesem Zweck entwirft er eingebildete Formen von Welten und von seinem möglichen Verhalten in ihnen. Unter ihnen erscheint ihm eine - von der Idee aus betrachtet - als die **s i c h e r s t e**, und diese nennt er Wahrheit."¹ "Der Mann der Wissenschaft muß ständig bemüht sein, an seinen eigenen Wahrheiten zu zweifeln. Diese sind nur insoweit Wahrheiten der Erkenntnis, **a l s s i e j e d e m m ö g l i c h e n Z w e i f e l s t a n d h a l t e n**."² Die Gewißheit des Erkenntnissuchenden unterscheidet sich jedoch von der **G l a u b e n s g e w i ß h e i t**, in der man sich befindet. "Jeder Glaube ist empfangen worden." Der Erkenntnissuchende jedoch hat sich seine Gewißheit selbst geschaffen und er weiß, wie er zu ihr gekommen ist. Er **» v e r s t e h t «** sie.³

Aufgrund dieses Wissens um das Zustandekommen der Erkenntnis, um die Ausgangsbasis und die Denkmethodik, wird zugleich auch das Bewußtsein um die **R e l a t i v i t ä t j e d e r E r - k e n n t n i s** offenbar.⁴

Wir dürfen also in einer wissenschaftlichen Untersuchung das als

1 Ortega y Gasset, J., Ideen und Glaubensgewißheiten, a.a.O., S.323.
2 Ortega y Gasset, J., Ideen und Glaubensgewißheiten, a.a.O., S.340/341.

3 Vgl. Ortega y Gasset, J., Ideen und Glaubensgewißheiten, a.a.O., S.341. - Weippert, Georg, Sombarts Verstehenslehre, a.a.O., S.183 f., insbes. S.185: "Jegliches Verstehen ist für Sombart »Sinnerfassen«, Einsicht gewinnen in den Sinn. Das aber bedeutet wieder: ... eine Kulturererscheinung »in einen uns bekannten Zusammenhang einbeziehen«. ... auch: ... »Ableitung aus dem Grunde, bei dem der Grund selbst bekannt ist«."

4 Vgl. Jaspers, Karl, Philosophie und Wissenschaft, in: Über Bedingungen und Möglichkeiten eines neuen Humanismus, Stuttgart 1951, S.11: "Denn Wissenschaft führt dahin, zu wissen, wie und aus welchen Gründen und in welchen Grenzen und in welchem Sinne man weiß. Sie lehrt zu wissen mit dem Bewußtsein von der Methode des jeweiligen Wissens. Sie vollzieht Gewißheit, deren Relativität - nämlich die Bezogenheit auf Voraussetzungen und Untersuchungsmethoden - ihr entscheidendes Merkmal ist."

wahr, als Erkenntnis, annehmen, was - unter Beachtung der methodischen Erfordernisse - von unseren Gedanken, Ideen, Thesen über das Untersuchungsobjekt nach kritischer Abwägung aller uns zugänglichen Aussagen, Argumente und Fakten dazu als gesichert erscheint. Diese Wahrheit ist zunächst personal auf den Wissenschaftler bezogen. Sie stellt aber zugleich insoweit und solange den generellen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis dar, als sie nicht begründet bezweifelt und widerlegt ist.¹ Sie ist insoweit eine neue wissenschaftliche Erkenntnis, als sie von den Aussagen der bisherigen Theorien, die als unbefriedigend angesehen werden, abweicht - und so unser »Weltbild« erweitert.

1 Jede personale und auch jede generelle Wahrheit stellt im Lichte des sich im Laufe der Jahre und Jahrhunderte vollziehenden wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses immer nur eine vorläufig gültige und erfolgreiche Aussage dar. Der Glaube an die Vernunft und an die Möglichkeit fortschreitender Erkenntnis in der Menschheit erzwingt diese Auffassung.

6. Kapitel

Ansätze

zu einer genossenschaftswissenschaftlichen Methodenlehre
und die zur Erforschung des Erkenntnisobjektes
»Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens«
anzuwendende Betrachtungsweise

I. Zur Klassifikation der bisher angewandten genossenschafts- wissenschaftlichen Betrachtungsweisen

Die wissenschaftstheoretischen Grundfragen der Genossenschaftslehre sind bis heute noch wenig geklärt. Veröffentlichungen hierzu sind selten. Sowohl über den wissenschaftlichen Ort als auch über die Methodik der Genossenschaftsforschung existieren höchst unterschiedliche Auffassungen. Auf welchem fraglichen Fundament die Genossenschaftslehre nach dem gegenwärtigen Stand durchaus noch steht, kann nach Darstellung ihrer bisherigen methodologischen Aspekte keinem Zweifel unterliegen. Gemessen allein an den Grundanforderungen der allgemeinen wissenschaftlichen Methodenlehre muß der Zustand als ausgesprochen verworren bezeichnet werden. So wäre viel damit gewonnen, »wenn die Voraussetzungen, Vorzüge und Grenzen der hauptsächlichen Verfahrens- und Betrachtungsweisen in Hinblick auf Grundlagenforschung einerseits und Anwendung in der Praxis andererseits erörtert werden könnten.«¹

Vergleichende Untersuchungen der in der Genossenschaftswissenschaft angewandten und möglichen Betrachtungsweisen haben vor allem Draheim² und Engelhardt³ durchgeführt. Die Basis

1 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.244.

2 Draheim, Georg, Die morphologische Betrachtung der Genossenschaften im Verhältnis zu anderen Betrachtungsweisen, a.a.O.; ders., Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.201-245; ders., Genossenschaft und Erwerbsunternehmung, a.a.O., S.127 ff.

3 Engelhardt, Werner, Zum wirtschaftlichen Standpunkt und morphologischen Ansatz in der Betriebswirtschafts- und Genossenschafts-

dafür haben jeweils die verdienstvollen und fruchtbaren Grundlagenforschungen Weissers¹ und des Kölner Seminars für Genossenschaftswesen² abgegeben. Wir referieren im folgenden zunächst diese Untersuchungen und prüfen die dort erwähnten Betrachtungsweisen später auf ihre wissenschaftstheoretische Haltbarkeit und auf ihre Brauchbarkeit für die Erforschung genossenschaftsorganisatorischer Probleme.

In einem Vortrag aus dem Jahre 1955 nennt Draheim drei für die Genossenschaftswissenschaft grundsätzlich m ö g l i c h e Betrachtungsweisen:³

- a) Die empiristische Betrachtungsweise
- b) Die ökonomisch-rationale Betrachtungsweise
- c) Die morphologische Betrachtungsweise (Gestalt- und Stillehre der Einzelwirtschaften)

In seinem 1959 verfaßten kritischen Rückblick auf die Internationale Genossenschaftswissenschaftliche Tagung in Erlangen 1957 hat Draheim zur Klassifizierung der a u f d i e s e r T a g u n g

lehre, in: Betriebswirtschaftliche Strukturfragen (Festschrift für R. Henzler), Wiesbaden 1967, S.29-40;
ders., Zum Stande der morphologischen Forschung in der Betriebswirtschaftslehre und in anderen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, in: ZfbF 19.Jg. (1967), S.599 ff.

- 1 Z.B.: Weisser, Gerhard, Wirtschaft, in: Handbuch der Soziologie, Stuttgart 1956, S.970-1101;
ders., Gegenstand und Hauptprobleme der Morphologie der einzelwirtschaftlichen Gebilde unter besonderer Berücksichtigung der öffentlichen und freigemeinwirtschaftlichen Unternehmen, in: Die Morphologie der einzelwirtschaftlichen Gebilde, Göttingen 1957, S.5-20;
ders., Die Unternehmensmorphologie - nur Randgebiet?, in: Archiv f. öff. u. fr.gemn. Unternehmen Bd.8 (1967), S.1-48;
ders., Unternehmensmorphologie und Einzelwirtschaftspolitik als betriebswirtschaftliche Disziplinen der Sozialwissenschaften, in: Archiv f. öff. u. fr.gemn. Unternehmen Bd.9 (1968/69), S.1-24.
- 2 Hierzu vor allem: Cox, Helmut, Analyse und Theorie der einzelwirtschaftlichen Strukturen als Gegenstand der Unternehmensmorphologie, in: Archiv f. öff. u. fr.gemn. Unternehmen Bd.8 (1967), S.289-326 - mit vielen weiteren Literaturangaben dort!
- 3 Draheim, Georg, Die morphologische Betrachtung der Genossenschaften im Verhältnis zu anderen Betrachtungsweisen, a.a.O., S.52 ff.

vertretenen Wissenschaftsrichtungen eine Dreiteilung in anderer Weise gegeben.¹ Sie ist mit der aus dem Jahre 1955 nicht identisch². Wir deuten sie an mit einigen von Draheim selbst gebrauchten Formulierungen:

- a) Die Genossenschaftsphilosophie, "die den Genossenschaften als Mittel zur Erreichung (auch) metaökonomischer ... Ziele wertend" gegenüberstehe.
(Auch: kulturphilosophische Betrachtungsweise).
- b) Die "objektive, wertneutrale Betrachtung der Genossenschaften unter ausschließlich ökonomischem Blickwinkel der 'reinen Theorie' der Nationalökonomie".
- c) Die "objektive und wertneutrale Betrachtung" der Genossenschaften, mit dem Bemühen, eine wirklichkeitsnahe und anschauliche "Gesamtschau unter besonderer Berücksichtigung soziologischer Komponenten" zu erreichen.

Eine wiederum andersartige Einteilung der vorhandenen Genossenschaftslehren hat unter wissenschaftstheoretischen Aspekten in neuerer Zeit (1967) Engelhardt³ gegeben. Sie ist zwar in erster Linie für die Betriebswirtschaftslehre entworfen, gilt jedoch wegen der von ihm vorgenommenen Einordnung der Genossenschaftslehre in die Betriebswirtschaftslehre grundsätzlich für beide. Er gliedert in vierfacher Weise:

- a) Die essentialistisch-normative Richtung
"In diesem Falle werden von herkömmlich ontologischen oder aber modern 'ökonomistischen' Positionen her Aussagen über Seiendes und Sollendes zugleich formuliert." (S.31)
- b) Die erfahrungswissenschaftliche Richtung
Sie erschöpft sich grobenteils in Deskriptionen und zielt nur

1 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.208 f.

2 Die Nichtübereinstimmung der nach Draheim wissenschaftlich grundsätzlich möglichen mit den auf der Er-langer Tagung vertretenen Betrachtungsweisen dürfte nicht zuletzt in dessen Wissenschaftsauffassung ihre Erklärung finden.

3 Engelhardt, Werner, Zum wirtschaftlichen Standpunkt und morphologischen Ansatz in der Betriebswirtschafts- und Genossenschaftslehre, a.a.O.

in geringem Umfang auf empirische Theorien oder gar umfassend angelegte empirische Theorien. (S.32)

- c) Die Kunstlehren oder auch: rationalen Alternativ- und Möglichkeitsanalysen

"Sie bestimmen entweder formale Verfahrensregeln oder enthalten - mehr oder weniger systematisierte - Ableitungen entscheidungslogischer Art." (S.33)

- d) Die bekenntnismäßig-normative Richtung

Sie läßt "die wissenschaftliche Begründbarkeit des wertenden Gehalts der Ziele dahingestellt". Es geht dieser Richtung "um die Ableitung systematischer Postulate - Empfehlungen und Warnungen -, von empirischen Prämissen und zugleich auch von klar ausgewiesenen und bezeichneten Bekenntnisprämissen einzelner Personen aus." (S.34)

Die Klassifikationen Draheims und Engelhardts weisen in verschiedener Hinsicht Übereinstimmung, jedoch keine Identität auf:

Die essentialistisch-normative Richtung Engelhardts deckt die - in Anlehnung an Robotka - auch von Draheim so bezeichnete "genossenschaftsphilosophische" Richtung sowie die ökonomisch-rationale bzw. rein ökonomische Richtung.

Schon die Ausführungen Engelhardts für sich, umso mehr aber noch der Vergleich mit den Einteilungen Draheims, zeigen Überschneidungen zwischen dem "ökonomistischen" Teil der essentialistisch-normativen Richtung und den sogenannten Kunstlehren. Diese Überschneidungen gestatten Engelhardt keine klare Zuordnung, z.B. der Arbeiten von Ohm und Dülfer.

Die erfahrungswissenschaftliche Richtung (Engelhardt) und die empiristische Betrachtungsweise (Draheim) sind inhaltsgleich. Desgleichen besteht, wenngleich keine Identität, so doch eine ziemliche Vergleichbarkeit zwischen der von Engelhardt als "bekenntnismäßig-normativ" bezeichneten Richtung und der morphologischen Betrachtungsweise in der Draheimschen Einteilung. Bei der von Draheim 1959 so bezeichneten "wirklichkeitsnahen, anschaulichen, eine Gesamtschau anstrebenden Richtung" wird nicht deutlich, ob und inwieweit damit die morphologische Richtung, die ebenfalls "eine

Art 'Gesamtschau' anstrebt¹, umfaßt wird.

Aufgrund einer vergleichenden Analyse der von Draheim und Engelhardt gegebenen Ordnungsversuche erkennen wir fünf verschiedene genossenschaftswissenschaftliche Betrachtungsweisen (Verfahren), die wir nachstehend ausführlicher behandeln wollen und kritisch auf ihre Haltbarkeit und Brauchbarkeit prüfen werden:

- a) Die empiristische Betrachtungsweise
- b) Die modelltheoretische Betrachtungsweise
- c) Die geschichtliche Betrachtungsweise
- d) Die ontologische Betrachtungsweise (Wesensbetrachtung)
- e) Die morphologische Betrachtungsweise.

Diese Klassifikation erachten wir keineswegs als generell befriedigend. Die weitere Untersuchung wird die jeweiligen besonderen Erkenntnisanliegen, die Unzulänglichkeiten und den unterschiedlichen Rang der genannten Betrachtungsweisen aufweisen. Wir haben es uns jedoch im Gesamtzusammenhang dieser Untersuchung nicht zur Aufgabe gesetzt, eine wissenschaftstheoretisch und methodologisch befriedigende Klärung und Ordnung der Genossenschaftslehre zu erarbeiten, so notwendig dies wäre.² Vielmehr hoffen wir auch an

1 Draheim, Georg, Die morphologische Betrachtung der Genossenschaften im Verhältnis zu anderen Betrachtungsweisen, a.a.O., S.58.

2 Den Weg zu einer auch strengen Maßstäben genügenden Ordnung auch der genossenschaftswissenschaftlichen Betrachtungsweisen zeigt - in Fortführung der methodologischen Auffassungen Sombarts, Max Webers, Spiethoffs und Gottl-Ottlilienfelds Weippert, z.B. in seinem Beitrag "Instrumentale und kulturtheoretische Betrachtung der Wirtschaft", in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd.1 (1950), S.30-64. - Vgl. auch: Clausing, Gustav, Wirtschaftsstil, Wirtschaftsordnung und Genossenschaftswesen, in: ZfG Bd.7 (1957), S.89-95.

- Wie in den Sozialwissenschaften generell, so wird auch in der Genossenschaftslehre streng zu scheiden sein zwischen instrumentalen und kulturtheoretischen Betrachtungsweisen. Dennoch: Sie stehen in einem Ergänzungsverhältnis zueinander.

Die instrumentale Betrachtungsweise (Modelltheorie), insbesondere in ihrer "rein ökonomischen" Form, kann nur "hilfsweise, als ein heuristisches Mittel in den Dienst einer befriedigenden Genossenschaftstheorie gestellt werden" (Clausing).

Dagegen führt die kulturtheoretische Betrachtungsweise, die ih-

Hand des letztgenannten Einteilungsversuches

- den eigenen methodologischen Standort bestimmen,
 - unser in den früheren Kapiteln erörtertes Erkenntnisobjekt in den Gesamtkomplex der Genossenschaftswissenschaft einordnen und
 - die zu seiner weiteren Erforschung geeignete Untersuchungssystematik finden
- zu können.

II. Zur Frage der Objektivität und Wertneutralität in der Genossenschaftswissenschaft

In seiner Klassifizierung des Jahres 1959 erteilt Draheim einem Teil der von ihm auf der Erlanger Tagung festgestellten Theorien das Prädikat "objektiv-wertneutral", die sogenannte genossenschaftsphilosophische Betrachtungsweise kennzeichnet er als "wertend". Bevor wir unsere Analyse der einzelnen Betrachtungsweisen fortführen, muß an dieser Stelle nun die Frage nach Objektivität und Wertung in der Wissenschaft gestellt werden. Eine umfassende Behandlung müssen wir uns freilich versagen. Wir wollen hier nur einige Hinweise auf die Problematik überhaupt sowie auf die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Kritik der - im allgemeinen auf Max Weber zurückzuführenden - Wertfreiheitsposition geben, das meiste nur andeuten.

Von O b j e k t i v i t ä t wissenschaftlicher Aussagen dürfen wir stets dann sprechen, wenn diese sich als »umfassend und unvoreingenommen auf das (Erkenntnis-)Objekt bezogen« erweisen und damit allgemein gültig sind.¹ Nicht oder nur teilweise objektiv sind

rerseits sich wiederum in Wesensbetrachtung (Ontologie) und geschichtliche Betrachtung - letztere ist Theorie und darf nicht als Geschichtsschreibung verkannt werden - gliedert, zu umfassendem »Verständnis« und »wahrer« Erkenntnis der Wirklichkeit.

¹ Vgl. hierzu: Der große Brockhaus, Stichwort: "Objekt", Bd.8 (1955), S.508: "Seit Kant bedeutet das Objektive das von individuellem Vorstellen Unabhängige. Objektivität daher Allgemeingültigkeit und Notwendigkeit einer sachlichen Aussage". - Ferner: Weippert, Georg, Vom Werturteilsstreit zur politischen Theorie,

dennach Aussagen, die

- aufgrund einer einseitigen und unvollständigen Objekterforschung zustandekommen,
- sich vollständig oder teilweise nicht auf das Objekt beziehen,
- aufgrund einer - meist interessenbedingten - Voreingenommenheit das Objekt unklar, unvollständig oder unrichtig kennzeichnen.

Von Werturteilsproblematik im Rahmen wissenschaftlicher Aussagen kann dann (mit Recht!) gesprochen werden, wenn ein Wissenschaftler den von ihm erforschten Sachverhalt auf der Basis nicht zureichend begründeter, nur subjektiv motivierter oder interessenbehafteter Vorurteile oder Meinungspositionen als »verwerflich oder billigenswert« (Max Weber) einschätzt oder sich schon bei dessen Erforschung von solchen Wertvorstellungen leiten läßt. In diesem Sinne ist in Übereinstimmung mit Max Weber Freiheit von Werturteilen in der Wissenschaft zu verlangen.¹

Niemals bedeutet es jedoch eine unwissenschaftliche Wertung, wenn der Forscher aufgrund umfassender und tiefgehender Kenntnis der Sache (des Objekts) eine (Sach-)Aussage trifft, die nur von denjenigen nachvollzogen (mitverstanden) werden kann, die eine ebenso enge »Beziehung« zum Gegenstand einzugehen bereit und in der Lage

in: Sozialwissenschaft und Wirklichkeit, Göttingen 1966, S.104; Ziegenfuß, Werner, Wesen und Formen der Soziologie, in: Handbuch der Soziologie, Stuttgart 1956, S.171 f. u. S.199.

¹ Weippert, Georg, Vom Werturteilsstreit zur politischen Theorie, a.a.O., S.133: "Der Sinn des Werturteilsstreites nun liegt in der endgültigen Verweisung der bloßen Meinungen, also der ideologischen Werturteile, aus dem Bereiche der Wissenschaft. Vor ethischen Werturteilen ... aber sind die Daseinswissenschaften auch dann nicht gänzlich sicher, so der Forscher ausdrücklich auf sie verzichtet, sich ihrer also enthält. Weist man sie vorn hinaus, verschaffen sie sich Eingang durch die Hintertüre oder noch richtiger: 'unterschwellig'. Es gibt keine 'voraussetzungslose' Daseinswissenschaft. Aber wir können mit den platten Voraussetzungen aller Art brechen, seien es nun eigensüchtige, standesdunkelige, gruppeninteressierte oder auch chauvinistische. Doch hüte man sich, aus der Voraussetzungsbestimmtheit unseres Wissens auf mangelnde Objektivität zu schließen. Die Objektivität der Erkenntnis kann trotz nicht aufhebbarer Voraussetzungen und trotz immer drohender Vorurteile sichergestellt werden."

sind.¹ Insbesondere gilt dies dann, wenn der Wissenschaftler sich Einsicht in (reale) Wesenszusammenhänge und (reale) überindividuelle Zusammenhänge erschlossen hat. Aufgrund seines weitgehenden Konnexes zum Objekt² kann er mit Recht auch normative Aussagen - z.B. Aussagen über Seinsrichtigkeit, Gestaltlichkeit, über reale Möglichkeiten - geben. Dies sind Feststellungen zum Sachverhalt, keine »metaphysischen« oder »subjektiven« Wertungen.

Diese Auffassung vom Wertungsproblem findet ihre zureichende Begründung in einer geisteswissenschaftlich fundierten Erkenntnislehre mit der damit verbundenen generellen Bestimmung der Möglichkeiten und Grenzen von Wissenschaft überhaupt.³ Dies darzu-

1 Diese Auffassung hat eine ganz entschiedene Modifizierung der so modernen Forderung nach »allgemein-intersubjektiver Überprüfbarkeit wissenschaftlicher Aussagen« zur Folge. - Vgl. Weippert, Georg, Vom Werturteilsstreit zur politischen Theorie, a.a.O., S.104: "Bei den Erkenntnissen kraft Verstehens werden aber verschiedene Schichten oder Stufen des menschlichen Seins durchlaufen. Völlige Übereinstimmung in den Erkenntnissen kann darum immer erst auf gleicher Stufe der Einsicht und seelisch-geistigen Erfahrung erfolgen. Die Fähigkeit, zu verstehen, kann von der Stufe der inneren Entwicklung nicht losgelöst werden. Die Übertragbarkeit einer durch Verstehen gewonnenen Erkenntnis setzt also letztlich gleiche Positionen der inneren Entwicklung voraus. Aber auch die Abhängigkeit der Erkenntnis vom inneren Reifezustand gestattet keinen Einwand gegen die objektive Gültigkeit solcher Erkenntnisse. Sind diese Erkenntnisse doch nicht 'persongebunden' in dem Sinne, daß sie nur von dieser Person auf Grund ihrer besonderen zufälligen Individualität, ihres arteigenen Soseins erkannt werden können."

2 Zur Überwindung des Subjekt-Objekt-Gegensatzes durch ideelles Einswerden von Subjekt und Objekt vgl. Weippert, Georg, Vom Werturteilsstreit zur politischen Theorie, a.a.O., S.106 u. 126.

3 Man kann in dieser Frage als Wissenschaftler noch sehr viel weiter gehen, als es hier von uns geschieht. Man muß dies im Grunde auch immer in allen Fragen der Daseinsgestaltung. Es gibt keine zwangsläufige, errechenbare oder durch sonstiges logisches Kalkül darstellbare Lösung des Problems der richtigen Gestaltung des Daseins. Leben aber ist eine ständige Ordnungs- und Gestaltungsaufgabe. (Vgl. hierzu z.B. Reigrotzki, Erich, Die Utopialität als wissenschaftliche Kategorie, in: Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung (Festschrift für G. Weisser), Berlin 1963, S.116.) Wenn die Aufgabe der Wissenschaft die Verantwortung für die Zukunft und das Schicksal der Menschheit einschließt und wenn die Freiheit des Menschen ernst genommen wird,

stellen ist hier nicht der Ort, einige Hinweise haben wir gegeben.¹

Wie die »Max-Weber-Position« hinsichtlich der Werturteile auf objektiv-wissenschaftlicher Basis weiterzuentwickeln ist, hat vor allem Weippert gezeigt. Die Möglichkeiten und Ansatzpunkte dazu seien angedeutet: "Was nun die Frage der »Werturteile« - der Terminus deckt ganz verschiedene Dinge - betrifft, so schließt Max Webers Hermeneutik ontologische Urteile radikal aus. Kann es zufolge seines nominalistischen Ansatzes ... für Max Weber schon kein Anerkennen und wissenschaftliches Erfassen realer geschichtlicher Sinneinheiten geben, so erst recht nicht ein Nachweisen und Analysieren »ewiger Wesenheiten« durch die Wissenschaft, auch nicht durch eine »verstehende«. Jegliches Überindividuelle ist für Weber erfahrungstranszendent." ... "Mit Max Weber richtet die Soziologie ihren Blick ganz prinzipiell, ganz uneingeschränkt auf das Handeln des Subjekts. Alle sonstigen Vorgänge und Erscheinungen, nicht zuletzt aber die mit den sozialen Gebilden gegebenen »Ordnungen« (Sombart), erfahren hier also eine Zurückführung auf die »sinnhafte Struktur« des Handelns eines Subjekts. Sinn und Sinnzusammenhang existieren nur als Kategorien des Subjekts. Webers Konzeption ist von grandioser Einseitigkeit, aber unverkennbar wird dem sozialen Phänomen oft in drastischer Weise Gewalt angetan. Das ließe sich allein schon in seinem Begriff des »subjektiv gemeinten Sinnes« aufzeigen und der mit ihm einhergehenden Überbetonung des »zweckrationalen« Handelns."²

Oftmals - insbesondere im Rahmen modelltheoretischer Analysen -

womit jeglicher Determinismus in der Daseinsgestaltung ausscheidet, so fordert dies eine ganz andere und zugleich entkrampftere Stellungnahme der Wissenschaft zur Werturteilsfrage. Dann sind Werturteile sogar im Namen von Wissenschaft ganz entschieden gefordert, - auch in allen Fragen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Sein-Sollens.

1 Vgl. S.311-329 dieser Arbeit; ferner Weippert, Georg, Vom Werturteilsstreit zur politischen Theorie, a.a.O.

2 Weippert, Georg, Sombarts Verstehenslehre, a.a.O., S.199.

werden Objektivität, Werturteilsfreiheit und Rationalität¹ verwechselt. Dieser Eindruck entsteht auch bei einzelnen vorerwähnten Formulierungen Draheims zur genossenschaftswissenschaftlichen Methodik. Was sonst kann der Grund dafür sein, daß Draheim einmal (1955) von "ökonomisch-rationaler" Theorie und das andere Mal (1959) von "objektiv-wertneutraler Betrachtung unter ausschließlich ökonomischem Blickwinkel der 'reinen Theorie'" spricht, wo doch beide Male der gleiche Sachverhalt zur Kennzeichnung anstand? Oder wenn er sagt: "Die 'reinen Ökonomen' wollen im Interesse möglichst objektiver Erkenntnisse von normativen (im Sinne Sombarts: richtenden) Zielsetzungen absehen."² Wertneutralität hat nicht schon Objektivität zur Folge. Rationalität ist wieder etwas anderes.

Objektivität und Wertneutralität in genossenschaftswissenschaftlichen Untersuchungen werden oft behauptet und zu erreichen versucht

- durch Einengung des Erkenntnisobjektes, im Extremfall bis zum "rein-ökonomischen Standpunkt";
- durch idealtypisch gesetzte oder auf empirischem Weg gewonnene Axiome als Ausgangspunkt für logische Deduktionen;
- durch Ausklammerung einzelner oder aller Sinnelemente (Ziele, Motive usw.) aus der Analyse (Formalismus!), - ein Verfahren, das geisteswissenschaftliches Forschen gründlich verkennt.

Mit derartigen Reduktivelementen behaftete Analysen und die daraus abgeleiteten Ergebnisse sind *i n s o w e i t* objektiv, als sie das Erkenntnisobjekt erfassen; sie sind *i n s o w e i t* wertneutral, als damit nicht vorurteilsgeladene oder interessenbehaftete Wertungen und Entscheidungen des Wissenschaftlers verbunden sind; und sie sind *i n s o w e i t* rational, als sie lo-

1 Auf die mögliche Unterscheidung von Logik als Lehre von den formalen Beziehungen zwischen Denkinhalten und Vernunft als einer einzig dem Menschen eigenen Fähigkeit, Sachverhalte und Werte in ihrer Sinnhaftigkeit (Bedeutung) und Bedingtheit zu erkennen, zu unterscheiden und zu beurteilen, sei ausdrücklich hingewiesen. Deshalb auch kann Unlogik nicht notwendig mit Unvernunft gleichgesetzt werden.

2 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.211.

gisch richtig gedacht sind.

Die Frage, auf welche Weise die Problemstellungen, Hypothesen und Instrumente solcher »Theorien« gewonnen wurden, und inwieweit sie an die Wirklichkeit anknüpfen, kann in solchem Zusammenhang nicht dringlich genug gestellt werden. Sie sind von den jeweiligen Wissenschaftlern *g e w ä h l t* oder *g e s e t z t*, manchmal auch von der jeweils zustimmenden Wissenschaftsrichtung nach Zweckmäßigkeit Gesichtspunkten *v e r e i n b a r t* oder *a b g e s t i m m t*¹. In diesen Akten ist gewöhnlich schon ein großer Teil sogenannter Werturteilsproblematik verborgen.

III. Die empiristische Betrachtungsweise

Ein empiristisches Vorgehen zur Erforschung des Genossenschaftswesens ist häufig anzutreffen. Dabei wird versucht, auf der Grundlage von Beobachtung und Befragung faktisch gegebener Tatbestände eine Beschreibung der der sinnlichen und praktischen Erfahrung zugänglichen Wirklichkeit zu liefern. Im Vordergrund stehen statistische Erfassungen, Motivforschung, Interviews, teilnehmende Beobachtungen, Sichtung und Analyse historischer Dokumente usw.

¹ So äußerte beispielsweise Erich Schneider auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik in Würzburg 1963 bei den mündlichen Verhandlungen zum Thema "Das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaften zur Soziologie": "Jede Wissenschaft erstreckt sich auf einen begrenzten Bereich. Für die Wirtschaftswissenschaft im engeren Sinn ist das Gebiet durch die sechs gesamtwirtschaftlichen Daten, wie sie Eucken aufgezeigt hat, begrenzt. Die Abgrenzung ist im Grunde willkürlich und folgt Zweckmäßigkeit Gesichtspunkten, vor allem dem einer vernünftigen Arbeitsteilung." Veröffentlicht in: Raiser, Ludwig, Sauermann, Heinz und Schneider, Erich (Hrsg.), Das Verhältnis von Wirtschaftswissenschaft zur Rechtswissenschaft, Soziologie und Statistik, Berlin 1964, S.329. - Vgl. auch Grochla, Erwin, Erkenntnisstand und Entwicklungstendenzen der Organisationstheorie, a.a.O., S.4: "Ebenso problematisch ist eine Gliederung (organisationstheoretischer Aussagen - J.D.) nach Einzelwissenschaften, da die historisch gewachsenen und häufig willkürlichen Grenzen zwischen den einzelnen Disziplinen im Zeichen interdisziplinärer Forschungsansätze zunehmend in Frage gestellt werden."

Die durch radikal-empiristisches Vorgehen entstehenden Arbeiten stellen gewöhnlich ausführliche Beschreibungen der untersuchten Sachverhalte dar. Solche Darstellungen gewinnen, wenn versucht wird, Typik, Ordnung und Interdependenzen in den untersuchten Erscheinungen aufzuweisen.

Mangels ausreichender theoretischer Fundierung sind rein empirische Untersuchungen in ihrem Nebeneinander gewöhnlich schwer in einen größeren Gesamtzusammenhang einzuordnen. "Wesentliches steht neben Unwesentlichem, und die Deutungen und Ordnungen, die versucht werden, haben sich nur zu einem kleinen Teil als brauchbar erwiesen."¹

Als großer Vorzug rein empirischer Arbeiten wird deren Wirklichkeitsnähe genannt. Dies ist zutreffend, wenngleich die Ergebnisse sich nur auf die tatsächlich untersuchten Tatbestände als Teil der Gesamtwirklichkeit beziehen. Dennoch finden wir auch in empirischen Untersuchungen den »rein ökonomischen Standpunkt«. "Solche Verkürzungen empirischer Fragestellungen treffen auch für die Genossenschaftslehre zu, in der lange Zeit nur beschreibend verfahren wurde. Dabei wurden immerhin wenigstens teilweise auch meta-ökonomische Sinngrößen ernst genommen, wie sie gerade in Einzelwirtschaften dieser Art immer eine Rolle gespielt haben. Neuere theoretische Arbeiten, die trotz ideal- und realtypischer Einkleidungen letztlich empirisch gerichtet sind, vereinfachen hier unbefangener, indem sie etwa vorab ökonomische 'Primärziele' von den übrigen Intentionen isolieren und insbesondere das Gegenmachtstreben von Genossenschaften ohne weiteres in den Mittelpunkt der Erörterungen stellen."²

Zur Kritik und Würdigung des Empirismus wurde Grundsätzliches in

1 Draheim, Georg, Die morphologische Betrachtung der Genossenschaften im Verhältnis zu anderen Betrachtungsweisen, a.a.O., S.52.

2 Engelhardt, Werner, Zum wirtschaftlichen Standpunkt und morphologischen Ansatz in der Betriebswirtschafts- und Genossenschaftslehre, a.a.O., S.37.

dieser Arbeit schon früher gesagt.¹ Die durch rein empirisches Vorgehen gewonnenen Ergebnisse können über das gerade untersuchte, äußerstenfalls über das überhaupt vorhandene Beobachtungsmaterial hinaus nichts aussagen. So entsteht bei rein empirischem Vorgehen ein »Gemälde«, im Extremfall sogar eine »Fotografie« des jeweils untersuchten Erfahrungsbereiches. Ein über die Befragung und Untersuchung (schon durch die Eigenart der dabei angewandten Werkzeuge und Methoden - Begriffe, Interviewfragen, Untersuchungstechniken usw. - ist die Antwort mit vorgegeben!) des - immer begrenzten! - praktischen Erfahrungsbereiches hinausgehendes Wissen kann auf diese Weise nicht erreicht werden: Der Induktionsschluß ist logisch nicht zulässig.

Jede Daseins- und Erfahrungswissenschaft wird sich empirischer Untersuchungen bedienen müssen. Aber: Die Aspekte, Merkmale, Bestimmungs- und Bedingungsfaktoren der Tatsachenwelt sind so mannigfaltig, schier unübersehbar, daß ein naiv-empiristisches Vorgehen hoffnungslos erscheint und schicksalhaft dazu verurteilt ist, den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr zu sehen. Wie ist es also möglich, Dauerndes von Einmaligem, Wichtiges von Unwichtigem, Bestimmendes von Bedingendem, Wissenswertes von Kleinkram zu scheiden? Wie ist es überhaupt erst möglich, den Untersuchungsgegenstand ausreichend in den Griff zu bekommen? Unsere Antwort, grob gesagt: Jede empirische Forschung muß sinnvollerweise fundiert sein in kategorialen und apriorischen (Vor-)Leistungen des menschlichen Geistes. Wir betonen damit die Notwendigkeit von Philosophie, Wissenschaftstheorie, Erkenntnis- und Methodenlehre für die Wissenschaft. Wir können sogar noch weitergehen: Auch die mögliche Problemlösung muß theoretisch-intuitiv jeweils bereits gegeben sein, bevor empirische Untersuchungen sinnvollerweise statthaben können. Die Zusammenhänge sind kompliziert und bisher keineswegs eindeutig bestimmt. Sicher ist aber, daß ein theoretisch-wissenschaftliches Vorgehen sich nicht in der Beobachtung und Beschreibung individuell-konkreter Tatbestände erschöpfen kann.

¹ Siehe S.313 f. dieser Arbeit.

IV. Die modelltheoretische Betrachtungsweise

1. Kennzeichnung von Modellen als Hilfsinstrumente wissenschaftlicher Erkenntnis

Sobald in der Wissenschaft Aussagen unter teilweiser oder vollkommener Eliminierung der Wirklichkeit zustande kommen und einer Überprüfung an ihr - als notwendigem Wahrheitskriterium - nicht standzuhalten vermögen, nennen wir das System dieser Aussagen und die Art und Weise ihres Zustandekommens eine M o d e l l a n a l y s e. Ausgangspunkt von Modellen sind entweder willkürlich gesetzte oder im Anschluß an die Wirklichkeit durch hervorhebend-pointierende Abstraktion gewonnene Axiome und Hypothesen. Daraus werden durch logische Umformung auf deduktivem Wege - in den Annahmen bereits enthaltene, gewöhnlich jedoch im Ansatz noch nicht erkennbare - »neue Erkenntnisse« abgeleitet.

"Ein Modell hat zwar wie ein Gesetz die Form einer Wenn-Dann-Aussage. Aber wer ein Gesetz aufstellt, formuliert: wenn in der Wirklichkeit diese und diese beobachtbaren Bedingungen erfüllt sind, dann tritt dieses und dieses beobachtbare Ereignis ein; wer dagegen ein Modell konstruiert, sagt: wenn ich diese und diese Bedingungen setze, d.h. annehme, sie seien in der Realität gegeben, dann folgt daraus dies und das, d.h. dann träfe in der Realität dies und das zu."¹ Wie leicht einzusehen ist, entspricht dieses methodische Vorgehen der Deduktion.

Modelle können sehr einfach gebaut (d.h. von wenigen, einfachen Annahmen ausgehen), andererseits aber durchaus auch sehr komplex und umfassend sein. In wirtschaftswissenschaftlichen Modelluntersuchungen wird üblicherweise der »rein ökonomische Standpunkt« eingenommen. Doch finden wir auch in der Ökonomik erweiterte Modelle unter Einbezug außerökonomischer, meist sozialer Annahmen. Von solchen Modellen wird dann gewöhnlich größere Wirklichkeitsnähe behauptet.

1 Neuhauser, Gertrud, Grundfragen wirtschaftswissenschaftlicher Methodik, a.a.O., S.115.

Bedeutung und Grenzen modelltheoretischen Vorgehens in den Sozialwissenschaften sind weitgehend geklärt, werden dennoch immer wieder verkannt. Alle Modelle stellen zunächst einmal nichts weiter dar, als "rationale Alternativ- und Möglichkeitsanalysen"¹ ohne erfahrungswissenschaftlichen Erkenntnisgehalt. Die entwickelten Aussagen, Gesetze und Folgerungen können im e r s t e n m o d e l l a n a l y t i s c h e n S t a d i u m immer nur - in Hinblick auf die Axiome - logisch richtig abgeleitet und - in Hinblick auf die Wirklichkeit - fiktiv sein. "Die formallogische und exakte Natur der rationalen Theorie überwindet ohne Zweifel die Subjektivität der Empiristen, erkaufte aber die logische Richtigkeit und Verallgemeinerungsfähigkeit ihrer Aussagen damit, daß sie sich in mehr oder weniger großem Abstände von der Wirklichkeit befindet. Die Wahrheiten, die aus der rationalen Theorie abzuleiten sind, sind Vernunftwahrheiten, aber keine Tatsachenwahrheiten."² Erst wenn die Verifizierung und Überprüfung an der Wirklichkeit erfolgt ist und nicht zu einer Falsifikation geführt hat, kann von (vorläufiger) Wahrheit, von Erkenntnis, gesprochen werden.

Dennoch: modelltheoretische Analysen sind als Hilfsmittel der Erkenntnis im Rahmen der Wirtschaftswissenschaft und der Genossenschaftslehre nützlich und notwendig.³ "Das Denken in Modellen ist in den Wirtschaftswissenschaften von Anfang an praktiziert worden - wenn man sich auch dessen zunächst gar nicht bewußt war. Heute sieht kein Wirtschaftswissenschaftler, dem es darum geht, die ökonomische Wirklichkeit zu erforschen und Aussagen über reale Zusammenhänge aufzustellen, die für Erklärung und Vorhersage brauchbar sind, in Modellen etwas anderes als Instrumente der theoretischen Forschung; sie sind für ihn Bestandteile des Werkzeugkastens, den er braucht, um zu empirisch überprüfbaren Hypothesen über reale

1 Engelhardt, Werner, Zum wirtschaftlichen Standpunkt und morphologischen Ansatz in der Betriebswirtschafts- und Genossenschaftslehre, a.a.O., S.33.

2 Draheim, Georg, Die morphologische Betrachtung der Genossenschaften im Verhältnis zu anderen Betrachtungsweisen, a.a.O., S.53.

3 Vgl. Weippert, Georg, Instrumentale und kulturtheoretische Betrachtung der Wirtschaft, a.a.O., S.39 f.

ökonomische Zusammenhänge zu kommen. Das Modell verschafft dem Theoretiker eine Auswahl von Aussagen, die er regelmäßig, indem er sie mit Erfahrungsmaterial anreichert und mehr an die Realität anpaßt, in Hypothesen verwandelt; diese Hypothesen müssen dann an Hand der Tatsachen geprüft und notfalls solange variiert werden, bis sie 'stimmen' - oder sich als unbrauchbar herausgestellt haben. Modelle bilden nicht den Abschluß, sondern den Anfang theoretischer Untersuchungen."¹

Trotz allem aber bleibt der Vorwurf der Ungeschichtlichkeit instrumentaler Theorien bestehen. Wie mehrfach von uns bereits betont wurde, ist alle Wirtschaft aber prinzipiell geschichtlich. Ein Übergang von instrumentaler zu geschichtlicher Theorie und umgekehrt ist nach Auffassung von Spiethoff, Weippert und anderen grundsätzlich nicht möglich.²

2. Der "rein ökonomische Standpunkt"

An dieser Stelle nun halten wir einige Klarstellungen zum Ökonomismus, worunter wir eine vereinfachend-übersteigerte Kennzeichnung der »wirtschaftlichen Dimension« des Daseins verstehen wollen, für nötig, zumal auch in der Genossenschaftswissenschaft »rein ökonomische« Modellanalysen zahlreich sind und - aus welchen Gründen auch immer - in neuerer Zeit in der Genossenschaftswirtschaft eine "Tendenz zur Ökonomisierung"³ festgestellt wurde⁴. Bei-

1 Neuhauser, Gertrud, Grundfragen wirtschaftswissenschaftlicher Methodik, a.a.O., S.117/118.

2 Vgl. Weippert, Georg, Instrumentale und kulturtheoretische Betrachtung der Wirtschaft, a.a.O., S.50 f.; ferner Clausing, Gustav, Arthur Spiethoffs wissenschaftliches Lebenswerk, in: Montaner, Antonio (Hrsg.), Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Köln-Berlin 1967, S.250.

3 Draheim versteht unter »Ökonomisierung« alle Maßnahmen, "die unter Anwendung des wirtschaftlichen Prinzips auf eine betriebswirtschaftlich zweckmäßige Gestaltung der Genossenschaft hinauslaufen. Sie beruhen auf der Durchsetzung streng wirtschaftlicher Betrachtungs- und Verhaltensweisen und sind ein Ausfluß des Rationalismus, der die betriebswirtschaftliche Struktur aller modernen Unternehmen bestimmt, gleich, ob sie öffentlich, erwerbswirtschaftlich oder genossenschaftlich sind." In: Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, a.a.O., S.232.

4 Vgl. Henzler, Reinhold, Grenztypen des Genossenschaftsbetriebs -

des darf aber nicht verwechselt werden: Selbst wenn Ökonomisierung im Genossenschaftswesen zu beobachten ist, kann der »rein ökonomische Standpunkt« im üblichen modelltheoretischen Sinne auch damit nicht seine Rechtfertigung finden.¹

Ein derartiger ökonomistischer Standpunkt kann verschiedene Ausprägungen annehmen, wovon wiederum zwei Formen besonders häufig anzutreffen sind: Die Annahme des »ökonomischen Prinzips« oder die Setzung eines »Datenkranzes« als Konstruktionselemente. Oft ist beides miteinander verbunden.

Eine Reihe von Wirtschaftswissenschaftlern vertritt die Auffassung, daß der Gegenstand der Wirtschaftswissenschaft bestimmt sei durch das ö k o n o m i s c h e P r i n z i p (Wirtschaftlichkeitsprinzip o.ä.). Dieses setzt ein optimales Verhältnis zwischen Ziel und Mittel, zwischen Ertrag und Aufwand derart, daß stets (a) mit einem bestimmten Einsatz ein maximaler Erfolg oder (b) ein bestimmtes Ziel mit minimalem Einsatz erreicht wird. Alle diejenigen Handlungen, Gestaltungen und Prozesse, die diesem Prinzip entsprechen oder dieses wenigstens anstreben, werden als wirtschaftswissenschaftlich relevant betrachtet.

Das ökonomische Prinzip ist aber aus zwei Gründen nicht geeignet, »Wirtschaft« zureichend zu bestimmen:

- a) In der erwähnten Form kann das ökonomische Prinzip nur verstanden werden als formales Rationalprinzip zur Erreichung b e - l i e b i g e r Ziele mit b e l i e b i g e n Mitteln. So ist es aber anwendbar auf s ä m t l i c h e s ratio-

Die Tendenz zur Genossenschaftsunternehmung, in: ZfgG Bd.6 (1956), S.9 f.; - ferner Draheim, Georg, Zur Ökonomisierung der Genossenschaften, Göttingen 1967, S.10 f.; - ders., Genossenschaften im Wandel, in: Mitteilungen der DGK v. Juni 1967, S.154 f.

¹ Zur Illustration und Begründung dieser Aussage vgl. Weippert, Georg, Zur Soziologie des Genossenschaftswesens, in: ZfgG Bd.7 (1957), S.118 u. 128.

nale Handeln des Menschen, ohne daß dieses damit notwendig schon zum Gegenstand der Wirtschaftswissenschaft wird.

Ganz ohne Zweifel spielt natürlich auch in der Ökonomie das Rationalprinzip eine fundamentale Rolle. Dabei sind aber einige nicht unerhebliche Modifizierungen zu beachten. Im besonderen ist die »reine Ökonomie« als eine Vernunftwissenschaft aufzubauen. Das soll aber nicht besagen, "daß es die reine Ökonomie mit nur rein begrifflichen Zusammenhängen, wie etwa die Mathematik, zu tun habe. Die Vernunft, um die es in ihr geht, ist die praktische wirtschaftliche Vernunft in Hinsicht auf unsere objektive Lebenslage".¹ Diese Vernunft selbst ist sowohl im persönlichen als auch im gesellschaftlichen Dasein entwicklungsfähig² und darf mit formal-logischer Rationalität nicht verwechselt werden.

- b) Diejenigen Disziplinen der Wirtschaftswissenschaft, die sich die Erklärung des faktischen Seins der Wirtschaft zur Aufgabe machen, müssen auch die dem ökonomischen Prinzip nicht entsprechenden wirtschaftlichen Handlungen und Gestaltungen aufweisen und einbeziehen. Gerade die geschichtliche Wirklichkeit Wirtschaft aber, auf deren Erforschung die Ökonomik in der Regel abzielt, insbesondere deren positivistische und empiristische Richtungen, ist allein mit dem Maßstab des Rationalen weder erfassbar noch verstehbar. Zu vielfältig sind die irrationalen Affekte, Triebe, Empfindungen und Vorstellungen, die sich in »rationale« Überlegungen der wirtschaftenden Menschen einmischen und zu mannigfaltig und wechselnd sind die außerökonomischen Einflußfaktoren, so daß es schon wahrhaft göttlicher Fähigkeiten für einen Forscher bedürfte, den Pfad der Rationalität zu finden und sicher zu weisen.

Das »ökonomische Prinzip« als bestimmendes Konstruktionselement für wirtschaftswissenschaftliche Analysen muß aufgrund unserer Überlegungen als unzureichend erklärt werden. Es ist als

1 Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.234.

2 Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.235.

Abgrenzungskriterium nicht ausreichend und impliziert die Gefahr bloßer rationaler Gedankenkonstruktionen. Auf der anderen Seite wieder erweist sich das Rationalprinzip als zu eng, um als allgemeines wirtschaftswissenschaftliches Erklärungsprinzip dienen zu können.

Eindeutiger und faßbarer wird der »rein ökonomische Standpunkt« schon bei Annahme des ökonomischen Prinzips als Handlungsmaxime in Verbindung mit einem **D a t e n k r a n z** . "Die Anwälte der »reinen« Theorie vertreten heute mehr denn je die Auffassung, »im Begriff« unserer Wissenschaft als einer autonomen, d.h. durch einen klar umschriebenen Eigegenstand ausgezeichneten, müsse die Möglichkeit liegen, jeweils einen solchen inneren Zusammenhang eigentlich ökonomischer Elemente, dem sie den Namen »Probleme« vorbehalten, zu unterscheiden von der umgebenden Welt dessen, was dann Gegebenheiten oder »Daten« heißt in dem Sinne, daß diese letzteren einen festen, nicht mehr veränderlichen oder doch wenigstens für Wesen und Dauer des untersuchten Problemzusammenhangs als unveränderlich angenommenen Rahmen um diesen Zusammenhang herum, einen »Datenkranz«, bilden. Und zwar sei das eine durch das andere wechselseitig bedingt: Echte funktionale Aussagen seien nur »ceteris paribus«, bei unverändertem Datenkranz möglich, umgekehrt vernichte das Offenlassen von Datenänderungen und gar die weitere Untersuchung ihrer Möglichkeit und Tatsächlichkeit jede Strenge jener Funktionalaussagen."¹

Die Problematik und Unhaltbarkeit auch dieser ökonomistischen Position ist bloßgestellt: Faktische Wirtschaft ist niemals ein isolierter Eigenbereich des Daseins, vielmehr dauernd und nachhaltig interdependent bedingt durch die natürlichen Gegebenheiten sowie die politischen, gesellschaftlichen, technischen und sonstigen kulturellen Entwicklungen. Demzufolge müssen die wirtschaftlichen Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten tiefer und breiter erfaßt und dargestellt werden, als es durch den »rein ökonomischen Standpunkt«

1 Brinkmann, Carl, Nationalökonomie als Sozialwissenschaft, Tübingen 1948, S.8.

der bisher vorgestellten Art geschieht.

Diese Auffassung darf nun nicht in der Weise mißverstanden werden, als ob es »Wirtschaft« als eigenes wissenschaftliches Untersuchungsobjekt gar nicht gäbe. Ihre Bestimmung muß nur in einer ganz anderen Weise vorgenommen werden, als es in den vorgenannten ökonomistischen Positionen geschieht. Es kann deshalb einer so weitgehenden Folgerung, daß es einen wirtschaftlichen Standpunkt gar nicht gäbe und alle wirtschaftlichen Urteile abgeleitete Urteile seien, nicht zugestimmt werden. Diese Auffassung vertritt beispielsweise Weisser, auch in seinen genossenschaftswissenschaftlichen Untersuchungen. Zwar ist es ohne Zweifel richtig, wenn er sagt: "Wirtschaft ist immer und überall unselbständiger Teil des sozialen Lebens. Nur dieses soziale Leben kann eine sinnorientierte 'Ganzheit' bilden."¹ Seine zur Zurückweisung des Ökonomismus angegebene Begründung, daß jegliches wirtschaftliche Interesse l o g i s c h nicht auf ein und derselben Ebene mit d e n Grundanliegen stehe, die die Menschen bei ihrer Lebensgestaltung u n m i t t e l b a r bestimmen², trifft nicht zu. Auch das wirtschaftliche Interesse ist logisch unmittelbar. Es ist sogar daseinsnotwendig³. Unhaltbar ist deshalb Weissers Folgerung: "Das wirtschaftliche Urteil kann nicht Grundurteil sein. Es wird von den herrschenden Konventionen über den Inhalt dieses Begriffes immer aus irgendwelchen Grundentscheidungen abgeleitet; mögen sie ethisch oder religiös bestimmt oder der Ausdruck irgendwelcher sonstiger Grundanliegen sein."⁴

Die Klärung und Bestimmung des komplexen Sachverhaltes »wirtschaftliche Dimension« kann hier nur angedeutet werden: "Was im-

1 Weisser, Gerhard, Wirtschaft, in: Handbuch der Soziologie, a.a.O., S.973.

2 Weisser nennt als solche Grundanliegen z.B. die sinnlichen Grundanliegen und die von den Menschen anerkannten sittlichen und religiösen Bindungen.

3 Vgl. Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.210.

4 Weisser, Gerhard, Wirtschaft, in: Handbuch der Soziologie, a.a.O., S.974.

mer ... in der Realwirklichkeit uns entgegentritt, ist die Kulturwirklichkeit Wirtschaft, ist also das realisierte Sachgebiet («reine Ökonomie» - J.D.), sind realisierte Formen, die als solche nicht mehr 'rein' sind. Sie sind immer verknüpft mit außerökonomischen Faktoren und durch diese in entscheidender Weise modifiziert. Wohl, diese reinen Formen vermögen aktuell zu werden, und sie sind dann auch empirisch feststellbar. Aber indem sie sich in der Realwirklichkeit finden, sind sie in ein soziales Medium getaucht, das ihnen seinen Stempel aufdrückt. Insofern besteht die Behauptung Sombarts in der Tat zu Recht, daß jede Kategorie der Nationalökonomie - wir müssen nur hinzufügen: insoweit sie sich auf die **K u l t u r w i r k l i c h k e i t** Wirtschaft bezieht - eine 'sozialwissenschaftliche' sei. Sombart hat nur übersehen, daß die Nationalökonomie, etwa als 'Ontologie des Sachgebiets Wirtschaft', auch rein ökonomische Kategorien nicht nur erarbeiten kann, sondern auch erarbeiten muß. Es gibt ja nur deshalb ein Kulturgebiet **W i r t s c h a f t**, weil es ein von anderen Kulturgebieten sich unterscheidendes **S a c h g e b i e t** Wirtschaft gibt."¹

Die reine Ökonomie als Wesenslehre bestimmt das »Sachgebiet Wirtschaft« unter Beachtung der gesellschaftlichen, kulturellen und historischen Eigenart ihres Erfahrungsobjektes in einer ganz anderen Weise, als dies üblicherweise mit Hilfe des »ökonomischen Prinzips«, des »Datenkranzes« und/oder der »Spannung zwischen unmittelbaren menschlichen Bedürfnissen bzw. Zielen und knappen Mitteln« geschieht. Sie bestimmt die »Wirtschaftliche Dimension« durch eine phänomenologische Analyse (Wesensschau) des Erfahrungsobjektes als ontologischen Allgemeinbegriff. Danach ist unter Wirtschaft jener durch Gebilde zu sichernde bzw. gesicherte Prozeß der Daseinsgestaltung zu verstehen, in welchem der Mensch in Wechselwirkung mit dem Aufbau des gesellschaftlichen, politischen, religiösen, wissenschaftlichen Daseins sich größere Lebensmöglichkeiten erschließt, als sie ihm die Natur von sich aus bietet, - und zwar auf dem Wege fortgesetzten, planvollen Einsatzes von persönlichen Fähigkeiten

¹ Weippert, Georg, Instrumentale und kulturtheoretische Betrachtung der Wirtschaft, a.a.O., S.45.

(Arbeit, Wissen) und produktiven Mitteln (Kapital) in Verbindung mit den Gegebenheiten und Kräften der Natur.¹

Diese Bestimmung von Wirtschaft hat mit dem modelltheoretischen »rein wirtschaftlichen Standpunkt« wenig gemeinsam. In diesem Sinne aber ist auch das Genossenschaftswesen zwanglos und ohne weiteres als arteigene wirtschaftliche Daseinsgestaltung zu erkennen und die Genossenschaftslehre als Teildisziplin der Wirtschaftswissenschaft einzuordnen.² Deshalb auch sind unsere Überlegungen zur wirtschaftswissenschaftlichen Methodenlehre ohne weiteres auf die Genossenschaftslehre anwendbar.

Aus einer solchen Sicht des Ökonomischen wird man dem modernen Genossenschaftswesen nicht erst in den letzten Jahren das Prädikat »Ökonomisierung« zuerkennen können. Aus dieser Sicht sind die gelegentlich ideologisch und emotional aufgeladenen früheren genossenschaftlichen Entscheidungen und Verhaltensweisen nicht weniger ökonomisch und vernünftig gewesen als heutiges genossenschaftliches Wirtschaften. Wäre es anders, müßte man auch die unternehmerischen Pionierleistungen eines Raiffeisen, Schulze-Delitzsch und vieler sonstiger »Väter« des Genossenschaftswesens als unvernünftig und unökonomisch bezeichnen. Was sich verändert und entwickelt hat, sind vielmehr die Formen ökonomischer Gestaltung und die Inhalte der praktischen wirtschaftlichen Vernunft aufgrund veränderter Gesamtbedingungen des Daseins.

3. Die modelltheoretische Betrachtungsweise in der Genossenschaftswissenschaft

Obgleich die Vielfalt und Komplexität der Zielsetzungen, Formen und Zusammenhänge historisch gewordenen und gegenwärtig anzutref-

1 Vgl. hierzu Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.226-233.

2 Vgl. Höfken, Karl-Heinz, Die begriffliche Bestimmung der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft, a.a.O., S.143-152.

fenden Genossenschaftswesens bekannt sind¹, und obgleich insbesondere dessen »sozialer Gehalt«, der in der Problematik der "Personenvereinigung"² nur zu einem (freilich überwiegenden!) Teil erfaßt werden kann, von jeher ohne Zweifel feststeht³, werden überraschenderweise in der Genossenschaftslehre diese Tatsachen immer wieder ignoriert.

Genossenschaftswissenschaftliche Modellanalysen sind zahlreich. Nicht immer wird von ihren geistigen Urhebern deren rein instrumentaler Charakter erkannt, und in der Regel werden bei den daraus abgeleiteten »Folgerungen, Empfehlungen usw.« die Grenzen der nur logischen Richtigkeit hin zur tatsächlichen Gültigkeit weit überschritten.

Die in der Genossenschaftswissenschaft bisher durchgeführten Modellanalysen können mit Nutzen nach dem Umfang der in ihren Axiomen und Hypothesen berücksichtigten genossenschaftlichen Sinnatbestände gegliedert werden.⁴ In dieser Hinsicht lassen sich drei Theorietypen abgrenzen:

1 Vgl. hierzu z.B.: Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, a.a.O., S.14 f.; sowie vom gleichen Autor, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.203 f.

2 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, a.a.O., S.16 ff.

3 Vgl. z.B.: Back, Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens, seine soziale, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung, a.a.O. - Sowie: Weippert, Georg, Die kulturellen Aspekte des Genossenschaftswesens, in: Aktuelle Genossenschaftsprobleme, Bern 1953. - Ebenso: Albrecht, Gerhard, Der sozialpolitische Grundauftrag der Genossenschaft, in: Bl. f. Gen.wesen Jg.108 (1962), S.180-188.

4 Auch andere Kriterien zur Ordnung der Modelltheorien könnten verwendet werden. Wir haben es uns jedoch nicht zur Aufgabe gemacht, eine vollständige Übersicht über diese Theorietypen zu geben, obgleich dies für die Selbsterkenntnis der Genossenschaftswissenschaft recht fruchtbar sein dürfte.

a. Wirklichkeitsnahe, differenzierte Modelle

Damit sind Modelle gemeint, in die neben »rein ökonomischen« Kategorien auch außerökonomische, insbesondere soziale Zielsetzungen und Tatbestände im Interesse der Wirklichkeitsnähe und zum Zwecke der besseren Anwendbarkeit der erzielten Ergebnisse aufgenommen werden. Ein Beispiel dafür ist der Versuch Seraphims auf der Internationalen Genossenschaftswissenschaftlichen Tagung 1957 in Erlangen, in einer "wirklichkeitsnahen Theorie" das Wesen der Genossenschaft zu erfassen.¹ Er geht dabei von einer "Tendenz abnehmen der Gewichtigkeit außerökonomischer Zielsetzungen"² aus, wobei als ökonomisches Ziel die optimale Bedarfsdeckung durch rationalen Mitteleinsatz entsprechend dem ökonomischen Prinzip angenommen wird³. Nach einer sehr sorgfältigen und fundierten Würdigung des Seraphimschen Versuches, kann sich Draheim "des Eindrucks nicht erwehren, daß Seraphim dem Bannkreis der 'reinen Theorie' noch nicht entronnen ist und nur einen ersten zögernden Schritt zur lebendigen Anschauung der vielgestaltigen Wirklichkeit getan hat. Die betonte Vorherrschaft des Ökonomischen in Voraussetzungen und Gedankenführung hat die Meinung entstehen lassen, daß Seraphim sogar selbst ein Vertreter der 'reinen Theorie' sei."⁴ Dieses Urteil findet seine Begründung freilich nicht nur in der Zieleinengung (zumal der Seraphimsche Wirtschaftsbegriff recht erweiterungsfähig ist), sondern auch in der fragwürdigen Vermischung realtypischer Anschauung der Genossenschaftswirklichkeit mit "denkmöglichen Variationen des Idealtyps" (Weippert) Genossenschaft.

1 Seraphim, Hans-Jürgen, Wie muß eine wirklichkeitsnahe Theorie das Wesen der Genossenschaft erfassen?, in: ZfgG Bd.8 (1958), S.56-69.

2 Seraphim, Hans-Jürgen, Wie muß eine wirklichkeitsnahe Theorie das Wesen der Genossenschaft erfassen?, a.a.O., S.63.

3 Vgl. Seraphim, Hans-Jürgen, Die genossenschaftliche Gesinnung und das moderne Genossenschaftswesen, Karlsruhe 1956, S.14.

4 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.230/231.

b. »Rein ökonomische« Modelle

In einer Vielzahl genossenschaftstheoretischer Modelluntersuchungen wird unbefangen der »rein ökonomische Standpunkt« eingenommen. Das hat zur Folge, daß Genossenschaften ausschließlich als Wirtschaftsgebilde mit materiell-ökonomischen Förderungsaufgaben unter Annahme des ökonomischen Prinzips als Handlungsmaxime untersucht werden, wobei im Hintergrund das Ziel der Nutzen- oder Gewinnmaximierung der Mitgliederwirtschaften aufleuchtet. Mit Hilfe zusätzlicher mehr oder weniger wirklichkeitskonformer Strukturaxiome wird sodann jeweils ein Idealtypus Genossenschaft konstruiert und zum Ausgangspunkt logischer Deduktionen gemacht.

Die Wahrheit wird damit im Ansatz schon außer Geltung gebracht: "Die umfangreiche deskriptive Literatur über Entstehung und Entwicklung des modernen Genossenschaftswesens in den verschiedenen Volkswirtschaften und Epochen zeigt eindeutig, daß neben (den) ökonomischen Motiven eine Anzahl von außerökonomischen Motiven verfolgt wurden und zuweilen eine überragende Stellung innerhalb der von den Genossenschaften aufgestellten Rangordnung der Ziele einnahmen. Ethische, religiöse, politisch-klassenkämpferische, bildungspolitische, sozialpolitische Ziele, um nur einige zu nennen, standen an der Wiege des modernen Genossenschaftswesens und werden z.T. noch heute von den Genossenschaftlern neben den ökonomischen angestrebt. Da wir jedoch eine rein ökonomische Analyse des Genossenschaftswesens durchzuführen beabsichtigen, ist die Unterstellung von anderen als ökonomischen Motiven auf seiten der Genossenschaftsmitglieder mit diesem Vorhaben nicht zu vereinbaren."¹ "Der praktisch und politisch Handelnde (wird) ausdrücklich auf den rein ökonomischen Charakter der Untersuchung aufmerksam gemacht, eine Beschränkung, die notwendigerweise aus der Geltung des Prinzips der Spezialisierung und der damit verbundenen Produktivitätssteigerung auch für den Bereich der Wissenschaften resultiert. Mit dieser Begrenzung wird die übrige gesellschaftswissenschaftliche Problematik des Genossenschaftswesens aus der Er-

1 Ohm, Hans, Die Genossenschaft und ihre Preispolitik, a.a.O., S.14.

örterung nicht etwa ausgeschlossen, weil der Verfasser ihre Bedeutung verkleinern oder gar übergehen möchte, sondern weil dem Wirtschaftswissenschaftler die Kompetenz für Untersuchungen in diesen speziellen Wissenschaftsdisziplinen abgeht."¹ Obgleich man sich der fiktiven Struktur seiner Modellkonstruktion meistens weitgehend bewußt ist, soll die geleistete Denkarbeit aber nicht nur »Übung« sein: "Sinn einer derartig ökonomischen Interpretation des Genossenschaftswesens ist im wesentlichen die Gewinnung gesicherter Kriterien für die theoretische Analyse des empirischen Genossenschaftswesens."²

Hier handelt es sich im engeren Sinne um die von Draheim so bezeichnete »ökonomisch-rationale Theorie«. Zu ihr rechnen die Arbeiten von Liefmann³, Ohm, Emelianoff⁴ und Robotka⁵, um nur einige zu nennen.

Derartige Modelltheorien führen zu Thesen, die den Wahrheitskriterien der Wissenschaft nicht standhalten und daher nur sehr bedingt brauchbar sind. Draheim hat - neben vielen anderen- zu verschiedenen Gelegenheiten diese »reine Theorie« grundsätzlich und auch in Hinblick auf spezielle Sachfragen einer eindringlichen Kritik unterzogen.⁶ Sie zeigt, daß der Anwendungsbereich rein ökonomischer Genossenschaftstheorie im modelltheoretischen Sinne aufgrund der Eigenart des Genossenschaftswesens enger ist als in an-

1 Ohm, Hans, Die Genossenschaft und ihre Preispolitik, a.a.O., S.4.

2 Ohm, Hans, Die Genossenschaft und ihre Preispolitik, a.a.O., S.5.

3 Liefmann, Robert, Die Unternehmungsformen mit Einschluß der Genossenschaften und der Sozialisierung, Stuttgart 1923.

4 Emelianoff, Ivan v., Economic Theorie of Cooperation, Washington D.C. 1948.

5 Robotka, Frank, Eine Theorie des Genossenschaftswesens, in: ZfgG Bd.5 (1955), S.155-175; ders., Vom Nutzen der Genossenschaftstheorie, in: ZfgG Bd.8 (1958), S.70-82; - vgl. auch S.240/241 dieser Arbeit.

6 Vgl. Draheim, Georg, Die morphologische Betrachtung der Genossenschaften im Verhältnis zu anderen Betrachtungsweisen, a.a.O., S.52-58; ders., Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.231 f.

deren sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Zwar hat sich die Modelltheorie auch in der Genossenschaftslehre als nützlich erwiesen, dennoch ergibt sich, daß "eine rein ökonomische Betrachtungsweise nur hilfsweise, als ein heuristisches Hilfsmittel in den Dienst einer befriedigenden Genossenschaftstheorie gestellt werden kann, und daß ihre Ergebnisse schon gar nicht unmittelbar ordnungspolitisch verwendbar sind und - unmodifiziert - nicht nur wenig Erklärungswert besitzen, sondern auch gesellschafts-, rechts- oder wirtschaftspolitisch zu geradezu verhängnisvollen Schlüssen führen können."¹

c. Formale, insbesondere kybernetische Modelle

In neuerer Zeit wird das Erkenntnisobjekt der Genossenschaftswissenschaft über die Einengung auf die rein ökonomischen Sachverhalte hinaus noch weiter reduziert auf deren f o r m a l - o r g a - n i s a t o r i s c h e und ä u ß e r l i c h - i n s t r u - m e n t a l e Phänomene. Sämtliche Sinntatbestände (Ziele, Motive, Prinzipien) bleiben außer Ansatz. Mit dieser Ausklammerung wird n i c h t behauptet, daß die betreffenden Organisationen sinn- und ziellos tätig seien. Vielmehr wird ein dauerndes teleologisches Verhalten des wirkenden Mensch-Maschine-Organisationssystems ausdrücklich unterstellt. Aber, - und dies ist das Entscheidende - nur die f o r m a l e Existenz von Planzielen (die als gemeinsame Interessen aller Beteiligten gedeutet werden) wird für notwendig in den Ansatz aufgenommen; deren m a t e r i e l l e r Gehalt bzw. deren tatsächlicher Sinn wird jedoch ganz ausdrücklich n i c h t mehr als w e s e n s b e s t i m m e n d für die Struktur und Wirkungsweise des Genossenschaftskomplexes angesehen.

Vertreter dieser Auffassung ist Dülfer, der zu dieser Wissenschaftsposition offenbar in »konsequenter« Fortführung der Max-Weber-Forderung nach Wertfreiheit und Objektivität der Wissenschaft

1 Clausing, Gustav, Wirtschaftsstil, Wirtschaftsordnung und Genossenschaftswesen, in: ZfgG Bd.7 (1957), S.90.

gelangt ist. Er nennt sein Vorgehen "kybernetische Betrachtungsweise".¹ Wir kennzeichnen es als formale Unterart der modelltheoretischen Betrachtungsweise.

Zu dieser wissenschaftstheoretischen und methodologischen Beurteilung des Dülferschen Vorgehens geben uns - ganz ungeachtet der festgestellten Tatsache, daß der Ansatz hinsichtlich seiner selbstgewählten Grenzen nicht konsequent durchgeführt worden ist² - zwei Aspekte Anlaß:

a) Dülfer entleert die Genossenschaftstheorie, indem er sie formalisiert. Er klammert alle Ziel i n h a l t e aus der Analyse aus, obgleich er sich bewußt ist, daß sie für die Entstehung, Entwicklung und Wirkungsweise des Genossenschaftswesens von großer Bedeutung waren und sind. Wo aber die Genossenschaftswissenschaft typischen und faktisch wirksamen Gegebenheiten ihres Objektes keine Beachtung gibt, muß sie insoweit ihre zentrale Aufgabe als Erfahrungswissenschaft verfehlen. Und selbst wenn es so wäre, daß die Vielfalt der Zielinhalte des Genossenschaftswesens keiner begrifflichen Abstraktion zugänglich ist - eine These, die positive und teils auch bisher unwiderlegte Theorien mit gegenteiliger Auffassung ignoriert³ - müßte diese negative Allgemeinerfahrung mit allen ihren Konsequenzen wissenschaftlich beachtet werden. Was bedeutet es aber, wenn man zwar z.B. ideologische, religiöse, sozialpolitische, gesellschaftspolitische und andere Zielinhalte ausklammert, trotzdem und zugleich aber annimmt, das Wesen der Genossenschaft bestünde darin, ein bestimmter Typus von O r g a - n i s a t i o n , nämlich ein kybernetisches System, zu sein? Was bedeutet es, wenn nach den optimalen Funktionsbedingungen dieses speziellen Organisationstyps geforscht und deren Verwirklichung durch den Menschen verlangt wird⁴? Bedeutet es nicht notwendig,

1 Dülfer, Eberhard, Strukturprobleme der Genossenschaft in der Gegenwart, a.a.O., S.27.

2 Vgl. S.297 ff. dieser Arbeit.

3 Vgl. S.56 ff. dieser Arbeit.

4 Vgl. Dülfer, Eberhard, Zielsysteme, Entscheidungsprozeß und Organisationsstruktur im kooperativen Betriebsverbund, a.a.O., S.185/186 u. S.195: "Kehren wir jedoch zu dem Gedanken zurück,

daß die Eigenerfordernisse des Organisations m i t t e l s zum zentralen und primären g e n o s s e n s c h a f t l i c h e n Ziel i n h a l t erhoben werden? Diese Auffassung aber kann empirisch nicht bestätigt werden, vielmehr wird sie zumindest immer dann falsifiziert, wenn sie in Widerstreit zu den wahren, wenngleich ausgeklammerten Genossenschaftszielen gerät. So kann das Dülfersche Vorgehen nur zur Klärung der technischen Organisationserfordernisse eines kybernetischen Systems, nicht aber zu einem Sinnverstehen des Zustandes und der Entwicklung des Genossenschaftswesens führen. Letzteres zu leisten ist aber die zentrale Aufgabe der Genossenschaftswissenschaft. Die Klärung der technischen Organisationserfordernisse, insbesondere auch derjenigen, die aus der Anwendung und Verwendung kybernetischer Maschinen in der Genossenschaftsorganisation folgen, ist von brennender Aktualität für die technische Bewältigung der zukünftigen Entwicklung. Ihnen kann aber damit noch nicht im Sinne eines letzten Maßstabes (Erklärungsprinzip!) bestimmende Bedeutung in der Genossenschaftstheorie zukommen. Die immanenten Erkenntnisgrenzen dieser realtechnischen (kybernetischen) Betrachtungsweise unter mehr generellen, geistes- und sozialwissenschaftlichen Aspekten wurden von uns an anderer Stelle bereits aufgezeigt.¹

b) Auch in der Kennzeichnung und Analyse der nur formal-instrumentalen Organisationsphänomene kann Dülfers Vorgehen, trotz der an realen Entwicklungsgegebenheiten orientierten Typisierungen, nicht alle Zweifel ausräumen. Fragen ergeben sich insbesondere dort, wo die Realität nicht voll erfaßt oder im Abstraktionsprozeß zu sehr verengert wird. So werden in Dülfers Überlegungen vorwiegend nur

daß Betriebskybernetik sich nicht in der eigentlich kybernetischen, nämlich analytischen Frage nach dem Verhalten des gegebenen Systems erschöpfen sollte, sondern daß der neue Denkansatz auch für die organisatorische Gestaltung genutzt werden kann. Hier befindet sich der Betriebswirt in einer ähnlichen Situation wie der Konstrukteur einer elektrischen Regelanlage (z.B. Thermostat), die ja auch erst so gebaut werden muß, daß sie Regelungsfunktionen aufweist."

1 Vgl. S.302 f. dieser Arbeit.

die funktionalen und informatorischen »Vermaschungen« des Systems bzw. der Teilsysteme »durchgespielt«. Rechtliche, finanzielle, persönliche und ideelle Verknüpfungen werden in ihrer Wirksamkeit nicht weiter erörtert. Auch wird der vollen genossenschaftsgebildlichen Systemgestalt der Gesamtorganisation nicht zureichend Rechnung getragen. Der Ausgangspunkt ist vorwiegend einzelgenossenschaftlich, und zwar primär genossenschaftlich. Der zentralgenossenschaftliche und verbandliche Überbau und die sonstigen gebildlichen Erscheinungsformen des Genossenschaftswesens werden nur gelegentlich am Rande erwähnt, nämlich dort, wo der kybernetische Ansatz dies für sein Funktionieren zuläßt oder erheischt. Die genossenschaftlich organisierte Wirtschaft ist aber in vieler Hinsicht einen anderen gesamtorganisatorischen Entfaltungsweg gegangen. Als verursachendes Motiv dieser Organisationsentwicklung kann in keinem Fall der Aufbau eines kybernetischen Systems angenommen werden.

V. Die geschichtliche Betrachtungsweise

1. Allgemeine Kennzeichnung

Durch Anwendung der geschichtlichen Betrachtungsweise auch in der Genossenschaftslehre wird an das mit großen Erfolgen, aber auch mit Fehlschlägen verbundene traditionelle Anliegen der historischen Schule der Nationalökonomie angeknüpft. Bei dieser methodischen Richtung der Wirtschaftswissenschaften war seit je ein sehr ausgeprägtes Bemühen vorhanden, die Erkenntnisobjekte wissenschaftlich so zu erfassen, wie sie sich in der geschichtlichen Realität darstellen, also unter Aufweis a l l e r erkennbaren und bedeutungsvollen Merkmale und Interdependenzen. Das Erkenntnisziel war im Grunde immer, eine »Gesamtschau« der geschichtlich gewordenen Wirklichkeit zu geben.

Daß gerade diese Wissenschaftsrichtung die Gefahren eines Abgleitens in den Historizismus und Empirismus zu spüren bekam und daher - auch heute noch - um den Nachweis ihres Wissenschaftsanspruchs

bemüht sein mußte, kann an Hand der Lehrgeschichte ohne Schwierigkeiten gezeigt werden.¹ Dabei wird dieser Anspruch zu Recht erhoben. Diese Betrachtungsweise allein führt aufgrund der Breite und Tiefe ihres Ansatzes und der Systematik ihres Vorgehens zu einer sozialwissenschaftlich zureichenden Erfassung und Analyse der gesellschaftswirtschaftlichen Zusammenhänge.

Der Weg der »älteren historischen Schule« durch Beschreibung ein »Abbild« der Wirklichkeit zu liefern und mit Hilfe des Induktionschlusses zu theoretischen Aussagen zu gelangen, hat sich freilich als unzureichend und falsch erwiesen. Dieses Vorgehen haben wir bereits als empiristische Betrachtungsweise auch in der Genossenschaftswissenschaft vorgestellt.

Es kann heute als klargestellt gelten, daß es sich bei dem Abbilden der Wirklichkeit nicht handelt und niemals gehandelt hat um ein Malen und Striche ziehen, so wie etwa ein Künstler in einem Gemälde die sinnlich erlebte Realität wiedergibt, oder wie etwa ein Fotograf sie abbildet.² Das Abbilden ist nur so zu denken, wie es eben möglich ist, die Wirklichkeit in Idee zu setzen und durch die Sprache (als ein Gefüge von Zeichen) wiederzugeben. Dabei handelt es sich nicht nur um die durch äußere und innere Wahrnehmung erfahrbare Sinnenwelt. In Form von Sätzen können wir auch die durch

1 Vgl. Jahn, Georg, Die Historische Schule der Nationalökonomie und ihr Ausgang - Von der Wirtschaftsgeschichte zur geschichtlichen Theorie, in: Montaner, Antonio (Hrsg.), Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Köln-Berlin 1967, S.41-50.

2 Dieser Vergleich ist zwar auf den ersten Blick zur Veranschaulichung eines Teils der geschichtlichen Betrachtungsweise recht nützlich. Er wird auch von Spiethoff in diesem Sinne verwendet (vgl. Spiethoff, Arthur, Anschauliche und reine volkswirtschaftliche Theorie und ihr Verhältnis zueinander, in: Synopsis (Festgabe für Alfred Weber), hrsg. von E. Salin, Heidelberg 1948, S.632 f.). Im Grunde ist es aber ein recht unglücklicher Vergleich, der zu Mißdeutungen Anlaß gibt und auch wenig geeignet ist, die theoretische Dimension dieses Verfahrens aufzuzeigen. - Vgl. auch Back, Josef, Nationalökonomie und phänomenologische Philosophie, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 126. Bd., III. Folge 71. Bd. (1927), S.232; Höfken, Karl-Heinz, Die begriffliche Bestimmung der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft, a.a.O., S.162 ff.

kategoriale und reine Anschauung erfahrbare Wirklichkeit abbilden.¹

¹ Auf Einzelheiten der Lehre von der Anschauung und die verschiedenen Anschauungsformen können wir hier nicht eingehen. Zur Orientierung verweisen wir auf: Rickert, Heinrich, Unmittelbarkeit und Sinndeutung, Tübingen 1939 (Heidelberger Abhandlungen zur Philosophie und ihrer Geschichte, 28), insbesondere die darin enthaltenen Aufsätze "Über die Welt der Erfahrung" und "Die Methode der Philosophie und das Unmittelbare"; Cramer, Wolfgang, Das Problem der reinen Anschauung, Tübingen 1937 (Heidelberger Abhandlungen zur Philosophie und ihrer Geschichte, 27); Stegmüller, Wolfgang, Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie, a.a.O., S. 61-95, insbesondere S.68 f. ("Sinnliche und kategoriale Erkenntnis"); Flach, Werner, Zur Prinzipienlehre der Anschauung, Hamburg 1963. - Interessant in diesem Zusammenhang ist auch die von Spiethoff betonte Differenzierung der Erfahrung: "Zur Prüfung und Beglaubigung der Gedankenführung bedient sich die anschauliche Theorie der durch Wirklichkeitsbeobachtung gewonnenen Erfahrung, aber sie läßt es nicht mit der 'Gemeinen' bewenden, sondern benötigt der 'Erforschten'. Diese weiterreichende Erfahrung zu erforschen, bedarf es besonderer wissenschaftlicher Beobachtungshilfsmittel. Die Verfahren der Beobachtung sind die tägliche Beobachtung, die wissenschaftliche Einzelbeobachtung, die Statistik, die Historik, worüber ein umfangreiches Schrifttum besteht." In: Anschauliche und reine volkswirtschaftliche Theorie ..., a.a.O., S.594/595.

Exkurs: Es ist für das Verständnis des Standes und der Entwicklungsmöglichkeiten der Genossenschaftswissenschaft nicht unbedeutend, an die Lehre von der Anschauung bzw. Erfahrung - beide Begriffe sind ziemlich identisch - zu erinnern. Den Möglichkeiten sozialwissenschaftlicher Erfahrung ist nur in einer übergreifenden philosophischen Fundierung beizukommen. Diese Möglichkeiten sind nicht durch die sinnliche Wahrnehmung und durch die praktische Erfahrung (i.S.v. Wirtschaftskenntnis) erschöpft. Die Erfahrung weist auch solche dem Geistwesen des Menschen gemäße intellektuelle Formen auf. Diese letztlich auf Intuition zurückzuführenden Prozesse des unmittelbaren Bewußtwerdens nicht-sinnlicher Daseinszusammenhänge und -erscheinungen (z.B. Bedeutungen, Sinngehalte) haben in den Geisteswissenschaften als innere, kategoriale und reine Anschauung grundsätzliche Bedeutung.

Heinrich Rickert verweist neben den psychophysischen Formen der Wahrnehmung mit Nachdruck auf die dem Menschen eigene Fähigkeit des Verstehens, durch die es möglich ist, nichtsinnliche Daseinszustände unmittelbar und evident zu erfassen. Erst die Berücksichtigung auch des » n u r « Verstehbaren macht jene Erfahrungswelt vollkommen aus, deren Feststellung und Erklärung den empirischen Wissenschaften zur Aufgabe gesetzt ist.

Wir wissen uns durchaus in Übereinstimmung mit der modernen Erkenntnistheorie, wenn wir feststellen, daß ohne diese intuitiven Formen von Erfahrung keine Theorie und damit auch keine Wissenschaft möglich ist. Sie sind notwendiger Bestandteil derselben. Wir werden noch in einem anderen Zusammenhang darauf einzugehen

Es bedeutet eine unredliche und unkritische Unterstellung, wenn von der historischen Schule behauptet wird, sie hätte nur die sinnlich erfahrbare Realität abgebildet und ihr Erkenntnisziel wären dementsprechend nur Dingbegriffe gewesen. Ganz und gar ist diese Behauptung verfehlt für die geschichtliche Theorie, so wie sie sich nach dem heutigen Stand selbst begreift. Weder ist der Wirklichkeitsbegriff der nach der geschichtlichen Betrachtungsweise vorgehenden Sozialwissenschaftler auf die sinnlich erfahrbare Wirklichkeit noch ist ihre Weise der Erfahrung auf die sinnlichen Anschauungsformen beschränkt. Auch geht es im Grunde nicht mehr darum, durch Induktionsschlüsse zu theoretischen Aussagen zu gelangen. Eine derartige Kennzeichnung und Kritik der geschichtlichen Betrachtungsweise, wie sie im genossenschaftswissenschaftlichen Zusammenhang neuestens Höfken¹ gegeben hat, geht nach dem heutigen Stand der Dinge völlig an der Sache vorbei. Den Beweis dafür werden wir sogleich noch deutlicher erbringen.

Zumindest seit Spiethoff führt die historische Betrachtungsweise zu einer allen Anforderungen strenger Wissenschaft² genügenden »geschichtlichen Theorie«.

Bei unserer Darstellung der geschichtlichen Betrachtungsweise verzichten wir auf alle von der historischen Schule entwickelten methodologischen Differenzierungen. Sie stellen teils Verfeinerungen

haben, warum Intuition **a l l e i n** in empirischen Wissenschaften freilich nicht genügen kann. Weder ist sie ohne weiteres erzwingbar, noch können die durch solche Erfahrungsweise gewonnenen Erkenntnisse ohne kritische Prüfung das Prädikat »wissenschaftlich« in Anspruch nehmen.

1 Höfken, Karl-Heinz, Die begriffliche Bestimmung der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft, a.a.O., S.162-166.

2 Wir haben diese Anforderungen auf S.311-329 dieser Untersuchung generell skizziert. - Von **s t r e n g e r** Wissenschaft sprechen wir, wenn die jeweilige Erkenntnis zureichend begründet und durch anerkannte methodische Operationen, vornehmlich Schlußverfahren, gewonnen sind. Diese logische Exaktheit ist weder zu wechseln mit Mathematisierung und Errechenbarkeit der Erkenntnisse noch mit Genauigkeit im Sinne naturwissenschaftlicher Meß- und Prüfverfahren.

des Grundverfahrens für besondere Erkenntnisanliegen dar, teils aber auch nur einseitige Übersteigerungen einzelner seiner Merkmale. Je nachdem, worauf der Akzent des Vorgehens gelegt ist, wechselt oft auch der Name für das Verfahren: »Geschichtliche Theorie«, »Stiltheorie«, »anschauliche Theorie«, »verstehende Theorie«, »empirische Theorie«.¹

Kennzeichnend für die geschichtliche Betrachtungsweise ist weniger die anzuwendende Erkenntnismethode – diese ist formal vorgegeben in der allgemeinen wissenschaftlichen Methodenlehre und damit zwar wichtig, ja selbstverständlich, aber nicht charakteristisch – als vielmehr die Art und Weise der Schöpfung ihres Erkenntnisobjektes aus der historisch erfahrbaren Realität.

Die geschichtliche Theorie bezieht sich in ihren Beschreibungen und Erklärungen ganz konsequent auf die objektivierte Tatsachenwelt in ihrer Fülle und Mannigfaltigkeit. Weil aber allen Objektivationen der menschlichen Kultur, auch den sich gerade vollziehenden, das Merkmal der Geschichtlichkeit anhaftet, wird die zu deren Erforschung angewandte Betrachtungsweise u.E. am treffendsten als »geschichtliche« bezeichnet. Ihr Erfahrungs- und Erkenntnisobjekt steht im Perfekt. Das bedeutet aber nicht – um es gleich noch einmal zu betonen –, daß geschichtliche Theorie mit Wirtschaftskunde oder Wirtschaftsgeschichte zu identifizieren ist.

Die Gültigkeit geschichtlicher Theorien ist beschränkt auf das jeweils untersuchte Zeit-Raum-Gebiet, innerhalb dieses Bereiches wird aber allgemeine Gültigkeit beansprucht²: Im betreffenden Zeit-Raum-Gebiet werden alle wichtigen Bestimmungs- und Bedingungsfak-

1 Vgl. Spiethoff, Arthur, Anschauliche und reine volkswirtschaftliche Theorie ..., a.a.O., S.648 f.; Weippert, Georg, Vom Werturteilsstreit zur politischen Theorie, a.a.O., S.158; Clausing, Gustav, Arthur Spiethoffs wissenschaftliches Lebenswerk, a.a.O., S.250 ff.

2 Vgl. Clausing, Gustav, Arthur Spiethoffs wissenschaftliches Lebenswerk, a.a.O., S.255.

toren des Erkenntnisobjektes ihrer wahren Bedeutung entsprechend ausgewiesen und erklärt (Abbild der Wirklichkeit). Ganz im Gegensatz zu modelltheoretischem Vorgehen wird bewußt davon abgesehen, nur bestimmte Merkmale und Faktoren für die Analyse heranzuziehen oder einzelne derselben in ihrer Bedeutung zu übersteigern, wie dies bei idealtypischem Vorgehen geschieht.

Auch wird das Objekt in seiner vollen Breite, d.h. in seiner interdependenten Verbundenheit mit den übrigen Kulturbereichen erfaßt. So werden bei der Analyse ökonomischer Probleme die relevanten gesellschaftlichen, technischen, rechtlichen und politischen Einflußfaktoren mitberücksichtigt. Dies ist auch der Grund, warum von der geschichtlichen Betrachtungsweise in der Regel gesagt wird, daß sie zu einer »Gesamtschau« des Objektes führt. Einer Einengung auf den »rein ökonomischen Standpunkt« der Modelltheorie waren die der geschichtlichen Betrachtung verbundenen Wissenschaftler objektbedingt von jeher abgeneigt; weit öfter schon waren sie in Gefahr, ihre Disziplin als **W i r t s c h a f t s w i s s e n s c h a f t** aufzugeben und zu Kulturwissenschaft, Gesellschaftswissenschaft, Geschichtswissenschaft oder Philosophie auszugreifen. Ein Grund dafür liegt, wie noch zu zeigen sein wird, darin, daß es der geschichtlichen Theorie nicht zureichend möglich ist, ihr Erkenntnisobjekt zu bestimmen. Hierzu benötigt sie die reine Theorie als Wesenslehre (Ontologie).¹

2. Die methodologische Struktur

Nach diesen für die geschichtliche Betrachtungsweise kennzeichnenden Hinweisen auf die wirklichkeitsnahe Erfassung des Objektes in seiner kulturellen und geschichtlichen Eigenart erscheint es nun aus mehreren Gründen nicht überflüssig, auch das adäquate **m e t h o d i s c h e** Vorgehen noch einmal deutlich vorzuführen. Damit stellen wir klar, in welcher Weise und in welchem Sinne die

¹ Vgl. Back, Josef, Nationalökonomie und phänomenologische Philosophie, a.a.O., S.235 ff.

erzielten Erkenntnisse als wissenschaftlich und theoretisch zu bezeichnen sind. Wir können hierzu jetzt auf die Darstellung der nicht-induktiven Reduktion im Rahmen unserer Überlegungen zur allgemeinen wissenschaftlichen Methodenlehre unmittelbar Bezug nehmen.¹ Unter weitgehender Vermeidung von Wiederholungen wollen wir aufzeigen, in welcher Weise dem geschichtlichen Verfahren in wirtschafts- und genossenschaftswissenschaftlichen Untersuchungen nach dem gegenwärtigen Stand der Logik und Wissenschaftstheorie zu entsprechen ist.

Der e r s t e S c h r i t t im methodischen Vorgehen der geschichtlichen Betrachtungsweise besteht in der F e s t s t e l - l u n g d e r theoretisch zu erklärenden G e g e b e n - h e i t e n im Sinne des »nun aber B« der Reduktionsdefinition. Es wird die Frage gestellt nach dem »was ist« bzw. »was war«. Diese gegebenen Phänomene werden durch unmittelbare Anschauung (Erfahrung) der Wirklichkeit gefunden und durch einfache Beschreibung festgehalten.

Dabei haben wir uns zweier Eigenheiten, wenn man so will, auch Schwächen oder Grenzen der Tatsachenfeststellung bewußt zu sein.

- a) Noch bevor diese Feststellung beginnen kann, muß man vorwissen-
schaftlich oder auch schon wissenschaftlich gesichert eine »Ah-
nung«, eine »Idee« oder einen »Begriff« von dem zu untersuchen-
den Erkenntnisobjekt haben.² Diese anfänglichen Auffassungen
zeigen sich am ehesten in der Art und Weise wie dem Wissen-
schaftler ein ihn interessierender Gegenstand als Problem er-
scheint; die Problemstellung leitet üblicherweise als roter Fa-
den auch unsere Tatsachenfeststellungen. Wie sollte sonst der
zu untersuchende Wirklichkeitsbereich bestimmt werden können?
Am Beispiel unseres Untersuchungsgegenstandes heißt dies: Wenn
wir an der Realität die organisatorischen Phänomene des Genos-
senschaftswesens aufweisen wollen, müssen wir vorher wissen,

¹ Vgl. S.318 ff. dieser Arbeit.

² Vgl. Popper, Karl, Das Elend des Historizismus, a.a.O., S.95/96.

was Organisation und was Genossenschaftswesen ist.

Diese Aufgabe leistet im Rahmen der Wissenschaften die Wesensforschung, z.B. in Form der Grundbegriffslehre.

- b) A l l e Merkmale, Eigenschaften und Zusammenhänge, die dem Erfahrungsobjekt in der komplexen Tatsachenwelt zugehören, können nicht erfaßt werden. Es muß bewußt eine Auswahl getroffen werden. Diese Auswahl kann nicht, wie es beim modelltheoretischen Vorgehen geschieht, mehr oder weniger willkürlich vorgenommen werden. Es können nicht nur einzelne für einen bestimmten logischen Zusammenhang passende Merkmale herangezogen und der »Rest« als unerheblich bezeichnet werden. Vielmehr müssen alle für den untersuchten Zeit-Raum-Bereich kennzeichnenden und wichtigen Tatsachen festgestellt werden. Eine Überwindung der Mannigfaltigkeit unter Beachtung der genannten Erfordernisse ist möglich durch »generalisierende Abstraktion«. Abstrahiert wird von unwichtigen Merkmalen, Einmaligkeiten und Randerscheinungen. Der Abstraktionsgrad kann und muß dem jeweiligen Erkenntnisziel entsprechend variiert werden. Als Ergebnis des abstrahierenden Verfahrens verbleiben die für ein Objekt charakteristischen Merkmale und Zusammenhänge; man nennt sie auch die *t y p i s c h e n* .

Das Ergebnis der Tatsachenfeststellung ist der *R e a l t y p u s* . Er bezieht sich

1. auf eine "raum-zeitlich bestimmte und begrenzte wirtschaftliche Wirklichkeit";
2. zeichnet sich durch eine mehr oder minder hohe Abstraktion der Wirklichkeit aus; umfaßt aber
3. alle Merkmale eines Erkenntnisobjektes, "durch die es sich von benachbarten Gegenständen unterscheidet und die seine historische Individualität, seine raum-zeitliche Eigenart konstituieren."¹

1 Neuhauser, Gertrud, Grundfragen wirtschaftswissenschaftlicher Methodik, a.a.O., S.121.

Es ist möglich, den Typusbegriff weiter zu fassen, als wir es tun.¹ So ist es möglich, die nachfolgend behandelten Verfahrensstufen »Erklärung« und »Verifikation« mit einzuschließen. Wir beschränken das typisierende Vorgehen auf die zureichende Erfassung der Gegebenheiten. "Hat man einen Typus gebildet, ist die jeweils betrachtete wirtschaftliche Wirklichkeit in ihrer Eigenart, in ihrer historischen Besonderheit, hervorgehoben."²

Der Realtypus bildet auf unserem methodischen Weg den Ausgangspunkt für die zu leistende theoretische Erklärung. "Die heuristische Hauptfunktion der Typen besteht offensichtlich darin, Quasi-Konstanten aufzudecken, d.h. Strukturdaten, Regelmäßigkeiten usw., die sich zwar historisch wandeln, innerhalb eines bestimmten Raum-Zeit-Gebietes aber unveränderlich sind. Typen schaffen damit die Grundlage für Gesetzeshypothesen; denn die Quasi-Konstanten werden in den Quasi-Gesetzen miteinander verknüpft."^{3,4}

1 Spiethoff, Arthur, Anschauliche und reine volkswirtschaftliche Theorie ..., a.a.O., S.641: "Für diejenigen Forscher, die sich des Begriffes Realtyp bedienen, muß darauf hingewiesen werden, daß wir auf unserem (methodischen - d.V.) Wege mehreren Realtypen begegnen und daß die Benutzung des Begriffes deshalb unter Umständen die Tatbestände verdunkeln und zu Mißverständnissen Anlaß geben kann. Sowohl die wirklichkeitstreue Arteigenheit, wie die Regelmäßigkeiten, wie das Abbild der Wirklichkeit sind Realtypen, aber sie sind dies auf verschiedenen Strecken der Untersuchung. Diese drei stellen verfeinerte und vertiefte Stufen der Untersuchung dar. Die Beobachtung sich wiederholender Erscheinungen ist die Feststellung der wirklichkeitstreuen Arteigenheit. Hier wird nur die beobachtete Erscheinung festgehalten, ohne daß ihre Verknüpfung mit der Umwelt und ihre Erklärung geboten würde. Dies beginnt mit der Erforschung wesentlicher Regelmäßigkeiten und findet im allumfassenden Abbild der Wirklichkeit mit der Ursachenerklärung seine Vollendung."

2 Neuhauser, Gertrud, Grundfragen wirtschaftswissenschaftlicher Methodik, a.a.O., S.124.

3 Neuhauser, Gertrud, Grundfragen wirtschaftswissenschaftlicher Methodik, a.a.O., S.125.

4 Vgl. auch Clausing, Gustav, Arthur Spiethoffs wissenschaftliches Lebenswerk, a.a.O., S.250/251.

Der z w e i t e methodische S c h r i t t der geschichtlichen Betrachtungsweise besteht in der E r k l ä r u n g der Gegebenheiten. Damit erst wird in einem engeren Sinne eine theoretisch-wissenschaftliche Leistung erbracht. Man darf also nicht, wie es in der historischen Schule der Nationalökonomie lange Zeit geschehen ist, bei einer Beschreibung der Wirklichkeit stehenbleiben, sondern muß zu einer »erklärenden Beschreibung« gelangen, - um es mit den Worten Spiethoffs zu sagen.¹ Dazu muß ganz entschieden die Frage gestellt und beantwortet werden, w a r u m das Gegebene so und so ist oder war.

Die Erklärung eines Sachverhaltes kann in einfach gelagerten Fällen durchaus ohne allen Zweifel klar und unmittelbar offensichtlich sein. "In aller Regel kann bei verwickelten Zusammenhängen (aber - d.V.) die Erkennung der entscheidenden Regelmäßigkeiten und die Ursacherklärung nur auf mittelbarem Weg durchgeführt werden."²

Die Erklärung im Sinne des »wenn A, dann B« der Reduktionsdefinition ist durch rein logische Operationen nicht erzwingbar (- wenngleich sie im nachhinein eine logische Verknüpfung mit den zu erklärenden Gegebenheiten aufweisen muß -), vielmehr nur in einem Akte der I n t u i t i o n , verstanden als »innere« bzw. »geistige« Erleuchtung zu e n t d e c k e n . "Theorien werden erfunden, sie sind das Ergebnis der Imagination. Nur Menschen mit starker Vorstellungskraft können daher die Wissenschaft vorwärtstreiben."^{3,4} Bei aller Anerkennung des Ranges schöpferischer Einfälle wird dennoch zu beachten sein, daß diese erklärenden Ideen sich gewöhnlich nicht spontan und ohne besonderes Zutun einstellen, sondern nur in einem ständigen Wechselspiel von praktischer Erfahrung, Tatsachenbeobachtung und Kontemplation heranreifen.

1 Spiethoff, Arthur, Anschauliche und reine volkswirtschaftliche Theorie ..., a.a.O., S.596.

2 Spiethoff, Arthur, Anschauliche und reine volkswirtschaftliche Theorie ..., a.a.O., S.619.

3 Feyerabend, Paul, Wissenschaftstheorie, a.a.O., S.335.

4 Vgl. Popper, Karl, Das Elend des Historizismus, a.a.O., S.106.

In dem bisher vorgeführten Stadium einer wissenschaftlichen Untersuchung werden die gefundenen Erklärungen üblicherweise als Hypothesen bezeichnet. Ihr Erklärungsgehalt wird möglicherweise und sogar in aller Regel über die zugrunde gelegten realtypischen Gegebenheiten hinausgehen.

Nicht jede mögliche Erklärung wird nach dem heutigen Stand der Wissenschaftstheorie zugelassen. Zum Zwecke der Abgrenzung von Pseudoerklärungen sind im Rahmen der Erfahrungswissenschaften eine Reihe von "Adäquatheitsbedingungen" zu beachten:¹

1. Die Erklärung muß ebenso wie das zu Erklärende einen empirischen Gehalt besitzen. Das Kriterium »empirischer Gehalt« ist einer weiten Auslegung fähig. Es braucht keineswegs auf sinnliche Wahrnehmungen beschränkt zu werden. Dieses Kriterium soll eine Abgrenzung gegenüber rein logischen und mathematischen Erklärungen einerseits und gegenüber metaphysischen Erklärungen andererseits sichern.
2. Das zu Erklärende muß rein logisch aus der Erklärung ableitbar sein, und zwar auf deduktivem Wege.
3. Die Erklärung muß wahr sein oder wenigstens für wahr gehalten werden. Daraus folgt die unbedingte Notwendigkeit der Verifizierung von Hypothesen, in deren Begriff durchaus noch die Möglichkeit der Unwahrheit verankert ist. Die Forderung nach Verifizierung von Hypothesen gilt heute unbedingt - auch für wahre. Es genügt nicht mehr, intuitive Einsichten zu haben. Man möchte ganz sicher gehen; man möchte wissen und zeigen, daß Erklärungen wahr sind. Deshalb muß ein angemessener zusätzlicher Nachweis dafür erbracht werden.

Auf die Frage nach dem Warum eines beobachteten und problematischen Tatbestandes kann in ganz unterschiedlicher Weise Antwort gegeben werden. Je nach dem Charakter des Erklärungsinhaltes sind mehrere Erklärungsstypen zu unterscheiden.² Als

1 Vgl. Stegmüller, Wolfgang, Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie, a.a.O., S.451.

2 Vgl. dazu Bocheński, I.M., Die zeitgenössischen Denkmethoden, a.a.O., S.112 ff.

auch für sozialwissenschaftliche Untersuchungen besonders wichtige Typen heben wir die genetische, die teleologische, die funktionale und die verallgemeinernde Erklärung hervor.

Die g e n e t i s c h e Erklärung bestimmt den zu erklärenden Tatbestand als Folge eines zeitlich früher gelegenen Geschehens. Beispiel: Der Rückgang des Sozialproduktes im Jahre X als Folge eines in diesem Jahre stattgefundenen Streiks.

Unter einer t e l e o l o g i s c h e n Erklärung kann man sehr Verschiedenes verstehen. Äußerst umstritten ist es, ein Phänomen in einem überhaupt noch nicht seienden, erst in der Zukunft liegenden Grunde verursacht zu sehen. In diesem Sinne wollen wir eine teleologische Erklärung nicht verstehen. Vielmehr bezeichnen wir damit einen für sozialwissenschaftliche Untersuchungen sehr wichtigen anderen Sachverhalt. Wir wissen, daß z.B. alle wirtschaftlichen Handlungen und Gestaltungen Ergebnis menschlicher Entscheidungen sind. Diese Entscheidungen werden in der Regel in Hinblick auf ganz bestimmte Zielsetzungen getroffen. Es muß als ein sozialwissenschaftlich besonders adäquates, fruchtbares und zureichendes Erklärungsverfahren angesehen werden, die jeweiligen Zustände und Entwicklungen der geschichtlichen Erfahrungswelt auf die ihnen zugrunde liegenden Zielvorstellungen zurückzuführen (Motivforschung).

"Den Gegenstand (der) F u n k t i o n a l a n a l y s e bilden bestimmte Merkmale oder Tätigkeiten von mehr oder weniger komplexen Systemen (Organismen oder Species von solchen; politische, kulturelle und wirtschaftliche Gebilde). Die Frage, w a r u m diese Merkmale vorliegen und diese Tätigkeiten entfaltet werden, wird ... durch den Hinweis auf bestimmte Funktionen oder Aufgaben, die diese Merkmale bzw. Tätigkeiten für die Erhaltung des Systems zu erfüllen haben, (beantwortet)."¹

1 Stegmüller, Wolfgang, Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie, a.a.O., S.458.

V e r a l l g e m e i n e r n d e Erklärungen sind das in der Regel angestrebte Theorie-Ideal. Gelegentlich wird der Begriff eines wissenschaftlichen Gesetzes auf solche Erklärungen allein beschränkt. Allgemeine Gesetze spielen in den empirischen Naturwissenschaften eine zentrale Rolle. Das Induktionsverfahren hat sich dort bewährt. Allgemeingültige Gesetze in den Sozialwissenschaften sind aus verschiedenen Gründen höchst problematisch und kaum bekannt.¹ Wir hatten objektbedingt die (unvollständige) Induktion ganz außer Betracht gelassen. Trotzdem werden verallgemeinernde Erklärungen auch in sozialwissenschaftlichen Analysen angestrebt.² Die dort bekannten und gebräuchlichen Gesetze werden nach dem heutigen Erkenntnisstand in der Regel freilich nicht als Allaussagen formuliert, sondern mit einschränkenden Gültigkeitsindizes versehen. Es handelt sich - grob gesagt - um Wahrscheinlichkeitsaussagen in einem begrenzten Raum-Zeit-Gebiet. Derartige Gesetze kommen auf intuitive Weise zustande. Aber auch die teilweise Wiedereinführung der Induktion in die Erfahrungswissenschaften wird getragen von neueren philosophischen und wissenschaftstheoretischen Untersuchungen.³ Wir brauchen auf diese Zusammenhänge im einzelnen nicht einzugehen. In Erinnerung zu behalten ist aber: Die Gesetzmäßigkeiten des Wirtschaftslebens können nur insoweit wirksam werden als die wirtschaftenden Menschen in ihrem Handeln eine bestimmte Ordnung einhalten. "Die Gesetzmäßigkeit des Wirtschaftslebens ist eine vom Menschen selbst gewollte und gesetzte Gesetzmäßigkeit."⁴

1 Vgl. Neuhauser, Gertrud, Grundfragen wirtschaftswissenschaftlicher Methodik, a.a.O., S.109 ff.

2 Popper, Karl, Das Elend des Historizismus, a.a.O., S.81: "Ein wichtiges Postulat der wissenschaftlichen Methodik besagt, daß wir nach Gesetzen mit unbegrenztem Geltungsbereich suchen sollen. Würden wir Gesetze zulassen, die selbst Veränderungen unterliegen, dann könnten wir Veränderungen niemals durch Gesetze erklären."

3 Carnap, Rudolf, Induktive Logik und Wahrscheinlichkeit, Wien 1959. - Vgl. auch Stegmüller, Wolfgang, Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie, a.a.O., S.467 ff.

4 Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.213.

In engem Zusammenhang mit den aufgezeigten Typen von theoretischen Erklärungen ist das Problem der wissenschaftlichen Begriffsbildung zu sehen, wenigstens soweit es sich um Realbegriffe handelt. Die am Erkenntnisobjekt jeweils aufweisbaren genetischen, teleologischen, funktionalen und allgemeinen Zusammenhänge bestimmen die Struktur realer Begriffe.¹

Insoweit die Erklärung eines gegebenen Tatbestandes gelingt, können wir sagen, daß wir ihn v e r s t e h e n . Wir haben der Wirklichkeit einen Sinn abgewonnen. Oder besser ausgedrückt: Wir haben den ihr innewohnenden Sinn aufgewiesen. "Der Erkenntnisweg beim Verstehen ist ... nicht ein einfaches Subsumieren eines Vorganges unter einen uns bekannten Zusammenhang. Beim Verstehen kommt es vielmehr darauf an, dem vermeintlich Sinnlosen, dem vermeintlich Gesetzlosen seinen Sinn, seine 'Spielregeln' abzufragen. Mittels des Verstehens schließe ich also das bislang Unverstandene an schon Verstandenes an, beziehe ich also das bislang Außenstehende, das bisher 'Transzendente' ... in den bekannten Zusammenhang ein, verleihe ihm 'Immanenz'. ... Verstehen zielt auf Bewußtheitserweiterung, insoferne auch ist Verstehen ein 'fundamentales Erkenntnisziel' (Heidegger)."² Deshalb und in diesem Sinne wird geschichtliche Theorie oft auch als »verstehende Theorie« (Sombart) bezeichnet. Bei genauerem Zusehen zeigt sich jedoch, daß der Verstehensbegriff nicht auf die geschichtliche Theorie beschränkt ist.³

In unserer Darstellung des methodischen Weges der geschichtlichen Betrachtungsweise haben wir bisher die beiden Stufen »Feststellung der Gegebenheiten« und »Erklärung der Gegebenheiten« erörtert. Es verbleibt noch, auf die d r i t t e S t u f e , V e r i f i k a t i o n der Erklärung, hinzuweisen. Deren Notwendigkeit und auch deren generelle Durchführung haben wir bereits früher besprochen und können uns nun kurz fassen.

1 Dies gilt auch für die Grundbegriffe (Wesensbegriffe) eines Erkenntnisobjektes.

2 Weippert, Georg, Vom Werturteilsstreit zur politischen Theorie, a.a.O., S.102.

3 Vgl. Weippert, Georg, Vom Werturteilsstreit zur politischen Theorie, a.a.O., S.158.

Aufgrund der Art und Weise des beschriebenen Vorgehens der geschichtlichen Betrachtungsweise ist eine Teilverifikation der regressiv aufgestellten Hypothese (Theorie) stets schon insoweit gegeben, als diese geeignet ist, die zugrunde gelegten Sachverhalte zu erklären.

Mindestens zwei Gründe verlangen in den Sozialwissenschaften nach einem möglichst hohen Verifikationsgrad:

1. In der Regel kann die Vielfalt der in der Erfahrungswelt unisoliert wirkenden Bestimmungs- und Bedingungsfaktoren nicht vollständig in die Analyse einbezogen werden. Die aufgewiesenen theoretischen Zusammenhänge werden nicht in dem Sinn eindeutig sein, daß sie notwendige u n d genügende Bedingungen für die Erklärung der Tatsachenwelt enthalten. Das Ergebnis werden vielmehr, soweit empirisch gehaltvolle Aussagen in Frage stehen, meist relativ lockere, unvollständige und verschiedener Interpretation zugängliche »Erklärungsskizzen«¹ sein. Hier wird die Notwendigkeit einer zusätzlichen Prüfung der gefundenen Hypothesen ganz offenkundig.
2. In engem Zusammenhang mit dem oben Erwähnten, vor allem aber auch wegen der intuitiven Weise des Zustandekommens von Theorien, besteht die latente Gefahr einer zu abstrakten Formulierung des Erklärungszusammenhangs. Der faktisch-empirische Erklärungswert ist dann nicht oder kaum mehr ersichtlich. Auch in diesem Falle wird der logische Zusammenhang von Theorie und Wirklichkeit nicht mehr eindeutig sein. So ist es zu verstehen, warum oft gleiche, in ihrer Tatsächlichkeit unbestrittene Sachverhalte in ganz unterschiedlicher Weise erklärt werden. Beispiele für das hier Gemeinte sind metaphysische Erklärungen der allerverschiedensten Schattierungen, aber nicht nur diese.

Man kann sich in einer Zeit abnehmender Gläubigkeit und zunehmender Rationalität in der Wissenschaft, die sich vereinbarungsgemäß durch eine kritische Denkhaltung auszeichnet, nicht mit lockeren,

¹ Stegmüller, Wolfgang, Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie, a.a.O., S.456.

mehrdeutigen Erklärungen zufriedengeben, selbst wenn sie wahr sind. Es werden zusätzliche Wahrheitsbeweise für erfahrungswissenschaftliche Hypothesen verlangt.

Derartige Nachweise meinen wir mit Verifikation. Sie kann auf verschiedene Weise geschehen. Zwei Formen sind in den Sozialwissenschaften von besonderer Bedeutung, nachdem Experimente in der Regel nicht möglich sind.

Man kann zusätzliche, mit dem Erklärungszusammenhang nicht in unmittelbarer Beziehung stehende Gründe für die Richtigkeit der Erklärung angeben. Wir bezeichnen diese Form als »Metaverifikation«. Damit ist beispielsweise folgendes gemeint: Bei genetischen Erklärungen ist es bekanntlich nicht immer möglich, die vermutete Ursache eines Ereignisses direkt oder vollständig nachzuweisen. Es genügt in der Wissenschaft aber nicht, die mögliche Existenz einer Ursache anzugeben, vielmehr ist es erforderlich, Gründe für die wahrscheinliche Existenz der Ursache zu nennen.

Als ein in sozialwissenschaftlichen Untersuchungen recht schwerwiegender Beweis für die Wahrheit einer Hypothese kann es gewertet werden, wenn diese sich als fruchtbar erweist für die Erklärung zusätzlicher, in den Gegebenheitsfeststellungen nicht enthaltener Tatsachen. Das Verfahren der Verifikation ist in diesem Falle so zu denken, daß aus den Axiomen der Theorie auf deduktivem Wege (neue) Aussagen abgeleitet werden, deren empirischer Gehalt so gleich feststellbar oder in Zukunft zu erwarten ist.¹

1 Damit ist auch der politische Aspekt von Theorien angesprochen. Wissenschaftliche Politik ist als informative Sachaussage über vernunftorientierte Möglichkeiten der Entwicklung bzw. des Handelns möglich und von Bedeutung. Aufgrund des Zustandekommens der Theorie in engstem Anschluß an die faktischen Gegebenheiten und ihres vereinbarungsgemäß empirischen Gehaltes können diese Möglichkeiten nicht nur als rationale aufgefaßt werden, sondern müssen gleichzeitig auch als reale erscheinen. Diese Möglichkeiten zu ergreifen und zu verwirklichen ist nicht Sache des Wissenschaftlers.

Eine vollständige Verifikation sozialwissenschaftlicher Hypothesen wird in der Regel nie gelingen, obgleich sie logisch erstrebenswert ist. Das Erforderliche ist geleistet, wenn alle bekannten Widersprüche und Zweifel ausgeräumt sind, so daß man, wenigstens vorläufig, von der Richtigkeit der Theorie überzeugt sein kann. In diesem Sinne sind dann alle erfolgreichen sozialwissenschaftlichen Theorien als wahr zu bezeichnen.¹ In dieser Auffassung sehen wir uns im Prinzip auch bestätigt von Spiethoff, der die geschichtliche Betrachtungsweise so schöpferisch im Sinne der auch hier vertretenen »erklärenden Beschreibung« entwickelt hat. "Die Tatsachenforschung muß bis an den theoretischen Gedankengang herangeführt werden. Die Untersuchung ist vollendet, wenn Erklärungseinfall und Tatsachenforschung sich decken, wenn das logisch geschlossene Gedankenbild durch erforschte Erfahrung beglaubigt, wenn jeder Schritt der Gedankenführung erfahrungsmäßig gesichert ist."²

Am Ende der Darstellung der geschichtlichen Betrachtungsweise bleibt eine wichtige Klarstellung zu leisten. Wir haben hier die drei Stufen des methodischen Vorgehens, »Gegebenheiten« → »Erklärung« → »Verifikation«, in einem logisch streng getrennten Nacheinander vorgeführt. In der praktischen Forschungsarbeit wird eine derartig saubere Trennung vor allem aus arbeitstechnischen und darstellerischen Gründen kaum jemals möglich sein. Deshalb wird das Grundverfahren gewöhnlich in zweierlei Weise modifiziert angewandt:

- a) Das Gesamtproblem wird in mehrere Teilschritte zerlegt, diese werden für sich aber nach dem vorgeführten vollen oder dem nachfolgend angegebenen verkürzten Verfahren bearbeitet.
- b) Häufig ist eine Verkürzung des reduktiven Verfahrens auf zwei Stufen zu beobachten, und zwar auf die beiden sinnvoller Weise möglichen Varianten: »Gegebenheiten« → »Erklärung« bzw. »Erklärungseinfall« → »Verifikation«. Beide Formen sind logisch nicht voll befriedigend und verführen leicht zu wissenschaftlicher Un-

¹ Vgl. S.329 dieser Arbeit.

² Spiethoff, Arthur, Anschauliche und reine volkswirtschaftliche Theorie ..., a.a.O., S.621.

genauigkeit, insbesondere zu spekulativen Pseudoerklärungen.

In jedem Falle muß das erfahrungswissenschaftliche Hauptpostulat der geschichtlichen Betrachtungsweise erfüllt bleiben: Die theoretische Gedankenführung hat in enger, dauernder Fühlungnahme mit und Überprüfung an der Erfahrungswelt zu erfolgen. Gerade auf diesen Gesichtspunkt hat auch Spiethoff bei der Kennzeichnung der von ihm entwickelten und vertretenen »methodologischen Botschaft« immer wieder ganz entschieden Wert gelegt.¹ "Es gehört zu den eindrucksvollsten Darstellungen der Werkstattarbeit dieses Forschers, wie hier die Notwendigkeiten, Schwierigkeiten, Gefahren und Grenzen einer 'Gleichschaltung' von Fragestellung, Gedankenführung und Wirklichkeitsforschung dargetan werden, wie es gilt, ... Gedanken- gang und Tatsachenforschung 'in inniger Verbindung miteinander ab- laufen zu lassen'. Darin wird 'das Kernstück, ja, das Wesen an- schaulicher Theorie' gesehen."²

3. Die geschichtliche Betrachtungsweise in der Genossenschafts- wissenschaft

Die gegebene allgemeine Kennzeichnung der geschichtlichen Betrachtungsweise kann auf genossenschaftswissenschaftliche Untersuchungen analog und unmittelbar übertragen werden. Zu klären bleibt, inwieweit sich dieses Verfahren in der Genossenschaftslehre bisher Geltung verschaffen konnte.

Die Methode einer wissenschaftlichen Analyse wird bestimmt durch die Eigenart des zu erforschenden Objektes und durch das erstrebte (theoretische) Erkenntnisziel.

¹ Vgl. Spiethoff, Arthur, Anschauliche und reine volkswirtschaftliche Theorie ..., a.a.O., S.571, 620, 623, 651. - Ders., Die allgemeine Volkswirtschaftslehre als geschichtliche Theorie, in: Festgabe für Werner Sombart, München 1933, S.60.

² Clausing, Gustav, Arthur Spiethoffs wissenschaftliches Lebenswerk, a.a.O., S.252.

Auf die Vielschichtigkeit ("Multidimensionalität" - Draheim) des Erfahrungsobjektes Genossenschaftswesen haben wir in früherem Zusammenhang dieser Arbeit schon hinweisen können. Mit zunehmender wissenschaftlicher Erforschung des Genossenschaftswesens ist diese Erkenntnis gewachsen und immer wieder bestätigt worden.¹ Eine Eigenart der geschichtlichen Betrachtungsweise hatte sich gerade darin gezeigt, in ihrem Ansatz ganz entschieden und umfassend auf die realisierte Erfahrungswelt Bezug zu nehmen.

Eine Differenzierung des theoretischen Erkenntniszieles ergibt sich je nach dem Grad der Generalisierung bzw. der Abstraktion, womit im Grunde nur zwei unterschiedliche Aspekte eines gleichen Sachverhalts bezeichnet sind. Danach lassen sich insbesondere zwei wissenschaftlich bedeutsame Erkenntnisziele unterscheiden:

- a) Bestimmung des allgemeinen Seins eines Gegenstandes überhaupt. Diesem Erkenntnisanliegen versucht die Wesenswissenschaft (Ontologie) zu genügen. Ihr Anliegen und die Struktur ihrer Methode werden wir noch klären. Zwischen geschichtlicher Betrachtungsweise und Wesensbetrachtung besteht ein enger und notwendiger Zusammenhang.
- b) Die Analyse des historisch-konkreten Seins eines Objektes. Dabei haben wir es in einem engeren Sinne zunächst mit systembezogenen objektiven Begriffen und Zusammenhängen² zu tun. Dieses Erkenntnisanliegen kann aber nur in Verbindung mit der Wesenslehre, insbesondere unter Einbeziehung der von ihr geklärten Grundbegriffe geleistet werden. Ontologische Begriffe und Gesetzmäßigkeiten

1 Vgl. Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, a.a.O., S.14; ders., Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.203 f.; Weippert, Georg, Schlußansprache (zur Internationalen Genossenschaftswissenschaftlichen Tagung in Erlangen 1957), in: ZfgG Bd.8 (1958), S.119.

2 Auch dabei handelt es sich um Abstrakta, freilich um stil- bzw. systemabhängige Begriffe und Gesetze. Das zentrale Erkenntnisanliegen geschichtlicher Theorie, so sehr sie um Anwendbarkeit und Wirklichkeitsnähe bemüht ist, besteht dennoch nicht in der Tatsachenerforschung in seiner individuell-konkreten Notwendigkeit und Bestimmtheit. Dieses kann überhaupt nicht Aufgabe einer theoretischen Wissenschaft sein.

müssen notwendig auch in jeder historischen Konkretisierung eines Objektes Geltung haben. An einem Beispiel haben wir bereits gezeigt, wo und warum geschichtliche Theorie auf Wesensbegriffe zurückgreifen muß.¹

Um die dargestellte Differenzierung des theoretischen Erkenntniszieles an einem Beispiel zu verdeutlichen, verweisen wir auf die betriebswirtschaftlichen Untersuchungen Gutenbergs.² Er unterscheidet bei seinen Analysen durchwegs systemindifferente und systembezogene Tatbestände. Beide Aussageklassen werden zwar getrennt erarbeitet, die Eigenart und Notwendigkeit ihrer Verbindung in der geschichtlichen Realität wird dennoch nicht übersehen: "Sie (die systembezogenen Tatbestände - J.D.) werden den systemindifferenten Tatbeständen, ... 'hinzugefügt' und umklammern, fast möchte man sagen, 'kategorial' die systemindifferente Substanz betrieblichen Vollzuges. Denn in jeder betrieblichen Betätigung sind systembezogene immer zugleich mit systemindifferenten Tatbeständen, dem Faktoreinsatz, der Faktorkombination, dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit verbunden. Die systemindifferenten und die systembezogenen Tatbestände sind, so gesehen, aufeinander angewiesen und lassen mit ihrem Ineinander erst jene Gebilde entstehen, die man Betriebe nennt, wobei der Ausdruck 'Betrieb' nicht technisch genommen wird, sondern die ganze Fülle an Formen und Varianten in sich einbezieht, die die wirtschaftliche Wirklichkeit im Wandel ihrer grossen Epochen und Systeme aufweist."³

Nach diesen Überlegungen zur Bestimmung der jeweils adäquaten wissenschaftlichen Methode können wir annehmen, daß es mit Hilfe der geschichtlichen Betrachtungsweise möglich ist, das historisch-konkrete Genossenschaftswesen »anschaulich« und d.h. auch theoretisch, zu erforschen. Sie ist die aus der spezifischen Struktur des Ge-

1 Vgl. S.365 dieser Arbeit.

2 Gutenberg, Erich, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 1.Bd., Die Produktion, a.a.O.

3 Gutenberg, Erich, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 1.Bd., Die Produktion, a.a.O., S.12.

nossenschaftswesens folgende "arteigene Methode", zu deren wirklichkeitsnaher theoretischer Analyse.¹

Den Vertretern dieser »Ganzheitsbetrachtung« wird bestätigt, daß sie eine »Gesamtschau« des Genossenschaftswesens anstreben.² Sie wollen "auf eine eigene (! - d.V.) metaökonomisch begründete Haltung verzichten. Da sie ... nach Wirklichkeitsnähe und Anschaulichkeit streben, sind sie bereit, das objektive Vorhandensein nicht rationaler Gestaltungskräfte bei der Strukturanalyse der Genossenschaft als Gegebenheit anzuerkennen. Sich für diese Erkenntnis unzuständig zu erklären, würde bedeuten, die Anwendungsmöglichkeit von Aussagen für die Praxis stark zu verringern."³ Mit dem Hinweis auf die Anerkennung nicht rationaler Gestaltungskräfte wird die Eigenart der geschichtlichen Betrachtungsweise noch recht unzureichend gekennzeichnet. Es geht hier auch um die Erfassung derjenigen, beileibe nicht notwendig irrationalen Gestaltungskräfte, die von einem herkömmlich ökonomistischen Standpunkt aus gerne als metaökonomisch abgetan werden. Es hat daher einen Sinn, im vorausgegangenen Zitat das Wort »eigene« zu betonen. Unter dem Aspekt der Objektbreite kann die geschichtliche Betrachtungsweise, auch in ihrer besonderen Anwendung in der Genossenschaftswissenschaft, nur als "kulturtheoretisch" (Weippert) zureichend charakterisiert werden.⁴ Damit ist ganz deutlich die Aufgabe gestellt, an genossenschaftlichen Phänomenen neben ihren wirtschaftlichen ebenso ihre ethischen, gesellschaftlichen, rechtlichen, politischen und technischen Dimensionen aufzuweisen.

1 Vgl. Seraphim, Hans-Jürgen, Wie muß eine wirklichkeitsnahe Theorie das Wesen der Genossenschaften erfassen?, a.a.O., S.56; ferner Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.222/223.

2 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.208 u. 211.

3 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.211.

4 Vgl. S.433 ff. dieser Arbeit; ferner: Clausing, Gustav, Wirtschaftsstil, Wirtschaftsordnung und Genossenschaftswesen, a.a.O., S.89 f.; Weippert, Georg, Instrumentale und kulturtheoretische Betrachtung der Wirtschaft, a.a.O.

In diesem Sinne besteht das Anliegen der geschichtlichen Theorie darin, "die Wandlungen des Genossenschaftswesens von Epoche zu Epoche, die wesentlichen Verschiedenheiten seiner Gestaltung herauszuarbeiten."¹ Komprimiert, dennoch sehr präzise, beschreibt Seraphim, wie diese geschichtliche Theorie des Genossenschaftswesens zustande kommt und zu verstehen ist: "Eine nur historisierende Betrachtungsweise würde nicht zum Ziele führen. Wir sind deshalb gezwungen, durch den geschichtlichen Ablauf Querschnitte zu machen und auf diese Weise die jeweils für eine Epoche typischen Ausprägungen von Genossenschaften zu ermitteln. Das läßt sich aber nicht durchführen, wenn dieses wissenschaftliche Vorgehen auf ein vereinzelt gesehenes Phänomen des sozial-wirtschaftlichen Bereiches abgestellt wird. Der Forscher wird sich vielmehr zur Aufgabe setzen müssen, den typischen Gesamtzusammenhang der Erscheinungen zu sehen und in diese dann die Einzelerrscheinung einzuordnen, wie es die auf den Grundlagen der deutschen historischen Schule der Nationalökonomie aufbauende realistische Richtung deutscher Sozialwissenschaftler, wie Werner Sombart, Arthur Spiethoff, Waldemar Mitscherlich u.a. mit Erfolg angestrebt haben."²

Aufgrund des methodischen Aufbaus und der inhaltlichen Struktur ihrer Veröffentlichungen dürfen wir als Vertreter der geschichtlich-anschaulichen Betrachtungsweise in der Genossenschaftswissenschaft Albrecht, Back, Clausing³, Henzler, Schachtschabel, Seraphim³ und Weippert³ nennen. Clausing rechnet auch Weisser und Draheim dazu.⁴ Letztere wissen sich persönlich in ihrer Wissenschafts-

1 Clausing, Gustav, Wirtschaftsstil, Wirtschaftsordnung und Genossenschaftswesen, a.a.O., S.91.

2 Seraphim, Hans-Jürgen, Genossenschaftswesen und wirtschaftliche Grundgestalt, in: Vom Wesen der Genossenschaften und ihre steuerliche Behandlung, Neuwied 1951, S.11.

3 Vgl. Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.208 u. 211.

4 Clausing, Gustav, Wirtschaftsstil, Wirtschaftsordnung und Genossenschaftswesen, a.a.O., S.92 u. 94.

haltung der morphologischen Betrachtungsweise verbunden.¹ Wir werden dieses Verfahren in einem späteren Zusammenhang erörtern und dort klarlegen, wieso es dennoch gerechtfertigt ist, beide im Rahmen der geschichtlichen Betrachtungsweise zu nennen.

Eine generelle Identifizierung von Forschern mit bestimmten Untersuchungsmethoden ist in der Regel durchaus problematisch. Es braucht kein notwendiger Zusammenhang zu bestehen. Eine Variation der Betrachtungsweise je nach Untersuchungszweck ist zulässig und üblich. Es gibt aber auch noch andere Gründe für die Schwierigkeiten, die mit der methodologischen Charakterisierung von Forschern generell bzw. einzelner ihrer Veröffentlichungen verbunden sind. Sobald das Verfahren einer wissenschaftlichen Untersuchung nicht klar ausgewiesen und erläutert ist, wird eine zureichende Bestimmung durch Dritte nur in den seltensten Fällen möglich sein. Unter derartigen Voraussetzungen werden sich Schwierigkeiten ergeben, die geschichtliche Betrachtungsweise, insbesondere wenn sie in verkürzter Form oder irgendwie vom Grundverfahren abweichend angewandt wird, an Hand klarer Kriterien von einer differenzierten Modellanalyse oder auch von einer Wesensbetrachtung zu unterscheiden. Als Beispiel für das erstere nennen wir Seraphim, als Beispiel für das letztere Back.

So konnte Draheim mit gutem Grund den auf der Internationalen Genossenschaftswissenschaftlichen Tagung in Erlangen 1957 gehaltenen Vortrag Seraphims mit der modelltheoretischen Betrachtungsweise in Verbindung bringen², während man Seraphim unter Berücksichtigung seines Gesamtwerkes und seiner eigenen methodologischen Aus-

1 Vgl. Draheim, Georg, Die morphologische Betrachtung der Genossenschaften im Verhältnis zu anderen Betrachtungsweisen, a.a.O., S.58; ders., in: Gedanken zur Genossenschaftstheorie und Genossenschaftspraxis, a.a.O., S.41: "Wenn ich mich frage, worin ich die uns verbindenden Gemeinsamkeiten vor allem sehen darf, so sind es die methodologischen Grundlagen der einzelwirtschaftlichen Morphologie und - nicht zuletzt - die im übrigen genossenschaftsangemessene Überzeugung, daß der Mensch als ein im weitesten Sinne soziales Wesen im Mittelpunkt der Wirtschaft und der Wirtschaftswissenschaften stehen sollte."

2 Vgl. 353 dieser Arbeit.

serungen ansonsten zwanglos als geradezu typischen Vertreter der geschichtlichen Betrachtungsweise bezeichnen darf.¹

Der schon erwähnte sachlich bedingte Überlagerungszusammenhang von geschichtlicher Theorie und Ontologie zeigt sich ganz ausgeprägt in den Veröffentlichungen Backs. Er ist sich der Bedeutung von Wesenserkenntnissen als Voraussetzung für die wissenschaftliche Analyse aller realisierten Phänomene des Genossenschaftswesens aufgrund seiner früheren, auch methodologisch sehr ausgeprägten, allgemeinen wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchungen ohne allen Zweifel bewußt. Da Back seine wissenschaftstheoretischen und methodologischen Auffassungen in seinen genossenschaftstheoretischen Veröffentlichungen an keiner Stelle erläutert hat, sind Mißverständnisse nicht ausgeblieben. Ein Beispiel dafür stellt seine Beurteilung durch Draheim dar.² Wir werden darauf im Rahmen der ontologischen Betrachtungsweise zurückkommen und dort auch Backs methodologische Position klären.

Die bei dem Versuch einer eindeutigen methodologischen Zuordnung der vorhandenen Genossenschaftsliteratur feststellbaren Schwierigkeiten haben mehrere, sich oft überlagernde Ursachen:

1. Sie sind Zeichen für ein ungenügendes Methodenbewußtsein der einzelnen Forscher. Wenn erkannt ist, in welchem entscheidendem Maße der Aufbau und das Ergebnis einer wissenschaftlichen Untersuchung von erkenntnistheoretischen und methodologischen Kriterien bestimmt sind, muß es als ein unabdingbares Erfordernis wissenschaftlicher Redlichkeit bezeichnet werden, sich auch in diesen Grundfragen klar auszuweisen.
2. Sie sind Zeichen für eine je nach dem Untersuchungszweck oft notwendige und übliche Anwendung unterschiedlicher Betrachtungsweisen, manchmal sogar innerhalb einer Analyse. So kann es durchaus sinnvoll sein, einzelne Probleme modelltheoretisch zu klären.

¹ Vgl. Clausing, Gustav, Wirtschaftsstil, Wirtschaftsordnung und Genossenschaftswesen, a.a.O., S.92 u. 96.

² Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.211 ff.; ferner S.427 ff. dieser Arbeit.

Auch wird jede fundierte geschichtliche Theorie ontologische Grundeinsichten zur Voraussetzung haben. In jedem Falle sollten derartige Variationen und Übergänge aber klargestellt werden. Ebenso ist eine deutliche Trennung von gesicherten Wirklichkeitsaussagen und intuitiv-hypothetischen Erklärungen zu fordern.

3. Sie sind vor allem aber auch ein Zeichen für den unterentwickelten Stand der Methodenlehre in der Genossenschaftswissenschaft. Die wenigen vorhandenen Klassifikationsversuche¹ zeigen nach unseren bisherigen, mehr am Rande unseres eigentlichen Themas vorgeführten Überlegungen schon recht deutlich deren Unzulänglichkeit. Die Klärung dieser Frage muß als notwendige Voraussetzung für eine Entwicklung der Genossenschaftslehre als Wissenschaft überhaupt bezeichnet werden.

Wir beenden unsere Darlegungen zur geschichtlichen Betrachtungsweise, indem wir uns noch der Anwendungsmöglichkeit für die theoretische Analyse des Erkenntnisgegenstandes »Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens« vergewissern. Dabei können wir uns kurz fassen und die Frage bejahen. Diese Betrachtungsweise ist grundsätzlich geeignet, alle relevanten genossenschaftsorganisatorischen Merkmale (Sinn- und Formtatbestände) sozialwissenschaftlich zureichend zu erfassen und theoretisch zu erklären. Eingehendere methodologische Überlegungen zu unserem speziellen Untersuchungsthema werden wir im Rahmen der morphologischen Betrachtungsweise geben. Dabei wird sich zeigen, daß letztere eine methodologische Eigenständigkeit streng genommen nicht beanspruchen kann; ihr Erkenntnisinteresse ist auf jene ontologischen und historisch-konkreten Teilbereiche der Wirklichkeit gerichtet, auf die es in einer Theorie der Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens ankommt, nämlich die strukturellen, im besonderen auch die organisatorischen Phänomene.

1 Vgl. S.330 ff. dieser Arbeit.

VI. Die ontologische Betrachtungsweise

1. Terminologische Vorbemerkungen

Wir haben uns nun einer in genossenschaftswissenschaftlichen Untersuchungen recht seltenen, meistens mißverstandenen Betrachtungsweise zuzuwenden, die oft infolge erheblicher Vorurteile ohne nähere Prüfung abgelehnt wird. In den zu Beginn unserer methodischen Überlegungen erwähnten Klassifikationsversuchen wird sie als »essentialistisch-normativ« (Engelhardt) bzw. »genossenschaftsphilosophisch u.ä.« (Draheim) apostrophiert.

In der Nationalökonomie hat diese Betrachtungsweise verschiedene Benennungen gefunden: »phänomenologische Betrachtungsweise«, »Wessenschau«, »ontologische Betrachtungsweise«. Wir wollen klären, was damit im Grunde gemeint ist, ohne uns in eine Einzeldarstellung zu verlieren. Zu diesem Zweck nehmen wir zunächst Bezug auf einige zentrale erkenntnistheoretische und methodologische Auffassungen Edmund Husserls, der zu Beginn dieses Jahrhunderts dieser Denkweise durch seine Forschungen zu einem neuen Durchbruch verholfen hat.

Die phänomenologische Methode ist, zumindest in der Weise, wie sie Husserl vertreten hat, recht umstritten. "Es ist bekannt, daß Husserl sich außerordentlich kritisch und fast immer ablehnend jenen gegenüber verhalten hat, die sich auf seine phänomenologische Methode beriefen. Dies gilt vor allem auch von Scheler und Heidegger. Ist aber darin nicht ein Symptom dafür zu sehen, daß dieser Methode gerade dasjenige fehlt, was sie erst zu einer wissenschaftlichen machen würde: die intersubjektive Überprüfbarkeit, die einwandfreie Kontrollierbarkeit dessen, was unter Berufung auf diese Methode behauptet wird? Bis heute sind uns jedenfalls die Phänomenologen den Nachweis schuldig geblieben, daß ihre Methode diese oberste und unumgängliche Forderung der Wissenschaftlichkeit erfüllt."¹ Auf eine umfangreiche Auseinandersetzung können wir uns

¹ Stegmüller, Wolfgang, Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie, a.a.O., S.89/90.

hier nicht einlassen. Dennoch, in welcher Weise wir dieses Verfahren ihrer inneren Struktur nach für vertretbar halten, werden wir klären. Den graduellen Abstraktions- bzw. Generalisierungszusammenhang mit der geschichtlichen Betrachtungsweise haben wir bereits erwähnt; wir werden darauf zurückkommen.

Dem Begriff »Wesen« werden in der Literatur sehr unterschiedliche erkenntnistheoretische Bedeutungen beigelegt, obwohl er für die Phänomenologen einen sehr bestimmten Sinn hat. Doch auch hier gibt es Unterschiede. Wir werden diese an einigen Beispielen aufweisen. In der Regel wird, vor allem in der zur Wesenswissenschaft ablehnend eingestellten Literatur, erkenntnistheoretisch nicht geklärt und beachtet, in welchem Sinn und in welchem Zusammenhang Wesensbegriffe zu verwenden sind. Nur um Mißverständnissen und Vorurteilen zu entgehen, vermeiden wir es, allgemein von Wesensbetrachtung zu sprechen. Statt dessen vermeinen wir mit Blick auf das für diese Betrachtungsweise charakteristische Erkenntnisziel und zur Unterscheidung von der geschichtlichen Betrachtungsweise mit der Bezeichnung »ontologische Betrachtungsweise« gerade das Richtige zu treffen.

2. Die Erfahrungswelt als Basis der Wesensforschung

Ausgangspunkt der ontologischen Betrachtung ist das Seiende als Inbegriff möglicher Erfahrung.¹ Erfahren werden individuelle Fakten: Dinge, Stimmungen, Sachverhalte, Zusammenhänge usw. Der Inbegriff unserer Erfahrungen ist unsere Welt. Der Inbegriff möglicher Erfahrung, das Seiende, ist die Welt überhaupt. Und dies ist nun kennzeichnend für den phänomenologisch orientierten Forscher, daß er ganz entschieden und unvoreingenommen auf das Seiende, die Phänomene², Bezug nehmen will. Der Ruf "Zu den Sachen!" beflügelt diese

1 Erfahrung ist nicht auf die sinnliche Anschauung begrenzt. Wir hatten darauf schon verwiesen.

2 Zum Begriff »Phänomen« vgl. Heidegger, Martin, Sein und Zeit, 7. Aufl., Tübingen 1953, S.28; Bocheński, I.M., Die zeitgenössischen Denkmethode, a.a.O., S.23.

Forschungsrichtung, die ja nicht nur eine Methode zu vertreten hat.¹

Jedes Phänomen weist bestimmte Sachmerkmale (z.B. Ausdehnung, Gliederung, Konstanz, Elastizität, Abhängigkeit, Sinngehalte, Entstehungsursachen, Distanzverhältnisse) auf, die es klarzulegen gilt. Die so gegebene Sachstruktur hat in der Bezeichnung der Sache, ihrem Begriff, zum Ausdruck zu kommen. Die Beziehung zwischen Bezeichnung und Phänomen wird also nicht als beliebig etiketierbar, sondern als sachbestimmt angenommen. Die Sachstruktur unerforschter, d.h. problematischer Phänomene ist verdeckt. Sie ist entweder überhaupt noch »unentdeckt« oder sie ist wieder »verschüttet« oder sie ist »verstellt« durch (falsche) Vorstellungen.² Aufgabe der Wissenschaft ist es, die jeweils objektiv vorgegebenen Sachmerkmale und Sachverhalte klarzulegen. Das Ergebnis phänomenologischer Forschung sind Realbegriffe. Dies gilt auch für ontologische Kategorien.

Erfahren wird Seiendes immer als Individuelles. "Die fundierenden Erkenntnisakte des Erfahrens setzen Reales i n d i v i d u e l l , sie setzen es als räumlich-zeitlich Daseiendes, als etwas, das an d i e s e r Zeitstelle ist, diese seine Dauer hat und einen Realitätsgehalt, der seinem Wesen nach ebensogut an jeder anderen Zeitstelle hätte sein können; wiederum als etwas, das an diesem Orte in dieser physischen Gestalt ist (bzw. mit Leiblichem dieser Gestalt in eins gegeben ist), wo doch dasselbe Reale, seinem eigenen Wesen nach betrachtet, an jedem beliebigen Ort, mit jeder beliebigen Gestalt ebensogut sein könnte, desgleichen sich ändern könnte, während es faktisch ungeändert ist, oder sich in anderer Weise ändern könnte, als wie es sich faktisch verändert."³

1 Plessner, Helmuth, Husserl in Göttingen, Göttingen 1959, S.9.

2 Vgl. Heidegger, Martin, Sein und Zeit, a.a.O., S.36.

3 Husserl, Edmund, Ideen zu einer reinen Phänomenologie und phänomenologischen Philosophie, in: Jahrbuch für Philosophie und phänomenologische Forschung, 1.Bd., Halle 1913, S.8/9. - (Im folgenden zitiert: Ideen ...)

Mit dem individuell-konkreten Sein des Seienden haben sich die Erfahrungswissenschaften als Tatsachenwissenschaften in » n a - t ü r l i c h e r G e i s t e s h a l t u n g « (Husserl) zu befassen. "In der natürlichen Geisteshaltung sind wir anschauend und denkend d e n S a c h e n zugewandt, die uns jeweils gegeben sind und selbstverständlich gegeben sind, wenn auch in verschiedener Weise und in verschiedener Seinsart, je nach Erkenntnisquelle und Erkenntnisstufe ... Auf diese Welt beziehen sich unsere Urteile. Über die Dinge, ihre Relationen, ihre Veränderungen, ihre funktionellen Änderungsabhängigkeiten und Änderungsgesetze machen wir teils singuläre, teils allgemeine Aussagen. Wir drücken aus, was uns direkte Erfahrung bietet. Den Erfahrungsmotiven folgend, schließen wir vom direkt Erfahrenen (Wahrgenommenen und Erinnerten) auf nicht Erfahrenes; wir generalisieren, wir übertragen dann wieder allgemeine Erkenntnis auf einzelne Fälle, oder deduzieren im analytischen Denken aus allgemeinen Erkenntnissen neue Allgemeinheiten. Erkenntnisse folgen nicht bloß auf Erkenntnisse in der Weise der bloßen Aneinanderreihung, sie treten zueinander in logische Beziehungen, sie folgen auseinander, sie 'stimmen' zueinander, sie bestätigen sich, ihre logische Kraft gleichsam verstärkend. Andererseits treten sie zueinander auch in Verhältnisse des Widerspruchs und Widerstreits, sie stimmen zueinander nicht, sie werden durch g e s i c h e r t e Erkenntnis aufgehoben, zu bloßen Erkenntnispräntationen herabgesetzt. Die Widersprüche entspringen vielleicht der Sphäre der Gesetzmäßigkeit der rein prädikativen Form: wir sind Äquivokationen unterlegen, haben Trugschlüsse begangen, haben uns verzählt oder verrechnet. Steht es so, dann stellen wir die formale Einstimmigkeit her, wir lösen die Äquivokationen auf und dgl.

Oder die Widersprüche stören den Motivationszusammenhang, den die Erfahrung stiftet: Erfahrungsgründe streiten mit Erfahrungsgründen. Wie helfen wir uns da? Nun wir wägen die Gründe für die verschiedenen Bestimmungs- oder Erklärungsmöglichkeiten ab, die schwächeren müssen den stärkeren weichen, die nun ihrerseits solange gelten, als sie eben Stand halten, d.h. solange sie nicht einen ähnlichen logischen Kampf gegen neue Erkenntnismotive, die eine erweiterte Erkenntnisosphäre hereinbringt, auskämpfen müssen.

So schreitet die natürliche Erkenntnis fort. Sie bemächtigt sich in immer weiterem Umfang der von vornherein selbstverständlich existierenden und gegebenen und nur nach Umfang und Inhalt, nach Elementen, Verhältnissen, Gesetzen näher zu erforschenden Wirklichkeit. So werden und wachsen die verschiedenen natürlichen Wissenschaften, die Naturwissenschaften als Wissenschaften von der physischen und psychischen Natur, die Geisteswissenschaften, andererseits die mathematischen Wissenschaften ..."^{1,2} Zu diesen durch natürliche Geisteshaltung fortschreitenden Wissenschaften gehört damit auch die Wirtschaftswissenschaft, und folglich auch die Gesellschaftswissenschaft.

Diese Feststellungen sind im Zusammenhang mit phänomenologisch orientierter Forschungsweise für uns von größtem Interesse. Zu gerne und zu oft wird von den Kritikern dieser Denkhaltung übersehen, daß die nachfolgend zu erörternde ontologische Betrachtungsweise (auch: Wesensschau) nicht die Gesamtheit von Wissenschaft ausmacht. Wir erkennen im übrigen in der oben wiedergegebenen Darstellung der natürlichen Geisteshaltung und der ihr entsprechenden Wissenschaften - meisterhaft zusammengefaßt - auch diejenigen Überlegungen zur geschichtlichen Betrachtungsweise wieder, die wir viel eingehender und in verschiedener Hinsicht neueren erkenntnistheoretischen und methodologischen Entwicklungen angepaßt, vorgeführt haben.

3. Der Wesensbegriff und das Erkenntnisziel der ontologischen Betrachtungsweise

Alles Erfahrene (die "Tatsächlichkeit" oder auch das "So-sein") weist eine ganz bestimmte, individuell-konkrete Formal- und Materialstruktur auf. Es ist in jedem Falle ein "Dies da" (Husserl)³,

1 Husserl, Edmund, Die Idee der Phänomenologie, Haag 1958, S.17/18.

2 Vgl. auch Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.8.

3 Vgl. Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.9.

in seiner Existenz voll bestimmt: Es steht an einer bestimmten Zeitstelle, hat eine bestimmte Dauer, eine bestimmte Gestalt und einen bestimmten Realitätsgehalt (auch "Washeit" genannt), "der seinem Wesen nach ebenso gut an jeder anderen Zeitstelle hätte sein können; ... an jedem beliebigen Ort, mit jeder beliebigen Gestalt ebenso gut sein könnte, desgleichen sich ändern könnte, während (er) faktisch ungeändert ist, oder sich in anderer Weise ändern könnte, als wie (er) sich faktisch verändert."¹ Diesen Realitätsgehalt, der ganz offensichtlich sich nicht in der Existenz des gerade erfahrenen »Dies da« erschöpft, sondern ebenso gut in anderer² Tatsächlichkeit enthalten sein könnte, bezeichnet Husserl als Wesen des »Dies da«. Da dieses Wesen sich nicht in einer individuellen Existenz erschöpft, ist ganz offensichtlich, daß seine Wirklichkeit allgemeiner Art ist. Das Wesen ist ein allgemeiner Gegenstand, es ist das Sein des So-seins, es ist dessen "Superplus"³, dessen "Bedeutungsüberschuß"⁴. Dieser Bedeutungsüberschuß sei am Beispiel der Aussage: »Dieses Buch hat einen roten Einband« gezeigt. Durch eine derartige Feststellung ist die individuell-konkrete Art des roten Einbandes noch nicht geklärt; weder die Rot-Nuance, noch die Größe, Dicke usw. des Einbandes. Aber: Man hat ein allgemeines Wissen von »rot« und von »Einband«. Das allgemeine Sein des Seienden, das Wesen, haben die Wesenswissenschaften als philosophische Wissenschaften, in »philosophischer Geisteshaltung« zu ergründen.⁵

Die Klärung der erkenntnistheoretischen Bedeutung von Wesensaus-

1 Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.8/9.

2 Bei genauerem Zusehen zeigt sich, daß er nicht in allen, d.h. beliebig vielen So-seinsformen enthalten sein kann, sondern nur in einer begrenzten Anzahl. Diese Anzahl ist bestimmt durch die Zahl der Wesensmöglichkeiten.

3 Vgl. Husserl, Edmund, Die Idee der Phänomenologie, a.a.O., S.51.

4 Vgl. Stegmüller, Wolfgang, Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie, a.a.O., S.68.

5 Vgl. Husserl, Edmund, Die Idee der Phänomenologie, a.a.O., S.18 f.

sagen ist mit dieser Darstellung notgedrungen noch unvollkommen und thesenhaft. Die Notwendigkeit, Wirklichkeit und Bedeutung allgemeiner Gegenstände, genannt Wesen, wird von Husserl eindringlich aufgezeigt.¹ Es ist hier nicht unsere Aufgabe, diese Gedankengänge im einzelnen nachzuvollziehen.

Für den Fortgang unserer eigenen Überlegungen sind jedoch zwei Ergebnisse der Husserlschen Klärungen zum Erkenntnisziel der Wesensforschung festzuhalten.

1. Es gehört zum Sinn jedes individuell-konkret Erfahrenen, "eben ein Wesen, und somit ein rein zu fassendes Eidos zu haben, und dieses steht nun unter Wesenswahrheiten v e r s c h i e d e n e r A l l g e m e i n h e i t s s t u f e ." ² Diese Feststellung ist wichtig. Sie bedeutet - neben dem Hinweis auf die Existenz des Wesens und die Art seiner Erfassung - vor allem, daß es die Wesensforschung - in einem weiten Sinn interpretiert - nicht allein mit den anschließend noch zu klärenden ontologischen Apriori zu tun haben braucht. Vielmehr gibt es neben den obersten Wesensallgemeinheiten Besonderungen derselben bis herab zur vollen Konkretion.²

Dieser Hinweis ist e i n e Begründung für unsere Auffassung, daß im Verhältnis von Tatsachenforschung zu Wesensforschung n i c h t ein radikaler, abrupter Bruch erfolgt³, sondern ein allmählicher Übergang stattfindet, dessen Tiefgang durch den Willen und die Fähigkeit zu abstrahierendem und generalisierendem wissenschaftlichen Denken bestimmt ist. Wir werden diese Auffassung auch noch durch unsere Überlegungen zur »Unmittelbarkeit« der phänomenologischen Methode zu stützen wissen.

Husserls Lehrgebäude und Denkweise führt zur radikalen Scheidung von Tatsache und Wesen, von natürlichem Denken und philosophischem

1 Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.9. - (Im Originaltext ohne Sperrung.)

2 Vgl. Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.10.

3 Vgl. Husserl, Edmund, Die Idee der Phänomenologie, a.a.O., S.24 f.

Denken, von natürlichen Erkenntnismethoden und der spezifisch philosophischen Erkenntnismethode¹, obwohl gelegentlich, mehr am Rande, auch wieder die Zusammenhänge und die Untrennbarkeit der jeweiligen Alternativen durchaus betont werden.²

Dieser Bruch hat weitreichende Folgen. Insbesondere führt er für Husserl und viele Phänomenologen zu einer ganz merkwürdigen Geringschätzung der wissenschaftlichen Tatsachenforschung. "Phänomenologische Urteile als singuläre Urteile haben uns nicht viel zu lehren." ... "Besonderen Wert werden wir solchen Urteilen, dies da ist und dgl., die wir rein schauend fällen, nicht beimessen."³ Urteile dieser Art werden auch als subjektiv gestempelt.⁴ Von den Erkenntnissen der Tatsachenforschung soll der Phänomenologe keine Kenntnis nehmen, umgekehrt aber könne Tatsachenforschung nur fort-schreiten aufgrund von Wesenserkenntnissen.⁵

In dieser radikalen Trennung von Wesens- und Tatsachenforschung mit seinen genannten Folgerungen liegt der Keim des Mißverstehens, liegt auch die latente Gefahr für die Wesensforschung verborgen, mit Begriffen zu arbeiten, die im Tatsächlichen nicht mehr greifen, deren Sinn und Bedeutung für d i e s e Welt nicht mehr erkennbar werden.

1 Vgl. Husserl, Edmund, Die Idee der Phänomenologie, a.a.O., S.22-26.

2 Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.8 f.

3 Husserl, Edmund, Die Idee der Phänomenologie, a.a.O., S.48.

4 Husserl, Edmund, Die Idee der Phänomenologie, a.a.O., S.47: "Offenbar ist es aber nichts mit der 'objektiven' Giltigkeit dieser Urteile, sie haben keinen 'objektiven' Sinn, sie haben bloß 'subjektive' Wahrheit."

5 Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.18: "Nach dem Vorstehenden ist klar, daß der Sinn eidetischer Wissenschaft jede Einbeziehung von Erkenntnisergebnissen empirischer Wissenschaften prinzipiell ausschließt. ... Ist nun alle eidetische Wissenschaft prinzipiell von aller Tatsachenwissenschaft unabhängig, so gilt andererseits das Umgekehrte hinsichtlich der Tatsachenwissenschaft. Es gibt k e i n e , d i e a l s W i s s e n s c h a f t v o l l e n t w i c k e l t , rein sein könnte von eidetischen Erkenntnissen und somit unabhängig sein könnte von den, sei es formalen oder materialen eidetischen Wissenschaften."

Wir können uns den genannten Urteilen nicht anschließen. Wir können insbesondere jenen bezeichneten radikalen Bruch nicht mitvollziehen. Dieser ist weder notwendig noch gerechtfertigt.

Wohl steht Wesensforschung wie jede Wissenschaft nicht auf der gleichen Seinsebene wie die Tatsachen selbst. Sie ist als Denken ü b e r diese zu verstehen. Dies gilt aber auch für Tatsachenwissenschaften. Auch hier wird das Seiende in Idee gesetzt und so dem Geiste immanent gemacht. Das Denken des Menschen aber vollzieht sich in seinen Formen und Prinzipien e i n h e i t l i c h und ist in sich nicht gespalten in "natürliches Denken" und "philosophisches Denken".

So gesehen besteht zwischen Wesensforschung und Tatsachenforschung kein Erkenntnisgegensatz, sondern ein notwendiges und fruchtbares, wechselseitiges Ergänzungs- und Übergangsverhältnis.

Im Zusammenhang mit unserer Auffassung vom allmählichen Übergang von Tatsachenforschung zu Wesensforschung bedarf auch die Husserlsche Feststellung von der Z u f ä l l i g k e i t des Tatsächlichen¹ einer Kommentierung. Für ihn ist ja a l l e s Tatsächliche geradezu als Zufälligkeit identifiziert: "Individuelles Sein jeder Art ist, ganz allgemein gesprochen, z u f ä l l i g . Es ist so, es könnte seinem Wesen nach anders sein. Mögen auch bestimmte Naturgesetze gelten, vermöge derer, wenn die und die realen Umstände faktisch sind, die und die bestimmten Folgen faktisch sein müssen: solche Gesetze drücken doch nur faktische Regelungen aus, die selbst ganz anders lauten könnten und die schon voraussetzen, als zum W e s e n von Gegenständen möglicher Erfahrung von vornherein gehörig, daß dergleichen von ihnen geregelte Gegenstände an sich selbst betrachtet zufällig sind."¹

Was heißt nun Zufall im natürlichen Wortsinn? Zufall hat Merkmale des Willkürlichen, Planlosen, Unbestimmten, Beliebigen, Unerklärbaren, Schicksalhaften, ja möglicherweise des Wunderhaften an sich.

1 Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.9.

Ein solcher Sinn nun kann dem Tatsächlichen sicher nicht a l l - g e m e i n abgewonnen werden. Wohl gibt es zufällig Seiendes. Aber selbst als solches ist es, wie alles Seiende, in seiner Existenz voll bestimmt, sonst wäre es ja nicht tatsächlich. Alles Seiende ist, wie es ist und nicht anders und in diesem ihrem So-sein ist die Welt für das Dasein von höchster existentieller Bedeutung. In der Regel ist das Seiende aber n i c h t Ergebnis eines Zufalls. Es ist dann in seiner Existenz erklärbar aus bestimmten Ursachen, gewollten und geplanten Handlungen und hat diesen oder jenen Sinn. Es hat auch in der Regel durchaus nichts Schicksalhafteres oder Wunderhaftes an sich. Daß es sich um das Seiende in Wahrheit so verhält, weiß auch Husserl: "Jedes intellektive Erlebnis und jedes Erlebnis überhaupt, indem es vollzogen wird, kann zum Gegenstand eines reinen Schauens und Fassens gemacht werden, und in diesem Schauen ist es absolute Gegebenheit. Es ist gegeben als ein Seiendes, als ein Dies-da, dessen Sein zu bezweifeln gar keinen Sinn hat. Ich kann zwar überlegen, was das für ein Sein ist und wie diese Seinsweise sich zu anderen verhält, und ich kann ferner überlegen, was h i e r Gegebenheit besagt, und kann, weiter Reflexion ühend, mir das Schauen selbst zum Schauen bringen, in dem sich diese Gegebenheit, bzw. diese Seinsweise konstituiert. Aber ich bewege mich dabei fortgesetzt auf absolutem Grund, nämlich: diese Wahrnehmung ist und bleibt solange sie dauert ein Absolutes, ein Dies-da, etwas, das in sich ist, was es ist, etwas, an dem ich mich messen kann als einem letzten Maß, was Sein und Gegebensein besagen kann und hier besagen muß, mindestens natürlich für die Seins- und Gegebenheitsartung, die durch 'Dies-da' exemplifiziert wird. Und das gilt für alle spezifischen Denkgestaltungen, wo immer sie gegeben sind."¹ Große Bedeutung wird dieser Sphäre absoluter Gegebenheit, die von den Wissenschaften in natürlicher Geisteshaltung erforscht wird, wie wir sahen, aber nicht beigelegt. Vielmehr wird - gerade umgekehrt - das Seiende am Wesensallgemeinen gemessen und die Zufälligkeit des ersteren damit begründet: "Individuelles Sein jeder Art ist ... zufällig. Es ist so, es könnte seinem Wesen nach anders sein."² Dem zweiten Satz dieses Zitats

1 Husserl, Edmund, Die Idee der Phänomenologie, a.a.O., S.31.

2 Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.9.

können wir durchaus zustimmen. Aus ontologischer Sicht kann ein Dies-da seinem Wesen nach auch anders sein. Wir müssen nur gleich hinzufügen: es kann nicht beliebig sein. Es ist in seinen Erscheinungsformen wesensgesetzlich begrenzt; innerhalb eines - oft weitgesteckten - Möglichkeitsrahmens aber variabel, d.h. in seiner Existenz nicht hinreichend bestimmt. Daß es sich so verhält und verhalten muß, wird aus dem Zustandekommen von Wesensaussagen nach Darstellung der phänomenologischen Reduktion zu verstehen sein. Die Rede von der Zufälligkeit des Tatsächlichen erscheint uns aber, auch aus ontologischer Sicht, recht ungenau. Wir wollen sie vermeiden.

2. In der Regel wird Wesensforschung (Phänomenologie) nicht so weit gefaßt wie dies bei strenger Interpretation des Wesensbegriffes möglich wäre und angedeutet wurde. Gewöhnlich wird sie auf O n - t o l o g i e beschränkt, d.h. auf jenen Teilbereich der wissenschaftlichen Disziplinen, der die o b e r s t e n Wesensallgemeinheiten, die a p r i o r i s c h e n Seinskategorien und -zusammenhänge (Grundbegriffe, Grundzusammenhänge, Ideen, Prinzipien) zum Gegenstand hat. Mit derartigen konstitutiven Strukturelementen gehört jede Wissenschaft notwendig der Philosophie zu¹, wenn sie einem naiven Skeptizismus und Subjektivismus entgehen und zu einer erkenntnistheoretisch zureichenden objektiven Grundlage kommen will.

Das Erkenntnisbemühen wesenswissenschaftlicher Forschung z i e l t jedenfalls ganz entschieden auf diese ontologische Basis, die ihre Fundierung in der Erfahrungswelt gleichwohl behält. "Wesensanalyse ist eo ipso generelle Analyse, Wesenserkenntnis auf Wesen, auf Essenzen, auf allgemeine Gegenständlichkeiten gerichtete Erkenntnis. Und hier hat auch die Rede vom Apriori ihre legitime Stelle. Denn was bedeutet apriorische Erkenntnis anderes, mindestens wofern wir die empiristisch verfälschten Begriffe von Apriori ausschließen,

¹ Vgl. Back, Josef, Nationalökonomie und phänomenologische Philosophie, a.a.O., S.225 ff. u. 242 ff.; Husserl, Edmund, Die Idee der Phänomenologie, a.a.O., S.23.

als eine rein auf generelle Essenzen gerichtete, rein aus dem Wesen ihre Geltung schöpfende Erkenntnis?

Jedenfalls ist das der eine berechnigte Begriff von Apriori, ein anderer ergibt sich, wenn wir darunter alle Begriffe verstehen, die als Kategorien eine in bestimmtem Sinne prinzipielle Bedeutung haben, und dann weiter die Wesensgesetze, die in diesen Begriffen gründen.

Halten wir den ersten Begriff von Apriori hier fest, so hat es die Phänomenologie mit den Apriori in der Sphäre der Ursprünge, der absoluten Gegebenheiten zu tun, mit den in generellem Schauen zu fassenden Spezies und mit den apriorischen Sachverhalten, die unmittelbar schaubar sich aufgrund derselben konstituieren. In den Richtungen auf die Kritik der Vernunft, der theoretischen nicht nur, sondern auch der praktischen und jedweder Vernunft ist das Hauptziel freilich das Apriori im zweiten Sinn, die Feststellung der selbst zu gebenden prinzipiellen Formen und Sachverhalte und mittels dieser Selbstgegebenheiten die Realisierung, die Auswertung und Bewertung der mit dem Anspruch auf prinzipielle Bedeutung auftretenden Begriffe und Gesetze der Logik, der Ethik, der Wertlehre."¹

Damit ist das ontologische Erkenntnisziel der Wesensforschung präzise beschrieben und zwar in seiner materialen und formalen Verzweigung. Gleichzeitig wird erneut der weite Bogen zwischen Tatsachenwelt und Metaphysik angesprochen, den der wissenschaftliche Idealismus seit je zu überbrücken bemüht ist.

4. Die eidetische Reduktion (Wesensschau)

Nunmehr haben wir uns der Methode zu versichern, mit der Wesensaussagen zu gewinnen sind. Diese ist in der Form, wie sie Husserl vertreten hat, sehr umstritten.

Die von Husserl entwickelte Methode wird in ihrer Gesamtheit von ihm als "phänomenologische Reduktion" bezeichnet. Sie zerfällt in

¹ Husserl, Edmund, Die Idee der Phänomenologie, a.a.O., S.51/52.

mehrere Teilschritte. Es ist nicht notwendig, diese alle durchzuführen, um zu jenen material-ontologischen Wesensaussagen zu kommen, auf die es in den eidetischen Wissenschaften ankommt. Wir verzichten deshalb darauf, jene erst in den »Ideen zu einer reinen Phänomenologie und phänomenologischen Philosophie« dargestellte, (durch die »transzendente Einklammerung«) " e r w e i t e r t e phänomenologische Reduktion"¹ wiederzugeben. Wir brauchen die verschiedenen Schritte der phänomenologischen Reduktion nur so weit darzustellen, als es für das bezeichnete ontologische Erkenntnisziel notwendig ist.

A u s g a n g s p u n k t der Wesensschau ist das vom Ich in natürlicher Einstellung (Anschauung) unmittelbar als raum-zeitliche Umwelt erfahrene Dasein. Diese unmittelbaren Erlebnisse werden als fundierende Akte der Wesensschau bezeichnet. Die Fundierung hat völlig unvoreingenommen zu geschehen, d.h. unter Ausschaltung aller bisherigen Theorien, Vorurteile und Meinungen über das Erfahrungsobjekt (»historische Einklammerung«). Auf diese Weise wird dem Ich das Dasein unmittelbar und objektiv als Summe individuell-konkreter Anschauungen bewußt. Alle Vorurteile und sonstigen subjektbezogenen Interessen sind ausgeschaltet. Die Anschauung ist völlig und unvoreingenommen auf das Erfahrungsobjekt gerichtet.²

Als nächster Schritt erfolgt an dem durch solche Erfahrung ins Bewußtsein Gedungenen eine Einklammerung aller der auf die E x i - s t e n z des Daseins bezogenen Urteile. Damit wird die Existenz des Daseins nicht bezweifelt oder gar geleugnet. Sie wird nur "außer Aktion" gesetzt, ausgeschaltet. Dies ist bei allen phänomenologischen Einklammerungen (Reduktionen) so; nur das i n der Klammer Stehende bleibt zurück.³

Nach Ausschaltung aller die Existenz des Daseins betreffenden Ur-

1 Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.117.

2 Vgl. Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.48-53.

3 Vgl. Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.54.

teile ist nicht alles ausgeschaltet. Es verbleibt als "phänomenologisches Residuum"¹ das "absolute Bewußtsein"². Dieses ist als "unendliches Feld absoluter Erlebnisse" das Gegebene, das "G r u n d f e l d d e r P h ä n o m e n o l o g i e".³ Auf dieses Gegebene wird nun in "Akten der Reflexion" von einem transzendenten, "reinen Ich" der "geistige Blick"⁴ gerichtet: "Wir halten also den Blick festgerichtet auf die Bewußtseinssphäre und studieren, was wir in i h r immanent finden. Zunächst, noch ohne die phänomenologischen Urteilsausschaltungen zu vollziehen, unterwerfen wir sie einer systematischen W e s e n s a n a l y s e, wenn auch keineswegs einer erschöpfenden."⁵ Es ist ja nicht so, daß nach Vornahme der bisherigen Einklammerungen im Bewußtsein das Wesen in seiner apriorischen, ontischen Gestalt zurückgeblieben und unmittelbar anschaulich gegeben wäre. Wir haben, wie aus dem Zustandekommen des Bewußtseins deutlich geworden ist, zunächst nur ein Bewußtsein von individuellem Seienden. Wenn dies auch jetzt nicht mehr als existierendes gemeint ist, so doch noch als individuelles Sein. "Wir haben eigentlich nichts verloren, aber das gesamte absolute Sein gewonnen, das, recht verstanden, alle weltlichen Transzendenzen in sich birgt, sie in sich 'konstituiert'."⁶

Um nun das als Erkenntnisziel der Wesensanalyse gekennzeichnete ontische Sein eines Gegenstandes in den Blick zu bekommen, ist am absoluten Bewußtsein eine weitere Einklammerung, die "eidetische Reduktion", vorzunehmen. Durch sie erfolgt erst die eigentliche geistige Umstellung vom So-sein zum a l l g e m e i n e n Sein, von Tatsache zu Wesen. Dabei wird - durchaus im Sinne der Generalisierung bzw. Abstraktion - dasjenige außer Ansatz gelassen, was als zufällig, einmalig, individuell, kurz: als unwesentlich erscheint. Wie ist diese »Wesenserschauung« von Husserl gedacht?

1 Vgl. Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.57.

2 Vgl. Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.60.

3 Vgl. Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.95.

4 Vgl. Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.62.

5 Vgl. Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.95.

6 Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.94.

Wesenserschauung ist eine "originär gebende, das Wesen in seiner 'leibhaften' Selbstheit erfassende" Anschauung "prinzipiell eigener und neuer Art."¹ Als solche setzt sie sich ab von "den Anschauungsarten, die den Gegenständlichkeiten anderer Kategorien korrelativ zugehören und speziell (von) der Anschauung im gewöhnlich engeren Sinne, d.i. der individuellen Anschauung."² (Sie nimmt aber, zumindest mittelbar, doch Bezug auf jene fundierenden Akte individueller Anschauung, die, wie wir gesehen haben, zur Entstehung der Bewußtseinssphäre beitragen!) In ihrer prinzipiellen Eigenart ist die Wesensschau vor allem als *i n t u i t i v e s* Erfassen³ der "letzten sachhaltigen Substrate"⁴, auf deren Erkenntnis es ankommt, ausgezeichnet. Diese intuitive Erschauung kann *a d ä q u a t* sein, d.h. das reine Wesen kann sich an den im Bewußtsein verbliebenen Erfahrungsresiduen unmittelbar und vollkommen ergeben. Sie kann aber auch - und diese Feststellung erscheint uns von besonderer Bedeutung - *i n a d ä q u a t* sein, "und das nicht nur in Hinsicht auf größere oder geringere *K l a r - h e i t* und *D e u t l i c h k e i t*. Es gehört zur eigenen Artung gewisser Wesenskategorien, daß ihnen zugehörige Wesen nur '*e i n s e i t i g*', im Nacheinander 'mehrseitig' und doch nie 'allseitig' gegeben sein *k ö n n e n*."⁵ Dieser Hinweis auf die Möglichkeit einer inadäquaten Wesenserschauung ist uns von großer Bedeutung für die Beurteilung der »Unmittelbarkeit« der eidetischen Reduktion; wir meinen damit die Frage, durch welche Denkvorgänge und in welchem Ausmaß das reine Wesen zu originärer Selbstgegebenheit kommt. Husserl scheint sich dieses Problems und der damit verbundenen Schwierigkeiten mit zunehmendem Ausbau seiner phänomenologischen Methode bewußt geworden zu sein. So wirft es u.E.

1 Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.11.

2 Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.12.

3 Hier beginnen die Parallelen zu den intuitiven Erkenntnisakten der geschichtlichen Betrachtungsweise (Erklärungseinfall!) ganz deutlich zu werden. Vgl. S.368 dieser Arbeit.

4 Vgl. Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.28.

5 Vgl. Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.10.

ein bezeichnendes Licht auf diese Frage, daß Husserl in seinem Spätwerk »Ideen ...« folgende Anmerkung offenbar für nötig hielt: "In den »Log. Unt.«¹ pflegte ich das Wort Ideation für die originär-gebende Wesenserschauung zu gebrauchen und zumeist sogar für adäquate. Doch bedarf es offenbar eines freieren Begriffs, der jedes schlicht und direkt auf ein Wesen gerichtete und es fassende, setzende Bewußtsein umspannt, darunter auch jedes »dunkle«, also nicht mehr anschauende."² Jene bei inadäquater Wesensschauung f e h l e n d e n Aspekte des reinen Wesens sind nach Auffassung Husserls i n f r e i e r P h a n t a s i e vollkommen und sicher zu finden. Die Zulässigkeit dieses Tuns wird wie folgt begründet: Durch ihre prinzipiell kennzeichnende intuitive Denkdimension ist Wesensschau nicht mehr auf die fundierenden E r - f a h r u n g s gegebenheiten beschränkt, vielmehr kann sich das "reine Wesen" ebensogut "auch in bloßen P h a n t a s i e gegebenheiten (exemplifizieren)."³ Da dies so ist, glaubt Husserl als f u n d i e r e n d e Akte nicht nur die genannten individuellen Wahrnehmungen zulassen zu dürfen, sondern "ebensowohl aber auch ... nicht-erfahrende, nicht-daseinerfassende, vielmehr 'bloß eingebil-dete' Anschauungen"⁴: "Erzeugen wir in der freien Phantasie irgendwelche Raumgestaltungen, Melodien, soziale Vorgänge u. dergl., oder fingieren wir Akte des Erfahrens, des Gefallens oder Mißfallens, des Wollens u. dergl., so können wir daran durch 'Ideation' mannigfache reine Wesen originär erschauen und ev. sogar adäquat: sei es die Wesen von räumlicher Gestalt, von Melodie, sozialem Vorgang usw. ü b e r h a u p t , sei es von Gestalt, Melodie usw. des betreffenden besonderen T y p u s ."⁵

Diese Gedanken Husserls sind wohl in dem Sinne zu verstehen, daß m ö g l i c h e Abwandlungen des unmittelbar erfahrenen Daseins

1 Logische Untersuchungen, 2 Bde., 1900 u. 1901. - (Diese Anmerkung ist im Originaltext nicht enthalten.)

2 Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.11.

3 Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.12.

4 Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.12.

5 Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.12/13.

denkend konstruiert werden, wobei das reine Wesen sich dann als Inbegriff derjenigen Merkmale zu erkennen gibt, die bei diesen Möglichkeitsvariationen sich als invariant erweisen.

Die n a c h Vornahme der eidetischen Reduktion »in der Klammer verbleibenden« letzten sachhaltigen Substrate« bestimmen in ihrer Gesamtheit je eine eigene Seins r e g i o n . "Jede konkrete empirische Gegenständlichkeit ordnet sich mit ihrem materialen Wesen einer o b e r s t e n materialen Gattung, einer ' R e g i o n von empirischen Gegenständen ein. Dem reinen regionalen Wesen entspricht dann eine r e g i o n a l e e i d e t i s c h e W i s s e n s c h a f t oder, wie wir auch sagen können, eine r e g i o n a l e O n t o l o g i e ."¹ Damit ist nun die axiomatische Bedeutung der ontologischen Betrachtungsweise - auch wenn wir die Husserlsche Erkenntnis m e t h o d e später in verschiedener Hinsicht modifizieren werden - für die Grundlegung einer jeden möglichen Wissenschaft unmittelbar einsichtig geworden. Es sind nur so viele Wissenschaften möglich, als es Seinsregionen gibt. Diese sind im Anschluß an die erfahrene Wirklichkeit selber aufzuweisen. Jede Wissenschaft hat zum Zwecke ihrer erkenntnistheoretisch zureichenden Grundlegung ihre ontologischen Grundbegriffe und Grundgesetze zu bestimmen. Es besteht in der Tat jene erste und dringendste Aufgabe: "Im Umkreise unserer individuellen Anschauungen die o b e r s t e n G a t t u n g e n v o n K o n k r e t i o n e n zu bestimmen, und auf diese Weise eine A u s t e i l u n g alles anschaulichen individuellen Seins nach Seinsregionen zu vollziehen, deren jede eine prinzipiell, weil aus radikalsten Wesensgründen unterschiedene, eidetische und empirische Wissenschaft (bzw. Wissenschaftsgruppe) bezeichnet."²

Wer die schwankenden Grundlagen der Genossenschaftswissenschaft kennt, wird die Bedeutung dieser Aufgabe zu schätzen wissen. Den Zusammenhang zu unserem speziellen Untersuchungsgegenstand »Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens« werden wir später herstellen.

1 Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.19.

2 Husserl, Edmund, Ideen ..., a.a.O., S.32.

5. Die Wesenslehre und Wesenserfahrung bei Back

Unsere weiteren Überlegungen zur ontologischen Betrachtungsweise führen jetzt wieder entschiedener in Richtung Genossenschaftswissenschaft. Ist es doch in diesem Wissenschaftsbereich vor allem Back, der sich um eine Wesensanalyse des Genossenschaftswesens ausdrücklich bemüht, und dessen wissenschaftliche Äußerungen geradezu in jeder Hinsicht als Wesensaussagen identifiziert werden. Auf die kritischen Äußerungen und Klassifizierungen von Engelhardt, vor allem aber auch von Draheim, haben wir in unseren Ausführungen bereits verwiesen. Wir werden darauf zurückkommen.

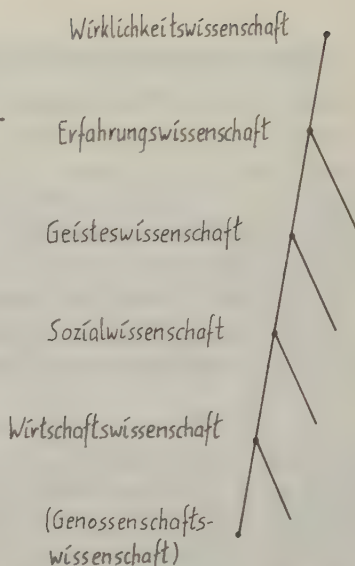
Um jedoch zu einem zutreffenden Urteil zu kommen, wollen wir uns bemühen, die wissenschaftstheoretischen und methodologischen Auffassungen Backs klarzulegen. Da er sich in seinen genossenschaftstheoretischen Veröffentlichungen zu diesen Fragen nicht geäußert hat, greifen wir auf seine früheren wirtschaftswissenschaftlichen und philosophischen Arbeiten zurück. Dabei können wir es uns versagen, seine Gedanken in jeder Hinsicht nachzuzeichnen; es genügt hier, die entscheidende erkenntnistheoretische und methodologische Grundposition zu orten: Welchen Erkenntnisgegenstand und welches Erkenntnisziel hat die Wirtschaftsforschung als Wissenschaft? Welches ist also die Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft und analog der Genossenschaftswissenschaft? Welche Aufgabe und welche Bedeutung hat bei Back die Wesensforschung im Rahmen der Wirtschaftswissenschaft? Welcher Erkenntnismethoden bedient sich die Wirtschaftswissenschaft, um ihre Aufgaben leisten zu können?

Back gliedert die Nationalökonomie als Wissenschaft systematisch aus den Wissenschaftsbereichen aus, denen sie jeweils als Unterart (Teildisziplin) zugehört, um sie so gleichzeitig in den allgemeinen Rahmen der übergreifenden Wissenschaftsdisziplinen einzuordnen und die Verbindung zu diesen von vornherein festzuhalten, - um aber andererseits die Nationalökonomie ganz scharf auch in ihrer Besonderheit bestimmen zu können. So wird Nationalökonomie in stufenweiser Verzweigung gekennzeichnet als Wirklichkeitswissenschaft → Erfahrungswissenschaft → Geisteswissenschaft → Sozialwis-

senschaft → Wirtschaftswissenschaft.¹
Die Begründungen zu dieser Ausgliederung sollen uns hier nicht interessieren.

(Wir brauchen diese Ausgliederung nur eine Stufe fortzuführen, um zur Genossenschaftswissenschaft zu kommen, wobei gleichzeitig offenbar wird, inwiefern diese Disziplin auch von wirtschafts-, sozial-, geistes-, erfahrungs- und wirklichkeitswissenschaftlicher Dimension ist.)

Mit allem Nachdruck ist nur, um von vornherein alle in Verbindung mit der Wesensforschung immer wieder auftauchenden metaphysischen und philosophischen Vorhaltungen ins rechte Licht zu rücken, festzustellen, daß Back die Wirtschaftswissenschaft sehr wohl als Wirklichkeitswissenschaft und in Hinblick auf die Erkenntnisquelle als Erfahrungswissenschaft versteht. "Die Nationalökonomie ist eine Wirklichkeitswissenschaft, d.h. eine Wissenschaft v o n der Wirklichkeit; die Nationalökonomie ist nicht selbst die Wirklichkeit, die sie erforscht, sondern sie bezieht sich in einem ganz bestimmten eigenartigen Sinne auf einen Teil der Wirklichkeit, der nicht in ihr selbst real enthalten ist."² Zu beachten ist dabei die prägnante und dezidierte Auffassung, die Back von der Wirklichkeit hat, mit der es die Nationalökonomie zu tun hat. Diese weicht vom üblichen (überkommenen) empiristischen Wirklichkeitsbegriff erheblich ab. Entsprechendes gilt für die Formen der Anschauung, mit denen die Wirklichkeit erfahren wird.



1 Back, Josef, Der Streit um die nationalökonomische Wertlehre, Jena 1926, S.158-159.

2 Back, Josef, Der Streit um die nationalökonomische Wertlehre, a.a.O., S.158.

A u s g a n g s p u n k t und Grundlegung ist und bleibt aber auch für Backs Überlegungen jene vom Empirismus allein als solche zugelassene (anerkannte), durch sinnliche Anschauung unmittelbar erfahrbare Tatsachenwelt, wie wir sie z.B. im Zusammenhang unserer Darstellung eines Teiles der Husserlschen Lehre auch kennengelernt haben. "Unmittelbar ist uns, vor und neben allem Denken, die Wirtschaft als Wirklichkeit in der s i n n l i c h e n (inneren und äußeren) Anschauung gegeben. Die sinnliche Anschauung der Wirklichkeit setzt keine andere voraus; sie ist somit die grundlegende von allen."¹ Diese so erlebbare und erlebte Welt der Dinge und Personen ist uns weder in ihrer eigenen Seinsweise vollständig gegeben (- dem Menschen wird es nie möglich sein, sich die Dimension Raum und Zeit dieses sinnlichen Seins vollständig bewußt zu machen -), noch ist sie die einzige Seinsweise, die an der Wirklichkeit zu erfahren ist. In Verbindung mit der sinnlichen Wirklichkeit existiert ein allein dem Denken zugängliches, nicht-sinnliches Sein: die Welt der Zusammenhänge, Sachverhalte, Ordnungen und Gesetzmäßigkeiten, in denen die Dinge und Personen stehen.

Diese nicht-sinnliche Wirklichkeit ist nicht unmittelbar durch sinnliche Anschauung erlebbar, sondern kann nur in Form der w i s s e n s c h a f t l i c h e n E r f a h r u n g (oder auch: k a t e g o r i a l e n A n s c h a u u n g) g e d a c h t werden. Wenn aber auch Zusammenhänge und Sachverhalte nicht unmittelbar, also sinnlich erlebt werden können, so doch deren A u s w i r k u n g e n auf die Dinge und Personen, die in den betreffenden Zusammenhängen und Sachverhalten stehen.² So ist also der Zusammenhang zwischen sinnlicher und nicht-sinnlicher Wirklichkeit hergestellt, wenngleich doch zwischen beiden ein prinzipieller Unterschied besteht.

Wie ist nun jene wissenschaftliche Erfahrungsweise, die k a t e g o r i a l e A n s c h a u u n g , durch die allein ein Auf-

1 Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.177.

2 Vgl. Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.179.

weis des nicht-sinnlichen Seins der Welt möglich ist, zu verstehen? "Die wissenschaftliche Erfahrung wird nicht unmittelbar im bloßen Dahinleben gemacht, sondern muß aktiv getätigt werden. Nicht in der Form des Sehens, Hörens, Fühlens usw. wird die Welt als Ordnung erfahren, sondern in der Form der Feststellung zusammengehöriger Sachverhalte und Sachzusammenhänge, was Vergleichen, Scheidungen, Zusammenfassungen ... von vielen Gegebenheiten (nicht Tatsachen!) erfordert. Schon die einzelnen Sachverhalte, die vorweg in der Wissenschaft festgestellt werden müssen, werden nicht unmittelbar erlebt, insofern sie nur gedacht werden können. ... Die wissenschaftliche Erfahrung (einschließlich der Tatsachenerfahrung) kommt erst innerhalb der kategorialen Anschauung der erlebten Wirklichkeit zustande. Die wissenschaftliche Erfahrung ist ihrer Natur nach ein Denkvorgang, fällt schon in die Wissenschaft als solche hinein, ist ein wesentlicher Teil von ihr. ... Was in der sinnlichen Erfahrung getrennt auseinander erlebt wird, wird in der wissenschaftlichen Erfahrung als Einheit erfaßt, was als dingliche Einheit in der sinnlichen Anschauung erlebt wird, wird von der wissenschaftlichen Erfahrung als in verschiedene Seinsordnungen fallend festgestellt. Die Zusammenfassung und Trennung der Sachverhalte und ihre Einordnung in nicht-sinnliche Einheiten erfolgt unter dem Gesichtspunkt, ob sie in gleiche Erklärungs- und Begründungszusammenhänge hineinfallen oder nicht."¹ Die kategoriale Anschauung ist in der sinnlichen Erfahrung und in der praktischen Erfahrung als nicht-wissenschaftliche Erfahrungsweisen fundiert.

Die Nationalökonomie als Wissenschaft hat es in ihrem Erkenntnisbemühen nicht mit dem sinnlich erlebbaren Sein der Wirtschaft zu tun. "Die Wirtschaft ist als Erkenntnisgegenstand ein nicht-sinnlich-Seiendes, ein eigenartiger Zusammenhang, in dem Dinge und Personen stehen. Die besondere Weise, in der wir

¹ Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.179/180. - (Im Originaltext ohne Sperrungen.)

die Wirtschaft wissenschaftlich erfahren, ist die kategoriale Anschauung. In dieser kommen die wirtschaftlichen Sachverhalte und Zusammenhänge zur Selbstgegebenheit."¹ Dieser Erkenntnisgegenstand der Nationalökonomie erweist sich in seinem Sein nicht einheitlich strukturiert. Vielmehr gibt es mehrere nicht-sinnliche wirtschaftliche Seinszusammenhänge. Die notwendige Folge davon ist für Back die Gliederung der Nationalökonomie in Wesensforschung und Tatsachenforschung. Entsprechend wird von ihm auch die wissenschaftliche Erfahrungsweise (kategoriale Anschauung) differenziert in die (grundlegende) Wesensschau und in die fundierte Tatsachenerfahrung.²

Die wirtschaftswissenschaftliche Wesensforschung ist in Backs Lehrgebäude somit nicht mit der Nationalökonomie überhaupt identisch. Sie wird als deren grundlegende Teildisziplin verstanden und hat als solche das *a l l g e m e i n e* wirtschaftliche Sein zu bestimmen, d.h. die wesenhaften Unterschiede gegenüber allem nicht-wirtschaftlichen Sein festzustellen, und die wirtschaftlichen *G r u n d p r o b l e m e* (Grundbegriffe, Grundgesetze) zu enthüllen.³ Wesensforschung ist damit bei Back in Hinblick auf das Erkenntnisziel auf die wirtschaftsontologischen Grundprobleme begrenzt. Sie hat die synthetischen Apriori der Nationalökonomie zu bestimmen, die für alle Tatsachenforschung von so grundlegender Bedeutung sind. "Die Nationalökonomie als Erfahrungswissenschaft ernst genommen, kann und darf sich nicht mit Wesensproblemen befassen."⁴

Die Bedeutung der Tatsachenforschung in Backs Wissenschaftssystem ist durchaus gewahrt. "Die Tatsachenforschung ist neben der Wesensforschung nicht nur gleichberechtigt, sondern auch gleich not-

1 Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.186.

2 Vgl. Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.186 f.

3 Vgl. Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.190, 196; ferner ders., Nationalökonomie und phänomenologische Philosophie, a.a.O., S.242 ff.

4 Back, Josef, Der Streit um die nationalökonomische Wertlehre, a.a.O., S.173.

wendig. Solange sie ihre Aufgabe nicht erfüllt, bleibt das faktische Sein der Wirtschaft unerklärt. Diesen Sachverhalt hat man in der Nationalökonomie vielfach übersehen. Man glaubte, die Wirtschaft müsse entweder ausschließlich rein empirisch aus konkreten Ursachen oder schließlich rein eidetisch erklärt werden. Das eine ist ebenso unmöglich wie das andere."¹ zur Bestimmung des Verhältnisses von Wesens- und Tatsachenforschung ist uns auch jener Hinweis Backs sehr bedeutsam, wonach die "immer wiederkehrende Unterscheidung zwischen generalisierender und individualisierender Forschung im Grunde genommen auf den Unterschied von Wesens- und Tatsachenforschung (zielt)."²

Wir schließen unsere Darstellung des Backschen Systems mit einigen Bemerkungen zu der von ihm vertretenen Erkenntnis m e t h o d e . Wie sind die Wesensanalyse und die Tatsachenforschung verfahrensmäßig zu bewältigen?

Den Ausgangspunkt alles wirtschaftswissenschaftlichen Forschens bilden - genauso wie wir es auch bei unseren früheren Überlegungen zur reduktiven Erkenntnismethode schon gesehen haben - die an der Wirklichkeit unmittelbar erfahrenen Tatbestände und Gegebenheiten. Diese sind in Hinblick auf ihre Ursächlichkeit, Funktionsweise, Sinnhaftigkeit und/oder allgemeine Seinsweise zu erklären. "Sowohl die Wesens- wie die Tatsachenforschung gehen auf die Anschauung (Erfahrung im weitesten Sinne des Wortes) der einen erlebten Wirklichkeit als auf ihre Erkenntnisquelle zurück. Die Wesenswissenschaft betrachtet dabei die Wirtschaft daraufhin, was ihre Seinsmöglichkeit bzw. die Möglichkeit ihrer Seinserfahrung und Seins-erkenntnis ausmacht, welche Voraussetzungen wesensnotwendig erfüllt sein müssen, wenn wirtschaftliche Leistungen erbracht werden sollen."³ Die "eigentümliche Methode der empirischen Nationalökonomie ist die folgende: Sie stellt aufgrund der Tatsachenerfah-

1 Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.192.

2 Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.195.

3 Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.192.

rung die vorgegebenen ökonomischen Tatbestände in ihrer individuellen Bestimmtheit fest und erklärt sie, aus ihrem individuellen Zusammenhang heraus, durch Bezugnahme auf die ihnen entsprechenden Wesensgesetze. Die 'Bezugnahme' ist nicht zu verwechseln mit irgendwelcher Deduktion. Tatsachen können nur aus Tatsachen abgeleitet werden. Die späteren Tatsachen sind aus den früheren herzuleiten. Nur die allein gerechtfertigte Art und Weise der Herleitung, die Folgeordnung und die Struktur des Zusammenhanges an sich, ergeben sich aus der Wesensforschung."¹

Zu beachten haben wir noch, in welcher Weise Back jene Schwierigkeiten überwinden kann, die für alle Wesensforschung darin liegt, aufgrund von (allein möglichen) Teil Erfahrungen von der Wirklichkeit, die ontischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten des Erkenntnisobjektes zu finden. Daß dies nicht in einem der sinnlichen Erfahrung der Tatsachenwelt vergleichbaren unmittelbaren Akte der »Wesensschauung«, so wie Husserl dies behauptet, möglich ist, wird in Backs Ausführungen immer wieder betont.² Auf der anderen Seite kommt auch bei Back nicht mit der nötigen Unterschiedenheit der den Wesensaussagen anhaftende Charakter hypothetischer Erklärungseinfälle³, die in sich ergän-

1 Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.193.

2 Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O.: "Eine Möglichkeit, unmittelbar die als Gegenstand der Erkenntnis in Betracht kommenden Seinsweisen der Wirklichkeit zu bestimmen, gibt es nicht." (S.176); "Die Wirklichkeit muß, soll sie als Gegenstand der Erkenntnis in Betracht kommen können, ein Sein haben, das nicht in der rein sinnlichen Wahrnehmung erlebt wird und das einer besonderen Erschließung (! - d.V.) und theoretischen Bestimmung zugänglich ist." (S.179); "Die Zusammenfassung und Trennung der Sachverhalte und ihre Einordnung in nicht sinnliche Einheiten erfolgt unter dem Gesichtspunkt, ob sie in gleiche Erklärungs- und Begründungszusammenhänge hineinfallen oder nicht." (S.180)

3 Back, Josef, Nationalökonomie und phänomenologische Philosophie, a.a.O., S.250/251: "Die Wissenschaft hat es in letzter Linie nicht mit Tatsachen feststellungen zu tun, sondern mit Tatsacherklärungen. Die Bedingungen, an die die Wissenschaft geknüpft ist, sind die Bedingungen, von denen

zenden, intuitiven und logischen Akten des Denkens zustande kommen, zum Ausdruck¹, so wie wir es aufgrund aller unserer bisherigen Überlegungen zur Methodenlehre für zutreffend halten müssen. Diese Feststellung sagt nichts gegen die Möglichkeit wahrer Wesensaussagen. Sie läßt nur die Möglichkeit des Irrtums und der Unvollkommenheit offen. Dies erfordert aber eine methodische Verankerung der Kritik der eigenen Hypothesen (Verifikation).

Wesensaussagen hält Back insofern und insoweit für möglich, als die an der Wirklichkeit unmittelbar, aber ausschnittsweise erfahrene Ordnung durch abstraktes, scharf logisches und phantasievolles Denken zu Ende bestimmt wird.² Es kommt darauf an, die letzten Bestimmungs- und Bedingungsfaktoren (Urgründe, Ursprünge, prinzipielle Ordnungsideen und Seinsweisen usw.) der Wirklichkeit, so wie sie erfahren wird, zu ergründen. Dazu ist es nicht notwendig, auf Primitivformen der Wirtschaft zurückzugehen oder einfache Modelle zu konstruieren. Vielmehr kann an jedem erfahrenen Wirklichkeitsausschnitt das Wesen der Wirtschaft bestimmt werden. Zwar ist jede historisch wirkliche Wirtschaft nur eine mögliche, nicht eine substantiell notwendige Form ökonomischer Daseinsgestaltung; aber an jeder Form von Wirtschaft, an jedem So-sein, muß auch das allgemeine Sein, das Wesen, von Wirtschaft erfüllt sein, wenn diese überhaupt statthaben soll.

eine exakte Erklärung der Tatsachen abhängt. Diejenigen Tatsachen stellen eine Einheit in wissenschaftlichem Sinne dar, die in einen Erklärungs zusammenhang hineinfallen."

1 Back, Josef, Nationalökonomie und phänomenologische Philosophie, a.a.O., S.252: "Wesenszusammenhänge sind nicht wie Tatsachen zu bestimmen; das versteht sich von selbst; das wäre ein Widerspruch in sich. Gleichviel sind sie in ihrer Geltung evident zu erfassen, was die Logik, die Mathematik, die Erkenntnistheorie (und die Wirtschaftsontologie, soweit sie sich schon konstituiert hat) beweisen." (Diese "evidente Geltung" ist zunächst intuitiv, phantasievoll! Sie bedarf der Kritik! - d.V.); Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.193: "Ausgangspunkt (der Wesenswissenschaft) ist notwendig das wirklich Seiende selbst. Ihre Methode ist daher die deskriptive Analyse des in der kategorialen Anschauung gegebenen und gedanklich faßbaren Seins der Wirtschaft in seiner allgemeinen Notwendigkeit."

2 Vgl. Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.191 u. 195.

"Die Erkenntnisquelle, aus der die Grundbegriffslehre schöpft, ist die Wesenserfahrung, die dadurch zustande kommt, daß der Forscher *s e i n e* anschaulich erlebte Wirklichkeit auf die allgemeine Ordnung und Gesetzmäßigkeit untersucht, die ihr als solcher zukommen muß, wenn sie in einer geordneten kontinuierlichen Weise erfahren und erkannt werden soll, bzw. die ihr zukommen muß, wenn sie als Wirklichkeit sich soll erweisen können."¹

Skeptisch müssen wir allerdings bleiben, wenn zur Charakterisierung der Möglichkeit, Notwendigkeit und Eindeutigkeit von Wesensaussagen Back auf naturwissenschaftliche oder mathematische Analogien zurückgreift. "Jeder Teilausschnitt der Wirtschaft zeigt, wenn wir ihn auf seine Wesensstruktur anschauen, eine bestimmte Ordnung von einem gewissen absoluten Charakter, die aber unvollständig ist, weil nur ein Teilausschnitt der Wirtschaft gegeben ist. Aber: Diese so an der Wirklichkeit unmittelbar erfaßbare wirtschaftliche Teilordnung weist eine so bestimmt verlaufende Struktur auf, daß es möglich ist, von ihr aus den ganzen Zusammenhang gedanklich zu Ende zu bestimmen. So wie wir einen bestimmten Kreis von einem bestimmten Umfang in seiner Vollständigkeit bestimmen können, wenn nur ein kleiner Kreisausschnitt gegeben ist (eben weil diese gegebene Teillinie nur in *e i n e r* bestimmten Weise zu vervollständigen ist), so können wir den Wesenszusammenhang der Wirtschaft zu Ende denken, wenn wir auch nur einen bestimmten Teil von ihm an der Wirklichkeit eindeutig bestimmen können. Das reine Denken und die reine Phantasie spielen in der Wesensforschung eine große Rolle. Die Grenzen möglicher Wirtschaft bzw. möglicher Wirtschaftserscheinung können nur in der Phantasie erfaßt werden. Doch ist es nach unserer Auffassung nicht möglich, den Wesenszusammenhang der Wirtschaft zu enthüllen, wenn nicht mindestens ein Stück von ihm an der Wirklichkeit *e i n d e u t i g* festgestellt ist."²

1 Back, Josef, Nationalökonomie und phänomenologische Philosophie, a.a.O., S.256.

2 Back, Josef, Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.191.

Was die Notwendigkeit und Eindeutigkeit von ökonomischen Wesensaussagen anbetrifft, können wir aus verschiedenen Gründen Backs Optimismus nicht teilen:

1. Man kann auch einen Kreisausschnitt nur dann sicher zu Ende bestimmen, wenn v o r h e r seine Gesetzmäßigkeit (also sein Wesen) bereits erkannt ist.
2. Eine Linie in Form eines Kreisausschnittes braucht nicht notwendig als Kreis zu Ende gedacht werden. Sie kann in beliebig vielen Ausstülpungen und Einbuchtungen zu Ende gedacht werden. Und könnte nicht ihr Wesen auch gerade darin bestehen, daß sie nur so ist, wie sie ist - und nicht oder noch nicht weitergeführt ist?
3. Die Gesetzmäßigkeit der Wirtschaft ist nicht von derselben Notwendigkeit, wie mathematische und naturwissenschaftliche Gesetze es sind. Die Gesetzmäßigkeit der Wirtschaft ist ja nur insoweit von Notwendigkeit, als sie gewollt ist. Da dieser Einwand sehr reduziert formuliert ist, bleibt zu hoffen, daß er nicht mißverstanden wird. Die Gesetzmäßigkeit der Wirtschaft und ihre eigentümliche Notwendigkeit sind damit nicht gelegnet.

Die angeführten Einwände gestatten es freilich nicht, die Möglichkeit als solche, in der von Back vorgezeichneten Weise¹, d.h. also relativ unabhängig von der Tatsachenforschung², zu Wesensaussagen zu gelangen, auszuschließen. Die Intuition und Phantasie des Menschen ist solcher Leistung durchaus fähig. Wir haben die Notwendigkeit und Berechtigung dieser Weise des Denkens auch in der Wissenschaft aufgewiesen. Unsere Einwände aber veranlassen uns, das gesicherte Fortschreiten der Wesensforschung in stärkerem Maße von deren Fundierung durch eine intensive Tatsachenforschung im Sinne der von uns bezeichneten geschichtlichen Betrachtungsweise abhängig zu machen. Wir möchten das Schwergewicht auch der Wesensforschung damit mehr auf die fundierende Tatsachenforschung verlegen.

1 Diese Weise ist mit dem von Husserl empfohlenen Vorgehen im Falle inadäquater Wesenserschauung durchaus vergleichbar.

2 Vgl. Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.191 ff.

"Je größer das in der Erfahrung erfaßbare Stück Wesenszusammenhang ist und je exakter dieses Stück bestimmt werden kann, desto wissenschaftlicher und überzeugender kann die Wesensforschung ihren Gegenstand systematisch vollständig bestimmen."¹ Des weiteren muß den aufgezeigten Möglichkeiten des Irrtums, der Mehrdeutigkeit und Unsicherheit von Wesensaussagen Rechnung getragen werden durch eine methodische Verankerung ihrer Kritik.

Wesens- und Tatsachenforschung können nur in gegenseitiger Ergänzung fortschreiten. Keinesfalls kann Wesensforschung, so wie Husserl es will, bei Ausklammerung aller Ergebnisse jener Wissenschaften, die durch »natürliches Denken« fortschreiten, sinnvoll möglich sein. Der Tatsachenforschung kommt eine notwendige Fundierungs- und Verifikationsaufgabe auch für die Wesensforschung zu. Solange sich Wesensaussagen aber in der Tatsachenforschung bewähren, kann deren etwaiger intuitiver Erklärungsüberschuß nicht durch Hinweise auf Metaphysik, Philosophie, Subjektivität o.ä. als wissenschaftliche Aussage in Zweifel gezogen werden. Vielmehr liegt gerade darin eine noch nicht ausgeschöpfte Quelle für wissenschaftliche Erklärungsmöglichkeiten begründet. Im Grunde gilt dies aber für jede zur Theorie erhobene Hypothese.²

6. Würdigung und Kritik der eidetischen Reduktion und ihre Modifizierung nach Kriterien der neueren Wissenschaftsmethodologie

Wir haben uns der jeweils grundlegenden Darstellungen zur phänomenologischen Forschung und ihrer Methode generell (Husserl) und in der Nationalökonomie (Back) versichert, soweit dies für unsere eigenen erkenntnistheoretischen und methodologischen Überlegungen von Bedeutung erschien. Diese Wissenschaftsrichtung ist hinsichtlich ihrer erkenntnistheoretischen und methodologischen Auffassun-

1 Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.191.

2 Vgl. Feyerabend, Paul, Wissenschaftstheorie, a.a.O., S.335.

gen einer dauernden Kritik, aber auch großen Mißverständnissen unterworfen.

Wesensanalysen und Wesenserkenntnisse werden an der Elle des Tatsächlichen und an den Wissenschaftskriterien positivistischer Philosophie gemessen und danach in der Regel für zu leicht befunden. Beide Formen der Kritik tragen einen durchaus zutreffenden Keim der Berechtigung in sich. Das besondere Erkenntnisziel der Wesensforschung aber wird kaum beachtet. Als Ontologie ist diese Forschung ja gerade zutiefst bestrebt, die Mannigfaltigkeit und Individualität des Tatsächlichen zu überwinden, - ohne dabei dessen Existenz und die Notwendigkeit seiner Erforschung zu leugnen.

Als Ontologie wird jede Erfahrungswissenschaft Philosophie. Das macht sie als Wissenschaft aber keineswegs verdächtig. Ein derartiger Zusammenhang besteht notwendig und dauernd. Dies hat nicht notwendig Religion, Ideologie oder Subjektivismus zur Folge, vielmehr in der Regel das Gegenteil.

Wesensanalysen sind in hohem Maße von der persönlichen Phantasiebegabung und vom Abstraktionsvermögen des jeweiligen Forschers abhängig. Daran knüpft die Kritik vor allem an. Es wird auf die mangelnde intersubjektive Überprüfbarkeit der Ergebnisse¹ verwiesen. Wir können dies als so entscheidenden Gesichtspunkt nicht anerkennen. Denn: Die stets zu beachtende Abhängigkeit der Möglichkeit intersubjektiver Überprüfung von den dazu nötigen Voraussetzungen (Ausmaß des Faktenwissens, persönliche und wissenschaftliche Lebenserfahrung, Abstraktionsvermögen, Begabung usw.) schränken das angeführte Postulat, das in seiner prinzipiellen Gültigkeit nicht anzuzweifeln ist, erheblich ein. Das Wissenschaftsgeschäft, nämlich das Denken, ist immer und zu allererst eine rein p e r - s ö n l i c h e Angelegenheit, die erst durch ihre Wiedergabe in Schrift und Lehre zu einer sozialen wird.

¹ Vgl. Stegmüller, Wolfgang, Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie, a.a.O., S.89/90.

Die Hinweise Weipperts zu dieser Frage sind unseres Erachtens durchschlagend. "Man muß im Bereich des Verstehens nun immer damit rechnen, daß die 'subjektiven Grenzen' sehr verschieden sind. Die Kraft des Verstehens kann hier sehr groß, dort sehr gering sein. Um 'mitteilbare Erlebnisse' handelt es sich dabei gleichwohl. Aber die 'Mitteilung' wird doch erst dann 'evident', wenn derjenige Sinnkreis berührt wird, der dem anderen gerade noch vertraut ist. Weil dem Aufnehmenden oft Zwischenglieder fehlen, der Mitteilende also mit für den anderen noch nicht erschlossenen Sinnzusammenhängen beginnt, darum erscheinen auf das Verstehen basierte Erkenntnisse oft so 'subjektiv'. Gegen die Objektivität der Erkenntnisse besagt das gar nichts. ... Völlige Übereinstimmung in den Erkenntnissen kann immer erst auf gleicher Stufe der Einsicht und seelisch-geistigen Erfahrung erfolgen. ... Die Übertragbarkeit einer durch Verstehen gewonnenen Erkenntnis setzt also letztlich gleiche Positionen der inneren Entwicklung voraus. ... (Dennoch) sind diese Erkenntnisse doch nicht 'persongebunden' in dem Sinne, daß sie nur von dieser Person aufgrund ihrer besonderen zufälligen Individualität, ihres arteigenen Soseins erkannt werden könnten ... Für die Allgemeingültigkeit einer Erkenntnis im Bereiche des Daseins ist allein entscheidend, daß sie für das Dasein ganz unbedingt gilt, mag das auch nur von wenigen erkannt werden und sich niemand danach richten. Jeder aber, der sich anschickt, die mit dem Seinscharakter sogleich gesetzte Richtung auch nur versuchsweise auszuschreiten, hat die Möglichkeit, diese Erkenntnisse zu überprüfen."¹

Da also die Forderung nach intersubjektiver Überprüfbarkeit in streng positivistischem Sinne sinnvollerweise nicht aufrecht zu erhalten ist, andererseits objektbezogene Wesenserkenntnisse unter den erforderlichen Voraussetzungen dem Verstehen durch Dritte durchaus zugänglich sind, kann aus dem genannten Postulat ein Einwand gegen die Wesensforschung nicht abgeleitet werden. Diese Gesichtspunkte gelten im Grunde auch für jede andere wissenschaftliche Erkenntnis und Methode.

1 Weippert, Georg, Vom Werturteilsstreit zur politischen Theorie, a.a.O., S.104.

Da der intuitiven Denkleistung (Phantasie) auch in der neueren Wissenschaftstheorie entscheidende Bedeutung beigemessen wird, kann uns auch dieser Aspekt der phänomenologischen Methode nicht grundsätzlich stören. Wir halten aber aus den schon erwähnten Gründen den Einbau wissenschaftlicher Sicherungen in die Erkenntnis-methode für sinnvoll und notwendig. Auch in der Eigenkritik, nicht nur in der Fremdkritik, muß »wissenschaftliches Denken«¹ ernst genommen, sich erweisen. Daß eine Falsifizierung als Wissenschaftskriterium nur soweit angewandt werden kann, als der Wahrheitsanspruch einer Erkenntnis jeweils reicht, sollte nicht eigens betont werden müssen. Nur insoweit also Aussagen über Tatsächliches in seiner singulären Struktur behauptet werden, kann das Faktum als Beweis gelten.

Ogleich wir also die angeführten Einwände gegen die Phänomenologie nicht für zutreffend befunden haben, halten wir die Modifizierung ihrer Methode im Sinne des heutigen Wissenschaftsverständnisses für unerläßlich, aber auch zwanglos für möglich. In welcher Richtung und in welcher Weise uns dies möglich erscheint, werden wir skizzieren. Eine tiefergehende Begründung unserer Kritik müssen wir uns hier versagen.

Unsere Einwände gegen die Phänomenologie und ihre Methode setzen an folgenden Gegenständen an und betreffen vor allem die Auffassung Husserls:

1. Aufspaltung der Persönlichkeit in »Ich« und »reines Ich«.
2. Möglichkeit und Formen unmittelbarer Erfahrung.
3. »Unmittelbarkeit« der Wesensschauung.
4. Grenzen und Gefahren der Intuition.
5. Verhältnis Tatsachenwissenschaft und Wesenswissenschaft.

Back ist von unseren Einwänden nicht in allen Fragen betroffen. Sein Erfahrungsbegriff und seine Einstellung zur Möglichkeit d i r e k t e r Wesensschau sind von den Husserlschen Auffassungen hierzu durchaus verschieden. Zur Frage der von Husserl vertre-

1 Vgl. S.315 dieser Arbeit.

tenen Persönlichkeitsteilung hat Back sich nicht exponiert.

Zu 1.: Husserl verlangt in seiner Phänomenologie offenbar einen Forscher gespaltenen Geistes. Er kennzeichnet in seinem System einerseits das Ich, wie es in natürlicher Geisteshaltung die Wirklichkeit wissenschaftlich erforscht. Diese Geisteshaltung und ihre Erkenntnisse werden andererseits in der phänomenologischen Methode radikal zurückgewiesen. Ausgangsbasis der Phänomenologie bildet vielmehr das »absolute Bewußtsein« des Ich vom (transzendenten) Seienden. Dieses Bewußtsein wird nun von einem (ebenfalls transzendenten) »reinen Ich« aus in einem Akte der Reflexion auf seine immanenten Gehalte hin in den Blick genommen. Wir können eine derartige Differenzierung des denkenden Ichs nicht mitvollziehen. Wir können die Geistesstruktur des Menschen nur ganzheitlich für wahr halten. Der gesunde Mensch ist von einheitlicher Vernunft und einheitlichen Verstandes. Alles Denken vollzieht sich nach den gleichen logischen Prinzipien. Auch aus diesen Gründen halten wir eine prinzipielle erkenntnistheoretische Differenzierung von natürlichem Denken und philosophischem Denken, womit ja auch die radikale Trennung von Tatsachenwissenschaften und Wesenswissenschaften einhergeht, für höchst fragwürdig.

Zu 2.: Die Auffassung Husserls, daß in natürlicher Denkhaltung nur sinnliche Erfahrungen unmittelbar möglich sind, möchten wir als zu eng zurückweisen. Vielmehr kann auch nicht-sinnlich Seiendes als Individuelles zur unmittelbaren Selbstgegebenheit kommen. Die dem Menschen eigene Fähigkeit, »Geistiges« (Sinngehalte, Zusammenhänge) durch Verstehen unmittelbar zu erfassen, kommt hier zum Tragen. Wir halten die Ausführungen Rickerts zu dieser Frage durchaus für zutreffend.¹ Der Wissenschaftler kann sich über seine psychophysischen Wahrnehmungen hinaus auch seiner Erfahrungen kraft Verstehens unmittelbar sicher sein. Auch von diesen Gegebenheiten kann er ohne Zweifel ausgehen. So gesehen können

¹ Rickert, Heinrich, "Über die Welt der Erfahrung" und "Die Methode der Philosophie und das Unmittelbare", a.a.O.

auch Sachverhalte, Zusammenhänge und Probleme als singuläre Gegebenheiten unmittelbar und evident erfahren werden. Erklärungen dafür aber müssen diskursiv erschlossen werden.

Zu 3.: Damit ist die Frage nach der Unmittelbarkeit der Wesensschau direkt berührt. Deren Möglichkeit wird von Husserl strikt behauptet. Alles Wesen kommt bei ihm zu unmittelbarer und evidenter Selbstgegebenheit. Wie ist dies zu verstehen? Ganz sicher ist Wesensschau nicht mit den vorher besprochenen direkten Erfahrungsweisen vergleichbar. Das übersieht auch Husserl nicht, der sehr scharf die Wesenserfahrung von den sinnlichen Wahrnehmungen unterscheidet. Für ihn ist Wesenserfahrung ohne alle Zweifel als Akt des Denkens, und zwar, scharf abgesetzt vom natürlichen Denken, als philosophisches Denken aufgefaßt.¹ Nun kann mit gutem Grund ein Akt der Intuition, in dem ein Erklärungseinfall spontan zur Gegebenheit kommt, in dem ein allgemeiner Sachverhalt dem Geiste »mit einem Male« verstehbar (immanent) wird, als unmittelbare Anschauung gedeutet werden. Mit ebenso gutem Grund kann man aber auch eine Unterscheidung treffen zwischen den vorgenannten direkten Anschauungsformen, in denen Seiendes evident erfahren wird, und den Denkakten der Intuition und Phantasie. Diese Differenzierung wird in der Wissenschaftstheorie heute durchaus für notwendig befunden, wobei die Intuition, die ja immer dann statthat, wenn man in gewöhn-

1 Daß dies nicht immer erkannt wurde, zeigen die Einwände Weisser gegen die Phänomenologie. Vgl. Weisser, Gerhard, Wirtschaftspolitik als Wissenschaft, Stuttgart 1934, S.136 ff. Weisser klammert sich an einen sehr auf das Sinnliche eingeeengten Anschauungsbe-griff und argumentiert zur Widerlegung der Phänomenologie, ontische Zusammenhänge könnten nur gedacht, nur indirekt erschlossen werden. Von einer (Wesens-)Schau könne daher nur bildlich gesprochen werden (S.139). Weisser übersieht aber offensichtlich, daß Husserl seine Methode der Wesenserschauung sehr wohl als (philosophische) Denkmethode entwickelt hat, für die die sinnlichen Wahrnehmungen lediglich fundierende Leistungen erbringen. Das Erschließen ontischer Urteile hält Weisser durchaus für möglich und notwendig (S.144), so daß wir ihn, so sehr er selbst in seinen Veröffentlichungen die Phänomenologie verurteilt, mit der ontologischen Betrachtungsweise, so wie wir sie auffassen, durchaus in Verbindung bringen können. Die von ihm vertretene Methode zur Erreichung eines derartigen Erkenntniszieles ist durchaus als Reduktionsverfahren in unserem Sinne zu verstehen.

licher Rede sagt, »Mir ist ein Licht aufgegangen«, in ihrer Spontanität nicht geleugnet wird. Unter Beachtung dieser Differenzierung kann eine methodologische Unterscheidung zwischen der eidetischen Reduktion (als direkter Wesensschau) und der Reduktion als indirekter Erkenntnismethode, so wie wir sie in Anlehnung an Bocheński dargestellt haben, nicht mehr aufrechterhalten werden. Dementsprechend halten wir auch die von Bocheński dargestellte Gliederung der Erkenntnismethoden in unmittelbare (phänomenologische Methode) und mittelbare (Schlußverfahren) für recht problematisch. Die Wesensforschung ist durchaus und notwendig mit den (reduktiven) Schlußverfahren zu leisten, soweit diese Verfahren nur mit Intuition und Phantasie vereinbar sind. Und sie sind es.

Zu 4.: Aufgrund der leicht möglichen spekulativen Fehlentwicklung der freien Phantasie bedarf die Wesensforschung der Absicherung durch die Kritik. Nicht ganz zu Unrecht wird in diesem Zusammenhang der Vorwurf erhoben, die Wesensforschung bedeute einen "Rückgriff hinter die Aufklärung, hinter die Emanzipation der kritischen Vernunft."¹ Diesem Vorwurf kann ohne Preisgabe des ontologischen Erkenntniszieles Rechnung getragen werden durch eine konsequentere und sinnvolle Einbeziehung von Verifikation und Falsifikation auch in die Methode der Wesensforschung.

Zu 5.: Einige Sätze haben wir noch der Unterscheidung von Tatsachen- und Wesensforschung zu widmen, der von Phänomenologen so große Bedeutung beigemessen wird. Diese fast allergische Trennung hat ihre Berechtigung, aber auch ihre Schwächen. Klar und unbestritten ist, daß eine Wissenschaft, soweit sie sich als theoretische begreift, n i c h t die Beschreibung und Erklärung von Gegebenheiten in ihrer individuell-konkreten Bestimmtheit zur Aufgabe hat. Diese Aufgabe fällt der Geschichtsschreibung zu, wenngleich, streng genommen, auch hier verschiedene Retuschen nötig wären, um zu einem zutreffenden Verständnis wissenschaftlicher Geschichtsschreibung zu kommen. Theoretische Wissenschaften haben

1 Hofmann, Werner, Gesellschaftslehre als Ordnungsmacht, Berlin 1961, S.83.

es immer mit typischen, abstrakten, allgemeinen Objekten zu tun. Ihre Aufgabe ist es, deren Gesetzmäßigkeiten aufzuweisen. Mit Tatsachenforschung in einem streng individuell-konkreten Sinne hat es keine theoretische Wissenschaft zu tun, auch nicht diejenige Wissenschaftsrichtung, die wir mit der geschichtlichen Betrachtungsweise zu erfassen suchten. Auch sie arbeitet mit **t y p i s c h e n** Gegebenheiten und zielt auf »geschichtliche« Theorien für sie. Wenn in theoretischen Wissenschaften auf singuläre Erscheinungsformen und Ereignisse Bezug genommen wird, dann geschieht dies nicht primär zur Erforschung derartiger Einzelheiten, sondern um im vorthoretischen Stadium Erfahrungen zur Anregung des Denkens zu sammeln, und um im nachtheoretischen Stadium die gefundenen Gesetzmäßigkeiten einer kritischen Prüfung zu unterziehen. In keinem Fall aber ist es möglich, Tatsächlichkeiten durch Theorien in ihrer Existenzstruktur vollständig zu bestimmen. Tatsachen können immer nur aus Tatsachen vollkommen erklärt werden, allerdings unter Bezugnahme auf Theorien, die ihrerseits die allgemeinen Begriffe, Folgeordnungen, Wirkrichtungen und Notwendigkeiten möglicher sinnvoller Tatsachenerklärung angeben. Zur vollständigen Beschreibung von Tatsachen müssen darüber hinaus jeweils zusätzliche individuelle Bestimmungsfaktoren herangezogen werden. Das gilt grundsätzlich auch für naturwissenschaftliche Theorien.¹

Wesensforschung, so wie wir sie im Rahmen der ontologischen Betrachtungsweise gekennzeichnet haben, ist notwendig theoretisch. Sie ist jeweils diejenige Grunddisziplin einer jeden theoretischen Wissenschaft, die die Bestimmung apriorischer Grundbegriffe und Grundgesetze zur Aufgabe hat. Sie hat aber nicht die Gesamtheit möglicher theoretischer Erklärungen zum Gegenstand und findet in den Sozialwissenschaften ihre notwendige Ergänzung durch geschichtliche Theorien.

Bei Back reichen die theoretischen Wissenschaften über die Wesensforschung nicht hinaus. Für Husserl war die Lösung des Universa-

1 Vgl. Popper, Karl, Das Elend des Historizismus, a.a.O., S.112 ff.

lienproblems - d a s Problem jeder theoretischen Wissenschaft - der tiefere Anlaß zur Entwicklung seiner Wesenslehre. Der Wesensforschung wird die Tatsachenforschung gegenübergestellt.

Wir haben die theoretischen Wissenschaften geteilt in zwei Disziplinen, in Ontologie und geschichtliche Theorie. Diese Unterscheidung entspricht der in den Sozialwissenschaften zu beobachtenden Trennung von systemindifferenten, überzeitlichen Aussagen einerseits und jenen systemabhängigen, mehr an typischen Erscheinungsformen und Zusammenhängen der geschichtlichen Wirklichkeit orientierten theoretischen Begriffe und Gesetzmäßigkeiten andererseits.

Den theoretischen Disziplinen bleibt die Erforschung der singulären Tatsachenstruktur gegenübergestellt. Aber jene unhaltbare, vor allem von Husserl vertretene, radikale Trennung ist überwunden. Sie ist überwunden durch die in der geschichtlichen Theorie mögliche und verlangte entschiedener Hinwendung zur geschichtlichen Realität. Sie ist auch überwunden durch jene auch für die Wesensforschung zutreffende kritische Geltendmachung ihrer wirklichkeits- und erfahrungswirtschaftlichen Dimension: Alle theoretischen Erfahrungswissenschaften sind als Lehre von der Wirklichkeit und für die Wirklichkeit aufzufassen.

Zum Abschluß unserer kritischen Würdigung der ontologischen Betrachtungsweise dürfen wir die wichtigsten Aspekte unserer Überlegungen noch einmal kurz zusammenfassen. Eine unter Beachtung unserer Einwände modifizierte »Wesensschau« ist unter ausschließlich methodologischen Gesichtspunkten durchaus als Reduktion im Sinne der allgemeinen wissenschaftlichen Methodenlehre aufzufassen und zu leisten. In Hinsicht auf das Erfahrungsobjekt und das Erkenntnisobjekt können die geschichtliche Betrachtungsweise und die ontologische Betrachtungsweise identisch sein, in Hinsicht auf die Erkenntnismethode sind sie es. Es bleibt aber ein deutlicher Unterschied im Erkenntnisziel. Dieser Unterschied ist kein prinzipieller, sondern ein gradueller; er ist vor allem eine Frage der Abstraktion und Generalisierung. Das Erkenntnisziel der ontologischen

Betrachtungsweise besteht darin, die Erkenntnisobjekte ganz bewußt und konsequent auf ihre obersten, überzeitlichen Aspekte (Apriori) hin zu erforschen, indem sie diese » zu Ende denkt«. Die Aufgabe der geschichtlichen Betrachtungsweise ist im Vergleich dazu ungleich bescheidener. Sie kann um so zureichender erfüllt werden, je mehr sie sich ihrerseits auf gesicherte Wesenserkenntnisse stützen kann. Die geschichtliche Betrachtungsweise hat ontologische Kategorien als die konstituierenden Elemente eines Sachgebietes notwendig zu beachten. Sie kann in ihren theoretischen Sätzen ohne sie nicht auskommen.

7. Die ontologische Betrachtungsweise in der Genossenschaftswissenschaft

Wir wenden uns nun der ontologischen Betrachtungsweise in der Genossenschaftswissenschaft unter dem Gesichtspunkt der beiden folgenden Fragestellungen zu:

Von wem wird die Wesenserforschung des Genossenschaftswesens bewußt vertreten und gefördert, und welche Haupteinwände werden dagegen vorgebracht?

Welche Bedeutung haben Wesenserkenntnisse vom Genossenschaftswesen für den Untersuchungsgegenstand » Gesamtorganisation«?

Zur Klärung eines Teils der hierbei auftretenden Probleme können wir zurückgreifen auf unsere Ausführungen in den vorausgegangenen Abschnitten. Diese können analog auf die Genossenschaftslehre übertragen werden.

Als Hauptvertreter der Wesenserforschung des Genossenschaftswesens dürfen wir Back bezeichnen. Eine eingehende Untersuchung aber zeigt, daß mit gewissen Differenzierungen auch Clausen und Weipert im Rahmen ihrer Genossenschaftstheorie mit Wesensbegriffen ganz bewußt operieren. Sobald die wahre erkenntnistheoretische Bedeutung von Wesensaussagen erkannt ist, wird man behaupten dürfen, daß der Kreis derjenigen, die unbewußt und unreflektiert mit Wesensaussagen ständig arbeiten (und aus erkenntnistheoretischen Gründen auch notwendig arbeiten müssen!), erheblich weiter ist,

als er mit den genannten Namen bezeichnet wird. Er geht so weit, wie Genossenschaftstheorie wissenschaftlich zureichend betrieben wird.

In unserer Differenzierung der Genossenschaftstheorie in Wesenslehre und geschichtliche Theorie stimmen wir weitgehend mit Clausing überein, wenngleich wir kaum Anhaltspunkte darüber haben, ob diese Übereinstimmung sich auch auf die von uns sehr dezidiert vorgeführte Methodik erstreckt. Clausing erkennt die Notwendigkeit und Bedeutung der Genossenschaftsontologie unter Bezugnahme auf Back ausdrücklich an¹ und hat hierzu selbst einen beachtlichen Beitrag geleistet.² Gleichzeitig aber betont er: "Die Genossenschaftstheorie kann nicht nur Wesenslehre sein." ... "Gewiss ist es möglich und notwendig, im Vergleich der Genossenschaften früherer Zeiten und Kulturen mit den 'modernen' Genossenschaftsformen Gemeinsames, besonders im Prinzipiellen Liegendes herauszuarbeiten. Daneben aber steht das Anliegen der anschaulichen Theorie, die zugleich Wirtschaftsstiltheorie ist. Es besteht darin, die Wandlungen des Genossenschaftswesens von Epoche zu Epoche, die wesentlichen Verschiedenheiten seiner Gestaltung herauszuarbeiten; damit lassen sich zugleich die Eigenarten der modernen Genossenschaften deutlicher zeigen, deutlicher auch als mit dem Verfahren der reinen Theorie, die gewiß wichtige, aber eben doch nur Teilerkenntnisse liefert, nicht Gesamterkenntnis."³

Back hat seine erkenntnistheoretische und methodologische Position in seinen genossenschaftstheoretischen Veröffentlichungen nirgends ausdrücklich formuliert. Aus einzelnen verstreuten Hinweisen dort und auch aus persönlichen Äußerungen hierzu können wir jedoch schließen, daß es für ihn ein wichtiges genossenschaftswissenschaft-

1 Clausing, Gustav, Wirtschaftsstil, Wirtschaftsordnung und Genossenschaftswesen, a.a.O., S.90/91.

2 Clausing, Gustav, Vergangenheit, Gegenwart und zukünftige Bedeutung des Genossenschaftswesens, in: ZfG Bd.1 (1950/1951), S.30 ff.

3 Clausing, Gustav, Wirtschaftsstil, Wirtschaftsordnung und Genossenschaftswesen, a.a.O., S.91/92.

liches Erkenntnis z i e l ist, Wesensaussagen zu geben. Ob dies allerdings schon rechtfertigt, a l l e seine Äußerungen als Wesenslehre aufzufassen, so wie es beispielsweise Draheim unterstellt¹, möchten wir bezweifeln. Zwar wird der Wesensbegriff in Backs genossenschaftswissenschaftlichen Aussagen immer wieder verwendet; im Zusammenhang gesehen geschieht dies aber doch relativ selten und zurückhaltend. Im Grunde sind u.E. alle Wesensaussagen Backs zurückführbar auf jenes von ihm unter Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung und gegenwärtigen Struktur des Genossenschaftswesens erkannte "Prinzip der personellen Kooperation". Dieses ganz allein und sonst nichts wird von Back als " ü b e r - z e i t l i c h e s Wesensprinzip"² des Genossenschaftswesens behauptet.³ Es erfüllt jene Anforderungen, die wir an eine ontologische Aussage zu stellen haben. Alle anderen genossenschaftstheoretischen Erklärungen Backs sind im Grunde das, was wir als geschichtliche Theorie bezeichnet haben. Sie zielen auf die Erklärung allein des m o d e r n e n Genossenschaftswesens, zum Teil nur auf einzelne seiner Probleme und Sparten.

Wenn Back dennoch auch in jenen Aussagen, die wir der geschichtlichen Theorie zuordnen, vom Wesen der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft spricht, so ist dies im folgenden Sinne zu verstehen:

1. Die in den einzelnen Veröffentlichungen jeweils anzutreffenden z e n t r a l e n Thesen, in deren Zusammenhang dann in der Regel der Wesensbegriff gesetzt wird, nehmen immer, ob ausdrücklich oder nicht ausdrücklich erklärt, auf jene im überzeitlichen Wesensprinzip der personellen Kooperation erfaßten Bestimmungsfaktoren Bezug. So erweisen sich alle genossenschaftstheoretischen Aussagen für das moderne Genossenschaftswesen als Ganzes oder für einzelne seiner Teilprobleme letztlich zurückge-

1 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.212 ff.

2 Back, Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens ..., a.a.O., S.26 u. 48.

3 Zum Aussagegehalt dieses Prinzips vgl. S.64 f. dieser Arbeit.

führt auf jenes eine Wesensprinzip oder deduziert aus ihm (Wesensmöglichkeiten!). Jene die Eigenart der genossenschaftlichen Erscheinungsformen *b e d i n g e n d e n* allgemeinen Gestaltungsfaktoren der verschiedenen Geschichtsepochen, die ihrerseits ja in der geschichtlichen Theorie eine so große Rolle spielen, werden von Back sehr wohl beachtet, sie erlangen jedoch an keiner Stelle die Kraft, jenes genannte ontologische Prinzip zu verdrängen oder zu verändern. Dieses erweist sich so in der Tat als äußerst wandlungsfähig und fruchtbar.¹

2. Jene auf bestimmte historisch gewordenen Formen von Genossenschaftswesen bezogenen, durchaus nicht ontisch gemeinten Erklärungen werden von Back dennoch als Wesensaussagen aufgefaßt.
 - a) Der generelle und theoretische Gehalt jener Aussagen zwingt dazu. Damit kommt die auch von Back vertretene ausschließliche Gegenüberstellung von Wesens- und Tatsachenforschung zum Tragen. Auch scheint bei diesen Überlegungen jenes Erkenntnismotiv, das für die Phänomenologen in Anlehnung an Husserl die Wesenslehre entscheidend mitverursacht hat, nämlich die Bewältigung des Universalienproblems, mit eine Rolle zu spielen. In Hinblick auf dieses Problem nehmen historische Fakten ja in der Tat eine Sonderstellung ein: Sie sind in ihrer Eigenart und Existenz immer von singulärer, nie von genereller Struktur. Aus diesem zutreffenden Gesichtspunkt folgt *f ü r u n s* jedoch nicht die ausschließliche Gegenüberstellung von Tatsachen- und Wesensforschung, vielmehr von Tatsachenforschung und theoretischen Wissenschaften. Daß in den theoretischen Wissenschaften, insbesondere in den Sozialwissenschaften, neben den ontischen auch epo-

¹ Diese Auffassung finden wir bestätigt bei Clausing, Gustav, Wirtschaftsstil, Wirtschaftsordnung und Genossenschaftswesen, a.a.O., S.90/91. - Mit Einschränkungen hat dies im Grunde auch Draheim bemerkt: "Die Phänomenologie, auch Wesensschau genannt, schafft ihm grundsätzlich die Voraussetzungen, unter kulturphilosophischem Aspekt eine Genossenschaftstheorie zu geben, die infolge ihres allgemeinphilosophischen Gehalts wirklich den Anspruch erheben kann, sehr umfassend, vielleicht sogar die umfassendste zu sein, womit freilich noch nichts über ihre 'Anwendbarkeit' ausgesagt ist." (in: Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.212.)

chale bzw. systembezogene Kategorien möglich sind und eine Rolle spielen, erscheint uns wichtig, ist aber noch kein hinreichender Grund für die vorgeschlagene Trennung in Ontologie und geschichtliche Theorie. Erst die nachfolgende Überlegung liefert dazu den entscheidenden Anhaltspunkt.

b) Back gliedert die geschichtlichen Objektivationen des ontischen Prinzips als Wesensmöglichkeiten der eidetischen Forschung vor allem deshalb ein, weil diese bei genau denselben Existenzbedingungen, unter denen ihre Realisierung einmal möglich war, immer wieder Wirklichkeit werden müssen.¹ In diesem Sinne ist jede historische Objektivation in der Tat eine überzeitliche, d.h. eine ontische Wesensmöglichkeit. Diese Auffassung ist in formal-logischer Weise nicht zu widerlegen. Sie geht dennoch in materialer Hinsicht nach unserer Auffassung am Wesen der gesellschaftlich-geschichtlichen Entwicklung vorbei. Aus logischen Gründen besteht nämlich keine Chance, daß je in der Zukunft dieselben gesamtgesellschaftlichen Bestimmungs- und Bedingungsfaktoren so wiederkehren, wie sie zu einem beliebigen geschichtlichen Zeitpunkt existieren oder existierten. Die Gesellschaft nach dem betreffenden Zeitpunkt ist ja in jedem Falle um die Erfahrungen des Daseins zum genannten Zeitpunkt reicher als jene Gesellschaft, die vor dem betreffenden Zeitpunkt die Zukunft zu gestalten hatte. Dies sind letztlich dieselben Gründe, warum unbedingte Prognosen über die gesellschaftlich-wirtschaftliche Entwicklung logisch unmöglich sind. Denn, gesetzt sie wären möglich und bekannt, so würde allein schon das Wissen um die zukünftigen Ereignisse als ein in den Voraussetzungen der Prognose nicht enthaltener Faktor derartige Entscheidungs-

1 Was diese Auffassung besagt, sei durch zwei von uns formulierte Beispiele erläutert: Unter genau denselben geschichtlichen Gesamtbedingungen, wie sie um die Mitte des 19. Jahrhunderts gegeben waren, wird das moderne Genossenschaftswesen in genau der Weise immer entstehen, wie es damals entstanden ist; oder: unter genau denselben gesamtgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen, wie sie für dieses moderne Genossenschaftswesen in der Folgezeit gegeben waren, wird sich Genossenschaftswesen immer so entwickeln, wie es sich tatsächlich entwickelt hat.

und Handlungsreaktionen der betroffenen Menschen zur Folge haben, daß ein zukünftiges Ereignis nie in der prognostizierten Weise eintreten könnte.¹ Der damit angesprochene Sachverhalt liegt begründet in jenem Faktor, durch den das determinierte Naturgeschehen sich eben vom gesellschaftlich-wirtschaftlichen Handlungsgeschehen unterscheidet: der prinzipiellen Freiheit und der Vernunft des menschlichen Geistes.

Wenn dieses von uns vorgetragene Argument zutrifft, so vermeinen wir unsere Unterscheidung in Ontologie und geschichtliche Theorie mit gutem Grund aufrechterhalten zu können. So uninteressant sind dann für die Theorie eben jene besonderen geschichtlichen Realisationsfaktoren nicht, die in der Ontologie notwendig in den Hintergrund gerückt werden müssen, auch wenn diese sich als »kulturtheoretisch« erweist, so wie wir es nachfolgend erörtern werden.

Um nach diesen Retuschen an Backs Wesensauffassung auch noch einmal seine Position ganz klarzustellen, erinnern wir daran, daß auch für ihn die Nationalökonomie sich keineswegs in Ontologie erschöpft. In dem von ihm deutlich erklärten Sinne sind also auch seine genossenschaftstheoretischen Aussagen nicht ausschließlich als Wesenslehre in unserem Sinne aufzufassen, vielmehr als Ontologie nur hinsichtlich des genannten Prinzips zu betrachten. Jenes gekennzeichnete eigenartige Fundierungsverhältnis von Philosophie und Nationalökonomie, das auch zu dem Vorwurf der "Genossenschaftsphilosophie"² geführt hat, wollen wir in einem Zitat von ihm selbst noch einmal aufleuchten lassen: Der philosophische Weg der Wesensforschung ermöglicht allein eine eindeutige Erfassung des wirtschaftlichen Seins. "Nicht nur der grundlegende Wirtschaftsbegriff, sondern sämtliche nationalökonomischen Grundbegriffe, die diese

1 Die einzige, faktisch freilich unwahrscheinliche Ausnahme von dieser Behauptung liegt genau dann vor, wenn das Prognoseergebnis ohnehin mit den auch ohne das Wissen um es geplanten Handlungen und Reaktionen der davon Betroffenen übereinstimmt.

2 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.208 u. 213; Robotka, Frank, Vom Nutzen der Genossenschaftstheorie, in: ZfgG Bd.8 (1958), S.70.

Bezeichnung wirklich verdienen, sind in Wahrheit Wesensbegriffe. ... Der Streit um die nationalökonomischen Grundbegriffe ist auf nichts anderes zurückzuführen, als darauf, daß man bis heute sich nicht Rechenschaft darüber geben konnte, was sie bedeuten, wie sie gewonnen und in welchem Sinne sie verwendet werden müssen. Erst die phänomenologische Wesensforschung hat uns die Struktur und den Charakter dieser Begriffe aufgewiesen. Ja, wird man fragen, wenn der Fall so liegt, hat dann die Nationalökonomie überhaupt noch die Aufgabe, ihre (eigenen) Grundbegriffe und Grundgesetze zu gewinnen und fällt dann diese Aufgabe nicht der Philosophie zu? Diese Frage müßte mit 'ja' beantwortet werden, wenn die Philosophie eine in sich geschlossene einheitliche Disziplin wäre, die der Nationalökonomie gegenüberstünde. Das ist aber nicht der Fall. Das Problem löst sich vielmehr so, daß die Nationalökonomie mit einem Teil, und zwar ihrem grundlegenden Teil, in die Philosophie hineinfällt. Die Philosophie ist nicht eine wissenschaftliche **D i s - z i p l i n**, sondern ein bestimmter Problembereich, in den die einzelnen Wissenschaften mit einzelnen ihrer Disziplinen hineinragen. So auch die Nationalökonomie. Ein wichtiger Teil der nationalökonomischen (sich auf die Wirtschaft beziehenden) Untersuchungen trägt philosophischen Charakter."¹

Diese sicher für manchen Wissenschaftler auf den ersten Blick merkwürdige, ja verdächtige Auffassung wird aber vom Philosophen durchaus bestätigt. So erklärte z.B. Karl Jaspers zum Thema »Philosophie und Wissenschaft«: Die "Philosophie ist stets in den Wissenschaften lebendig und von ihnen so untrennbar, daß die Reinheit beider nur gemeinsam gewonnen werden kann. Die Verleugnung der Philosophie pflegt unbemerkt eine schlechte Philosophie erwachsen zu lassen. Der Forscher hat philosophierend, ob bewußt oder unbewußt, in sich selbst die Führung seines konkreten Tuns, die er nicht noch einmal wissenschaftlich zwingend erkennen kann. Zum Beispiel: Daß überhaupt Wissenschaft sein soll, ist wissenschaftlich nicht zu beweisen. Oder: Was aus der Endlosigkeit des Daseien-

1 Back, Josef, Nationalökonomie und phänomenologische Philosophie, a.a.O., S.229.

den jeweils zum Gegenstand der Forschung gemacht wird, aus Interesse für diesen Gegenstand selbst, das ist eine wissenschaftlich nicht zu begründende Wahl. Oder: Die Ideen, die uns lenken, werden bewährt in der Systematik der Forschung, aber werden nicht selber geradezu erforschbar. Wissenschaft sich selbst überlassen als bloße Wissenschaft, gerät in Verwerflosung."¹

Auf weitere Klärung können wir in unserem Zusammenhang verzichten. Wir brauchen den für die ontologische Betrachtungsweise üblichen Philosophievorwurf nicht besonders zu beachten, da klargestellt ist, welcher Sinn und welche wissenschaftliche Bedeutung den Wesensaussagen zukommt. Daß derartige Kategorien **a l l e i n** zu einer zureichenden Tatsachenbestimmung und -erklärung ausreichen, ist insbesondere von denjenigen, die bewußt mit Wesensbegriffen arbeiten, nie behauptet worden. Das ist aufgrund der reduzierten Struktur dieser Aussagen auch gar nicht möglich.

Kritik und Mißverstehen der Wesenserforschung des Genossenschaftswesens ist weit verbreitet. Die Einwände dagegen sind massiv. Sie bezweifeln in ihren verschiedenen Varianten im Grunde immer die Bedeutung, Zulässigkeit und Anwendbarkeit derartiger Erkenntnisse in **w i s s e n s c h a f t l i c h e n** Analysen.

Die Aversionen Weissers und Engelhardts gegen Wesensanalysen sind offensichtlich und vielschichtig, wenngleich in keiner uns zugänglichen Veröffentlichung eingehend begründet. Ausführlicher hat sich in der Genossenschaftswissenschaft allein Draheim - und zwar mit Blick auf Back - mit der Wesensforschung auseinandergesetzt. Seine Absicht war es damals, diese Wissenschaftsrichtung einer "immanenten Kritik" zu unterziehen.

Die Kritik an der Wesensforschung lautet auf

a) Unmöglichkeit einer methodisch-wissenschaftlichen Bestimmung

¹ Jaspers, Karl, Philosophie und Wissenschaft, in: Über Bedingungen und Möglichkeiten eines neuen Humanismus, a.a.O., S.13.

- von Wesensaussagen; keine mögliche wissenschaftliche Erfahrungsweise von Wesen;
- b) Subjektivität, im Sinne von werturteilsgeladen; spekulativ, nicht tatsachengebunden; normativ;
 - c) Philosophie;
 - d) Abweichung hinsichtlich der typischen genossenschaftlichen Aufgabenstellung von den üblichen Betrachtungsweisen;
 - e) kulturphilosophisch bzw. kulturtheoretisch; künstliche Vergrößerung des Objektes;
 - f) Unanwendbarkeit der Ergebnisse.

Zu a): Die Unmöglichkeit einer methodisch-wissenschaftlichen Bestimmung von Wesensaussagen wird vor allem von Weisser betont: "Von bestimmten philosophischen Richtungen wird das Wort Wesen jedoch in dem Sinne verwendet, daß es sich um eine Art von Anschauung des Objektes handeln soll, bei der die Gegenstände von allem Unwesentlichen entkleidet werden. Anschauungen von rein Geistigem kann es jedoch nicht geben. Wir können wohl eine innere Anschauung und von Psychischem für möglich halten, aber zum Begriff des Anschaulichen gehört der Gebrauch von irgendwelchen Wahrnehmungsorganen, und es ist kein von der Wissenschaft angewendetes Wahrnehmungsmittel ersichtlich, das rein Geistiges anschaulich erfassen könnte. (Demgemäß kann es auch keine 'anschauliche Theorie' geben.)"¹ In anderem Zusammenhang erklärt Weisser nach Darlegung einer ausgeprägt nominalistischen Begriffsauffassung, daß es sich eben auch bei den Wesensbegriffen "u m l o g i s c h e E n t s c h e i d u n g e n - und nicht Feststellungen oder einen Typ des 'Schauens' handelt"². Diese Auffassungen Weissers verraten einen betont engen wissenschaftlichen Erfahrungsbegriff, sowie eine in dieser Form einseitige und verfehlte Vorstellung vom Zustande-

1 Weisser, Gerhard, Logische Bemerkungen über den Begriff "Genossenschaft", in: Betriebswirtschaftliche Strukturfragen (Festschrift für R. Henzler), Wiesbaden 1967, S.25.

2 Weisser, Gerhard, Erkenntnis- und Bewertungsgegenstände der Genossenschaftslehre sind alle Genossenschaften im wirtschaftlichen Sinne, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), Göttingen 1968, S.5/6.

kommen erfahrungswissenschaftlicher Theorien und Begriffe. Ohne Zweifel hat der Wissenschaftler volle Freiheit in der sprachlichen Etikettierung eines bestimmten in der Wirklichkeit festgestellten Sachverhaltes, z.B. als "A"-Sachverhalt oder "B"-Sachverhalt. Diese (sprachliche) Freiheit ist aber nicht von großer Bedeutung im Vergleich zu der am Untersuchungsphänomen selber vorgegebenen und festgestellten Merkmalstruktur. Der Weg der völlig freien logischen Definitionskonstrukte führt mit ziemlicher Notwendigkeit zur instrumentalischen Theorie. Auch die Vertreter des Nominalismus können sich eben, wie so viele Vertreter bestimmter Wissenschaftsrichtungen, einseitiger Übersteigerung ihres Wahrheitskernes nicht enthalten.

Weissers Betonung der sinnlichen Wahrnehmung als einzig möglicher und erlaubter wissenschaftlicher Erfahrungsweise zeigt, wie wenig er bereit ist, auf die Methode der Wesenserfahrung, die eben den »anschaulichen« Namen Wesensschau trägt, Bezug zu nehmen. Daß die Struktur der Wesenserfahrung nicht mit der sinnlichen Wahrnehmung vergleichbar ist, daß erstere in ganz eigenartiger Weise vielmehr stets auch auf letzterer aufbaut, wird von der Phänomenologie deutlich zum Ausdruck gebracht. Auch hier zeigt sich wieder die Problematik inadäquater Kategorien in den Geisteswissenschaften¹. Wie und warum "innere Anschauung von Psychischem" möglich ist, bleibt bei Weissers Betonung der sinnlichen Wahrnehmungso rg a n e offen.

Es sollte keinem Zweifel mehr unterliegen, daß es auch Möglichkeiten und Formen der Erfahrung von Nicht-Sinnlichem gibt. Diese Auffassung wird ja schon entschieden gestützt durch die Existenz aller wissenschaftlichen Theorien. Irgendwie muß aber auch Weisser den Geist dieser Welt erfassen, sofern er ihn nicht leugnet. Daß und wie dies möglich ist, deutet er in einer anderen seiner Veröffentlichungen an. (Dabei ist die inhaltliche Begrenzung der Begriffe Erfahrung und Anschauung auf das Sinnliche zum Verständnis der

¹ Vgl. S.305 f. dieser Arbeit.

nachfolgenden Aussage mit zu beachten!): "Unser Erkenntnisvermögen kann jeden Gegenstand sowohl 'anschaulich' in seiner Individualität wie begrifflich als Element einer Klasse erfassen. Das gilt auch für geistige Gegebenheiten. Sie können wir bei uns selbst innerlich wahrnehmen oder aus Wahrgenommenem erschließen; bei anderen nacherleben (indem wir ihren sinnlichen Ausdruck beobachten) oder aufgrund des Verhaltens dieser anderen vermuten."¹ Ob d i e s e r Weg der Begriffsbildung so grundsätzlich verschieden ist von der Wesensschau, insbesondere bei Berücksichtigung der Backschen Auffassung hierzu, brauchen wir hier nicht zu untersuchen. Wir bestreiten es. Festhalten können wir aber, daß auch Weisser, wie aus vorstehendem Zitat ersichtlich wird, aus einer nicht-sinnlichen Quelle seine Erkenntnis schöpft und daß auch er ontische Erkenntnisse für möglich hält.²

Zu b: Unklar und wenig qualifiziert erscheinen uns jene Einwände gegen die Wesensforschung, die einen subjektiven Werturteilsgehalt der Aussagen behaupten. Die Kritik wird in den allerverschiedensten Varianten³ vorgetragen, wobei zur Begründung eben in der Re-

1 Weisser, Gerhard, Wirtschaft, in: Handbuch der Soziologie, a.a.O., S.975.

2 Weisser, Gerhard, Wirtschaftspolitik als Wissenschaft, Stuttgart 1934, S.142 ff.

3 Engelhardt, Werner, Zum wirtschaftlichen Standpunkt und morphologischen Ansatz in der Betriebswirtschafts- und Genossenschaftslehre, a.a.O., S.31: In der Betriebswirtschaftslehre als essentialistisch-normativer Wissenschaft werden "vom herkömmlich ontologischen oder aber modern 'ökonomistischen' Positionen her Aussagen über Seiendes und Sollendes zugleich formuliert." - Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O.: "Es gab eine relativ große Zahl von Teilnehmern, die den Genossenschaften als Mittel zur Erreichung (auch) metaökonomischer ... Ziele wertend gegenüberstanden." (S.213) "(Die Phänomenologie) will nicht eine konkrete, auf historischer Akribie beruhende Forschung, sondern sie setzt die Intuition und damit auch eine gewisse Subjektivität des die Wesensschau betreibenden Forschers an die Stelle der in der Geschichtswissenschaft üblichen Methodik. Wir müssen uns darum die Frage stellen, ob der im Grunde als ahistorisch angenommene Charakter der Phänomenologie geeignet erscheint, den objektiven geschichtlichen Einzelvorgängen die erforderlichen Erklärungen zu geben, und ob nicht die Eigenart der Wesensschau gegenüber den Genossenschaften dazu führen kann, u.U.

gel auf die intuitive, oft auch spekulative Dimension der Methode und das apriorische Erkenntnisziel der Wesensforschung angespielt wird. Wir haben die Problematik der Objektivität und Wertung in der Wissenschaft schon früher behandelt und können jetzt darauf verweisen.¹ Wenn wir in Hinsicht darauf für die Wesensforschung keine Besonderheiten erkennen, so kann dies andererseits selbstverständlich nicht bedeuten, daß ihr gegenüber die erfahrungswissenschaftliche Kritik außer Geltung sei. Vielmehr wird diese auch für ontologische Aussagen entschieden gefordert. Man sollte aber endlich damit aufhören, schon aus den *i n t u i t i v e n* Erkenntnisakten, die in der Wissenschaft auch dann eine Rolle spielen, wenn sie gelehnt oder abgelehnt werden, den Werturteilsverdacht zu konstruieren. Ein Wort Poppers, der als Vertreter der modernen Wissenschaftslehre in dieser Angelegenheit bestimmt nicht »vorbelastet« erscheint, mag diese Frage hier noch einmal klarstellen. "Wir können sagen, daß es vom Standpunkt der Wissenschaft irrelevant ist, ob wir zu unseren Theorien durch voreilige Schlüsse gelangen oder dadurch, daß wir sozusagen einfach über sie stolpern, also durch 'Intuition', oder mit Hilfe irgendeines induktiven Verfahrens. Die Frage 'Wie haben Sie Ihre Theorie *g e f u n d e n*?' berührt nämlich eine völlig private Angelegenheit, im Gegensatz zu der Frage 'Wie haben Sie Ihre Theorie *g e p r ü f t*?', die allein wissenschaftlich relevant ist."² Das Zustandekommen einer Erkenntnis kann von der Frage nach ihrer Objektivität völlig getrennt werden.

Der Einwand des Subjektivismus deckt sich nur zum Teil mit jenem, besonders von Engelhardt vorgebrachten Argument des *N o r m a - t i v i s m u s*. Inwiefern dies aber verdächtig ist, müßte von ihm doch etwas genauer ausgeführt werden. Daß nämlich wissenschaftliche Theorien, nachdem sie ermittelt und solange sie nicht widerlegt sind, auch normative Aussagen erlauben, sollte nicht betont werden müssen. In der Regel werden Theorien gerade zu diesem Zweck

eine etwas zu eigenwillige Verteilung der Akzente vorzunehmen, die sich bei Prognosen besonders deutlich zeigen muß." (S.213)

1 Vgl. S.335 ff. dieser Arbeit.

2 Popper, Karl, Das Elend des Historizismus, a.a.O., S.106.

entwickelt. Der Ausdruck »normativ« ist in solchem Zusammenhang freilich im Grunde genommen fehl am Platz. Wenn von der Wissenschaft auf der Basis irgendwelcher für wahr gehaltenen Zustands- oder Entwicklungsgesetze und unter möglichst umfassender Berücksichtigung der jeweils gegebenen individuell-konkreten Ausgangslage prognostische Aussagen gemacht werden, handelt es sich letztlich nicht um Sollens-Vorschriften, schon gar nicht um verbindliche, für praktische Wirtschaftsgestalter und Politiker, sondern um informative Sachaussagen: Es erfolgt eine Information über *r e a l e , v e r n u n f t o r i e n t i e r t e M ö g l i c h k e i t e n* der Entwicklung bzw. des Wirkens. Dies gilt für Ontologien ebenso wie für geschichtliche Theorien. Derartige Aussagen sind, solange sie nur sachorientiert, zureichend begründet und frei von persönlichen Interessensmotiven sind, wissenschaftlich nicht zu beanstanden.

Zu d: Schwerwiegend erscheint auf den ersten Blick jene sachbezogene Kritik Draheims an der Wesensforschung, wonach diese "hinsichtlich der typischen genossenschaftlichen Aufgabenstellung von den übrigen Betrachtungsweisen abweicht" und ihre Ergebnisse nicht zur Erklärung der Wirklichkeit geeignet sind.¹ Wie sehr aber jenes bereits genannte Wesensprinzip der "personellen Kooperation", auf das Draheims Kritik zielt, sich als fruchtbar zur Erklärung der genossenschaftlichen Wirtschaftswirklichkeit erwiesen hat, konnten wir schon feststellen. Freilich ist damit nie der Anspruch verbunden worden, die Wirklichkeit in ihrer individuell-konkreten Seinsstruktur vollständig in den Griff zu bekommen. Daß aber die von Draheim monierte genossenschaftliche Aufgabenstellung, so wie sie von der Wesensforschung gezeigt wird, durchaus eine breitere Basis hat, konnten wir zeigen.² Um das Ergebnis zusammenzufassen: Back hat mit seinem Wesensprinzip im Grunde nicht eine neuartige, wirklichkeitsfremde genossenschaftliche Aufgabenstellung gezeigt, sondern die üblicherweise als solche genannten und anerkannten Aufga-

1 Vgl. Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.212 u. 214.

2 Vgl. S.56 ff. dieser Arbeit.

ben auf eine höherliegende Erklärungsebene zurückgeführt. Darin zeigt sich eben der Unterschied zwischen geschichtlicher Theorie und Ontologie.

Zu e: In der Auseinandersetzung mit der Wesensforschung wird diese von Draheim kritisch als "kulturphilosophische Betrachtungsweise" bzw. "kulturtheoretische Genossenschaftstheorie"¹ charakterisiert. Dies muß überraschen, wenn wir dessen ausdrückliches und so erfolgreiches eigenes Bemühen um eine "Gesamtschau" des Genossenschaftswesens beachten. Wir müssen daher die Frage stellen, ob Draheim mit seinem Einwand, dem wahren und zentralen Erkenntnisanliegen "kulturtheoretischer Betrachtungsweise" entspricht. Es fällt in der Tat auf, wie vielschichtig und locker der Aussagegehalt dieses Einwandes formuliert ist und in welch relativ hohem Grade er der Interpretation durch den Leser anheimgestellt bleibt: "Muß man das Anwendungsobjekt in seiner Bedeutung nicht künstlich vergrößern oder in andere umfassende Zusammenhänge einbauen, um es mit den aufs Große und Grundsätzliche gerichteten Augen des Kulturphilosophen wahrnehmen und in allgemeinen Zusammenhängen deuten zu können?"² Aus verschiedenen anderen Hinweisen muß der Eindruck entstehen, als ob eine kulturtheoretische Betrachtungsweise mit der Wesensschau zu identifizieren und als solche eine außerökonomische (nämlich philosophische), wirklichkeitsfremde und (subjektiv) wertende Betrachtungsweise sei.³

1 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.219 u. 215.

2 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.213.

3 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O.; "Back geht bei der Erörterung des so außerordentlich umfassenden Themas nicht als 'reiner Ökonom' an die Untersuchung heran, sondern als Ökonom und Anhänger der Phänomenologie. Die Phänomenologie, auch Wesensschau genannt, schafft ihm grundsätzlich die Voraussetzungen, unter kulturphilosophischem Aspekt eine Genossenschaftstheorie zu geben, die infolge ihres allgemeinphilosophischen Gehalts wirklich den Anspruch erheben kann, sehr umfassend, vielleicht sogar die umfassendste zu sein ..." (S.212); "... ob eine solche kulturphilosophisch orientierte Auffassung, wie die Wesensschau sie darstellt ..." (S.213); "Aber für seine kulturphilosophische Betrachtungsweise brauchte ihn die Gestalt,

Wie ist »Genossenschaftslehre als Kulturtheorie« wissenschaftlich zu verstehen? Back selbst hat diese Kennzeichnung unseres Wissens nie gebraucht und dürfte sie vermutlich auch ablehnen. Draheim be-
ruft sich in seinen Ausführungen auf Clausing.¹ Dieser wiederum verwendet das Merkmal »kulturtheoretisch« im Sinne einer Betrachtungsweise, wie sie Weippert² generell für die Wirtschaftswissenschaft verlangt hat.

Das Anliegen kulturtheoretischer Betrachtungsweise ist es, die Wirtschaft im Interesse einer wirklichkeitsnahen Ganzheitserkenntnis als Kulturwirklichkeit aufzuweisen. "Das Abstraktionsziel instrumentaler Theorie ist das rein Ökonomische. Weil sie nun aber dieses rein Ökonomische, das in sich freilich ein Struktur Ganzes ist, nicht in seinem Charakter als Strukturbestandteil des umfassenden Struktur Ganzes 'Kulturwirklichkeit Wirtschaft' zu erkennen vermag, entgeht ihr notwendigerweise, inwiefern auch das, was n i c h t als ein rein Ökonomisches anzusprechen ist, sich als Strukturelement und zwar als konstitutives, wesentliches, also kategoriales Strukturelement der Wirtschaft als einer Kulturwirklichkeit erweist."³ Es geht also um die Erfassung der ökonomischen Relevanz außerökonomischer Kultur- und Sozialbereiche. Derartige interdependente Einflüsse bedingen und begrenzen jedes mögliche faktische Wirtschaften. Die Beachtung der kulturellen Gesamtzusammenhänge ist für eine zureichende Ontologie ebenso gefordert wie für die geschichtliche Theorie. Am Beispiel der Sombartschen Kategorien »Geist«, »Ordnung« und »Technik« zeigt Weippert: "Indem Geist,

das Wesen der Genossenschaft nicht primär zu interessieren." (S.219); "Wir glauben auch, daß die Genossenschaften ihre relativ bescheidenen und engen Zielsetzungen nicht zugunsten kulturphilosophisch begründeter weltumspannender Fernziele aufgeben werden." (S.221)

- 1 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.215; Clausing, Gustav, Wirtschaftsstil, Wirtschaftsordnung und Genossenschaftswesen, a.a.O., S.91.
- 2 Weippert, Georg, Instrumentale und kulturtheoretische Betrachtung der Wirtschaft, a.a.O., S.30 ff.
- 3 Weippert, Georg, Instrumentale und kulturtheoretische Betrachtung der Wirtschaft, a.a.O., S.44.

Ordnung und Technik sich als konstitutive Strukturelemente der Kulturwirklichkeit Wirtschaft erweisen, ist auch schon ausgemacht, daß diese an sich 'außerökonomischen' Phänomene ökonomisch relevant sind. Ja sie sind es in allerhöchstem Maße. Denn mit diesen Strukturelementen sind jeweils ganz bestimmte Bedingungen der Realisierung des Sachgebiets Wirtschaft gesetzt, weshalb wir sie samt und sonders als 'Realisierungsfaktoren' bezeichnen können. Das aber heißt, daß diese einzelnen Strukturelemente der Kulturwirklichkeit Wirtschaft die Weise, die Beschaffenheit des Wirtschaftens und demzufolge auch die Gestalt einer historisch konkreten Wirtschaft entscheidend bestimmen."¹

Eine kulturtheoretische Genossenschaftstheorie hat analog, auch und gerade wenn sie sich als ökonomische versteht, alle für sie bedeutungsvollen außerökonomischen Bedingungen mitzuerfassen. Diese brauchen nur insoweit erforscht und beachtet werden, als sie für den Vollzug der genossenschaftlichen Aufgabe relevant sind. Der wirtschaftswissenschaftlich orientierte Genossenschaftstheoretiker wird also nicht Philosoph, Techniker oder Soziologe, sondern bleibt auch in diesem Falle Ökonom.²

Back hat in seinen nationalökonomischen Wesensforschungen die Bedeutung der außerökonomischen Bedingungs-faktoren entschieden betont. Sie hat der Ökonom festzustellen und zu berücksichtigen. "Die wirtschaftlichen Wesensmöglichkeiten sind von verschiedenen nichtwirtschaftlichen Wesenstatbeständen bedingt, wie wir gesehen haben, von solchen substantieller und solchen personeller und sogar von solchen objektiv-gegenständlicher Art." ... "Die Bedingungen des wirtschaftlichen Geschehens betreffen niemals die Art und Weise, wie wirtschaftlich gehandelt werden muß, sondern bedeuten lediglich eine Grenze, innerhalb der allein wirtschaftlich gehandelt werden kann. Die reine Ökonomie hat diese

1 Weippert, Georg, Instrumentale und kulturtheoretische Betrachtung der Wirtschaft, a.a.O., S.45.

2 Vgl. Weippert, Georg, Instrumentale und kulturtheoretische Betrachtung der Wirtschaft, a.a.O., S.44/45.

Grenze, innerhalb deren wirtschaftlich gehandelt werden kann, festzustellen. Diese so von ihr zu machenden Feststellungen bilden die Voraussetzungen, von denen sie erst ausgehen kann. Diese Voraussetzungen betreffen lediglich das Maß und die Richtungen möglichen wirtschaftlichen Handelns. ... Das »Wie« des wirtschaftlichen Handelns, das kann sie nun völlig selbständig explizieren. Und dies macht ihre wesentliche Aufgabe aus."¹ Wenn Back damals auf diesen kulturtheoretischen Aspekt der Wesensforschung weniger konkret und nachhaltig Gewicht legte, so ist dies in dem besonderen Erkenntnisziel, Strukturanalyse der reinen Ökonomie (Weippert: "Ontologie des Sachbereichs Wirtschaft"), begründet.

Das Genossenschaftswesen wurde von Back im Rahmen seiner ökonomischen Theorie stets ausdrücklich in den kulturellen und gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang gestellt.² Dies hat aber nicht das mindeste mit einer "künstlichen Vergrößerung" des Genossenschaftssektors zu tun, wie Draheim so zweifelnd festgestellt hat.

Wir vermögen Draheim also durchaus zuzustimmen, wenn er die Wesenschau generell und Backs Genossenschaftstheorie im besonderen als »kulturtheoretisch« bezeichnet. Den Inhalt dessen, was damit gemeint ist, haben wir jedoch nun in verschiedener Hinsicht schärfer erfaßt, als Draheim es andeutete. Dies gilt insbesondere in bezug auf die Kennzeichnung als wirklichkeitsfremd, subjektiv und wertend. Es werden - ganz im Gegenteil - von kulturtheoretisch orientierten Wissenschaftlern objektive Daseinszusammenhänge und rationale Wesensmöglichkeiten des Genossenschaftswesens aufgezeigt. Ur-

1 Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.236/237.

2 In Hinblick auf diesen Gesichtspunkt sind schon die Titel der Backschen Aufsätze sehr bezeichnend. Zum Beispiel: "Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens, seine soziale, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung"; "Das Genossenschaftswesen im Strukturwandel des Gesellschafts- und Wirtschaftslebens"; "Der Standort des Genossenschaftswesens im heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsleben".

teile im Sinne subjektiv-ethischer oder interessenbezogener Bewertungen festgestellter Tatsachen vom Standpunkt des Forschers und im Namen der Wissenschaft werden an keiner Stelle des Aussagesystems vollzogen. Der Rückbezug auf die Weippertschen Gedanken hat auch deutlich gemacht, daß die Forderung nach einer kulturtheoretischen Betrachtungsweise nicht mit der Wesensschau identifiziert werden darf. Diese gilt vielmehr für **a l l e w i r k l i c h - k e i t s o r i e n t i e r t e n** wirtschafts- und genossenschaftswissenschaftlichen Untersuchungen.

Noch ein weiteres Ergebnis haben, gewissermaßen am Rande, unsere Überlegungen zur Wesensbetrachtung des Genossenschaftswesens erbracht. In ihrer erkenntnistheoretischen und methodologischen Wissenschaftsauffassung bestehen weitgehende Parallelen zwischen Back, Clausing und Weippert. Daneben sind Unterschiede im Schwergewicht der je eigenen Erkenntnisinteressen durchaus vorhanden. In Hinblick auf die Genossenschaftstheorie rechtfertigen diese Unterschiede jedoch nicht eine Gruppierung, wie sie Draheim in seiner Würdigung der Internationalen Genossenschaftswissenschaftlichen Tagung in Erlangen 1957 vorgenommen hat. Dort hat er Back als "wertenden" Wesensforscher den Vertretern einer "objektiven und wertneutralen Ganzheitsbetrachtung" gegenübergestellt und in diesem Rahmen Weippert und Clausing genannt. Wir müssen feststellen, daß diese Gruppierung in Wahrheit nicht zutreffend ist. Eine eingehende Analyse würde zeigen, daß auch Seraphim, wie mehrfach angedeutet auch Weisser und selbst Draheim, der Wesensforschung nicht so entfernt stehen, als es üblicherweise dargestellt wird.¹

Der Kritik an der Wesensforschung liegt ein komplexes und oft totales Mißverständnis zugrunde. Einige Aspekte der daraus resultierenden Aversion konnten wir aufzeigen. Ob unsere generellen Überlegungen zur **M e t h o d e** der Wesensforschung vielleicht zu einem interpersonellen Verstehen einen Beitrag leisten können?

¹ Vgl. Clausing, Gustav, Wirtschaftsstil, Wirtschaftsordnung und Genossenschaftswesen, a.a.O., S.92 u. 94; ferner Seraphim, Hans-Jürgen, Das ökonomische und soziale Wesen der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, in: Vom Wesen der Genossenschaften ..., a.a.O., S.45-61.

Zum Abschluß unserer Darlegung der ontologischen Betrachtungsweise haben wir uns noch der Bedeutung von Wesensaussagen über das Genossenschaftswesen für den Untersuchungsgegenstand »Gesamtorganisation« zu versichern. Die Beantwortung dieser Frage braucht im Rahmen dieses Abschnittes nur rein erkenntnistheoretisch-formal gegeben werden. Den materialen Gehalt dieser Aussagen haben wir im 2. Kapitel unserer Untersuchung dargestellt.

Ohne Zweifel ist die Organisationsstruktur des modernen Genossenschaftswesens, so wie sie sich uns heute darbietet und dessen theoretische Erklärung noch als Aufgabe ansteht, in ihrer Gestalt in hohem Maße durch geschichtliche Umweltfaktoren bedingt und wandelbar. Zu ihrer Erklärung wird es einer geschichtlichen Theorie bedürfen. Dennoch benötigt diese wie auch das Genossenschaftswesen in seiner dauernden Gestaltungsaufgabe einer Orientierung. Diese Orientierung wurde seit je in Prinzipienform gegeben. Die Gesamtheit dieser Prinzipien bezeichneten wir als genossenschaftliche Grundstruktur oder auch Genossenschaftsidee. Die Klärung dieser Grundstruktur ist durch ontologische Betrachtungsweise zu lösen. Diese Aufgabe ist nicht zu leisten durch Setzung apriorischer Axiome auf dem Wege rein logischer Entscheidung, sondern durch erfahrungswissenschaftliche Analyse der Entwicklung und des Standes der genossenschaftlichen Wirtschaftsform in Hinsicht auf ihre ontologische Struktur (prinzipielle Entstehungsursachen, Grundbegriffe, -beziehungen, -funktionen usw.). Daß dieser Aufgabe nicht allein mit einer Motivanalyse der gegenwärtigen genossenschaftlichen Mitgliederbasis beizukommen ist, sollte klar sein. Die genossenschaftliche Grundstruktur hat diejenigen zentrierenden und integrierenden Gestaltungselemente zum Inhalt, die jeder möglichen Organisation des Genossenschaftswesens überhaupt erst Sinn, Maß und Richtung geben. Wir hatten den notwendigen Zusammenhang von Organisation und Organisationsziel bereits früher aufgewiesen.

VII. Die morphologische Betrachtungsweise

1. Allgemeine Kennzeichnung und Kritik

Die morphologische Betrachtungsweise stellt ihrem Namen nach in den Sozialwissenschaften ein recht neuartiges Verfahren dar. Es weist gegenüber den bisherigen Untersuchungsweisen verschiedene Eigenheiten auf. Wir werden diese darstellen und einer Prüfung unterziehen. Dabei hoffen wir, zeigen zu können, daß auch diese Betrachtungsweise in erkenntnistheoretischer und methodologischer Hinsicht nur insoweit der Kritik standhält, als sie sich an der allgemeinen wissenschaftlichen Methodenlehre orientiert. Alle davon abweichenden Besonderheiten, die in der Regel den Stempel Weissers tragen, können keine allgemeine Geltung haben. Wenn dies so ist, besteht aber wissenschaftstheoretisch kein Anlaß, von einer neuen Betrachtungsweise zu sprechen. Lediglich das besondere m o r p h o l o g i s c h e Erkenntnisobjekt, das im Prinzip dem Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit entspricht, mag hier eine Sonderdarstellung rechtfertigen. Sie ist dennoch in formaler Hinsicht der geschichtlichen Betrachtungsweise unterzuordnen.

Die morphologische Betrachtungsweise wurde bis zu ihrem heutigen Stand entwickelt und wird vertreten von Weisser¹ und seinem Kölner Schülerkreis (Engelhardt, Cox, Katterle usw.). Die Existenz einer "voll zur Theorie nachprüfbarer Hypothesen ausgebauten und durch Sinnanalysen unterbauten Morphologie einzelwirtschaftlicher Gebilde" außerhalb des Weisser-Kreises wird uneingeschränkt und glatt

1 Weisser, Gerhard, Form und Wesen der Einzelwirtschaften, Stuttgart 1947; Unternehmensmorphologie und Einzelwirtschaftspolitik als Bestandteile der Betriebswirtschaftslehre, in: Archiv f. öff. u. fr.gemn. Unternehmen Bd.5 (1960), S.1 ff.; Die Unternehmensmorphologie - nur Randgebiet?, in: Archiv f. öff. u. fr.gemn. Unternehmen Bd.8 (1967), S.1 ff.; Unternehmensmorphologie und Einzelwirtschaftspolitik als betriebswirtschaftliche Disziplinen der Sozialwissenschaften, in: Archiv f. öff. u. fr.gemn. Unternehmen Bd.9 (1968), S.1 ff.

verneint.¹

Diese Feststellung läßt aufhorchen. Wie kann eine generelle wissenschaftliche Betrachtungsweise so enge Grenzen haben? Vermutlich ist das Wissen um diese Problematik die Ursache für das Suchen der Schüler (Engelhardt, Cox) nach morphologischen Anknüpfungspunkten auch außerhalb des genannten Kreises. Von den in die Überlegungen einbezogenen wissenschaftlichen Darstellungen werden nur wenige als *A n s ä t z e* zu einer morphologischen Theorie, die übrigens als "bloße Typologien, eventuell mit rein deskriptiven Befundberichten, aber ohne Entwicklung von Theorien oder Hypothesen" beurteilt.²

Wie kann dieses überraschende Urteil eine Erklärung finden? Ist die von Weisser entwickelte Betrachtungsweise als allgemeine wissenschaftliche Methodik so neuartig, ja revolutionär oder ist es die allgemeine Problematik ihrer Eigenart, die jene festgestellte Isolierung verständlich macht? Wir wollen uns deshalb der charakteristischen Strukturmerkmale jener von Weisser entwickelten morphologischen Betrachtungsweise versichern.

Das zentrale Erkenntnisobjekt dieser Betrachtungsweise ist die theoretische Analyse der *S t r u k t u r* tatbestände des Wirtschaftslebens. Den wissenschaftlichen Strukturbegriff konnten wir bereits zu Beginn dieser Untersuchung klarstellen.³ Jene mit dem Funktionsvollzug im Rahmen gegebener Struktur tatbestände verbundenen Entscheidungen, Handlungen und Prozesse der Ablauflehre (Pro-

1 Engelhardt, Werner, Zum Stande der morphologischen Forschung in der Betriebswirtschaftslehre und in anderen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, in: ZfbF 19.Jg. (1967), S.601.

2 Engelhardt, Werner, Zum Stande der morphologischen Forschung in der Betriebswirtschaftslehre und in anderen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, a.a.O., S.604 ff.; ferner: Cox, Helmut, Analyse und Theorie der einzelwirtschaftlichen Strukturen als Gegenstand der Unternehmensmorphologie, in: Archiv f. öff. u. fr.gem. Unternehmen, Bd.8 (1967), S.294 ff.

3 Vgl. S.16 ff. dieser Arbeit.

zeßanalyse; Katallaktik) werden ganz konsequent an den Rand geschoben. Ablauftheoreme können sinnvollerweise erst aufgestellt werden, nachdem die jeweils dazugehörigen Strukturmerkmale klargelegt sind. Die Wirtschaftsstruktur ist aber nicht schlechthin Gegenstand der morphologischen Betrachtungsweise; nur ein bestimmter Teil davon wird von Weisser in den Griff genommen. Die ein bestimmtes Wirtschaftsleben kennzeichnenden Strukturatbestände werden nämlich differenziert in "Bedingungen, die es innerhalb bestimmter geschichtlicher Situationen oder immer hinnehmen muß" und andererseits in "Eigenschaften aufgrund revidierbarer Entscheidungen".¹ "Treten bei der Analyse der Strukturen des Wirtschaftslebens überhaupt und der Strukturen der Gesellschaftswirtschaften und der Einzelwirtschaften die jeweils hinzunehmenden Gegebenheiten in den Hintergrund und wendet sich das Interesse vorzugsweise den Eigenschaften zu, die den Strukturen aufgrund von Entscheidungen zukommen, so werden die Strukturen, wie wir sagen möchten, 'morphologisch' betrachtet."² Die so gekennzeichneten Strukturatbestände werden in einer ganz bestimmten, methodisch vorgezeichneten und durch Definition festgelegten Weise erfaßt: "Als Wirtschaftsmorphologie (soll) der Teil der Strukturlehre gelten, der sich mit den 'Stilen' der Wirtschaftsgebilde befaßt."³ Der Stilbegriff seinerseits wird festgelegt als "Eigenschaft eines geschichtlich oder in der Phantasie gegebenen Wirtschaftslebens, die vorliegt, wenn die organisatorischen Formen der Gebilde und die Verhaltensweisen ganz oder überwiegend aus einheitlichen oder nahverwandten Entscheidungen über den Sinn dieses Wirtschaftslebens hervorgehen."³ Die in dieser Definition enthaltene Einschränkung brauchen wir nicht überzubewerten. Wir können, um dem Weisserschen Anliegen gerecht zu werden, den Ausdruck »Stil« einfach auch als "Inbegriff der Merkmale" verstehen, "die Sinn und

1 Weisser, Gerhard, Wirtschaft, in: Handbuch der Soziologie, a.a.O., S.1012.

2 Weisser, Gerhard, Wirtschaft, in: Handbuch der Soziologie, a.a.O., S.1012.

3 Weisser, Gerhard, Wirtschaft, in: Handbuch der Soziologie, a.a.O., S.990.

Form der wirtschaftlichen Gebilde betreffen."¹ Derartige Stileigenschaft hat jede Gesellschaftswirtschaft und jede Einzelwirtschaft. Bezüglich ihrer Stileigenschaften besonders markante, einheitliche und häufig anzutreffende Wirtschaftsgebilde bilden einen Stil t y p ². Nach Darstellung dieser definierten Begriffszusammenhänge verstehen wir, warum die morphologische Betrachtungsweise ihre Aufmerksamkeit den Eigenschaften der Strukturen zuwendet, "die den Sinn und die organisatorischen Formen der ökonomischen Institutionen betreffen."³

Wenn wir außerdem beachten, daß die "einzelwirtschaftlichen Gebilde", definiert als "autonome, wirtschaftliche Gebilde, die nicht überwiegend gesellschaftswirtschaftliche Funktionen haben",⁴ vereinbarungsgemäß den Forschungsgegenstand der Betriebswirtschaftslehre (Einzelwirtschaftslehre) darstellen, so wird auch klar, warum die morphologische Betrachtungsweise in einem so engen Konnex zu dieser Wissenschaftsdisziplin steht. Dieser Zusammenhang ist durch eine Reihe definitorischer Schritte zur Präzisierung eines besonderen Erkenntnisobjektes bedingt. Besondere erkenntnistheoretische oder methodologische Auffassungen sind hierbei nicht von Bedeutung.

Die Eigenart des Gesamt v e r f a h r e n s ⁵ zur Erforschung des in den Mittelpunkt des Interesses gerückten morphologischen Gegen-

1 Weisser, Gerhard, Wirtschaftstypen, in: HdSW Bd.12 (1965), S.272.

2 Vgl. Weisser, Gerhard, Bemerkungen zur Morphologie der einzelwirtschaftlichen Gebilde, in: Die Morphologie der einzelwirtschaftlichen Gebilde, a.a.O., S.211.

3 Weisser, Gerhard, Wirtschaft, a.a.O., S.1013.

4 Weisser, Gerhard, Wirtschaft, a.a.O., S.988.

5 Weisser, Gerhard, Die Unternehmensmorphologie - nur Randgebiet?, a.a.O., S.6: "Zur Unterscheidung von bloßen Typologien müssen wissenschaftliche Systeme, die empirische Einsichten, theoretische Erklärungen und eventuell systematisch oder punktuell Empfehlungen und Warnungen in bezug auf die Strukturen einzelwirtschaftlicher Gebilde bilden wollen, einen besonderen Namen erhalten. Mehr und mehr bürgert sich ... zur Bezeichnung dieser Lehren der Ausdruck Morphologie ein."

standes besteht in einer Kombination von axiomatischen Setzungen und empirischen Feststellungen einerseits sowie seinswissenschaftlichen und normativen Aussagen andererseits. Es ist in drei einander ergänzende Stufen gegliedert und führt zu drei entsprechenden Teillehren.

Den **A u s g a n g s p u n k t** jeder wissenschaftlichen Untersuchung bildet danach eine **f o r m a l e L e h r e** von den "wesentlichen Eigenschaften der Einzelwirtschaften. Sie geht so vor, daß zunächst abstrakt gefragt wird, in welchen Hinsichten die Einzelwirtschaften notwendigerweise eine Eigenschaft haben müssen."¹ Dabei erfolgt im Grunde nicht eine Feststellung tatsächlicher, sondern eine Katalogisierung **m ö g l i c h e r** Eigenschaften einzelwirtschaftlicher Strukturen. In betont nominalistischer Einstellung glaubt Weisser diese Lehre durch axiomatische Definition eines zweckmäßigen Begriffsapparates geben zu können. "Begriffe bilden ist eine Sache der Entscheidung."² Jeglicher Begriffsrealismus wird strikt abgelehnt. Die Begriffe, so wie sie in der Wissenschaft eine Rolle spielen, werden als rein formale Instrumente des Denkens und der Verständigung angesehen. Gleichwohl sollen Definitionen nicht willkürlich gesetzt werden, sie müssen vielmehr "zweckmäßig" sein. Das Kriterium dafür heißt "Operationalität"³ bei der empirischen Forschungsarbeit. Keinesfalls dürfen danach Begriffe inhaltsleer, vielmehr müssen sie inhaltlich scharf und eindeutig sein. **W i e d i e s e m a t e r i a l e n** Anforderungen aber in einer formalen Lehre, der vereinbarungsgemäß und in Hinblick auf die Ablehnung des Begriffsrealismus notwendig, keine empirischen Feststellungen **v o r a u s** gehen, erfüllt werden können, bleibt von Weisser unerörtert. Der Hinweis auf die "freie Entschei-

1 Weisser, Gerhard, Bemerkungen zur Morphologie der einzelwirtschaftlichen Gebilde, a.a.O., S.210.

2 Weisser, Gerhard, Erkenntnis- und Bewertungsgegenstände der Genossenschaftslehre sind alle Genossenschaften im wirtschaftlichen Sinne, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), a.a.O., S.4.

3 Weisser, Gerhard, Erkenntnis- und Bewertungsgegenstände der Genossenschaftslehre sind alle Genossenschaften im wirtschaftlichen Sinne, a.a.O., S.5.

dung" kann nicht genügen. Er ist angesichts der zu leistenden materialen Aufgabe ohne Kraft und Bedeutung.

Wir haben die Einseitigkeit des Nominalismus schon aufgezeigt: Die Freiheit in der (Wort-)Zeichenwahl kann logisch erst *n a c h* der Sachverhaltserfahrung und -analyse in Frage kommen. Die Sprache ist immer Ausdruck für *v o r a u s* gegangene Einsichten und Erkenntnisse. Dies ist der zentrale Gehalt der Lehre von den Realbegriffen. Die linguistische Freiheit in der Zeichenwahl ist damit nicht ausgeschlossen.

Der definierte Begriffsapparat dient Weisser als Instrumentenkasten zur Wirklichkeitsanalyse. So findet die formale Lehre in einem nächsten Schritt ihre Ergänzung durch eine *s e i n s w i s s e n - s c h a f t l i c h e T e i l l e h r e*. Es gilt hier die Frage zu beantworten, welcher Wirklichkeitsbefund den definierten Begriffen entspricht. Diese Aufgabe gliedert sich in die zwei Komponenten "anschauliche Erfassung der Individualitäten" und "Theoriebildung".¹

Die erste Komponente erscheint nicht besonders problematisch. Das betreffende Erkenntnisbemühen ist auf die Feststellung individuell-konkreter Tatsächlichkeiten der Einzelwirtschaften im vereinbarten Begriffsrahmen gerichtet. Das seinswissenschaftliche Ziel der morphologischen Betrachtungsweise ist damit aber nicht erschöpft. Sie will auch *t h e o r e t i s c h e* Wissenschaft sein. Dieser Schritt verdient, vor allem auch in Hinblick auf den noch darzustellenden dritten Teil des Gesamtverfahrens, der Einzelwirtschaftspolitik, unsere besondere Beachtung. Für "unter bestimmten Gesichtspunkten besonders interessante (Einzelwirtschafts-)Typen"² sollen "Zustands- und Entwicklungsgesetze"² gefunden werden. Als interessant werden solche Typen erachtet, "die in Hinblick auf po-

1 Weisser, Gerhard, Bemerkungen zur Morphologie der einzelwirtschaftlichen Gebilde, a.a.O., S.212.

2 Vgl. Weisser, Gerhard, Bemerkungen zur Morphologie der einzelwirtschaftlichen Gebilde, a.a.O., S.211.

litisch anzustrebende Gestaltungen dieses Bereiches des sozialen Lebens positiv oder negativ bedeutsam sind."^{1,2}

Auf der Basis der erwähnten Typologien werden theoretische Aussagen zur **E r k l ä r u n g** und **P r o g n o s e** struktureller Zustände und Entwicklungen angestrebt.³ Derartige Gesetze werden durch Reduktion gefunden. Wir dürfen annehmen, daß diese Erkenntnismethode inhaltlich der von uns vorgeführten Darstellung entspricht. Die angestrebten Theorien werden, wiederum ganz auch im Sinne unserer Darstellung, differenziert in geschichtliche und ontologische: "Dabei können die Theorien zunächst auf ein bestimmtes Raum-Zeit-Gebiet beschränkt sein (Quasi-Theorien). Als weiterer Schritt gilt der Versuch, Hypothesen über einzelwirtschaftliche Strukturen zu **u n i v e r s e l l e n** Systemen bzw. Theorien zu vereinigen, die allgemein, d.h. ohne Zeit-Raum-Bezug Geltung beanspruchen können (Theorien im engeren Sinn) und daher einen größeren Informationsgehalt haben als Quasi-Theorien."⁴

-
- 1 Vgl. Weisser, Gerhard, Bemerkungen zur Morphologie der einzelwirtschaftlichen Gebilde, a.a.O., S.211.
 - 2 Wir wollen an dieser Stelle einmal annehmen, die bezeichneten Typen seien durch empirische Feststellungen gefunden worden, obgleich bei Weisser hier einiges im Unklaren bleibt. Denn, wie sollten in einer **s e i n s** wissenschaftlichen Disziplin **d e n k b a r e** Typen mit **m ö g l i c h e n** Merkmalen einen Platz haben? Vgl. dazu Weisser, Gerhard, Bemerkungen zur Morphologie der einzelwirtschaftlichen Gebilde, S.210 f.
 - 3 Cox, Helmut, Analyse und Theorie der einzelwirtschaftlichen Strukturen als Gegenstand der Unternehmensmorphologie, a.a.O., S.307/308.
 - 4 Cox, Helmut, Analyse und Theorie der einzelwirtschaftlichen Strukturen als Gegenstand der Unternehmensmorphologie, a.a.O., S.307/308; vgl. auch Engelhardt, Werner, Zum wirtschaftlichen Standpunkt und morphologischen Ansatz in der Betriebswirtschafts- und Genossenschaftslehre, a.a.O., S.40. - Wie sich diese Feststellung freilich vereinbaren läßt mit jener von Cox (und dem gesamten Kölner Kreis) so allergisch betonten Ablehnung von "ontologischen Wesenheiten" bleibt ein Rätsel. Des Rätsels Lösung könnte in Unwissenheit und Mißverstehen liegen. Es wird in der Regel nicht beachtet, daß auch »Wesensschau« mit ganz bestimmten methodischen Schritten verbunden ist, die, wie gezeigt wurde, mit den reduktiven Schlußverfahren gar nicht so unvereinbar sind, wie es gerne behauptet wird. Es fällt ganz allgemein auf, wie wenig die Kritik an der Wesensforschung sich mit

Mit dem seinswissenschaftlichen Erkenntnisanliegen sieht Weisser seine Aufgabe als Wissenschaftler noch nicht beendet. Er meint die soziotechnische Rolle des Forschers ganz entschieden verlassen zu müssen. Ein die seinswissenschaftliche Lehre ergänzender *p r a k t i s c h e r T e i l* (Einzelwirtschaftspolitik) soll punktuell oder systematisch Empfehlungen und Warnungen zur Gestaltung einzelwirtschaftlicher Gebilde aussprechen. Es werden ganz bewußt normative Werturteile gefällt und an die Adresse der "gestaltenden Kräfte" in Einzel- und Gesellschaftswirtschaften gerichtet.

Derartige Urteile kommen zustande durch deduktive Ableitungen aus der seinswissenschaftlichen Theorie in Verbindung mit bekenntnishaft eingeführten "*p r a k t i s c h e n A x i o m e n*". Diese Axiome werden als außerökonomische, subjektiv für billigenswert oder erstrebenswert gehaltene Wertprämissen bezeichnet, deren Begründung bzw. Begründbarkeit dahingestellt bleibt.

Weisser ist sich der Problematik dieses wertenden Teils seiner Betrachtungsweise bewußt: "Dem seinswissenschaftlichen Teil der Morphologie der Einzelwirtschaften sollte ein 'praktischer' Teil dieser Disziplin der Einzelwirtschaftslehre gegenübergestellt werden. Er ist erkenntniskritisch in der Weise möglich, daß klar interpretierte, außerökonomische 'praktische Axiome' als letzte Voraussetzungen der Postulate bzw. Empfehlungen ausgewiesen werden und von ihnen den seinswissenschaftlichen (empirischen) Prämissen aus die konkreten Forderungen und Empfehlungen (bzw. kritischen Ablehnungen) erarbeitet werden. ... Die Gültigkeit der Lehrsätze dieses Teils der Morphologie hängt von der Gültigkeit der Axiome ab, über die in dieser Lehre selbst nichts ausgemacht werden kann. Auch sind diese Lehrsätze insofern nur Vorbehaltsurteile, als dahinge-

deren Erkenntnis *m e t h o d e* auseinandersetzt. Von daher aber läßt sich am ehesten jene dauernd mit dem Vorwurf des subjektiven Werturteils verbundene Behauptung einer "Konfundierung von Sein und Sollen" als unbegründet erweisen. Normative und subjektive Aspekte spielen in der Wesensforschung genau so viel und genau so wenig eine Rolle wie sie prinzipiell jeder sozialwissenschaftlichen Theorie immanent sind.

stellt bleibt, ob nicht die Berücksichtigung anderer Bereiche des sozialen Lebens zu Korrekturen ihres Inhalts führen muß. ... Die Axiome dieses praktischen Teils können von Autor zu Autor, von Autorengruppe zu Autorengruppe verschieden sein."¹ Die in diesem Zitat angesprochenen Wissenschaftsprobleme werden von Weisser mit Hinweis auf den klar ausgewiesenen und interpretierten B e - k e n n t n i s charakter der praktischen Axiome erledigt. "Auch nach Max Webers Ansicht ist es logisch möglich, in der Wissenschaft von Wertmaßstäben aus Postulate aufzustellen, zu denen sich der Bearbeiter lediglich personell bekennt, ohne die Allgemeingültigkeit dieser Kriterien zu behaupten. Erforderlich ist nur die eindeutige Interpretation dieser obersten Voraussetzungen, so daß sie, wie ich es nennen möchte, als praktische Axiome in das System eingeführt werden. Axiome sind Sätze, die in dem betreffenden System von Aussagen nicht begründet, sondern vorausgesetzt werden. Sie können aus logisch insoweit vorgeordneten Wissenschaften übernommen werden (sofern der Autor ihnen zustimmt) oder Evidentes betreffen oder auch wissenschaftlich nicht begründbare Aussagen sein, zu denen sich der Autor für seine Person bekennt oder die er unterstellt."²

Auf den ersten Blick erscheinen jene von Weisser ins Spiel gebrachten praktischen Axiome als äußerst fruchtbar. Mit einem fast genialen Handstreich wird eine Reihe schwerwiegender Probleme, die in der wissenschaftlichen Diskussion, insbesondere bei politisch relevanten Aussagen, immer wieder eine Rolle spielen, gegenstandslos. Elegant ist es möglich geworden, sich jener Fesseln zu entledigen, die wissenschaftliche Objektivität gelegentlich auferlegt. Im praktischen Teil der morphologischen Betrachtungsweise wird dieses Kriterium im Grunde außer Kraft gesetzt. Dem Wissenschaftler ist es dort erlaubt, subjektive Meinungen, Interessen sowie eigene Wert- und Zielvorstellungen axiomatisch in das Aussagesystem einzuführen, sofern nur auf ihren Bekenntnischarakter verwiesen ist. Damit wird

1 Weisser, Gerhard, Genossenschaften, Hannover 1968, S.22.

2 Weisser, Gerhard, Genossenschaften, a.a.O., S.34/35.

die traditionelle indikativische Forschungshaltung der Wissenschaft teilweise aufgegeben.

Wir können diese Erweiterung nicht mitvollziehen. Es besteht dazu keine Notwendigkeit, und die damit verbundenen Erleichterungen dürften sich als äußerst fragwürdig erweisen. Eine wissenschaftliche Politik ist auch ohne sie möglich.

Soweit von der Wissenschaft Feststellungen über noch nicht realisierte Seinsaspekte getroffen werden, handelt es sich nicht um die Darlegung irgendwelcher Postulate auf der Basis oder in Hinblick auf (subjektive) Wertsetzungen des Forschers, sondern um Beschreibung von realen Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten des Daseins. "Die Wissenschaft braucht keine Vorschriften zu machen. Sie informiert nur über relevante Wirkungsmöglichkeiten und ermöglicht dadurch eine wirksame Verhaltenskontrolle (Kontrolle des tatsächlichen Geschehens), eine rationale Politik."¹ Dies gilt für die geschichtliche Betrachtungsweise ebenso wie für die ontologische.

Trotzdem hat ein Teil jener von Weisser bekenntnishaft eingeführten praktischen Axiome ihren legitimen Platz in der Wissenschaft. Als Kriterium für ihre Zuordnung dient die hinreichende objektive Begründbarkeit ihres Aussagegehaltes. Erkenntnisakte können in der Wissenschaft nicht durch Bekenntniserklärungen ersetzt werden. Soweit die ins Auge gefaßten Axiome einer zureichenden Begründung zugänglich sind, haben sie in einem wissenschaftlichen Aussagesystem immer einen Platz, auch dann, wenn sie sich z.B. in einer wirtschaftswissenschaftlichen Analyse als »außerökonomisch« erweisen sollten. Die methodologische Forderung Weipperts nach einer "Wirtschaftslehre als Kulturtheorie" zielt in diese Richtung. Im übrigen ist auch die philosophische Fundierung einer Wissenschaft einerseits und die Rolle der persönlichen Intuition des Forschers im Erkenntnisprozeß andererseits streng zu scheiden von einer Einführung subjektiver Wertprämissen und Interessenstandpunkte.

1 Albert, Hans, Wertfreiheit als methodisches Prinzip, in: Topitsch, Ernst (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln-Berlin 1967, S.194.

Die Geltung der mit Hilfe unzureichend begründbarer Axiome erarbeiteten Lehrsätze bzw. Empfehlungen kann mit Recht bezweifelt werden. Die in diesem Rahmen durchgeführten Denkbewegungen dürften sich logisch von Modellanalysen nicht unterscheiden lassen. Ihre Erkenntnisleistung ist durch die damit verbundene logische Denkakrobatik bestimmt.¹

Damit ist die morphologische Betrachtungsweise in ihrer erkenntnistheoretischen und methodologischen Eigenart vorgestellt. Sie hat sich als eine Kombination formaler, empirisch-explikativer² und bekenntnismäßig-normativer² Teillehren erwiesen. Wenn unsere kritischen Bemerkungen zu den einzelnen Lehren zutreffen, muß das Gesamtverfahren methodologisch notwendig auf seinen seinswissenschaftlichen Teil verkürzt werden. Die formalen und normativen Aspekte, soweit sie wissenschaftlich vertretbar sind, haben dort ihren Platz.

Sobald diese Modifizierung vollzogen ist, kann aber die morphologische Betrachtungsweise methodologisch keine Sonderstellung mehr beanspruchen. Auf der Grundlage umfassender empirischer Feststellungen werden mit Hilfe reduktiver Schlußverfahren theoretische Aussagen über typische Struktursachverhalte erarbeitet. Das besondere zur Erforschung ausgewählte Erkenntnisobjekt gibt der Betrachtungsweise ihren Namen. Der theoretischen Klärung struktureller Zustände und Entwicklungen kommt zentrale, nicht etwa periphere Bedeutung zu. Eine Beschränkung des Erkenntnisbemühens auf einzelwirtschaftliche Strukturen kann aus sachlichen Gründen nicht hingenommen werden.³ Sie ist durch "freie Entscheidung" im Definitionsverfahren zustande gekommen.

1 Zur Kritik des Neonormativismus vgl. Albert, Hans, Wertfreiheit als methodisches Prinzip, a.a.O., S.195 ff.

2 Diese Kennzeichnung verwendet auch Engelhardt, Werner, in: Zum wirtschaftlichen Standpunkt und morphologischen Ansatz in der Betriebswirtschafts- und Genossenschaftslehre, a.a.O., S.32 u. 34.

3 Hierzu werden wir noch eine Begründung aus dem Bereiche des Genossenschaftswesens geben. Vgl. S.454 dieser Arbeit.

Das Erkenntnisziel einer derartig modifizierten Morphologie ist, genauso wie schon im Weisserschen Grundverfahren, auf geschichtliche und ontologische Theorie gerichtet. Wir können deshalb auch mit gutem Grund sagen, daß die morphologische Betrachtungsweise die Erforschung der Wirtschaftsstruktur im Sinne der geschichtlichen und ontologischen Betrachtungsweise zum Gegenstand hat.

Dieses Ergebnis unserer Überlegungen wird vom Kölner Arbeitskreis möglicherweise als unzulässige Uminterpretation bezeichnet werden. Wir hoffen jedoch, für unseren Schritt gute Gründe genannt zu haben. Die vom Kölner Kreis bei seinem Suchen nach vergleichbaren morphologischen Denk- und Forschungsansätzen berücksichtigenden Wissenschaftler¹ in den verschiedenen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften können wir zur Bestätigung unseres Ergebnisses heranziehen. Die unter Anknüpfungsgesichtspunkten jeweils genannten und analysierten Wissenschaftler haben sich durchweg der Erforschung von S t r u k t u r problemen mit Vorrang gewidmet. Es ist leicht möglich, die Reihe der Beispiele zu erweitern. Die von Engelhardt trotz aller Analogien festgestellte methodologische Isolierung des Weisser-Kreises ist durch die von uns gezeigte Zurückführung des Gesamtverfahrens auf seinen erfahrungswissenschaftlichen Kern zwanglos aufgehoben. Jene pauschale Zusatzbehauptung Engelhardts, wonach die behandelten Beispiele im Grunde nur Typologien o h n e Entwicklung von Theorien bzw. Hypothesen darstellten, kann, im Prinzip wenigstens, nicht wahr sein. Hier bedürfte es eines dezierten Beweises am Einzelfall, der mit Sicherheit generell nicht erbracht werden kann.² Im übrigen impliziert jenes behauptete Er-

1 Vgl. Engelhardt, Werner, Zum Stande der morphologischen Forschung in der Betriebswirtschaftslehre und in anderen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, a.a.O., S.604 ff.; ferner Cox, Helmut, Analyse und Theorie der einzelwirtschaftlichen Strukturen als Gegenstand der Unternehmensmorphologie, a.a.O., S.294-306.

2 Eine von dem hier zur Erörterung anstehenden wissenschaftstheoretischen Problem ganz unabhängige Frage ist es, ob die jeweils vorfindbaren Theorien bzw. Hypothesen wissenschaftlich (noch) gültig sind bzw. den Wahrheitskriterien der neueren Wissenschaftslehre entsprechen.

gebnis Engelhardts das Fehlen jeglicher Strukturtheorie außerhalb des Weisserkreises. Aber schon allein die Berufung auch des Kölner Kreises auf den herkömmlichen Theoriebegriff spricht - ohne daß wir uns hier auf Einzeluntersuchungen einlassen wollen - gegen die Haltbarkeit einer derartigen Behauptung.

2. Die morphologische Betrachtungsweise in der Genossenschaftswissenschaft

Das gezeigte morphologische G r u n d verfahren wird im Rahmen der Genossenschaftslehre allein von Weisser und seinen Schülern vertreten.

Dem dieser Betrachtungsweise zugrunde liegenden Erkenntnisanliegen kommt in der Genossenschaftstheorie besondere Bedeutung zu, da die Eigenart des Genossenschaftswesens und die Unterschiede zu anderen Wirtschaftsformen sich am ehesten an den besonderen strukturellen Erscheinungsformen aufweisen lassen. Dem damit verbundenen Grundgedanken Weissers muß uneingeschränkt zugestimmt werden: "Wir dürfen uns die ökonomischen Gebilde nicht für alle Forschungszwecke so einfach und bewußt primitiv vorstellen, wie es jene Modellfiguren sind, deren sich die ökonomische Ablauftheorie bedient. Sie bedient sich ihrer ja lediglich, um praktikable Denkinstrumente zu gewinnen; nicht, um damit Wirklichkeit zu konterfeien."¹ Vielmehr haben die "Wirtschaftsgesellschaften der höher entwickelten Völker" eine "überwältigende Fülle von Typen einzelwirtschaftlicher Gebilde (hervorgebracht)."² Die Gestaltungsprobleme und das Handlungsge-
schehen dieser Gebilde können wissenschaftlich nur unter Berücksichtigung ihrer je besonderen Struktur erklärt werden. In erster Linie verdient dabei der Sinn der betreffenden Gebilde Beachtung, so wie er "durch den Willen der Träger, durch Satzung, durch Gesellschaftsvertrag, durch Gesetz oder sonstige Deklarationen gege-

1 Weisser, Gerhard, Genossenschaften, a.a.O., S.17.

2 Weisser, Gerhard, Genossenschaften, a.a.O., S.18.

ben wird."¹ Nur so ist es überhaupt erst möglich, z.B. im Unterschied zu den erwerbswirtschaftlichen oder gewerkschaftlichen Unternehmungen eine Theorie der genossenschaftlichen Unternehmen zu erarbeiten. Zwar ist es wichtig, auch die Gemeinsamkeiten mit jenen anderen Wirtschaftsformen zu kennen und die gesamtwirtschaftlich-kulturellen Interdependenzen zu beachten. "Nur in der Bezogenheit auf die jeweilige geschichtliche Gesamtsituation kann ein Ratsschlag einer sozialwissenschaftlichen Disziplin - hier der Genossenschaftslehre - fruchtbar sein. Die Forschung am Gegenstand Genossenschaften darf (aber) nicht in einer allgemeinen Sozialwissenschaft aufgehen; damit sie präzise ist und klare Konturen hat, muß sie eine besondere Disziplin der Wirtschaftswissenschaft sein und bleiben. Aber sie hat sich auf die allen gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen gemeinsamen Grundlagen zu stützen."²

Es besteht eine sehr verbreitete Übereinstimmung darin, jene bezeichnete Wissenschaftsdisziplin "Genossenschaftslehre" ausschließlich der Betriebswirtschaftslehre einzugliedern. Vor allem wird diese Auffassung auch vom Kölner Arbeitskreis vertreten.³

In unserer allgemeinen Kennzeichnung der morphologischen Betrachtungsweise haben wir gezeigt, wie sehr diese durch rein formale Definitionsschritte so ausschließlich mit der Betriebswirtschaftsleh-

1 Weisser, Gerhard, Genossenschaften, a.a.O., S.19.

2 Weisser, Gerhard, Genossenschaften, a.a.O., S.32.

3 Vgl. Weisser, Gerhard, Unternehmensmorphologie und Einzelwirtschaftspolitik als Bestandteile der Betriebswirtschaftslehre, a.a.O., S.8; ders., Wirtschaft, a.a.O., S.1040; ders., Das Verhältnis der Soziologie zur Wirtschaftswissenschaft, in: Raiser, Ludwig, Sauermann, Heinz und Schneider, Erich (Hrsg.), Das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaft zur Rechtswissenschaft, Soziologie und Statistik, Berlin 1964, S.253; ders., Ansprache anlässlich der Feier des 65. Geburtstages von Prof. Draheim, in: Gedanken zur Genossenschaftstheorie und Genossenschaftspraxis, a.a.O., S.28. - Engelhardt, Werner, Zum wirtschaftlichen Standpunkt und morphologischen Ansatz in der Betriebswirtschafts- und Genossenschaftslehre, a.a.O., S.37/38; ders., Die Genossenschaften in der Lehre von der Unternehmensmorphologie, in: Gemeinnütziges Wohnungswesen 8.Jg. (1955), S.137.

re in Verbindung gebracht ist. Nun müssen wir einerseits schon jene begrifflichen Bestimmungen von Einzelwirtschaft und Gesellschaftswirtschaft, gemessen an den empirischen Sachverhalten, für unzutreffend und damit theoretisch unfruchtbar erachten.¹ Zum anderen könnten wir, selbst wenn wir einmal jene Definitionen annehmen wollten, der ausschließlichen Zuordnung der Genossenschaftslehre zur Einzelwirtschaftslehre auch dann nicht zustimmen. Die Reduzierung der Genossenschaftslehre auf ihre morphologischen Tatbestände ändert daran gar nichts.

Weisser definiert ein gesellschaftswirtschaftliches Gebilde als "wirtschaftliches Gebilde 'gewachsener' oder bewußt gestalteter Art, das dazu bestimmt ist, den Wirkungszusammenhängen zwischen den Einzelwirtschaften eines bestimmten Raumes eine Ordnung zu geben."² "Gesellschaftswirtschaft" wird als Terminus verwendet zur Bezeichnung des Begriffs "gesellschaftswirtschaftliches Gebilde" und des "Inbegriffs der wirtschaftlichen Handlungen, durch die die Mitglieder einer Wirtschaftsgesellschaft zusammenwirken oder auf sonstige Weise zueinander in Beziehung treten."²

1 Aufgrund der in den beiden Begriffen angesprochenen soziologischen Tatbestände sind nicht Einzelwirtschaft und Gesellschaftswirtschaft ein zusammengehöriges Begriffspaar, sondern Personalwirtschaft und Gesellschaftswirtschaft, sowie Einzelwirtschaft und Gesamtwirtschaft. Unter diesem Aspekt bestimmt Back die Gesellschaftswirtschaft als den Bereich der Gesamtwirtschaft, in dem "nicht Einzelpersonen oder natürliche Lebensgemeinschaften (wie z.B. Familien), sondern gesellschaftliche Gebilde Träger der ökonomischen Tätigkeit sind" und in dem Aufgaben wahrgenommen werden, "die über die Kräfte und Mittel selbständiger personaler Einzelwirtschaften hinausreichen." (Vgl. Back, Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens, a.a.O., S.4) Konsequenterweise werden so die Genossenschaften als "Wirtschaftsgebilde höherer Ordnung" der Gesellschaftswirtschaft zugeordnet und die Personalwirtschaften als Träger des Genossenschaftswesens genannt. Seiner Auffassung vom personalwirtschaftlichen Bereich als "nicht genossenschaftlichem Unterbau" des Genossenschaftswesens können wir indes nur insoweit folgen, als einerseits die Existenz eines breiten personalwirtschaftlichen Bereichs notwendige Voraussetzung für das Entstehen und die Entwicklung des Genossenschaftswesens ist und andererseits ein Teil dieser Personalwirtschaften noch nicht über Genossenschaften in die Gesellschaftswirtschaft integriert ist.

2 Weisser, Gerhard, Wirtschaft, a.a.O., S.988.

Nun ließe sich zwanglos aus der dem Genossenschaftswesen zugrunde liegenden **k o o p e r a t i v e n** Idee entwickeln, inwiefern diesem prinzipiell gesellschaftswirtschaftliche Funktionen im Sinne der Weisserschen Definition zukommen. Um aber hier nicht zu weit ausholen zu müssen, wollen wir unsere Auffassung durch zwei etwas vordergründigere Hinweise verdeutlichen: Jede primäre Einzelgenossenschaft erweist sich in morphologischer Hinsicht "als zusammengesetztes Gebilde aus Mitgliederwirtschaften und Gliedwirtschaft"¹ (damit ist der gemeinsame Genossenschaftsbetrieb gemeint), als Wirtschaftsgebilde höherer Ordnung. Die besonderen strukturellen und prozessualen Probleme der Genossenschaftswissenschaft haben ihre Quelle eben im Zusammenwirken, dem ökonomisch-funktionalen und gesellschaftlichen »In-Beziehung-treten« der genannten Gliedgebilde. Damit ist das Genossenschaftswesen als gesellschaftswirtschaftliches Gebilde aber noch nicht vollständig gekennzeichnet. Auch der Gesamtgegenstand Genossenschaftswesen, der sich aus einer Vielheit in sich unterschiedlich strukturierter und miteinander verflochtener Gliedgebilde zusammensetzt und der auch als Ganzes »umgebildliche« (i.S.v. von Gottls Gebildelehre) Formelemente aufweist, kann zwanglos dem Weisserschen Gesellschaftswirtschaftsbegriff zugeordnet werden. Für den Kenner des Genossenschaftswesens brauchen wir an dieser Stelle nur an jene strukturellen Entwicklungen zu erinnern, die unter dem Namen Genossenschaftsverbund nun schon so allgemein bekannt geworden sind. Ohne also im Grunde auf die ohne weiteres aufweisbare gesamtwirtschaftliche (z.B. ordnungs- und sozialpolitische) Bedeutung des Genossenschaftswesens Bezug zu nehmen, haben wir die Enge des einzelwirtschaftlichen (sprich: betriebswirtschaftlichen) Ansatzes der Genossenschaftstheorie beweisen können.

Das Genossenschaftswesen als Gegenstand der Wissenschaft ist in jedem Falle sachlich bedingt ein gesellschaftswirtschaftliches Phänomen. Auf eine **a u s s c h l i e ß l i c h e** Eingliederung dieses Erkenntnisbereiches in die Betriebswirtschaftslehre, Natio-

¹ Ohm, Hans, Die Genossenschaft und ihre Preispolitik, Karlsruhe 1955, S.37.

nalökonomie oder Soziologie können wir mit guten Gründen verzichten. Soweit sie trotzdem vorgenommen wird, sind einseitige Forschungsergebnisse die Folge. Aufgrund unserer bisherigen Untersuchung des Gegenstandes vermeinen wir zu dieser Frage in folgender Weise Stellung nehmen zu können: Die Genossenschaftswissenschaft befaßt sich mit einem selbständigen und eigenartigen Erkenntnis- und Erfahrungsobjekt, dem Genossenschaftswesen. Sie ist als Teildisziplin den Sozialwissenschaften, und zwar - aufgrund der vorherrschend ökonomischen Zielsetzungen und Aufgabenerfüllung - den Wirtschaftswissenschaften einzugliedern. Insoweit besteht mit Weisser volle Übereinstimmung. Genossenschaftslehre kann jedoch ausschließlich weder als Betriebswirtschaftslehre noch als Nationalökonomie (i.S.v. Gesamtwirtschaftslehre bzw. Makroökonomie) erfaßt werden, selbst wenn eine hinreichende Abgrenzung dieser Art (heute noch) möglich und nützlich sein sollte.¹

In unserer Auffassung von der Genossenschaftslehre als selbständiger Wissenschaftsdisziplin sehen wir uns von Draheim bestätigt, der feststellte: "In der Genossenschaftswissenschaft haben sich bisher Nationalökonomie, Betriebswirtschaftslehre, Rechtswissenschaft und Soziologie vereinigt."² Nach seiner Auffassung müssen für eine sachadäquate Genossenschaftsforschung in Ergänzung dazu auch noch die Ethnographie, Anthro-Geo-graphie und die Psychologie zur Rate gezogen werden. Denn: "Es gibt wohl nur wenige Wirtschafts- und Sozialgebilde, deren wissenschaftliche Durchdringung eine solche Universalität und demzufolge eine so umfassende Gemeinschafts-

1 In der Tat gibt es eine Vielzahl von Wirtschaftswissenschaftlern, die jene Trennung der ursprünglichen Nationalökonomie in Einzelwirtschaftslehre und Gesamtwirtschaftslehre aus den verschiedensten Gründen nicht mitvollziehen können. Man sollte vielmehr die Gemeinsamkeiten und Zusammenhänge beachten und von »Wirtschaftswissenschaften« sprechen, ähnlich wie es im englischen Sprachbereich eben nur die »economics« gibt. So müßte es am ehesten möglich sein, die oft mit so großen Mißverständnissen verbundene begriffliche und methodologische Zweigleisigkeit zu überwinden.

2 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.244.

arbeit verlangt, wie die Genossenschaften. Es wäre u.E. eine dem Charakter der Wissenschaft widersprechende Resignation, wollte man den 'multidimensionalen' Charakter der Genossenschaft und die Fülle ihrer Erscheinungsformen ignorieren. So müßte es im Laufe der Zeit möglich werden, über den Ausbau der Grundlagenforschung und auf dem Fundament von umfassenden, empirisch betriebenen Einzelforschungen zu wirklichkeitsnahen Ergebnissen zu kommen, die für die Genossenschaftspraxis zugleich anregend und anwendbar sind."^{1,2}

Draheim können wir im Rahmen der Genossenschaftstheorie auch als Kronzeugen für die von uns für notwendig erachtete Modifizierung des von Weissner vertretenen morphologischen Untersuchungsverfahrens anführen. Zwar bekundete er des öfteren seine Sympathie und die grundsätzliche Übereinstimmung mit dem morphologischen Erkenntnisansatz: "Sowohl die empiristische Betrachtungsweise als auch die ökonomisch-rationale Theorie können nicht als geeignet angesehen werden, das Wesen der Genossenschaft so zu erkennen, daß die Ergebnisse einerseits den Ansprüchen wissenschaftlicher Systematik genügen, andererseits aber als wirklichkeitsnahe zu bezeichnen sind. Diesen Ansprüchen gleichzeitig gerecht zu werden, vermag u.E. allein eine Betrachtungsweise, die als Gestalt- und Stillehre der Einzelwirtschaften (Morphologie) eine Art 'Gesamtheitsschau' anstrebt."³ Obgleich diese Bemerkung auf den ersten Blick eine vollkommene erkenntnistheoretische und methodologische Übereinstimmung mit dem Kölner Arbeitskreis bedeuten könnte, bleibt dennoch zu beachten, daß Draheim die morphologische Betrachtungsweise ausdrücklich der "anschaulichen, verstehenden Theorie" einord-

1 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, a.a.O., S.244; vgl. ferner Draheim, Georg, Genossenschaft und Erwerbsunternehmung, in: ZfgG Bd.4 (1954), S.128.

2 Vgl. auch Laszlo, Valko, Das wirtschaftliche Wesen der Genossenschaft in seiner Beziehung zum Staat, in: ZfgG Bd.14 (1964), S.175.

3 Draheim, Georg, Die morphologische Betrachtung der Genossenschaften im Verhältnis zu anderen Betrachtungsweisen, a.a.O., S.58; vgl. auch in: Gedanken zur Genossenschaftstheorie und Genossenschaftspraxis, a.a.O., S.19 u. 41.

net¹, worunter er eben jene von uns so bezeichnete »geschichtliche Betrachtungsweise« meint², die in Anlehnung an Spiethoff auch in der Genossenschaftswissenschaft bisher durch Seraphim, Weippert, Clausing u.a. so erfolgreich angewandt wurde. Dementsprechend beschäftigt sich auch Draheim "nicht mit den Genossenschaften wie sie sein sollten oder sein könnten; (er) beschränkt sich vielmehr auf die Deutung dessen, was ist. Dadurch wird eine gewisse Nüchternheit der Betrachtungsweise gefordert, die manchen Genossenschaftsidealisten befremden mag."³

Über die Relevanz der morphologischen Betrachtungsweise für die Analyse der genossenschaftlichen Gesamtorganisation bedarf es nach dieser ausführlichen Darstellung derselben im Grunde keiner weiteren Ausführungen. Das zentrale Erkenntnisanliegen dieses Verfahrens, das methodologisch - um es noch einmal zu sagen - über die geschichtliche Betrachtungsweise nicht hinausführt, liegt ganz auf der Ebene unserer Untersuchung. Die bisherige Klärung unseres Problems hat seine prinzipiell strukturelle Dimension gezeigt. Dies wurde vor allem auch durch unsere Ausführungen zum Objekt und Stand der Organisationstheorie vollauf bestätigt. Zur Vervollständigung der dort schon gefundenen Gemeinsamkeiten zwischen der wissenschaftlichen Erforschung von Organisationen und Sozialgebilden sowie zur nachträglichen generellen sozialwissenschaftlichen Erklärung wichtiger Aspekte unserer Sachverhaltsfeststellungen im 3. Kapitel dieser Arbeit, nämlich des g e b i l d l i c h e n Entfaltungsweges und Zustandes der Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens, werden wir nun die allgemeine Lehre von den sozialen Gebilden mit einigen Strichen nachzeichnen. Die mit den Begriffen »Organisation« und »Sozialgebilde« jeweils bezeichneten Phänomene stehen zueinander in einem Verhältnis konzentrischer Identi-

1 Draheim, Georg, Die morphologische Betrachtung der Genossenschaften im Verhältnis zu anderen Betrachtungsweisen, a.a.O., S.62.

2 Vgl. Draheim, Georg, Genossenschaft und Erwerbsunternehmung, a.a.O., S.128.

3 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, Göttingen 1955, S.6 (Vorwort).

tät. Deshalb kann auch der Gebildebegriff in unserem Thema einen zentralen Platz einnehmen. Er erweist sich als diejenige wissenschaftliche Gattung (*genus proximum*), von der Organisation eine Art ist.

7. Kapitel

Die genetische Theorie der gebildlichen Entfaltung des Wirtschaftslebens als sozialwissenschaftliche Grundlage einer Theorie der Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens

Da es hier unser Bemühen ist, das morphologische Erkenntnisobjekt der Genossenschaftslehre durch Einordnung in den breiteren Rahmen der Sozialwissenschaften zu vertiefen, müßte zunächst eine saubere Klärung des Verhältnisses von Soziologie und Wirtschaftswissenschaften erfolgen. Die entsprechende Frage für die Genossenschaftslehre wäre damit zugleich mitbeantwortet. Die genannte Aufgabe ist angesichts eines ziemlich unklaren und unterschiedlichen Standortes, den die moderne Soziologie im heutigen Wissenschaftsbetrieb einnimmt, bedeutungsvoll und schwierig zugleich. Die moderne, vielfach modelltheoretisch-mathematisierte Wirtschaftswissenschaft wird einer solchen Klärung ihrerseits kaum noch einen Sinn abgewinnen können. Dennoch hält auch sie an der Klassifikation der Wirtschaftswissenschaften als »Sozialwissenschaften« ohne Zweifel fest. Die daraus gezogenen Konsequenzen sind freilich höchst unterschiedlich. Nicht selten wird an die Trennung der mit den Begriffen Sozialwissenschaft und Soziologie gemeinten Sachverhalte angeknüpft. Ungeachtet einer Reihe von Differenzierungen stellen wir in dieser Hinsicht die beiden folgenden Grundpositionen fest:

1. Die Begriffe Sozialwissenschaft und Soziologie werden synonym für das gleiche Objekt verwendet. Dann ist die Soziologie die den verschiedenen Sozialwissenschaften "im logischen Sinne vorgeordnete ... explikative Grunddisziplin"¹. Deren Erkenntnisgegenstand besteht in der Analyse der a l l e n speziellen Gesellschaftswissenschaften g e m e i n s a m e n Tatbestände und Sachverhalte, die sich üblicherweise als »Mensch-Mensch-Beziehungen« und »Mensch-Ding-Beziehungen« darstellen. Die Soziologie erhebt, so gesehen, den Anspruch, die gesellschaftlich-geschichtlichen Hand-

1 Vgl. Weisser, Gerhard, Das Verhältnis der Soziologie zur Wirtschaftswissenschaft, a.a.O., S.243.

lungen, Beziehungen, Prozesse und Gebilde als Ganzes in den Griff zu bekommen. Ihre Begriffe, Typologien und Gesetze sind grundlegend und bindend (i.S.v. axiomatisch) für alle sozialwissenschaftlichen Disziplinen, die als Spezialsoziologien erscheinen. Der Erkenntnisgegenstand der letzteren wird bestimmt durch die für die verschiedenen Kulturbereiche kennzeichnenden und ihren jeweiligen Sinngehalt bestimmenden "letzten Ideen".¹

Die Wirtschaftswissenschaft hat sich danach als Sozialwissenschaft mit den an der »wirtschaftlichen Idee«² orientierten menschlichen Handlungen, Beziehungen und Wirkungszusammenhängen zu befassen. Die Genossenschaftslehre ist als Sozial- und Wirtschaftswissenschaft durch die Genossenschaftsidee bestimmt. Für eine logisch auf gleicher Ebene liegende Wirtschaftssoziologie bzw. Genossenschaftssoziologie neben den genannten Grunddisziplinen besteht kein Bedarf und keine Aufgabe.

2. Die andere, von uns feststellbare Grundposition hat sich aus der Trennung von »Mensch-Mensch-Beziehungen« und »Mensch-Ding-Beziehungen« entwickelt. In ihr hat die (moderne) Soziologie ihren Ursprung, so wie sie sich heute überwiegend selbst begreift. Danach ist sie ausschließlich Wissenschaft vom zwischenmenschlichen Geschehen im engeren Sinne (Mensch-Mensch-Beziehungen). Die so verstandene Soziologie wird in sich gegliedert in die "Allgemeine Soziologie" und die "Speziellen Soziologien". "Jene befaßt sich mit dem Zusammenhange (oder Nicht-Zusammenhange) der Menschen auf allen Betätigungsgebieten. Aber das Leben der Menschen ist so mannigfach gestaltet und zerfällt in so viele Teilgebiete des Handelns, daß es eine Fülle von Spezialgebieten gibt Jedes Feld zwischenmenschlicher Betätigung kann eine besondere Soziologie entwickeln. Es ist eine Frage des jeweiligen

1 Vgl. Back, Josef, Der Streit um die nationalökonomische Wertlehre ..., a.a.O., S.188. - Vgl. auch S.27 dieser Arbeit.

2 Vgl. Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.228: "Lebensnot ist der Urgrund der Wirtschaft, Lebensreichtum ihre Leistung."

Standes der geistigen Interessen, welche speziellen Soziologien gerade gepflegt werden; hier seien nur genannt Religions-, Wirtschafts- (in ihrem Rahmen u.a. die Betriebssoziologie), Kunst-, pädagogische Soziologie u.a."¹ Nach dieser Auffassung stehen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftssoziologie als zwei getrennte Disziplinen auf logisch gleicher Ebene aus Gründen der Arbeitsteilung in einem Ergänzungsverhältnis zueinander.² Diese Auffassung gilt dann analog auch für die Genossenschaftslehre.

Von einer weiteren Klärung des Verhältnisses von Soziologie und Wirtschaftswissenschaft bzw. Genossenschaftslehre wollen wir hier absehen. Auch die durchaus strittige Frage, inwieweit es überhaupt möglich und nützlich ist, die genannten Disziplinen in der Weise abzugrenzen, daß ihnen einerseits Mensch-Mensch-Beziehungen und andererseits Mensch-Ding-Beziehungen zum Gegenstand gemacht werden, wollen wir unerörtert lassen. Wir können die Ausklammerung dieser Frage um so eher vertreten, als wir ohnehin die erstgenannte Grundposition einnehmen wollen. Von einer besonderen Begründung unseres Standpunktes möchten wir hier absehen.³

Unsere Grundposition wollen wir mit Blick auf die wirtschaftlichen Organisationsgebilde noch etwas klarer herausarbeiten. Wir sind uns der Existenz mannigfacher zwischenmenschlicher Beziehungen, Prozesse und Gruppenbildungen als und in Organisationen bewußt. Sie sind ganz unterschiedlich motiviert, in der Regel auch außerökonomisch bestimmt. I n s o w e i t derartige soziale Beziehungen

1 Wiese, Leopold von, Soziologie, 8.Aufl., Berlin 1967, S.7.

2 Vgl. Wiese, Leopold von, Wirtschaftssoziologie, in: HdSW, Bd.12 (1965), S.247 ff. - Dort sind auch noch andere Bestimmungen des Verhältnisses Wirtschaftswissenschaft und Soziologie angemerkt.

3 Vgl. hierzu Albert, Hans, Nationalökonomie als Soziologie. Zur sozialwissenschaftlichen Integrationsproblematik, in: Kyklos Vol. VIII - 1960 - Fasc.1, S.1-43; Weisser, Gerhard, Das Verhältnis der Soziologie zur Wirtschaftswissenschaft, a.a.O.; ferner: Brinkmann, Carl, Nationalökonomie als Sozialwissenschaft, Tübingen 1948; Weippert, Georg, Carl Brinkmann - Zur Frage der Verknüpfung ökonomischer und soziologischer Betrachtung, in: Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Köln - Berlin 1967, S.307-337.

und Bildungen (z.B. informelle Organisation!) für die Zielverwirklichung bzw. den Leistungsvollzug der Wirtschaftsgebilde relevant sind, gehören sie nach unserer Auffassung im Interesse einer wirklichkeitsnahen und praxisorientierten wissenschaftlichen Gesamtschau zum Erkenntnisgegenstand der Wirtschafts- und der Genossenschaftswissenschaft. Auf ihre Analyse kann nicht verzichtet werden. Diese Aufgabe kann im arbeitsteiligen Verfahren auch nicht einer gesonderten Soziologie überantwortet werden, wenn je die blutleeren, zweckorientierten Handlungselemente überwunden werden sollen, die in der Wirtschaftswissenschaft als »homo oeconomicus« und in der Genossenschaftslehre als »homo cooperativus« dann notwendigerweise die realen Menschen zu ersetzen haben, deren Handeln im Rahmen ihrer Wünsche und Triebe der praktischen Vernunft entspringt. Die latente Gefahr eines isolierten Nebeneinanderherforschens ohne gegenseitige Kenntnissnahme der jeweiligen Erkenntnisgewinne und die damit verbundenen, mehr oder minder bewußten Akte des Mißverstehens werden von uns höher eingeschätzt als jene eventuell möglichen Spezialisierungsvorteile.

Der gekennzeichneten Grundauffassung entsprechend ist das Gesamtgeschehen eines »sozialen Raumes«¹ zu einem bestimmten Zeitpunkt aus einer überwältigenden Fülle von fortlaufenden zwischenmenschlichen und sachbezogenen Beziehungen zusammengesetzt. Diese sind zu begreifen als Zustände der Verbundenheit oder Getrenntheit von Menschen zu Menschen bzw. von Menschen zu Dingen. Sie sind über ihre augenblickliche Existenz hinaus auch hinsichtlich ihrer Ursachen und Wirkungen sozialwissenschaftlich von Erkenntnisinteresse. Im Zeitablauf ordnen sich die genannten Zustände zu Geschehensabläufen (Vorgänge, Handlungen, Prozesse).

Sobald derartige Geschehensabläufe nicht mehr nur einmalig, flüchtig und ungeformt, sondern in ihrer Wiederkehr relativ dauernd,

¹ Die nachfolgend entwickelten Gedanken und Begriffe müssen in Analogie zu L. von Wiese (z.B. Das System der Allgemeinen Soziologie, 2.Aufl., München-Leipzig 1933) und Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld (z.B. Wirtschaft und Wissenschaft, Jena 1931) gesehen werden.

substanzihaft und abgrenzbar werden, sprechen wir in Hinblick auf derartig »versteiftes« Geschehen von Sozialen Gebilden. Der entscheidende Aspekt zur Erklärung jenes Übergangs von einmaligem, flüchtigem Geschehen zu relativ dauerndem, geformtem Geschehen sind die menschlichen **V o r k e h r u n g e n**. Damit sind "Verfügungen höherer Ordnung, sozusagen zweiter Potenz (gemeint), die ihrerseits künftige Verfügungen binden."¹ Dieses »Vorkehrungen-treffen« ist aufs engste mit dem verbunden, was wir im wissenschaftlichen Sprachgebrauch mit Organisieren bzw. mit Organisation bezeichnen: Es werden Ziele fixiert, die zu lösenden Teilaufgaben bestimmt, zusammengehörige Aufgaben zusammengefaßt und auf "Stellungen" verteilt, Anlagen errichtet, Vorräte angesammelt usw., und es wird auf ein sinnvolles (d.h. reibungsloses und effizientes Zusammenspiel der getroffenen Vorkehrungen geachtet. In aller Regel werden diese Vorkehrungen durch ganz besondere Gestaltungsakte fixiert und damit objektiviert. Es wird eine (z.B. einzelwirtschaftliche oder gesamtwirtschaftliche) Ordnung gesetzt. Wir denken dabei an Gesetze, Rechtsformen, Satzungen, Gesellschaftsverträge, Pläne, Programme usw.

Durch derart exemplifizierte Vorkehrungen wird dem (täglichen) Handeln des Menschen eine objektive Ordnung gegeben. Es wird aus seiner ansonsten möglichen Zufälligkeit und Unverbindlichkeit herausgeführt und mit Blick auf eine effiziente, nachhaltige Zielverwirklichung durch »Organisation« vorgeformt. Gestalthafte Sinneinheiten der Geschehensordnung nennen wir im Anschluß an diese Ausführungen **S o z i a l e G e b i l d e**. Die Lehre von den sozialen Gebilden ist Grundlage jeder fundierten Organisationslehre.²

In der Literatur werden die sozialen Gebilde in einzelnen Merkmalen zwar unterschiedlich, im Kern aber durchaus gleichartig charakterisiert. Wir greifen beispielhaft einige Formulierungen heraus, um so die Eigenart jener Phänomene zu vertiefen. Leopold von Wiese

1 Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von, Wirtschaft und Wissenschaft, Zweiter Band, Jena 1931, S.790.

2 Vgl. Wiese, Leopold von, Soziologie, a.a.O., S.153.

begreift die sozialen Gebilde als "eine Mehrzahl von sozialen Beziehungen, die so miteinander verbunden sind, daß man sie im praktischen Leben als Einheiten deutet."¹ Der Terminus Gebilde wird von diesem Autor durch die Merkmale (1) "Zusammengesetztheit" aus einer Vielzahl von Elementen und (2) Erfassung durch den menschlichen Geist als "relativ dauernde, abgrenzbare und substanzhafte Ganzheit" beschrieben.²

In völliger Analogie dazu begreift auch von Gottl die Gestaltung zu Gebilden als "Zusammenordnen von Geschehen zu Dauer und Bestand".³ Die Gebilde selber bestimmt er als "wirkende Einheit von selber erwirkter Dauer ..., eine Einheit gleichsam von innerlich erarbeitetem Bestand, allemal auch eingepaßt ihrer Umwelt."⁴

Von einer vertiefteren Analyse und Interpretation des Aussagegehaltes dieser Begriffe können wir absehen. Soviel ist in jedem Falle klar: Die sozialen Gebilde stellen - bildhaft gesprochen - Kristallisationskerne des sozialen Geschehens dar. Sie sind gekennzeichnet durch eine mehr oder minder klar erkennbare und abgrenzbare einheitliche Gestalt, die aus einem Komplex von Formelementen zusammengesetzt ist.

Die sozialen Gebilde sind in mannigfachen Erscheinungsformen von Wirklichkeit. In die Fülle der Erscheinungsformen kann nach den verschiedensten Gliederungsgesichtspunkten eine Ordnung gebracht werden.⁵ In Hinsicht auf den für uns interessanten und bereits erläuterten organisatorischen Aspekt werden die sozialen Gebilde von

1 Wiese, Leopold von, Das System der Allgemeinen Soziologie, a.a.O., S.114.

2 Vgl. Wiese, Leopold von, Das System der Allgemeinen Soziologie, a.a.O., S.113 f.

3 Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von, Wirtschaft und Wissenschaft, a.a.O., S.756.

4 Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von, Wirtschaft und Wissenschaft, a.a.O., S.754.

5 Vgl. Wiese, Leopold von, Soziale Gebilde, in: HdSW Bd.4 (1965), S.222 ff.; ferner Weippert, Georg, Gruppe, in: HdSW Bd.4 (1965), S.718 f.

von Wiese unterschieden in "Gefüge" und "organisierte Gebilde". "Jene weisen keine deutliche Ordnung, zumal keine Verteilung von Funktionen auf. ... (Es) besteht nur ein meist flüchtiges Beziehungsnetz. - Die zweitgenannten Gebilde sind durch Teilung und Zusammenfassung der Tätigkeit charakterisiert."¹ Die organisierten Gebilde sind unter Berücksichtigung der Kriterien (1) Dauer, (2) Grad der Organisiertheit und (3) Grad der Ferne und Nähe der konkreten Personen zum Gebilde in *Gruppen*² (Vereinigung von Personen) und *Körperschaften* (abstrakte Kollektiva) unterschieden. Jene Körperschaften als "Vergesellschaftungen höchster Potenz" und "Träger von Dauerwerten" sind es, an die wir heute vor allem denken, wenn wir von Organisationen sprechen. Es sind "geplante, sorgsam aufgebaute und auf spezifische Ziele gerichtete soziale Gebilde."³

Zwar tragen alle sozialen Gebilde in mehr oder minder ausgeprägtem Maße organisatorische Züge und Ansätze. Trotzdem ist eine Abgrenzung des Organisationsbegriffes vom übergeordneten Gebildebegriff im vorgenannten Sinne durchaus möglich und zweckmäßig. Es gehört nun auch kein großer Gedankenaufwand mehr dazu, die Zusammenhänge zwischen dem hier Vorgetragenen und dem bereits früher in dieser Arbeit von uns entwickelten Organisationsbegriff zu erkennen. Wir hatten dort Organisationen als "strukturelle Sozialsysteme zur Erfüllung von Daueraufgaben" bestimmt.⁴

Die bisherigen Ausführungen beschreiben die Entstehung und Eigenart der sozialen Gebilde generell. Für das Wirtschaftsleben und damit auch für die Wirtschaftswissenschaft sind allein die

1 Wiese, Leopold von, Soziale Gebilde, a.a.O., S.223.

2 Es ist für genossenschaftswissenschaftliche Zusammenhänge von einiger Bedeutung, wenn wir auf die weit verbreitete synonyme Verwendung der Bezeichnungen »Gebilde«, »Gruppe« und gelegentlich auch »Verband« aufmerksam machen. Die Gruppe ist dann nicht eine Unterart der Gebilde. (Vgl. Weippert, Georg, Gruppe, a.a.O.)

3 Etzioni, Amitai, Soziologie der Organisationen, a.a.O., S.13.

4 Vgl. S.19 dieser Arbeit.

wirtschaftlichen Handlungen, Prozesse und Gebilde relevant. Als Abgrenzungs- und Ausgliederungskriterien für den jeweiligen speziellen Anwendungsbereich dient der "besondere Betreff" (J. Plenge), im Falle der Wirtschaft, wie erörtert, die "wirtschaftliche Idee".

Die alltäglichen und fortlaufenden wirtschaftlichen Handlungen und Prozesse ordnen und verdichten sich in Wirtschaftsgebilden zu Einheit und Bestand. So wird ihre Zufälligkeit und Einmaligkeit überwunden. Nur so ist es möglich, effiziente Lebensmöglichkeiten des Daseins zu erschließen und auf die Dauer zu sichern. "Das wirtschaftliche Handeln, so kann man bildlich sprechen, muß sich seine eigenen Wege bahnen, indem es bestimmte objektive soziale Ordnungen gestaltet. Diese objektiv gestalteten wirtschaftlichen Ordnungen nennen wir 'wirtschaftliche Gebilde'. Überall dort liegen wirtschaftliche Gebilde vor, wo durch eine bestimmte objektiv gestaltete Ordnung wirtschaftliche Handlungen dauernd ermöglicht werden. Inhalt, Dauer und Wirksamkeit der Ordnung des wirtschaftlichen Handelns sind durch die objektive Gestalt der wirtschaftlichen Gebilde bestimmt. Alle wirtschaftlichen Handlungen, die durch ein Gebilde erschlossen sind, bilden eine soziale Einheit; sie sind durch das Gebilde sowohl in ihrem funktionellen Zusammenhang (in ihrem Nebeneinander), als auch in ihrer Folge (in ihrem Nacheinander) gegliedert, aufeinander zugeordnet, miteinander in einen sinnvollen sozialen Zusammenhang gebracht."¹

An dieser Stelle nun kann die für unsere früheren Sachverhaltsfeststellungen zur genossenschaftlichen Gesamtorganisation² so bedeutungsvolle Lehre vom Aufbau und von der Entfaltung der Gebildestruktur

1 Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.221; - Weisser definiert "wirtschaftliche Gebilde" als "'gewachsene' oder bewußt organisierte, zu kontinuierlicher Wirksamkeit bestimmte Einrichtungen (Institutionen) zur Verwirklichung 'wirtschaftlicher Interessen im weiteren Sinne'". (In: Wirtschaft, a.a.O., S.989)

2 Vgl. 3. Kapitel dieser Arbeit.

t u r d e s W i r t s c h a f t s l e b e n s klargelegt werden. Hochentwickelte Industrie- und Marktwirtschaften sind durch eine ausgesprochene wirtschaftsgebildliche Vielfalt und Differenzierung gekennzeichnet. Die verschiedenen Gebilde stehen nicht isoliert nebeneinander. Sie sind "über die verschiedensten Wege und Zusammenhänge miteinander verbunden und voneinander abhängig."¹ Diese Zusammenhänge und Abhängigkeiten sind nicht auf funktionale und marktwirtschaftliche Kontakte beschränkt. Sie sind darüber hinaus auch durch organisatorische Akte institutionalisiert. Wie ist es zu dieser Art und Weise der wirtschaftsgebildlichen Entfaltung der Gesamtwirtschaft gekommen? Wie ist diese Entwicklung in gebildetheoretischer Denkweise immanent zu erklären?

Diese Frage kann nicht allein mit Blick auf den wirtschaftsgebildlichen Zustand zu einem bestimmten Zeitpunkt beantwortet werden. Erst unter entwicklungstheoretischen (genetischen) Aspekten ist eine befriedigende Erklärung möglich. Wir nehmen zu diesem Zweck zunächst Bezug auf die Überlegungen von Gottls. Allerdings besteht hier keine Notwendigkeit, diese in ihren Einzelheiten präzise nachzuzeichnen. Auf Präzisierung und Konkretisierung kommt es uns hier nicht an; wichtig ist allein der Grundgedanke.

Die Grundelemente für den Aufbau jedes organisatorischen Gebildes haben wir bereits kennengelernt. Es sind jene Verfügungen höherer Ordnung, die als Vorkehrungen bezeichnet wurden; wir könnten auch von Regelungen sprechen. Aus diesen Grundelementen können der Aufbau und die Entfaltung aller Gebilde erklärt werden.

Als elementarste Einheiten der Gestaltung, in denen Vorkehrungen ihre Verkörperung finden, nennt von Gottl "Stellungen", "Vorräte" und "Anlagen"². Auf Einzelheiten brauchen wir auch hier wiederum nicht einzugehen. Durch eine in Hinblick auf eine zu erbringende

1 Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.222.

2 Vgl. Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von, Wirtschaft und Wissenschaft, a.a.O., S.794.

Produktionsleistung sinnvolle Zusammenordnung einer Vielzahl derartiger elementarer Gestaltungselemente entstehen **E i n h e i t e n t e c h n i s c h e r G e s t a l t u n g**, die den Namen Betrieb bekommen. Diese technischen Einheiten, die wir in jedem Unternehmen als Werkbetriebe und Unternehmensabteilungen kennen, sind funktionell zusammengehörige Verfahrenseinheiten im arbeitsteiligen Unternehmensgeschehen. Der Betrieb ist noch kein voll entwickeltes Sozialgebilde; er ist noch nicht eine "Einheit von innerlich erarbeitetem Bestand". Für den Bestand eines wirkenden Gebildes ist mit Blick auf das angestrebte Unternehmensziel und auf die fortgesetzten außer- und innergebildlichen Einwirkungen, Reibungen und Veränderungen die ständige Lösung von unternehmerischen Entscheidungs- und Koordinierungsaufgaben von ausschlaggebender Bedeutung. Diese Aufgaben werden, ungeachtet möglicher Entscheidungsdezentralisierung, grundsätzlich im "Führungsbetrieb" (Direktion)¹ geleistet. Dieser fällt in gebildlich entwickelten Wirtschaften personell und organisatorisch nicht mit den verschiedenen Abteilungen (Betrieben) des Produktionsvollzugs und der Verwaltung zusammen.² Jener Führungsbetrieb, der aufs engste mit der "Stellung" des Unternehmers bzw. der Unternehmer verbunden ist, gewährleistet erst jenen innerlichen Bestand, der ein voll entwickeltes Wirtschaftsgebilde kennzeichnet. Von hier aus werden Verfügungen und Vorkehrungen getroffen, die für das Gesamtgebilde Geltung erlangen. Die Geltungskraft der Unternehmensentscheidungen bestimmt die Grenzen eines voll ausgebauten Wirtschaftsgebildes. Es ist eine Einheit der Verfügung. Ein derartiges Gebilde im wirt-

1 Vgl. Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von, Wirtschaft und Wissenschaft, a.a.O., S.819.

2 Diese Verhältnisse sind in Wirtschaften, die am Anfang ihrer gebildlichen Entwicklung stehen, noch nicht gegeben. Wo es noch nicht zu einer Trennung von Haushalt, Betrieben und Unternehmen gekommen ist, fallen die gebildlichen Teilbereiche, sofern überhaupt schon organisatorische Regelungen bestehen, noch weitgehend zusammen. Dies ist das Stadium der reinen personalwirtschaftlichen Organisation der Gesamtwirtschaft. Erst im Laufe der geschichtlichen Entwicklung kommt es zu jener gesellschaftswirtschaftlichen Organisation einer Gesamtwirtschaft, um deren Erklärung wir uns hier bemühen.

schaftlichen Bereich nennen wir U n t e r n e h m u n g . Die Unternehmung erweist sich möglicherweise zusammengesetzt aus einer Mehrzahl von Betrieben, die in ihrem Leistungsvollzug sinnvoll aufeinander abgestimmt sein müssen. So lautet die Formel für die Art, in der von Gottl das soziale Gebilde »Unternehmung« als System von Betrieben kennzeichnet: "kreisschlüssige Anordnung von Betrieben".¹ "Das Gebilde baut sich notwendig aus einer Mehrzahl von Betrieben auf. Diese aber geraten nicht wirr und zufällig zueinander. Zum Gebilde gestaltet sich ihre Vielheit nie anders aus, als im Sinne einer sinnvoll in sich geschlossenen Einheit. So kommt das Gebilde einem regelrechten System von Betrieben gleich. Deren richtiger Zusammenschluß gibt dafür den Ausschlag. Als richtig aber bewährt er sich dreifach. Für diesen Zusammenschluß bedarf es, erstens, einer bestimmten Mannigfaltigkeit in der Art der Betriebe, kurz gesagt, ihrer rechten Mischung. Zweitens müssen alle Betriebe gemäß der Größe ihres Ertriebs, also diesen Mengen nach aufeinander abgestimmt sein; so bedarf es daher auch ihrer rechten Mengung. Drittens müssen sie gemäß dieser rechten Mischung und Mengung auch alle richtig zueinander gestellt sein, in der rechten Ordnung."²

Mit diesen wenigen Strichen ist der Aufbau des vollständigen sozialen Gebildes Unternehmung beschrieben. Es ist Umgebilde für eine Reihe von Ingebilden.

Damit ist die gebildliche Entwicklung der Gesamtwirtschaft aber noch nicht beendet. Die hochentwickelte Industrie- und Marktwirtschaft ist n i c h t einfach als ein, wenn auch hinsichtlich ihres Sinngehaltes unterschiedliches, hinsichtlich ihres unternehmerischen Verfügungsbereiches aber völlig selbständiges N e b e n e i n a n d e r von Unternehmungen organisatorisch zu begreifen. Gewiß treten diese vorhandenen Unternehmen über marktwirtschaftliche Tausch- und Kaufakte dauernd in Beziehung. Unter gebildetheo-

1 Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von, Wirtschaft und Wissenschaft, a.a.O., S.818.

2 Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von, Wirtschaft und Wissenschaft, a.a.O., S.817.

retischen Aspekten sind diese Kontakte jedoch nur von sekundärer Bedeutung. Es zeigt sich aber, daß selbständige Unternehmen ihrem Bereich der Verfügung auf organisatorischem Wege in den allerver-schiedensten Formen (z.B. Aufbau neuer Betriebe, Beteiligungen, Fusionen, Kartellierung, Vertrustung, Konzernierung, Verbandsbil-dung) zu erweitern bestrebt sind. Aus Gründen eines zielimmanen-ten Expansionsstrebens, aber auch aus Gründen der Anpassung an die Umwelt verändern die Unternehmen ihre gebildliche Gestalt. Sie ste-hen nicht mehr nur nebeneinander, sondern schieben sich ineinander, überlagern und ergänzen sich.¹ "Innerhalb allgemeinerer Ordnungen wirtschaftlichen Handelns können sich konkretere Ordnungen konsti-tuieren. Innerhalb von weltumspannenden Gebilden, den Volkswirt-schaften z.B., stehen Gebilde von kleinstem Ausmaße, wie die Haus-halte. Die Gesamtwirtschaft ist in ihrer heutigen Gestalt ein Kos-mos von Gebilden, wobei jedes Gebilde ein besonderes wiederkehren-des wirtschaftliches Geschehen umschließt und sichert. Die oberste Einheit der Wirtschaft ist das allgemeinste Gebilde, das, um Gebil-de zu sein, wirklich objektiv gestaltet und gesichert sein muß. Die oberste wirtschaftliche Gebildeeinheit ist zu verschiedenen Zeiten eine verschiedene, abhängig vom jeweiligen Entwicklungs-stand der Wirtschaft."²

1 Diese Entwicklung hat unter gesamtwirtschaftlich-organisatori-schen Aspekten sehr früh und klar auch Robert Liefmann gesehen. Unter eben demselben Entwicklungsgesichtspunkt, wie wir in beton-ten, schildert auch er den gebildlichen Aufbau und die Entfaltung der volkswirtschaftlichen Organisation von der Hauswirtschaft über den Betrieb zur Gesellschaftsunternehmung. Aus der Beobach-tung des damaligen (1923) Wirtschaftslebens gewann er aber den Eindruck, "daß die wirtschaftliche Entwicklung schon längst in den verschiedensten Formen über die einzelne Unternehmung und ihre frühere Isoliertheit hinausführte zu immer umfassenderen Bil-dungen, aber allerdings immer noch im Rahmen des Grundprinzips der heutigen Wirtschaftsordnung, des privaten Ertragstrebens. Ob und wann wir auch über dieses hinauskommen werden - und erst dann hätten wir wirklich eine neue Wirtschaftsordnung - vermag heute noch niemand zu sagen." (Aus: Die Unternehmungsformen mit Ein-schluß der Genossenschaften und deren Sozialisierung, 3.Aufl., Stuttgart 1923, S.35). Die an die Zellen der volkswirtschaftlichen Organisation, die Unternehmungen, anknüpfenden gebildlichen Ent-wicklungstendenzen werden von Liefmann eingehend dargelegt in "Kartelle, Trusts und die Weiterbildung der volkswirtschaftlichen Organisation", 5.Aufl., Stuttgart 1922.

2 Back, Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S.222.

Mit diesen bewußt sehr abstrakt gehaltenen Gedanken beenden wir die sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Grundlegung des gebildetheoretischen Denkens. Wir haben diese Grundlegung ganz mit Blick auf den Untersuchungsgegenstand "Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens" gegeben. Für ihn gelten insbesondere jene Sätze des vorausgegangenen Zitates. Auch die genossenschaftliche Gesamtorganisation, so wie sie sich heute morphologisch darbietet, ist das Ergebnis eines langwierigen Entwicklungsprozesses. Auch dort haben sich die wirtschaftsgebildlichen Erscheinungsformen und Fronten verändert. Es wäre verwunderlich und ein deutliches Zeichen der Erstarrung, wenn dies nicht zuträfe. So erwächst auch schon aus diesen grundlegenden Überlegungen heraus die - in früherem Zusammenhang¹ bereits bestätigte - Vermutung, daß bei morphologischer Betrachtung die Genossenschaft z.B. des Jahres 1969 etwas ganz anderes ist als die Genossenschaft z.B. des Jahres 1889, als das deutsche Genossenschaftsgesetz in Kraft trat. Eine davon zunächst unabhängige, wenngleich prinzipiell wichtige Frage ist es, ob durch diesen gebildlichen Entwicklungsprozeß auch der Sinn (die Grundstruktur) des Genossenschaftswesens eine Änderung erfahren hat, oder ob dieser gerade in der Art und Weise seiner heutigen Gestaltung erst einen Teil seiner Möglichkeiten dokumentiert.

Unsere formalen und materialen Darlegungen zur morphologischen Betrachtungsweise treffen den Kern der in unserem Untersuchungsthema enthaltenen Fragen und Probleme. Diese ist, unter Berücksichtigung der gezeigten kritischen Einschränkungen und Modifizierungen gegenüber den Auffassungen Weissers, eine methodisch befriedigende Denksystematik zur Erarbeitung einer Theorie der genossenschaftlichen Gesamtorganisation. "Ein solches 'immanentes Verfahren' ist nicht in der Lage, die Genossenschaft nur ökonomisch als Wirtschaftsgebilde oder nur soziologisch als Personenvereinigung zu sehen. Es ist wesensnotwendig auf die Gesamtbetrachtung angewiesen, und nur so ist es möglich, das Zusammenspiel rationaler und irrationaler Gestaltungsfaktoren zu sehen und zu deuten. Wer die morphologische Betrachtungsweise anwendet, kann nicht allein

¹ Vgl. S.213 ff. dieser Arbeit.

mit einem Idealtyp der Genossenschaft auskommen, sondern es ist gerade im Interesse der Wirklichkeitsnähe notwendig, mit einer Vielzahl von Realtypen zu arbeiten. Die Gliederungsgesichtspunkte für die Bildung dieser Typen ergeben sich jeweils aus dem Objekt und seiner Problematik."¹

Die Anwendung des gebildetheoretischen Denkens in der Genossenschaftstheorie entspricht den Erkenntnisbedingungen des sozialwissenschaftlichen Gegenstandes Genossenschaftswesen. Es befreit das Erkennen (Denken) von den in Sozialwissenschaften im Grunde immer unfruchtbaren und hemmenden Begriffen der Jurisprudenz und Technik und führt in der Genossenschaftstheorie zu einer Rückbesinnung auf die dem Erkenntnisgegenstand angemessenen Denkkategorien. Zu ihnen zählen vor allem Beziehungen, Handlungen, Prozesse und Gebilde. Wir heben mit dieser Auffassung die Genossenschaftslehre also ganz konsequent auch ab von den juristischen Begriffen und gesetzlichen Regelungen. Oft und allzu lange hat der im Genossenschaftsgesetz festgelegte Genossenschaftsbegriff genossenschaftstheoretischen Untersuchungen als Grundlage gedient. Er ist dafür zu eng und unfruchtbar.²

Indem wir uns auf den übergeordneten sozialwissenschaftlichen Grundbegriff »Genossenschaftsgebilde« zurückziehen, gehen wir zunächst auch jenen verwirrenden, heute keinesfalls schon zureichend erledigten Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege, die in der unterschiedlichen Kennzeichnung der Genossenschaften als Organwirtschaften oder Hilfwirtschaften, als Unternehmungen oder Betriebe und als Verbände oder Verbünde zum Ausdruck kommen. Wir lassen zunächst einmal alles offen und wollen uns zu neuer Erkenntnis den Weg nicht etwa durch ungeprüfte Übernahme vorgegebener Klassifizierungen und festgelegter Terminologie verbauen. Die genaue Kenn-

1 Draheim, Georg, Die morphologische Betrachtung der Genossenschaften im Verhältnis zu anderen Betrachtungsweisen, a.a.O., S.59.

2 Vgl. Weisser, Gerhard, Logische Bemerkungen über den Begriff "Genossenschaft", a.a.O., S.22; ferner Höfken, Karl-Heinz, Die begriffliche Bestimmung der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft, a.a.O., S.29-60.

zeichnung der jeweiligen Genossenschaftsgebilde als Unternehmung, Betrieb, Verbund usw. ist gleichwohl eine wichtige Aufgabe, jedoch erst ein zweiter Schritt. Dasselbe trifft zu, wenn es gilt, die auf sozialwissenschaftlicher Basis gewonnenen genossenschaftstheoretischen Erkenntnisse in ihrem Verhältnis zu den rechtlichen Regelungen zu prüfen.

An dieser Stelle bedarf es auch noch eines klärenden Wortes zu der in der Genossenschaftstheorie heute so verbreiteten "Lehre von der Doppelnatur der Genossenschaft".¹ Sie ist von Draheim entwickelt worden, wurde sodann von Henzler und vielen anderen Wissenschaftlern übernommen und ist heute zu so etwas wie einer »herrschenden Lehre« in der Genossenschaftstheorie geworden, wenn man diese recht ungenaue und unverbindliche Floskel einmal übernehmen will.

Der prinzipielle Ansatzpunkt für die Lehre von der genossenschaftlichen Doppelnatur ist in der logisch gleichgeordneten Trennung von Soziologie und Wirtschaftstheorie zu suchen.² Entsprechend wird die Einzelgenossenschaft in Wirtschaftsgebilde, Unternehmung oder Betrieb auf der einen Seite und Sozialgebilde, Personenvereinigung oder Gruppe auf der anderen Seite gedanklich geschieden.

Beide Aspekte der Genossenschaft gehören im Rahmen der wirtschaftswissenschaftlichen Genossenschaftstheorie zur Kennzeichnung des Gesamtgebildes Unternehmung aber notwendig zusammen. So jedenfalls lehrt und versteht Draheim seine Theorie³, die aber von vielen, die sich dieser Auffassung angeschlossen haben, im Grunde mißverstanden wird. Wir werden dafür noch einige Beispiele geben.

1 Vgl. S.245 dieser Arbeit.

2 Vgl. S.460 dieser Arbeit. - Draheim, Georg, Genossenschaft und Erwerbsunternehmung, a.a.O., S.133: "Wenn von der Genossenschaft als Sozialgebilde gesprochen wird, so muß bereits eingangs erwähnt werden, was unter 'Sozialgebilde' zu verstehen ist. Der Begriff des Sozialgebildes ist ... der Inbegriff derjenigen ~~z w i s c h e n m e n s c h l i c h e n~~ Beziehungen, die sich bei Personenvereinigungen (Gruppen) ergeben."

3 Draheim, Georg, Genossenschaft und Erwerbsunternehmung, a.a.O., S.129: "Die Genossenschaft ist ... Sozialgebilde und Wirtschaftsgebilde ~~z u g l e i c h~~."

Ein für uns nicht unbeachtliches, vielmehr höchst interessantes und lehrreiches Beispiel für ein freilich ganz bewußtes Abweichen von Draheims Lehre ist Dülfers Genossenschaftsauffassung. Er gibt dieser Lehre eine ganz andere Aussage. Mit jener von Draheim gemeinten soziologischen Komponente hat sie nichts mehr gemein. Nach Dülfers Auffassung "ist es notwendig, zwischen der 'Genossenschaftsgruppe', die sich wirtschaftlich als Gesamtheit der Mitgliederbetriebe (oder -haushalte) darstellt und dem 'Genossenschaftsbetrieb' zu unterscheiden. Hierbei handelt es sich nicht nur - wie Draheim meint - um zwei Aspekte der Genossenschaft, sondern um zwei konkrete Erscheinungen, die gesonderte organisatorische Bereiche darstellen."¹ Wenn wir dabei beachten, daß in Dülfers Genossenschaftstheorie die Genossenschaftsgruppe prinzipiell nur in Hinsicht auf die ökonomisch-funktionale Leistungsbezogenheit zum Genossenschaftsbetrieb von Interesse ist und er die "Besonderheit der Genossenschaft als Wirtschaftsgebilde in der Verbindung der beiden Komplexe miteinander begründet" sieht, wobei "der Gesamtkomplex ... eine besondere Art von Betriebsverbund darstellt", so sind die materiellen und demzufolge auch die terminologischen Divergenzen zur Draheimschen Lehre nunmehr ganz offensichtlich.

Für Dülfer ist Genossenschaft als Wirtschaftsgebilde ein Betriebsverbund, der die Genossenschaftsgruppe und den Genossenschaftsbetrieb umfaßt. Nach Draheims Lehre ist unter dem Wirtschaftsgebilde Genossenschaft der von der Personenvereinigung getragene Gemeinschaftsbetrieb, der Unternehmungscharakter hat, gemeint. Die von ihm synonym gebrauchten Begriffe Personenvereinigung, Gruppe und Sozialgebilde sind zu verstehen als "Inbegriff zwischenmenschlicher Beziehungen" zwischen den Personen, die Träger des Gemeinschaftsbetriebs sind. Das Sozialgebilde beruht nach Draheims Auffassung "auf Motivationen und Wechselwirkungen, die vorwiegend ausserwirtschaftlichen Charakter haben."² Gerade diese letzte Behauptung

1 Dülfer, Eberhard, Strukturprobleme der Genossenschaft in der Gegenwart, a.a.O., S.10.

2 Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, a.a.O., S.17.

tung ist vermutlich einer der Hauptgründe für das Mißverständnis der Draheimschen Lehre. Sie führt zu jenen nachfolgend bezeichneten Problemen. Wir meinen demgegenüber und haben dies im Laufe unserer Untersuchung auch feststellen können¹, daß auch die genossenschaftliche Gruppe als Inbegriff von »Mensch-Mensch-Beziehungen« zentral und vorherrschend heute auf wirtschaftlichen Motiven beruht. Selbst wenn es aber nicht so wäre, hätte es auch wenig Sinn, die genossenschaftlichen »Irrationalitäten« aus der ökonomischen Theorie herauszunehmen, der Gruppe zuzuschieben und dann so zu tun, als ob all diese Tatsachen die Genossenschaft als Unternehmung nichts angingen.

Die Lehre von der Doppelnatur der Genossenschaft ist auf den ersten Blick und für verschiedene Problemstellungen sehr fruchtbar. Sie hat aber auch zu nicht unerheblichen, falschen, weil sachlich nicht gerechtfertigten, Problemstellungen, zu Fehlschlüssen und Erkenntnisdivergenzen geführt. Eine Ursache für diese Problematik haben wir bereits genannt. Weitere Überlegungen und Fragen stützen unsere Zweifel:

1. Wenn unter dem Begriff der genossenschaftlichen Gruppe die Mensch-Mensch-Beziehungen im Sinne der modernen Soziologie Erörterung finden sollen, dann genügt es nicht, hiermit nur die Gruppe der Mitglieder begrifflich einzufangen. Es gehört hierher genauso die Gruppe der angestellten Mitarbeiter und insbesondere der angestellten Führungskräfte in Primär- und Zentralgenossenschaften. Letztere sind heute längst nicht mehr mit dem Mitgliederbegriff zu erfassen, selbst wenn in Einzelgenossenschaften, die dem Genossenschaftsgesetz unterliegen, der Erwerb der Mitgliedschaft für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder formal-rechtlich notwendig ist. Die Gruppe der genossenschaftlichen Führungskräfte ist soziologisch etwas ganz anderes als die Gruppe der Mitglieder. Selbst wenn man jedoch nur die Gruppe der Mitglieder unter die Lupe nimmt, müssen folgende Tatsachen ganz klar beachtet werden:

a) Die soziologisch relevanten Mitgliederbeziehungen sind nicht primär außerwirtschaftlich, sondern wirtschaftlich motiviert. Das

1 Vgl. S.158 u. 195 f. dieser Arbeit.

gilt heute mehr als früher.

b) Die *g e n o s s e n s c h a f t s* soziologisch relevanten Mitgliederbeziehungen stellen in modernen, hochentwickelten Genossenschaften nicht allein und nicht einmal primär Abstandsverhältnisse zwischen den Mitgliedern untereinander dar¹, sondern solche zwischen den Mitgliedern und den übrigen genossenschaftlichen Personengruppen (Mitarbeiter, Angestellte, Führungskräfte). Die Leistung und der Erfolg der Genossenschaften beruhen ihrem Wesen nach nicht auf Mensch-Mensch-Beziehungen innerhalb des Mitgliederkreises. Solche brauchen nicht zu bestehen und sind in modernen Großgenossenschaften auch kaum vorhanden. Die genossenschaftliche Leistung beruht auf der ökonomisch-funktionalen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliederwirtschaften und ihren Gemeinschaftsbetrieben, die in aller Regel mit Mensch-Mensch-Beziehungen *v e r b u n d e n* ist. Diese sind aber vorherrschend ökonomisch motiviert und sind am allerwenigsten Beziehungen zwischen den Mitgliedern untereinander, wengleich solche bestehen können. Der Kreis der Mitglieder braucht nicht ein soziales Gebilde zu sein. Er ist für sich genommen in der Regel keine Einheit und ohne Bestand.

Als ein Nebenergebnis unserer Überlegungen können wir festhalten: Wenn schon eine Trennung zwischen den genossenschaftswissenschaftlich relevanten Mensch-Ding-Beziehungen und den Mensch-Mensch-Beziehungen vorgenommen werden soll, dann muß dies in anderer Weise geschehen², als es in der bisherigen Lehre von der Doppelnatur der Genossenschaft der Fall war. Man kann nicht die Gruppe der Mitglieder (als Sozialgebilde) dem Gemeinschaftsbetrieb (als Wirtschafts-

1 Weisser, Gerhard, Genossenschaften, a.a.O., S.134: "Eins ist gewiß: 'Gemeinschaften' im Sinne eines unmittelbar um seiner selbst willen geschätzten Verbundenseins einer Menge von Menschen sind die heutigen großen Genossenschaften in der Regel nicht. Das ist auch mit Ausnahme weniger, allerdings sehr eindrucksvoller Sonder-typen nicht das eigentliche Ziel der neuzeitlichen Genossenschaften."

2 Vgl. Fürstenberg, Friedrich, Ansatzpunkte einer Soziologie des Genossenschaftswesens, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), a.a.O., S.42-51; Weipert, Georg, Zur Soziologie des Genossenschaftswesens, in: ZfgG Bd.7 (1957), S.112 fr.

gebilde) gegenüberstellen. Die Genossenschaft als Sozialgebilde hat in Wirklichkeit eine ganz andere Gestalt und damit auch andere Fronten. Auch die Genossenschaft als Wirtschaftsgebilde ist in Wirklichkeit nicht mit dem Gemeinschaftsbetrieb im bisherigen Sinne identisch. Es umfaßt in einer ganz bestimmten Weise auch die Mitgliederwirtschaften und eine Reihe weiterer Genossenschaftsgebilde.

Die Genossenschaft ist als Sozialgebilde und als Wirtschaftsgebilde der Gestalt nach immer identisch; ein und dasselbe Gebilde wird ja nur jeweils unter verschiedenen Erkenntnisaspekten analysiert. Einerseits sind es die zwischenmenschlichen Beziehungen, andererseits die Mensch-Ding-Beziehungen. In einer derartigen gedanklichen Trennung liegt allein noch nichts Genossenschaftsspezifisches; ihr liegen davon unabhängige wissenschaftstheoretische Überlegungen zugrunde.¹

Aufgrund der von u n s vertretenen Auffassung zum Verhältnis Wirtschaftswissenschaft und Soziologie kommt eine derartige Trennung nicht in Betracht. Dadurch geht nichts verloren, vielmehr wird die Einheit gewonnen.

2. Die Doppelnatur der Genossenschaft ist von Draheim als gedankliche Gliederung unterschiedlicher P r o b l e m komplexe des Erkenntnisgegenstandes gemeint, gewissermaßen als ein methodischer Kniff im Rahmen der genossenschaftstheoretischen Gesamtbetrachtung. Beide Aspekte der Genossenschaft gehören notwendig auch im Rahmen der wirtschaftswissenschaftlichen Analyse zusammen. Dieses methodische und systematische Anliegen ist von vielen grundlegend mißverstanden worden. Vor allem die sogenannte Ökonomisierung des Genossenschaftswesens und die damit verbundenen genossenschaftstheoretischen Erklärungsschwierigkeiten haben dazu verleitet, die bloß

1 Die von uns vorgetragenen Überlegungen geben z.B. der in der Genossenschaftstheorie so oft genannten Frage nach der "optimalen Größe der Personenvereinigung" und nach der "optimalen Betriebs- bzw. Unternehmungsgröße" einen ganz anderen Sinn.

gedankliche Trennung vollkommen zu machen. In den Vordergrund der genossenschaftstheoretischen Untersuchungen sind mehr und mehr allein die Probleme und Fragen gerückt, die das Wirtschaftsgebilde, worunter eben der genossenschaftliche Gemeinschaftsbetrieb verstanden wird, betreffen. Die Frage nach der Personenvereinigung wird meist als lästige und im Grunde unbeachtliche Nebenbedingung am Rande erwähnt, wenn sie nicht gar völlig außer Betracht bleibt und vom Ökonomen mit einer großzügigen Handbewegung dem Soziologen zugewiesen wird. Dies ist aus sachlichen Gründen aber nicht zulässig. Die meisten sogenannten »rein ökonomischen (Modell-)Theorien« vom Genossenschaftswesen haben ihre Ursache in der Verkennung dieses genossenschaftlichen Sachverhaltes. In der Regel wird in diesen Theorien alles, was im faktischen Genossenschaftswesen der ökonomisch-rationalen Zweck-Mittel-Relation des Wirtschaftlichkeitsprinzips nicht entspricht über die "Personenvereinigung" der Soziologie zugeschoben.¹ Damit aber werden die erfahrungswissenschaftlichen Erkenntnisbedingungen der Genossenschaftswissenschaft gründlich verkannt.

3. In ihrer Anwendung auf diejenigen Genossenschaftsgebilde, die nicht Primär-genossenschaften sind (z.B. Zentralen, Verbände), besitzt die Lehre von der genossenschaftlichen Doppelnatur ohnehin nur einen sehr begrenzten Erklärungswert.²

Wir haben uns hier nicht grundsätzlich mit der Lehre von der genossenschaftlichen Doppelnatur auseinanderzusetzen. Unsere bisherigen Überlegungen genügen, um zu zeigen, daß sie zu mannigfaltigen Verkennungen und Verwirrungen führen kann.

Wir können auf die Lehre von der Doppelnatur der Genossenschaft

1 Ein Beispiel dafür stellt Frietema dar. Vgl. Frietema, Harmen Job, Draheims Lehre von der Doppelnatur der Genossenschaft, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), a.a.O., S.14-20.

2 Vgl. Frietema, Harmen, Draheims Lehre von der Doppelnatur der Genossenschaften, a.a.O., S.14 f.

verzichten. Sie ist vom Standpunkt unserer Auffassung zum Verhältnis von Soziologie zur Wirtschaftswissenschaft auch ohne jeden Sinn. Im Ergebnis, zum Teil jedoch aus anderen Gründen, schließen wir uns damit der Auffassung Weissers zu diesem Thema an. Für ihn ist eine gedankliche Trennung in Betrieb bzw. Unternehmung einerseits und Personenvereinigung bzw. Gruppe andererseits von der Sache her nur unter großen Vorbehalten und nur in Hinblick auf bestimmte Problemstellungen zulässig und fruchtbar.¹ Er vertritt demzufolge mit Blick auf die soziologische Problematik der Genossenschaft die Auffassung: "Die sozialen Gebilde, an die wir heute denken, wenn wir von Genossenschaften sprechen, sind Wirtschaftsgebilde. Sie sind also Gegenstände der Wirtschaftswissenschaft. Eine Genossenschaftstheorie muß eine wirtschaftswissenschaftliche Theorie sein. Aber keine wirtschaftswissenschaftliche Theorie kann die Wirklichkeit befriedigend erklären, die nicht das Wirtschaftsgeschehen in seinem unlöslichen Zusammenhang mit allem sonstigen sozialen Geschehen und überhaupt mit allem, was die Menschen angeht, erforscht."²

1 Vgl. Weisser, Gerhard, Genossenschaften, a.a.O., S.29/30; ders., Logische Bemerkungen über den Begriff "Genossenschaft", a.a.O., S.24; ders., Unternehmensmorphologie und Einzelwirtschaftspolitik als Bestandteile der Betriebswirtschaftslehre, a.a.O., S.3.

2 Weisser, Gerhard, Genossenschaften, a.a.O., S.31.

8. Kapitel

Rückblick und Aufgabe

Diese Studie ist eine Aufzeichnung jener Gedanken, Zweifel und Erfahrungen, zu denen ein Objekt Anlaß gibt, dessen Ziele und Gestalt zugleich vielfältig und unklar sind und das eine Wissenschaft erheischt, die sich hinsichtlich ihres wissenschaftsdisziplinären Ortes, ihrer Methode und ihres Erkenntnisstandes gegenwärtig noch mehr in einem Zustand der Anfänglichkeit als der Reife befindet.

Zu diesem Gesamtzustand haben die seit langem andauernden morphologischen Entfaltungen, Umbildungen und Verschiebungen des Genossenschaftswesens, insbesondere in Form der so aktuellen Struktur-reformen, beigetragen. Sie haben seine Gebildegestalt und das Gesamtverhalten der beteiligten Personen bereits so sehr verändert, daß nicht selten Zweifel ob der grundsätzlichen Identität, Kontinuität und Existenzialität des Genossenschaftswesens auftauchen. In der Tat sind daher in manchen Grundsatzanalysen von Personen, die über solche Entwicklungen nachzudenken haben, auch Fragen nach der Existenzberechtigung und Entartung der in der heutigen Wohlstandsgesellschaft unter dem Namen » Genossenschaften « und in engem institutionellen Zusammenhang mit diesen wirtschaftenden Gebilde und Personen nicht selten. Und wenn nicht alles täuscht, werden die weiter noch notwendigen und geplanten Strukturreformen hinsichtlich ihrer marktwirtschaftlichen und genossenschaftstheoretischen Konsequenzen von den beteiligten Personen und den an der Erforschung des Genossenschaftswesens interessierten Wissenschaftlern ein noch gesteigertes dynamisches Denken und Verhalten erfordern.

Mit den überkommenen Begriffen, Anschauungen und Theorien kann das Genossenschaftswesen in seiner heutigen Gestalt, in seinen Verhaltensanforderungen, seiner Leistungsfähigkeit und seinen Wirkungsmöglichkeiten nicht mehr voll erfaßt und erkannt werden. Es können

damit nur noch Teilaspekte und Teilprobleme begriffen werden. Schon gar nicht kann die erfahrbare Wirklichkeit mit modellmäßig vorkonstruierten Systembegriffen und -plänen eingefangen werden, gleichsam als sei schon v o r aller Untersuchung jeweils bekannt, wie die genossenschaftlich organisierte Wirtschaft beschaffen ist, - um dann hinterher die realen Phänomene hineinzuzwängen und zurechtzubiegen, soweit es eben geht, und als genossenschaftlich entartet und wissenschaftlich irrelevant zurückzuweisen, soweit es eben nicht geht. Ein Indiz für die Richtigkeit dieser Aussage und für die Enge des überkommenen Ansatzes ist uns der gezeigte Erkenntniswandel der Genossenschaftsforschung, der zu einer ständigen Notwendigkeit geworden war, um wenigstens zu einem Verständnis der jeweils drängendsten aktuellen Teilprobleme zu gelangen. Trotz des unübersehbaren wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses ist es jedoch bisher zur Formulierung einer gültigen und auf breiter Basis anerkannten theoretischen Perspektive nicht gekommen.

In solch einer Lage erscheint es notwendig, die Grundsatzprobleme der Wissenschaft überhaupt und der Genossenschaftslehre im besonderen neu aufzurollen. Eine Besinnung tut not. Was ist Wissenschaft und was hat sie zu leisten? Ansatzpunkte hierzu haben wir aufgezeigt und eine Fülle von Argumenten zur Diskussion gestellt - und zwar jeweils unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die überkommenen genossenschaftstheoretischen Erkenntnisse und die vorgefundenen erkenntnistheoretischen und methodologischen Anschauungen. Die verlangte grundsätzliche Neuorientierung ist in formaler und materieller Hinsicht erst noch theoretisch-systematisch zu leisten. Hierfür sind die vorliegenden Untersuchungen im Grunde mehr Verunsicherung und Forschungsprogramm als bereits Ergebnis. Nur schlaglichtartig wurden an verschiedenen Stellen der Arbeit bereits derartige Ergebnisse sichtbar, die es systematisch zu sammeln und im Sinne der vorgeschlagenen Forschungsmethode auszubauen gilt.

Die beiden genannten Aufgaben wurden in der vorliegenden Studie

nicht vollständig gelöst. Sie wurden nur durch zweifelnde Fragen und in ersten Ansätzen geleistet. Im Vordergrund standen erkenntniskritische Hinweise und Anregungen zur vorhandenen Lehre. Die Literaturkritik haben wir auf die geläufigsten und bedeutsamsten Ansichten der Jahre nach dem 2. Weltkrieg in den deutschsprachigen Ländern beschränkt und auch hiervon eine Reihe durchaus interessanter Auffassungen weniger berücksichtigt oder ganz ausgeschlossen, um bei der Fülle des Materials nicht völlig den Rahmen der Überschaubarkeit und Zumutbarkeit bei deren Lektüre zu sprengen. Die erwähnte Kritik gibt durch die darin enthaltenen Zweifel Anhaltspunkte für die Ursachen des teilweisen Versagens der überkommenen Genossenschaftslehren und für die Möglichkeiten einer Neuorientierung. Die dabei gefällten Urteile sind in der Regel nicht apodiktisch und völlig ausgewogen. Eine abschließende systematische Prüfung und Würdigung steht noch aus.

Dennoch und zugleich aber wurden - gerade auch auf dem erwähnten kritischen Weg - von uns auch positive Feststellungen zu den Voraussetzungen und zum Wesen der in der Problemstellung gesuchten neuen Genossenschaftstheorie aufgezeigt. Eine Theorie der Gesamtorganisation des Genossenschaftswesens stellt in der Tat das tragende Gerüst einer Theorie des Genossenschaftswesens dar.

Die positiven Ansätze wurden insbesondere in den empirisch-phänomenologischen Sachverhaltsfeststellungen des 3. Kapitels gegeben. Sie haben, wenn auch in exemplifizierter Form, zumindest die Tiefe, Vielschichtigkeit und Komplexität des Erfahrungsobjektes Genossenschaftsorganisation aufgewiesen, so wie sie sich heute dem wissenschaftlichen Betrachter darbietet. Eine abschließende und den Autor voll befriedigende Erfassung, Abgrenzung und Klärung der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft konnte nicht gegeben werden. Dazu sind die Erfahrungen noch zu gering, auf die wir uns stützen können. Vielleicht aber liegt es auch im Wesen des sozialwissenschaftlichen Objektes selbst notwendig begründet, daß es in seinen vollen Dimensionen und Entfaltungsmöglichkeiten nie abschließend und ein für allemal sicher greifbar objektiviert

ist? Ausgangspunkt einer Erforschung der künftigen genossenschaftsorganisatorischen Entfaltungsmöglichkeiten ist die Darstellung des gegebenen Zustandes. Und dieser hat jedenfalls erheblich mehr und komplexere morphologische Dimensionen aufzuweisen, als sie bisher im Erkenntnisobjekt der Genossenschaftslehre enthalten sind.

Einen weiteren positiven Beitrag zur Leistung der verlangten Genossenschaftstheorie haben diese Untersuchungen durch die Klärung der erfahrungswissenschaftlich zulässigen und fruchtbaren Erkenntnismethode erbracht. Es ist jene Methode, die wir unter dem Terminus »Reduktion« heute so allgemein gefordert und erläutert finden. Sie allein scheint zu zureichenden und erfahrungswissenschaftlich gültigen Forschungsergebnissen zu führen. Mit ihr ist die Richtung gezeigt, die genossenschaftstheoretisches Denken gehen muß, wenn es zu immer klarerer und vollkommenerer Erkenntnis ihres Objektes kommen will. Diese Methode hat sich als sehr variabel und anpassungsfähig erwiesen. Sie führt zu zeit-räumlich beschränkt und zu generell gültigen Theorien. Aus rein methodologischer Sicht brauchte daher zwischen geschichtlicher und ontologischer Theorie keine Unterscheidung gemacht zu werden. Insofern entfallen auch die verbreiteten Vorbehalte und Vorurteile gegen letztere. Wesensforschung in apriorisch-überzeitlich gültigem Sinne ist vielmehr in der Genossenschaftswissenschaft und für das Genossenschaftswesen heute notwendiger denn je. Nur von daher kann eine Neufundierung und -orientierung des Genossenschaftswesens glücken.

Ausgangspunkt aber auch für diese bleibt eine gründliche Sachverhaltserfahrung der Wirklichkeit. Gesucht ist ein möglichst überzeugender, großzügiger und genereller Sinnzusammenhang dafür. Er muß fruchtbar und zutreffend sein für die Erklärung des genossenschaftlichen Seins und seiner vollen Entfaltungsmöglichkeiten. Für unseren Verstand ist eine Theorie um so sicherer und brauchbarer, je mehr Ordnung sie in unserer Welt offenbar werden läßt und wie sie sich zugleich fähiger erweist, unser Vermögen zu Forschung und zu Gestaltung zu entwickeln.

Welches sind die Ideen und Prinzipien, die das Wesen der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft in ihrer eigenartigen Sinnhaftigkeit am tiefsten, am glaubhaftesten und am vorteilhaftesten enthüllen? Glaubhaft nennen wir eine Idee stets dann, wenn angesichts der objektivierten Erfahrungsgegebenheiten, auf die sie sich bezieht, keine vernünftigen Zweifel an ihr möglich sind.

Das ökonomische Prinzip allein kann die verlangte Fundierung nicht bieten. Die Einwände bezüglich seiner Formalität, Einseitigkeit und Enge sind zu massiv. Es hat auch außerhalb des Genossenschaftswesens in seiner vollen Konsequenz immer wieder zu erheblichen wirtschaftlichen Fehlentwicklungen und gesellschaftlichen Mißständen geführt.

Das erwähnte Personalprinzip ist in seiner bisherigen Formulierung zu ganzheitlich in seiner Aussage und seinen Konsequenzen für das Genossenschaftswesen. Aber es ist bisher wenigstens durch die Tatsachenerfahrung nicht widerlegt. Vielleicht ergäbe eine Erforschung und zeitgemäße Interpretation dieser Idee den Schlüssel. Vielleicht auch sind es mehrere Prinzipien zusammen, die in rechter Mischung das Genossenschaftswesen bedeuten und bewirken? Auch diese Fragen sind heute noch nicht definitiv beantwortet.

Vielleicht gibt es überhaupt kein allgemeines theoretisches Genossenschaftsprinzip. Sobald und solange kein solcher genereller Wesenszusammenhang existiert oder gefunden ist, wird es für den Zerfall und die Entbildung des nominellen Genossenschaftswesens keine Grenzen geben, außer diejenigen, die durch die allgemeinen Machtverhältnisse im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Raum stets latent gegeben sind. Sobald und solange jedoch das Wesen des Genossenschaftlichen erkannt ist, kann dieses darin sein geistiges Selbstverständnis und seine sinnhafte Fundierung finden.

Es gibt aber eine nicht unbegründete Hoffnung und Anzeichen dafür, daß eine solche zureichende geistige Fundierung und Absicherung

der genossenschaftlichen Phänomene auch heute noch möglich ist. Zur Erreichung dieses Zieles ist es jedoch dringend gefordert, die überkommenen Erkenntnisvorstellungen noch schärfer zu prüfen, als dies bisher schon geschehen ist, und insbesondere die wahre und volle morphologische Gestalt der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft, so wie sie sich uns darbietet, zu erkennen. Sie ist Ausgangspunkt und Grundlage für alles Weitere: für die Klärung struktureller Detailprobleme, für ablauftheoretische Erörterungen und auch für genossenschaftsrechtsreformerische Initiativen.

Vermutlich und im Grunde kennen die zur Leistung anstehenden theoretisch-wissenschaftlichen Aufgaben keinen ein für allemal gültigen Abschluß, auch nicht wenn die Arbeit eines Lebens eingesetzt wird. Dies könnte Anlaß zu Resignation geben. In recht verständener Weise ist dieser mögliche Umstand aber ständige Anregung und Hoffnung für den Forscher und Wirtschaftler. Von diesbezüglichen fortdauernden Erkenntnisbemühungen wird die Existenz und Entwicklung des Genossenschaftswesens nicht weniger abhängen als von finanziellen Mitteln und personellen Kräften.

Q U E L L E N V E R Z E I C H N I S

I. Einzelschriften, Sammelwerke, Abhandlungen und Aufsätze

- A l b e r t , Hans, Nationalökonomie als Soziologie. Zur sozialwissenschaftlichen Integrationsproblematik, in: Kyklos Vol.VIII - 1960 - Fasc.1, S.1-43.
- A l b e r t , Hans, Wertfreiheit als methodisches Prinzip. Zur Frage der Notwendigkeit einer normativen Sozialwissenschaft, in: Topitsch, Ernst (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln-Berlin 1967, S.181-210. (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, 6, Soziologie)
- A l b r e c h t , Gerhard, Der sozial-politische Grundauftrag der Genossenschaft, in: Bl. f. Gen.wesen 108.Jg. (1962), S.180-188.
- A l e w e l l , Karl (Hrsg.), Betriebswirtschaftliche Strukturfragen. Beiträge zur Morphologie von erwerbswirtschaftlichen Unternehmen und Genossenschaften (Festschrift zum 65. Geburtstag von Reinhold Henzler), Wiesbaden 1967.
- A m o n n , Alfred, Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie, Leipzig und Wien 1911.
- A r n d t , Helmut (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft, erster Band: Stand der Konzentration, Berlin 1960. (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge Bd.20/I)
- A r n d t , Helmut und O l l e n b u r g , Günter, Begriff und Arten der Konzentration, in: Arndt, Helmut (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft, erster Band: Stand der Konzentration, Berlin 1960, S.3-39. (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge Bd.20/I)
- B a c k , Josef, Der Streit um die nationalökonomische Wertlehre mit besonderer Berücksichtigung Gottls, Jena 1926.
- B a c k , Josef, Nationalökonomie und phänomenologische Philosophie, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 126 Bd., III.Folge 71.Band (1927), S.225-257.
- B a c k , Josef, Die Entwicklung der reinen Ökonomie zur nationalökonomischen Wesenswissenschaft, Jena 1929. (Abk.: Die Entwicklung der reinen Ökonomie ...)
- B a c k , Josef, Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens, seine soziale, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung, in: Aktuelle Genossenschaftsprobleme, Bern 1953, S.17-84. (Abk.: Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens ...)
- B a c k , Josef, Wo stehen die Genossenschaften heute?, in: ZfgG Bd.4 (1954), S.44-68.
- B a c k , Josef, Der Standort der Genossenschaften im heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsleben, Wien 1955.

- B a c k , Josef, Genossenschaftsgeschichte, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3.Aufl., Stuttgart 1956, Sp.2191-2210.
- B a c k , Josef, Wirtschaftliche Freiheit und Soziale Sicherheit, in: Ordnungsprobleme der Wirtschaft, hrsg. von Ernst Lagler, Wien 1957, S.99-125.
- B a c k , Josef, Genossenschaftsgeist und Unternehmergeist - Müs-sen sie Gegensätze sein?, in: ZfgG Bd.7 (1957), S.159-182.
- B a c k , Josef, Das Genossenschaftswesen im Strukturwandel des Gesellschafts- und Wirtschaftslebens, in: ZfgG Bd.7 (1957), S.263-291.
- B a c k , Josef, Die genossenschaftlich organisierte Wirtschaft in der Bewährungsprobe, in: IGR Bd.52 (1959), S.171-178.
- B a c k , Josef, Marktwirtschaftliche Probleme und Aufgaben der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft des Einzelhandels, in: Gegenwartsprobleme genossenschaftlicher Selbsthilfe (Festschrift für Paul König), Hamburg 1960, S.129-154.
(Abk.: Marktwirtschaftliche Probleme und Aufgaben ...)
- B a c k , Josef, Struktur und Aufbau des Genossenschaftswesens, in: Genossenschaften in der Bewährung, Beilage zu Der Volks-wirt (Wirtschafts- und Finanzzeitung), Heft 27 v. 2. Juli 1960, S.14/15.
- B a c k , Josef, Die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Europa, in: Genossenschaftsprobleme in Deutschland und Entwick-lungsländern, Mainz 1969, S.17-25. (Institut für Internatio-nale Solidarität der Konrad-Adenauer-Stiftung, Schriftenreihe Bd.2)
- B a r b i e r , Charles-Henri, Die genossenschaftlichen Unterneh-men in einer wachsenden Wirtschaft, in: Annalen der Gemein-wirtschaft 34.Jg. (1965), S.331-350.
- B e c k e r a t h , Erwin von, K l o t e n , Norbert und K u h n , Helmut, Wirtschaftswissenschaft: Methodenlehre, in: HdSW Bd.12 (1965), S.288-328.
- B e c k e r s j ü r g e n , Bruno, Selbsthilfe in modernem Rechts-kleid, in: Handelsblatt v. 10.3.1969, S.11.
- B e n e c k e , Dieter W., Zur bisherigen Tätigkeit der Organisa-tion der Genossenschaften Amerikas (OCA), in: ZfgG Bd.18 (1968), S.78-83.
- B i r c k , Heinrich, Probleme der Eigenkapitalausstattung deut-scher Genossenschaften, in: Genossenschaften und Genossen-schaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), Göttingen 1968, S.109-140.
- B l ü m l e , Ernst Bernd, Wachstum und Willensbildung der Pri-mär-genossenschaft, in: ZfgG Bd.14 (1964), S.453-463.
- B o c h e n s k i , I.M., Die zeitgenössischen Denkmethoden, 3.Aufl., Bern u. München 1965. (Dalp-Taschenbücher Bd.304 D)

- B o e t t c h e r , Erik (Hrsg.), Selektion im Genossenschaftswesen, Karlsruhe 1966. (Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen der Universität Münster, Bd.XVI)
- B o e t t c h e r , Erik, Wirtschaftliche Integrationsprozesse der Gegenwart und genossenschaftliche Agrarpolitik, in: Marktintegration und agrarpolitisch relevante Tätigkeit der Genossenschaften, Hamburg/Berlin 1967, S.9-19. (Berichte über Landwirtschaft, Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft, N.F., 183.Sonderheft)
- B o e t t c h e r , Erik, Planung in Genossenschaften und Genossenschaftsverbänden, in: ZfgG Bd.17 (1967), Sonderheft: Planung im Genossenschaftswesen, S.34-45.
- B o e t t c h e r , Erik, Vertikale Integration und Wachstumschancen der Genossenschaften, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), Göttingen 1968, S.141-154.
- B o n o w , Mauritz, Bedeutung und Aufgaben des Genossenschaftswesens in einer wachsenden Wirtschaft, in: ZfgG Bd.16 (1966), S.206-225.
- B r i n k , Hans-Jürgen, Die Einkaufsgenossenschaften des Handwerks in der Bundesrepublik Deutschland, Köln und Opladen 1967. (Abhandlungen zur Mittelstandsforschung, hrsg. vom Institut für Mittelstandsforschung, Nr.26)
- B r i n k m a n n , Carl, Nationalökonomie als Sozialwissenschaft, Tübingen 1948. (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, 133)
- B r i x n e r , Jörg, Zweckmäßigkeit und Möglichkeiten genossenschaftlicher Betätigung in der Rechtsform der Aktiengesellschaft, Diss. Münster 1961.
- B r i x n e r , Jörg, Marktintegration durch bäuerlich-genossenschaftliche Aktiengesellschaften, Karlsruhe 1966. (Vorträge und Aufsätze des Instituts für Genossenschaftswesen der Universität Münster, Heft 13)
- B r o i c h h a u s e n , Klaus, Aktiengesellschaften für Verbraucher? - Reformwille bei Konsumgenossenschaften, in: FAZ v. 20. Juni 1969, S.17.
- Bundesjustizministerium (Hrsg.), Zur Reform des Genossenschaftsgesetzes, Referate und Materialien, 1.Bd., Bonn 1956.
- C a r n a p , Rudolf, Induktive Logik und Wahrscheinlichkeit, Wien 1959.
- C l a u s i n g , Gustav, Vergangenheit, Gegenwart und zukünftige Bedeutung des Genossenschaftswesens, in: ZfgG Bd.1 (1950/51), S.30-40.
- C l a u s i n g , Gustav, Wirtschaftsstil, Wirtschaftsordnung und Genossenschaftswesen, in: ZfgG Bd.7 (1957), S.96-111.
- C l a u s i n g , Gustav, Arthur Spiethoffs wissenschaftliches Lebenswerk, in: Montaner, Antonio (Hrsg.), Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Köln-Berlin 1967, S.247-276. (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 19, Wirtschaftswissenschaften)

- Co-operative Union (Hrsg.), Co-operative Independent Commission Report, Manchester 1958.
- C o x , Helmut, Analyse und Theorie der einzelwirtschaftlichen Strukturen als Gegenstand der Unternehmensmorphologie, in: Archiv f. öff. u. fr.gem. Unternehmen Bd.8 (1967/68), S.289-326.
- C o x , Helmut, Morphologie der Investmentgesellschaft. Bemerkungen zur Strukturtheorie und -politik des Kapitalwertsicherungsbetriebs, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), Göttingen 1968, S.571-595.
- C r a m e r , Wolfgang, Das Problem der reinen Anschauung, Tübingen 1937. (Heidelberger Abhandlungen zur Philosophie und ihrer Geschichte, 27)
- D e s c a r t e s , René, Abhandlung über die Methode des richtigen Vernunftgebrauchs und der wissenschaftlichen Wahrheitsforschung, 1637. (Stuttgart 1961, Reclam Universal-Bibliothek Nr.3767)
- Deutsche Genossenschaftskasse (Hrsg.), Die Genossenschaften in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1968, Frankfurt/M. (1969).
- D i e d e r i c h s , Erich, Probleme und Zielsetzungen der internationalen Zusammenarbeit der Einkaufs-genossenschaften des Lebensmitteleinzelhandels, in: ZfgG Bd.15 (1965), S.204-224.
- D i e d e r i c h s , Erich, Autonomie und Bindung in der Genossenschaft, in: Autonomie und Bindung in der Genossenschaft, Marburg/Lahn 1966, S.7-40. (Veröffentlichungen des Instituts für Genossenschaftswesen an der Philipps-Universität Marburg/Lahn, XXXII)
- D i e d e r i c h s , Erich H., Selektion in der modernen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaft des gewerblichen Mittelstandes, in: Boettcher, Erik (Hrsg.), Selektion im Genossenschaftswesen, Karlsruhe 1966, S.25-44. (Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen der Universität Münster, Bd.XVI)
- D r a h e i m , Georg, Genossenschaft und Erwerbsunternehmung - Versuch einer Abgrenzung, in: ZfgG Bd.4 (1954), S.123-148.
- D r a h e i m , Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, 2.Aufl., Göttingen 1955.
- D r a h e i m , Georg, Die morphologische Betrachtung der Genossenschaften im Verhältnis zu anderen Betrachtungsweisen, in: Die Morphologie der einzelwirtschaftlichen Gebilde und ihre Bedeutung für die Einzelwirtschaftspolitik, Göttingen 1957, S.49-63. (Schriften des Seminars für Genossenschaftswesen an der Universität zu Köln, Bd.1)
- D r a h e i m , Georg, Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und genossenschaftliche Struktur, in: ZfgG Bd.9 (1959), S.20-49.

- D r a h e i m , Georg, Die Genossenschaft als Forschungsgegenstand, in: ZfgG Bd.9 (1959), S.201-245.
- D r a h e i m , Georg, Genossenschaften, (I) Überblick und Entwicklung, in: HdSW Bd.4 (1965), S.350-373.
- D r a h e i m , Georg, Autonomie und Bindung in der Genossenschaft, in: Autonomie und Bindung in der Genossenschaft, Marburg/Lahn 1966. (Veröffentlichungen des Instituts für Genossenschaftswesen an der Philipps-Universität Marburg/Lahn, XXXII)
- D r a h e i m , Georg, Zur Ökonomisierung der Genossenschaften, Gesammelte Beiträge zur Genossenschaftstheorie und Genossenschaftspolitik, Göttingen 1967.
- D r a h e i m , Georg, Das Förderungsunternehmen - Ein Beitrag zu den Versuchen, das Wesen der Genossenschaft zu bestimmen, in: Zur Ökonomisierung der Genossenschaften, Göttingen 1967, S.103-121.
- D r a h e i m , Georg, Genossenschaftliche Zusammenschlüsse, in: Zur Ökonomisierung der Genossenschaften, Göttingen 1967, S.122-170.
- D r a h e i m , Georg, Die Raiffeisengenossenschaften im Zeitalter der Automation, in: Zur Ökonomisierung der Genossenschaften, Göttingen 1967, S.171-190.
- D r a h e i m , Georg, Zentrale Entwicklungsgesellschaften der Genossenschaften, in: Zur Ökonomisierung der Genossenschaften, Göttingen 1967, S.224-238.
- D r a h e i m , Georg, Der Genossenschaftsleiter - Ein Beitrag zur Unternehmensführung bei Genossenschaften, in: Zur Ökonomisierung der Genossenschaften, Göttingen 1967, S.290-304.
- D r a h e i m , Georg, Genossenschaften im Wandel, in: Mitteilungen der DGK v. Juni 1967, S.153-159.
- D r a h e i m , Georg, Korreferat und Berichterstattung (zum Referat von E. Boettcher: Wirtschaftliche Integrationsprozesse der Gegenwart und genossenschaftliche Agrarpolitik), in: Marktintegration und agrarpolitisch relevante Tätigkeit der Genossenschaften, Hamburg/Berlin 1967, S.20-26. (Berichte über Landwirtschaft, Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft, N.F., 183.Sonderheft)
- D u b b e r k e , Hans Achim, Die Gemeinschaft fordert ihr Recht, in: Rewe-Echo 1968, Nr.14, S.14-16.
- D ü l f e r , Eberhard, Zur Frage des Unternehmungscharakters der Genossenschaft, in: ZfgG Bd.6 (1956), S.265-274.
- D ü l f e r , Eberhard, Strukturprobleme der Genossenschaft in der Gegenwart, in: Neuere Tendenzen im Genossenschaftswesen, Göttingen 1966, S.5-34. (Wiener Studien des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen, N.F., Bd.1)

- D ü l f e r , Eberhard, Zielsysteme, Entscheidungsprozeß und Organisationsstruktur im kooperativen Betriebsverbund, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), Göttingen 1968, S.170-195.
- D ü l f e r , Eberhard, Organisation und Management im kooperativen Betriebsverbund, vervielfältigtes Manuskript eines Vortrages auf der VI. Internationalen Genossenschaftswissenschaftlichen Tagung in Gießen 1969.
- E b e r t , Kurt Hanns, Genossenschaftsrecht auf internationaler Ebene, Band 1, Rechtsvergleichende Analyse des Genossenschaftsrechts, Marburg 1967. (Veröffentlichungen des Instituts für Genossenschaftswesen an der Philipps-Universität Marburg/Lahn, XXXIII)
- E m e l i a n o f f , Ivan v., Economic Theorie of Cooperation, Washington D.C. 1948.
- E n g e l h a r d t , Werner, Die Genossenschaften in der Lehre von der Unternehmensmorphologie, in: Gemeinnütziges Wohnungswesen 8.Jg. (1955), S.137-140.
- E n g e l h a r d t , Werner, Zum wirtschaftlichen Standpunkt und morphologischen Ansatz in der Betriebswirtschafts- und Genossenschaftslehre, in: Betriebswirtschaftliche Strukturfragen (Festschrift für R. Henzler), Wiesbaden 1967, S.29-40.
- E n g e l h a r d t , Werner, Die Stellung der Genossenschaften im Angleichungsprozeß gesellschaftswirtschaftlicher und einzelwirtschaftlicher Strukturen, in: Archiv f. öff. u. fr.gem. Unternehmen Bd.8 (1967), S.70-80.
- E n g e l h a r d t , Werner, Zum Stande der morphologischen Forschung in der Betriebswirtschaftslehre und in anderen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, in: ZfbF 19.Jg. (1967), S.599-613.
- E t z i o n i , Amitai, Soziologie der Organisationen, München 1967. (Grundfragen der Soziologie, hrsg. von Dieter Claessens, Bd.12)
- F a u q u e t , Georges, Der genossenschaftliche Sektor, Basel 1937.
- F a u q u e t , Georges, Charles Gide und das »Programm der drei Etappen«, in: Annalen für Gemeinwirtschaft 21.Jg. (1952), S.262-265.
- F a u s t , Helmut, Geschichte der Genossenschaftsbewegung - Ursprung und Weg der Genossenschaften im deutschen Sprachraum, Frankfurt/M. 1965.
- F a u s t , Helmut, Die Zentralbank der deutschen Genossenschaften, Frankfurt/M. 1967. (Veröffentlichungen der Deutschen Genossenschaftskasse, Bd.1)
- F a u s t , Helmut, Genossenschaftswesen, Stuttgart-Düsseldorf 1969. (Schaeffers Grundriß des Rechts und der Wirtschaft, Abteilung III: Wirtschaftswissenschaften, Bd.101)

- F e y e r a b e n d , Paul K., Wissenschaftstheorie, in: HdSW Bd.12 (1965), S.331-336.
- F l a c h , Werner, Zur Prinzipienlehre der Anschauung, Bd.I, Das spekulative Grundproblem der Vereinzelung, Hamburg 1963.
- F l a d - S c h n o r r e n b e r g , Beatrice, Verwirrung im biologischen Denken, in: FAZ v. 29.1.1969, S.24. (Beilage: Natur und Wissenschaft)
- Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen an der Universität Wien (Hrsg.), Neuere Tendenzen im Genossenschaftswesen, Göttingen 1966. (Wiener Studien des Forschungsinstitutes für Genossenschaftswesen, N.F. Bd.1)
- F r i e d l , Gerhard A., Die Gewerkschaften als Unternehmer, Stuttgart 1964.
- F r i e t e m a , Harmen Job, Draheims Lehre von der Doppelnatur der Genossenschaft, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), Göttingen 1968, S.14-20.
- F ü r s t e n b e r g , Friedrich, Die Genossenschaft als sozialer Integrationsfaktor, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft Bd.15 (1964), S.243-255.
- F ü r s t e n b e r g , Friedrich, Ansatzpunkte einer Soziologie des Genossenschaftswesens, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), Göttingen 1968, S.42-51.
- G a l b r a i t h , John Kenneth, Die moderne Industriegesellschaft, München/Zürich 1968.
- G i e r k e , Otto von, Das Wesen der menschlichen Verbände, Darmstadt o.J. (Reihe "Libelli" der Wissenschaftlichen Buchgemeinschaft e.V., Darmstadt, Bd.XVII)
- G l ö y , Gerhard, Unternehmensexpansion und wirtschaftliches Wachstum im Ernährungsgütersektor. Ein Beitrag zur Theorie der Vertikalkonzentration und Kooperation, Karlsruhe 1969. (Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen der Universität Münster, Bd.XIX)
- G o t t l - O t t l i l i e n f e l d , Friedrich von, Wirtschaft und Technik, 2.Aufl., Tübingen 1923.
- G o t t l - O t t l i l i e n f e l d , Friedrich von, Wirtschaft und Wissenschaft, 2 Bde., Jena 1931.
- G r o c h l a , Erwin, Automation und Organisation, Wiesbaden 1966. (Betriebswirtschaftliche Beiträge zur Organisation und Automation, Bd.1)
- G r o c h l a , Erwin, Der Einfluß der Automatisierung auf die Unternehmungsorganisation, in: ZfB 36.Jg. (1966), S.271-288.
- G r o c h l a , Erwin, Erkenntnisstand und Entwicklungstendenzen der Organisationstheorie, in: ZfB 39.Jg. (1969), S.1-22. (Abk.: Erkenntnisstand und ...)

- G r o c h l a , Erwin, Betriebsverbindungen, Berlin 1969. (Sammlung Götschen Bd.1235/1235 a)
- G r o l l , Karl, Aufgaben und Stellung des Verbandes, in: Bayer. Raiffeisenblatt 72.Jg. (1968), Nr.6, S.150-155.
- G r o l l , Karl, Die Satzungsdiskussion im Außerordentlichen Verbandstag, in: Bayer. Raiffeisenblatt 72.Jg. (1968), Nr.6, S.305-314.
- G r o l l , Karl, Die Genossenschaften in der Wohlstandsgesellschaft, in: Bayer. Raiffeisenblatt 74.Jg. (1970), Nr.6, S.164-170.
- G r ü n f e l d , Ernst, Die Einheit des Genossenschaftswesens, in: Bl. f. Gen.wesen 73.Jg. (1926), Nr.43, S.585/586.
- G r ü n f e l d , Ernst, (Besprechung des Buches von Seelmann-Eggebert, Erich Lothar, Die Systeme im neuzeitlichen deutschen Genossenschaftswesen, 2. umgearb. Aufl., Stuttgart 1927), in: Genossenschafts-Korrespondenz, 5.Jg. (1927), Nr.2, S.115/116.
- G r ü n f e l d , Ernst, Das Genossenschaftswesen, volkswirtschaftlich und soziologisch betrachtet, Halberstadt 1928. (Handbuch des Genossenschaftswesens, 1.Bd.)
- G u n z e r t , Rudolf, Was ist Konzentration?, Frankfurt a.M. 1960. (Wirtschaftssoziologische Studien, hrsg. v. R. Gunzert, Heft 1)
- G u t e n b e r g , Erich, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 1.Bd., Die Produktion, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1951. (Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft)
- H . , v., Horizontale Kooperation - ein Beitrag zur Lösung der Probleme in der Landwirtschaft, in: Mitteilungen der DGK v. Dezember 1969, S.301-305.
- H a s e n a c k , Wilhelm, Genossenschaften - 'Unternehmungen' oder nicht?, in: Archiv f. öff. u. fr.gem. Unternehmen Bd.2 (1955/1956), S.210-233.
- H a s s e l m a n n , Erwin, Einheit und Autonomie - Wichtige Reform der VSK-Satzung, in: der verbraucher v. 23.1.1965, S.63-65.
- H a s s e l m a n n , Erwin, Die Polarität von Autonomie und Einheit in der konsumgenossenschaftlichen Praxis, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), Göttingen 1968, S.367-381.
- H a s s e l m a n n , Erwin, Die Rochdaler Grundsätze im Wandel der Zeit, Frankfurt a.M. 1969. (Schriftenreihe der DGK, Bd.4)
- H e i d e g g e r , Martin, Sein und Zeit, 7. unveränderte Aufl., Tübingen 1953.
- H e n n e m a n n , Gerhard, Das Bild der Welt und des Menschen in ontologischer Sicht, München/Basel 1951. (Glauben und Wissen, Nr.8)

- H e n z l e r , Reinhold, Betriebswirtschaftliche Hauptfragen des Genossenschaftswesens, Stuttgart-Berlin 1939. (Veröffentlichungen des Instituts für Genossenschaftswesen an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M., Heft 20)
- H e n z l e r , Reinhold, Die Rationalisierung im Genossenschaftswesen, in: ZfgG Bd.4 (1954), S.89-108.
- H e n z l e r , Reinhold, Grenztypen des Genossenschaftsbetriebs - Die Tendenz zur Genossenschaftsunternehmung, in: ZfgG Bd.6 (1956), S.9-15.
- H e n z l e r , Reinhold, Betriebswirtschaftliche Probleme des Genossenschaftswesens, Wiesbaden 1962. ((Die Wirtschaftswissenschaften, 48.Lfg., Reihe A (Betriebswirtschaftslehre), Beitrag Nr.41))
- H e n z l e r , Reinhold, Der Genossenschaftsverbund und die Verbundführung, in: ZfgG Bd.14 (1964), S.433-452.
- H e n z l e r , Reinhold, Sind die genossenschaftlichen Prinzipien noch zeitgemäß?, in: ZfB 37.Jg. (1967), S.229-243.
- H e n z l e r , Reinhold, Genossenschaftsplanung und Genossenschaftsprinzipien, in: ZfgG Bd.17 (1967), Sonderheft: Planung im Genossenschaftswesen, S.136-145.
- H e n z l e r , Reinhold, Die Genossenschaften im Konflikt mit der eigenen Tradition, in: Archiv f. öff. u. fr.gemn. Unternehmen Bd.8 (1967/68), S.327-334.
- H e r d e r - D o r n e i c h , Philipp, Zur Theorie der sozialen Steuerung, Köln 1965. (Sozialtheorie und Sozialpolitik, Bd.2)
- H e r d e r - D o r n e i c h , Philipp, Soziale Kybernetik, Köln 1965. (Sozialtheorie und Sozialpolitik, Bd.4)
- H e s s e l b a c h , Walter, Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, Frankfurt/M. 1966.
- H ö f k e n , Karl-Heinz, Die begriffliche Bestimmung der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft, Erlangen 1969. (Veröffentlichungen des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen-Nürnberg, Bd.5)
- H o f m a n n , Werner, Gesellschaftslehre als Ordnungsmacht. Die Werturteilsfrage - heute, Berlin 1961. (Erfahrung und Denken, Bd.8)
- H u s s e r l , Edmund, Ideen zu einer reinen Phänomenologie und phänomenologischen Philosophie, in: Jahrbuch für Philosophie und phänomenologische Forschung, 1.Bd., Teil I, Halle a.d.S. 1913, S.1-323.
(Abk.: Ideen ...)
- H u s s e r l , Edmund, Die Ideen der Phänomenologie. Fünf Vorlesungen, hrsg. und eingeleitet v. Walter Biemel, 2.Aufl., Haag 1958. (Husserliana, E. Husserl, Gesammelte Werke, Bd.II)
- Institut für Genossenschaftswesen der Universität Hamburg, Die Gültigkeit der Rochdaler Prinzipien, Hamburg 1966.

- Institut für Genossenschaftswesen an der Philipps-Universität Marburg/Lahn (Hrsg.), Autonomie und Bindung in der Genossenschaft, Marburg/Lahn 1966. (Veröffentlichungen des Instituts für Genossenschaftswesen an der Philipps-Universität Marburg/Lahn, Bd.XXXII)
- Institut für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, Das Verhältnis der Mitglieder zu ihrer Genossenschaft, (Gutachten erstellt im Auftrage des Bundesministeriums für Wirtschaft), Münster 1956.
- Internationaler Genossenschaftsbund (Hrsg.), Structural Changes in Co-operatives, Verbatim Report of Discussion at I.C.A. Central Committee Helsinki 1965, o.O., o.J.
- Internationaler Genossenschaftsbund (Hrsg.), Agenda und Referate zum XXIII. Kongreß, Wien, vom 5.-8.9.1966, Amsterdam o.J. (Abk.: Agenda u. Referate ... 1966)
- Internationaler Genossenschaftsbund (Hrsg.), Agenda und Referate zum XXIV. Kongreß, Hamburg vom 1.-4.9.1969, Hamburg o.J. (Abk.: Agenda u. Referate ... 1969)
- J ä g e r , Wilhelm, Neue Formen genossenschaftlicher Selbsthilfe in der Landwirtschaft, in: Aktuelle Probleme und zukünftige Aspekte genossenschaftswissenschaftlicher Forschung, Karlsruhe 1962, S.93-114. (Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, Bd.XIV)
- J a h n , Georg, Die historische Schule der Nationalökonomie und ihr Ausklang - Von der Wirtschaftsgeschichte zur geschichtlichen Theorie, in: Montaner Antonio (Hrsg.), Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Köln-Berlin 1967, S.41-50. (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, 19, Wirtschaftswissenschaften)
- J a s p e r s , Karl, Philosophie und Wissenschaft, in: Über Bedingungen und Möglichkeiten eines neuen Humanismus, Stuttgart 1951, S.3-21. (Reclam Universal-Bibliothek Nr.8674)
- K a r r e n b e r g , Friedrich und A l b e r t , Hans (Hrsg.), Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung (Festschrift für Gerhard Weisser), Berlin 1963.
- K a t h r e i n , Oswald, Realitäten in der Geschäftspolitik der Handwerker-genossenschaften, in: Deutscher Genossenschaftstag Dortmund 1967, Wiesbaden o.J., S.133/134.
- K é r i n e c , Roger und T h e d i n , Nils, Zeitgenössische Genossenschaftsdemokratie, in: IGB, Agenda und Referate zum XXIV. Kongreß, Hamburg v. 1.-4.9.1969, Hamburg o.J., S.157-186.
- K i r s c h , Wilhelm-Michael und R i c h t e r , Oswald, Die Europa-Arbeit der Warengenossenschaften, in: ZfgG Bd.15 (1965), S.225-235.
- K l e m a n n , Peter, Das Management in Genossenschaften des Lebensmitteleinzelhandels, Karlsruhe 1969. (Veröffentlichungen des Instituts für Genossenschaftswesen der Universität Münster, Reihe C: Untersuchungen und Berichte, Bd.5)

- K l u s a k , Gustav, Korreferat und Berichterstattung (Zum Referat von: Westermann, Harry: Die Marktintegration als Rechtsproblem), in: Marktintegration und agrarpolitisch relevante Tätigkeit der Genossenschaften, Hamburg u. Berlin 1967, S.40-45. (Berichte über Landwirtschaft, Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft, N.F. 183.Sonderheft)
- K o c h , Peter und H a a g , Joachim, Die Rechtsnatur des Leasing-Vertrages, in: Der Betriebsberater, 23.Jg. (1968), S.93-96.
- Kooperativa Förbundet (Hrsg.), Informationen vom Sekretariat des Kooperativa Förbundet:
- a) vom 25.11.1966, Memorandum über die Beziehungen zwischen Kooperativa Förbundet und den ihm angegliederten Genossenschaften.
 - b) o.Datum, Vorschlag betreffs der zukünftigen Organisation des Schwedischen Konsumgenossenschaftswesens (Zusammenfassung des Vorschlages, den das Strukturkomitee vom Jahre 1964 dem Reichskongreß des Jahres 1967 unterbreitet hat).
 - c) vom 12.2.1969, Vorschlag zu Statuten für Kooperativa Förbundet, "wirtschaftlicher Verein", mit Arbeitsordnung für den Vorstand des KF und Wahlordnung, gutgeheißen von den außerordentlichen Kongressen des Jahres 1968.
 - d) vom 11.7.1969, Statuten für Kooperativa Förbundet, wirtschaftlicher Verein, mit Arbeitsordnung für den Vorstand des KF und Wahlordnung, laut Beschluß des außerordentlichen Reichskongresses mit dem Kooperativa Förbundet den 18. bis 19. November 1968 und dessen ordentlichen Kongresses den 2. bis 3. Juni 1969 sowie des Verbandstages den 30. November 1969.
- K o r p , Andreas, Strukturreform im Genossenschaftswesen, in: Annalen für Gemeinwirtschaft, 36.Jg. (1967), S.3-12.
- K r ä h e , Walter, Verbundwirtschaft, in: HdSW 11.Bd. (1961), S.1-7.
- K r a n z , Werner, Das Management der Unternehmensgruppe Konsum im Konflikt zwischen Demokratie und Wettbewerbsfähigkeit, Karlsruhe 1968. (Veröffentlichungen des Instituts für Genossenschaftswesen der Universität Münster, Reihe C: Untersuchungen und Berichte, Bd.2)
- L a m b e r t , Paul, Wesen und Merkmale der öffentlichen Genossenschaft (régie coopérative) im Lichte der belgischen Erfahrungen, in: Annalen für Gemeinwirtschaft 31.Jg. (1962), S.3-13.
- L a m b e r t , Paul, Die Entschließungen der Kommission für Genossenschaftsprinzipien des IGB, in: Annalen für Gemeinwirtschaft 35.Jg. (1966), S.177-186.
- L a v e r g n e , Bernard, Charles Gide als Begründer der Konsumgenossenschaftstheorie, in: Vierteljahresschrift für Genossenschaftswesen 10.Jg. (1932), S.154-173.
- L e f f s o n , Ulrich, Genossenschaftliche Verbundbildung als Mittel zur Effizienzsteigerung der Mitgliedbetriebe, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), Göttingen 1968, S.155-169.

- L e h m a n n , Helmut, Wesen und Formen des Verbundbetriebes, Berlin 1965. (Betriebswirtschaftliche Forschungsergebnisse, hrsg. v. E. Kosiol in Gemeinschaft mit E. Grochla, Bd.24)
- L e m b k e , Hanno, Entwicklung und Stand der übernationalen Zusammenarbeit europäischer Bäcker-genossenschaften, in: ZfgG Bd.18 (1968), S.74-77.
- L i e f m a n n , Robert, Kartelle, Trusts und die Weiterbildung der volkswirtschaftlichen Organisation, 5.Aufl., Stuttgart 1922.
- L i e f m a n n , Robert, Die Unternehmungsformen mit Einschluß der Genossenschaften und der Sozialisierung, 3.Aufl., Stuttgart 1923.
- M a n n , Gerhard, Die Vereinbarkeit der Prüfungs- und Beratungstätigkeit der Genossenschaftsverbände, in: ZfgG Bd.19 (1969), S.224-244.
- M a r i a s , Julián, Ortega y Gasset, José, in: HdSW Bd.8 (1964), S.117-120.
- M e n z e l , Bernhard, Zweifel an der Funktionserfüllung der genossenschaftlichen Unternehmung?, in: ZfgG Bd.18 (1968), S.150-168.
- M e y e r - M e u l e n b e r g h , Genossenschaftsgesetz, 10. Aufl., München u. Berlin 1965.
- M o n t a n e r , Antonio (Hrsg.), Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Köln-Berlin 1967. (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, 19, Wirtschaftswissenschaften)
- M o r o n i , Rolf, Kybernetische Automation morgen, Köln 1969.
- N a w r o t h , Edgar, Mensch und Denkmaschine, in: Moroni, Rolf, Kybernetische Automation morgen, Köln 1969.
- N e u h a u s e r , Gertrud, Grundfragen wirtschaftswissenschaftlicher Methodik, in: Enzyklopädie der geisteswissenschaftlichen Arbeitsmethoden, 8.Lfg.: Methoden der Sozialwissenschaften, München u. Wien 1967, S.95-130.
- N i s s , Wolfram, co op: Neues Gruppensymbol der Konsumgenossenschaften, in: Presseinformationen des Bund deutscher Konsumgenossenschaften GmbH v. 28.1.1969.
- O h m , Hans, Die ökonomische Theorie der Genossenschaft als Ausgangsbasis für ihre Abgrenzung von den Kartellen, in: ZfgG Bd.2 (1952), S.273-284.
- O h m , Hans, Die Genossenschaft - eine Unternehmung?, in: ZfgG Bd.4 (1954), S.229-245.
- O h m , Hans, Die Genossenschaft und ihre Preispolitik, Karlsruhe 1955. (Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, Bd.VIII)
- O h m , Hans, Stand und Entwicklung der Genossenschaftstheorie in den USA, in: ZfgG Bd.5 (1955), S.102-114.

- O p p e n , Dietrich von, Unser Verhältnis zur Wirklichkeit, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft Bd.18 (1967), S.13-19.
- O r t e g a y G a s s e t , José, Ideen und Glaubensgewißheiten, in: Signale unserer Zeit, Stuttgart-Zürich-Salzburg o.J., S.307-413.
- O r t e g a y G a s s e t , José, Der Prinzipienbegriff bei Leibnitz und die Entwicklung der Deduktionstheorie, München 1966.
(Abk.: Der Prinzipienbegriff ...)
- O s t e r g a a r d , G.N. und H a l s e y , A.H., Power in Co-operatives, Oxford 1965.
- P a b s c h , Ekkehard, Die ländlichen Genossenschaften in der Verbundwirtschaft, in: Berichte über Landwirtschaft, Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft, Hamburg und Berlin 1963, S.44-88 u. S.283-315.
- P a u l i c k , Heinz, Das Recht der eingetragenen Genossenschaft, Karlsruhe 1956. (Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, Bd.IX)
- P a u l i g , Oswald, Ansprache zum XXIV. Kongreß des Internationalen Genossenschaftsbundes in Hamburg 1969, (vervielfältigtes Manuskript).
- P e n n i n g , Hans-Karl, Die Zusammenarbeit zweier Genossenschaftssparten. Dargestellt am Beispiel der landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften und der Einkaufsgenossenschaften des Lebensmitteleinzelhandels, in: ZfgG Bd.16 (1966), S.163-168.
- P e n n i n g , Hans-Karl, Möglichkeiten der Zusammenarbeit zweier Genossenschaftssparten. Dargestellt am Beispiel der Viehverwertungsgenossenschaften und der Einkaufsgenossenschaften des Fleischerhandwerks, in: ZfgG Bd.17 (1967), S.191-197.
- P e n n i n g , Hans-Karl, Die Zusammenarbeit der ländlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften mit gemeinsam getragenen Spitzeninstituten, Erlangen 1969. (Veröffentlichungen des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen-Nürnberg, Bd.6)
(Abk.: Die Zusammenarbeit der ländlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften ...)
- P f ü l l e r , Reiner, Der Genossenschaftsverbund, Göttingen 1964. (Veröffentlichungen des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen-Nürnberg, Bd.3)
- P f ü l l e r , Reiner, Die Direktbeziehungen zwischen Genossenschaftsmitgliedern und Genossenschaften höherer Ordnung, in: ZfgG Bd.15 (1965), S.31-33.
- P i l l e r , Ernst, Kapitalbeteiligungsgesellschaften als Finanzierungsalternative für nichtkapitalmarktfähige Unternehmen, in: Die gewerbliche Genossenschaft, Organ des Österreichischen Genossenschaftsverbandes, 13. (80.) Jg. (1968), S.441-444 u. 14. (81.) Jg. (1969), S.462-465.

- P l e s s n e r , Helmuth, Husserl in Göttingen, Göttingen 1959. (Göttinger Universitätsreden, 24)
- P o p p e r , Karl, Das Elend des Historizismus, Tübingen 1965. (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften, Studien in den Grenzbereichen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bd.3)
- P o t t h o f f , Erich, Funktionsmodell und Funktionswirklichkeit im genossenschaftlichen Unternehmungsverbund, in: ZfgG Bd.11 (1961), S.309-322.
- P r e u s s , Ulrich, Mitgliederinteressen und Wachstum der Genossenschaften, Karlsruhe 1969. (Veröffentlichungen des Instituts für Genossenschaftswesen der Universität Münster, Reihe C: Untersuchungen und Berichte, Bd.3)
- P u s c h k i n , Wenjamin Nojewitsch, Die heuristische Tätigkeit in einem großen System, in: Ideen des exakten Wissens, Wissenschaft und Technik in der Sowjetunion, Heft 11, 1968, S.5-14.
- R a i s e r , Ludwig, S a u e r m a n n , Heinz und S c h n e i d e r , Erich (Hrsg.), Das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaft zur Rechtswissenschaft, Soziologie und Statistik, Berlin 1964. (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd.33)
- R e i g r o t z k i , Erich, Die Utopialität als wissenschaftliche Kategorie, in: Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung (Festschrift für G. Weisser), Berlin 1963, S.103-129.
- R e i n h a r d t , Rudolf, Diskussionsbeitrag (zum Vortrag von Prof. Henzler: Genossenschaftsplanung und Genossenschaftsprinzipien), in: ZfgG Bd.17 (1967), Sonderheft: Planung im Genossenschaftswesen, S.149/150.
- R i c h t e r , Heinrich, Friedrich Wilhelm Raiffeisen und die Entwicklung seiner Genossenschaftsidee, München 1966. (Diss. Erlangen 1965)
- R i c h t e r , Oswald, Zur Frage der Geschäftsbereichsklauseln bei gewerblichen Warengenossenschaften, in: ZfgG Bd.18 (1968), S.286-299.
- R i c k e r t , Heinrich, Unmittelbarkeit und Sinndeutung, Tübingen 1939. (Heidelberger Abhandlungen zur Philosophie und ihrer Geschichte, 28)
- R o b o t k a , Frank, Eine Theorie des Genossenschaftswesens, in: ZfgG Bd.5 (1965), S.155-175.
- R o b o t k a , Frank, Vom Nutzen der Genossenschaftstheorie, in: ZfgG Bd.8 (1958), S.70-82.
- R o l f e s , Max, Neue Formen der Kooperation landwirtschaftlicher Betriebe in England, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), Göttingen 1968, S.445-457.

- R o m i g , Friedrich, Theorie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Berlin 1966. (Beiträge zur ganzheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, hrsg. von W. Heinrich, Bd.1)
- R o y , Ewell Paul, Stand und Aufgaben des Genossenschaftswesens in den USA, in: ZfgG Bd.17 (1967), S.287-297.
- S a s s e n , J.L., Die Entwicklung der Genossenschaftstheorie im Zeitalter des Kapitalismus, München 1914.
- S c h a c h t s c h a b e l , Hans Georg, Genossenschaften - Ihre Geschichte und ihr Wesen, Wolfenbüttel o.J.
- S c h a c h t s c h a b e l , Hans Georg, Automation und Genossenschaftswesen, in: Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung (Festschrift für G. Weisser), Berlin 1963, S.403-420.
- S c h a c h t s c h a b e l , Hans Georg, Die Genossenschaft als Integrator in den modernen agrarischen Vermarktungsformen, in: ZfgG Bd.15 (1965), S.311-326.
- S c h e f f l e r , Herbert, Satzungs-Reform - Antwort und Aufgabe, in: Rewe-Echo 1968, Nr.14, S.6-12.
- S c h e r e r , Adolf, Erfahrungen mit genossenschaftlichen Unternehmen in nichtgenossenschaftlicher Rechtsform, in: ZfgG Bd.17 (1967), S.102-105.
- S c h l i c k , Moritz, Über den Begriff der Ganzheit, in: Topitsch, Ernst (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln-Berlin 1967, S.213-224. (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, 6, Soziologie)
- S c h n e i d e r , Ernst, Die neuen Akzente unserer Wirtschaftspolitik, in: FAZ v. 29.11.1969, S.17.
- S c h n e i d e r , Peter, Die Eigenproduktion der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Bayern, Erlangen 1967. (Veröffentlichungen des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen-Nürnberg, Bd.4)
- S c h n e i d e r , Peter, Die GmbH & Co. KG im landwirtschaftlichen Genossenschaftsbereich, in: ZfgG Bd.19 (1969), S.69-72.
- S c h n o r r v o n C a r o l s f e l d , Ludwig, Probleme und Rechtsstellung der Prüfungsverbände, in: ZfgG Bd.17 (1967), S.20-28.
- S c h r o i f , Bert, Genossenschaftliche Gebilde in der Form des rechtsfähigen Vereins, Göttingen 1965. (Schriften des Seminars für Genossenschaftswesen der Universität Köln, Bd.12)
- S c h u b e r t , Rolf, Die rechtlichen Grenzen genossenschaftlicher Verbundwirtschaft, in: ZfgG Bd.17 (1967), S.55-69.
- S c h u b e r t , Rolf, Ausführungen über den Stand der Fusionsverhandlungen zwischen dem Deutschen Raiffeisenverband und dem Deutschen Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch), in: 16. Kreditwirtschaftliche Fachtagung für Leiter von Kreditgenossenschaften, Bad Ems 1969, hrsg. v. Deutscher Raiffeisenverband e.V., Neuwied/Rh. 1969, S.13-16.

- S c h u b e r t , Rolf, Genossenschaften in der Gegenwart, in: Mitteilungsblatt des Raiffeisenverbandes Baden e.V., Karlsruhe, v. Juni 1969, S.16/17.
- S c h u m a c h e r , Carl, Geplante Ausbildung genossenschaftlicher Leiter, in: ZfgG Bd.17 (1967), Sonderheft: Planung im Genossenschaftswesen, S.114-130.
- S c h u m a c h e r , Carl, Ein »Bund deutscher Konsumgenossenschaften« - eine neue Phase konsumgenossenschaftlicher Kooperation, in: Mitteilungen der DGK v. Juli 1967, S.177-182.
- S c h u m a c h e r , Carl, Genossenschaftliche Prinzipien oder Genossenschaftsprinzip, in: IGR Bd.60 (1967), S.280-282.
- S e e l m a n n - E g g e b e r t , Erich Lothar, Die Systeme im neuzeitlichen deutschen Genossenschaftswesen, 2.Aufl., Stuttgart 1927.
- S e i s c h a b , Hans, Betriebswirtschaftliche Grundbegriffe, Stuttgart 1961. (Sammlung Poeschel, Betriebswirtschaftliche Studienbücher, Reihe I: Grundlagen/Bd.4)
- S e r a p h i m , Hans-Jürgen, Genossenschaftswesen und wirtschaftliche Grundgestalt, in: Vom Wesen der Genossenschaften und ihre steuerliche Behandlung, Neuwied a.Rh. 1951, S.9-44. (Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, Bd.1)
- S e r a p h i m , Hans-Jürgen, Das ökonomische und soziale Wesen der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, in: Vom Wesen der Genossenschaften und ihre steuerliche Behandlung, Neuwied a.Rh. 1951, S.45-61. (Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, Bd.1)
- S e r a p h i m , Hans-Jürgen, Die genossenschaftliche Gesinnung und das moderne Genossenschaftswesen, Karlsruhe 1956. (Vorträge und Aufsätze des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, Heft 6)
- S e r a p h i m , Hans-Jürgen, Über einige wirtschaftliche und soziologische Probleme der Großgenossenschaft, in: Aktuelle Probleme des Genossenschaftswesens, Göttingen 1957, S.55-72. (Wiener Studien des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen, Bd.4)
- S e r a p h i m , Hans-Jürgen, Wie muß eine wirklichkeitsnahe Theorie das Wesen der Genossenschaft erfassen?, in: ZfgG Bd.8 (1958), S.56-69.
- S e r a p h i m , Hans-Jürgen, Theorie der Allgemeinen Volkswirtschaftspolitik, 2. verb. u. erw. Aufl., Göttingen 1963. (Grundriß der Sozialwissenschaft, Bd.5)
- S e u s t e r , Horst, Freiheit, Freiwilligkeit und vertragliche Bindungen im ländlichen Genossenschaftswesen, in: ZfgG Bd.18 (1968), S.21-42.
- S o n n e m a n n , Theodor, Die Genossenschaften im grenzüberschreitenden Warenverkehr, in: ZfgG Bd.15 (1965), S.181-189.

- S p a n n , Othmar, Ganzheitliche Logik, I., Grundlegung, Salzburg-Klosterneuburg 1957. (Fragen der Zeit, Bd.95 a)
- S p i e t h o f f , Arthur, Die allgemeine Volkswirtschaftslehre als geschichtliche Theorie. Die Wirtschaftsstile, in: Festgabe für Werner Sombart zur 70. Wiederkehr seines Geburtstages, München 1933, S.51-84.
- S p i e t h o f f , Arthur, Anschauliche und reine volkswirtschaftliche Theorie und ihr Verhältnis zueinander, in: Synopsis (Festgabe für Alfred Weber), hrsg. v. E. Salin, Heidelberg (1948), S.567-664.
(Abk.: Anschauliche und reine volkswirtschaftliche Theorie ...)
- S t e g m ü l l e r , Wolfgang, Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie, Stuttgart 1965.
- S (t e t t n e r) , L., Strukturänderungen in den Genossenschaften, in: IGR Bd.60 (1967), Nr.5, S.217-232 sowie Bd.61 (1968), Nr.2, S.80-89 u. Nr.6, S.265-269.
- T h i m m , Heinz-Ulrich und F r a g n e r , Hermann, Genossenschaften und Erzeugergemeinschaften, in: ZfgG Bd.18 (1968), S.135-149.
- T o p i t s c h , Ernst (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln-Berlin 1967. (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, 6, Soziologie)
- T o r b e c k , Alfred, Rewe-Prüfungsverband - Schrittmacher des Erfolgs, in: Rewe-Echo 1969, Nr.14, S.24-29.
- T r e s c h e r , Karl, Das personalwirtschaftliche Konzept des Bundes, in: der verbraucher, co op Rundschau, Nr.10 v. 15. Mai 1969, S.8/9.
- V a l k o , Laszlo, Das wirtschaftliche Wesen der Genossenschaft in seiner Beziehung zum Staat, in: ZfgG Bd.14 (1964), S.171-190.
- V e r s h o f e n , Wilhelm, Die sittlichen Grundlagen der Konsumgenossenschaft, Hamburg (1949). (Genossenschaftliche Schriftenreihe Nr.1 des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften)
- W a t k i n s , William Pascoe, Das Wesen der Genossenschaftsprinzipien, in: IGR Bd.60 (1967), S.262-274.
- W a t k i n s , William Pascoe, Die Internationale Genossenschaftsbewegung, Frankfurt a.M. 1969. (Schriftenreihe der DGK, Bd.5)
- W e i n w u r m - W e n k h o f f , Edwin Hans, Die internationale Zusammenarbeit der Textileinkaufsverbände, in: ZfgG Bd.16 (1966), S.135-142.
- W e i p p e r t , Georg, Das Jahrhundert zwischen Individualismus und Kollektivismus, Erlangen 1949.
- W e i p p e r t , Georg, Genossenschaftswesen und soziale Marktwirtschaft, in: ZfgG Bd.1 (1950/51), S.9-29.

- W e i p p e r t , Georg, Instrumentale und kulturtheoretische Betrachtung der Wirtschaft, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft Bd.1 (1950), S.30-64.
- W e i p p e r t , Georg, Die kulturellen Aspekte des Genossenschaftswesens, in: Aktuelle Genossenschaftsprobleme, Bern 1953, S.155-174.
- W e i p p e r t , Georg, Zur Soziologie des Genossenschaftswesens, in: ZfG Bd.7 (1957), S.112-144.
- W e i p p e r t , Georg, Schlußansprache (zur II. Internationalen Genossenschaftswissenschaftlichen Tagung in Erlangen 1957), in: ZfG Bd.8 (1958), S.118-121.
- W e i p p e r t , Georg, Sombarts Verstehenslehre, in: Kyklos Vol.XV - 1962 - Fasc.1, S.183-203.
- W e i p p e r t , Georg, Gruppe, in: HdSW Bd.4 (1965), S.718-724.
- W e i p p e r t , Georg, Jenseits von Individualismus und Kollektivismus. Studien zum gegenwärtigen Zeitalter, Düsseldorf 1966.
- W e i p p e r t , Georg, Produzieren, Konsumieren und die Rolle der Konsumgenossenschaften, in: Weippert, Georg, Jenseits von Individualismus und Kollektivismus, Studien zum gegenwärtigen Zeitalter, Düsseldorf 1966, S.209-232.
- W e i p p e r t , Georg, Sozialwissenschaft und Wirklichkeit, Göttingen 1966. (Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Bd.I)
- W e i p p e r t , Georg, Vom Werturteilsstreit zur politischen Theorie, in: Weippert, Georg, Sozialwissenschaft und Wirklichkeit, Göttingen 1966, S.71-163. (Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Bd.I)
- W e i p p e r t , Georg, Bemerkungen zu einer noologischen Anthropologie, in: Sozialwissenschaft und Wirklichkeit, Göttingen 1966, S.164-179. (Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Bd.I)
- W e i p p e r t , Georg, Carl Brinkmann. Zur Frage der Verknüpfung ökonomischer und soziologischer Betrachtung, in: Montaner, Antonio (Hrsg.), Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Köln-Berlin 1967, S.307-337. (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, 19, Wirtschaftswissenschaften)
- W e i s s e r , Gerhard, Wirtschaftspolitik als Wissenschaft - Erkenntniskritische Grundfragen der praktischen Nationalökonomie, Stuttgart 1934.
- W e i s s e r , Gerhard, Form und Wesen der Einzelwirtschaften, Theorie und Politik ihrer Stile, Stuttgart 1947.
- W e i s s e r , Gerhard, Wirtschaft, in: Handbuch der Soziologie, Stuttgart 1956, S.970-1101. (Hrsg. v. Werner Ziegenfuß)
- W e i s s e r , Gerhard, Gegenstand und Hauptprobleme der Morphologie der einzelwirtschaftlichen Gebilde unter besonderer Berücksichtigung der öffentlichen und freigemeinwirtschaftlichen Unternehmen, in: Die Morphologie der einzelwirtschaftlichen Gebilde, Göttingen 1957, S.5-20. (Schriften des Seminars für Genossenschaftswesen an der Universität zu Köln, Bd.1)

- W e i s s e r , Gerhard, Bemerkungen zur Morphologie der einzelwirtschaftlichen Gebilde, in: Die Morphologie der einzelwirtschaftlichen Gebilde und ihre Bedeutung für die Einzelwirtschaftspolitik, Göttingen 1957, S.207-214. (Schriften des Seminars für Genossenschaftswesen an der Universität zu Köln, Bd.1)
- W e i s s e r , Gerhard, Unternehmensmorphologie und Einzelwirtschaftspolitik als Bestandteile der Betriebswirtschaftslehre, in: Archiv f. öff. u. fr.gem. Unternehmen Bd.5 (1960), S.1-12.
- W e i s s e r , Gerhard, Kommerzielles Unternehmen oder Gemeinschaft?, in: Genossenschaften in der Bewährung, Beilage zu Der Volkswirt (Wirtschafts- und Finanzzeitung), Heft 27 v. 2. Juli 1960, S.18-20.
- W e i s s e r , Gerhard, Das Verhältnis der Soziologie zur Wirtschaftswissenschaft, in: Raiser, Ludwig, Sauermann, Heinz und Schneider, Erich (Hrsg.), Das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaft zur Rechtswissenschaft, Soziologie und Statistik, Berlin 1964, S.243-258. (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd.33)
- W e i s s e r , Gerhard, Wirtschaftstypen, in: HdSW Bd.12 (1965), S.269-280.
- W e i s s e r , Gerhard, Logische Bemerkungen über den Begriff "Genossenschaft", in: Betriebswirtschaftliche Strukturfragen (Festschrift für R. Henzler), hrsg. v. Karl Alewell, Wiesbaden 1967, S.13-27.
- W e i s s e r , Gerhard, Die Unternehmensmorphologie - nur Randgebiet?, in: Archiv f. öff. u. fr.gem. Unternehmen Bd.8 (1967/68), S.1-48.
- W e i s s e r , Gerhard, Genossenschaften, Hannover 1968. (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, A. Sozialwissenschaftliche Schriften)
- W e i s s e r , Gerhard (Hrsg.), Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift zum 65. Geburtstag von G. Draheim), Göttingen 1968.
- W e i s s e r , Gerhard, Erkenntnis- und Bewertungsgegenstände der Genossenschaftslehre sind alle Genossenschaften im wirtschaftlichen Sinne, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), Göttingen 1968, S.3-13.
- W e i s s e r , Gerhard, Unternehmensmorphologie und Einzelwirtschaftspolitik als betriebswirtschaftliche Disziplinen der Sozialwissenschaften, in: Archiv f. öff. u. fr.gem. Unternehmen Bd.9 (1968/1969), S.1-24.
- W e n d t , Herbert, Aspekte der Öffentlichkeitsarbeit im Genossenschaftswesen, in: ZfgG Bd.15 (1965), S.93-108.
- W e r n e t , Wilhelm, Die heutige Position des personalen und dezentralen Wirtschaftens, in: Bl. f. Gen.wesen Jg.108 (1962), S.174-180.

- W e s t e r m a n n , Harry, Die Bedeutung des Förderungszweckes für die rechtliche Ausgestaltung der Genossenschaft, in: ZfgG Bd.13 (1963), S.273-296.
- W e s t e r m a n n , Harry, Genossenschaftliche Idee und Rechtsform in der modernen Konzentration, in: Rheinischer Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) e.V., Köln, Bericht über die Festversammlung anlässlich des 75jährigen Bestehens am 3. Juli 1965 im Kölner Gürzenich, o.O. o.J., S.24-36.
- W e s t e r m a n n , Harry, Die Marktintegration als Rechtsproblem, in: Marktintegration und agrarpolitisch relevante Tätigkeit der Genossenschaften, Hamburg u. Berlin 1967. (Berichte über Landwirtschaft, Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft, N.F. 183. Sonderheft)
- W e s t e r m a n n , Harry, Zum Rechtsbegriff des Verbundes bei Genossenschaften, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), Göttingen 1968, S.196-210.
- W i c h t e r m a n n , Gustav, Die bankwirtschaftlichen genossenschaftlichen Ergänzungsinstitute. Ihre Struktur und Funktion, in: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), Göttingen 1968, S.596-619.
- W i e s e , Leopold von, Das System der Allgemeinen Soziologie, 2.Aufl., München-Leipzig 1933.
- W i e s e , Leopold von, Soziale Gebilde, in: HdSW Bd.4 (1965), S.221-226.
- W i e s e , Leopold von, Wirtschaftssoziologie, in: HdSW Bd.12 (1965), S.247-254.
- W i e s e , Leopold von, Soziologie, 8.Aufl., Berlin 1967. (Sammlung Göschen Bd.101/101 a)
- Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften (Hrsg.), Die Konsumgenossenschaften in Zahlen 1964, Hamburg (1965).
- Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V. (Hrsg.), Schlußbericht über Auftrag, Tätigkeit und Vorschläge der vom Generalrat am 3. April 1964 eingesetzten Reformkommission, Hamburg (1967).
(Abk.: Schlußbericht der Reformkommission)
- Z i e g e n f u ß , Werner, Die Genossenschaften, Berlin 1948.
- Z i e g e n f u ß , Werner (Hrsg.), Handbuch der Soziologie, Stuttgart 1956.
- Z i e g e n f u ß , Werner, Wesen und Formen der Soziologie, in: Handbuch der Soziologie, Stuttgart 1956, S.121-246.

II. Geschäftsberichte, Jahrbücher, Satzungen

Bericht über den Deutschen Genossenschaftstag 1967 in Dortmund, Wiesbaden o.J.

- Bericht über den 58. Edeka Verbandstag in Berlin 1965.
- Bericht über den 59. Edeka Verbandstag in Garmisch-Partenkirchen 1966.
- Geschäftsbericht 1968 der Bayerischen Warenvermittlung landwirtschaftlicher Genossenschaften AG, München
- Geschäftsbericht 1968 der Deutschen Genossenschaftskasse, Zentralbank der Genossenschaften
- Geschäftsberichte der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften mbH, (GEG), 1966, 1967, 1968.
- Gesellschaftsvertrag des Bund deutscher Konsumgenossenschaften GmbH, in: Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V. (Hrsg.), Schlußbericht über Auftrag, Tätigkeit und Vorschläge der vom Generalrat am 3. April 1964 eingesetzten Reformkommission, Hamburg (1967).
- Jahrbuch des Deutschen Genossenschaftsverbandes für 1968, LX.Jg. (98.Folge), Bonn 1969.
- Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V., 53.Jg., 1967.
- Jahrbücher des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V., Bonn, 1960-1968
- Jahresbericht 1968 der Bank für Gemeinwirtschaft AG
- Jahresbericht 1968 der Edeka Handelsgruppe, Hamburg (1969).
- Satzung der Aufbaugenossenschaft der deutschen Konsumgenossenschaften eGmbH.

III. Quellen ohne Verfasserangabe (Alphabetisch nach dem ersten Substantiv geordnet)

- Der Bann ist gebrochen. Erste Rewe Handelsgesellschaft mbH & Co. Waren-Vertriebs-KG gegründet, in: Rewe-Echo 1967, Nr.10, S.11/12.
- Der große Brookhaus, 4.Bd. (1954) u. 11.Bd. (1957).
- Der Bundeskongreß der Konsumgenossenschaften in Hamburg, in: Mitteilungen der DGK v. August 1969, S.223.
- Die CWS im ersten Jahr der Integration der englischen Konsumgenossenschaftsbewegung, in: Mitteilungen der DGK v. Oktober 1969, S.267.
- Gedanken zur Genossenschaftstheorie und Genossenschaftspraxis, (Ansprachen und Reden gehalten anläßlich der am 10. Oktober 1968 erfolgten Verleihung der Würde eines Doktors der Wirtschaftswissenschaften ehrenhalber durch die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster an Professor Dr. Georg Draheim, Präsident der Deutschen Genossenschaftskasse sowie anläßlich der Feier seines 65. Geburtstages am 11. Oktober 1968), o.O. o.J.

- Der 24. Internationale Genossenschaftskongreß in Hamburg, in: Mitteilungen der DGK v. Oktober 1969, S.262/263.
- co op Immobiliengesellschaft und Immobilienfonds gegründet, in: Mitteilungen der DGK v. Februar 1966, S.70.
- co op Immobilienfonds im Geschäftsjahr 1968/1969, in: Mitteilungen der DGK v. Oktober 1969, S.264, ferner v. Juli 1969, S.197.
- Neuer genossenschaftlicher Immobilienfonds, in: Mitteilungen der DGK v. Juni 1969, S.153-155.
- Der dreiundzwanzigste Kongreß des IGB, Kongreß-Kurzbericht, in: IGR Bd.60 (1967), S.5-64.
- Engere Koordinierung in der Führungsspitze der Edeka-Gruppe, in: Edeka Rundschau Nr.12 a v. 23./30.12.1966, S.1281.
- Überwältigende Mehrheit für neue Satzung, in: Rewe-Echo Nr.17 v. 1.9.1968, S.4/5.
- Neuordnung des konsumgenossenschaftlichen Bildungswesens, in: Mitteilungen der DGK v. Mai 1969, S.144/145.
- Rewe 1968 - Straffung der Gruppenarbeit, in: Mitteilungen der DGK v. Juli 1969, S.199.
- Gemeinsames Unternehmen der Konsumgenossenschaften und landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Schweiz - Raflag, in: Mitteilungen der DGK v. Juni 1969, S.166.
- Vereinheitlichung der genossenschaftlichen Erdöl-Verbraucherorganisation Schwedens, in: Mitteilungen der DGK v. Oktober 1969, S.267/268.
- Wer stellt die Weichen?, in: Rewe-Echo Nr.14 v. 15. Juli 1968, S.5/6.
- Zusammenarbeit im Genossenschaftssektor, in: Handelsblatt v. 13./14. März 1970, S.23.

